This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

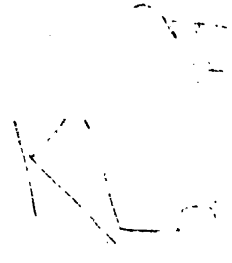
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

NYPL RESEARCH LIBRARIES
3 3433 06935924 2



34651
Vol. 10
Klopp

Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

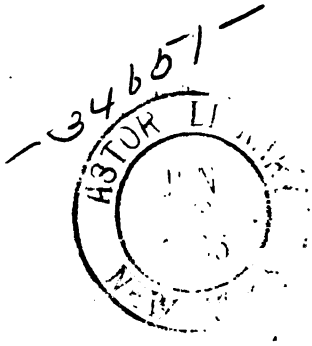
Zehnter Band.

Die Kriegsjahre 1702 und 1703.

Wien, 1881.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.



Mit Vorbehalt aller Rechte.

Inhalt.

Achtundzwanzigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1702.

Der Beginn der Königin Anna von England.

	Seite
Die Beziehungen der Prinzessin Anna zu Jacob II. in St. Germain	1
Das Schreiben der Königin-Witwe vom 27. September 1700	2
Die Gründe für die Prinzessin Anna die Krone anzunehmen	3
Ihr innerer Zwiespalt darüber	4
Sie hofft auf eigene Descendenz	6
Sie verbirgt ihr Geheimnis auch vor Lady Marlborough	—
Ihre Annahme der Krone gereicht zum Heile Englands und Europas	8
Die ersten Kundgebungen der Königin Anna	—
Ihre Thronrede	10
Urtheile der Whig-Partei darüber	11
Die Adresse des Unterhauses	—
Lady Marlborough	13
Der Keim der Differenz zwischen beiden Frauen	—
Das Princip Marlboroughs	14
Die drei Staatsmänner Marlborough, Godolphin, Sunderland	15
Marlborough führt Godolphin zu Wratislaw	16

Das Verhalten der Republik Holland auf die Todesnachricht.

Die Generalstaaten beschließen wiederholt zu beharren	19
Heinsius redet entsprechend im Namen der Stände von Holland	20
Die Frage der Besetzung der Aemter des verstorbenen Königs	—
Marlborough als Botschafter der Königin im Haag	21
Die Veränderung, die der Bund der Seemächte durch den Tod Wilhelms III. erfährt	—
Die anderen Provinzen erklären sich wie Holland	23
Marlborough als Botschafter in der Versammlung der Generalstaaten	24

Seite

Das Verhalten Ludwigs XIV. auf die Todesnachricht.

Ludwig XIV. verbietet öffentliche Freudensbezeigung 25
Die Stimmung bei hervorragenden Personen . . . . . —
Ludwig XIV. macht einen Friedensversuch bei der Republik 26
Urtheile über die betreffende Denkschrift von Seiten der Generalstaaten und der Grafen Goes und Marlborough 27
Die officielle Antwort der Republik . . . . . —

Der Zusatz-Artikel zu dem Vertrage der Allianz.

Das Bedenken des Kaisers gegen die Worte: praetensus princeps Walliae . 29
Das Gutachten des Paters Menegatti S. J. 30
Das Verhalten der Gesandten Goes und Wratislaw 31
Die Frage der Ernennung des Prinzen Georg von Dänemark zum Statthalter in der Republik 32
Der Zusatz-Artikel und die Frage der Kriegserklärung 33

Das weitere Verhalten der Königin Anna.

Die Königin überweist 100,000 Pfund Sterling ihrer Einkünfte dem öffentlichen Dienste 35
Die Adresse des John How und die Antwort der Königin 36
Die Beisetzung der Leiche Wilhelms III. 38
Die Königin ernennt mehrere Tories . . . . . —
Abermals in Anlaß der bevorstehenden Krönung 39
Wratislaw und Marlborough über diese Ernennungen . . . . . —
Der Prinz Georg von Dänemark Generalissimus der englischen Streitkräfte . 40
Die holländischen Städte wollen nicht einen General-Capitän 41
Die Krönung der Königin Anna, 23. April/4. Mai . . . . . —
Weitere Ernennungen von Tories 42
Marlborough dennoch dem Grafen Rochester überlegen 43
Abermals die Bedeutung des Zusatz-Artikels . . . . . —

Das Verhalten der Königin zu dem Hause Hannover.

Ihre ersten Erklärungen dahin 45
Die Entwaffnung der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel . —
Die Frage der Einladung des Kurprinzen nach England 46
Das Auftreten des Freidenkers John Toland . . . . . —
Das Verhalten in Hannover auf die Erklärungen der Königin 50
Der Gedanke der Einladung und des Jahrgeldes wird beseitigt 51
Das Gerücht über einen Plan Wilhelms III. für das Haus Hannover . . 52
Urtheil des Oberhauses über dies Gerücht . . . . . —
Die Königin Anna verabschiedet den Ueberbringer 53
Die Kurfürstin Sophie im anglicanischen Kirchengebete benannt 54
Die Kurfürstin hat geringes Vertrauen zu der englischen Sache . . . . . —
Die Grundlinien ihres Verhaltens zu England und Schottland 55

Seite

Weitere Acte der Königin zu Gunsten der Tories.

Die Ernennung Godolphins zum Treasurer 56
Besorgnisse der Verbündeten . . . . . —
Der letzte Kern aller Differenz in England die Frage der Thronfolge . . . 57
Thronrede der Königin zur Vertagung 58
Eindruck der nachdrücklichen Erklärung für die Hochkirche . . . . . —
Zweck derselben für die Wahlen 60

Das schottische Parlament im Sommer 1702.

Die Sache der Union im englischen Parlamente . . . . . —
Die Königin beruft das bisherige schottische Parlament 61
Erklärung des Herzogs Hamilton und seiner Partei . . . . . —
Der Kanzler Marchmont beantragt die Abschwörung des Prätendenten . . . 62
Das Parlament wird vertagt . . . . . —

Die Kriegserklärungen vom 4./15. Mai 1702.

Die formellen Acte in London und im Haag 63
Der Inhalt der holländischen Kriegserklärung 64
Derjenige der kaiserlichen 65
Derjenige der englischen 67

Der Feldzug in Belgien.

Der Krieg von französischer Seite wesentlich defensiv 68
Der Kriegs- und Finanzminister Chamillart 69
Die Befehle Ludwigs XIV. an Boufflers, im April . . . . . —
Boufflers drängt Athlone auf Nymegen zurück 71
Marlborough erhält das Commando auch der Holländer 72
Ludwig XIV. schwächt die Armee des Marschalls Boufflers 73
Die holländischen Felddeputirten einem Treffen nicht geneigt 75
Aeußerungen Marlboroughs darüber . . . . . —
Die Instructionen der Felddeputirten 76
Gedankenaustausch zwischen Ludwig XIV. und Boufflers . . . . . —
Die Einnahme von Venloo, 23. September 77
Die Befehle Ludwigs XIV. in Betreff der Stadt Lüttich 78
Die Stimmung der Einwohner in Belgien, namentlich in Brüssel 79
Lüttich öffnet den Verbündeten die Thore 81
Die Gefangennahme Marlboroughs auf der Maas 82
Seine Ankunft im Haag, am 7. November 84
Anerkennung für ihn von Seiten des Kaisers . . . . . —

Das Verhalten des Königs Friedrich I. von Preußen.

Friedrich I. ergreift Besitz einiger Stücke des Nachlasses von Wilhelm III. . 84
Besorgnisse vor ihm im Haag, in London, in Wien 85
Das Testament Wilhelms III. zu Gunsten des Prinzen Friso von Nassau . 86
Friedrich I. läßt dies Testament anfechten . . . . . —

Seite
Er schließt sich nicht der Kriegserklärung wider Frankreich an 87
Die Stellung der Generalstaaten in der Testamentssache 88
Das Auftreten Friedrichs I. im Haag . . . . . —
Ein vorläufiger Vergleich 89
Berwicks Bericht über die Unterhandlungen Friedrichs I. mit Frankreich . . 90
Der Bericht des Marschalls Boufflers, vom 26. Juni 91
Die Thätigkeit des Agenten Schleinitz 92
Weiterer Bericht Berwicks . . . . . —
Absichten Friedrichs I. auf die Stadt Geldern 93
Antwort des Rathspensionärs Heinsius 94

Der nordische Krieg im Jahre 1702.

Carl XII. will August II. entthronen 95
Vergebliche Gesandtschaften des letzteren . . . . . —
Das Gutachten von Benedict Oxenstjerna, im März 1702 96
Die Stellung Carls XII. zu den Polen 101
Wiederholte Beredungen mit dem Cardinal Radziejowski 102
Der König August II. entschlossen zu einem Treffen 104
Die Schlacht bei Clissow, 9./20. Juli 1702 105
Die Bemühungen der Mächte der Allianz 106
Die Haltung der Polen entspricht nicht der Forderung Carls XII. 107
Das Abrathen des Grafen Piper bei Carl XII. fruchtlos 108
Carl XII. nicht mit Absicht günstig für Ludwig XIV. 109
Die äußerliche Unscheinbarkeit Carls XII. 110
Er läßt eine polnische Gesandtschaft nicht vor 111
Sein Sturz mit dem Pferde . . . . . —
August II. schafft den französischen Gesandten mit Gewalt hinaus 112
Die Reichsstände von Polen wider Carl XII. 113
Fortschritte des Czaren Peter an der Ostsee 114

Der Feldzug 1702 am Oberrheine.

Der Kaiser Leopold sendet den römischen König zu dem Markgrafen Ludwig 114
Thätigkeit des Markgrafen 115
Er umschließt Landau 116
Verhalten des Kaisers gegenüber seinen Feldherren 117
Beschwerden des Markgrafen über die Mängel der Kriegsverwaltung . . . 118
Ludwig XIV. zweifelt an einem Feldzuge am Oberrheine 119
Die Erwägungen des Chamlay . . . . . —
Der Marschall Catinat meldet die Ueberlegenheit der Kaiserlichen 120
Correspondenz darüber zwischen Ludwig XIV. und Catinat 121
Ludwig XIV. verlangt die Befestigung von Hagenau 122
Catinat weist die Irrthümer dieses Befehles nach 123
Chamillart und Catinat 124
Der Befehl Ludwigs XIV. zum Schlagen unausführbar 125
Die Künste des Ministers Chamillart bei Ludwig XIV. 126

Seite

Der Verrath des Kurfürsten Max Emanuel.

Ludwig XIV. treibt Max Emanuel vorwärts 127
Max Emanuel entwickelt seine Plane durch ein Schreiben an Berghayck, 24. März 1702 . . . . . —
Vergleich mit Moriz von Sachsen und Gustav Adolf von Schweden . . . 130
Das Geheimnis seiner Plane 131
Ludwig XIV. sagt ihm ein Hülfscorps zu 132
Das Lügenspiel des Kurfürsten gegenüber dem Kaiser 133
England will nicht den Prinzen Eugen dem Kurfürsten unterordnen . . . 134
Die Republik nicht abgeneigt für Max Emanuel zu zahlen 135
Die Nachrichten von Ulm und Landau zugleich erregen Verdacht wider den Kaiser 136
Der Ueberfall von Ulm, 8. September 1702 . . . . . —
Max Emanuel erstrebt die Vereinigung mit den Franzosen 138
Der König Joseph bewilligt für Landau die Capitulation, 9. September . . —
Bayerische und französische Couriere abgefangen 139
Kaiser Leopold sucht den Max Emanuel zurückzugewinnen 140
Der Reichskrieg wider Frankreich beschlossen, 6. October 1702 141
Die bayerischen Landstände bitten den Kurfürsten abzustehen . . . . . —
Correspondenz des Kurfürsten mit Villars 142
Neuer Versuch zur Vereinigung 143
Die Schlacht bei Friedlingen, 14. October 1702 . . . . . —
Das Urtheil des Kaisers über den Erfolg 144
Es wird bestätigt durch den Hader des Kurfürsten und Villars 145
Max Emanuel sucht abermals den Kaiser und die Seemächte zu täuschen . 146
Von den Seemächten geschieht nicht etwas Nachdrückliches 147
Der Zustand der kaiserlichen Armee, im December 1702 148
Max Emanuel hofft auf das Jahr 1703 149

Der Feldzug in Italien bis zum Juli 1702.

Der Prinz Eugen entsendet nicht ein Detachement nach Neapel 150
Die Sendung einer Flotte ins Mittelmeer unterbleibt 151
Eben so die Verstärkung von 8000 Mann Sachsen 152
Die Klagen des Prinzen Eugen über den Hofkriegsrath . . . . . —
Die Mittel nicht vorhanden 153
Zustand des kaiserlichen Heeres im Mai und Juni 154
Vendome verlangt einen Befehl Ludwigs XIV. 155
Ludwig XIV. vermeidet den Befehl zu geben 156
Urtheil des Prinzen Eugen über diese Lage der Dinge 157

Philipps V. Reise nach Italien 1702.

Ludwig XIV. untersagt die Mitreise der Königin 158
Portocarrero und seine Partei gegen die Reise Philipps V. . . . . —
Philipp V. in Neapel 159
Das Manifest des Herzogs von Castelluccia 160

Seite
Die Neapolitaner proteſtiren gegen eine Huldigung 161
Clemens XI. ſchiebt die Angelegenheit der Belehnung hinaus . . . . . —
Ein franzöſiſches Manifeſt verkündet die Fiction des Rathes von Innocenz XII. an Carl II. für das Teſtament 162
Clemens XI. verneint die Echtheit der veröffentlichten Briefe 163
Er ſpricht ſich über die Frage der Belehnung aus 164
Der Cardinal Janſon Forbin und Ludwig XIV. laſſen dennoch die Fiction nicht fallen 165
Clemens XI. aus Furcht nachgiebig gegen franzöſiſche Forderungen . . . 166
Sein Irrthum über Wilhelm III. 167
Er läßt nicht von dem Plane der außerordentlichen Nuntien . . . . . —
Die Ablehnung derſelben von Seiten des Kaiſers 168
Warnung an Clemens XI. vor dem Cardinal Janſon Forbin 169
Die politiſche Unklarheit des Papſtes Clemens XI. 170
Er kann daher ſeinen Beruf der Vermittelung nicht erfüllen 171
Er wahrt die Autorität der Kirche gegenüber Ludwig XIV. . . . . —
Louville wegen der Belehnung nach Rom geſendet 172
Das Verhalten von Janſon Forbin und Uzeda 173
Torcy und Ludwig XIV. über ihre Plane mit Rom 174
Prinz Eugen gereicht zum Schutze der Freiheit der Kirche . . . . . —
Philipp V. befeſtigt nicht ſeine Herrſchaft in Neapel 175

Der weitere Feldzug 1702 in Italien, von Juli an.

Philipp V. und Victor Amadeus in Acqui 175
Der Letztere harrt einer Gelegenheit wider das Haus Bourbon 176
Philipp V. erhält den Befehl Ludwigs XIV., ins Feld zu gehen 177
Die franzöſiſche Hoffnung auf die Türken nicht begründet . . . . . —
Der Prinz Eugen über den Zuſtand ſeines Heeres, Mitte Juli 178
Louville über den des franzöſiſchen 179
Das Treffen von San Vittoria, 26. Juli 180
Entſchluß des Prinzen Eugen zu einem Haupttreffen 181
Die Schlacht bei Luzzara, 15. Auguſt 182
Die Bedeutung derſelben, politiſch, moraliſch, kirchlich 183
Die Freude der Engländer über den Erfolg 184

Die Parteien in England, im Sommer 1702.

Die Tories haben bei den Neuwahlen die Oberhand 185
Auch ſie nicht gegen den Krieg 186
Die Beſorgniſſe der Whig-Partei für die Succeſſion . . . . . —
Jeder Erfolg der Waffen befeſtigt die Succeſſions-Acte 187
Die Jacobiten zugleich franzöſiſch . . . . . —

Die See-Unternehmung gegen Cadix.

Die Veränderung des urſprünglichen Planes zur See 188
Die Commandanten 189
Die Plane auf die Silberflotte und in Betreff Portugals . . . . . —

Seite
Der Landgraf Georg von Heſſen-Darmſtadt 190
Die Flotte vor Cadix 191
Charakteriſtik der Führer 192
Der erſte Beſchluß des Kriegsrathes der Ruin der Sache 193
Die Plünderung 194
Die weiteren Verſuche ohne Erfolg . . . . . —
Die Geneigtheit vieler Spanier 195
Rooke erkennt den Landgrafen als Bevollmächtigten nicht an 196
Der Beſchluß der Heimkehr . . . . . —
Das Urtheil des Landgrafen Georg . . . . . —
Der Schritt des Admirals von Caſtilien 197

Die Silberflotte in der Bucht von Vigo 1702.

Chateau-Renaud ertrotzt in Weſtindien die Silberflotte 199
Er läuft in die Bucht von Vigo ein 200
Die Meinung in Verſailles über die Sicherheit dort 201
Die verbündete Flotte erlangt die Kunde des Aufenthalts . . . . . —
Der Angriff gelingt 202
Der Eindruck der Nachricht, beſonders auch in Rom 203
Das Urtheil über den Papſt Clemens XI. in Wien . . . . . —

Neunundzwanzigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1703.

Die Königin Anna und das Parlament im Winter 1702/3.

Der Tod des Grafen Sunderland ein Verluſt der Whigs 205
Robert Harley, Sprecher des Unterhauſes . . . . . —
Die Thronrede der Königin 206
Gedankenaustauſch der Königin und der Lady Marlborough 207
Das ſubjective Motiv der Königin für die Hochkirche 208
Die Adreſſen beider Häuſer 209
Die Siegesnachricht von Vigo hebt die Tories 210
Der Gedanke eines Angriffs auf Spanien mit der Hülfe Portugals . . . 211
Von kaiſerlicher Seite wird Italien vorgezogen 212
Die Seemächte verlangen die Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien . 213
Die Frage der Allianz mit Portugal . . . . . —
Das Verlangen der Sendung des Erzherzogs geht von der Tory-Partei aus 215
Die Feier des Erfolges von Vigo 216
Die Plünderung bei Cadix nicht nachdrücklich unterſucht 217
Die Angelegenheit des Biſchofs von Worceſter 218
Bewilligung des Unterhauſes für den Prinzen Georg von Dänemark . . . 220
Die Bill gegen die Occasional Conformity 221
Kritik dieſer Bill . . . . . —
Der Kampf der Whigs im Oberhauſe wider die Bill 222
Seymour im Unterhauſe wider das Oberhaus 224

Seite
Die Clauſel in der Dotations-Bill für den Prinzen Georg 225
Reden Seymours im Unterhauſe wider den Kaiſer 226
Die Angelegenheit des Verbotes der Correſpondenz mit Frankreich 227
Die Stellung der Königin Anna zu den Parteien und nach außen 228
Die Angelegenheit des Herzogstitels für Marlborough 230
Sein Verdienſt um das Vertrauen der Generalſtaaten zu der Königin . . —
Die Frage einer Dotation für Marlborough im Unterhauſe 231
Die Tory-Fraction Rocheſter vereitelt ſie 232
Die ablehnende Adreſſe des Unterhauſes 233
Die Königin ſchenkt dem Ehepaare Marlborough aus Eigenem . . . . . —
Die Gegenſtellung Marlboroughs und Rocheſters 234
Die Fraction Rocheſter ſucht Godolphin zu beſeitigen 235
Rocheſter als Statthalter von Irland entlaſſen 236
Der Zuſatz-Artikel zur Abſchwörungs-Bill 237
Die Tory-Partei ſpaltet ſich darüber, 14./25. Februar 238

Das Verhalten des Hauſes Hannover.

Die Anweſenheit von Engländern in Hannover 239
Die daraus für die Kurfürſtin Sophie erwachſenden Ausgaben . . . . . —
Sie fühlt ſich dadurch beengt 240
Das Princip, ſich in engliſche Angelegenheiten nicht zu miſchen 241

Fortgang der engliſchen Angelegenheiten im Beginne 1703.

Die Hoffnung der Whig-Partei . . . . . —
Die Thronrede der Königin preiſt abermals die Hochkirche 242
Verdacht gegen die Tory-Miniſter 243
Ernennung neuer Pairs 244
Der Tod des einzigen Sohnes von Marlborough . . . . . —
Die Königin Anna ſagt ſich völlig von Rocheſter los 245

Der Plan auf Weſtindien.

Die Erklärung Wilhelms III. über den Artikel 6 der Allianz 246
Die Miniſter der Königin Anna weniger willfährig . . . . . —
Die Forderung Wratislaws für die Katholiken in Weſtindien 247
Der Kaiſer läßt die Ausrede der Engländer nicht gelten . . . . . —
Die Antwort Nottinghams 248
Wratislaw ſucht den Plan auf Weſtindien zu vereiteln . . . . . —

Die portugieſiſche Allianz vom 16. Mai 1703.

Der Stand dieſer Sache in der zweiten Hälfte 1702 249
Nottingham bringt auf die Allianz mit Portugal, 10. Januar 1703 . . . 250
Portugal verlangt die Ceſſion der ſpaniſchen Monarchie an den Erzherzog Carl —
Die Tory-Miniſter treten für dieſe Forderung ein 251
Die ſpätere Unwahrheit Bolingbrokes über dieſen Plan . . . . . —
Die Antwort Wratislaws auf das Andringen Nottinghams 252
Die Seemächte bereitwillig den Erzherzog als König Carl III. anzuerkennen 253

Seite
Der Kaiser legt die Sache in die Hände der Königin Anna 255
Die portugiesischen Forderungen . . . . . —
Der Allianz-Vertrag vom 16. Mai 1703 256

Die Lage der Dinge in Spanien 1703.

Rückkehr Philipps V. aus Italien nach Spanien . . . . . —
Die Prinzessin Orsini und die Franzosen in Madrid 257
Ludwig XIV. will die erstere abberufen 258
Ihre Freunde in Versailles erwirken die Rücknahme des Befehls . . . . — 259
Die Schwäche der Regierung in Madrid 259
Abneigung der Spanier gegen die Franzosen 260
Besorgnis einer Gefahr von Portugal her 261
Der Umschwung in Spanien 262
Ludwig XIV. sucht das Bündnis in Portugal zu vereiteln 263
Seine einstige Untreue gegen Spanien wendet sich in Portugal wider ihn . 264
Das Gutachten des Admirals von Castilien 265
Unablässiges Andringen auf den Kaiser und seine Gesandten 267

Der nordische Krieg 1703.

Carl XII. schätzt die Macht des Czaren Peter gering 269
Vergebliche Versuche der verbündeten Mächte zum Frieden 270
Ludwig XIV. sucht den Unfrieden in Polen zu nähren 271
Carl XII. spaltet die Polen durch seine Forderungen . . . . . —
Die Stellung des Czaren zu Polen 272
Der Cardinal-Primas Radziejowski 273
Die Versammlung von Senatoren in Marienburg, 16. März 274
Ablehnende Erklärung Carls XII. auf die Beschlüsse derselben 275
Treffen bei Pultusk, 20. April/2. Mai . . . . . —
Der Cardinal Radziejowski will nicht die Entthronung 276
Carl XII. will die Stadt Thorn belagern 277
Der Reichstag zu Lublin, 17. Juni . . . . . —
Die Aufforderung des Czaren an die Polen . . . . . —
Diejenige Carls XII. 278
Die Rede des Kanzlers Zaluski in Lublin, 19. Juni 279
Der Verlauf des Reichstages 280
Verwendung der Gesandten der Bundesmächte für den Frieden 281
Carl XII. läßt sich auf die Beschlüsse des Reichstages nicht ein 282
Conföderation der Polen zu Skroda 283
Carl XII. nimmt die Stadt Thorn ein 284
Allianz-Vertrag zwischen Peter I. und August II. . . . . —

Der Aufstand des Franz Rakoczy.

Der Plan einer Empörung in Ungarn bei Ludwig XIV. 285
Franz Rakoczy entkommt aus Wiener-Neustadt . . . . . —
Ursachen der Unzufriedenheit in Ungarn 286
Beginn des Aufstandes dort 288

Seite
Rakoczy und Bercseny 289
Rakoczy meldet seine Erfolge nach Versailles . . . . . —
Die moralische Qualität der Aufständischen 290
Die Persönlichkeit des Franz Rakoczy 291
Vergleich seines Anfanges und seines Endes 292
Rückwirkung seines Thuns auf die europäischen Angelegenheiten 294
Ludwig XIV. sendet sofort Geld 295

Der Beginn des bayerischen Feldzuges 1703.

Abmahnung der Landstände an Max Emanuel . . . . . —
Max Emanuel nimmt die Religion zum Vorwande 296
Das Doppelspiel des Max Emanuel 297
Entschluß des Kaisers für die Waffen gegen den Kurfürsten 298
Max Emanuel nimmt Neuburg, Anfang Februar 299
Wratislaw regt den Gedanken einer Hülfe an der Donau an . . . . . —
Marlborough, auch die Holländer erkennen die bayerische Gefahr 300
Die Republik sendet eine Hülfsmannschaft . . . . . —
Klagen der Seemächte über die geringen Leistungen des Reiches 301
Das deutsche Söldnerthum damaliger Zeit 302
Die Angelegenheit der oranischen Erbschaft 303
Schmettau und der Rathspensionär Heinsius 304
August II. stellt dem Kaiser 8000 Mann 305
Ludwig von Baden über den Kriegesstand gegen Bayern . . . . . —
Feldmarschall Schlick in Oberösterreich 306
Er erleidet Verluste bei Schärding 307
Treffen bei Dietfurt . . . . . —
Marschall Villars am rechten Rheinufer 308
Er nimmt den Brückenkopf von Kehl . . . . . —

Der Zustand der kaiserlichen Heere und der Finanzen.

Der Bericht des Markgrafen Ludwig an den Kaiser 309
Aehnliche Vorstellungen des Prinzen Eugen 311
Erfolglosigkeit derselben 312
Der römische König Joseph über die zwei Präsidenten . . . . . —
Die Schilderung der kaiserlichen Finanzverwaltung durch den Venetianer Dolfin 313
Der Kaiser Leopold langsam zum Entschlusse 314
Die Urtheile des Prinzen Eugen und Forstners 315
Die Klagen der Seemächte 316

Die Vereinigung des Marschalls Villars mit dem Kurfürsten Max Emanuel.

Ludwig XIV. fürchtet den Abfall des Kurfürsten 317
Seine Befehle an den Marschall Villars 318
Ludwig XIV. sieht den bayerischen Krieg als Hauptsache an 319
Ludwig von Baden verlangt eine Diversion an der Mosel 320
Marlborough bleibt bei dem Plane der Belagerung von Bonn 321

Seite
Ludwig von Baden über den Feldzugsplan der Seemächte 322
Marlboroughs Verhältnis zu der Republik 323
Er mistraut den Versprechungen von deutscher Seite 324
Angriff des Villars auf die Stollhofener Linien 325
Die Freude in England über die Vereitelung 326
Villars verhehlt dem Könige die erlittene Schlappe . . . . . —
Unwürdige Kriegslist des Kurfürsten Max Emanuel . . . . . —
Der Marsch des Villars zur Vereinigung 327
Die moralische Qualität der Hauptpersonen 328
Erörterung der Plane für den Feldzug 329
Regensburg in den Händen des Kurfürsten . . . . . —
Der Plan eines Marsches gegen Wien aufgegeben 331

Die bayerische Invasion in Tirol 1703.

Einnahme von Kufstein und Rattenberg 332
Der Kurfürst Max Emanuel in Innsbruck, 26. Juni . . . . . —
Die Ruhmredigkeit des Villars 333
Rückschlag der Tiroler Vorgänge auf Wien 334
Der Prinz Eugen Präsident des Hofkriegsrathes . . . . . —
Die Ansicht des Markgrafen Ludwig darüber . . . . . —

Die Ereignisse um Ostiglia am Po, im Juni 1703.

Ludwig XIV. befiehlt Vendome den Einmarsch ins Trentino 335
Vendome will zuvor Starhemberg in Ostiglia angreifen . . . . . —
Die Anschwellung des Po zwingt ihn zum Rückzuge 336
Starhemberg schlägt Albergotti, 11. Juni . . . . . —
Das Urtheil des Prinzen Eugen 337
Starhemberg beutet seinen Vortheil nicht aus . . . . . —
Vendomes Einmarsch in Tirol wird verzögert 338

Vereitelung der Unternehmungen gegen Tirol.

Die Tiroler erheben sich 339
Der Kurfürst Max Emanuel zieht ab, 28. Juli 340
Die Schläge von Nord und Süd gegen Tirol nicht gleichzeitig . . . . . —
Vendome im Trentino, im August 341
Er erhält den Befehl zum Abmarsche . . . . . —
Die Bedeutung der Erhebung der Tiroler für den Gang des Krieges . . . 342

Uebertritt des Herzogs Victor Amadeus zur Allianz.

Die Heirathen seiner Töchter binden Victor Amadeus nicht an das Haus Bourbon 343
Er unterhandelt mit den Mächten der Allianz 344
Ludwig XIV. kennt dies Geheimnis . . . . . —
Der englische Gesandte Hill 345
Die Unterhandlung Auerspergs 346

Seite
Entwaffnung der piemonteſiſchen Truppen 347
Urtheil des Prinzen Eugen über die Sachlage . . . . . —
Drohung Ludwigs XIV. und Antwort des Victor Amadeus 348
Der franzöſiſche Botſchafter Phelypeaux 349
Starhemberg entſendet Visconti nach Piemont 350
Victor Amadeus ruft nach allen Seiten um Hülfe . . . . . —
Namentlich England ſehr geneigt 351
Umſchwung der Dinge für Ludwig XIV. . . . . —
Der Prinz Eugen hebt einigermaßen den Nothſtand der Armee 352
Der Entſchluß Starhembergs zum Marſche nach Piemont. 353
Seine Berichte über dieſen Marſch . . . . . —
Die Anerkennung des Kaiſers für die Leiſtung 355

Der weitere Feldzug 1703 in Bayern.

Der Markgraf Ludwig und der Marſchall Villars 356
Ludwig XIV. läßt Breiſach belagern. 357
Der Markgraf bricht nach Augsburg auf, im Auguſt . . . . . —
Beſorgniſſe des Marſchalls Villars . . . . . —
Die entgegengeſetzten Berichte des Markgrafen und des Marſchalls 358
Das Mistrauen der Franzoſen gegen Max Emanuel 359
Ueberblick des Prinzen Eugen über die Geſammtlage 361
Die Beſorgnis vor den Türken nicht gegründet . . . . . —
Das Vertrauen des Prinzen auf den Markgrafen 362
Der Stand der Dinge in Wien 363
Ludwig XIV. hält einen Vertrag des Kurfürſten unvermeidlich 364
Verhältnis des Markgrafen und des Feldmarſchalls Styrum 365
Aufbruch Styrums von Haunsheim, 18. September . . . . . —
Schlacht bei Höchſtädt, 20. September 1703 366
Anſicht des Kaiſers Leopold darüber . . . . . —
Bericht des Marſchalls Villars 367
Der Kaiſer muß ſeine Unterthanen gegen die Rebellen ſchützen 368
Gegenſeitige Aeußerungen des Kaiſers und des Markgrafen 369
Der Markgraf zieht Schulenburg und die Sachſen an ſich 370
Er wünſcht ein Treffen . . . . . —
Der Marſchall Villars und der Kurfürſt . . . . . —

Der Feldzug 1703 in den Niederlanden.

Das Treffen bei Ekeren zu Ende Juni 372
Die holländiſchen Generale nicht für die Offenſive 373
Marlborough für eine Diverſion an der Moſel 374
Gutachten der nicht-holländiſchen Generale, vom 24. Auguſt 375
Befürwortung desſelben durch Marlborough . . . . . —
Die holländiſchen Felddeputirten und Generale 376
Die Schattenſeite und die Lichtſeite in der Republik. 377
Beſchluß eines Entſatzes für Landau 378
Die Schlacht bei Speier, 15. November 379

Seite
Der Erbprinz von Heſſen 379
Frieſen in Landau muß capituliren . . . . . —

Steigende Bedrängnis des Kaiſers.

Klage des Kaiſers über die wachſende Rebellion in Ungarn 380
Max Emanuel nimmt Augsburg ein 381
Zuſammenfaſſende Anrede des Rathspenſionärs an die reichsſtändiſchen Geſandten . . . . . —
Die Frage der Abberufung der holländiſchen Truppen unter Goor 384

Die Verwirklichung der portugieſiſchen Allianz 1703.

Die Angelegenheit der Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien . . . 385
Der portugieſiſche Vertrag liegt den ſouveränen Provinzen vor 386
Schwierigkeiten der formellen Behandlung . . . . . —
Geneigtheit des Kaiſers den Erzherzog zu entſenden 388
Die Frage des einen Drittels der Koſten . . . . . —
Der von England vorgeſchlagene Zuſatz-Artikel zur Allianz 389
England erklärt ſich, zwei Drittel der Koſten zu übernehmen 391
Der Zuſatz-Artikel wird nicht unterzeichnet . . . . . —
Das Eingehen des Kaiſers iſt eine Conceſſion 393
Der Kaiſer proclamirt ſeinen Sohn Carl zum Könige von Spanien . . . —
Er empfiehlt ihn der Königin Anna wie einer anderen Mutter 395
Aufbruch und Reiſe des Königs Carl III. . . . . —
Die Königin Anna antwortet dem Kaiſer in entſprechender Weiſe 396
Aehnlich dem Könige Carl III. 397
Carl III. auf ſeinen Wunſch nach England eingeladen 398
Sein Aufenthalt im Haag . . . . . —
Der Sturm vom 7./8. December 399
Die Frage der Anerkennung Carls III. für den Papſt Clemens XI. . . . —

Achtundzwanzigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1702.

Durch den Tod Wilhelms III. verstammte die Krone von England, gemäß der Bill of Rights von 1689, auf die überlebende Tochter des Königs Jacob II. aus erster Ehe, Anna, geboren im Februar 1664, vermählt mit dem Prinzen Georg von Dänemark, Herzog von Cumberland.

Wir haben die Haltung der Prinzessin zu verschiedenen Zeiten beobachtet. Vergegenwärtigen wir uns dieselbe im raschen Ueberblicke.

Zu Ende des Jahres 1691 hatte die Prinzessin Anna an den Vater Jacob II. in St. Germain einen Reuebrief gerichtet. Die dadurch angesponnene Correspondenz dauerte fort, und war von Seiten der Prinzessin erfüllt mit Betheuerungen der Pflicht und der Reue. Nachdem der Tod der Königin Mary sie dem Throne zunächst gestellt hatte, und als dann die wankende Gesundheit Wilhelms III. ein baldiges Ende in Aussicht zu stellen schien, machte die Prinzessin ihrem Vater Jacob den bestimmten Vorschlag: er möge ihr gestatten, nach dem Tode des Prinzen von Oranien die etwa ihr dargebotene Krone anzunehmen, gegen das Versprechen ihrerseits sie zurückzugeben, sobald eine geeignete Gelegenheit sich darbiete. Sie machte geltend, daß eine Weigerung Jacobs II. auf diesen Vorschlag einzugehen, in Betracht des Zustandes, in welchem England sich befinde, ihm die Hoffnung auf den Wiedergewinn seines Rechtes nur in noch weitere Ferne rücken würde. Denn die Krone würde dann in schlimmere Hände gerathen, denen er sie nicht leicht wieder entwinden würde [1]).

[1]) The life of James vol. II, p. 559.

Die Worte ergeben, daß damals die Prinzessin Anna, ihrem Vater gegenüber, seine Einwilligung als die Bedingung hinstellt, unter welcher sie die Krone annehmen würde.

Der König Jacob ging auf den Vorschlag nicht ein. Er erwiederte, daß er nicht Böses gestatten wolle, damit Gutes daraus komme. Er könne Unrecht über sich ergehen lassen, nicht bloß mit Geduld, sondern auch mit Willigkeit: niemals jedoch werde er es gestatten oder gutheißen. Dazu wisse er, daß keine Rückgabe so schwer falle wie diejenige einer Krone. Darum müsse er die verlangte Einwilligung verweigern.

Als die Prinzessin Anna zuerst mit diesem Vorschlage hervortrat, lebte noch ihr Sohn, der Herzog von Gloceſter. Nach dem Tode desselben, im August 1700, sandte sie abermals einen Boten nach St. Germain. Der Auftrag desselben liegt nicht ausdrücklich vor. Den Umständen nach muß er dem früheren Vorschlage entsprochen haben, und eben so die Ablehnung Jacobs II.

Auf die Todesnachricht von Jacob II. verweilte die Prinzessin einige Tage in abgeschlossener Zurückgezogenheit. Sie und ihr gesammter Hofstaat kleideten sich in tiefe Trauer. Es ging allgemein die Rede, daß der Prinzessin diese Trauer von Herzen komme [1]). Die Königin-Witwe in St. Germain richtete dann an die Prinzessin das folgende Schreiben [2]).

„Ich halte mich für unbedingt verpflichtet nicht länger zu zaudern mit der Meldung eines Auftrages, den der beste der Menschen und der Väter mir für Sie hinterlassen hat. Wenige Tage vor seinem Tode gebot er mir einen Weg auszufinden, auf dem ich Ihnen kund zu thun hätte, daß er vom Grunde seines Herzens Ihnen alles Vergangene vergebe, und daß er zu Gott bete es auch zu thun, ferner daß er Ihnen seinen letzten Segen gebe und daß er Gott anflehe Ihr Herz zu bekehren und Sie zu kräftigen in dem Entschlusse, das ihm selber zugefügte Unrecht wieder gut zu machen an dem Sohne. Ich meinerseits füge nur hinzu, daß ich dafür meine Gebete von ganzem Herzen vereinige mit den seinen, und daß ich es mir zur Aufgabe stelle, dem

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. September 1701.

[2]) The life of James vol. II, p. 602.

meiner Fürsorge hinterbliebenen Sohne die Gesinnungen seines Vaters einzuflößen; denn bessere kann ein Mensch nicht haben. Geschrieben am 27. September 1701."

Das ganze Schreiben und namentlich die Worte [1]): „daß er Gott anflehe Ihr Herz zu bekehren und Sie zu kräftigen in dem Entschlusse, das ihm selber zugefügte Unrecht wieder gut zu machen an dem Sohne" — lassen keine andere Deutung zu, als daß Jacob II. in dem Gedanken gestorben ist: seine Tochter Anna habe diesen Entschluß. Demnach folgt, daß die Prinzessin in ihrer letzten Kundgebung nach St. Germain nicht ein geringeres Angebot gemacht haben kann, als die Erneuerung jenes früheren Vorschlages.

Nach der Rückkehr Wilhelms III. nach England durchkreuzte dann die Prinzessin seinen Plan, den Kurprinzen Georg August nach England einzuladen, durch das Vorgeben, daß sie eine Hoffnung trage. Der Schritt war zu Gunsten ihres Bruders in St. Germain.

Im März 1702 stellte nun die Todeskrankheit Wilhelms III. ihr die Frage unmittelbar vor Augen.

Einen Grund für den Entschluß die Krone für sich zu nehmen, fand die Prinzessin jedenfalls in dem Gedanken, den sie selber ihrem Vater früher mit den Worten ausgesprochen, daß, wenn sie die Krone nicht nähme, diese in schlimmere Hände gerathen würde, denen man sie nachher nicht wieder entwinden könne. Und sicherlich darf man sagen, daß, bei der feindseligen Gesinnung, welche im März 1702 die englische Nation wider Frankreich erfüllte, ein Verzicht der Prinzessin Anna zu Gunsten ihres Bruders in St. Germain, dennoch nicht zu Gunsten dieses Schützlinges von Frankreich ausschlagen konnte. Es ist sehr wohl möglich und wahrscheinlich, daß Ludwig XIV. bei jener Anerkennung eines Königs Jacob III. in St. Germain, und bei der Mahnung vom 27. September, welche die Königin-Witwe Marie Beatrice sicherlich nicht ohne sein Vorwissen entsendet hat, auf eine Zustimmung, eine Kundgebung der Prinzessin Anna in diesem Sinne hoffte. Ein Verzicht der Prinzessin, beim Tode Wilhelms III., zu Gunsten ihres Bruders in St. Germain, wäre eine That der Aufrichtigkeit gewesen, aber

[1]) And prayed to God to convert your heart and confirm you in the resolution of repairing to his son the wrongs done to himself.

politisch zum Vortheile für Frankreich, zum unendlichen Nachtheile für England. Indem die Prinzessin annahm, handelte sie wider die letzte Mahnung des sterbenden Vaters, dessen Segen sich knüpfte an diese Mahnung; aber sie handelte im Interesse von England, welches dadurch bewahrt blieb vor unabsehbaren inneren Wirren. Die Prinzessin Anna konnte die Annahme der Krone betrachten als eine patriotische That für ihr Vaterland.

In diesem ihrem Vaterlande aber war in ihren Augen das schönste Kleinod die Hochkirche von England. Wenn sie die Krone nicht nahm, so durfte sie, von dem Standpunkte ihrer Anschauung aus, die Hochkirche für gefährdet halten. Indem sie dagegen die Krone nahm, hatte sie das Recht und die Pflicht ihre Hand schützend zu breiten über die Hochkirche.

Und zu diesem Rechte und zu dieser Pflicht fügte sich das verlockende Leuchten der Krone.

Aber der Vater Jacob II. hatte die Bitte seiner Tochter um seine Erlaubnis, einstweilen die Krone zu nehmen, nicht gewährt. Wenn die Prinzessin nun dennoch, auch ohne seine Erlaubnis, die Krone nahm: so folgt daraus, daß sie, auch ungeachtet jener Motive, in ihrem eigenen Bewußtsein die Krone mit Unrecht trug, und es folgt ferner daraus, daß um so drückender auf ihrer Seele die Last lag, jenes Versprechen gegeben, den Segen des sterbenden Vaters nur unter der stillschweigenden Bedingung der Erfüllung desselben empfangen zu haben.

Die Prinzessin nahm also die Krone, nach ihrer eigenen Meinung zunächst um zu verhüten, daß sie nicht in schlimmere Hände geriethe. Diese schlimmeren Hände waren in den Augen der Prinzessin unzweifelhaft diejenigen des Hauses Hannover. Die Prinzessin wollte bei sich nicht die Thronfolge dieses Hauses. Es ist sogar mit Grund anzunehmen, daß sie diesem Fürstenhause weniger geneigt war als irgend einem anderen; denn das damalige Haupt desselben, der Kurfürst Georg Ludwig, hatte einst ihr gegenüber die injuria spretae formae auf sich geladen (Bd. II, S. 306).

Hier aber beginnt der innere Widerspruch in der Seele der Prinzessin, nachherigen Königin Anna. Er besteht darin, daß sie die Krone für sich nehmen, nicht jedoch sie dem Hause Hannover hinterlassen wollte. Denn, indem sie die Krone nahm, nahm sie dieselbe in der Wirklichkeit

zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover. Wenn der Prinz in St. Germain ein Recht hatte: so war dieses sein Recht das nächste und beste, und dann hatte, so lange er lebte, die Prinzessin Anna kein Recht. Indem sie aber die Krone nahm, erkannte sie vor der Welt das Parlaments-Recht an, also nach dem eigenen Anspruche denjenigen des Hauses Hannover, machte sich zur Repräsentantin dieses Parlaments-Rechtes, verneinte eben dadurch das Erbrecht ihres Bruders und stand darum da als die Personification der Feindschaft wider ihn. So der Beginn und dem entsprechend der Fortgang. Jeder Schritt, den fortan die Königin Anna that, um für sich die Krone zu sichern und zu behalten, war feindselig wider denjenigen, der allein auf der Welt ihr diese Krone streitig machte. Jeder Schritt, den sie in dieser Richtung machte, stärkte das Parlaments-Recht, kraft dessen sie die Krone besaß, und kraft dessen nach ihr das Haus Hannover zum Besitze der Krone berufen war, und schwächte im selben Verhältnisse das Recht ihres Bruders.

Dies Parlaments-Recht von England hatte ferner seine völkerrechtliche Besiegelung empfangen durch den Zusatz-Artikel zu der großen Allianz, welcher für die ausdrückliche Ausschließung des Prätendenten alle Mitglieder der Allianz solidarisch verband. Die Königin Anna hielt auf diesen Zusatz-Artikel. Diejenigen Mächte, welche im Laufe der nächsten Jahre der Allianz beitraten, mußten ausdrücklich auch diesen Zusatz-Artikel mitunterzeichnen, und wenn dies, wie bei Victor Amadeus von Savoyen geschah, zuerst unterblieb, so forderte die Königin Anna darüber einen besonderen Vertrag, welcher dem Zusatz-Artikel dieselbe Verbindlichkeit zuerkannte wie dem Hauptvertrage [1]).

Englische Historiker späterer Zeiten haben die intellectuelle Befähigung der Königin Anna gering angeschlagen, geringer als sie wirklich war. Aber auch selbst bei der geringsten Schätzung, die doch in sich nicht gerechtfertigt sein würde, ist es nicht denkbar, daß der Widerstreit in der Seele der Königin Anna ihr selber nicht zum vollen Bewußtsein gekommen sei, ist es ferner eben so wenig denkbar, daß sie nicht getrachtet haben sollte, sich von dem lastenden Drucke dieses furchtbaren Gegensatzes in ihrer Seele zu befreien.

---

[1]) The diplomatic Correspondence of Richard Hill t. I, p. 155.

Aber gab es dafür ein Mittel? — Ein solches Mittel allerdings war möglich, wenn das Vorgeben, durch welches die Prinzessin Anna bei dem Könige Wilhelm III. die Einladung des Kurprinzen Georg August abgewandt, zur Wahrheit wurde. Sie hatte alle ihre Kinder bis dahin eingebüßt; aber sie war erst achtunddreißig Jahre alt. Andere mochten meinen, daß ihr wankender Gesundheitszustand jegliche fernere Hoffnung abschnitte: sie selber war nicht dieser Ansicht. Daß eine eigene Descendenz der Königin die beste Lösung der schweren Fragen sein würde, ward von Engländern wie von Schotten ihr offen ausgesprochen [1]).

Um so fester klammerte sie persönlich sich an diese Hoffnung als den Stern der Wiederkehr des inneren Friedens. Sie trug die Krone nicht mit dem Segen ihres Vaters. Aber der Segen des Himmels ist mächtiger als der Segen eines Vaters. Die Prinzessin Anna nahm die Krone in der Hoffnung, daß die Fürbitten der geliebten Hochkirche von England diesen Segen ihr erflehen würden. Dem sonntäglichen Kirchengebete wurden die Worte eingefügt: „Und damit das Glück, dessen wir uns erfreuen, auch unseren Nachkommen zu Theil werde, beten wir zu Gott, daß er unserer Königin Kinder verleihe, die, erzogen in dem wahren Glauben und in der Furcht seines Namens, ihr nachfolgen in der Regierung dieser Königreiche" [2]).

Es ist von Wichtigkeit, dies persönliche Moment in der Lebensanschauung der Königin Anna mit Nachdruck hervorzuheben. So lange ihr jener Hoffnungsschimmer bleibt, drängt er die jacobitische Neigung in ihr zurück. Erst nach dem Tode ihres Gemahles, in Folge dessen sie jenen Zusatz aus dem Kirchengebete streichen läßt, wächst die Neigung zu dem Bruder in St. Germain stärker wieder empor.

Besonders merkwürdig aber ist die Geschicklichkeit, mit welcher die Königin Anna vermied, sich jemals in directer Weise auszusprechen. Wir sehen dieses an ihrem Verhalten gegenüber namentlich auch ihrer damaligen vertrauten Freundin Marlborough. Diese schrieb einige Jahre später die Worte nieder: „Als ich bemerkte, daß die Königin

---

[1]) Marchmont Papers t. III, p. 242. — Hoffmann meldet im Berichte vom 18. August 1702, daß das Bad, in welches damals die Königin sich begab, mit Rücksicht auf diese Hoffnung gewählt worden sei.

[2]) Lamberty t. V, p. 226.

eine Vorliebe für Persönlichkeiten hatte, die mir als Jacobiten bekannt waren, fragte ich sie eines Tages, ob sie im Sinne hätte, ihre Krone aufzugeben. Denn wenn es ihr Gewissensache gewesen wäre, die Krone nicht zu tragen: so versichere ich feierlich, daß ich sie darin nicht gestört, oder mich darum so bemüht haben würde wie ich gethan. Aber sie erwiederte mir: sie habe keine Gewisheit, daß der Prinz von Wales ihr Bruder, und seine Ueberkunft hieher würde der Religion und dem Lande Verderben bringen" [1]).

Wie hoch oder gering man die Wahrhaftigkeit der beiden Frauen in diesen Worten anschlagen möge: es ergibt sich aus denselben mit Gewisheit, daß Lady Marlborough allen ihren Einfluß bei der Prinzessin für die Annahme der Krone aufgeboten, daß dagegen diese ihre Beziehungen zu St. Germain und namentlich jenes dem Vater Jacob II. gegebene Versprechen in tiefes Geheimnis gehüllt hat. Wenn so schon vor der vertrauten Freundin, mit welcher der Verkehr unter dem Namen der Missis Morley und Missis Freeman noch für eine lange Reihe von Jahren derselbe blieb: so um so mehr vor allen Anderen. Die damalige Mitwelt hat, namentlich in den letzten Jahren der Königin, ein solches Versprechen vermuthet, nicht jedoch in ausdrücklicher Weise gekannt. Das Versprechen wie die Mahnung von St. Germain daran, liegen offenkundig erst vor seit dem Jahre 1816, in der Biographie Jacobs II. zumeist nach seinen eigenen Papieren [2]).

Eine besondere Bemerkung liegt indessen hier nahe. Lady Marlborough hat hervorgehoben, daß die Prinzessin und nachherige Königin Anna seit dem Tode ihres letzten Kindes, des Herzogs von Gloceſter, ihre Briefe an Missis Freeman zu unterzeichnen pflegte mit den Worten: „Ihre arme, unglückliche, getreue Morley" [3]). Die Thatsachen ergeben, daß, wenn schon die Prinzessin Anna vom Sommer 1700 an sich so benannte, die Königin Anna vom März 1702 an ein noch größeres Recht dazu hatte, nicht trotz des Glanzes der Krone, sondern eben wegen dieses Glanzes.

---

[1]) Coxe's Marlborough vol. I, p. 107.

[2]) Das im Laufe dieser Bände oft genannte Werk: The life of James II., published from the Original Stuart Manuscripts in Carlton-House, by Clarke. London 1816.

[3]) Conduct of the D. of M. p. 128: Your poor, unfortunate, faithful Morley.

Kehren wir dagegen zurück zu der andern Seite der Sache, sehen wir ab von dem persönlichen Bewußtsein der Königin Anna bei der Annahme der Krone: so lag diese Annahme unzweifelhaft im Interesse von England, welches dadurch bewahrt blieb vor inneren Wirren, und in den Stand gesetzt wurde, die eingeschlagene Bahn nach außen mit Nachdruck zu verfolgen. Und wie für England, so gereichte die Annahme der Krone von Seiten der Prinzessin Anna zum Heile für das gesammte Europa.

Von einem Schwanken der Prinzessin Anna am 8./19. März 1702 ist keine Kunde überliefert. Selbst der Gedanke an die Möglichkeit eines Schwankens scheint den Engländern damaliger Zeit fern gelegen zu haben.

Auf die Todeskunde des Königs Wilhelm III. versammelte sich, wie am Tage zuvor, der geheime Rath in Kensington. Er entsandte die Meldung des Todes in officieller Form an das Oberhaus, und dieses gab sie weiter an das Unterhaus. Beide Häuser kamen überein, der neuen Königin ihre Gesinnungen durch Deputationen kund zu thun, so wie am selben Tage noch die Königin zu proclamiren.

Der geheime Rath wartete dies nicht ab. Er begab sich insgesammt sogleich nach dem Palaste, um sich der nunmehrigen Königin Anna vorzustellen. Sie hatte damals das achtunddreißigste Lebensjahr vollendet, war von hoher, stattlicher Gestalt, jedoch nicht gesund. Sie litt an der Fußgicht, so sehr, daß sie damals seit sechs Wochen auch in ihren Zimmern sich tragen ließ. Was man von ihrer Gesinnung erwartete, legt sich uns am klarsten dar in der Aeußerung Wratislaws, die er jenem Berichte über den Tod Wilhelms III. beifügt: „Der größte Trost bei dieser Verwirrung ist, daß Marlborough von der gesammten Sachlage unterrichtet ist und durch seinen Credit bei der neuen Königin alles vermag. Er beweist sehr viele Freundschaft für mich". Wratislaw schrieb daher sofort an Marlborough einige Zeilen, deren Zweck war, vor die Augen der Königin zu kommen. Es lag demnach von Anfang an als bekannte Thatsache vor, daß Marlborough fungirte als der Berather der Königin, und zwar zunächst als der einzige [1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8./19. März.

Die Antwort der Königin an den geheimen Rath verkündete ihr volles Eintreten in die übernommenen Verpflichtungen ihres Vorgängers für das Gemeinwohl von Europa.

Anna begnügte sich nicht mit dieser Erklärung daheim. Noch am Nachmittage überbrachte Marlborough auch dem kaiserlichen Gesandten eine entsprechende Antwort. Er meldete, daß er das Billet desselben der Königin vorgelegt und darauf von ihr den Befehl erhalten habe, zu versichern, daß sie gleich wie der verstorbene König unveränderlich für das kaiserliche Interesse eintreten werde. Die Königin stelle es dem Gesandten anheim, diese Versicherung auch in Holland und an allen Orten kund zu thun.

Unterdessen ward der Name der Königin Anna, dem Herkommen gemäß, an vier hauptsächlichen Stellen der Stadt London durch Herolde ausgerufen. Es geschah in Westminster, Templebar, Cheapside und vor der königlichen Börse.

Es erschien als ein besonderes Glück, daß in Folge des Mordplanes vom Februar 1696 eine Bill errichtet und sanctionirt war, welcher gemäß beim Todesfalle eines Königs das dann bestehende Parlament noch sechs Monate verbleiben solle, falls nicht der Nachfolger es auflöse. Denn nach den früheren Gesetzen erlosch mit dem Tode eines Königs das Recht des von ihm berufenen Parlamentes und damit fielen dann zugleich alle Acte, die noch nicht die Sanction erhalten hatten. Im März 1702 war es gesetzlich das Recht und die Pflicht des Parlamentes seine Thätigkeit fortzusetzen.

Am vierten Tage nach dem Tode des Königs Wilhelm erschien die Königin Anna im Oberhause und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Ihr Ornat ward besonders beobachtet. Sie trug einen langen, rothsammtenen Rock, mit Hermelin gefüttert und mit goldenen Borten verbrämt, darüber den königlichen Mantel in ähnlicher Weise gemacht, um den Hals eine schwere goldene Kette mit dem Bilde des heiligen Georg, niederhangend auf die Brust. Die eigene Kopfhaube verlor sich in die rothsammtene Kappe, welche die englische Krone trug. Das blaue Band des Hosenband-Ordens trug sie um den linken Arm. Es hieß, daß ein Porträt der Königin Elisabeth ihr zum Vorbilde gedient [1]).

---

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 11./22. März.

Die erste Thronrede der Königin Anna verdient wegen ihres Ursprunges unsere Aufmerksamkeit. Sie war nicht, wie diejenigen Wilhelms III., ihr geistiges Eigenthum, sondern eher dasjenige Marlboroughs, so jedoch, daß dieser die Rathschläge Sunderlands eingeholt, und, wie Sunderland dankend anerkannte, auch befolgt hatte [1]).

Die Thronrede lautet wie folgt.

„Mylords und Herren. Ich kann nicht zu sehr mein eigenes Unglück beklagen, daß ich zur Krone gelange unmittelbar nach dem Verluste eines Königs, welcher die große Stütze nicht allein für diese Königreiche, sondern für ganz Europa war. Ich fühle tief das Gewicht und die Schwierigkeit der Aufgaben, welche dadurch auf mich gekommen sind."

„Aber die wahre Sorgfalt, welche ich hege für unsere Religion, für die Gesetze und die Freiheiten von England, für die Bewahrung der Thronfolge in der protestantischen Linie, für die Regierung in Kirche und Staat, wie sie gesetzlich festgestellt — diese Sorgfalt ermuthigt mich bei diesem großen Unternehmen, welches, wie ich mir selbst verheiße, mit Gottes Segen erfolgreich sein wird, so wie andererseits dafür spricht die Fortdauer der Treue und der Anhänglichkeit, welche Ihr mir so vollaus betheuert habt."

„Die gegenwärtige Verwickelung erfordert allen Aufwand von Fleiß und Eifer, und es erfreut mich sehr, in Eueren verschiedenen Adressen eine so volle Uebereinstimmung mit mir in der Ansicht zu finden, daß wir nicht zu viel thun können, um unsere Verbündeten zu ermuthigen, zu dem Zwecke die überwachsende Macht Frankreichs nieder zu beugen."

„Ich halte es für sehr nothwendig zugleich Euch den Wunsch auszusprechen, daß Ihr die geeigneten Mittel erwägen wollet, um eine Vereinigung von England und Schottland herbei zu führen, welche Angelegenheit Euch ja neulich empfohlen ist als diejenige, welche die Sicherheit und den Frieden beider Königreiche in gleich naher Weise umfaßt."

„Meine Herren vom Hause der Gemeinen. Es bedarf nicht der Mahnung für Euch, daß die Bewilligung der Einkünfte für die

---

[1]) Man vergleiche das Schreiben Sunderlands an Marlborough, vom 11./22. März in Coxe's Marlborough vol. I, p. 109.

Bestreitung der Ausgaben der Civil-Verwaltung erloschen ist. Ich verlasse mich gänzlich auf Euere Anhänglichkeit, daß Ihr sie in solcher Art gewähren werdet, wie es der Ehre und der Würde der Krone am besten entspricht."

„Mylords und Herren. Es wird mein beständiges Bestreben sein die Gefühle der Pflicht und Anhänglichkeit, die Ihr mir kund gegeben, zu vergelten durch eine sorgfältige und überwachende Verwaltung der Mittel meiner Unterthanen, und wie ich weiß, daß mein Herz völlig englisch ist, so kann ich Euch auch aufrichtig versichern, daß, was immer Ihr von mir erwarten oder wünschen möget, ich bereit bin zu thun für das Glück und die Wohlfahrt von England, und daß Ihr mich immer erfinden werdet als treu und gewissenhaft bei dem gegebenen Worte" [1]).

Die Whig-Partei hatte Verschiedenes an dieser Rede auszusetzen [2]). Die Königin, sagte sie, empfehle darin die Vereinigung mit Schottland, als sei dies ein neuer von ihr ausgehender Gedanke, ohne des Königs Wilhelm III. dabei zu erwähnen, wo doch dieser Wunsch zu betrachten sei wie sein Vermächtnis an England. — Die Königin habe ferner diese erste Rede fast mit derselben Wendung geschlossen, wie einst ihr Vater Jacob die seinige. Es sei zu befürchten, daß sie ihre Versicherung ähnlich halten werde wie er. — Namentlich aber waren sie erregt über die Versicherung der Königin ein völlig englisches Herz zu haben. Nach der Ansicht der Whigs enthielten diese Worte eine tadelnde Anspielung auf den verstorbenen König.

Da die Whig-Partei auch im Unterhause seit ihrem letzten Siege entschieden die Mehrheit besaß, beschloß sie, eben so indirect wie die Königin Anna den Vorwurf ausgesprochen, ihn auch abzulehnen. Die Adresse des Unterhauses begann mit den Worten: „Erfüllt von dem Schmerze über den großen Verlust, den die Nation erlitten durch den Tod unseres verstorbenen Souveräns, des Königs Wilhelm III., ruhmwürdigen Andenkens, welcher unter Gottes Führung unser Befreier war vom Papstthum und von Sklaverei, bitten wir, unserer Trauer Ausdruck geben zu dürfen".

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 198.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 13./24. März.

Die Verbindung der Worte des Papstthumes und der Sklaverei prägt, wie üblich, die damalige englische Volksmeinung aus, welche mit der Wahrheit der Thatsachen nicht besteht. England ging in den Krieg, um die politische Uebermacht Frankreichs zu brechen, nicht zu Gunsten irgend welcher protestantischen Macht, sondern zu Gunsten des Kaisers, dessen katholisches Bekenntnis dabei den Engländern nicht zum Anstoße gereichte. Wir haben ja dies im Verlaufe unserer geschichtlichen Betrachtung oft genug wahrgenommen. Und dennoch ist es nicht überflüssig, bei solchen hauptsächlichen Wendungen uns an dies Verhältnis immer wieder zu erinnern, weil die Namen solcher Art immer aufs neue den Anlaß zum Irrthume nahe legen.

In den dann folgenden Sätzen war die Adresse des Unterhauses der Widerhall der Thronrede der Königin, nur in stärkeren Ausdrücken. „Wir versichern einmüthiglich, sagt die Adresse, daß wir mit der Aufwendung aller Kraft Ew. Majestät auf dem Throne erhalten wollen, auf welchen Gott Sie gesetzt, wider den vorgeblichen Prinzen von Wales und wider alle Ihre Feinde. Und weil nichts so sehr zur Ehre und Sicherheit Eurer Majestät und Ihrer Königreiche beitragen kann als die unverletzte Bewahrung der bereits gemachten Allianzen oder derjenigen, welche Ew. Majestät ferner mit dem Kaiser, mit der Republik Holland, und anderen Mächten eingehen werden, um die Freiheit Europas zu schützen und die überwachsende Macht Frankreichs zurückzudrängen: so versichern wir Ew. Majestät, daß wir entschlossen sind, bis zum Aeußersten unseres Vermögens, Ew. Majestät zur Ausführung dieses ruhmwürdigen Vorhabens in den Stand zu setzen. Und damit alle Ihre Unterthanen in voller Sicherheit ihres Glückes unter Ew. Majestät Regierung verbleiben: so wollen wir die Thronfolge in der protestantischen Linie aufrecht halten, gemäß den Feststellungen in den verschiedenen Acten, und wollen ferner einstehen für den öffentlichen Credit der Nation“ [1]).

Das Unterhaus in seiner Gesammtheit überbrachte die Adresse nach St. James. Die Königin erwiederte mit ihrem Danke, daß das Unterhaus seine Versicherungen nicht besser bethätigen könne als durch die schleunige Erledigung der Erfordernisse für den öffentlichen Dienst und für die Hülfe der Bundesgenossen.

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 199.

Es ist unverkennbar, daß das Auftreten der Königin imponirte. Man redete von einer zweiten Königin Elisabeth. Sie selbst hegte einen besonderen Wunsch, denjenigen des königlichen Titels für ihren Gemahl, den Prinzen Georg von Dänemark[1]). Dennoch trat sie damit nicht hervor. Sie scheint auf das Abrathen eines Mannes gestoßen zu sein, dem sie aus eigener Wahl, wie gemäß dem Vermächtnisse, welches thatsächlich in den Veranstaltungen Wilhelms III. lag, zunächst zu folgen hatte, nämlich Marlborough.

Die Zeit des Glanzes, der Macht und, vor allen Dingen, des Reichthumes für das Ehepaar Marlborough war gekommen.

Eine Fülle von reich dotirten Hofämtern ergoß sich auf das Haupt der Lady Sarah, namentlich dasjenige der Oberaufsicht über den Park von Windsor, welche unter dem Könige Wilhelm III. der Graf Portland besessen. Sarah Marlborough blieb der Königin Anna eben so unentbehrlich wie früher der Prinzessin. Wir haben bereits erfahren, daß die vertrauliche Correspondenz sich fortsetzte als diejenige der Missis Morley mit der Missis Freeman. Allein wir haben zugleich auch vernommen, daß die erstere die letztere nicht einweihete in das eigentliche Geheimnis ihrer Seele, in das Versprechen, das sie dem Vater Jacob in St. Germain gegeben. Daß die Königin Anna dies nicht wagte, daß sie in dem sie innerlich zernagenden Bewußtsein ihrer Unaufrichtigkeit keine Stütze hatte, noch finden konnte an Sarah Marlborough, ist der Keim der späteren Entfremdung beider Frauen, mit allen den Consequenzen, welche diese Entfremdung nicht bloß für England, sondern für die Angelegenheiten Europas nach sich zog. Nicht jedoch direct an diesem Puncte, welcher zwischen den beiden Frauen weder damals, noch später zur Sprache gekommen zu sein scheint, sondern an einem anderen, freilich nahe verwandten, regte sich von dem ersten Tage an eine Differenz der Meinungen, wenn auch für lange Zeit noch nach außen hin nicht wahrnehmbar. Die Differenz betraf die beiden großen Parteien, die Tories und die Whigs.

Die Unklarheit, der Dualismus in der Seele der Königin Anna, nach welchem sie für ihr Leben die Krone behalten wollte, um sie dann — wenn es Gott gefiel — einem eigenen Erben zu hinterlassen, oder

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 10./21. März.

doch auf jeden Fall lieber dem Bruder in St. Germain als dem Hause Hannover, tritt offener und verständlicher für uns Spätere, als für die damalige Mitwelt, hervor in ihrem Verhalten zu den Parteien. Um für sich die Krone zu sichern, erklärte sie voll und ganz einzutreten in die Verträge, die ihr Vorgänger mit den anderen europäischen Mächten geschlossen. Aber Wilhelm III. war zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine Politik wider die Uebermacht Frankreichs durchzuführen war nur mit den Whigs als der eigentlichen Kriegspartei. Lady Sarah Marlborough war derselben Ansicht. Sie trat ein für die Whigs, wenn nicht aus Neigung, so aus der Erkenntnis, daß die Whigs den Krieg vorbereitet hatten, der dem Ehepaare Marlborough das weite Feld zur Bethätigung ihrer außerordentlichen Begabung eröffnete und reichen Lohn dafür in Aussicht stellte, daß demnach auch nur auf die Whigs man sich für den Krieg verlassen könne [1]).

Die Königin Anna dagegen war Tory, weil sich der innerste Wunsch ihrer Seele emporhob über jede andere Rücksicht und Erwägung, und weil sie für diesen ihren Wunsch hoffte auf die Tories als die Vertreter der Hochkirche. Das Gebet der Hochkirche sollte den Himmel bestürmen für diesen ihren Wunsch. Darum hauptsächlich war die Königin Anna Tory.

Es kam auf Lord Marlborough an. Obwohl nicht ausgeprägter Parteimann, war er doch in der Regel mit den Tories gegangen. Daß er sich, bei der veränderten Sachlage, den Anschauungen der Lady Sarah zuneigte, liegt nahe. Nicht jedoch theilte er ihren Eifer. Wir haben das Programm seiner Regierung, wenn man es so benennen darf, bereits vernommen aus seinen Worten zu dem Gesandten Wratislaw (Bd. IX, S. 484): „Die Königin wird niemals eine der beiden Parteien verfolgen, sondern, wenn es ihr nicht möglich sich beider zu bedienen, diejenigen Persönlichkeiten hervorziehen, welche für sie und für das Gemeinwohl die beste Neigung zeigen". Wir werden zu ersehen haben, mit welcher meisterhaften Gewandtheit in diesem Sinne

[1]) Man sehe Aeußerungen von beiden Seiten in der Schrift: Conduct of the D. of M. p. 128 und passim. Das stärkste Motiv spricht freilich die Königin nicht aus.

Marlborough nach allen Seiten zugleich die Dinge führte, vom ersten Augenblicke an bis so lange dieses sein System haltbar war.

Daß die Königin Anna, ungeachtet der Whig-Mehrheit im Parlamente, Tories ins Cabinet nehmen würde, war vorauszusehen. Marlborough durfte nicht hoffen, sie von dieser Absicht abzubringen. Aber er konnte mildern, die Schärfen abstumpfen. Es kam daher für ihn darauf an, Persönlichkeiten fern zu halten, welche durch eigene Schroffheit selber schon herausfordernd auf die Whigs wirken würden. Unter den Persönlichkeiten solcher Art stand oben an der Graf Rochester, Oheim der Königin. Wilhelm III. hatte ihm bereits das Amt des Vicekönigs von Irland gekündigt: die Königin sprach sehr bald die Absicht aus es ihm zu erneuern. Marlborough dagegen trachtete dahin, eine Persönlichkeit wieder heranzuziehen, die, selber Tory, durch Glätte und Geschmeidigkeit den Whigs am wenigsten zuwider, die dagegen der Königin durch langjährige Geschäftserfahrung empfehlenswerth, ihm selber durch die Bande der Freundschaft verpflichtet war. Diese Persönlichkeit war Lord Godolphin, dessen Sohn eine der Töchter Marlboroughs geheirathet hatte. Godolphin, von Wilhelm III. entlassen, war in den ersten Tagen der Königin Anna noch ohne Amt.

Marlborough jedoch beschränkte sich nicht auf Godolphin. Ein gleiches Familienband wie zwischen ihm und dem letzteren, bestand auch zwischen ihm und dem Grafen Sunderland, dessen Sohn, Lord Spencer, eine andere Tochter Marlboroughs geheirathet hatte. Sunderland war in den letzten Jahren, namentlich seit dem Sommer 1701, entschieden für die Whigs eingetreten, und diese scharfe Parteistellung hatte ihn und Marlborough einander entfremdet. Erst das Eingehen Marlboroughs auf Sunderlands Vorschläge für den Inhalt der Thronrede führte sie wieder zusammen. Sunderland sprach zum Danke für Marlborough die Hoffnung aus, daß sie fortan in den öffentlichen Angelegenheiten Eines Sinnes sein würden. Sunderland war ein anderer Mann geworden als einst zu den Zeiten Jacobs II. Wie man bei der Werthschätzung, die Wilhelm III. dem Lord Sunderland in den letzten Jahren beständig bewiesen, nicht bezweifeln darf, daß dieser Staatsmann seine ungemeine Befähigung zu wirklich treuem Dienste angewendet hat: so muß auch die Versicherung, daß er der Königin dieselbe Treue beweisen werde, als aufrichtig gelten, zumal da

bereits der Gedanke des nicht mehr fernen Todes an Sunderland herantrat [1]).

Es ist merkwürdig zu sehen, wie ein scharfblickendes, der englischen Angelegenheiten kundiges Auge das Werden dieses Bundes sofort erkannte. Am Morgen des 13./24. März führte Marlborough seinen Freund Godolphin, der noch nicht wieder im Amte war, zu dem kaiserlichen Gesandten Wratislaw, und stellte ihn vor als denjenigen, der fortan im Vereine mit ihm das Staatsschiff Englands steuern würde. Indem der Resident Hoffmann, am Abende desselben Tages, dies berichtet, fügt er hinzu: es gehöre zu diesen beiden als dritter noch der Graf Sunderland. „Diese drei, schließt er, werden ein Triumvirat im Ministerium bilden" [2]).

Die moralische Qualität dieser drei Persönlichkeiten liegt aus den früheren Thatsachen zur Genüge vor. Auch Godolphin, obwohl nicht mit so tiefen Schatten beladen, wie Sunderland oder Marlborough, erscheint dennoch keineswegs als ein heller Charakter. Erwägen wir dagegen die intellectuelle Befähigung: so stellt sich das Triumvirat dar als die Auswahl der staatsmännischen Kräfte des damaligen England, und zwar nach dem Urtheile des unzweifelhaften Kenners, des Königs Wilhelm III. Indem also zur Fortführung seines Werkes diese drei Männer sich verbanden und die Königin Anna, ob in voller Klarheit über das, was sie that, ob nicht, ihnen die Zustimmung der Autorität der Krone verlieh, durfte auch in Versailles von Beginn an die Frage aufgeworfen werden, ob der Tod des Königs Wilhelm III., nachdem er einmal sein Werk der großen Allianz vollendet, noch als ein Gewinn zu betrachten sei.

Aber es kam für Marlborough zunächst darauf an, diese Allianz, welche ihm die Thore des Ruhmes und des Reichthums eröffnen würde, sicher zu befestigen. Der Graf Wratislaw hatte ihm sofort nach dem Tode des Königs gerathen nach dem Haag zu gehen, nicht bloß um den Führern der Republik das Festhalten Englands anzukündigen, sondern auch, für den Fall des Wankens, sie zu dem gleichen Entschlusse

---

[1]) Das Schreiben Sunderlands an Marlborough, vom 11./22. März, in Coxe's Marlborough t. I, p. 109.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 13./24. März.

zu ermuthigen. Marlborough wandte ein, daß die Königin seiner in England bedürfe. In den nächsten Tagen jedoch erhielt jener andere Gedanke bei ihm die Oberhand. Wilhelm III. hatte ihn bereits im Jahre zuvor zum Botschafter bei der Republik ernannt. Demnach lag es nahe, daß unter diesen Umständen die Königin Anna ihn sofort dahin entsendete.

Am Morgen des 13./24. März erschien Marlborough bei Wratislaw und führte, wie bereits bemerkt, Godolphin mit. Er eröffnete, daß, dem Wunsche Wratislaws gemäß, eine Kundgebung der Thronbesteigung an den König von Frankreich nicht stattfinden werde. Er theilte ferner mit, daß die Königin in der Frühe desselben Tages ihn zum General-Capitän der englischen Truppen ernannt habe, am Abende ihm den Hosenband-Orden verleihen werde. Die Königin habe ferner ihm den Auftrag ertheilt, baldmöglichst sich nach dem Haag zu begeben und dort einzuwirken. Wenn der Wind ihm günstig, werde er am nächsten Tage aufbrechen. Eben darum habe er den Lord Godolphin hergeführt, um den Gesandten zu bitten, fortan während seiner Abwesenheit sich in allen Angelegenheiten an diesen wenden zu wollen [1]). Da Godolphin damals von der Königin noch nicht ins Ministerium berufen war, so müssen wir annehmen, daß in diesem Falle als geschäftlicher Weg beabsichtigt wurde die Mittheilung durch Godolphin an die Gräfin Marlborough, und dann weiter durch Missis Freeman an Missis Morley. Constitutionell mochte immerhin der Weg nicht sein; aber er war für Marlborough jedenfalls zweckmäßig.

Die Ankündigung Marlboroughs nun doch sich nach Holland begeben zu wollen, nachdem er vorher auf den Gedanken nicht eingegangen war, erschien dem Gesandten auffallend. Da inzwischen von Seiten der Republik her keine Kundgebung eingelaufen war, welche diesen veränderten Entschluß hätte hervorrufen können: so schien der Grund in England liegen zu müssen, nicht in Holland. Es stieg daher die Vermuthung auf, daß die Reise noch einen besonderen geheimen Zweck hatte. Die Königin hatte sich überzeugen müssen, daß ihr Wunsch, dem Prinzen-Gemahl den königlichen Titel zu erwirken, im Parlamente

[1]) Wratislaws Bericht vom 13./24. März. Auch für das Folgende. Eben so aber auch der Bericht Hoffmanns vom selben Tage.

nicht durchführbar sein werde. Wratislaw muthmaßte daher, daß die Sendung Marlboroughs bezwecke, die Generalstaaten zu bestimmen, ihm die Aemter des Königs Wilhelm in der Republik zu übertragen.

Die Beredung der drei Staatsmänner verlief beiderseitig nach Wunsch. Wratislaw hatte erst am Tage zuvor die Nachrichten aus Wien erhalten, die Wilhelm III. so sehr gewünscht, namentlich diejenige, daß der Kaiser sich entschlossen, den römischen König Joseph zur Rheinarmee zu entsenden, so wie das Detachement nach Neapel nicht abzuschicken. In Bezug auf Italien erkannte jedoch Wratislaw, daß die englische Strömung etwas anders lief als die holländische. Marlborough erinnerte daran, daß er schon damals, gleich nach der heftigen Rede des Königs vom 19. Februar/2. März, ihm die Verstärkung der Armee des Prinzen Eugen nachdrücklich empfohlen. Er erneuerte diese Mahnung. Godolphin fiel ein: „Der englischen Nation ist hauptsächlich an dem nachdrücklichen Fortgange des Krieges in Italien gelegen. Möge daher der Kaiser nicht unterlassen, die Armee des Prinzen Eugen zu verstärken. Nur wolle man dies nicht laut aussprechen, damit nicht in Holland eine unnöthige Furcht erweckt werde".

Namentlich bat Wratislaw, daß nunmehr die Kriegserklärung wider Frankreich sehr bald erfolge, und zwar von allen drei Hauptmächten zugleich. Dies erschien um so wichtiger, da die in Nördlingen versammelten Deputirten der Kreise Schwaben, Franken und des Rheines sich geeinigt hatten, in diesem Falle der Allianz beizutreten. Marlborough möge im Haag diese Gemeinsamkeit des Handelns vorschlagen. Marlborough versprach es.

Er seinerseits verlangte dann Auskunft, ob der Kaiser seine Zustimmung zu dem von England verlangten Zusatz-Artikel wider den prätendirten Prinzen von Wales gegeben. Wratislaw verwies ihn an den Gesandten Goes im Haag, in dessen Händen sich die Entscheidung bereits befinden werde.

Am selben Abende, dem 13./24. März, erhielt Marlborough, wie er gesagt, den Hosenband-Orden, und zugleich mit ihm der alte Herzog von Bedford. Da der letztere der Whig-Partei angehörte, so läßt sich schwer annehmen, daß die Königin Anna aus eigener Initiative dazu geschritten sei. Vielmehr dürfte die Entschließung dazu dem Rathe Marlboroughs zuzuschreiben sein.

Bevor wir den Botschafter Marlborough mit unseren Gedanken nach dem Haag begleiten, haben wir unsere Blicke auf den Zustand der Dinge dort vor seiner Ankunft zu richten.

Die Nachrichten aus London vom 6./17. März, die am 11./22. im Haag eintrafen, bereiteten auf einen schlimmen Ausgang der Krankheit des Königs vor. Am Morgen des 12./23. März ward in der Versammlung der Generalstaaten die Lage der Dinge erwogen. Es erhob sich keine Stimme für eine Aenderung der politischen Stellung. Noch am selben Abende um fünf Uhr traf die Todesnachricht ein. Die Generalstaaten traten sofort wieder zusammen, und blieben bis tief in die Nacht [1]).

Der Graf Goes meldet den Eindruck dessen, was er sah und hörte, mit den Worten: „Es kann kein Souverän von seinen eigenen Unterthanen tiefer betrauert werden als der König von den Holländern".

Man vernahm am andern Tage, daß der französische Secretär Barré, welcher als Geschäftsträger im Haag verblieben war, sich sogleich zu dem Schweden Lilienroth begeben, und daß dieser in Folge dessen sich zu einem Bekannten geäußert hatte: da man nun allerseits unthätig bleiben werde, so habe er den schwedischen Gesandten Palmquist in Paris aufgefordert, für die Erhaltung des Friedens thätig zu sein. So die Meinung von Barré und Lilienroth. Die Wirkung derselben in Paris werden wir bald erfahren. Es ist zunächst die Frage, wie sich in Folge des Todesfalles die Generalstaaten verhielten.

So schwer der Schlag sie traf, so rang sich doch in der langen Beredung desselben Abends abermals der einstimmige Beschluß hervor, auf dem eingeschlagenen Wege zu beharren. Förderlich dafür war namentlich ein zugleich eingelaufenes Schreiben von Marlborough an Heinsius, welches im Namen der neuen Königin die gleiche Versicherung aussprach. Der Beschluß ward am nächsten Morgen eben so einstimmig erneuert und die Mittheilung sofort an die einzelnen Provinzen entsendet. So am 13./24. März. Bereits am Morgen des 15./26. erfolgte im Haag selbst von Seiten der Stände von Holland,

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 23. März.

der wichtigsten Provinz, die zustimmende Antwort, und zwar so, daß sie in ihrer Gesammtheit sich zu den Generalstaaten begaben, und dort der Rathspensionär in ihrem Namen das Wort führte. „Er hat eine schöne und beherzte Rede gehalten," meldet der Graf Goes. In der That, die Rede athmet mit tiefem Schmerze festes Gottvertrauen und warmen Patriotismus. Heinsius endete im Namen der Stände von Holland als ihr Organ. Er macht als ihr Berather ihre Gefühle, ihre Gedanken, ihre Mahnungen für die Zukunft kund, und doch ist es wieder Heinsius persönlich, der da redet, der seiner eigenen Verehrung und Anhänglichkeit für den hingeschiedenen König warmen Ausdruck gibt, der ferner sich ausspricht im Vollbewußtsein der Last, die fortan auf ihm ruhen wird. Die Rede ist kraftvoll, erwärmend, begeisternd [1]). In diesem Sinne wirkte sie auf die Generalstaaten. Sie beschlossen, je eins ihrer Mitglieder an die fremden Gesandten zu schicken, um ihnen allen zugleich ihren Entschluß kund zu thun. Man ließ die Bemerkung einfließen, daß alle Collegien des Staates die gleiche Trauerkleidung anlegen würden, wie sieben Jahre zuvor um die Königin Mary. Der kaiserliche Gesandte erwiederte, daß er für sich und seine Dienerschaft dieselbe Absicht habe.

Es fragte sich dann um die Aemter des verstorbenen Königs in der Republik, als des Erbstatthalters für fünf der Provinzen und General-Capitäns der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande. In den Generalstaaten waltete die Ansicht vor, daß diese Frage einstweilen ruhen müsse, damit sie nicht Anlaß gebe zur Eifersucht und Uneinigkeit. Eine Erneuerung erschien nicht unmittelbar nothwendig. Aber wir haben auch vernommen, daß Wilhelm III. vor seiner letzten Abreise nach England mit seinem Wunsche in dieser Richtung nicht durchdringen konnte. „Jedenfalls," bemerkt der kaiserliche Gesandte, „wird der Nachfolger bei Weitem nicht die Befugnisse erhalten, die der verstorbene König besessen hat" [2]). Es liegt demnach vor Augen, daß, wie immer die Holländer den König betrauern mochten, die alte oligarchische Partei schon wieder das Haupt empor hob.

---

[1]) Lamberty t. II, p. 69 et suiv. — Man vgl. über die einzelnen Provinzen Lamberty t. XII, p. 14 et suiv.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 26. März.

Indessen die Besetzung der Stelle eines General-Capitäns erschien dringend. Einstweilen übertrug man die Functionen dem Fürsten von Nassau-Saarbrück. Aber er war alt und kränklich. Ihm zunächst stand der Graf Athlone als General der Cavallerie. Aber lieber hätte man eine Persönlichkeit von fürstlicher Geburt gesehen. Der Graf Goes mußte Auskunft geben über alle protestantischen Reichsfürsten. Es fand sich gegen jeden Einzelnen derselben ein Einwand. Dagegen schien in Aussicht zu stehen, daß Marlborough, der täglich erwartet wurde, von Seiten der Königin den Vorschlag machen würde, ihren Gemahl, den Prinzen Georg von Dänemark, zu ernennen. Gegen denselben sprach die geringe Meinung von seiner geistigen Befähigung. Andere wandten ein, daß eben darum man ihn mit einem Kriegsrathe umgeben müsse. Je mehr man diese Dinge erörterte, desto lebendiger regte sich das Gefühl des schweren Verlustes, den man erlitten [1]).

Unterdessen traf Marlborough ein. Sogleich nach seiner Ankunft begab er sich zum Rathspensionär und berieth mit ihm mehrere Stunden. Dann suchte er den Grafen Goes auf. „Der einzige Unterschied in Folge des Todes, sagte Marlborough, ist der, daß die Königin nicht ins Feld geht. In Betreff der übrigen Leitung der Dinge wird die allgemeine Sache wider Frankreich nichts verlieren. Die Königin wird die geschlossenen Allianzen treu erfüllen." „Eben darum verhoffe ich auch, fügte er dann hinzu, daß der Zusatz-Artikel zu der Allianz, in Betreff des prätendirten Prinzen von Wales, in Wien nunmehr erledigt sein wird." Goes wich aus. Er hatte darüber noch keine Resolution, und seine Meldung nach Wien läßt eine gewisse Empfindlichkeit nicht verkennen, daß, indem man von dort ihm anbefahl, die Kriegserklärung wider Frankreich gemäß der Allianz zu verlangen, man ihn dennoch zugleich über jene wichtige Frage derselben unbeschieden beließ. Marlborough indessen drängte zunächst nicht weiter. Er stimmte zu, daß die Kriegserklärung wider Frankreich von allen drei Mächten zugleich zu erfolgen habe. Nur erschien es ihm geeigneter, daß eine jede der drei Mächte ihre Motive in einem besonderen Manifeste entwickele.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 26. März.

Hier aber lag besonders die Schwierigkeit. Goes legte dar, daß in der Republik vielfach die Ansicht herrsche: man habe sich nur als Hülfsmacht an dem Kriege zu betheiligen, so daß es darum nicht erforderlich sein werde, den Seehandel mit Frankreich abzubrechen. Marlborough hielt diese Ansicht für lächerlich und versprach deshalb um so mehr allen Nachdruck aufzuwenden, um die Nothwendigkeit der Kriegserklärung darzulegen. Im Uebrigen, sagte er, habe er die Stimmung in der Republik besser gefunden, als man in England sie erwartet habe.

Er fragte dann, was Wratislaw über die Erbietungen des Königs in Betreff Westindiens berichtet habe. Auf die Antwort des Grafen Goes erwiederte Marlborough: „Der König hätte darin weiter gehen dürfen. Vermag der Kaiser zuwege zu bringen, daß sich Westindien für ihn erklärt, so sind wir in England bereit ihm darin beizustehen, ohne für uns einen Anspruch zu erheben. Wir sehen lieber daß die gesammten indischen Besitzungen dem Kaiser zufallen, als daß sie zerrissen werden. Ist aber das Erstere nicht zu erreichen: so wird es dem Kaiser nur lieb sein, daß wir dem Hause Bourbon so viel von Indien entreißen wie möglich".

Dann kam die Rede auf Neapel. Marlborough trat dem Grafen Goes gegenüber schon bestimmter hervor als in London dem Grafen Wratislaw. „Nach meiner Ansicht, sagte er, hat der König in dieser Sache zu dem Grafen Wratislaw mehr als Erbstatthalter von Holland geredet, denn als König von England. Ich habe mir das Herz genommen, ihm von jener Vorstellung abzurathen, damit es nicht scheine, als wolle England den Kaiser hindern, in Italien nachdrücklich aufzutreten. Nun, es ist geschehen. Aber ich muß Ihnen jetzt erklären, daß England Alles aufbieten wird, damit sämmtliche spanische Besitzungen in Italien ohne Unterschied dem Kaiser zu Theil werden. Das ist der beständige Gedanke der Königin, entsprechend der Gesinnung und dem Interesse der englischen Nation. Möge der Kaiser nur die erforderlichen Anstalten treffen, England wird treulich zur Seite stehen und die Republik muß mitgehen. Ein Mitglied der Generalstaaten hat mich gefragt, ob England Willens sei, eine Flotte ins Mittelmeer zu senden. Ich habe ihm geantwortet: er möge unsere Kriegsvorbereitungen ins Auge fassen und danach sich die Frage

beantworten, ob etwa dieſe bezwecken, nur den Canal zu bewahren" [1]).

Dieſe Aeußerungen Marlboroughs weiſen hin auf eine der wichtigſten Veränderungen, die ſich an den Tod Wilhelms III. knüpften. Seit dem Jahre 1688 bis dahin beſtand weſentlich in ſeiner Perſon das einigende Band der beiden Seemächte. Er führte die eine wie die andere. Aber er war als holländiſcher Patriot achtunddreißig Jahre alt geworden: er war Holländer in jeder Faſer ſeines Weſens. Er war Holländer geweſen im Kriege, beim Friedensſchluſſe, bei den Verträgen nachher. Es kann darin an ſich für ihn kein Vorwurf liegen: es kommt nur darauf an geſchichtlich den Thatbeſtand feſtzuſtellen. So lang er lebte, war durch ihn die Republik Holland die führende Macht. Er hatte nun die beiden Seemächte unter einander und mit dem Kaiſer eng verkettet durch die große Allianz vom 7. September 1701. Dieſe Allianz war, wie er ſelber ſie bezeichnete, das wichtigſte Werk ſeines Lebens, und zwar hauptſächlich dadurch, daß die Einigung der Seemächte, die bis dahin weſentlich und hauptſächlich in ſeiner Perſon beruhte, völkerrechtlich gefeſtigt wurde auch über ſein Leben hinaus. Indem die neue Königin von England einerſeits, die Republik andererſeits, einander das Feſthalten an dieſer Allianz zuſagten, ſchienen damit die Dinge in demſelben Zuſtande zu verbleiben wie bisher. Und dennoch trat durch den Wegfall der Perſon Wilhelms III. eine gewichtige Aenderung ein. Nicht mehr war in und durch ſeine Perſon die Republik Holland die führende Macht, ſondern vermöge der Perſönlichkeit — nicht der Königin Anna, ſondern — Marlboroughs kam die Führung an England. Das Verhältnis entwickelte ſich völlig erſt im Laufe der Zeit. Daß jedoch Marlborough ſich von Anfang an über die Sache völlig klar war, ergeben jene ſeine Worte: „Die Republik muß mitgehen". Der leitende Gedanke der früheren Zeit von 1688 bis 1702, wenn auch Wilhelm III. denſelben nicht ſo ausdrücklich in Worte kleidete, war geweſen: „England muß mitgehen".

In den nächſten Tagen folgte eine der Provinzen der Republik nach der anderen dem Beiſpiele von Holland und ſprach mit dem tiefen Schmerze über den erlittenen Verluſt zugleich den feſten Willen

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 31. März.

aus, die eingegangenen Verträge zu erfüllen [1]). Die Stadt Amsterdam ließ durch ihre Deputirten den Generalstaaten besonders vermelden, daß sie Alles genehm halte, was die Stände von Holland in der Versammlung der Generalstaaten am 26. März kund gegeben und versprochen. — Wenn vorher ein Bedenken obgewaltet hatte, ob das Vorgehen vom 26. März in der Republik die allgemeine Zustimmung finden werde: so betraf dasselbe insbesondere die Stadt Amsterdam. Um so mehr daher hob dieser Schritt von ihrer Seite den allgemeinen Muth [2]).

Es liegt vor Augen, daß die bewegende Kraft des Ganzen sich hauptsächlich fand in dem Rathspensionär Heinsius, dem langjährigen Gesinnungsgenossen und Vertrauten des Königs Wilhelm III.

Es kam darauf an, die Stimmung und die Entschlossenheit der Republik auch in solenner Weise nach Außen hin kund zu geben.

Marlborough, als der Botschafter der Königin von England, hatte seine Audienz bei den Generalstaaten hinausgeschoben. Da er in Eile herüber gekommen, daher nicht mit dem damals erforderlichen Pomp eines Botschafters ausgestattet war: so war es seine Absicht, ohne Aufgebot eines Gepränges vor den Hochmögenden zu erscheinen. Bei der Lage der Dinge fanden dagegen die Holländer dies nicht zweckmäßig. Marlborough fügte sich dem Wunsche und fuhr am 31. März mit dem vollen Gepränge eines Botschafters vor. In der Versammlung sprach er den Willen der Königin aus, mit der Republik in derselben Freundschaft, in demselben engen Bunde zu leben wie ihr Vorgänger, darum alle Verträge mit der Republik getreulich zu beobachten und auf's Genaueste zu erfüllen, so wie auch ferner solche Verträge einzugehen, entsprechend dem Interesse beider Nationen und der Erhaltung der Freiheit Europas, um die übergreifende Macht Frankreichs in gerechte Grenzen einzuschränken. Er fügte hinzu, daß die Königin ihn gesendet zu dem Zwecke, mit den Hochmögenden die nothwendigen Operationen zu vereinbaren [3]).

Dykvelt als Präsident der Woche antwortete, daß die Generalstaaten der Freundschaft und dem Vertrauen der Königin entgegen

[1]) Die Adressen sämmtlich bei Lamberty t. II, p. 75 et suiv.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 31. März, p. 75 et suiv.

[3]) Lamberty t. II, p. 88.

kommen würden, um die Allianzen zum Wohle Englands und der Republik, so wie für die Freiheit Europas zu erfüllen und das große Werk des verstorbenen Königs fortzuführen. Bei dem Namen desselben überwältigte den alten Mann der Schmerz. — Die Entschlüsse, welche Dykvelt hier mündlich kund gegeben, wiederholte am andern Tage der erste Vertretungs-Körper der Republik schriftlich in bündiger Form.

In dem beiderseitigen officiellen und öffentlichen Ausdrucke der Gesinnung der Seemächte war hier das schwere Wort gesprochen, die Absicht des Beugens der französischen Macht, welches zu verwirklichen stand nur durch einen furchtbaren Krieg.

An mehr als einem Orte in Europa hatte man diese feste und entschiedene Haltung der Republik nicht erwartet, am wenigsten vielleicht in Versailles.

Beim Tode des Königs Wilhelm III. war, wie üblich, von London aus der Befehl erlassen, die Seehäfen geschlossen zu halten Das Ausbleiben aller Nachrichten aus England deutete für Frankreich die wichtigste an. Erst am 14./25. März erhielt Ludwig XIV. in Versailles die Nachricht. Die Hofleute, die darum wußten, beobachteten eine Haltung. „Den ganzen Tag hindurch, meldet Dangeau, sprach er über die ihm zugegangene Nachricht kein Wort, und gab kein Zeichen der Freude von sich, obwohl er so vielen Grund dazu hatte. Denn er ist immer Herr seiner selbst in allen diesen Dingen." Am folgenden Tage, also eine volle Woche nach dem Tode Wilhelms III., traf die Bestätigung ein. Ludwig XIV. ließ öffentliche Freudenbezeigungen über die Nachricht in Paris verbieten. Er untersagte nach der anderen Seite hin den Verwandten des Oraniers Trauer anzulegen [1]).

Auch betraf das Verbot nur die öffentliche Freude. Der Eindruck dagegen, den die Todesnachricht von Kensington bei Vielen machte, ergibt sich am klarsten aus den Worten von Torcy an Louville in Madrid, die eine Uebersetzung nicht gestatten. Er schreibt: Ne vous êtes-vous pas évanoui d'aise à cette pacifique nouvelle,

[1]) Dangeau t. VIII, p. 366 und 378.

puisqu'on pâme de joie ainsi que de tristesse?[1]) — In entsprechender Weise benahm sich namentlich der Cardinal Janson Forbin in Rom. Er erhielt die Nachricht um die Mittagszeit und entsendete mit derselben sofort einen Edelmann der Botschaft an alle Cardinäle. Er beschwerte sich nachher, daß nur zwei derselben sich von der Tafel erhoben, um seinen Abgesandten zu vernehmen. Er selber dagegen schritt auf der Gallerie seines Palastes wie ein Triumphator einher, und gab überhaupt seine Freude in einer Weise kund, die der kaiserliche Gesandte Lamberg in seinem Berichte an den Kaiser als bestialisch bezeichnet[2]).

Den Grundzug dieser Auffassung der Todesnachricht finden wir auch bei dem Marschall Boufflers. „Dieses große Ereignis, schreibt er, erscheint sichtbarlich wie eine Fügung des Himmels, um den katholischen König desto schneller in allen seinen Königreichen zu befestigen" [3]).

Diese Franzosen sahen demnach Wilhelm III. so sehr als die Seele des Bündnisses wider Frankreich an, daß sie vermeinten, sein Tod werde dasselbe wieder lösen, oder doch England ihm entziehen.

Andere indessen kamen gleich durch die ersten Nachrichten über das Verhalten der Engländer nach dem Tode Wilhelms III. zu einer richtigeren Ansicht. Die Herzogin von Beauvilliers gab die ihrige kund mit den Worten: „Die Engländer meinen es ernsthaft mit ihrer Feindseligkeit. Sie haben die Prinzessin von Dänemark als Königin proklamirt und sie sagen, daß sie die übergreifende Macht Frankreichs beschränken wollen. So lautet ihr Ausdruck. Demgemäß darf man auf den Frieden von daher nicht hoffen".

Die weiteren Nachrichten bestätigten dies sehr bald. Allein es blieb für Ludwig XIV. noch die Hoffnung auf die Republik Holland. In Folge der Berichte des Secretärs Barré und des Schweden Lilienroth aus dem Haag machte er dort einen letzten, nachdrücklichen Versuch.

Er verlieh dem Barré den Charakter eines Residenten bei der Republik. Er that dies den Generalstaaten kund durch ein Hand-

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 222.

[2]) Lambergs Bericht vom 8. April.

[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 222. Auch der folgende Brief.

schreiben, in welchem er bemerkte, daß sie aus den Aufträgen des Barré die Zuneigung ersehen würden, die er ihnen entgegen trage [1]).

Barré überreichte demgemäß die ihm von Versailles aus zugestellte Denkschrift, die dort als vortrefflich abgefaßt und als maßvoll gehalten angesehen wurde. — Der Ton dieser Denkschrift war bald schmeichelnd, bald drohend. Sie hielt der Republik die seit ihrem Beginne von Frankreich erhaltenen Wohlthaten vor, zählte dagegen ihre Acte der Feindseligkeit in der letzten Zeit auf. „Aber nun, fährt sie dann fort, wo die Republik sich selber wieder gegeben ist, wo ihr eigener Geist sie leiten wird, wo nur ihre eigenen Interessen für sie in Frage kommen, wird ihre Haltung bestimmend wirken auf die Gefühle des Königs für sie. Wenn die Republik vertrauen will in seine alte und aufrichtige Freundschaft: so wird nichts den Handel ihrer Unterthanen stören und aller Anlaß zur Klage soll für immer begraben sein." Dann folgt die Drohung: „Die Republik hat zu wählen zwischen Frieden und Freiheit einerseits und andererseits dem Kriege und der Vernichtung ihres Handels zu Gunsten fremder Interessen".

Barré ließ diese Denkschrift sofort drucken und in der Republik vertheilen.

Die Generalstaaten übergaben die Schrift den Bevollmächtigten des Kaisers und der Königin von England, mit dem Bemerken, daß der Hochmuth dieser französischen Kundgebung die Republik nur noch mehr anfeuern werde, bei ihren Entschlüssen zu beharren [2]). Goes, Marlborough und Heinsius kamen überein, daß die beiden ersteren eine entgegengesetzte Denkschrift einreichen und zugleich öffentlich machen würden. Der Graf Goes hob namentlich einen besonderen Punct hervor. „Die beleidigende Schmeichelei von Seiten Frankreichs, zu behaupten, daß die Republik sich selber wieder gegeben, fortan freier als zuvor nur nach den eigenen Interessen sich richten werde, schließt in sich einen Zweifel an der Einsicht der Leiter der Republik und steht im scharfen Widerspruche mit der allgemeinen Trauer, welche das unglückliche Ereignis, auf das jene Worte anspielen, in allen Provinzen

[1]) Lamberty t. II, p. 89. Das Schreiben ist datirt zu Versailles, am 27. März. — Eben dort dann die Denkschrift. — Man vgl. Dangeau t. VIII, p. 382.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 4. April.

hervorgerufen hat." Um so dringender, schließt der kaiserliche Gesandte, erklinge die Mahnung, nun bald zur That zu schreiten. — Die Denkschrift Marlboroughs war noch schärfer gefaßt.

Jene Mahnung des Grafen Goes betraf die Kriegserklärung wider Frankreich. In der nächsten Beredung mit Marlborough und Heinsius schlug er vor, von der letzten französischen Denkschrift aus den Ausgang zu nehmen, zumal da diese selber die Kriegesdrohung in sich berge. Marlborough stimmte zu. Heinsius jedoch erwiederte, daß die Einwilligung zur Kriegserklärung erst von jeder der sieben souveränen Provinzen eingeholt werden müsse, daß dagegen um des Volkes willen die Antwort auf die französische Denkschrift nicht so lange hinausgezögert werden dürfe.

Diese Antwort erfolgte am 8. April. Die Hauptstelle derselben lautet: „Die Hochmögenden Herren haben mit Verwunderung wahrgenommen, daß die ganze Denkschrift auf dem Fundamente der Annahme beruht: die Republik habe fortan bei ihren Entschlüssen mehr Freiheit als zuvor. Diese Meinung bezieht sich ohne allen Zweifel auf den Tod Sr. Majestät des Königs von Groß-Britannien, unsterblichen Gedächtnisses. Aber der Herr Resident irrt darin sehr, weil er die Verfassung unserer Regierung nicht kennt. Er möge also wissen, daß die Hochmögenden Herren vorher wie nachher gerade eben dieselbe Freiheit besessen haben, zu berathen und alle die Beschlüsse zu fassen, welche sie dem Wohle ihres Gemeinwesens für zuträglich und nothwendig erachten. Es ist wahr, daß sie nicht tief genug ihr Leid beklagen können, sich der Leitung und Führung eines Fürsten beraubt zu sehen, dessen Weisheit, maßvolles Verhalten und wahrhafter Werth Anerkennung finden werden, so lange die Erde steht — eines Fürsten ferner, dessen heldenmäßige Thaten und Verdienste um diese Republik sie niemals vergessen wird — eines Fürsten endlich, dessen Verlust alle Bewohner dieses Landes, ob Groß, ob Klein, aus tiefster Seele beklagen. Das Streben dieses Fürsten in Bezug auf die Republik hatte keinen anderen Zweck als denjenigen der Erhaltung ihrer Freiheit und ihrer Religion, und die Hochmögenden, die davon eben so völlig überzeugt sind, wie sie sich dabei wohl befunden haben, werden darum seinen Grundsätzen folgen, werden fest halten an den Allianzen, die sie geschlossen, und werden für die Bewachung ihrer Freiheit und

ihrer Religion sich jederzeit derjenigen Mittel zu bedienen wissen, welche Gott ihnen verliehen hat" [1]).

Goes, Marlborough und Heinsius kamen überein, daß die Kriegserklärung gegen Frankreich von allen drei Mächten zugleich erfolgen solle. Nicht jedoch durch ein und dasselbe Actenstück. Denn Marlborough wandte ein, daß das Original einer Kriegserklärung von England ausgestattet sein müsse mit dem großen Siegel des Königreiches. Dazu war die Stellung der Mächte verschieden, weil England und die Republik den Herzog von Anjou als König von Spanien anerkannt hatten und demgemäß ihn auch so benennen mußten. Dagegen versprachen sie, einander gegenseitig den Entwurf der Erklärung vorlegen zu wollen.

Dann jedoch kam der eine wichtige Punct. Der Graf Goes fand sich noch außer Stande, eine definitive Erklärung über den Zusatz-Artikel zu der Allianz zu geben. Heinsius fiel ein: er habe Nachricht, daß der Kaiser den Artikel nicht anders genehmigen werde als mit Weglassung der Worte: praetensus princeps Walliae. Marlborough fuhr auf. „Wenn dies der Fall, erwiederte er, so bin ich außer Stande, hier irgend etwas abzuschließen. Die englische Nation würde darüber so erregt werden, daß ich für nichts einstehen kann. Ich fasse nicht, daß die kaiserlichen Minister die Bedeutung des Titels eines Prinzen von Wales nicht begreifen. Ein Prinz von Wales ist, wie der Dauphin in Frankreich, der anerkannte Erbprinz. Gerade darum, weil in Frankreich für den Sohn des Königs Jacob der Name des Prinzen von Wales üblich war, hat man in England das Wort praetensus ausgefunden und in verschiedenen Acten des Parlamentes bestätigt. Der Gedanke, dadurch über die Geburt des Prinzen ein Urtheil zu fällen, hat dem Parlamente durchaus ferne gelegen. Vielmehr wird die Frage der Geburt im Parlamente geflissentlich vermieden. Dagegen ist es ganz unthunlich, den Wortlaut eines Artikels abzuändern, welcher eine Parlaments-Acte zur Unterlage hat. Ich bitte also um einen sofortigen Bescheid oder um die Absendung eines

[1]) Lamberty t. II, p. 95.

Couriers nach Wien mit einer richtigen Darstellung des Verhältnisses" [1]).

Während die drei Bevollmächtigten über diese Sache noch beisammen saßen, am 3. April, trafen die Briefe von Wien ein. Sie brachten für den Grafen Goes den Auftrag, noch einen Versuch zur Abwendung des praetensus zu machen, zugleich jedoch die Ermächtigung, im Falle des Mislingens nachzugeben. Während Goes über den Auftrag nachsann, las auch Heinsius die von Hamel-Bruininx in Wien erhaltenen Berichte. „Ich sehe hier, rief er aus, daß der Kaiser dennoch das praetensus genehmigt hat, und zwar auf das Gutachten seines Beichtvaters."

Der Bericht war begründet. Fassen wir also den Hergang ins Auge.

Wir haben vernommen, daß das Gutachten der Minister (Bd. IX, S. 460) dem Kaiser anheim gab, über seine Gewissensbedenken gegen den Zusatz-Artikel in der von England verlangten Form einen Theologen zu befragen.

Der Kaiser Leopold ging, wie es scheint, damals nicht darauf ein. Aber die Berichte Wratislaws aus London mahnten unablässig an die Forderung von englischer Seite. Einer der Minister faßte daher aus sich den Entschluß, die Frage dem kaiserlichen Beichtvater, dem Jesuiten Menegatti, vorzulegen. Er erhielt die folgende Antwort, datirt vom 21. März [2]).

„Da es der Wahrheit entspricht, daß der hinterlassene Sohn des Königs Jacob prätendirt, Prinz von Wales zu sein, und in dem Zusatz-Artikel nichts darüber gesagt wird, ob er mit Recht oder nicht diese Prätension erhebt: so halte ich dafür, daß man ohne irgend ein Unrecht gegen den König Jacob seinen Sohn als den prätendirten (praetensum) Prinzen von Wales bezeichnen dürfe. Und zwar ist mein wichtigster Grund der folgende. Es ist allgemein gebräuchlich, daß bei einem Streite zweier Personen über ein Recht oder eine Würde, indem der eine Theil die Würde für sich beansprucht, der andere sie ihm verneint, der Beanspruchende bezeichnet wird als der

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 4. April.

[2]) Anlage I.

sie Prätendirende. Nun schwebt aber zwischen den Engländern und dem Sohne des verstorbenen Königs Jacob die Differenz, ob jener Prinz von Wales sei, indem die Engländer es verneinen, der Sohn Jacobs und die Franzosen es bejahen und diese Würde für ihn prätendiren. Deshalb darf nach meinem geringen Urtheile der Sohn Jacobs II. mit Recht als der prätendirte (praetensus) Prinz von Wales bezeichnet werden. Denn dadurch wird die Frage, ob er in Wirklichkeit das ist, was er zu sein prätendirt, oder ob er es ohne Grund prätendirt, nicht entschieden."

Auch dieses Gutachten schlug noch nicht alle Bedenken des Kaisers nieder. Daher erfolgte an den Gesandten Goes der Auftrag, noch einmal den Versuch zu machen, das Wort praetensus auszumerzen.

Allein Goes erhielt nun diesen Auftrag, wo zugleich Heinsius ihm und Marlborough aus den Wiener Berichten ankündigte, daß der Kaiser in den Artikel willige. Heinsius las ihnen Beiden den Wortlaut vor.

Demnach war auf irgend eine Weise das Geheimnis in Wien dem holländischen Gesandten zugebracht. Wie der Bericht desselben den Grafen Goes in eine ungünstige Lage brachte: so befand sich zur selben Zeit in einer noch weniger vortheilhaften der Graf Wratislaw in London, weil ihn die Minister in Wien ohne Nachricht ließen, der englische Gesandte Stepney dagegen von dort aus, in Unkenntnis der letzten Intention, nach London meldete, daß der Kaiser sich auf das Wort praetensus nicht einlasse. Der Vorgang, der in Folge dessen stattfand, ist charakteristisch für das ganze Verhältnis.

Am 24. März/4. April begab sich der Staats-Secretär Vernon im Auftrage der Königin zu dem Gesandten Wratislaw. „Der Zusatzartikel, begann er, wenn in ihm das Wort praetensus fehlt, wäre für England nicht ein Vortheil, sondern ein Nachtheil. Diejenige Partei hier, welche bereits vor einem Jahre gegen den Kaiser stand, wartet nur auf diese Gelegenheit." Es ist nicht unwichtig, bei diesen Worten Vernons uns zu vergegenwärtigen, daß der Antrag des Zusatz-Artikels im Unterhause von dem Toryführer Seymour ausgegangen war, in der Hoffnung, der Kaiser werde nicht zustimmen. — Auf die weitere Frage Vernons erwiederte Wratislaw, daß er keinen

Auftrag habe. Vernon versetzte, daß er am Abende wieder kommen werde. Es geschah. Als Wratislaw seine Antwort wiederholte, brach Vernon ungeduldig in die Worte aus: „Aber was soll ich glauben, da doch Stepney den Zusatz-Artikel ohne das Wort praetensus bereits hieher eingeschickt hat?“ [1])

Wratislaw wandte sich klagend an den Kaiser. „Es ist mir unmöglich, schrieb er, den Dienst Ew. k. Majestät hier zu versehen, wenn die Resolutionen dort fremden Gesandten eher kund werden als mir. Man weiß hier Alles, was ich nach Wien berichte. Dazu bin ich nun seit zwei Monaten ohne Bescheid. Das macht mich irre. So lange der König lebte, fand der Verkehr statt zwischen ihm und mir. Jetzt habe ich mit einer Reihe von Personen zu verhandeln, die theils für, theils gegen uns gesinnt sind. Ich bitte um Geheimnis und schleunige Expedition“ [2]).

So Wratislaw. Kehren wir zurück zu der in anderer Weise schwierigen Lage, in welche sich der Gesandte Goes im Haag durch den von Heinsius ihm und Marlborough vorgelesenen Bericht aus Wien versetzt sah. Der Gesandte wußte dennoch rasch der Sache eine günstige Seite abzugewinnen. „Immerhin, sagte er, mag der Berichterstatter den Inhalt meines Auftrages errathen; aber es kommt doch auf die Fassung an. Die Sache ist die: wenn die Kriegserklärung wider Frankreich absolut von meiner Antwort abhangt: so bin ich bereit, dem Grafen Marlborough zu willfahren, wenigstens in der Hoffnung der Genehmigung, also den Zusatz-Artikel zu unterzeichnen. Aber das Eine ist untrennbar von dem Andern.“ Der Keil schlug ein. Marlborough versprach alles aufzubieten, um den Entschluß der Republik zu fördern [3]).

Ein Vorschlag über die Ernennung des Prinzen Georg von Dänemark zum General-Capitän der Republik ward von Marlborough direct nicht gemacht. Auf die Anfrage des Grafen Goes erwiederte jener: er habe keinen Auftrag, die Sache anzuregen. Wenn jedoch von holländischer Seite der Vorschlag gemacht würde: so erscheine ihm dies als das beste Mittel, die beiden Mächte so eng aneinander zu

[1]) Wratislaws Bericht vom 4. April. Auch für das Folgende.
[2]) Desgleichen
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 4. April.

knüpfen wie zuvor, und gern würde dann er als englischer General-Capitän sich diesem Oberfeldherrn unterordnen [1]).

Wenn die letzten Worte Marlboroughs eine Wahrheit enthalten: so dürfte diese sich beschränken auf die äußeren Abzeichen des Ranges. Denn daß ein Mann von außerordentlich hoher Befähigung wie Marlborough, sich einer Persönlichkeit von außerordentlich geringer Befähigung wie der Prinz Georg, gern unterordnen würde, läßt Raum für einigen Zweifel, es wäre denn, daß Marlborough der Fügsamkeit des Prinzen unter seiner Leitung unbedingt sicher gewesen wäre. Die Frage indessen kam praktisch nicht zur Geltung, weil die Geneigtheit in der Republik sich nicht fand.

Am andern Tage begab sich Marlborough in die Versammlung der Stände von Holland. Als die drei Bevollmächtigten am 6. April wieder zusammen traten, begann der Rathspensionär Heinsius zu dem Grafen Goes: „Sie haben dem Grafen Marlborough in Aussicht gestellt, daß Sie, wenn er die Sache der Kriegserklärung bei der Republik durchsetze, den Zusatz-Artikel in der verlangten Form unterzeichnen würden. Ich kann Ihnen nun eröffnen, daß die Stände von Holland heute einhellig die Kriegserklärung beschlossen haben. Ich füge hinzu, daß der Beschluß hauptsächlich den Bemühungen des Grafen Marlborough beizumessen ist. Andererseits ist Ihnen bekannt, daß, wenn die Provinz Holland voran geht, die anderen Provinzen folgen. Demnach darf die Sache als sicher angesehen werden. Es kommt daher nur auf Sie an". Marlborough selber fügte hinzu, daß er den ersten günstigen Wind benutzen werde, und wiederholte dann mehrmals, daß er, wenn er nicht den Zusatz-Artikel von kaiserlicher Seite unterzeichnet mitbrächte, in England nichts ausrichten werde. Der kaiserliche Gesandte erklärte sich bereit zu unterzeichnen [2]).

Dann vereinbarten die drei Bevollmächtigten sich über die Kriegserklärung in folgenden Worten:

„Im dritten Artikel der Allianz vom 7. September 1701 ist gesagt, daß die Zeit von zwei Monaten verwendet werden soll, um in friedlicher Weise auf dem Wege der Unterhandlung eine vernünftige

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 4. April.

[2]) Desgleichen vom 7. April. — Der Zusatz-Artikel, so wie er gezeichnet ist, steht bei Dumont t. VIII, 1, p. 91.

Satisfaction für die Ansprüche Sr. Kaiserlichen Majestät an das spanische Erbe zu erwirken, so wie für Ihre Großbritannische Majestät und die Hochmögenden Herren Generalstaaten eine besondere und ausreichende Sicherheit für ihre Königreiche und Länder. Die zwei Monate sind längst verstrichen, ohne daß sich ein Schein einer Hoffnung dieser Art gezeigt hat. Im Gegentheile beharrt der allerchristlichste König bei dem Vorsatze, die gesammte spanische Monarchie für seinen Enkel zu behaupten und eng mit Frankreich zu vereinigen. Zu diesem Zwecke haben die beiden Mächte ihre Truppen in Italien und Belgien vereinigt, die französischen haben die Länder Köln und Lüttich besetzt, befestigen sich in Belgien und bedrohen von dort aus die Republik der Niederlande. Deshalb, um nicht noch weiter sich zuvorkommen zu lassen, haben die verbündeten Mächte beschlossen, ihre Streitkräfte zu vereinigen und dem allerchristlichsten Könige und seinem Enkel den Krieg anzukündigen, zu Wasser und zu Lande, insgesammt am 4./15. Mai 1702" [1]).

So die Vereinbarung der drei Staatsmänner im Haag. Dann brach Marlborough auf, um sie und zugleich den nunmehr von Goes unterschriebenen Zusatz-Artikel zu der Allianz nach England zu überbringen. Daß der Kaiser diesem Artikel seine Zustimmung gegeben, durfte in England verlauten: der Beschluß der gleichzeitigen Kriegserklärung an Frankreich blieb noch für mehrere Wochen dort das Geheimnis von nur drei Personen: der Königin, Marlborough, Wratislaw. Es geschah aus Besorgnis vor den Bemühungen, welche der Graf Rochester als Haupt der Tory-Partei dagegen aufbieten werde. Die Stellung Marlboroughs ihm gegenüber prägte sich schärfer aus. Auf die klagende Anfrage Wratislaws, warum man diese störende Persönlichkeit nicht in die Statthalterschaft Irland entsende, erwiederte Marlborough: „Gedulden Sie Sich, er wird nolens volens dahin gehen müssen" [2]).

So am 7./18. April. Es war also die Frage der nächsten Zukunft, welcher von beiden den andern heben würde, ob Rochester, ob Marlborough.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 18. April.

[2]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 18. April.

Inzwischen war die Popularität der Königin im raschen Steigen. Da die Abschwörung des Prinzen in St. Germain zum Gesetze gemacht worden war, so zog die Weigerung die Ausstoßung aus dem Parlamente nach sich. Einige wenige Mitglieder des Oberhauses, unter der Führung des Grafen Nottingham, weigerten sich dennoch. Es überwog indessen die Ansicht, daß sie damit nur bezweckten sich hervorzuthun, und dann dem allgemeinen Beispiele folgen würden. Im Unterhause hatten bis zum 27. März/7. April schon 440 den Eid geleistet. Etwa 70 Mitglieder waren abwesend. Mit Sicherheit wußte man nur einen Einzigen, der, anwesend, sich geweigert hatte [1]).

Das Unterhaus bewilligte der Königin dieselben Einkünfte wie früher dem Könige Wilhelm III. Allein, da er damals von diesem Betrage ihr als der präsumtiven Thronerbin ein Jahrgeld von 50.000 Pfund Sterling zu zahlen hatte: so erhielt nun die Königin in Wirklichkeit so viel mehr, es wäre denn, daß sie jenen Betrag in gleicher Weise für die nach ihr präsumtive Thronerbin verwendete. Ob diese Frage damals aufgeworfen ist, wird später an uns herantreten. Die Königin Anna sprach sich aus, daß sie die Schulden ihres Vorgängers abtragen würde. Man schätzte dieselben auf 600.000 Pfund Sterling [2]).

Irgend welche Habgier lag der Königin Anna ferne. Sie hatte als Prinzessin den ihrem Range gebührenden Hofstaat geführt, keine Schulden gemacht, und doch dabei erhebliche Mittel zu wohlthätigen Zwecken verwendet. Die geregelte Ordnung ihres eigenen Hofhaltes erweckte die günstige Meinung, daß fortan dem Unterschleife mit mehr Nachdruck gesteuert werde als unter ihrem Vorgänger [3]).

Am 30. März/10. April erschien die Königin im Parlamente, um jene Bill der Bewilligung für sie zu sanctioniren. Sie hob in ihrer Anrede hervor, daß sie, im Anblicke der schweren Steuern, welche auf ihren Unterthanen lasteten, sich selbst in ihren eigenen Ausgaben beschränken würde, um in aller Weise zur Erleichterung beizutragen.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. April.
[2]) Desgleichen vom 28. März.
[3]) Desgleichen vom 11. April.

Dann fuhr sie fort: „Es mag sein, daß die mir bewilligten Einkünfte fortan nicht so viel austragen wie bisher: des ungeachtet will ich Anordnung treffen, daß für dies Jahr aus den mir einstimmig von Euch gewährten Mitteln 100.000 Pfund Sterling für den öffentlichen Dienst verwendet werden" [1]).

„Es ist nicht zu beschreiben, meldet Hoffmann, mit welchem Beifall diese Worte vernommen worden sind. Sie ist in der That eine zweite Königin Elisabeth, heißt es aller Orten. Denn seit deren Tagen hat man kein Beispiel einer solchen Gütigkeit. — Die Königin hat durch diesen Act die Herzen ihrer Unterthanen völlig gewonnen" [2]).

Beide Häuser des Parlamentes beschlossen Dank-Adressen. Bei der Berathung derjenigen des Unterhauses sagte der Tory Seymour: man sehe an dieser Großmuth der Königin augenscheinlich, daß sie ein wahrhaft englisches Herz habe. Man habe Regierungen gekannt, bei denen man sich auch in der größten Calamität eines solchen Beistandes nicht habe versehen dürfen. Auf diese Worte erhob sich Lord Spencer, der Sohn Sunderlands und Schwiegersohn Marlboroughs. Nachdem auch er das Lob der Königin verkündet, wandte er sich wider Seymour. Vom Könige Wilhelm, rief er, werde Niemand sagen dürfen, daß nicht auch er ein englisches Herz gehabt, außer denen, die ihrerseits ein französisches haben. Die Tories hielten es nicht für geeignet, auf den Angriff zurückzukommen [3]).

Bereits vom Anfange April an stiegen in der Whig-Partei allgemeine Besorgnisse über die künftige Haltung der Königin empor, namentlich in Folge eines besonderen Vorfalles. Die Provinz Glocester ließ durch John How, einen eifrigen Gegner des verstorbenen Königs, der Königin eine Adresse überreichen. Die Adresse ist der erste Ausdruck des Cultus vor der Person der Königin, welcher fortan von vielen Mitgliedern der Tory-Partei betrieben wurde und den berechtigten Unmuth der Lady Marlborough wach rief [4]). Die Adresse gibt die unaussprechliche Freude kund, welche die Thronbesteigung der Königin Anna bei den Unterzeichnern hervorruft. Sie spricht ferner die

[1]) Commons Debates t. III, p. 200.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 11. April.
[3]) Desgleichen vom 14. April.
[4]) Conduct of the D. of Marlborough p. 137 sqq.

Hoffnung aus, daß es der hohen Weisheit der Königin und ihrem ganz englisch gesinnten Herzen gelingen werde, allen Factionen und unchristlichem Parteigetriebe, welches seit langem die Nation zerrüttet, ein Ende zu machen, und daß die exemplarische Frömmigkeit und Tugend der Königin mehr als alle geschriebenen Gesetze beitragen werde, die Religion, die guten Sitten, die Wohlthätigkeit zu befördern, sowohl in Betreff des Geistlichen wie des Weltlichen. Der Schluß der Adresse wandte sich gegen den Prätendenten und alle anderen Feinde der Königin. — Sie nahm die Adresse entgegen mit den Worten: „Ich bin Ihnen und Ihren Freunden sehr verpflichtet, und danke Ihnen für Ihre wohlgemeinte Adresse" [1]).

Eine solche Antwort auf eine Partei-Adresse entsprach nicht dem englischen Herkommen. Der Herzog von Somerset, Mitglied der Whig-Partei, wandte sich an Wratislaw, damit er Marlborough bewege der Königin Vorstellungen zu machen. Marlborough erwiederte: die Königin habe nicht mit Vorbedacht geredet, habe Niemanden kränken wollen. Er für sich billige weder die Adresse, noch die Antwort: aber die Sache sei geschehen. Somerset, damit nicht befriedigt, machte selber der Königin Vorstellungen. Die Reden Marlboroughs mochten ihr unterdessen klar gemacht haben, daß sie mit jenen Worten aus der Reserve der königlichen Stellung herausgetreten war. Sie erwiederte dem Herzoge: sie verlange ihn und seine Freunde für den öffentlichen Dienst zu verwenden: deshalb wolle sie ihm aufrichtig sagen, daß sie bei dem Verlesen der Adresse den eigentlichen Kern nicht verstanden. Nun, nach näherer Prüfung, müsse sie offen bekennen, daß sie den Inhalt nicht billige. Sie redete weiter in diesem Sinne. Den Whigs ging daraus die Hoffnung hervor, daß die Königin das Parlament, dessen Befugnisse sechs Monate nach dem Tode des Königs gesetzlich aufhörten, fortbestehen lassen werde. Mehrere von ihnen baten den kaiserlichen Gesandten sich dafür zu verwenden. Wratislaw erwiederte, daß er ihre Wünsche theile, aber Bedenken trage sich in innere Angelegenheiten einzumischen [2]). Ob die Hoffnungen und Wünsche der Whigs irgend welche Aussicht hatten, mußte sich bald entscheiden.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. April.

[2]) Wratislaws Bericht vom 28. April.

Die Beisetzung der Leiche Wilhelms III. sollte in der Stille stattfinden, jedoch feierlicher als diejenige Carls II.

Am 12./23. April des Abends um zehn Uhr begann von Kensington aus der Trauerzug nach Westminster. Der mit violettem Sammt überzogene Sarg stand auf einem offenen Wagen, überdacht von einem Thronhimmel, der getragen wurde von sechs Herzögen. Der Prinz Georg folgte als erster Leidtragender, assistirt von zwei Herzögen und sechszehn Grafen. Der Adel folgte in Zweispännern. Die Straßen entlang durch die äußere Stadt standen die Leibgarden. Von acht Uhr Abends an erdröhnte je nach einer Minute vom Tower ein Kanonenschuß, bis zu drei Uhr Morgens. Die Ceremonie in Westminster, obwohl es nur ein Privatbegräbnis war, dauerte bis zwei Uhr Morgens [1]).

Nachdem der Sarg in die Gruft hinabgesenkt war, traten, dem Herkommen gemäß, der Oberst-Hofmeister, der Oberst-Kämmerer, der Hof-Zahlmeister und der Controlor, mit ihren weißen Stäben in der Hand an die offene Gruft und zerbrachen die Stäbe. Ihre Aemter waren damit zu Ende.

Am anderen Tage überreichte die Königin neue weiße Stäbe an den Oberst-Kämmerer Grafen Jersey und den Hof-Zahlmeister Grafen Bradford. Der Herzog von Devonshire, bis dahin Oberst-Hofmeister, erschien nicht bei Hofe. Die Königin war bereit ihn wieder zu ernennen; aber sie wollte nicht den Controlor, Lord Wharton, den wir als scharfen Whig kennen. Deshalb wich sein Freund Devonshire durch Fernbleiben aus. Marlborough begab sich zu Wratislaw und bat dringend auf Devonshire einzuwirken; denn im anderen Falle sehe sich die Königin hingedrängt zu den Tories. Wratislaw, um nicht direct sich zu betheiligen, forderte Somerset auf bei Devonshire einzutreten. Es geschah. Devonshire nahm den weißen Stab an. Zugleich aber verlieh die Königin denjenigen des Controlors dem Toryführer Sir Eduard Seymour [2]).

Wie schon diese Ernennung die Whig-Partei heftig erregte, so durchlief noch am selben Tage die Stadt das Gerücht, daß Aemter in

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 25. April. Auch für das Folgende.

[2]) Wratislaws Bericht vom 28. April.

Aussicht stünden für Musgrave, Granville, und sogar für John How, die sämmtlich unter der vorigen Regierung sich hervorgethan als entschiedene Gegner des Königs, und von denen namentlich John How, der erst kürzlich die Adresse von Gloceſter überreicht, nicht in den Schranken des Tactes sich gehalten hatte. Die Hoffnungen der Whigs waren in raschem Sinken [1]).

Die Krönung der Königin sollte stattfinden am 23. April/4. Mai, dem St. Georgstage, und darum folgte vorher rasch eine Ernennung der anderen. Seymour wurde zum Mitgliede des Cabinets, John How zum Mitgliede des geheimen Rathes ernannt. Dies fiel besonders auf, weil die Antwort der Königin auf die Beschwerde des Herzogs von Somerset über die von How überreichte Adresse mit einer Ernennung solcher Art wenig vereinbar war. Noch größeres Aufsehen indessen erregte die Uebergabe des Geheimsiegels an den Marquis von Normanby. Die Persönlichkeit desselben wurde viel erörtert. Es hieß, daß er einst sogar sich mit der Hoffnung geschmeichelt habe, die Prinzessin Anna von York heimzuführen, und daß seine Hoffnung gescheitert sei an der Nicht-Einwilligung des Vaters, des nachherigen Königs Jacob II. Wir haben seiner Zeit ersehen, daß die Verheirathung der Prinzessin mit Georg von Dänemark in den Augen Ludwigs XIV. und des damaligen Herzogs von York ein politisches Gegengewicht bilden sollte gegen die Heirath der älteren Schwester Mary mit dem Prinzen von Oranien (Bd. II, S. 416 u. f.). Normanby besaß ein großes Vermögen, erfreute sich jedoch weder eines guten Rufes, noch eines Ansehens selbst bei seiner eigenen Partei. Er hatte die Jahre vorher mit dem französischen Botschafter Tallard auf freundschaftlichem und vertraulichem Fuße gelebt, und es hieß, daß Tallard seine Berichte nach Versailles unter der Mitwirkung von Normanby verfaßt habe. Mit Bezug auf dies Gerücht hielt Wratislaw sich berechtigt, zu Marlborough über die Ernennung zu reden. Wenn die Königin, sagte er, für ihren Dienst Persönlichkeiten verwenden wolle, die nicht eine Bürgschaft des Geheimnisses nach Frankreich hin gewährten: so würde das Vertrauen der verbündeten Mächte zu den englischen Ministern nicht Wurzel schlagen. „Es thut mir leid um die Königin, fuhr Wratislaw fort,

[1]) Wratislaws und Hoffmanns Bericht vom 28. April.

und noch mehr um Sie, weil, wenn dies so fortgeht, ich voraussehe, daß man einerseits gewichtige Persönlichkeiten zurückstößt, andererseits solche Individuen heranzieht, die in etwa schwierigen Fällen entweder keine Dienste leisten können oder nicht wollen." Marlborough zuckte die Achseln und erwiederte: er habe an der Ernennung Normanbys keinen Theil. Er kenne die übelen Eigenschaften desselben und habe Besorgnis vor den Consequenzen. Allein es stehe nicht in seiner Macht in Alles und Jedes einzugreifen. Andererseits könne er versichern, daß das Amt eines Geheimsiegel-Bewahrers mit den auswärtigen Angelegenheiten in keiner Beziehung stehe [1]).

Wratislaw zog daraus den Schluß, daß nur in Betreff der Aemter, die nach außen hin eine Bedeutung hatten, die Königin den Rath Marlboroughs erfrage, für England selbst jedoch sich nicht binden lasse.

Man vernahm weiter die überraschende Kunde, daß die Königin ihren Gemahl, den Prinzen Georg von Dänemark, zum Generalissimus aller englischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande ernannt habe. Ein solches Amt war in England ohne Beispiel. Es mochte um so gerechteres Aufsehen erregen, da das Urtheil, welches einst Jacob II. über die militärische Befähigung dieses seines Schwiegersohnes gefällt (Bd. IV, S. 246), doch auch von Anderen getheilt werden mochte, namentlich durch das Verfahren von Wilhelm III. dem Prinzen gegenüber durchaus bestätigt worden war. Die Königin Anna dagegen gab noch die Hoffnung nicht auf, daß auch die Republik ihrem Beispiele folgen und den Prinzen zum General-Capitän ernennen werde. Dann würde der Prinz-Gemahl in dieser Beziehung dem Könige Wilhelm gleich sein. Marlborough suchte dem kaiserlichen Gesandten nahe zu legen, wie förderlich es sein würde, wenn der neue holländische Botschafter das Patent dieser Ernennung nach England herüber bringe. „Auf Ihren Wunsch, erwiederte Wratislaw, bin ich bereit an den Grafen Goes im Haag darüber zu schreiben, verhehle Ihnen aber nicht, daß meine Hoffnung gering. Wie die Bereitwilligkeit der Republik schon vorher nicht groß war, so kann das Hinüber-Lenken der Königin zu den Tories sie nicht befördern" [2]).

[1]) Wratislaws Bericht vom 3. Mai.

[2]) Desgleichen.

Die Frage wurde in denselben Tagen in der Republik verhandelt, und zwar nicht bloß in den oberen Collegien der Regierung im Haag. Gemäß der Verfassung der Republik hatte eine jede einzelne souveräne Provinz zu entscheiden. So war es auch zu den Zeiten des Königs gewesen; aber seit seinem Tode hatten sich die Dinge noch sehr geändert. In den Ständen von Holland hatte jede der Städte ihren Deputirten; aber auch die Ritterschaft war dort vertreten und hatte, nach der Ansicht der Bürgermeister, allzu vielen Einfluß. Deshalb nahmen die Magistrate der Städte die wichtige Frage, ob ein Erbstatthalter oder ein General-Capitän wieder zu ernennen, an sich zurück, um ihrem Beschlusse gemäß ihren Deputirten zu instruiren. Wiederum aber konnten die Magistrate der Städte nicht handeln ohne die Vertretung der Bürgerschaft, die Broetschappen. In diesen also ward die Ernennung eines General-Capitäns erörtert, nicht einer bestimmten Persönlichkeit, sondern im allgemeinen, so jedoch, daß die Qualitäten derjenigen, die in Frage kamen, von den Verordneten der Bürgerschaft abgewogen wurden. Unter den vorgeschlagenen Persönlichkeiten, über welche die ehrsamen Bürger ihr Gutachten abgaben, befand sich auch der Prinz-Gemahl von England. Aber nicht bloß hatte die Königin Anna selbst den Holländern durch die Erhebungen so vieler Tories Besorgnis eingeflößt: die englischen Agenten in Holland verlangten geradezu die Ernennung, und ließen für den Fall der Verweigerung Drohungen durchblicken [1]). Ein solches Verfahren konnte das Vertrauen auf die Festigkeit der Allianz schwächen, nicht jedoch dem eigentlichen Zwecke dienen. Mit Ausnahme von Dortrecht kamen die Broetschappen sämmtlicher Städte von Holland überein, daß ein General-Capitän nicht zu ernennen sei. Demnach fügte sich auch Dortrecht. Es blieb also dem Prinzen-Gemahl nur die Ehre der englischen Uniform.

In London fand unterdessen am 23. April/3. Mai die Krönung statt mit ungemeiner Pracht. Da die Fußgicht der Königin das Gehen nicht verstattete, entsprach sie in so weit nicht dem Herkommen, daß sie sich in einem Sessel tragen ließ. Dieser war ohne Rücken, damit

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 5. Mai: Was ich dabei am meisten bedauere, ist, daß es scheint, daß die Engländer nunmehr mit Gewalt tentiren wollen, was Marlborough vorher so kaltsinnig proponirt hat, und, im Falle eines Refus, bedrohen wollen. — Ueberhaupt das Ganze hier nach den Berichten des Grafen Goes im Mai 1702.

die Schleppe besser gehalten werden konnte. Man bemerkte, daß die Königin auf dem Hinwege einen mit Diamanten besetzten Goldreifen trug, und dann, nachdem die Krönung in der herkömmlichen Form geschehen war, auf dem Rückwege die eigentliche kaiserliche Krone. So der richtige Name. Denn, um anzudeuten, daß die Krone England dem römischen Kaiser keine Superiorität zuerkenne, war sie schon in früheren Zeiten durch einen Parlamentsbeschluß als kaiserlich benannt worden [1]). Nach der Krönung fand im großen Saale zu Westminster an drei Tafeln das Bankett statt, und während desselben die Ceremonie der Herausforderung. Der Kämpfer der Königin, geharnischt vom Kopf bis zu Fuß, zu Pferde, geleitet von zwei anderen Reitern, dem Groß-Constabel und Groß-Marschall, ritt bis an die königliche Tafel und rief dort zu drei Malen seine Herausforderung aus gegen Jeden, der behaupten wolle, daß die Königin Anna nicht die rechtmäßige Königin von England sei. So die Worte. Was die Königin selber dabei dachte und fühlte, folgt aus dem Versprechen, das sie ihrem Vater Jacob II. nach St. Germain hin entsendet.

Die Ernennungen von Tories gingen auch nach der Krönung fort. Die Staats-Secretäre Manchester und Vernon mußten weichen: an ihre Stelle traten Nottingham, dessen Weigerung die Abschwörung des Prinzen in St. Germain zu leisten, in der That nur wenige Tage Stand gehalten hatte, und Hedges, beide Tories, Freunde des Grafen Rochester. Es fiel dennoch auf, daß auch diese eben so wie Marlborough überall offen aussprachen, an den Ernennungen keinen Theil zu haben. Sie fanden freilich damit geringen Glauben. Vielmehr legte man sich die Sache zurecht in der folgenden Weise. Marlborough sei allerdings zu maßvoll, als daß er diese schleunige Wendung einrathen könne. Daher müsse man annehmen, daß die Königin aus eigenem Antriebe, oder auf fremden Rath in dieser Weise vorgehe, und daß Marlborough, um sich nicht misliebig zu machen, Vieles geschehen lasse [2]). In der That sparte Marlborough das Gewicht seiner Geltung bei der Königin für entscheidende Fragen.

---

[1]) Chamberlaine: the present State of G. B. 1710, p. 46: Therefore the crown of England hath been declared in Parliament, long ago, to be an imperial crown.

[2]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 12. Mai.

Eine solche war diejenige der Ernennung eines Groß-Schatzmeisters (Treasurers), der, wie man sagen dürfte, wie ein Minister über den anderen Ministern stand. Es ist schon früher erwähnt und muß wiederholt werden, daß Wilhelm III. niemals einen Treasurer ernannt hat, noch später einer der George. Man wußte, daß der Graf Rochester nach diesem Amte trachtete. Marlborough beruhigte die Besorgnisse des kaiserlichen Gesandten, und dieser kleidete seine Meldung darüber an den Kaiser in die Worte: „Bevor Marlborough zum Feldzuge hinübergeht, wird er Godolphin zum Groß-Schatzmeister machen lassen" [1]).

Eine andere Frage trat fast zugleich heran. Die Uebereinkunft der drei Großmächte, am selben Tage, dem 4./15. Mai, eine jede für sich den Krieg wider Frankreich zu erklären, blieb bis nahe vorher das Geheimnis der Königin und Marlboroughs. Erst am 1./12. Mai kam die Sache im Cabinet zur Erörterung. Der Kriegserklärung an sich konnte der Graf Rochester sich nicht widersetzen; denn sie entsprach dem englischen Nationalwillen. Aber er suchte die Dinge auf den Punct zurückzuwenden, auf welchem sie gestanden vor der französischen Anerkennung des Prinzen in St. Germain. England habe nur als Auxiliär-Macht in den Krieg einzutreten, nicht als Principal-Macht. Ihm gegenüber stand hauptsächlich Marlborough, und wies nach, daß auch selbst, wenn man wolle, die Wahl nicht mehr frei stehe. Denn der Zusatz-Artikel wider den angeblichen Prinzen von Wales, vom Parlamente beschlossen und demgemäß von Seiten der Krone England dem Vertrage der großen Allianz hinzugefügt, und vom Kaiser und der Republik als gleichwerthiger Bestandtheil derselben anerkannt, constituire England als principal-kriegführende Macht. Vor dieser Darlegung brach jeder Einwand zusammen. Das Cabinet gab dem Entwurfe der Kriegserklärung seine Zustimmung [2]).

Es ist von Wichtigkeit diese Sachlage abermals hervorzuheben, weil sie durch den späteren Gang der Dinge verdunkelt worden ist, und weil daher in der späteren englischen Geschichtschreibung jener principielle Zusatz-Artikel kaum noch genannt wird. Es ist ferner von

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 12. Mai.

[2]) Desgleichen.

Interesse daran zu erinnern, daß dieser Zusatz-Artikel ausgegangen war von der Tory-Partei, in der Hoffnung, daß der Kaiser ihm nicht zustimmen, und daran der ganze Kriegsplan des Oraniers zerscheitern werde. Sie also, die Tories, oder vielmehr die jacobitische Fraction unter den Tories, hatten durch ihre vermeintliche Klugheit die Dinge dahin gebracht, daß England, indem es die Waffen ergriff wider Frankreich, sie zugleich ausdrücklich ergriff gegen das Haus Stuart in St. Germain. Diejenige Persönlichkeit, welche kraft des Rechtes der Krone den Krieg gegen das Haus Stuart anzukündigen hatte, die Königin Anna, war selber eine Stuart. Sie, die nächste Blutsverwandte der Familie in St. Germain, mußte ihrem Bruder den Krieg erklären, weil sie die Krone, die er beanspruchte, für sich behalten wollte, mit dem Wunsche sie auf eine eigene Descendenz zu vererben, und, wenn dieser Wunsch sich nicht erfüllte, ihr Versprechen gegenüber dem Vater zu halten und die Krone ihrem Bruder zurückzugeben. Derjenige Mann, welcher, nach dem Tode des Oraniers, im Namen der Königin den Zusatz-Artikel wider den Prinzen in St. Germain dem Kaiser gegenüber auf das nachdrücklichste vertreten hatte, dieser Mann war Marlborough. Und dieser selbe Marlborough wurde in St. Germain auch damals wieder wie zehn Jahre vorher — ob mit seinem Zuthun, ob ohne dasselbe, liegt nicht ausdrücklich vor — betrachtet als derjenige Mann, auf welchen hauptsächlich für die Herstellung man zu bauen habe [1]).

Und mehr und mehr noch wird der Knäuel vor unseren Augen sich verschlingen.

Am nächsten Tage, dem 2./13. Mai, that die Königin ihren Entschluß der Kriegserklärung wider die Könige von Frankreich und von Spanien dem Parlamente kund. Beide Häuser antworteten mit Dankadressen [2]). Diejenige des Unterhauses, einstimmig votirt, enthielt das Versprechen, die Königin für die Führung des Krieges bis auf das äußerste zu unterstützen.

Bei diesen, dem Wortlaute nach, so einmüthigen Erklärungen der Königin und des Parlamentes wider den König von Frankreich

---

[1]) Macpherson's Original Papers t. I, p. 602 sqq.

[2]) Lords Debates t. II, p. 35; Commons Debates t. III, p. 201.

und den Schützling desselben in St. Germain, tritt uns die Frage nahe, wie sich die Königin Anna verhielt gegenüber dem Hause Hannover.

Gleich nach dem Tode Wilhelms III. sprach sich die Königin Anna in derselben Weise wie nach Wien, nach dem Haag und zu ihrem Parlamente, auch zu dem celliſch-hannöverschen Gesandten Schütz in London aus. Sie erklärte, daß sie die gesetzlich geordnete Thronfolge in der protestantischen Linie aufrecht halten wollte. Sie erneuerte die von Wilhelm III. gegebene Zustimmung zu den Maßregeln wider die Herzöge in Wolfenbüttel [1]).

Diese Maßregeln waren bereits in vollem Gange. Da auf die Abmahnungen des Kaisers und des Königs Wilhelm die Herzöge Rudolf August und Anton Ulrich von ihren Rüstungen, die notorisch für französisches Geld gemacht wurden, nicht abließen: so entschlossen sich die Stammesvettern in Celle und Hannover zur Gewalt. Am Abende desselben Tages, an dessen Morgen Wilhelm III. in Kensington endete, überschritten die celliſch-hannöverschen Truppen die Grenzen. Nicht um ein Treffen war es zu thun, sondern um die Entwaffnung. Es gelang, eine Reihe von Abtheilungen der im Lande verstreut liegenden Cavallerie zu überraschen, sie gefangen zu nehmen, eben so sich der Stadt Peine und der Reichsstadt Goslar zu bemächtigen. Der Herzog von Holstein-Ploen, Schwiegersohn des Herzogs Rudolf August, und der englische Gesandte Cresset, erboten sich zur Vermittelung. Rudolf August nahm an, Anton Ulrich sträubte sich. Aber jener war der eigentlich regierende Herr, der, still und friedlich, seinem Mitregenten, dem leidenschaftlichen Anton Ulrich, nur halbwillig gefolgt war. Die Verhandlungen gingen von statten. Rudolf August sagte sich von Frankreich los und trat zur Allianz über. Es war ein fast unblutiger Sieg, und dennoch ein Sieg von großer Tragweite. Denn man rechnete, daß durch die Aufhebung der Feindschaft zwischen den Linien des welfischen Hauses für die große Allianz, negativ und positiv, eine Macht von 20.000 Mann verfügbar wurde [2]). Demnach war die erste Kunde von außen her

[1]) Wratislaws Bericht vom 11./22. März.

[2]) Eine Reihe der betreffenden Actenstücke im Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 761 u. f. — Ein zusammenfassender Bericht in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz. Bd. X, S. 133 u. f.

unter der neuen Regierung der Königin Anna diejenige eines wichtigen Erfolges.

Mußte diese Nachricht gleich in den ersten Tagen des neuen Königthumes auf die Sympathien der Engländer für das Haus Hannover günstig wirken: so fühlte sich die Königin Anna ihrerseits durch andere Nachrichten von dort her weniger angenehm berührt. Es war ihr gelungen durch das Vorgeben einer vermeintlichen Hoffnung, die sie trage, den König Wilhelm III. von der Einladung des Kurprinzen Georg August nach England abzuhalten.

Dagegen ward eben derselbe Gedanke der Einladung, noch sogar vor dem Tode Wilhelms III., öffentlich angeregt in einer Schrift des Freidenkers John Toland. Diese Persönlichkeit zuerst fordert hier unsere Aufmerksamkeit.

Er hatte, wie wir gesehen haben, im Jahre zuvor sich dem Lord Macclesfield, der die Successions-Acte nach Hannover zu überbringen hatte, für diese Reise angeschlossen, und selber dort die Erlaubnis erhalten seine Schrift über die Thronfolge in England zu überreichen [1]). Es ist sehr wahrscheinlich, daß damals Niemand in Hannover eine Kunde davon hatte, daß eine frühere Schrift von Toland, unter dem Titel: Christenthum ohne Mysterien [2]), in England und Irland vielen Anstoß erregt hatte, daß sie auf Beschluß des Parlamentes von Irland wegen der darin enthaltenen ketzerischen Ansichten gegen das Christenthum durch Henkershand verbrannt war, und daß das Oberhaus des Parlamentes von England nur aus formellen Gründen sich geweigert hatte, dem entsprechenden Beschlusse auch des Unterhauses von England gegen die Schrift von Toland beizutreten.

Bei den Mitgliedern der englischen Hochkirche jedoch erregte die wohlwollende Aufnahme des Toland in Hannover einiges Aufsehen. Die Nachrichten darüber bewogen Leibniz in Hannover, den Sachverhalt einem Freunde in England klar zu stellen. „Ich stimme Ihrem Urtheile über Toland zu, schrieb Leibniz. Er ist ein geistvoller Mensch,

[1]) Der Titel dieser Schrift ist: Anglia libera, or the limitation and succession of the crown of England explained and asserted etc.

[2]) Christianity not mysterious, or a treatise showing that there is nothing in the Gospel contrary to reason, nor above it, and that no christian doctrine can be properly called a Mystery. London 1696.

auch nicht ohne Wissen; aber er geht in seinen Ansichten zu weit, und ich habe mir die Freiheit genommen, ihm über sein Buch: Christenthum ohne Mysterien, meine Bemerkungen schriftlich zuzustellen, die er wohl aufgenommen hat. Da die Kurfürstin sich gern mit geistig begabten Persönlichkeiten unterhält, so hat sie auch Tolands Reden zugehört, indem sie mit ihm wie mit anderen Engländern, im Garten von Herrenhausen auf- und abwandelte. Es ist möglich, daß einige Engländer, unbekannt mit der Weise der Kurfürstin, gemeint haben: die Unterredung drehe sich um andere Dinge, vielleicht gar um politische Angelegenheiten, und die Kurfürstin beweise dem Toland ein großes Vertrauen, während doch ich, der ich sehr oft Zeuge der Unterredungen war, genau weiß, daß sie der Regel nach philosophische und andere Dinge der Wissenschaft betrafen. Allerdings hat die Kurfürstin, ihrer Gewohnheit nach, ihn auch über Persönlichkeiten befragt, und sowohl sie wie der Kurfürst haben ihn mit Medaillen beschenkt, als einen namhaften Schriftsteller, der ausdrücklich an unseren Hof gekommen war, um sein Buch über die Thronfolge in England zu überreichen. Darum indessen heißen wir dieses Buch noch nicht in aller Beziehung gut, und es liegt nicht uns ob ein Urtheil abzugeben über die darin angeregten schwierigen Fragen des öffentlichen Rechtes in England" [1]). Die Worte betreffen jene Schrift: Anglia libera.

Leibniz fügt weiter hinzu: „Es scheint, daß einige vornehme Persönlichkeiten, bei denen Toland in Gunst steht, ihn hierher gesendet haben, um durch ihn genauere Nachrichten über unseren Hof einzuziehen. Vielleicht gibt er sogar eine Schrift darüber heraus, wie er in Aussicht gestellt hat" — der Kurfürstin selber gegenüber sagte Leibniz: „Toland bedroht uns mit einem Buche; — aber er wird wohl thun dabei Vorsicht zu beobachten. Von mehreren Seiten ist der Kurfürstin die Warnung zugegangen, sich vor Toland zu hüten; allein da sie aufrichtig und ohne Verstellung ihren Weg verfolgt, und in Geschäften sich nur nach dem Rathe des Königs richtet: so dürfte es schwer sein etwas auszufinden, was man wider sie misbrauchen könnte".

So Leibniz am 27. Februar 1702. In denselben Tagen erschien in London eine neue Schrift des Toland, in welcher er das Parlament

---

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 333.

geradezu auffordert Adressen an den König zu richten, damit er die Kurfürstin-Witwe und den Kurprinzen nach England einlade [1]).

Es ist nicht ohne Interesse, auf diese Sachlage, so wie auf die Persönlichkeit des für die Culturgeschichte des achtzehnten Jahrhunderts nicht unwichtigen John Toland noch etwas näher einzugehen.

Da die Kurfürstin Sophie das freiwillig entgegen getragene Versprechen des Königs Wilhelm besaß, so ist es schon darum nicht denkbar, daß sie eine Persönlichkeit wie Toland in dieser Weise verwendet haben sollte. Aber es liegen auch sogar ausdrückliche Zeugnisse des Gegentheiles vor. Am 1. Januar 1702, also um zwei Monate vorher, sagt die Kurfürstin zu Leibniz: „Ich möchte wünschen, daß Toland sich durchaus nicht einmischt über politische Angelegenheiten zu schreiben" [2]). Als es nun dennoch geschehen war, meldet Leibniz dem Gesandten Schütz in London: bei Tolands Anwesenheit in Hannover habe die Kurfürstin von ihm verlangt, daß er in seinen Schriften nicht ihren Namen nenne [3]). Aehnlich bemerkt Leibniz in einem Schreiben an den preußischen Botschafter in London, Ezechiel von Spanheim, daß die Kurfürstin die Geschäftigkeit des Toland durchaus nicht wohl aufnehme [4]).

Jedoch auch Spanheim zählte zu den Gönnern und Freunden des Toland. Er gab ihm Empfehlungen nach Berlin. Im Sommer 1702 trat Toland dort auf, und, wie früher die Mutter, die Kurfürstin Sophie, so fand auch die Königin Sophie Charlotte Gefallen an seiner leicht fließenden und gewandten Rede. Dann jedoch stellte sie ihn und seine Philosophie auf die Probe. Leibniz hatte ihr damals seine Ansicht über die Grundfrage aller Philosophie entwickelt, welche die Königin in die Fassung kleidet: ob in den menschlichen Gedanken etwas unabhängig ist von der Wahrnehmung durch die Sinne, und ob es etwas Immaterielles gibt. Die Königin übergab die Schrift von Leibniz dem Toland und verlangte dessen Ansicht. In der Darlegung derselben richtete daher auch Toland seine Rede an die Königin.

---

[1]) Der Titel ist: Reasons for addressing His Majesty to invite into England their Highnesses the Electoress Dowager and the Electoral Prince of Hanover.

[2]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 352.

[3]) A. a. O. S. 352.

[4]) A. a. O. S. 353.

Sophie Charlotte übergab wieder die Schrift des Toland an Leibniz. In seinem Berichte darüber an die Kurfürstin Sophie in Hannover charakterisirt Leibniz die Ansichten des Toland als wesentlich gleich mit denjenigen von Hobbes, oder, mit einigen Abweichungen, denjenigen von Epikur und Lucrez. Mit anderen Worten: Toland verfocht den Materialismus. Leibniz vertheidigte daher in seiner Replik an die Königin den Idealismus mit neuen Gründen in Bezug auf die Schrift von Toland. Abermals überwies die Königin dem letzteren die erneute Darlegung von Leibniz zur Beantwortung [1]).

Eine solche jedoch erfolgte nicht. Toland wußte sich unter allerlei Vorwänden der ihm gestellten Aufgabe zu entziehen. Nachdem Leibniz der Kurfürstin Sophie das gesammte Verhalten Tolands in dieser Sache dargelegt, schließt er mit den Worten: „Alles dies bringt mich zu dem Urtheile, daß es ihm nicht um die Wahrheit zu thun ist, daß er vielmehr nur darauf ausgeht durch die Neuheit und die Eigenthümlichkeit seiner Gedanken Aufsehen zu erregen" [2]).

Die Gedanken des Toland mochten im Jahre 1702 neu und eigenthümlich sein: sie waren es bald nicht mehr. Toland wurde einer der hauptsächlichen Begründer der seichten Geschwätzigkeit des achtzehnten Jahrhunderts, welche ihre innere Hohlheit mit dem Mantel des Namens der Philosophie verhüllte, mit allen den unheilvollen Consequenzen dieser Art von Philosophie für die Geschichte der Menschheit.

Damals, im Laufe des Jahres 1702, war sein moralischer Credit in Hannover und Berlin eben so rasch im Sinken wie zuvor im Aufsteigen. In Berlin ließ der König ihm die Mahnung zugehen seine Zunge im Zaume zu halten [3]). Spanheim nahm ausdrücklich seine Empfehlungen für Toland zurück. Es ist merkwürdig zu sehen, wie der Name dieses Mannes, der, nach dem Urtheile der Kurfürstin Sophie, durch seine Feder wie durch seine Zunge Niemandem so sehr schadete als ihm selber, damals in allen Correspondenzen hervortritt. In England war die Erbitterung der Hochkirchlichen so heftig wider ihn, daß er sich nicht getrauete dahin zurückzukehren. Er begab sich

[1]) Die sämmtlichen Schriftstücke in Band X meiner Ausgabe der Werke von Leibniz.

[2]) A. a. O. Bd. VIII, S. 365.

[3]) A. a. O. S. 379.

nach Holland, und in Hannover wußte man es ihm Dank, daß er vermieden hatte dort einzukehren.

Dagegen war es unvermeidlich, daß, bei dem Erscheinen jener Schrift von Toland, im Februar 1702, es vielen Unkundigen nahe lag, zwischen der Aufnahme, die Toland im August 1701 in Hannover gefunden, und dieser Schrift einen Causal-Nexus finden zu wollen.

Dann trat, am 8./19. März, der Tod des Königs Wilhelm ein. Wir kennen die Gesinnung der Königin Anna als durchaus dem Hause Hannover und der Thronfolge desselben in England abgeneigt. Wir kennen andererseits diejenige der Kurfürstin Sophie. Es kann nicht genug hervorgehoben werden, daß die in England häufige Meinung, als habe, nach der Annahme der Successions-Acte, die früher kühle Haltung der Kurfürstin gegenüber der Aussicht auf die Thronfolge in England sich in einen besonderen Eifer gewandelt, mit den Thatsachen nicht besteht. Nur diese sind die sichere Basis eines Urtheiles über ihr Verhalten. Es ist daher von besonderem Interesse, die Kundgebungen von beiden Seiten vergleichend zu erwägen.

Die neue Königin ließ, wie wir vernommen, sofort durch den hannöverisch-cellischen Gesandten Schütz der Kurfürstin Sophie versichern, daß sie für das Haus Hannover dieselben Gesinnungen hege, wie ihr Vorgänger. Einige Tage später erneuerte sie diese Versicherung durch ein Handschreiben. Die Art und Weise, in welcher die Kurfürstin ihrer vertrauten Nichte, der Raugräfin zu Pfalz, die Sache meldet, läßt ersehen, daß ihr Glaube an die Wahrheit jener Worte nicht unbedingt fest stand. „Die Versicherung der Königin, sagt sie, hat mir ein Handschreiben zur Antwort gekostet. Ob man mich nun noch nach England verlangen wird, zal de tyd leeren“ [1]). — Dies war der übliche Ausdruck der damals viel gelesenen holländischen Zeitungen für ungewisse, zweifelhafte Ereignisse der Zukunft.

Wie zu erwarten, gedenkt keines der drei Glückwunschschreiben aus Hannover ausdrücklich des besonderen Versprechens von Wilhelm III.; jedoch liegt in demjenigen des Kurprinzen der Gedanke nahe. „Da Ew. Majestät, sagt er, bereits die Gnade gehabt haben zu erklären,

[1]) Schreiben vom 3. April. Die Correspondenz befindet sich im gräflich Degenfeld-Schonburgischen Archive zu Eybach in Württemberg.

daß Sie in allen Dingen den glorreichen Spuren Ihres Vorgängers folgen würden: so fühlt sich Jedermann getröstet und versichert, in Ew. Majestät Alles wieder zu finden, was man in der Person des verstorbenen Königs verloren hat. Ich schmeichele mir mit der Hoffnung, daß auch mein Haus dieses Glück haben wird" [1]).

Die Frage trat praktisch heran bei der Bewilligung des Kroneinkommens der Königin. „Ich habe von guter Hand, schreibt die Kurfürstin, daß das Unterhaus, indem es der Königin nicht bloß das Einkommen des vorigen Königs bewilligt, sondern ihr auch dazu das bisher von ihr bezogene Jahrgeld, so wie den für den Herzog von Gloceſter ausgesetzten Betrag belassen hat, dabei von der Ansicht ausgegangen ist, daß Ihre Majestät aus sich selber diese beiden letzten Posten für mich und für meinen Enkel verwenden und zu diesem Zwecke uns nach England berufen werde." Und abermals fügt sie dann hinzu: „Ob dies nun so geschehen wird, zal de tyd leeren" [2]).

Beim Schreiben dieser Worte, am 4./15. April, hatte die Kurfürstin augenscheinlich noch nicht die Kunde, daß die Königin über diesen Gesammtbetrag von 100,000 Pfund Sterling für das erste Jahr bereits verfügt hatte, nämlich am 30. März/10. April, und zwar zu Gunsten der Landeslasten. Die Schenkung war demnach ein mit Geschick ausgedachter Schachzug. Was der Act derselben dadurch an Großmuth einbüßt, gewinnt er an Berechnung. Der Gedanke einer Einladung eines oder zweier Mitglieder des Hauses Hannover nach England, so wie derjenige eines Jahrgeldes für die Kurfürstin Sophie ward dadurch einstweilen, im Sinne der Königin jedoch für immer beseitigt. Das Versprechen Wilhelms III. zu Loo, im October 1701, war nur mündlich gegeben, band daher die Königin Anna nicht weiter, als sie selber wollte.

Daß das Haus Hannover, auch nach der Annahme der Succeſſions-Acte, nicht eine starke Neigung nach der englischen Krone in sich trug, erfaßte am wenigsten vielleicht die Königin Anna. In ihren Augen malten die Dinge sich anders, lag sogar der Plan einer Usurpation dem Hause Hannover nicht fern. Dieser Verdacht gab sich kund in einer merkwürdigen Weise.

[1]) State Paper Office. German letters.

[2]) Im Archive zu Eybach.

In London ward die viel besprochene Adresse von John How in Verbindung gebracht mit einem umschleichenden Gerüchte. Es hieß, daß der König Jacob II. vor seinem Tode in einem Schreiben von St. Germain aus seiner Tochter Anna untersagt habe, beim Tode Wilhelms III. die Krone anzunehmen, mit der Forderung dagegen, daß sie ihrem Bruder weiche [1]). Bis so weit stand, wie wir gesehen haben, das Gerücht der Wahrheit nicht entgegen. Aber es hieß weiter: der König Wilhelm habe von diesem Schreiben Kunde erhalten und es zu sehen verlangt; die Prinzessin habe es verweigert. — Dieser Theil des Gerüchtes ist zweifelhaft, jedoch nicht unwahrscheinlich. Aber es folgt nun der weitere Aufbau. Darauf nämlich habe der König einen anderen Plan entworfen, der sich schriftlich unter seinen Papieren vorgefunden. Dieser Plan habe bezweckt, daß die Whig-Partei, sofort nach dem Tode des Königs, mit Ausschluß der Prinzessin, den Kurprinzen von Hannover zum Throne berufe. Der Kaiser und die Republik der Niederlande seien mit diesem Plane einverstanden gewesen. Andere setzten noch hinzu, daß der Plan weiter dahin gegangen sei, die Prinzessin in den Tower zu bringen.

Es ist nicht unwichtig zu bemerken, daß die absichtliche Verbreitung des Gerüchtes von einem solchen Plane Wilhelms III. von einem unparteiischen Beobachter ausdrücklich den Tories zugeschrieben wird [2]).

Der Graf Carlile, Erbmarschall und Mitglied der Schatz-Commission, einer der wenigen Whigs, die noch hohe Aemter inne hatten, brachte am 4./15. Mai dieses umlaufende Gerücht im Oberhause zur Sprache. Er nannte es eine beispiellose Verleumdung, die nicht bloß das Gedächtnis eines großen Königs beflecke, sondern auch alle seine Diener und Freunde bei der Nation gehässig mache. Er beantrage daher, daß man sofort die Sache untersuche, und die Commissäre, welche des Königs Papiere durchgesehen, darüber befrage. Da die Whig-Partei im Oberhause die Mehrheit besaß, so ward der Antrag sofort beschlossen, und demgemäß die im Hause anwesenden Mitglieder der Commission vernommen. An Marlborough, der nicht anwesend, ward eine eigene Deputation entsendet. Die sämmtlichen Commissäre sagten aus, daß ein Schriftstück solcher Art sich unter den Papieren

[1]) Lords Debates t. II, p. 36.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. Mai.

des Königs nicht gefunden habe. Demnach erklärte das Oberhaus jenes Gerücht für grundlos, falsch, böswillig und ärgerlich, gereichend zur Unehre des Gedächtnisses des verstorbenen Königs und zu Undienst Ihrer nunmehr regierenden Majestät. Das Oberhaus beschloß ferner, durch eine Deputation dies der Königin kund zu thun und sie zu ersuchen, die erforderlichen Befehle zu geben, damit die Urheber oder Verbreiter so scandalöser Gerüchte mit der äußersten Schärfe zur Rechenschaft gezogen würden [1]).

Die Deputation, bestehend aus dem Antragsteller, Graf Carlile, und fünf anderen Mitgliedern, begab sich zu der Königin. Die Antwort derselben lautete, daß sie die gewünschten Befehle geben werde. Nachdem die Deputation das Zimmer verlassen hatte, ließ die Königin den Grafen Carlile allein wieder hereinrufen. „Ich habe Ihnen zu eröffnen, sagte die Königin, daß ich Willens bin über das Schatzamt in anderer Weise zu verfügen." Carlile erwiederte schnell: „Als der verstorbene König mir das Amt übertrug, habe ich aus meinem Zweifel an meiner Befähigung dazu kein Hehl gemacht. Um so williger also trete ich jetzt zurück, nichts Anderes wünschend, als daß Ew. Majestät Dienst in allem befördert werden möge" [2]).

Es war der Whig-Partei darum zu thun, vor der gesammten Nation sich selber wie das Gedächtnis des Königs von dem Makel zu befreien, den jenes Gerücht auf sie hatte werfen sollen. Deshalb setzte das Oberhaus seine Untersuchungen fort. Das Gerücht fand sich fixirt in einer Schrift, die man einem gewissen Davenant beimaß. Es erfand sich, daß bei der Frage, ob seine Bestrafung zu verlangen sei, die vom Hofe abhängigen Lords im Oberhause dagegen stimmten. Dies galt für ein neues Anzeichen, daß die Königin Anna die Bestätigung jenes Gerüchtes zu Ungunsten des Königs Wilhelm und der Whigs nicht ungern gesehen haben würde [3]).

Das Haus Hannover ward in dieser letzteren Aufzählung nicht mitgenannt. Aber vielleicht lag der Königin Anna mehr daran, wenn auf das Hannover jener Vorwurf zu bringen gewesen wäre, als auf den verstorbenen König und die Whig-Partei.

---

[1]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 16. Mai.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. Mai.
[3]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 19. Mai.

Aber die Kurfürstin Sophie war nun, den Gesetzen gemäß, die präsumtive Thronerbin, und es mußte daher irgend etwas geschehen, dies zum offenkundigen Ausdrucke zu bringen. Einige Tage nachdem jenes Gerücht sich als nichtig erwiesen, berieth das Cabinet der Königin den Vorschlag, den Namen der Kurfürstin Sophie ins Kirchengebet aufzunehmen. Der Marquis Normanby bestritt diesen Vorschlag. Die Königin Elisabeth, sagte er, habe niemals ihren Successor benannt, noch weniger den Namen ins Kirchengebet aufnehmen lassen. Da im Jahre 1702 der Name ausdrücklich fest stand, und demnach die Dinge ganz anders lagen als ein Jahrhundert zuvor, wo die Königin Elisabeth eine Entscheidung über die verschiedenen Ansprüche vor ihrem Tode nicht zuließ: so scheint Normanby mit seinem Einwande, indem er die Königin Anna mit der einstigen, durch die Tradition verherrlichten Elisabeth gleich stellte, mehr eine Huldigung vor der Königin Anna bezweckt zu haben. Sein Widerspruch drang nicht durch. Das Cabinet beschloß, den Namen der Kurfürstin ins sonntägliche Kirchengebet aufzunehmen [1]).

Die Königin Anna that dies der Kurfürstin Sophie durch ein freundliches Handschreiben kund, und in gleicher Weise antwortete die Kurfürstin [2]). Am selben Tage schreibt sie an ihre Nichte und Freundin: „Aus England höre ich nichts, als daß man in den Kirchen für mich betet. Das hat mir ein Handschreiben an die Königin gekostet". Weder die Antwort, noch andere Aeußerungen der Kurfürstin aus damaliger Zeit lassen ersehen, daß sie die gesammte neue Formulirung des Kirchengebetes kannte. Auch ohne diese Kenntnis waren ihre Erwartungen nicht groß. Man beobachtete beiderseitig alle Formen der Höflichkeit. Der hannöversche Hof schickte als besonderen Botschafter zur Beglückwünschung den Grafen Platen. Die Königin erwiederte die Sendung durch diejenige des Lords Winchelsea.

Aber wie die Königin Anna die ihr bekannten mündlichen Versprechungen Wilhelms III. vom October 1701 in Loo unerfüllt ließ: so ordnete sie damals überhaupt keine Maßregel an, die, im Falle ihres plötzlichen Todes, dazu dienen konnte, die Thronfolge zu sichern. Diese Frage, die doch der Natur der Dinge nach gar Manchem schwer

---

[1]) Hoffmanns und Wratislaws Berichte vom 19. Mai.
[2]) Die Antwort ist vom 26. Mai/6. Juni.

auf der Seele lag, und, bei jedem Unwohlsein der Königin sich Vielen auf die Lippen gedrängt haben mag, kam für mehr als drei und ein halbes Jahr öffentlich noch nicht zur Sprache.

Das gesammte Verhalten der Königin Anna konnte demgemäß in Hannover nicht die Ansicht bestärken, daß es ihr um die Sicherung der Thronfolge für das Haus Hannover ernstlich zu thun sei. Demgemäß ward auch dort das Interesse lauer. Bereits im September 1702 äußerte sich die Kurfürstin Sophie zu Leibniz: „Sie haben wohl Recht zu sagen, daß die Engländer sich irren, wenn sie meinen, daß ich mich viel mit den dortigen Angelegenheiten beschäftige" [1]).

Allein die Urkunde der Successions-Acte war da, bindend für beide Theile. Es kommt daher darauf an, das Verhalten der Kurfürstin und des Hofes von Hannover insgesammt derselben gegenüber in bestimmten Zügen zu zeichnen. Als, ähnlich wie der Engländer Toland durch seine voreilige That, damals auch ein Schotte, Sir Peter Fraiser, sich ausdrücklich zum Agenten erbot, erhielt Leibniz von der Kurfürstin den Auftrag, ihm zur Antwort die Grundlinien ihres Verhaltens anzugeben. Es geschah in den folgenden Worten.

„Die Kurfürstin hält nach wie vor fest an der Ansicht, daß es nicht ihre Aufgabe ist, sich in die Angelegenheiten von England oder Schottland einzumischen. Wie dem verstorbenen Könige, so überläßt sie auch jetzt der Königin und den beiden Nationen die Sorge zu beschließen, was nach ihrem Erachten ihnen frommt. Sie ist allen Intriguen feind und wird nur den geraden Weg gehen. Sie schätzt alle ehrenhaften und verdienstvollen Persönlichkeiten, und legt Werth auf die Zuneigung derselben, besonders auf die Ihrige. Sie wünscht zum Wohle beider Nationen, daß die Union zwischen England und Schottland sich vollziehe. Da ihre eigene Mutter auf dem Boden Schottlands geboren ist, so betrachtet auch sie sich als schottischen Ursprunges, und nimmt Antheil an Allem was Schottland betrifft" [2]).

Eben derselbe Gedankengang tritt uns aus den eigenen Aeußerungen der Kurfürstin entgegen. Unablässig fanden sich besuchende Engländer in Hannover ein, und jeder von ihnen redete aufs neue von

---

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 369. Vom 27. September 1702.
[2]) A. a. O. S. 345.

Whigs und von Tories. Dann pflegte die Kurfürstin zu erwiedern: sie kenne keine Partei, wünsche auch nicht sie kennen zu lernen [1]).

In England dagegen verblieben nach der Verabschiedung des Grafen Carlile von der Whig-Partei in höheren Aemtern nur noch die Herzöge von Devonshire und Somerset, jener als Oberst-Hofmeister, dieser als Präsident des geheimen Rathes.

Aber das wichtigste Amt war nunmehr zu vergeben, dasjenige des Groß-Schatzmeisters. Der Graf Rochester, Oheim der Königin, das Haupt der eifrigen Tories, umwarb es. Hier kam es auf Marlborough an. Es gelang ihm, was er vorher gesagt. Am 6./17. Mai reichte die Königin Anna nicht ihrem Oheim Rochester, sondern dem Lord Godolphin den weißen Stab des Treasurers [2]).

Die Ernennung ist zu betrachten wie der Wendepunkt, nicht in dem Sinne, als hätte die Königin Anna aus sich eine Wendung beabsichtigt. Wir werden sie vielmehr auch noch ferner ihre leidenschaftliche Vorliebe für die Tory-Partei bethätigen sehen. Aber die Wendung war insofern da, daß, während Rochester in diesem Eifer nicht bloß mit der Königin gleichen Schrittes gehen, sondern sie vorwärts treiben würde, nun in dem einflußreichsten Amte des Landes ein Mann stand, befähigt und Willens, diesem Eifer Zügel anzulegen. Die Wendung, welche Rochester und seine Partei herbeiführen wollten, trat erst um acht Jahre später ein.

Und in der That war es mit jener Wendung vom Mai 1702 hohe Zeit. Bereits schauten die wohlwollenden Beobachter mit besorgten Blicken in die erneute Heftigkeit des Parteigetriebes. Die Whigs sagten unverhohlen, daß viele der neuen Minister der Königin darauf ausgingen, Verwirrung in der Angelegenheit der Thronfolge zu erregen, wohl gar mit Hülfe Frankreichs den Prätendenten einzubringen [3]).

Die Besorgnis ging in so fern zu weit, als sich ein Plan dieser Art nicht vorfindet, auch sogar die Spuren von Correspondenzen mit St. Germain kaum sichtbar sind. Die Hoffnungen von dort aus waren

[1]) Die Werke von Leibniz. Bd. VIII. S. 367.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 18. Mai.
[3]) Desgleichen vom 19. Mai.

gerichtet auf Marlborough und Godolphin [1]); aber es dürfte, wie bereits bemerkt, nicht nachzuweisen sein, daß sie ihrerseits damals, wie sie zehn Jahre früher gethan, diese Hoffnung genährt haben. Jedenfalls steht fest, daß, nach dem Tode Wilhelms III., die Königin Anna für eine lange Reihe von Jahren weder direct, noch indirect eine Verbindung mit St. Germain unterhielt.

Andererseits aber war, ungeachtet der Successions-Acte, der Abschwörung des angeblichen Prinzen von Wales und des Zusatz-Artikels zu der großen Allianz, nach dem Urtheile der kundigen Beobachter [2]), der letzte Kern aller Differenz die Frage der künftigen Thronfolge. Und zwar hatte sich augenscheinlich die Parteistellung etwas verschoben. Nach dem Tode des Herzogs von Gloceſter, im Herbste 1700, haben wir von dem Staats-Secretär Vernon die Ansicht vernommen, daß die Tory-Partei für das Haus Hannover sein würde. In der That hatte in dem Unterhause von 1701, welches die Successions-Acte beschloß, die Tory-Partei die Mehrheit. Aber durch den Tod Wilhelms III. wendeten sich die Dinge in so weit, daß wir fortan die Whig-Partei geschlossen für die hannöversche Thronfolge eintreten sehen. Die Frage aufzuwerfen, ob oder wie viele Republikaner sich unter den Whigs befanden, ist praktisch nutzlos, weil sich zur Bethätigung einer solchen Gesinnung fernerhin kein Anlaß bot. Nicht jedoch war darum die Tory-Partei als solche jacobitisch gesinnt; aber sie war so sehr mit jacobitischen Elementen durchsetzt, daß sie, wie Somers im Herbste 1701 es bezeichnet, ohne die letzteren machtlos sein würde. Auf die Stellung der Macht England nach außen hin konnte aber diese innere Differenz damals nicht einwirken, weil, was immer die Meinungen der Parteimänner sein mochten, die englische Nation in ihrer Gesammtheit den Krieg wider Frankreich verlangte, und darum in dieser wichtigsten Angelegenheit die Whigs und die Tories, selbst die Jacobiten unter ihnen nicht ausgenommen, zusammen gehen mußten.

Diese Willigkeit war da. Die Geschäfte des Parlamentes erledigten sich rasch. Die Vertagung und demnächstige Auflösung ward beschlossen. Als die Thronrede der Königin im Cabinet berathen wurde,

[1]) Macphersons Original Papers t. I, p. 601.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns im Mai 1702.

trafen die Gegensätze auf einander, nicht jedoch der Whigs und der Tories, sondern der verschiedenen Richtungen der letzteren Partei, vertreten durch Godolphin und Rochester. Marlborough war bereits nach dem Festlande aufgebrochen. Vielleicht darum trug Rochester den Sieg davon [1]). Sofort nach dem Cabinetsrath, am 25. Mai/5. Juni, begab sich die Königin in das Oberhaus, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, sanctionirte die noch ausstehenden Bills und verlas dann die Thronrede.

Die ersten Sätze, die den Dank für die gemachten Bewilligungen enthielten, entsprachen dem Herkommen. Dann jedoch folgten besondere Gedanken. „Ich werde immer den Wunsch hegen, sagte die Königin, daß keine Meinungsdifferenzen unter denen, welche gleichmäßig meinem Dienste ergeben sind, den Anlaß bieten zur Erhitzung und Feindseligkeit wider einander. Ich werde Sorge tragen, die Acte der Duldung aufrecht zu erhalten und zu behaupten, und die Gemüther aller meiner Unterthanen in Ruhe zu setzen. Meine eigenen Grundsätze werden mich allezeit völlig fest verknüpfen mit dem Interesse und der Religion der Kirche von England, und mich geneigt machen, diejenigen zu stützen, welche den wahrhaftesten Eifer für ihr Gedeihen beweisen" [2]).

Dann verkündete der Geheimsiegel-Bewahrer die Vertagung, die, wie Jedermann wußte, die Auflösung und Neuwahlen nach sich ziehen würde.

Der Eindruck jener Schlußworte auf die Whigs war tief. „Sie fühlen sich nicht bloß beunruhigt, meldet Hoffmann — denn nach Allem, was vorangegangen, waren sie auf eine Kundgebung zu Gunsten der Tories gefaßt — sondern erbittert darüber, daß die Königin kein Bedenken getragen, durch einen öffentlichen Act vor dem gesammten Parlamente sich so ausdrücklich für die Tory-Partei zu erklären „Wenigstens, sagten sie, hätte man nach der üblichen Reserve gekrönter Häupter so lange zurückhalten können, bis wir durch unser Verhalten zu einer so auffallenden Unterscheidung irgend einen Anlaß gegeben und dadurch uns vor der Nation ins Unrecht gesetzt hätten. So aber sagt man, ohne Anlaß, uns gewissermaßen den Krieg an. Was also haben

---

[1]) So Hoffmann einige Tage später, am 9. Juni.

[2]) Commons Debates t. III, p. 203.

wir zu erwarten als eine große Verfolgung, wo nicht eine völlige Unterdrückung?" [1]) — „Auch die gemäßigten Tories, meldet Hoffmann einige Tage später, stehen erschrocken und sagen, daß sie keine Ursache sehen, welche die Königin mit Recht hätte bewegen können, im Beginne ihrer Regierung sich mit solchem Nachdrucke nach der einen Seite hin auszusprechen."

In derselben Weise beklagt der Gesandte Wratislaw jene Aeußerungen der Thronrede. Auch er meldet, daß die Whig-Partei darin eine offene Kriegserklärung erblicke. „Und doch, meint er, sollte die Königin erwägen, daß die Whig-Partei nicht bloß an Zahl und Reichthum in der Nation sehr stark ist, sondern auch im Oberhause die Mehrheit besitzt. Aber die Whigs sagen geradezu, daß die Königin in ihren geheimen Rath Personen aufgenommen, die seit langer Zeit als Jacobiten bekannt sind. Ich fürchte daher, daß die Königin durch dies heftige Auftreten, welches man durchweg den Eingebungen des Grafen Rochester zuschreibt, sich eine schwierige und verwickelte Regierung bereitet, namentlich wenn in Folge dessen in der Nation der Argwohn aufstiege, daß sie vorhabe, die Successions-Bill zu ändern. Am wenigsten aber begreife ich, wie Marlborough, wenn er vor seiner Abreise von dem Plane einer solchen Rede etwas gewußt, dazu hat beitragen können. Denn, wenn die Whigs auf den Gedanken gerathen, ihn, vermöge seines Gewichtes bei der Königin, alle diese ihnen nachtheiligen Schritte der letzten Wochen beizumessen: so könnte er leicht das erste Opfer ihres Zornes werden. Dies aber kann nicht ausbleiben, so bald es den Whigs gelingt, dem Volke die Ueberzeugung beizubringen, daß alle diese Schritte nur darauf berechnet sind, den Prinzen von Wales wieder einzubringen" [2]).

Wir Spätere wissen, daß die Königin Anna damals diese Absicht nicht hatte, sondern ihre eigenen Wünsche und Hoffnungen vorzog. Die Nichterwähnung derselben von Seiten des kaiserlichen Gesandten ist ein Beweis, für wie unwahrscheinlich er sie hielt. Und doch ist dies subjective Moment bei der Königin Anna, ob an sich für Andere wahrscheinlich oder nicht, ein starker Factor in der Geschichte jener

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. Juni.
[2]) Wratislaws Bericht vom 6. Juni.

Zeit, nicht bloß Englands, sondern Europas. Hauptsächlich um dieses subjectiven Momentes willen war die Königin Anna persönlich willig zum Kriege.

Der Verdruß der Whigs nahm in den nächsten Tagen nicht ab, sondern stieg. „Für die vermeinte Gnade, sagten sie, daß die Königin die Acte der Duldung aufrecht halten will, sind wir ihr zu keinem Danke verpflichtet. Denn das ist ein Gesetz, welches sie nicht verletzen darf. Ihre Worte dagegen kündigen an, daß man, um Gefallen vor ihren Augen zu finden, ein violenter Anglicaner sein muß" [1]).

Der Zweck jedoch, den Rochester und seine Partei dadurch zu erreichen suchten, daß sie die Königin zu jenem Ausspruche vor dem Parlamente bewogen, war augenscheinlich, die Tory-Partei den Wahlkörpern als die der Königin genehme sehr ausdrücklich zu empfehlen. Es kam daher auf die nächsten Wahlen an, ob dieser Zweck erreicht würde.

So war der Stand der Dinge in England. Erst nach der Vertagung des Parlaments dort trat das schottische in Edinburg zusammen. Bevor wir dahin unsere Blicke richten, haben wir den Verlauf der Unionssache im englischen Parlamente zu charakterisiren.

Wie Wilhelm III. in seiner letzten Thronrede die Union mit Schottland dem englischen Parlamente ans Herz gelegt: so die Königin Anna in ihrer ersten. Wilhelm III. und die Whigs waren in Wirklichkeit für die Union: die Tories waren im günstigen Falle lau. Auf die Gründe für die Union, die wesentlich zu bestehen hatte in der Annahme der englischen Successions-Acte auch für Schottland, pflegten sie zu erwiedern, daß Schottland nicht zu fürchten sei, daß man für eine geringe Summe immer dieses Landes Herr sein werde. Derjenigen Partei, die einen besonderen König von Schottland wolle, könne man stets eine andere entgegen stellen. Der Herzog von Hamilton dort werde, was immer er unternehme, die Häuser Douglas und Argyle zu Gegnern haben. Die Bill über die Union ging im englischen Parlamente dennoch durch, und zwar ohne Opposition, weil, wie unter

[1]) Wratislaws Bericht vom 9. Juni.

der Hand verlautete, die Königin die Tory-Häupter hatte ersuchen lassen, nicht dagegen zu stimmen. In Wirklichkeit war auch damit die Sache noch nicht viel weiter; denn die in Folge der Bill ernannten Commissarien hatten nur die Befugnis, die Vorschläge der Schotten anzuhören [1]).

Beim Tode des Königs Wilhelm III. war die Regierung von Schottland in den Händen von Persönlichkeiten, die als Anhänger der Umwälzung von 1688 bekannt waren [2]). Unter ihnen ragten hervor der Kanzler Graf Marchmont, der Geheimsiegel-Bewahrer Herzog von Queensberry. Da die für den Unterhalt des Heeres bewilligten Mittel dem Ende nahe waren, so trat die Nothwendigkeit heran, das Parlament zu berufen. Aber hier erhob sich die Differenz. Schottland hatte nicht ein ähnliches Gesetz wie England seit dem Jahre 1696, daß beim Tode eines Königs das von ihm berufene Parlament noch sechs Monate in Kraft verbleibe. Deshalb verlangte die Partei, die sich als diejenige der Cavaliere und des Landes bezeichnete, die Berufung eines neuen Parlamentes. Die Mitglieder der schottischen Regierung dagegen waren für die Beibehaltung des bisherigen Parlamentes. Ihre Stimmen drangen in Kensington durch. Die Königin erließ eine Proclamation, welche das bisherige schottische Parlament auf den 9./20. Juni einberief. Sie ernannte zugleich den Herzog von Queensberry zu ihrem ersten Commissär. Das Urtheil der Cavaliere und der Landpartei, oder kürzer der Jacobiten, über diesen Mann war das denkbar ungünstigste. Er sei, hieß es, alles Ehrgefühls, der Loyalität, des Rechtssinnes, der Religiösität, baar und ledig [3]).

Es fiel auf, daß das Ausschreiben der Königin die wichtigste Angelegenheit für Schottland und für den Plan einer Union mit England, die weitere Feststellung der Thronfolge, nicht erwähnte [4]).

Das Parlament trat zusammen. Sofort zum Beginne erhob sich der Herzog von Hamilton und erklärte in seinem und seiner Freunde Namen, daß sie auf den Ruf der Königin erschienen seien, und ihrer Freude über die Thronbesteigung derselben gemäß dem

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. April.
[2]) The Lockhart Papers t. I, p. 42.
[3]) Eben dort p. 45.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 30. Juni.

unzweifelhaften Rechte Ausdruck gäben. Der Zweck des Friedens und der Sicherheit für das Königreich sei gesichert durch die Thronbesteigung der Königin. Weitere Befugnisse in Anspruch zu nehmen sei nach den Gesetzen des Landes diesem Parlamente nicht gestattet. — Dann verließen Hamilton und die Gleichgesinnten den Saal, in Allem 57 Personen [1]).

Die Anderen, 120 an der Zahl, blieben, bewilligten Steuern und faßten Beschlüsse, alles in großer Eintracht. Aber es war aufgefallen, daß auch in der Eröffnungsrede der Commissär Queensberry die wichtigste Angelegenheit, diejenige der weiteren Feststellung der Thronfolge, nicht berührt hatte. Der Kanzler Marchmont dachte aus sich nachzuhelfen. Er brachte einen Antrag ein auf die Abschwörung des Prinzen in St. Germain. Der Antrag rief einen heftigen Sturm hervor, zumal da er den Instructionen des Commissärs Queensberry nicht entsprach. Marchmont dagegen drängte seine Gründe zusammen in den Satz: „Es ist unbegreiflich, wie diejenigen, welche dem Rechtstitel Ihrer Majestät zu der Krone freudig zugestimmt und darauf ihren Eid geleistet haben, nun sich der Abschwörung widersetzen. Denn nur einer der folgenden Sätze kann wahr sein. Wenn die Königin einen rechtmäßigen Anspruch hat: so hat der prätendirte Prinz keinen. Wenn aber der prätendirte Prinz einen rechtmäßigen Anspruch hat: so hat die Königin und ihre Descendenz keinen. Eine Vermittlung zwischen diesen Sätzen gibt es nicht" [2]).

Marchmont wendete sich zur Vertheidigung seines Antrages an die Königin selbst. „Weil ich sehe, schreibt er, daß Ew. Majestät mir Vertrauen beweisen, so ist es meine Pflicht, nichts zu verhehlen. Die Abneigung, welche Einige hier gegen die Abschwörung an den Tag legen, hat bei vielen Wohlgesinnten ein solches Mistrauen erregt, daß es schwer sein wird es wieder zu beseitigen. Das Speculiren, Rathen, Flüstern nimmt um so mehr zu, da man erfährt, daß ein Act, der sich so augenscheinlich vortheilhaft für Ew. Majestät und Ihre Regierung erweist, vom Throne aus gehemmt wird. Ich kann nicht unterlassen dies zu melden, da ich kein anderes Ziel kenne als Ew. Majestät Sicherheit, Glück und Gnade für mich."

[1]) Die Zahlen in Marchmont papers t. III, p. 241.

[2]) A. a. O. t. III, p. 250.

Marchmont forderte Consequenz; aber Consequenz war in diesem Falle nicht die Sache der Königin Anna und ihrer wissenden Räthe.

An dem Tage, an welchem der Antrag von Marchmont zur Berathung gestellt werden sollte, sprach der Commissär Queensberry seinen Dank aus für die bisherigen Beschlüsse, die ohne Zweifel Ihrer Majestät genehm sein würden. Er habe daher gehofft, daß das Ende dem Anfange entsprechen werde. Aber nun liege ein Antrag vor, dessen Erörterung Differenzen herbeiführen könne. Er halte es daher dem Dienste der Königin entsprechend, das Parlament von Schottland zu vertagen. — So geschah es.

Einige Wochen später wurden der Kanzler Marchmont und Andere entlassen. Unter den Mitgliedern der neuen Regierung rechneten sich einige hoch an, dem Könige Wilhelm III. einmal entgegen gestanden zu haben [1]).

Der Schlüssel des ganzen Verfahrens sind die Worte des schottischen Jacobiten Lockhart: „Ich habe Grund anzunehmen, daß die Königin und ihre englischen Minister damals geneigt waren, die Thronfolge in Schottland offen zu halten als Drücker auf die Whig-Partei und das Haus Hannover" [2]).

Daß dies Verfahren mit der ersten Thronrede im englischen Parlamente nicht im Einklange stand, liegt nahe. Die Thronrede war gesprochen um der Popularität willen.

Inzwischen war, gemäß dem Haager Beschlusse, an dem bestimmten Tage, dem 4./15. Mai, die Kriegserklärung wider das Haus Bourbon erfolgt, zugleich von den drei hauptsächlichen Mächten.

In England geschah sie in der altherkömmlichen Form. Am Mittage ritt ein Herold aus, begleitet von einer Compagnie der Leibwache zu Pferde, unter Trompetenschall. Vor dem Palaste St. James hielt der Zug an und der Herold verlas die Kriegserklärung. So noch dreimal an anderen Orten. Es folgte jedes Mal die Acclamation des Volkes [3]).

---

[1]) The Lockhart papers t. I, p. 51.

[2]) A. a. O. p. 47.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 16. Mai.

Am selben Tage erfolgte im Haag die Kriegserklärung in der herkömmlichen Weise, weniger feierlich indessen als in London. Auf dem Hofe der Stände von Holland wurde eine Glocke geläutet und dann die Erklärung verlesen. Aehnliches geschah in den Hauptstädten der anderen Provinzen [1]).

Die Kriegserklärung der Republik geht aus von einem geschichtlichen Ueberblicke des gesammten Verhaltens Ludwigs XIV. gegenüber der Republik, von dem ungerechten Kriege von 1672 an, durch welchen er sich der Republik habe bemächtigen wollen, um sich durch den Besitz derselben den Weg zu einer allgemeinen Monarchie zu bahnen. Sie legt dar, wie man auch in der Folge sich auf keinen Vertrag mit dem Könige habe verlassen dürfen. Sie hebt hervor, daß er den Theilungsvertrag über die spanische Monarchie gemacht in der Absicht ihn nicht zu halten, daß er vielmehr zugleich in Madrid alle Kunstgriffe angewendet, um ein Testament zu erlangen. Auch habe man sofort nach dem Tode des Königs ein Testament producirt, errichtet zu Gunsten des Herzogs von Anjou.

Die Worte ergeben, daß, wenn auch die damalige Mitwelt in die Ereignisse von Madrid im Einzelnen nicht einblickte, sie dennoch die Vorgänge dort im Ganzen und Großen durchschauete.

Es folgt dann die Aufzählung der anderen Schritte Ludwigs XIV. nach der Annahme des Testamentes. „Die Länder der Krone Spanien, sagt das Manifest, sind so sehr mit Frankreich vereinigt, daß das Ganze nur noch eine einzige Monarchie darstellt, beherrscht durch seinen Willen. Somit ist das eingetreten, was die Christenheit seit langen Jahren gefürchtet, und durch diese Macht ist der Grund zu einer einzigen und allgemeinen Monarchie gelegt."

Diese Herrschaft, sagt weiter das Manifest, gebe namentlich sich kund in Belgien, dem bisherigen Bollwerke für die Republik, zu dessen Sicherung die Republik zwei schwere blutige Kriege geführt, und welches, nach allen Nachrichten, nun als völlig an Frankreich abgetreten angesehen werden müsse.

Wir haben gesehen, daß diese Meinung über den Thatbestand hinaus ging, daß Spanien in das Verlangen dieser Abtretung nicht willigte.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 16. Mai.

Es folgt die Aufzählung der französischen Gewaltschritte gegen das Reich, in den Fürstenthümern Lüttich und Köln, die brutale Wegführung des Domdechanten dort als Schreckmittel für die Anderen, die Besetzung der kölnischen Städte, ferner die Wegnahme aller Häfen der spanischen Krone in Europa und Indien, durch deren Besitz Frankreich den Welthandel beherrschen würde.

„Demnach, sagt weiter das Manifest, da dieser Zustand der Dinge für uns höchst bedrohlich, haben wir als die der Gefahr zunächst bloß Gestellten, nach der Anrufung Gottes um seine Hülfe, uns genöthigt gesehen, uns in den Stand der Vertheidigung zu setzen und zu diesem Zwecke mit anderen Mächten uns zu verbünden" [1]).

Das Manifest hat demgemäß den Zweck, den dadurch eröffneten Krieg den Völkern als einen Defensivkrieg hinzustellen. Formell griff allerdings die Republik zuerst offen zu den Waffen; aber dem Wesen nach war der Krieg von 1702 an eben so sehr ein Vertheidigungskrieg wie derjenige von 1688. Im Jahre 1672 hatte die Republik erst dann sich entschlossen, als sie unmittelbar mußte, weil der Feind bereits ihr Gebiet berührte. In den Jahren 1688 und 1702 suchte sie dadurch, daß sie selber zuerst losschlug, sich die Sicherheit für die Zukunft zu erzwingen.

Die Kriegserklärung des Kaisers vom selben Tage beginnt damit, daß der König von Frankreich den Friedensschluß von Ryswyck eben so wenig erfüllt habe wie die früheren. Dennoch habe der Kaiser lieber sich in das Unrecht fügen als sich in einen neuen Krieg einlassen wollen. Nun aber habe der König von Frankreich sofort nach dem Tode des Königs von Spanien, auf Grund eines vorgeblichen, in sich nichtigen Testamentes, im Widerspruche mit allen früheren Verträgen, sich zu Gunsten seines Enkels der gesammten spanischen Monarchie bemächtigt, habe, darüber hinaus, Mantua und andere Reichslehen in Italien besetzt, die Fürstenthümer Lüttich und Köln im Reiche überzogen, Unterthanen des Reiches, wie namentlich den Domdechanten Mean, gewaltsam fortgeschleppt und andere Feindseligkeiten wider das Reich begangen. Der Enkel, Herzog von Anjou, habe sich sogar die Titel eines Erzherzogs von Oesterreich, Grafen von Habsburg und von Tirol angemaßt.

---

[1]) Dies Manifest bei Lamberty t. II, p. 107 et suiv.

„Zu diesem Allem länger zu schweigen, sagt das Manifest, wäre unentschuldbar. Das Naturrecht, das Völkerrecht, wie dasjenige des heil. römischen Reiches, und insbesondere die beschworene Wahl-Capitulation legen uns als dem römischen Kaiser die Pflicht auf, mit allen Kräften ferneren Uebergriffen entgegen zu treten. Und dies um so mehr, da es am Tage liegt, daß das sogenannte Testament, welches den französischen Feindseligkeiten zum Vorwande dient, das Werk einiger bestochenen spanischen Räthe gemäß den Absichten des Königs von Frankreich, dem Könige von Spanien in einem Zustande der körperlichen und geistigen Schwäche vorgelegt worden ist, in welchem er nicht fähig war zu lesen, noch zu hören, geschweige denn den umfassenden Inhalt des Testamentes zu prüfen und zu erwägen. Dazu steht dieser Inhalt im Widerspruche mit den Intentionen, die der verstorbene König uns so oft kund gegeben, und ist erfüllt mit Irrthümern und Widersprüchen. Das Testament ist auch nicht einmal von dem Könige von Frankreich gehalten und ausgeführt, sondern in mehreren Puncten durchbrochen worden. Die Gewaltschritte endlich des Königs von Frankreich, sowohl die eigenen als diejenigen im Namen seines Enkels, der als vorgeblicher Herr des Burgundischen Kreises auftritt als erklärter Feind unser und des Reiches, zielen ab auf den Umsturz des Kaiserthums und der Autorität, die uns gebührt kraft der rechtmäßigen Wahl."

„Auf Grund alles dessen verkünden wir, daß wir als unsere Feinde ansehen sowohl den König von Frankreich als seinen Enkel, den Herzog von Anjou, und alle ihre Anhänger." Es folgt dann die weitere Ausführung der Kriegserklärung, in Einzelnheiten, mit dem Ausdrucke des vollen Vertrauens auf die Fürsten und Stände des Reiches, daß sie zu dem Kaiser stehen werden.

Unter den Anhängern Ludwigs XIV. und des Herzogs von Anjou nennt die kaiserliche Kriegserklärung nicht ausdrücklich das Königshaus in St. Germain. Daß dasselbe mit inbegriffen war, verstand sich von selbst. Wie vermöge der Thorheit, mit welcher die unglückliche Familie nach wie vor ihr Geschick an dasjenige des Königs von Frankreich band, auch die eigenen Anhänger derselben in England miteinstimmen mußten in den Kriegesruf wider sie: so konnte auch der Kaiser, eben so wie in dem vorigen Kriege, den Freund und Anhänger seines Feindes nicht anders behandeln als seinen eigenen Feind.

Die Kriegserklärung der Königin Anna vom selben Tage geht aus von den Allianz-Verträgen, welche Wilhelm III. auf Grund von wiederholten Parlaments-Beschlüssen eingegangen, um die Freiheit und das Gleichgewicht von Europa zu bewahren und die übergreifende Macht Frankreichs zurückzudrängen. Es ist bemerkenswerth, daß das Manifest nicht einen König von Spanien nennt, obwohl doch Wilhelm III. den Herzog von Anjou als Philipp V. anerkannt hatte. Getreu dagegen der damaligen englischen Anschauung, die einen anderen König von Frankreich als den eigenen König nicht kennt, bezeichnet es Ludwig XIV. als König der Franzosen. Gegen ihn erhebt es die Anklage, daß er sich eines großen Theiles der spanischen Monarchie bemächtigt, und über das Ganze eine unumschränkte Herrschaft ausübe, daß er bezwecke alle Freiheit in Europa zu unterdrücken, namentlich diejenige der Schifffahrt und des Handels. Die abgeschlossenen Verträge belassen eine Frist von zwei Monaten zur Satisfaction für das verübte Unrecht. „Anstatt, sagt dann weiter das Manifest der Königin Anna, innerhalb dieser längst abgelaufenen Frist irgend welche Satisfaction anzubieten, wie man mit Recht erwarten durfte, hat der König der Franzosen nicht bloß neue Gewaltthaten verübt, sondern auch gegen Uns und unsere Königreiche eine schwere Kränkung und Beleidigung begangen. Denn er hat sich herausgenommen, den angeblichen Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland auszurufen, und hat auch Spanien bewogen sich dieser Kränkung und Beleidigung wider uns eben so theilhaftig zu machen, wie seiner anderen Uebergriffe. Darum finden wir uns bewogen, um das Recht der Verträge zu bewahren, um die Ehre unserer Krone zu schützen, um dem Unheile zuvorzukommen, welches das gesammte Europa bedroht, gegen Frankreich und Spanien den Krieg zu erklären" [1]).

Demnach begann der Krieg, der sich im Jahre 1701 thatsächlich auf Italien beschränkte, auf einer Reihe von Schauplätzen in den verschiedenen Ländern Europas. Wir haben sie nacheinander ins Auge zu fassen. Es kommt zunächst darauf an, den allgemeinen Charakter des Krieges festzustellen.

---

[1]) Das Actenstück bei Lamberty t. I, p. 113.

Die Berechnung Ludwigs XIV. war dahin gegangen, daß er, nachdem er für seinen Enkel und daher durch diesen für sich selber das gesammte spanische Erbe erlangt, im Besitze desselben friedlich seine Tage beschließen könne. Ob auch diese Hoffnung während des Jahres 1701 stückweise zerbröckelte, er suchte dennoch immer aufs neue sie festzuhalten. Namentlich der Tod Wilhelms III. belebte sie neu. Erst die Antwort, die er dann von der Republik auf die durch Barré übergebene Denkschrift erhielt, so wie die thatsächlichen Anstalten noch vor der Kriegserklärung, nahmen die letzte Stütze seiner Hoffnung hinweg. Er erkannte an, daß der Krieg unvermeidlich war [1]).

Dieses Verhalten der maßgebenden Persönlichkeit auf französischer Seite vor dem Kriege ist bestimmend auch für dasjenige während desselben: der Krieg von französischer Seite ist wesentlich defensiv.

Eben denselben Charakter erzwangen die Thatsachen. Ludwig XIV. hatte eine Reihe von Ländern inne, die, nach der Ansicht seiner Gegner, nicht ihm gehörten. Er wollte sie behalten. Jene trachteten sie ihm zu entreißen.

Die Verschiedenheit des Charakters dieses Krieges von 1702 an gegenüber dem vorigen von 1689 an, gibt sich namentlich kund an der Nordseite. Der Schauplatz des Krieges war wesentlich derselbe, die spanischen Niederlande. In jenem ersten Kriege suchte Ludwig XIV. die eine der belgischen Städte nach der anderen zu nehmen. In dem zweiten von 1702 an trachtete er eben dieselben Plätze, die nun in seinen Händen waren, zu vertheidigen und zu behaupten.

Jedoch nicht bloß auf Belgien beschränkte sich die Vertheidigung. Der Verrath des Kölner Kurfürsten Joseph Clemens an Kaiser und Reich hatte auch die beiden Fürstenthümer Köln und Lüttich in französische Gewalt gebracht. Die festen Plätze derselben, Lüttich, nachher auch Bonn, ferner Rheinbergen, Kaiserswerth, so wie die kleineren, hatten französische Besatzungen. Die rasche Entwaffnung der Herzöge von Wolfenbüttel, im März, hatte eine Diversion zu Gunsten Frankreichs im nördlichen Deutschland vereitelt. Im Besitze jener vorgeschobenen Posten erwartete Frankreich den Angriff. Das gesammte

[1]) Man vergleiche sein Schreiben an Boufflers, vom 10. April 1702, bei Pelet t. II, p. 8.

Verhältnis drängt sich zusammen in die Worte Puysegurs an den Kriegsminister Chamillart: „Unsere Dispositionen müssen sich richten nach denen der Feinde“ [1]).

Die Persönlichkeit dieses neuen Kriegsministers ist von großer Bedeutung, nicht freilich zum Heile Frankreichs. Er war wohl gelitten bei dem Könige und der Frau von Maintenon, und daher häuften sich auf seinem Haupte die Aemter und die Würden. Im Beginne des Jahres 1701, als Chamillart bereits Finanzminister war, ernannte der König ihn auch zum Staats-Secretär des Krieges, und ging auf das Erbieten des Chamillart, das erstere Amt zurückzustellen, nicht ein. So blieb Chamillart zugleich Minister des Krieges und der Finanzen, was bis dahin nie geschehen war. Es scheint indessen, daß Chamillart die Meinung, welche der König durch die doppelte Ernennung an den Tag legte, auch bald sich selber angeeignet habe. In wie fern sie berechtigt, wird sich an mehr als Einem Beispiele uns darthun. — Sein Zeitgenosse St. Simon indessen sagt, daß Chamillart seiner Unfähigkeit sich sehr wohl bewußt war, daß er sie bei jedem Schritte dem Könige eingestand, daß dagegen der König Gefallen daran fand ihn zu leiten und zu unterweisen, so daß er die Acte des Chamillart betrachtete wie seine eigenen, und alles entschuldigte. „Auch schrieb er sehr gut, sagt weiter St. Simon, und dieser klare, bestimmte, fließende Stil gefiel ganz besonders dem Könige und der Frau von Maintenon, die ihn unaufhörlich lobten, ermuthigten und sich freuten auf so schwache Schultern eine Doppellast geladen zu haben, von denen jede einzeln ausgereicht hätte auch einen starken Mann zu erdrücken“ [2]).

Ludwig XIV. gab das Commando der Armee in den Niederlanden dem Marschall Boufflers. Der anfängliche Plan, den der letztere vorschlug, war, sich mit der Hauptmacht im holländischen Brabant an der Dommel aufzustellen, und bereit zu sein von da als dem Mittelpuncte aus sich rasch nach der etwa bedrohten Stelle zu wenden [3]). Der Plan fand nicht die Zustimmung des Königs. Die ersten Offensiv-Schritte von holländischer Seite, noch im April, waren gerichtet gegen

---

[1]) Schreiben vom 22. April, bei Pelet t. II, p. 19.

[2]) Dangeau t. VIII, p. 8. — St. Simon t. II, p. 148.

[3]) Pelet t. II, p. 174.

Kaiserswerth am rechten Rheinufer. Auf die Kunde gebot Ludwig XIV. dem Marschall Boufflers sich in das Land Jülich zu begeben. Wenn die Feinde auf das linke Rheinufer herüberkämen, so solle er suchen sie zu schlagen. Wenn sie am rechten Ufer blieben, so solle Boufflers darauf denken eine That zu vollbringen, welche den Augen Europas zeige, daß die französischen Waffen denen der Gegner gewachsen seien. Nach dieser allgemeinen Redensart deutet der König hin auf eine Belagerung von Jülich oder Köln. Daß er Erfolge erwartete, liegt in der gleichzeitigen Sendung seines ältesten Enkels, des Herzogs von Bourgogne, als Oberfeldherrn über Boufflers [1]). Denn wie er selber vor Zeiten nur dann ins Feld gegangen war, wenn irgend ein bestimmter Erfolg in naher sicherer Aussicht stand: so sollte auch nun die Anwesenheit des Herzogs von Bourgogne bei der Armee den Völkern diese Bürgschaft gewähren. „Die Armee, sagte der Kriegsminister Chamillart, muß des Herzogs von Bourgogne würdig sein" [2]).

Jener Befehl Ludwigs XIV. an Boufflers läßt ersehen, daß er ein sehr wichtiges Mittel zum Entsatze des am rechten Ufer liegenden Kaiserswerth, nämlich den Rheinübergang der Franzosen, nicht gestattete. Im französischen Hauptquartier wußte man, daß der König vermeinte, dadurch das Reich von der Kriegserklärung gegen ihn zurückhalten zu können [3]). Es dürfte kaum eine andere Thatsache sich finden, die so schlagend beweist, mit welcher Zähigkeit Ludwig XIV. noch bis in die letzte Stunde sich an jegliche Friedenshoffnung klammerte. Denn zu der langen Kette der Einbrüche in den Frieden und die Sicherheit der Reichsländer, welche die später, am 28. September, erfolgte Kriegserklärung des Reiches gegen den König von Frankreich aufzählt, hätte ein Uebergang über den Rhein, um der in Kaiserswerth bedrängten französischen Besatzung Hülfe zu bringen, doch nur noch ein Glied hinzugefügt, und zwar ein dem Thatbestande nach, jedenfalls eher entschuldbares als die Wegführung des Domdechanten Mean aus Lüttich.

Die Verbindung der Besatzung in Kaiserswerth mit dem französischen Heere am linken Rheinufer blieb offen. Demnach konnte der

[1]) Pelet t. II, p. 15. Vom 19. April.
[2]) A. a. O. p. 17.
[3]) Mémoires du duc de Berwick t. I, p. 114.

Commandant Blainville einige Wochen länger den Belagerern unter dem Prinzen Nassau-Saarbrück widerstehen: der endliche Ausgang dagegen war von Anfang an besiegelt.

Der Marschall Boufflers war, den Befehlen Ludwigs XIV. gemäß, bis Xanten hinabgerückt. Tilly, der mit einer geringeren holländischen Macht dort stand, zog sich vor ihm zurück. Der Herzog von Berwick, damals unter Boufflers, berichtet, daß er und Andere der Meinung gewesen seien, Boufflers habe Tilly erreichen und schlagen können, mit der bei den Franzosen in solchen Fällen üblichen Ausführung, was alles dann erfolgt wäre [1]). Nachdem der Herzog von Bourgogne eingetroffen und die französische Armee bis auf 54 Bataillone und 104 Schwadronen gestiegen war, beschloß Boufflers, sich gegen den General Athlone zu wenden, der mit 40 Bataillonen und 60 Schwadronen bei Kleve stand. Am 9. Juni brach Boufflers auf. Athlone erkannte die Absicht ihn von Nymegen abzuschneiden, und trat in aller Eile seinen Rückzug dahin an. Das französische Heer drängte eben so rasch den Holländern nach. Es gelang jenen nicht die Letzteren zum Stehen und zum Schlagen zu bringen; aber die Verfolgung währte bis unter die Kanonen von Nymegen, welches dem Heere Athlones Zuflucht gewährte.

Die Franzosen rühmten dies Ereignis; aber sie erkannten an, daß der Nutzen dem Glanze nicht entspreche. In der Wirklichkeit war nichts Anderes erreicht, als daß die Holländer einige hundert Mann mehr verloren hatten als die Franzosen. Blainville in Kaiserswerth dagegen mußte nun capituliren. Er erhielt ehrenvolle Bedingungen.

Inzwischen war Marlborough im Haag angekommen. Der Bestürzung der Generalstaaten über das Ereignis von Nymegen stellte er die Forderung entgegen, daß das Heer verstärkt werde. Boufflers habe über 40,000 Mann, Athlone nur 30,000. Im Haag war man nicht ungeneigt. Eine andere Frage ward in den ersten Tagen noch nicht berührt: diejenige des Commandos [2]).

---

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 113. Es ist jedoch zu bemerken, daß die beiden Berichte von holländischer Seite, bei Lamberty t. XII, p. 26 et suiv., dem Marschall Boufflers dieselben Fehler vorwerfen, der eine gar mit den Worten: grâce à son ignorance dans le métier de général, nous l'avons échappé belle.

[2]) Die Berichte des Grafen Goes vom 16. und 20. Juni.

Die Königin hatte den Wunsch, den Prinzen-Gemahl zum General-Capitän der Republik ernannt zu sehen, noch nicht fallen lassen, und Marlborough bemerkte gelegentlich, daß diese Ernennung das beste Band der Einigung sein würde. Indessen die Sache war bereits aussichtslos. Dagegen trat die praktische Frage in den Vordergrund, ob in dem bereits begonnenen Feldzuge die englischen und die holländischen Truppen getrennt operiren sollten, oder geeinigt, und dann, unter wessen Leitung. War Marlborough englischer Ober-Commandant, so hatte er doch, außer der Unternehmung gegen Cork und Kinsale im Jahre 1690, noch niemals selbständig einen Feldzug geleitet. So viele Hoffnungen auch die Kundigen, wie Wilhelm III., Heinsius, Wratislaw und nach dessen Berichten, auch der Kaiser, auf Marlborough setzen mochten: er stand damals, im Lebensalter von zweiundfünfzig Jahren, noch nicht da als der europäische Feldherr, über dessen Superiorität ein Zweifel nicht obwaltete. Es war daher die schwierige Frage, ob der Fürst von Nassau-Saarbrück, der Graf Athlone und der Herr von Opdam dahin zu bringen waren, sich ihm unterzuordnen. Die beiden letzteren wurden nach dem Haag geladen. Am 26. Juni fand dort ein großer Kriegsrath statt. Athlone und Opdam machten kein Hehl aus ihrer Abneigung. Dennoch ward die Sache so entschieden, daß Marlborough das Commando auch der holländischen Armee erhielt, daß demnach Athlone und Opdam sich ihm unterordnen mußten. In Betreff des Fürsten von Nassau-Saarbrück ward das Auskunftsmittel getroffen, daß die Republik ihn nach dem Haag einlud, damit er dort mit militärischem Rathe diene. Dieser letzte Punct hatte die größte Schwierigkeit gemacht. „Aber fügt der Graf Goes seinem Berichte hinzu, Mylord Marlborough hat seine Sache so geschickt geführt, daß man endlich doch zu diesem Beschlusse gekommen ist." Es ward die Meinung geäußert, daß Marlborough fortan die Ernennung des Prinzen-Gemahl nicht mehr befürworten werde. Er indessen blieb dabei, daß die Ernennung sowohl im Interesse der Republik wie der allgemeinen Sache liege [1]). Damit sank der Wunsch des Prinzen Georg von Dänemark definitiv unter, nicht jedoch für ihn die Erinnerung, daß Marlborough denselben nicht zur Ausführung gebracht habe [2]).

[1]) Die Berichte des Grafen Goes vom 27. und 30. Juni.

[2]) Coxe's Marlborough t. I, p. 122.

Indessen das Commando Marlboroughs über die holländischen Truppen war nicht unbedingt. In der Republik war es herkömmlich, dem Feldherrn besondere Deputirte beizugeben, je einen für jede der sieben Provinzen. Der General war für jede größere Unternehmung gebunden an die Einwilligung dieser Felddeputirten. Wie der König Wilhelm III. sich diese Einrichtung hatte gefallen lassen, so durfte Marlborough gegen dieselbe keinen Einwand erheben.

Am 2. Juli brach Marlborough vom Haag aus auf ins Feldlager an der Waal bei Nymegen, mit der Absicht alle Truppen zusammen zu ziehen.

Es ist merkwürdig zu sehen, daß und warum Ludwig XIV. zur selben Zeit die Armee des Marschalls Boufflers schwächte.

Was wir schon bei dem lombardischen Kriege des Jahres zuvor wahrgenommen, nämlich, daß Ludwig XIV. von Versailles aus die Kriegsoperationen leitet, daß er zu schlagen befiehlt nach seinem Ermessen, wie bei Chiari geschehen, tritt ähnlich hervor in dem Feldzuge von 1702 in den Niederlanden. „Sie sehen, schreibt der König an den Marschall Boufflers, wie sehr ich mit dem Wunsche beschäftigt bin, meine Truppen zu verwenden und diejenigen der Feinde zu hindern“.[1]). Nachdem er dann alle Einzelnheiten erwogen, kommt er endlich zu dem Befehle für Boufflers, die Stadt Jülich zu belagern, die dem Kurfürsten von der Pfalz gehörte. Die Einwendungen des Marschalls, der in seinem Lager nahe bei Kleve verblieb, lassen erkennen, wie wenig dieser Plan ihm zusagte. Auch hielt der König nicht daran fest. Vielmehr richteten sich, wenige Tage später, seine Gedanken nach einer anderen Seite. Die Couriere des Marschalls Catinat aus dem Elsaß meldeten, daß der Markgraf Ludwig von Baden die Stadt Landau bedrohete. Nachdem der König dies dem Boufflers berichtet, fährt er fort: „Nun kennen Sie die Wichtigkeit dieses Platzes, der sowohl das Elsaß als das Saargebiet schützt. Wird er genommen, so muß an diesem Strome ein Corps bereit stehen, welches Catinat nach Erfordern an sich ziehen kann. Nachdem ich die beiderseitigen Heereskräfte in Flandern und Deutschland gegen einander abgewogen, auch betrachtet habe, daß es doch nicht gerecht von mir sein würde, die mir gehörenden

[1]) Pelet t. II, p. 54. Vom 18. Juni.

Provinzen und Plätze preis zu geben, um diejenigen des Königs von Spanien zu vertheidigen, habe ich beschlossen, daß von der Armee des Herzogs von Bourgogne, und von den anderen Truppenkörpern dort unter Tallard und Tserclaes 12 Bataillone und 16 Schwadronen nach der Saar hin abgegeben werden sollen. Sie haben also dieselben sofort in Marsch zu setzen, über Luxemburg nach Dietenhofen." „Ich erkenne wohl, fährt dann Ludwig XIV. fort, daß ich Sie dadurch nach allen Seiten schwäche, Sie nöthige, auf jegliche Unternehmung zu verzichten und sich auf eine nicht gesicherte Defensive zu beschränken. Darum jedoch können Sie noch einen ruhmvollen Feldzug machen. Die Feinde sind Ihnen an Zahl nicht so sehr überlegen, daß Sie sich dadurch beunruhigt fühlen dürften, und an Qualität sind meine Truppen besser." So Ludwig XIV. am 30. Juni [1]).

In denselben Tagen als dieser Befehl den Marschall Boufflers bei Kleve erreichte, traf Marlborough in Nymegen ein. Die Armee stand nordwärts von der Waal. Am 7. Juli ward der Strom auf drei Brücken überschritten. Aber wie die Armee des Boufflers geschwächt wurde durch die Befehle seines Königs: so ward Marlborough durch die Besorgnisse im Haag für Nymegen und den Rhein gehindert, von der Ueberlegenheit seiner Zahl Gebrauch zu machen. Sein eigener Plan war, direct nach Brabant zu marschiren: die Beschlüsse im Haag legten ihm auf sich links hin zu wenden. Ueber dies Hin- und Hersenden verging fast der ganze Monat Juli ungenutzt. Marlborough hatte volle Muße, in seinen Briefen an Lady Sarah des Reifens der Früchte in seinen Gärten von St. Albans zu gedenken, und ihr zu versichern, daß er lieber dort weilen würde als im Feldlager, und daß keine Befriedigung des Ehrgeizes ihm Ersatz biete für die Trennung von ihr [2]). Am 26. Juli überschritt er die Maas. Es war unverkennbar sein Plan, den Feind von diesem Strome ab und westwärts zu drängen, um sich dann der ostwärts gelegenen festen Plätze zu bemächtigen. Nachdem Tallard zu Boufflers gestoßen war, erfanden sich die Armeen etwa gleich stark. Aber Boufflers zog sich südwärts zurück.

---

[1]) Pelet t. II, p. 66.

[2]) Coxe's Marlborough t. I, p. 129.

Am 30. Juli, während Boufflers auf Beringhen marschirte, machte Marlborough im Kriegsrathe den Vorschlag eines Angriffes. Denn er konnte nicht handeln ohne die Einwilligung der Felddeputirten, die mit Vollmacht je ihrer souveränen Provinz sich im Hauptquartiere befanden. Die Felddeputirten lehnten ab.

So berichtet der Herzog von Berwick, der im französischen Heere ein Commando hatte, und fügt hinzu: „Eben so wenig wollten sie uns in unserem Lager von Sonoven angreifen. Dies gereichte uns zum Glücke; denn wir wären unfehlbar geschlagen worden, da unser linker Flügel in der Luft schwebte und der rechte wie eingepfropft stand zwischen zwei Bächen" [1]).

Berwick hatte diese Nachricht von guter Hand, nämlich von Marlborough selber, dem Bruder seiner Mutter [2]). Der englische Commandant ging darin sogar noch weiter. Er schrieb an Boufflers: es sei nicht seine Schuld die französische Armee auf ihrem Marsche am 30. Juli nicht angegriffen zu haben. Der Graf Athlone habe im Kriegsrathe dagegen geredet. Ueber dies auffallende Benehmen hieß es am Hofe zu Marly: „Il paraît extraordinaire que ce général veuille se justifier à nous de ne nous avoir point attaqués [3]).

Eher ist es erklärlich, daß Marlborough nach England hin, in einem Schreiben vom 27. August an Godolphin, eines Vorfalles solcher Art gedenkt, wo durch die Säumigkeit in der Ausführung seiner Befehle ein von ihm als sicher gehoffter Sieg ihm entschwunden sei. Er fügt hinzu, daß er, dem Dienste der Königin zuliebe, in seinem Berichte an die Generalstaaten die Sache nicht erwähnt habe. Der Fingerzeig deutet an, daß der Vorwurf den Holländern, oder genauer den hemmenden Felddeputirten, zur Last fiel. Er vermöge indessen nicht zu hindern, daß die höheren Officiere aus ihrer Kenntnis seiner Befehle offen über die Sache redeten. Das Mittel, welches er anwende, um über dies wie über andere Misgeschicke ähnlicher Art hinwegzukommen, kleidet er in die Worte: „Geduld wird alles überwinden".

Es ergibt sich daraus, daß die Besorgnisse der holländischen Felddeputirten mehr als eine, nach der Ansicht Marlboroughs zum Schlagen

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 122.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 479.
[3]) A. a. O. p. 475.

günstige Gelegenheit haben entschwinden lassen. Mehr daraus zu folgern, etwa gar den Felddeputirten beizumessen, daß sie sich an Einsicht dem General überlegen vermeint hätten, dürfte nicht gerecht sein. Ihre Verantwortlichkeit ruhte auf einer anderen Basis als die seinige. Der wesentliche Inhalt ihrer Instructionen prägt sich aus in einem Berichte des Grafen Wratislaw nach Wien: „Man sieht aus dem Thun und Lassen der Generalstaaten ganz klar, daß sie beabsichtigen, den Krieg wider Frankreich mehr defensiv zu führen. Unter dem Vorwande, die Republik nicht zu exponiren, haben sie dem Marlborough so sehr die Hände gebunden, daß er keine Schlacht liefern darf" [1]).

Bis gegen das Ende des Monates August hatte Marlborough so viel erreicht, daß er den Marschall Boufflers fast völlig von Spanisch-Geldern abdrängte und daher die Belagerung von Venloo unternehmen konnte. Und damit stieg für Ludwig XIV. eine unangenehme Aussicht empor, die er selber, am 23. August, in die folgenden Worte an Boufflers kleidet: „Sie wissen wie ich, welche Bedeutung für den Ruhm meiner Waffen darin liegt, daß dem Feinde nicht gestattet werde, eine Belagerung vor den Augen des Herzogs von Bourgogne zu unternehmen, ohne daß dieser auf irgend eine Weise dagegen einschritte". Ludwig XIV. verlangt daher mit allem Nachdrucke die Behauptung von Geldern. „Wenn Sie leiden, sagt er, daß der Feind Venloo nimmt: so dürfen Sie auch ganz Geldern als verloren ansehen, und, in unvermeidlicher Folge dann auch die Rheinplätze, die Allianz mit dem Kurfürsten von Köln und die Stadt Lüttich". Er führt diese Gedanken weiter aus, und wiederholt am Schlusse noch einmal mit Nachdruck: „Ohne Geldern vermag ich nichts" [2]).

So Ludwig XIV., der von seinem Cabinet in Versailles aus den Krieg führte. Anders lagen die Dinge für Boufflers, der im Felde stand. Er erhielt das Schreiben des Königs in Beringhen. Die Lage dieses Ortes selbst, etwas nordwestlich von Mastricht, ist gewichtig. Boufflers wies in seiner Antwort darauf hin, daß die starke holländische Festung Mastricht wie ein Keil die Provinzen Brabant und Geldern trenne. Geldern und Brabant zugleich zu schützen, erfordere für jedes

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 4. August.

[2]) Pelet t. II, p. 92.

eine besondere Armee. Man müsse das Eine aufgeben oder das Andere. Unter diesen Umständen gehe das einstimmige Votum der Generalofficiere dahin, nicht auf Venloo zu marschiren. So am 31. August [1]). Mit anderen Worten: Ludwig XIV. erhielt auf seine Forderung, das Land Geldern zu behaupten, die Antwort, daß seine Armee das Land Geldern bereits aufgegeben habe.

Das Einzige, was Boufflers dagegen in Aussicht stellen konnte, war eine Diversion zur Linken, um, zum Ersatze für das zu verlierende Venloo, die Stadt Hulst in Seeland zu nehmen.

Einige Tage später, am 5. September, ging Boufflers in seinem Berichte an den König offener heraus. Er sah nicht bloß Venloo, sondern auch Roermonde und Stephanswerth bereits als verloren an. Düsterer noch lautete ein Bericht des Herzogs von Maine an Chamillart. Er habe, sagt er, nichts Anderes zu melden als Unmöglichkeiten, Elend und Schwächen [2]).

Die Antwort Ludwigs XIV. war die sofortige Abberufung des Herzogs von Bourgogne. Der König, wie Berwick sagt, wollte ihn nicht der Unehre aussetzen, Zeuge der Erfolge Marlboroughs sein zu müssen [3]).

Und nun erst, vom Beginne September an, folgte dort für die französischen Waffen ein Misgeschick dem anderen. Die Unternehmung gegen Hulst, welches für Venloo entschädigen sollte, mislang mit nicht geringem Verluste. Das Fort St. Michel vor Venloo ward am 18. September von Lord Cutts erstürmt [4]). Die Stadt hielt sich bis zum 23. September. Nachdem schon eine weite Bresche gelegt war, traf am Mittage dieses Tages die Nachricht ein, daß das Reichsheer, unter dem römischen Könige Joseph und dem Markgrafen Ludwig von Baden, die Stadt Landau genommen. Die Belagerer feierten die Siegeskunde durch das Feuer aller Geschütze zugleich. Die Besatzung nahm dies für das Zeichen zum Beginne des Sturmes: an vielen Stellen der Stadt und der Werke zugleich stiegen weiße Fahnen empor. Die Capitulation ward bewilligt [5]).

---

[1]) Pelet t. II, p. 101 und 572.

[2]) A. a. O. p. 577.

[3]) Mémoires de Berwick t. I, p. 127.

[4]) Bericht von Lord Cutts an die Königin, bei Lamberty t. II, p. 227.

[5]) Coxe's Marlborough t. I, p. 137.

Roermonde und Stephanswerth fielen am 5. und am 7. October. Bereits richtete Marlborough seine Augen auf Lüttich.

Auch Boufflers, der in Tongern stand, und der König in Versailles zogen die Lage der Stadt Lüttich in Erwägung. Boufflers gab nach Versailles hin seine Ansicht kund, daß es ihm wichtiger erscheine, die Stadt Tongern und überhaupt Brabant zu decken als Lüttich. So am 27. September. Darüber gerieth der Kriegsminister Chamillart in große Erregung. Er machte einen Bericht, den der Gedanke durchzieht, daß die Nachtheile dieses Feldzuges am Oberrheine wie in den Niederlanden entspringen aus der Renitenz der Marschälle Catinat und Boufflers wider die Befehle des Königs. Boufflers kenne augenscheinlich nicht die Wichtigkeit und die Bedeutung der Stadt Lüttich. Wenn sie verloren gehe, so habe der König fortan von dem Kriege nur noch Unheil zu erwarten. Chamillart legte daher ein fertiges Schreiben zur Unterzeichnung vor, durch welches der König dem Marschall Boufflers befahl, alle seine Kraft auf die Vertheidigung von Lüttich zu verwenden. Der Befehl schloß jegliche fernere Berathung aus [1]).

Das Schreiben ging ab am 28. September. Dann jedoch mag Ludwig XIV. bei weiterer Ueberlegung gefunden haben, daß der Befehl allzu strict sei. Er erließ am folgenden Tage ein neues Schreiben, welches dem Marschall anbefahl, sich für die Erhaltung von Lüttich nicht in eine Action einzulassen, die schlimmere Folgen haben könne als der Verlust dieser Stadt [2]).

Der Hergang ist sehr merkwürdig, weil, nach dem Urtheile von Boufflers, Tserclaes und Puysegur, das Nachlassen in dem zweiten Befehle die französische Armee dort von der Gefahr einer unabwendbaren Niederlage errettete. „Denn, erwiedert Boufflers, nach Maßgabe des Zustandes, in welchem sich die Linien von Lüttich befinden, und der Beschaffenheit des Terrains dort überhaupt, kann sich die Armee nicht unter Lüttich aufstellen, ohne sich dem völligen Miserfolge preiszugeben. Daher habe ich geglaubt, daß, insoweit der letztere Befehl den ersten abändert, ich wesentlich jenem nachzuleben habe."

Bei Ludwig XIV. mochte es von besonderem Gewichte sein, daß auch sein Sohn, der Herzog von Maine, mit jenen drei Kriegs-

[1]) Pelet t. II, p. 589 et suiv.

[2]) A. a. O. p. 593.

verständigen übereinstimmte. Sie begnügten sich indessen nicht mit der ersten Antwort. Sowohl Boufflers wie Puysegur ließen in den ersten Tagen des Monats October neue Gutachten folgen. Sie heben darin die Sicherheit ihrer Stellung bei Tongern hervor, gegenüber der Unsicherheit in den Linien von Lüttich, und dann ihre Minderzahl.

Zugleich aber weist namentlich Puysegur hin auf die Wichtigkeit der ganzen Frage für Belgien.

„Es handelt sich, sagt er, nicht bloß um Tongern und die Nachbarschaft, sondern um ganz Belgien. Der Prinz von Oranien, der die Gesinnung in den großen Städten dieses Landes kannte, hat sich im vorigen Kriege, auch bei schwächeren Kräften, immer so gelegt, daß er Brüssel, Mecheln und Löven deckte, weil er die Ueberzeugung hegte, daß die Bevölkerungen im Angesichte einer feindlichen Armee bereit sein würden, sich mit dieser einzulassen, sobald sie sich nicht mehr gedeckt wüßten. So damals, wo man hier seit undenklicher Zeit mit Spanien vereinigt war. Wenn aber nun die an die neue Herrschaft noch wenig gewöhnten Bevölkerungen sehen würden, daß man lieber Lüttich decken, als sie schützen will: so kann man bei der Furcht vor den Kriegs-Contributionen, welche die Holländer ausschreiben würden, bei der Zuneigung vieler Einwohner zu dem Hause Oesterreich, sich der Besorgnis nicht erwehren, daß sie insgesammt sich lossagen würden. Der Verlust aber von Brabant als der Seele der spanischen Niederlande entscheidet über die Gesammtheit" [1]).

Unterbrechen wir hier mit einigen Worten die Beweisführung des Puysegur, nicht um sie zu schwächen, sondern um sie zu bestätigen.

Die Andeutung nämlich, daß die belgischen Städte, wenn frei von dem Drucke der französischen Waffen, sich nicht für den Herzog von Anjou aussprechen würden, sondern für den Erzherzog Carl, dürfte besonders gerechtfertigt sein in Betreff der Stadt Brüssel. Ludwig XIV. konnte darüber unterrichtet sein durch einen Vorfall, der eine ihm nahe stehende Persönlichkeit betroffen hatte, seinen Sohn, den Herzog du Maine. Die Bewohner von Brüssel hatten im Jahre 1702 das Bombardement vom August 1694 noch nicht vergessen. Die Art von Bravour, durch welche damals jenes Individuum die schadhaft gewordene

[1]) Pelet t. I, p. 598 et suiv.

Reputation seines Muthes hatte herstellen wollen, war ihm nicht gelungen. (Bd. VII, S. 102.) Aber das Volk von Brüssel erzählte sich von ihm noch ein anderes Stück. Als damals der Marschall Villeroy, in der Meinung, dem Befehle des Königs genug gethan zu haben, dem Mitleide Raum gegeben und das Bombardement habe einstellen wollen, sei der Herzog du Maine zu ihm getreten mit den Worten: „Noch vierundzwanzig Stunden für mich!" — Dieser selbe Herzog du Maine begab sich im April 1702 über Brüssel zur Armee. Als seine Ankunft als bevorstehend in Brüssel kund wurde, sah man das Volk sich in Gruppen sammeln. Die Edelleute, welche sich zum Zwecke der Bewillkommung nach dem Palaste Hooghstraeten begaben, wurden insultirt. Um neun Uhr des Abends verkündeten Kanonenschüsse die Ankunft des Herzogs du Maine. Anders lautete die Begrüßung von Seiten des Volkes. Aus den drängenden Massen vernahm man die Rufe: „Gnädiger Herr, noch vierundzwanzig Stunden für mich! Nieder mit den Mordbrennern! Es lebe Carl von Oesterreich!" Die Cavallerie hielt die Massen zurück [1]).

Am nächsten Tage traf auch der Herzog von Bourgogne in Brüssel ein. Viele Personen weigerten sich an den Empfangs-Feierlichkeiten Theil zu nehmen, weil man ihnen ihre Häuser verbrannt habe. Nach kurzem Aufenthalte eilten die beiden Sprossen Ludwigs XIV. aus Brüssel fort, um zum Heere zu gelangen. Daß in der Hauptstadt von Belgien eine für Frankreich geneigte Stimmung herrsche, konnten sie demgemäß nach Versailles hin nicht gemeldet haben. Um so mehr Gewicht mußte dort der zusammenfassende Bericht des Puysegur ausüben. Von Belgien ab wendet er sich zu Lüttich.

„Endlich, sagt er, ist der Besitz der Stadt Lüttich eher eine Last als ein Vortheil. Sie hat im vorigen Kriege den Verbündeten den Verlust der Schlacht von Neerwinden gekostet, weil sich in den Linien von Lüttich 32 ihrer Bataillone und 40 Schwadronen befanden."

Puysegur erklärt Bonn mit der Person des Kurfürsten Joseph Clemens für wichtiger als Lüttich. Eben damals hatte Tallard eine französische Besatzung nach Bonn gebracht, und dann den Kurfürsten

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 857. Vergleiche Coremans: Miscellanées etc. p. 107.

nach Luxemburg geführt. Dort war er, wie man auf französischer Seite es benannte, in der Sicherheit, die sie längst für ihn gewünscht hatten [1]). Wie so bald war an ihm zur Wahrheit geworden, was jenes Schriftstück des Pasquin am Ende des Jahres zuvor im voraus verkündet hatte! (Bd. IX, S. 437.) Es war die abermalige Erfahrung, daß der Dienst für die Politik Ludwigs XIV. kein Heil nach sich zog, nur freilich so, daß dies Mal die schwere Masse des Unheils nicht den Verräther traf, sondern das von ihm verkaufte und verrathene Land und Volk.

Das einzige was Boufflers noch für Lüttich thun konnte, war die Entsendung von etwa acht Bataillonen dahin. Er selbst mit dem Hauptheere zog hinter die Mehaigne.

Am 13. October traf Marlborough vor Lüttich ein [2]). Die bewaffnete Macht der Franzosen zog sich rechtzeitig in die Citadelle und in die Chartreuse hinauf. Die Stadt öffnete dem Heere der Verbündeten freiwillig die Thore, und erhielt dafür die Zusicherung, daß nicht von ihr aus der Angriff gegen jene stattfinden solle. Bis zum 23. October war eine Bresche so weit gelegt, daß ein Sturm auf den bedeckten Weg der Citadelle unternommen werden konnte. Der Eifer der Stürmenden ging darüber hinaus. „Es ist unmöglich, meldet Marlborough an Godolphin, zu viel zum Lobe der Tapferkeit zu sagen, die von allen Officieren und Soldaten bewiesen wurde" [3]). Innerhalb einer halben Stunde war die Citadelle mit Sturm genommen. Die Besatzung der Chartreuse wartete ein gleiches Geschick nicht ab. Sie capitulirte, am 29. October 1702.

Dagegen gelang es auf dem rechten Flügel der französischen Aufstellung, dem eifrigen Tallard, noch einen Erfolg zu erringen. Es war die befestigte Stadt Trarbach an der Mosel. Nach einer Belagerung weniger Tage capitulirte die Besatzung, 500 Mann stark, am 7. November.

Das verbündete Heer ward in die Winterquartiere entlassen. „Wir im Lager an der Mehaigne, meldet der Herzog von Berwick,

[1]) Pelet t. I, p. 119.

[2]) Die Behauptung Coxes, daß auch am 12. October wieder die holländischen Felddeputirten ein Treffen vereitelt, ist mit den Correspondenzen bei Pelet schwer vereinbar.

[3]) Coxe's Marlborough t. I, p. 141.

vernahmen das mit großer Befriedigung; denn bei der Geneigtheit alles geschehen zu lassen, in der wir uns befanden, würden die Feinde auch bei ferneren Unternehmungen auf keinen Widerstand von unserer Seite gestoßen sein" [1]).

Marlborough kehrte über Venloo zurück nach dem Haag. Vor ihm traf hier, am 7. September, eine Schreckenskunde ein. Der Commandant von Venloo, Prinz Holstein-Beck, schickte einen Courier mit der Meldung, daß in der Nacht zuvor Marlborough, Opdam und der Felddeputirte Geldermalsen, zwischen Venloo und Graf gefangen und nach der Stadt Geldern gebracht seien, und daß er bereits die Anstalten getroffen habe, Geldern zu umschließen und zu berennen.

Der Sachverhalt, nach dem Berichte jener drei Personen im Haag, war wie folgt.

Die drei Herren mit ihrer Dienerschaft und einigem Geleite hatten sich am Abend zu Venloo ins Schiff begeben, um die Maas hinab zu fahren. Das Fahrzeug wurde nach der üblichen holländischen Weise durch ein Gespann Pferde gezogen. Eine Abtheilung Cavallerie von 50 Mann diente zur Bedeckung, konnte jedoch, bei der Beschaffenheit des Bodens, nicht überall dem Stromufer folgen [2]). Unfern Graf lag ein französischer Trupp von Geldern aus auf der Lauer, 35 Mann stark. Als das Fahrzeug sich näherte, etwa um Mitternacht, und zwar an jener Stelle ohne die Escorte, ergriffen die französischen Soldaten den Strick, zogen schweigend das Fahrzeug ans Ufer und befestigten es. So der Beute sicher, feuerten sie einige Schüsse in das Fahrzeug, und kündeten damit den bis dahin schlafenden Reisenden die Gefangenschaft an. Der Führer des Trupps, ein Lieutenant aus Mastricht, der früher in holländischen Diensten gestanden, empfing den General Opdam mit den Worten, daß er wohl hundertmal vor dessen Zelte die Wache gehabt. Opdam hatte einen französischen Paß, in welchem jedoch außer anderen Mängeln sich nicht die Erlaubnis fand zu Wasser zu reisen. Auch Geldermalsen besaß einen Paß. Dem Grafen Marlborough steckte sein Diener Gell einen Paß zu, ausgestellt

---

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 130.

[2]) Man vergleiche die Berichte bei Murray: the letters and dispatches of Marlborough t. I, p. 54; und Lamberty t. II, p. 248.

auf den Bruder Churchill [1]). Ueber die Gültigkeit dieser Päſſe diſputirte und verhandelte man fünf Stunden lang. Der Schluß war, daß der Führer des Trupps zunächſt alles Silber, weil in den Päſſen nicht genannt, aus dem Fahrzeuge entnehmen ließ, zum Werthe von dreihundert Piſtolen, ferner die Geleit-Mannſchaft im Fahrzeuge für Gefangene erklärte, die drei Herren mit ihren Dienern jedoch auf dem Schiffe weiter fahren ließ.

So erzählten nachher die betreffenden drei Perſonen ſelber den Hergang. Der Graf Goes fügt indeſſen ſeinem Berichte die Kritik hinzu: „Und dünkt mich aus der ganzen Erzählung, daß jener Lieutenant nicht aus Einfalt peccirt hat" [2]).

In der That würde es nicht richtig ſein anzunehmen, daß die Urheber des Planes von franzöſiſcher Seite nicht gewußt haben, welchen Fang man hatte machen wollen. Bereits am Abende des 10. November traf ein Courier des Marſchalls Boufflers in Marly mit der Nachricht ein, daß Marlborough kriegsgefangen ſei. Am 11. November erhielt der König eine Beſtätigung. Die drei Namen der Gefangenen wurden genannt. Bereits erging der Befehl, Marlborough gut zu behandeln. Erſt am 12. traf eine andere Nachricht ein, daß Geldermalſen einen Paß für ſich und ſechs Diener gehabt, daß er Marlborough für ſeinen Stallmeiſter und Opdam für ſeinen Secretär ausgegeben, und daß der Führer des Trupps ſo einfältig geweſen ſei darauf hin die Gefangenen frei zu laſſen [3]).

Es ergibt ſich aus dem Ganzen, daß der Plan der Gefangennahme wohl berechnet war, daß er dagegen ſcheiterte an dem Privat-Plane des mit der Ausführung beauftragten Officiers, der unter dem Scheine der Einfalt die günſtige Gelegenheit für ſich ausnutzte. Dies ward zur Gewisheit, als dieſer Lieutenant einige Zeit ſpäter im Haag auftauchte, und dort nicht bloß Pardon erhielt, ſondern auch eine Compagnie [4]).

---

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 144. Note.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 20. November. — Man vergleiche damit den Bericht bei Sypesteyn: het leven van Menno van Coehoorn p. 39.

[3]) Dangeau t. IX, p. 37 et suiv.

[4]) Lamberty t. II, p. 249.

Kehren wir indessen zurück nach dem Haag, wohin am 7. November ein Courier von Venloo aus jene Schreckenskunde der Gefangennahme überbrachte.

Das Gerücht derselben erfüllte in wenigen Stunden die Stadt. Indessen noch am selben Abend trafen die drei Männer, die man bereits in Geldern glaubte, wohlbehalten ein. „Ich war kaum eine Minute am Ufer, meldet Marlborough an Godolphin, als große Volkshaufen mich umdrängten. Einige trachteten mir die Hand zu drücken, und Alle riefen mir ein Willkommen zu. Aber was mich besonders rührte, war, daß ich viele Leute beiderlei Geschlechtes vor Freude weinen sah. Ich bin sehr dankbar für den gütigen Empfang, den ich gefunden; denn von fünf Uhr Nachmittags bis Abends zehn war ein beständiges Schießen in den Straßen. Das ist ihre Weise ihre Freude kund zu geben" [1]).

Marlborough erhielt sofort von Wien aus die volle Anerkennung des Kaisers, die sich nicht beschränkte auf die Leistungen im Felde. „Die Umsicht Ihrer Führung, schreibt der Kaiser am 12. September, Ihre kriegerische Befähigung und Ihr Eifer für die Förderung der allgemeinen Sache, dargethan durch so viele glänzende Beweise, finden bei uns volle Würdigung und Anerkennung" [2]).

Der glückliche Gang dieses Feldzuges hatte beigetragen, von den Verbündeten eine Gefahr abzuwenden, welche in ihrem vollen Umfange damals von sehr Wenigen erkannt worden sein mag. Denn auch der sonst immer wohl unterrichtete Rathspensionär Heinsius ermangelte in diesem Falle der eigentlichen Kunde. Diese Gefahr bestand in den Unterhandlungen, die der neue König von Preußen mit Frankreich führte. Sie knüpften sich an die oranische Erbschaft, gingen aber darüber weit hinaus.

Der König Wilhelm III. hatte ein sehr reiches Privatvermögen besessen, dessen jährliche Einkünfte man auf 756,384 Gulden schätzte, zu welcher Summe das Fürstenthum Orange nur 3000 Gulden beitrug [3]). Bereits am 24. März reichte der preußische Gesandte im Haag,

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 145.

[2]) Handschreiben des Kaisers vom 12. September.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 23. März.

Schmettau, bei den Generalstaaten und den Ständen von Holland je eine Denkschrift ein, durch welche er erklärte, daß der König von Preußen als alleiniger Erbe des gesammten Vermögens ihn für diesen Fall mit der Vollmacht ausgestattet habe, im Namen des Königs Besitz zu ergreifen, und daß er demgemäß die hochmögenden Generalstaaten, so wie die edel-großmögenden Stände von Holland ersuche ihm darin behülflich zu sein [1]). Man vernahm bald, daß der König bereits Lingen habe besetzen lassen, daß der Rath der Stadt Mörs ihn anerkannt habe, daß dagegen das preußische Wappen, welches Jemand an das Rathhaus der Stadt Grave angeschlagen, auf Befehl des Commandanten entfernt worden sei. Das Letztere fand im Haag Zustimmung. Aber man vernahm weiter, daß der König von Preußen auf dem Wege sei nach Wesel.

Andererseits brachte Portland zur Kunde, daß ein Testament des Königs Wilhelm III. vorhanden sei, durch welches er seinen Verwandten Friso von Nassau, Statthalter von Friesland und Groningen, zum alleinigen Erben ernenne. Aber dieser Erbe, dessen Vater, Casimir, bereits gestorben, war noch minderjährig. Die Mutter begab sich nach dem Haag, um Klage zu führen wider das gewaltsame Vorgehen des Königs von Preußen. Es standen daher unvermeidliche Verwickelungen von Anfang in Aussicht [2]).

Die Angelegenheit erregte Besorgnisse, nicht bloß im Haag, sondern auch in London und in Wien. In London hatte der preußische Botschafter Spanheim verlangt, bei der Durchsicht der Papiere des Königs zugegen zu sein. Dies ward abgeschlagen; aber schon die Forderung erregte Bedenken. Wie das Fürstenthum Oranien, so lagen auch viele andere Güter Wilhelms III. innerhalb des französischen Machtbereiches. Es erwuchs die Besorgnis, daß der neue König von dort her den Anlaß nehmen könne, sich mit Frankreich zu vergleichen [3]).

In Wien sprachen die Minister dem Kaiser dieselbe Besorgnis aus. Sie riethen daher, die Angelegenheit völlig den Holländern zu überlassen [4]).

---

[1]) Die Denkschriften bei Lamberty t. II, p. 97 et suiv.

[2]) A. a. O. p. 99.

[3]) Wratislaws Bericht vom 21. März.

[4]) Conferenz-Protokoll vom 10. April.

Im Haag konnte schon die Thatsache an sich, daß ein Testament Wilhelms III. vorhanden war, bei denen, welche eine Kunde hatten von der geringen Werthschätzung, die der König jederzeit der moralischen Qualification seines Vetters in Berlin bewiesen, nicht als günstig für denselben angesehen werden. Die Eröffnung verzog sich bis zum 8. Mai. Sie ergab, daß, wie Portland gesagt, das Testament, errichtet am 18. October 1695, den Prinzen Friso von Nassau zum alleinigen Erben einsetzte, sowohl des Feudal- als des Allodial-Vermögens, und die Generalstaaten zu Executoren ernannte [1]).

Die eigenhändig von dem Könige in das Testament hineingeschriebenen Worte lauteten: „Unseren Vetter, den Prinzen Friso von Nassau, ältesten Sohn des Prinzen Casimir von Nassau, zur Zeit Statthalter von Friesland, indem wir uns vorbehalten ihm diejenigen Vormünder zu setzen, die wir nachher bestimmen werden".

Schmettau im Namen des Königs von Preußen erhob noch am selben Tage Protest. Er verlangte die Scheidung des Fideicommis-Vermögens, herstammend von dem beiderseitigen Großvater, dem Prinzen Friedrich Heinrich, von dem Allodial-Besitze. Nur über den letzteren habe der König Wilhelm III. frei verfügen dürfen: das erstere gebühre dem einzigen noch lebenden Enkel des Prinzen Friedrich Heinrich, dem Könige von Preußen [2]).

Der Wortlaut des Testamentes thut dar, daß Wilhelm III. an seinem Rechte über die Gesammtheit zu verfügen keinen Zweifel gehegt hat. Andererseits hatte er im Jahre 1695 die besonderen Hindernisse, welche sich der Ausführung seines letzten Willens entgegen stellen würden, noch nicht erwägen können. Allerdings hatte er unterlassen, bestimmte Vormünder zu ernennen. Allein, wenn bei seinem Tode allgemeiner Friede herrschte: so war es den Generalstaaten nicht schwer das Testament zu vollstrecken, den jungen Prinzen in das ihm bestimmte Erbe einzuweisen und darin zu schützen. Wie dagegen im Jahre 1702 die Dinge lagen, ward die Aufgabe, die von Wilhelm III. als Prinzen von Oranien und demnach als Unterthan der Republik für seine Privatangelegenheit den Generalstaaten zuwuchs, erschwert

[1]) Das Testament bei Lamberty t. II, p. 121.

[2]) Eine Reihe der betreffenden Denkschriften a. a. O. t. XII, p. 20 et suiv.

durch das politische Vermächtnis des Königs Wilhelm III. für Europa, durch die große Allianz und den ihr entsprechenden Krieg wider die Uebermacht Frankreichs. Er hatte es vermocht, die Geschicke der Völker in diejenige Bahn zu lenken, die ihm als die heilsamste erschien. Sein politisches Testament für Europa ward acceptirt. Eben darum aber, weil dies größte Werk seines Lebens ihm gelungen war, vermochte er nicht seine letzte Verfügung über sein eigenes Besitzthum thatsächlich unantastbar zu machen. Der Krieg gab dem neuen Könige von Preußen wegen seiner streitbaren Mannschaft eine höhere Bedeutung. Er hatte bereits vor dem Kriege bei dem Kaiser und denjenigen Mächten, die zu dem Kaiser hielten, die Anerkennung seiner neuen Krone herausgedrückt durch den Hinweis, daß er auch auf die andere Seite sich wenden könne. Der Rathspensionär Heinsius kannte die moralische Qualität Friedrichs I. eben so wie Wilhelm III. sie gekannt und oft gekennzeichnet hatte. An Heinsius und die Republik trat daher die Frage heran, ob sie sich im Stande fühlten, für das Recht eines Pupillen, der auf ihren Schutz zu hoffen hatte, mit vollem Nachdrucke einzutreten, auch wider den Einbruch des Königs von Preußen in dasselbe, und wider die möglichen Consequenzen, zu welchen die Begehrlichkeit desselben, wenn nicht befriedigt, ihn führen könne.

Die Kriegserklärung der drei Hauptmächte wider das Haus Bourbon, am 15. Mai, geschah einige Tage nach der Eröffnung des Testamentes. Die Generalstaaten machten den Schritt in officieller Form dem Könige Friedrich I. in Wesel kund, und forderten ihn auf dem Beispiele zu folgen.

Friedrich I. erwiederte, am 19. Mai: den Generalstaaten sei seine aufrichtige Gesinnung für das Gemeinwohl bekannt. Daran werde er auch ferner festhalten. Aber seit Wochen stehe eine französische Armee in seinem Lande Kleve, ohne daß für ihn eine Hoffnung auftauche sie hinaus zu treiben. Er erwartete daher von der Billigkeit der Generalstaaten, daß sie nicht einen Schritt von ihm verlangten, der unzweifelhaft den Feind reizen und die völlige Verwüstung des Landes nach sich ziehen würde [1]). — Wir werden noch andere Gründe später erfahren.

---

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. XII, p. 20.

Ein anderes Schreiben des Königs, von Wesel aus, an die Generalstaaten betraf das oranische Erbe. Es war im selben Sinne gehalten, wie vorher Schmettau geredet hatte. Und damit trat an die Generalstaaten die Forderung ihre Stellung zu nehmen. Die Antwort ist daher charakteristisch für das ganze Verhalten der Generalstaaten in der Angelegenheit: sie bieten ihre Vermittlung an. Sie bitten den König gut zu finden, daß die Generalstaaten als die Executoren beider Testamente, des Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien und des Königs Wilhelm III., einstweilen das Ganze verwalten, namentlich auch die Lehengüter [1]).

Auf diese Antwort begab sich der König Friedrich I. von Wesel nach dem Haag. Er traf dort ein am 21. Juni und nahm Wohnung im alten Hofe, den der Prinz Friedrich Heinrich hatte bauen lassen. Die Generalstaaten hatten erst gezaudert, die Forderung dieses Hauses für den König zu bewilligen, dann jedoch nachgegeben. Im Haag befanden sich auch die Prinzessin von Nassau und ihr Sohn. Der König drängte auf eine Entscheidung: sonst werde er abreisen und andere Maßregeln nehmen. Namentlich die letztere Redensart kehrte immer wieder. Marlborough und Goes sprachen einander ihre Besorgnisse aus [2]). Nachdem durch die Ernennung Marlboroughs die Kriegesangelegenheiten einstweilen geordnet, ward in den Generalstaaten drei Wochen hindurch nichts Anderes verhandelt als die Sache der oranischen Erbschaft. Heinsius war während dieser Zeit für alles Andere unzugänglich. Goes charakterisirt die Haltung der wichtigsten Persönlichkeiten mit den Worten: „Man würde gern sehen, daß der König mit einiger Befriedigung abreiste; allein bei der Mehrzahl steht der Einwand entgegen, daß die Angelegenheit dem Gebiete des Privatrechtes angehöre, und daß sie darum auch nur im Rechtswege ausgetragen werden dürfe" [3]).

Irgendwelche Befriedigung Friedrichs I. war jedoch nur möglich durch Concessionen an seine Forderungen, die eher stiegen als nachließen. In einer der Conferenzen ward der Kasten mit den Juwelen Wilhelms III. vorgelegt. Es war die Aufgabe sie zu theilen. Die

[1]) Lamberty t. II, p. 123. Vom 29. Mai.

[2]) Eine Reihe von Berichten des Grafen Goes im Juni und Juli.

[3]) Bericht vom 18. Juni.

Gegenstände waren einzeln eingepackt, mit Aufschriften von der Hand des Königs je nach ihrer Bestimmung. Unter den Stücken war besonders augenfällig ein schöner Diamant, der kleine Sanci genannt. Der König von Preußen forderte ihn mit großem Eifer, und berief sich darauf, daß der Prinz Friedrich Heinrich ihn gekauft habe. Der englische Gesandte Stanhope meinte, den Stein als Eigenthum der Krone England beanspruchen zu müssen, ließ jedoch, nach erhaltener Antwort von London aus, die Forderung fallen. Dagegen verlangte die Prinzessin von Nassau den Diamanten für ihren Sohn. Sie erkannte an, daß der Prinz Friedrich Heinrich den Diamanten gekauft habe. Man wußte sogar den Preis, nämlich 150.000 Gulden. Aber der Prinz habe dann bei der Heirat seines Sohnes Wilhelm II. mit der Prinzessin Mary Stuart, den Eltern Wilhelms III., dieser seiner Schwiegertochter den Stein geschenkt. Die Prinzessin habe als Witwe den Diamanten zum Zwecke einer Reise nach England verpfändet, ihr Sohn ihn später wieder eingelöst. Demnach gehöre der Stein zum Allodialerbe, sei also unzweifelhaftes Eigenthum des Prinzen Friso. Aber der Sanci strahlte so hell. Sein Glanz redete bei dem neuen Könige Friedrich einleuchtender als alle Beweisführung. Man kam zu einem vorläufigen Vergleiche, der ihm das Haus Honslardyk, das Schloß zu Ryswyck, den alten Hof im Haag und einiges Andere zusprach. Er ließ sofort von Allem Besitz ergreifen, reiste aber dennoch unzufrieden ab, weil man beharrte ihm den Sanci zu verweigern. Einige seiner Hofleute ließen sich die Rede entfallen: da man ihren König nicht befriedige, so werde er mit Frankreich einen Neutralitäts-Vertrag schließen. Der holländische Zeitgenosse, dem wir hier folgen, fügt hinzu: „Nicht um dieser Drohungen willen, die den guten Gesinnungen des Königs nicht entsprachen, sondern um sich seine Freundschaft zu sichern, beschloß man endlich ihm das Opfer zu bringen".

Man übergab das Kleinod dem Gesandten Schmettau, der dem Könige nacheilend jenseit Utrecht es ihm zu Füßen legte [1]).

Nach einem anderen Berichte stellte die Prinzessin von Nassau die Gegenforderung, daß der König Friedrich dafür abstehe von seiner Forderung auf die Herrschaft Breda [2]).

[1]) Lamberty t. II, p. 224.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 1. August.

Wie immer dem sei, in einer Denkschrift vom 30. Januar 1703 beschwert sich die Prinzessin, daß nachdem sie lediglich aus Gefälligkeit das Schloß Honslardyk und ein kostbares Juwel ausgeliefert, dazu vieles Andere, sie zur Gegengabe auch gar nichts empfangen habe[1]).

Wichtiger jedoch als Mesquinerien solcher Art sind jene Drohworte der Umgebung Friedrichs I., welche sich für uns Spätere wohl kaum durch den Einwand jenes Holländers beseitigen lassen, daß sie den guten Gesinnungen des Königs Friedrich I. nicht entsprachen. Wir haben vernommen, daß in London und in Wien, sofort nach dem Tode Wilhelms III., besondere Besorgnisse aufstiegen, und daß Marlborough und Goes im Haag stutzig wurden über die wiederholte Drohung, nicht etwa der Hofleute, sondern des neuen Königs selbst, daß er andere Maßregeln ergreifen wolle. Es fragt sich also, was dahinter sich verbarg.

Es liegt darüber ein Bericht von französischer Seite vor, aus der Zeit vor dem Auftreten von Friedrich I. im Haag[2]).

„Während wir in Xanten standen, erzählt der Herzog von Berwick — also im Mai 1702 — fand man Gelegenheit mit dem Kurfürsten von Brandenburg anzuknüpfen, der sich in Wesel aufhielt. Man sandte ihm mehrmals einen Obersten, Deutschen von Geburt, Namens Bielke, und der Kurfürst schien ganz geneigt sich mit uns in einen Vertrag einzulassen. Wir hofften es um so mehr, weil er damals allen Grund hatte, in Betreff der oranischen Erbschaft mit den Holländern unzufrieden zu sein, und weil es ihm sehr am Herzen lag als König von Preußen anerkannt zu werden, welchen Titel er mit Zustimmung des Kaisers angenommen, viele Fürsten jedoch ihm nicht zugestehen wollten. Für den Fall daß der Vertrag mit Brandenburg zu Stande käme, rechneten wir darauf, daß er zu den baierischen Truppen, die 25.000 Mann betrugen, seinerseits 30.000 stoßen lassen würde. Wenn dadurch der Kaiser sehr in Bedrängnis gebracht, das Reich dagegen nicht wagen würde sich zu erheben, so würden wir über den Rhein gehen, den Krieg in die Republik Holland versetzen und die Generalstaaten zwingen um Frieden zu bitten, zu uns beliebigen

[1]) Lamberty t. XII, p. 269.

[2]) Mémoires de Berwick t. I, p. 115.

Bedingungen. Diese Aussichten waren umfassend, und es war sehr vernünftig sie zu verfolgen. Aber unglücklicher Weise handelte der Kurfürst von Brandenburg nicht aufrichtig, sondern hatte lediglich die Absicht uns hinzuhalten, so lange wir uns in seinem Herzogthume Kleve befanden, und dadurch uns zu nöthigen sein Land mit Schonung zu behandeln. Wir ließen ihm alle Eroberungen anbieten, die wir am Rheine, an der Waal, in Holland oder im Lande Jülich machen würden, während diejenigen in Flandern für den König von Spanien bestimmt waren. Diese Hoffnungen erschienen ihm lockend; aber er kam nicht zu einem Entschlusse. Er antwortete vielmehr; wenn es sich nur um die Holländer handelte: so würde er nicht schwanken. Allein in Betreff des Kaisers wüßte er nicht, wie er es anfangen solle, dem gegebenen Worte und den geschlossenen Verträgen zuwider zu handeln, so lange dieser Monarch seinerseits alle Bedingungen erfülle."

So Berwick. Dann begab sich Friedrich I. auf jene einlenkende Antwort der Generalstaaten, die sicherlich nicht dem Sinne des Testators entsprach, nach dem Haag. Dort am 21. Juni eingetroffen, erhob er laute Klage, daß die Franzosen ihm sein ganzes Land Kleve verdorben, ihm alle Hirsche und alles Dammwild getödtet hätten. Er fügte hinzu, daß niemals etwas Aehnliches zwischen Fürsten verübt worden sei [1]). Nach solchen Reden mußte in den Augen der Holländer Friedrich I. als ein besonderes Object des Zornes von Ludwig XIV. erscheinen.

Einige Tage später, am 26. Juni, berichtet der Marschall Boufflers aus seinem Lager bei Kleve an Ludwig XIV.: „Unter den Gründen, die mich zum längeren Aufenthalte hier nöthigen, ist auch der Wunsch zu erfahren, was aus den neuen Vorschlägen wird, die Schleinitz und Blaspiel für einen Vertrag mit dem Kurfürsten von Brandenburg gemacht haben. Sie haben von dem Kurfürsten her durch den Courier, den sie an ihn geschickt, Antwort erhalten — also aus dem Haag — und darauf eine von ihnen unterzeichnete Denkschrift eingereicht. Puysegur und Noblet sind heute nach Kleve gegangen, um mit ihnen über die Denkschrift zu verhandeln" [2]).

---

[1]) Lamberty t. II, p. 223.

[2]) Pelet t. II, p. 63.

Das französische Geschichtswerk, in welchem diese Meldung des Marschalls Boufflers sich findet, enthält nicht seine weiteren Berichte in der Sache.

Von den genannten beiden Persönlichkeiten war Blaspiel im Brandenburgischen Dienste, Schleinitz im gothaischen. Die Anknüpfung mit Versailles war durch den letzteren geschehen, oder doch befördert. Schleinitz selber sprach sich in Paris darüber zu dem Schweden Palmquist aus. Er sei nach Wesel gegangen und habe den neuen König gefragt, ob er in Paris ihm Dienste leisten könne. Friedrich I. habe erwiedert: er sei nicht im Kriege mit Frankreich. Allerdings habe er dem Kaiser 8000 Mann Hülfstruppen gestellt, den Generalstaaten 5000 Mann, jedoch auf Grund von Verträgen aus der Zeit vor dem Kriege. Er habe sowohl durch Spanheim als auf andere Weise in Paris versichern lassen, daß es nicht seine Absicht sei weiter zu gehen. Dennoch habe Frankreich sein Land Kleve behandelt wie dasjenige eines erklärten Feindes. Darüber habe er Grund sich zu beschweren. — Schleinitz nahm dann auf die Bitte Friedrichs I. seinen Weg durch das französische Hauptquartier, mit dem Auftrage um eine mildere Behandlung für Kleve nachzusuchen. Er erzählte weiter, daß, als er in Paris die Unterredung von Kleve dem Staats-Secretär Torcy überbracht, dieser darauf nicht viel gegeben, sondern erwiedert habe: der Kurfürst von Brandenburg habe Frankreich so viel Leid angethan wie er vermöge. — So berichtete Schleinitz dem Schweden Palmquist Dieser fügt seinem Berichte hinzu: „Obwohl Schleinitz es nicht ausdrücklich eingestand, habe ich Grund zu vermuthen, daß seine Aufträge diejenigen Stücke der oranischen Erbschaft betrafen, die im französischen Machtbereiche liegen" [1]).

Wie weit in Wirklichkeit die Aufträge des Schleinitz gingen, liegt angedeutet vor in jener Meldung des Marschalls Boufflers. Da sie indessen mit dieser Thatsache abbricht: so haben wir zurückzukehren zu der Erzählung Berwicks [2]).

„Als der Kurfürst von Brandenburg, meldet er, vom Haag aus uns noch weiter in sein Land eindringen sah, ließ er durch zwei

---

[1]) Palmquist an Robethon, 30. Juli 1702, in den Robethon-Papieren des St.-A. H.

[2]) Mémoires de Berwick t. I, p. 120.

Edelleute, die sich nach Kleve begaben, bei uns anfragen, ob wir noch festhielten an der Absicht mit ihm zu unterhandeln, und ließ erklären, daß er in diesem Falle zu einer Neutralität bereit sein würde. Obgleich wir nun nach gemachter Erfahrung hätten argwöhnisch sein sollen gegen alles was von dort her an uns gelangte: so antwortete man ihm dennoch bejahend. Darauf schickten die beiden Emissäre einen Courier (an Friedrich I.) nach dem Haag, und erhielten zur Antwort Beglaubigungsbriefe. Der französische Hof schickte darauf dem Marschall Boufflers eine Vollmacht. Allein alles dies führte zu nichts. Denn, sobald man sich über einen Artikel geeinigt, ließ der Kurfürst etwas Neues vorbringen. Indem er somit nur uns hinzuhalten suchte, zog er die Sache in die Länge, bis wir aus Kleve abmarschirt waren, und dann brach er völlig mit uns ab."

Es dürfte schwer sein zu entscheiden, welche von beiden Parteien der neue König im Sommer 1702 täuschen wollte; denn aller Wahrscheinlichkeit nach war er mit sich selber darüber nicht im Klaren. Berwick erkennt an, daß Friedrich I. nach dem Abzuge des französischen Heeres abgebrochen habe; aber es fällt dabei eben so schwer ins Gewicht, daß der Verlauf des Abzuges einer Niederlage gleich war, daß Marlboroughs Erfolge es dem neuen Könige ungleich schwerer machten, einen Verrath an der Allianz zu begehen. Andererseits schienen diese Erfolge auch Vortheile für ihn in Aussicht zu stellen.

Und zwar gab die Republik der Niederlande dazu selber einen Anlaß. Die Stadt Venloo als bis dahin unter spanischer Herrschaft, mußte, nach der Eroberung, gemäß der Allianz dem Kaiser zufallen. Aber sowohl Friedrich I. von Preußen als die Republik Holland verlangten sie für sich. Die letztere als die stärkere drang durch, und behielt die Stadt. Der preußische Hof erklärte dann: er wolle abstehen, unter der Bedingung, daß man ihm zu seiner Zeit die Stadt Geldern einräume. Darauf wendete sich der kaiserliche Gesandte zu Heinsius mit den Worten: „Sie sehen, was davon kommt, daß Sie Venloo behalten wollen. Es gibt kein anderes Mittel allem Zwiste vorzubeugen, als die gewonnenen Plätze sofort, wie ich in meiner Denkschrift an die Republik es verlangt, dem Kaiser einzuräumen" [1]).

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 22. September.

Dies geschah nicht: die Republik behielt Venloo auch ferner. Dagegen richtete Schmettau an Heinsius das Verlangen, daß er die preußischen Wünsche bei dem Kaiser unterstütze. Heinsius brachte dies zur Kunde des Grafen Goes, ohne jedoch jene Wünsche benennen zu können. Der Gesandte erwiederte: „Ich bitte dem preußischen Gesandten zu sagen, daß sein König nach so vielen kaiserlichen Wohlthaten keine Ursache hat, neue Wünsche zu erheben, sondern um seiner Reputation willen verpflichtet ist, die dafür eingegangenen Verträge zu erfüllen". Heinsius erkannte die Antwort an als recht und billig, und berichtete auch die seinige. Schmettau habe im Namen des Königs erklärt, daß seine Truppen auch die Stadt Geldern mit angreifen würden, mit der Hoffnung jedoch, daß man ihm nach Maßgabe seiner Macht auch den Nutzen würde zukommen lassen. Ueberhaupt wolle der König diesen Feldzug hindurch sein Wort halten; wenn man jedoch die Angelegenheit der oranischen Erbschaft nicht vor dem Monate März zu seiner Befriedigung erledige: so wolle er aller Verpflichtungen ledig sein. Der Rathspensionär habe erwiedert: er verstehe nicht, was mit dem Worte Nutzen gemeint sein solle. Denn die preußische Mannschaft im Felde sei nach Verhältnis gering, und gehöre den Verträgen gemäß entweder dem Kaiser oder der Republik. Die zu erringenden Vortheile gebührten daher dem Kaiser. Die Sache der oranischen Erbschaft dagegen sei die Privat-Angelegenheit eines Dritten, die in Betreff der vorher eingegangenen Staatsverträge nicht in Betracht kommen könne [1]).

Weder Heinsius noch Goes hatten eine Kunde dessen was in Kleve verhandelt war. Dennoch konnte auch das, was sie direct von Schmettau vernommen hatten, das Gefühl der Sicherheit in Betreff der Politik des neuen Königs bei ihnen nicht aufkommen lassen. Wir werden Gelegenheit haben zu beobachten, daß dies Schwanken bei Friedrich I. noch oft wiederkehrt.

Anders als für Friedrich I. von Preußen, standen im Jahre 1702 die Dinge für den König August II. von Sachsen-Polen. Der Gedanke, für französisches Geld in die Erblande des Kaisers einzu-

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 15. September.

brechen, war ihm vergangen. Er bedurfte nun der Fürsprache des Kaisers und der Seemächte wider seinen furchtbaren Vetter, den jungen König Carl XII. von Schweden, der, im Winter 1701/2 in Kurland stehend, nur noch der besseren Jahreszeit harrte, um weiter vorzudringen und seine der Welt angekündigte Absicht auszuführen, nämlich August II. zu entthronen.

Der letztere versuchte alle Mittel, die nach seiner Meinung dienen konnten den Vetter zu erweichen. Der Gegensatz der beiden Persönlichkeiten tritt vielleicht am schärfsten hervor in Anlaß einer besonderen Botschaft. August II. entsendete die durch Schönheit wie durch Leichtfertigkeit gleich bekannte Gräfin Maria Aurora von Königsmark in das schwedische Hauptquartier zu Würgen. Sie hatte den Auftrag, dem jungen Schwedenkönige den Besitz von Kurland und polnisch Liefland anzubieten, und eine Zusammenkunft der beiden Könige anzubahnen; denn August II. hoffte, persönlich die Differenz abmachen zu können, und wollte dies, bevor die von den polnischen Reichsständen beschlossene Gesandtschaft an Carl XII. zu diesem gelangte. Die Gräfin Königsmark traf in Würgen ein, im Januar 1702. Carl XII. ließ der Dame alle andere Höflichkeit erweisen; aber einer Audienz harrte sie vergeblich. Als er aufbrach, reiste auch sie ab, ohne ihm vor Augen gekommen zu sein [1]).

August II. machte einen anderen Versuch. Er sendete einen seiner Kammerherren, Vitzthum von Eichstädt, mit einem eigenhändigen Schreiben, in welchem er in freundlichen Reden sich zu einer Zusammenkunft erbot. Carl XII. ließ den Vitzthum verhaften und als Gefangenen bewachen [2]).

Der junge Schwedenkönig blieb bei seinem Vorsatze, und hielt diejenigen Persönlichkeiten, von denen eine Abmahnung zu erwarten stand, von sich fern. Kein Gesandter irgend einer Macht, ob befreundet, ob nicht, erlangte Zutritt in sein Hauptquartier.

Dennoch drang im Monate März dahin die Stimme eines alten treuen Berathers seines Hauses, des Grafen Benedict Oxenstjerna, der in Carl XII. dem vierten seiner Könige diente. „Es ist vielleicht das

---

[1]) Nordberg Bd. I, S. 312 und 319.

[2]) A. a. O. S. 317.

letzte Mal, sagt im Eingange der bereits erkrankte Greis, daß ich in dieser Welt das Glück haben kann, etwas zu Ew. Majestät Füßen niederzulegen" [1]). Es ist der letzte und doch vielleicht der beste Rath, den Oxenstjerna mit dem umfassenden Blicke des europäischen Staatsmannes gegeben, lehrreich nicht bloß für den König Carl XII., sondern eben so sehr für die Nachwelt. Oxenstjerna zeichnet vom patriotisch-schwedischen Standpuncte aus die gesammte Lage der europäischen Angelegenheiten, rathend, mahnend, warnend, ja man dürfte sagen, mit prophetischem Blicke. Drängen wir daher seine Gedanken zusammen.

„Gott hat die rechtmäßigen Waffen Ew. Majestät an allen Orten und Enden gesegnet, so daß Ihre Feinde dahin gebracht sind den Frieden zu wünschen und zu verlangen. Es kommt also nunmehr auf die Schadloshaltung und die künftige Sicherheit an. Ew. Majestät haben beschlossen, diese zuerst von dem Könige von Polen zu fordern."

„Das Nächste wäre, diesen Ersatz zu suchen im Erblande des Königs August, in Sachsen. Allein einerseits reichen dafür unsere Mittel nicht, andererseits müssen wir auf den Widerstand vieler deutschen Fürsten gefaßt sein. Auch selbst wenn es gelänge, würden wir, bei der weiten Entfernung des Königreiches Schweden von Sachsen, dieses nicht behaupten können. Die Ew. Majestät befreundeten Mächte aber würden es übel aufnehmen, wenn, wie zu erwarten, einige Fürsten ihre Truppen aus dem Kriege mit Frankreich zurückriefen und dadurch diese Macht freiere Hand bekäme. Man darf sogar dafür halten, daß bei denen, welche auf die Unternehmung nach Sachsen dringen, eben dies das einzige Augenmerk sei."

„Es fragt sich dann, ob man sich des erlittenen Schadens zu erholen habe an der Republik Polen, nämlich durch die Abtretung eines Gebietes und durch die Absetzung des Königs. Allein, bei der Lage der Dinge, wäre der öffentliche Bruch mit der Republik ein schweres Wagnis."

„Ew. Majestät Großvater, der König Carl Gustav, unternahm den Krieg gegen Polen mit stärkerer Macht, mit Bundesgenossen, ohne andere Feinde zu haben. Ew. Majestät haben keine Bundesgenossen, dagegen zugleich einen Krieg mit dem Czaren von Moskau, und haben

[1]) Das Gutachten bei Nordberg Bd. III, S. 299 u. f.

zu besorgen, daß, im Falle Sie sich in Polen verwickeln, neue Feinde Ihnen erstehen, nämlich Dänemark und Brandenburg. Das letztere wird trachten sein neues Königreich zu erweitern, und sich nicht begnügen mit dem halben, noch auch dem ganzen Preußen. Ew. Majestät würden dann eben so wenig wie Ihr Großvater Carl Gustav, Ihre Eroberungen in Polen behaupten können."

„Ew. Majestät sehen die Absetzung des Königs von Polen an als ein Mittel Ihrer Sicherheit. Auch ich würde es für besser halten, wenn dieser König nicht auf dem polnischen Throne säße; aber ich sehe nicht ab, wie eine Absetzung wider den Willen der Republik zu erreichen ist. Diese Nicht-Willigkeit liegt bereits vor und dürfte sich steigern. Weil die polnische Republik großen Werth legt auf ihre freie und unbeschränkte Königswahl: so wird sie um so weniger geneigt sein, von einem fremden Herrscher das Gebot anzunehmen, ihren einmal erwählten König abzusetzen, in der richtigen Erkenntnis, daß ihr dies vor der gesammten Welt und auf ewige Zeiten zur Unehre gereichen würde. Die Polen würden den König um so weniger verlassen, da er zur katholischen Kirche übergetreten ist, und auch die anderen katholischen Mächte würden darum sich seiner annehmen, um so mehr, da überall der mächtige Orden der Jesuiten seine Stimme für ihn geltend machen würde. Auch die protestantischen Mächte, so sehr sie den Einfall des Königs August in Liefland misbilligt haben, würden doch seine Absetzung für unmöglich halten, sowohl wegen der Schwierigkeiten an sich, als weil es beispiellos ist, daß der mit Unrecht Angegriffene, im Falle seines Sieges, zu seiner künftigen Sicherheit die Entthronung des Angreifers verlangt."

„Die Sache würde eine andere Gestalt gewinnen, wenn die Republik sich über diese Frage in Parteiungen theilte. Aber der Beständigkeit der Polen in solchem Falle ist nie zu trauen. Die Magnaten waren bald mit dem Könige Carl Gustav, bald wider ihn, und endlich fielen sie alle von ihm ab, voran unter ihnen Sapieha, der Vater desjenigen, der jetzt zu Ew. Majestät hält. Ich habe längst befürchtet und befürchte noch jetzt, daß die Magnaten auch in diesem Kriege ähnlich handeln werden wie im vorigen."

„Daher möchte ich lieber vorschlagen, die Republik ganz und gar auf die Seite Ew. Majestät zu bringen."

„Zu diesem Zwecke ist hinzuweisen zuerst auf die Absicht des Königs August die Freiheit der Republik zu beschränken, theils durch seine eigenen Truppen, theils durch die Beihülfe des Czaren, und durch die anderen von ihm in Anwendung gebrachten Mittel. Dagegen ist hervorzuheben, daß die Republik die Rettung von dieser Gefahr den Waffen Ew. Majestät verdankt und darum auch in Zukunft sich diese Hülfe sichern muß."

„Ferner liegt vor Augen, daß die Republik Polen mit Schweden den gemeinsamen Erbfeind an Rußland hat. Die Republik verlangt von ihren Königen bei der Wahl die Wiederbringung der ihr entrissenen Länder. Diejenigen, welche Moscovien ihnen genommen, erstrecken sich über hundert Meilen in die Länge. Die günstige Zeit sie wieder zu erlangen ist gekommen, wenn nur die Republik, während Ew. Majestät von Ihrer Seite her den Russen zu schaffen machen, auch von dort her gegen sie losschlagen will. Diesem so einleuchtenden Interesse gegenüber erscheint es unglaublich, daß die Republik nicht darüber die Augen öffnen würde."

„Sollten aber die Dinge sich minder günstig verhalten: so erscheint doch zur Zeit ein Krieg gegen die Republik den Freunden Ew. Majestät so bedenklich, daß sie meinen, es könne dazu Niemand rathen als derjenige, welcher sich zu bereichern gedächte von Ew. Majestät Schaden und Untergang. Darum läßt es sich der König von Frankreich so sehr angelegen sein, die Republik zur Zeit nicht minder wider Ew. Majestät aufzuhetzen, als er bisher den König von Polen unterstützt hat. Die Absicht ist einerseits, durch einen Krieg im Norden selber mehr Luft zu bekommen, und die benachbarten Fürsten zu nöthigen ihre Truppen entweder daheim zu behalten oder zurückzuziehen. Andererseits bezweckt dadurch der König von Frankreich, Ew. Majestät an anderen Orten Händel zu erregen, damit Sie nur nicht auf seine weit aussehenden Anschläge Acht haben. Denn er weiß gar wohl, daß sein Verhalten Ew. Majestät gegenüber ihn nicht berechtigt, eine Freundschaft zu erwarten. Auch ist ihm sehr wohl bekannt, daß Ew. Majestät sowohl im eigenen Interesse wie demjenigen des Gemeinwohls von Europa nicht anders können als wider Frankreich auftreten. Und dies sind die wahren Ursachen, weshalb der König von Frankreich durch seine Emissäre und Freunde das Kriegesfeuer mit der Republik auf alle Weise anblasen läßt."

Dann räth Oxenstjerna dem Könige, sich für die Schadloshaltung, die er zu fordern berechtigt sei, sich mit dem Unterpfande von Kurland und Klein-Liefland zu begnügen, dagegen sich, nach also hergestelltem Frieden, die Seemächte verbindlich zu machen durch die Ueberlassung schwedischer Mannschaft, und dafür von ihnen die Garantie des schwedischen Besitzes zu verlangen. „Denn die Uebelgesinnten rund umher haben bereits diesen schwedischen Besitz im Entwurfe unter sich getheilt; allein die Erfahrung hat dargethan, daß sie nichts vermögen, so lange Schweden von den Seemächten her einen Beistand zu erwarten hat. Andererseits aber werden die Seemächte, sobald sie eine sichere Aussicht auf schwedische Truppen haben, um so bereitwilliger sein, bei dem Könige von Polen und der Republik mit Nachdruck für die Entschädigung einzutreten. Dies wäre ungleich besser als ein kostbarer, ungewisser, gefährlicher Krieg."

„Wenn wir aber, so lange wir die Russen im Rücken haben, auch mit der Republik Polen in Krieg gerathen: so bekenne ich, meiner Erfahrung gemäß, mit tiefer Bekümmernis einen solchen Abgrund weitläufiger Gefahren vor mir zu erblicken, daß meine Gedanken davor erlahmen, nicht aus Furcht, sondern aus meinem Eifer für den Dienst Ew. Majestät."

„Für die Sicherheit gegen einen bösen Willen des Königs von Polen in der Zukunft ließen sich, mit dem Zuthun der Freunde Ew. Majestät, ausreichende Mittel finden, zumal da er gänzlich außer Stande sein wird zu schaden. Die Lust dürfte ihm vergangen und eben so das Vermögen gering sein, nachdem sein Ansehen in der Republik und vor der gesammten Welt so sehr geschwächt ist. Das Vermögen wird ihm aber völlig fehlen, wenn Ew. Majestät das Glück haben sollten, seinen Beschützer, den Czaren, mit Gottes Hülfe in den Zustand zu setzen, in welchem er für die Zukunft Ew. Majestät so wenig schaden wie seinen Freunden helfen könnte. Eben dort aber winkt Ew. Majestät der größere Vortheil. Denn nach der russischen Seite hin können Ew. Majestät Ihre Macht ausbreiten, ohne den Neid und die Eifersucht Anderer zu erwecken und dadurch die Erwerbung zu gefährden. Und man darf mit Grunde vermuthen, daß, wenn Ew. Majestät, losgewickelt von der Republik Polen, Ihre Kraft lediglich gegen den Czaren wenden, Sie ihn bald dahin bringen würden,

ihm Bedingungen vorzuschreiben nach Ihrem Ermessen. Zugleich würde daraus der Vortheil erwachsen, daß andere Nachbarn, die mit des Czaren Freundschaft gepocht und gedrohet haben wie mit derjenigen eines Kettenhundes, den sie nach ihrem Gefallen gegen Schweden loslassen könnten, dadurch um so geschmeidiger und kirrer werden dürften."

„Aber es muß der eine Grundsatz gelten, daß man nicht mit vielen Feinden zugleich anbinde, sondern daß man sie theile und zertrenne, und mit dem einen fertig zu werden suche nach dem anderen. So hat es Ihr Vorfahr der König Gustav Adolf gehalten, und darum ist er Sieger geblieben. Ew. Majestät aber haben so glücklich begonnen, daß Sie allem Ansehen nach mit Gottes Segen alle Ihre Vorgänger übertreffen werden. Wenn es daher Ihr Augenmerk ist an der russischen Seite Eroberungen zu machen: so wäre, gemäß dem Beispiele Gustav Adolfs, vorher mit der Republik Polen eine Uebereinkunft zu treffen. Wenn aber Ew. Majestät die Absicht haben, zunächst den König von Polen zu entthronen, so empfiehlt es sich vorher mit Rußland einen Frieden zu schließen. Denn im anderen Falle würde sich der Czar die Gelegenheit zu nutze machen und, so lange Ew. Majestät in Polen beschäftigt sind, mit allen Kräften hervorbrechen, um nicht bloß das platte Land zu nehmen, sondern auch die Städte."

„Gelingt es dagegen Ew. Majestät, unter Gottes Beistand, mit Ihren Feinden nach einander fertig zu werden: so gelangt an Ew. Majestät die große Aufgabe, das Gleichgewicht von Europa zu handhaben. Aller Augen sehen bereits erwartungsvoll auf Ew. Majestät und urtheilen nach dem Heldenmuthe und den vollbrachten Thaten, daß Ew. Majestät von Gott dazu ausersehen sind. Der König [1]) in England selbst, der bisher mit so großem Eifer und herrlichem Ruhme das Gemeinwohl Europas gestützt, glaubt durchaus, daß diese Aufgabe Ew. Majestät vorbehalten sei, und nennt Ew. Majestät die grünende und blühende Hoffnung des gesammten Europa. Und in Wahrheit hat Schweden dasselbe Interesse wie alle anderen Mächte, daß das europäische Gleichgewicht erhalten werde. Denn, wenn die Uebermacht des Einen dasselbe aufhöbe, so bliebe für Schweden nur der schlechte

[1]) Die Denkschrift ist vom 5. März 1702, also vor dem Tode Wilhelms III.

Troſt des Polyphem, daß es durch ſeine Entlegenheit erſt zuletzt an die Reihe käme, unterworfen zu werden."

Zum Schluſſe bittet Oxenſtjerna ſeine Darlegung anſehen zu wollen als den Ausdruck ſeines pflichttreuen Eifers für den Dienſt ſeines Königs. „Es iſt, ſchließt er, der größte Troſt, den ich auf dieſer Welt noch haben kann, verſichert ſein zu dürfen, daß dieſe meine Zeilen als das letzte Pfand meiner unterthänigſten Liebe, Treue und Sorgfalt, mit Huld von Ew. Majeſtät aufgenommen werden."

Die damals nur für den jungen König Carl XII. beſtimmte Schrift iſt die letzte Arbeit eines Staatsmannes, der, für ſein Vaterland Schweden ein warmer Patriot, von den erſten ſeiner Zeitgenoſſen, dem römiſchen Kaiſer Leopold und dem Könige Wilhelm III., wiederholt das Zeugnis umfaſſender Kunde und der Ehrenhaftigkeit des Charakters erhalten hatte. Seine am Rande des Grabes niedergeſchriebenen Rathſchläge für ſeinen jungen König ſind wie ein politiſches Vermächtnis, in welchem ſich die damalige Zukunft wiederſpiegelt, nicht freilich darum weil ſie befolgt, ſondern weil ſie nicht befolgt wurden. Was Schweden und Polen von Rußland her in dem folgenden Jahrhunderte erfahren, liegt in den Grundzügen angedeutet vor in der Darlegung Oxenſtjernas. Darum darf ſein politiſches Vermächtnis angeſehen werden zugleich als ſein politiſches Denkmal, würdig des ſchwediſchen Patrioten und des europäiſchen Staatsmannes.

Die letztere Qualität wohnte nicht bei dem jungen Könige Carl XII. Wie immer er die Darlegung Oxenſtjernas aufgenommen haben mag: der dominirende Gedanke ſeiner Seele blieb die Entthronung Auguſts II., und demgemäß zunächſt dieſe Forderung an die Republik. Er wollte nicht die Feindſchaft, den Krieg mit derſelben: er wollte Frieden und Freundſchaft. „Aber als die Baſis der künftigen Freundſchaft, erwiederten die Reichsſtände von Polen, fordert der König von Schweden, daß wir zur Wahl eines neuen Königs ſchreiten ſollen: dieſe Forderung ſteht im Widerſpruche mit dem Rechte des Königreiches und hebt die Grundgeſetze desſelben auf" [1].

---

[1] Die Inſtruction der polniſchen Geſandten an Carl XII., bei Nordberg Theil I, S. 314 u. f.: Quo ipso jus omne Regni confundi, primasque et cardinales leges Reipublicae everti.

Und dann entwickelt sich eins der merkwürdigsten Verhältnisse, welches die menschliche Geschichte kennt. Der König von Polen ist im Kriege mit dem Könige von Schweden: das Königreich Polen nimmt an diesem Kriege keinen Theil. Carl XII. will nicht einen Krieg mit Polen, sondern Frieden und Freundschaft. Aber er fordert als die Basis der Freundschaft die Absetzung des Königs. Polen verweigert sie. Carl XII. dagegen, von dem Grundsatze ausgehend, daß es sein Recht sei, seinen Feind aufzusuchen, wo immer er ihn finde, marschirt in das polnische Gebiet ein. Er kommt nicht als Feind der Polen. Er hält strenge Mannszucht. Dennoch ist das Heer ein fremdes, feindlich gegen den eigenen König, verschieden von den Bewohnern des Landes in Sprache und Religion. Es fordert Quartier und Verpflegung. Es nimmt sich dieselben, wenn nicht gutwillig gegeben, mit Zwang. Man darf daher sagen, daß jeder Schritt Carls XII. vorwärts auf polnischem Gebiete, mittelbar dem Könige August II. zu gute kam. Die Reichsstände hatten ihn nicht absetzen wollen, bevor Carl XII. das Land betrat. Nach seinem Ueberschreiten der Grenze wurde es täglich klarer, daß die Polen nur der Gewalt weichen würden. Der Krieg, den Carl XII. und die Republik Polen beiderseitig nicht wollten, lag doch im Kleinen thatsächlich vor.

In Grodno traten am 24. April/5. Mai die Gesandten der polnischen Reichsstände vor den Schwedenkönig. Sie ersuchten ihn nicht weiter vorzudringen. Sie boten dagegen ihre Vermittelung an. Die Erwiederungen von Seiten Carls XII. drängen sich zusammen in den einen Satz: der König wolle nicht eher aus Polen weichen, als bis vorher derjenige daraus gewichen, der alles Unheil verschulde [1]). Eben dasselbe ließ Carl XII. durch Proclamationen verkünden, und immer aufs neue das Unrecht Augusts II. wider ihn darlegen. Aber auch dieser antwortete.

Der schwedische Marsch ging unterdessen weiter. Am 14./25. Mai traf Carl XII. in Warschau ein. Er hatte gehofft, dort viele polnische Edelleute zu finden. Sie waren nicht da. Auch auf seine Ladung erschienen sie nicht. Er ließ daher direct den Cardinal-Primas Radziejowski zu sich fordern. Denn der König meinte: bei der hohen Autorität,

[1]) Nordberg Theil I, S. 332.

deren sich der Cardinal-Primas erfreue, hange es von ihm ab, den Adel zu berufen und zu einer neuen Wahl zu schreiten [1]). Der Cardinal, der wie die anderen Edelleute, sich vorher aus Warschau fort begeben, zauderte zu erscheinen. Carl XII. erneuerte die Ladung, und abermals mit dem Zusatze: Lenta remedia et segnes medicos non expetunt tempora mea [2]). Auf diese Mahnung begab sich der Cardinal nach Warschau zurück, und erschien vor dem Könige. Sie redeten lange mit einander in lateinischer Sprache, ohne Dolmetsch. Jedoch blieb die Unterredung allgemein. Erst am anderen Tage ließ der König durch den Grafen Piper bei dem Cardinal und dem Kronschatzmeister Leszczinski die Hauptsache anregen. Sie erwiederten: „Mögen alle Anklagen wider den König von Polen gerechtfertigt sein: so steht doch eine Neuwahl in Widerspruch mit unseren Gesetzen und Freiheiten. Wenn nur der König von Schweden diese Forderung fallen läßt: so wird der ganze Adel ihm beitreten und dem Könige August solche Bedingungen vorschreiben, die er entweder nicht eingehen kann, oder die seine Gewalt so sehr einschränken, daß er nur den königlichen Namen behält. Ist er damit nicht zufrieden, so wird die gesammte Republik die Beihülfe des Königs von Schweden begehren, um den König August abzusetzen. Dann ist zugleich die Freundschaft mit Schweden und unsere Freiheit gewahrt" [3]).

So am 31. Mai/11. Juni. Es kam also für Carl XII. nur darauf an, nicht die directe Forderung der Absetzung festzuhalten.

Eben auf dieser aber bestand Carl XII. Er ließ erwiedern: der Vorschlag gewähre ihm gegen einen so treulosen Feind wie August II. keine Sicherheit. Man möge daher auf einen anderen Ausweg bedacht sein.

Der Cardinal und der Kronschatzmeister waren sehr bestürzt. Sie erwiederten, daß gerade der König August mit dem Beharren des Schwedenkönigs bei seiner Forderung sehr zufrieden sein werde. Denn das Festhalten derselben sei das beste Mittel ihm Freunde zu verschaffen. Die weitere Unterredung mit Piper brachte keine Frucht.

---

[1]) Nordberg Theil I, S. 340.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O. S. 342.

Der Cardinal erbat sich mit dem Schwedenkönige direct die Sache bereden zu dürfen. Carl XII. willigte ein. Am 5./16. Juni trafen sie zusammen im Palaste Lubomirski, unweit Warschau: der König, der Cardinal und der Kronschatzmeister. Carl XII. begann mit großer Lebhaftigkeit: er habe sich ihre Meinung berichten lassen und erkenne daraus ihre Umsicht und ihren Eifer, aber auch ihre Furchtsamkeit, und diese stehe ihm gar nicht an. Er wolle sie nicht mit der Hoffnung auf irgend einen Vergleich aufhalten. Was immer sie für Gründe vorbrächten: er glaube an ihre gute Absicht; aber dem Könige August wolle er im geringsten nicht trauen. — Die beiden Polen dagegen hoben hervor, daß der König August den Schweden immer unerreichbar bleiben werde. Er werde sich nicht zu einer Schlacht stellen, werde dagegen durch die Walachen in seinem Dienste die Schweden beständig beunruhigen, werde, vor ihnen her flüchtend, sie durch beständige Märsche zu ermatten suchen, bis in wüste, verlassene Gegenden hinein, wo die schwedische Armee zuletzt der Ermattung und dem Hunger erliegen müsse. Es sei das nicht das erste Beispiel in der polnischen Geschichte. Mit Nachdruck schloß dann Leszczinski: Et credat Majestas Vestra, quod nostra consilia sint prudentia. Carl XII. fiel rasch ein: sed timida. Er werde, fuhr er fort, schon Sorge tragen, daß seine Armee nicht Hungers sterbe. Er vertraue auf Gott und seine gerechte Sache. In kurzer Zeit würden sie sehen, daß die Dinge anders gingen als sie zur Zeit meinten.

Carl XII. mochte sich überzeugt haben, daß sein längerer Aufenthalt in Warschau ihm keine Frucht gebracht, daß er vielmehr dem Könige August die Zeit gelassen, abermals sächsische Truppen an sich zu ziehen. Nachdem nämlich der König August II. mit dem Kaiser bereits die Uebereinkunft getroffen, 8000 Mann für die Armee des Prinzen Eugen in Italien zu entsenden, hatte er dann in der Bedrängnis, in welche das Anrücken Carls XII. ihn versetzte, den Vertrag wieder gekündigt und jene Mannschaft mit noch anderen Sachsen dazu nach Polen gezogen [1]). Die gesammten sächsischen Truppen standen bei Krakau. In dieser Richtung brach am 16. Juni auch Carl XII.

---

[1]) Schreiben des Kaisers vom 26. Juli, bei Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, S. 80. — Ueber dieselbe Sache äußert sich der Markgraf S. 78.

mit seiner Armee auf, wenn anders der letztere Name für eine Mannschaft von mehreren Tausenden von Schweden gestattet ist. Die Truppen des Königs August, bestehend aus Sachsen, Walachen und einer Abtheilung Polen waren an Zahl weit überlegen, und darum trug auch August II. kein Bedenken mehr, anstatt, wie viele Polen glaubten, seinen Feind durch Märsche und Hunger sich aufreiben zu lassen, ihm entgegen zu gehen. Dagegen war eine schwedische Verstärkung unter den Generalen Mörner und Steinbock im Anzuge.

Am 7./18. Juli standen die Armeen, unfern der Stadt Pinschow, kaum noch eine Meile auseinander. Carl XII. kündigte seinem versammelten Kriegsrathe an, daß er am nächsten Morgen angreifen werde. Man hielt entgegen, daß die Zahl der Truppen des Königs August drei- bis vierfach überlegen, daß es darum besser sein würde erst die Verstärkung unter Mörner an sich zu ziehen. Carl XII. hielt dies nicht für nöthig. Endlich sagte der Graf Piper: „Wenn Ew. Majestät bis übermorgen warten, so ist gerade ein Jahr verflossen seit der glücklichen Ueberfahrt von Riga über die Düna und dem damaligen Siege über die Sachsen." Das Wort schlug ein. Der König setzte den Angriff an auf den 9./20. Juli. Piper hatte richtig gerechnet: am Mittage des 8./19. Juli stieß Mörner zu Carl XII. [1]).

Die Truppen Mörners waren ermattet vom langen Marsche und führten viele Kranke mit sich. Dies erschien nicht als ein Hindernis. Noch in derselben Stunde der Ankunft gab der König die Befehle, daß am nächsten Morgen um sechs Uhr die schwedische Armee in die Schlachtordnung einrücken solle. Sie bestand aus 12,000 kampffähigen Soldaten.

Die sächsische Armee des Königs August bei Clissow war um einige tausend Mann stärker, und besaß dazu eine vortreffliche Artillerie, deren die schwedische fast ganz ermangelte. Der General Schulenburg, der die sächsische Infanterie führte, hatte daher dringend gerathen die Schweden anzugreifen, bevor die Verstärkung unter Mörner käme [2]). Allein auch August II. erwartete Verstärkung, nämlich eine Abtheilung der polnischen Kronarmee unter Lubomirski. Auch sie kam an, 8000 Mann stark; aber es ist merkwürdig, daß sie, um deren willen

---

[1]) Nordberg Bd. I, S. 348.

[2]) Schulenburg an Leibniz, 22. August 1702.

man die günstige Gelegenheit vorher verloren, nach dem eigenen Berichte des Königs August in dem Treffen nur zum Unheil gereichte [1]).

Daß die ermatteten und hungrigen Schweden angreifen würden, hatte man vorher im sächsischen Lager nicht geglaubt, und zweifelte daran auch noch am 9./20. Juli, trotz der Recognoscirung Schulenburgs und seines Berichtes darüber. Erst dann, als man um Mittag die Schweden von einer Anhöhe zur Linken herabsteigen und in Schlachtordnung rücken sah, griffen die Sachsen zu den Waffen. „Aber, sagt Schulenburg, wir wären von unserem linken Flügel her aufgerollt worden, bevor wir uns nur aufstellen konnten, wenn nicht ein unwatbarer Morast den Schweden den Zugang zu uns versperrt hätte" [2]). Nicht von dort her begann das Unheil. Die Schweden mußten, um an den Feind zu gelangen, sich weiter links ziehen. Dort stand auf dem rechten Flügel Augusts II. die Abtheilung der polnischen Kronarmee. Sie hielt den Anprall der Schweden nicht aus, sondern ergriff sofort die Flucht. Von da aus setzte die Niederlage sich fort. Und zwar war der eigentliche Grund das Mistrauen der Sachsen und der Polen wider einander. Die Sachsen fürchteten von den Polen im Rücken gefaßt zu werden, und daher war ihre Aufmerksamkeit eben so sehr dahin gerichtet als auf die Schweden vor ihnen. Die Polen dagegen behaupteten in Furcht gewesen zu sein vor einem Einverständnisse der beiden Könige, gerichtet wider die Polen, um sie zu fangen und zu tödten [3]). Die Armee Augusts II. war einstweilen aufgelöst; jedoch gelang es viele der Truppen wieder zu sammeln.

Den Frühling und Sommer hindurch hatte man in Wien, im Haag und London mit Sorge auf den schwedischen Kriegeszug geschaut und namentlich den Nachtheil beklagt, den die Sache des Kaisers in Italien indirect durch die Nicht-Sendung der sächsischen Hülfstruppen dahin erlitt: der schwedische Sieg bei Clissow steigerte diese Besorgnis. Man berieth, was zu thun, um den Schwedenkönig abzuhalten, ohne doch ihn durch eine Drohung zu reizen. Die englischen

---

[1]) Das Schreiben des Königs bei Nordberg Bd. I, S. 353. Note.

[2]) On aurait attaqué notre aile gauche, si on avait pu passer le marais, et nous aurions été défaits avant que d'avoir pu nous mettre en bataille.

[3]) Schreiben des Königs August an den Cardinal-Primas, bei Nordberg Bd. I, S. 353.

Gesandten bei allen Höfen erhielten den Auftrag nachdrückliche Vorstellungen zu erheben, damit man den König von Schweden bitte: er möge doch aus Liebe für die schwer bedrohete Freiheit Europas seine persönliche Rache gegen den König von Polen hintansetzen, möge Friedensvorschlägen Gehör geben und zu diesem Zwecke die Vermittelung des Kaisers und der Seemächte annehmen [1]).

So wohl gemeint der Vorschlag sein mochte, so stand der Ausführung entgegen, daß Carl XII. allen Gesandten den Zutritt in sein Hauptquartier verweigerte. Wenn er einen derselben zuließ, wie es z. B. mit dem kaiserlichen Gesandten, dem Grafen Sinzendorf, geschah, so durfte die Unterredung Specielles nicht berühren [2]).

Der Graf Wratislaw machte einen anderen Vorschlag: es möge die Uebereinkunft getroffen werden, daß der König August II. den verbündeten Mächten die verabredete Anzahl Truppen stelle, daß dagegen die dafür vereinbarten Subsidien dem Könige von Schweden zu seiner Satisfaction gezahlt würden. Godolphin und Nottingham fielen bei [3]). Allein die Cardinalfrage, ob Carl XII. einwilligen werde, August II. als König zu belassen, ward durch den Vorschlag nicht berührt. Und darum konnte er keinen Erfolg haben. Denn um diesen Punct dreheten sich die Gedanken des jungen Schwedenkönigs. Eine Abmahnung fremder Mächte von diesem seinem Ziele nahm er nicht an.

Es kam für ihn, um dasselbe zu erreichen, auf die Polen an. Allein es ward bald augenfällig, daß in dieser Beziehung der Sieg von Clissow ihm keine Frucht brachte. Wie die Polen vorher sich geweigert ihren König abzusetzen, so nachher. Die Woiwodschaft Krakau schickte an Carl XII. eine Gesandtschaft, die eine Schrift übergab. Man verwahrte sich darin, Antheil genommen zu haben an dem Kriege, den der König August erregt; aber eben so auch verlangte man den Rückzug des Schwedenkönigs aus dem Lande Polen, welches ihn nicht gekränkt habe. Die Schrift schloß mit den Worten: „Es würde eine schändliche Leibeigenschaft für ein freies Volk sein, wenn es auf den

---

[1]) Eine Reihe der Berichte des Grafen Wratislaw, vom 27. Juni, vom 27. Juli, vom 22. August.

[2]) Nordberg Bd. I, S. 356 und 364.

[3]) Wratislaws Bericht vom 29. August.

Befehl eines fremden Herrn seinen rechtmäßig gekrönten König vom Throne setzen sollte" [1]).

Der König August, in Erkenntnis der für ihn günstiger werdenden Stimmung, lud die polnischen Magnaten nach Sendomir. Viele erschienen. Nach langem Hader einigten sie sich zu Beschlüssen, die bei der Lage der Dinge, wenn auch nicht ohne Tadel für den König August, doch wesentlich zu seinen Gunsten waren. Sie ernannten eine Gesandtschaft, welche dem Schwedenkönige die Vermittelung der Republik zum Zwecke eines ewigen Bündnisses beider Reiche antragen solle, mit der Bürgschaft der Republik Polen sich wider den König August zu erheben, wenn er dem zu schließenden Vertrage zuwider handele. Diese Bürgschaft gewähre dem Schwedenkönige die von ihm verlangte Sicherheit, und damit falle die an die polnischen Stände gerichtete Forderung einen neuen König zu erwählen. Denn diese Forderung sei unvereinbar mit den Grundgesetzen und der Freiheit Polens [2]).

Die Dinge waren dahin gekommen, daß auch der Graf Piper, den man vielfach als den Rathgeber für die Forderung Carls XII. ar die Polen angesehen hat, für ein Einlenken seine Stimme geltend machte. Er legte dem Könige seine Gedanken schriftlich dar. Carl XII. erwiederte mündlich: „Was der Graf für unmöglich hält, das kann in einem halben Jahre möglich werden, wenn ich nur in Sachsen einmarschire. Weil aber die Polen selbst den ersten Anschlag zu der Absetzung ihres Königs gegeben haben: so verlange ich, daß sie auch selbst ihn möglich machen sollen, und daß ich nur dazu helfe ihre Freiheit zu befestigen. Entweder müssen sie Alle Ja, oder auch Alle Nein sagen. Sagen sie Nein: so wollen wir unsere Sachen darnach einrichten. Sagen sie aber Ja: so werden sie ihren neuen König wohl selbst beschützen. Glaubet nur sicherlich: wenn ich auf das Wort des Königs August trauen könnte, so wollte ich ihn alsbald in Ruhe lassen. Wenn aber der Friede geschlossen wäre und wir nach Rußland gingen: so würde es das erste sein, daß er russisches Geld nähme und uns in den Rücken fiele, und damit würden unsere Sachen in

[1]) Nordberg Bd. I, S. 358.

[2]) Die Instruction der Gesandtschaft bei Nordberg Bd. I, S. 362.

größere Weitläufigkeit gerathen, als in welcher sie sich jetzt befinden. Was Liefland inzwischen leidet, das kann durch gewisse Freiheiten und Begnadigungen wieder gut gemacht werden, wenn Gott uns einmal Frieden geben wird" [1]).

Die Antwort Carls XII. ist charakteristisch. Er kündigt an, daß er, ungeachtet aller Gefahr von dem Czaren her, nicht lassen will von seinem Vorhaben wider August II. bis aufs Aeußerste. Die Absicht der Invasion in Sachsen liegt in seiner Seele bereits fertig vor.

Wie Carl XII. durch sein unversöhnliches Vorgehen wider den schwächeren Gegner, den König August, dem stärkeren Widersacher, dem Czaren Peter, freie Hand beließ sich an der Newa festzusetzen: so ward es ihm, trotz der Mahnung Oxenstjernas, nicht klar, oder setzte er hintan, daß er, der in sich durchaus keine Neigung für Ludwig XIV. trug, der mit dem Kaiser und mit den Seemächten auf gutem Fuße stand und ferner stehen wollte, dennoch sowohl durch seine Haltung in Polen, welche bereits dem Kaiser die 8000 Mann sächsischer Hülfstruppen entzogen, als auch weiter durch die Absicht des Einbruches in Sachsen eine Diversion machte zu Gunsten des Königs von Frankreich. Die der Sache kundigen Zeitgenossen konnten sogar den Beweis führen, daß die Absichten Carls XII. ganz den Wünschen des französischen Gesandten du Heron in Warschau entsprachen [2]).

Viele Sachsen ihrerseits behaupteten, daß ein Einverständnis der Könige von Frankreich und Schweden bestehe. Der schwedische Gesandte Palmquist in Paris, von Robethon darüber befragt, gab zu, daß diese Gerüchte für seinen König bei den verbündeten Mächten nachtheilig wirkten. „Allein, fuhr er dann fort, sie sind nicht begründet. Vielmehr hat der König den französischen Erbietungen mit einer Festigkeit widerstanden, die noch erstaunlicher ist als die Ausdauer, mit welcher er seine Feinde verfolgt. Ich sage Ihnen offen als Mann von Ehre, daß ich erstaunt gewesen bin über die geringschätzige Weise, mit welcher er jene Erbietungen behandelt hat: er hat sie nämlich einer Antwort nicht gewürdigt" [3]).

---

[1]) Nordberg Bd. I, S. 365.

[2]) A. a. O. S. 374.

[3]) Palmquist an Robethon, 23. Juli 1702. In den Robethon-Papieren des St.-A. H.

Nicht daher aus einem Motive, welches Carl XII. moralisch hinabdrücken würde auf die Tiefebene der Kurfürsten von Sachsen, Bayern, Brandenburg, sondern in dem Bewußtsein der Kraft seines Willens wies der zwanzigjährige König die Rathschläge Pipers zurück wie vorher diejenigen Oxenstjernas, und hielt das was in Wirklichkeit keinen anderen Namen verdient als den des Eigensinnes, für überlegene Einsicht. Er allein machte seine Politik, deren Tragweite für Schweden und Polen und den gesammten europäischen Norden er doch nicht bemaß, weil er zwar die Unwahrhaftigkeit seines Vetters August II. durchschauete, nicht jedoch die Gefahr der Planmäßigkeit des an Willenskraft ihm selber ähnlichen Czaren Peter erfaßte.

Es ist von Interesse auch die äußere Erscheinung der Persönlichkeit des jungen Königs, der mit solcher Energie in die Geschicke der Völker eingriff, an einem besonderen Vorfalle kennen zu lernen.

Der Marsch der Schweden ging von dem Schlachtfelde von Clissow nach Krakau. Unbekümmert um die Gefahr streifender Parteien ging Carl XII. eines Tages aus, begleitet nur von seinem Pagen Klinkowström, einem Offizier Dahldorf, dem Leibjäger und einigen Anderen, in Allem acht Personen. Sie geriethen unter einen Haufen von siebzig bis achtzig Polen. Nach einiger Gegenwehr wurden sie durch die Menge überwältigt. Der Offizier Dahldorf und der Leibjäger, weil einigermaßen wohl gekleidet, wurden gefangen abgeführt: der König und sein Leibpage, in sehr unscheinbarer Kleidung, die auf Troßbuben zu deuten schien, wurden kaum beachtet. Dann jedoch faßte einer der Polen den König beim Arme. Er riß sich los und lief eiligst davon, und mit ihm der Page Klinkowström, dem ein nachgesandter Pfeil den Arm durchbohrte. Sie langten glücklich im Lager an [1]).

In Krakau traten die Versuche der polnischen Reichsstände zum Ausgleiche gemäß den Beschlüssen von Sendomir an Carl XII. heran. Der Cardinal-Primas bat ihn durch ein Schreiben, die Gesandtschaft der Polen vorzulassen und anzuhören, und machte seinerseits Vorschläge,

---

[1]) Der Bericht in den Werken von Leibniz Bd. VIII, S. 390, ist von dem Secretär des Generals Steinbock im schwedischen Hauptquartiere. Der Bericht bei Nordberg Bd. I, S. 357 ist augenscheinlich verworren.

deren Wesen war, den König August II., nach einem Verzichte auf Sachsen, als König von Polen zu belassen und zugleich ein Bündnis zu schließen zum gemeinsamen Kriege von Polen und Schweden wider Rußland [1]). Carl XII. wich aus. Auch der Wojwode von Masuren, Morßtyn, wandte sich an den Schwedenkönig mit der Bitte, die polnische Gesandtschaft anzunehmen. Aber es lag die Thatsache vor, daß bei Clissow ein Theil der polnischen Kronarmee mitgefochten. Carl XII. verlangte zuvor darüber Aufklärung. Denn, wenn das mit öffentlicher Autorität geschehen sei, so könne die Republik nicht mehr eine Vermittelung ausüben wollen; wenn aber die Republik die Mitwissenschaft jener Thatsache von Clissow von sich ablehne, so sei es, wenn sie sein Vertrauen verlange, zunächst ihre Pflicht, die Schuldigen zur Rechenschaft und zur Strafe zu ziehen [2]).

Die zu Sendomir ernannte Gesandtschaft erhielt nicht die Zusage in Krakau vorgelassen zu werden. Die Rede dagegen in den wechselseitigen Schreiben wurde schärfer, drohender. Carl XII. ließ die Kanonen der Stadt Krakau, die er nicht als das Eigenthum des Königs August ansehen konnte, in seine Fahrzeuge auf der Weichsel verladen, um sie mitzunehmen.

Dann jedoch trat ein Ereignis ein, welches für längere Zeit einen Stillstand auferlegte. Eines Tages ritt Carl XII. durch die Zeltgassen des Feldlagers, und zwar nach seiner Weise mit verhängtem Zügel. Indem er den Kopf wendete, um zu sehen, ob seine Begleiter ihm folgten, stieß der Fuß des Pferdes gegen einen der Stricke, welche die Zelte festhielten. Das Thier strauchelte, stürzte und fiel mit solchem Gewichte auf den Reiter, daß diesem das Bein oberhalb des Knies brach. Dazu stieß die Brust auf den Sattelknopf so daß ein Bluterguß erfolgte [3]). Für Wochen lang galt im westlichen Europa der Schwedenkönig für todt. Er selbst dagegen redete bereits am achten Tage seines Krankenlagers vom Marschiren. Man bereitete ein Fahrzeug vor, das auf der Weichsel ihn hinunter tragen sollte. Er erklärte dies für zu weichlich: auch wolle er bei seinen Soldaten bleiben. Sie trugen ihn auf einem dazu eingerichteten Bette.

[1]) Die Schreiben bei Nordberg Bd. I, S. 367 u. f.
[2]) A. a. O. S. 369.
[3]) Die Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 391.

August II. erlangte unterdessen die sichere Kunde, daß der französische Gesandte du Heron in Warschau zu wirken trachte für den Plan der Absetzung und, zu diesem Zwecke, für den weiteren Plan des Einbruches der Schweden in Sachsen. Der König ließ ihm befehlen abzureisen. Du Heron verlangte die Zustimmung der Republik zu diesem Befehle zu sehen; denn nicht bloß an den König, sondern auch an die Republik lauteten seine Creditive. August II. entschloß sich zur Gewalt. Eines Abends ließ er durch zwölf Mann seiner Leibwache den Gesandten im Wagen auf der Straße anhalten, und, ohne jeglichen Aufschub, nach Thorn abführen. Von da ward du Heron unter Bedeckung bis an die französische Grenze geleitet. In ähnlicher Weise ward der Gesandte für Schweden behandelt. Namens de Bonac. Auf einer Fahrt ward er von dem Polen Oginski gefangen, und erst nach harter Haft entlassen [1]).

Dahin war es gekommen, daß August II., der etwa ein Jahr zuvor sich zum Söldlinge Ludwigs XIV. erboten, nun zu solchen Maßregeln wider den Gewaltigen sich verstieg. Und dennoch durfte Ludwig XIV. mit Befriedigung nach dem Nordosten blicken; denn er hatte dort einen zuverlässigen Bundesgenossen, weniger an dem Könige Carl XII. überhaupt, als an der dominirenden Qualität desselben, dem Starrsinne.

Eben darum auch war man in Versailles gern geneigt darüber hinwegzusehen, daß Carl XII. nicht aus Neigung für Frankreich arbeitete zu Gunsten Frankreichs. Nur der Erfolg fiel in die Wage, und darum redete man gern und häufig von ihm. Er pflege, hieß es, August II. zu bezeichnen mit den Worten: „Mein Verräther von Vetter". Er habe, sagte man, in Warschau einem Preußen gesagt: „Ich weiß, daß Ihr Souverän (im Jahre 1700) nur den Erfolg der Liga zwischen dem Könige von Dänemark, dem Czaren und dem Könige August abwartete, um sich dann auch wider mich zu erklären. Ich habe den König von Dänemark bis nach Kopenhagen hinein gejagt, und dann als guter Nachbar ihm verziehen. Ich habe den Moscowiten gebändigt und werde ferner ihn zur Ruhe zwingen. Ich habe den König von Polen aus seiner Hauptstadt gejagt. Zuletzt werde ich

[1]) Nordberg Bd. I, S. 374.

auch zu Ihrem Herrn gehen und ihm zeigen, welchen Werth er auf meine Freundschaft zu legen hat, und wie nothwendig es für ihn ist, sie zu verdienen, bevor ich sie ihm gewähre. Damit entlasse ich Sie" [1]).

Ob die Worte Carls XII. genau so gelautet haben, wie Ludwig XIV. sie in Versailles wiederholen ließ, dürfte schwer zu entscheiden sein. Mit der Sachlage stehen sie nicht im Widerspruch, selbst nicht einmal die Zuversicht, mit welcher Carl XII. versichert, den Moskowiten auch ferner zur Ruhe zwingen zu wollen. Die Erinnerung an den Tag von Narwa, wo seine wenigen, aber wohl geschulten Schweden die undisciplinirte russische Uebermacht versprengt und zerstreut hatten, mochte sehr lebendig in ihm sein. Aber er vergaß dabei, mit welchem Eifer der Czar Peter fortan darauf ausging, die Russen nach europäischer Weise kriegsfähig zu machen, und ob es richtig war ihm dafür Zeit zu lassen.

Indem der Schwedenkönig die Gesandtschaft der polnischen Reichsstände anzunehmen weigerte, trieb er die letzteren mittelbar dem Könige August II. zu. Dieser berief sie zu Ende November 1702 nach Thorn. Nicht alle erschienen; aber diejenigen, die dort sich stellten, redeten bereits feindselig wider den König von Schweden, der das Land mit Heeresmacht durchziehe, der dem Adel Schatzungen auferlege, der, wider alles Völkerrecht, die Gesandten der Republik nicht hören wolle. Man erkannte die Pflicht an sich zur Abwehr zu rüsten. Ungleich schärfer noch lauteten die Klagen von Großpolen aus. Sie richteten sich namentlich gegen Eingriffe der Schweden in den Gottesdienst, in die Heiligthümer der katholischen Kirche [2]).

Wir sehen, wie die Dinge sich wenden. Carl XII. hatte dem Grafen Piper gesagt, daß alle Polen bejahen oder verneinen müßten, und daß, wenn sie verneinten, er seine Sachen danach einrichten müsse. Diese Zeit war gekommen. Statt den Krieg mit August II. rasch zu beenden, wie es, unter der Mahnung und Leitung Wilhelms III. von England, mit Dänemark gelungen war, hatte Carl XII. in Folge seines eigenen Thuns, zu Ende des Jahres 1702, die Aussicht auf einen Krieg nicht bloß mit dem Könige August II., sondern,

[1]) Dangeau t. VIII, p. 421 und 461.

[2]) Nordberg Bd. I, S. 381 u. f.

was er nicht gewollt hatte und vernünftiger Weise niemals wollen konnte, auch mit den Reichsständen von Polen. Und während diese Aussicht vor ihm aufstieg, gelangte zugleich an ihn die Kunde, daß der Czar Peter sich nach einer Belagerung weniger Wochen der Feste Noeteburg, des späteren Schlüsselburg, an der Newa bemächtigt habe. Bereits erwog der Czar in sich den Plan der Gründung einer neuen Stadt weiter westwärts an der Newa, St. Petersburg. Welche Consequenzen das alles für die europäischen Völker haben würde, konnte allerdings im Jahre 1702 ein menschliches Auge noch nicht erfassen. Aber das nimmt von Carl XII. nicht den Vorwurf hinweg, die letzte Mahnung seines treuen Rathes Oxenstjerna misachtet, durch sein eigenwilliges Verfahren in Polen dem Czaren Peter freie Hand gelassen, und mittelbar für Ludwig XIV. gearbeitet zu haben.

Wir kommen zu dem Feldzuge des Jahres 1702 am Oberrheine.

Von dem Könige Wilhelm III. war der Gedanke ausgegangen, daß der Kaiser seinem ältesten Sohne, dem römischen Könige Joseph, das Commando der Truppen am Rheine übergeben solle, und zwar in der von Wilhelm III. ausdrücklich hervor gehobenen Absicht, dadurch die kaiserliche Autorität im Reiche zu stärken. Der Vorschlag entsprach den Wünschen des vierundzwanzigjährigen Königs. Der Kaiser konnte um so eher darauf eingehen, da er dann seinen Sohn in der Obhut eines treuen Mannes wußte, des Markgrafen Ludwig von Baden. Es ist charakteristisch, in welcher Weise der Kaiser seinem Sohne und dem Feldherrn das richtige Verhältnis zu einander anwies. Er meldete dem Markgrafen den Entschluß seinen Sohn zu senden durch ein Handschreiben, welches er eben dem Sohne dictirte. Es finden sich darin die Worte: „Ich habe zu E. L. mein ganzes Vertrauen, daß Sie auf die Erhaltung seiner Person besondere Acht haben werden, wie ich ihn dazu anhalten will, daß er in Allem von Ihrer Direction abhangen und Ihrer wohlmeinenden Erinnerung und Ihrem Rathe folgen soll“ [1]). In einem späteren Schreiben verstärkt

[1]) Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Theil I, S. 67. Das Datum muß der 23. März sein, weil Leopold in dem Schreiben noch keine Kunde hat vom Tode Wilhelms III.

der Kaiser noch diesen Gedanken mit den Worten: „Ich habe ihm befohlen, E. L. in allem, besonders aber in diesem Puncte (sich nicht unnöthig einer Gefahr auszusetzen) zu gehorchen wie mir selbst“ [1]).

Wie in diesem einzelnen Falle, so macht durchweg die Correspondenz des Kaisers Leopold mit Ludwig von Baden den wohlthuenden Eindruck des völligen Vertrauens von der einen Seite, der treuen Ergebenheit von der anderen. Gibt es unter den deutschen Reichsfürsten damaliger Zeit Einige, deren beständige Gier und Untreue uns mit Widerwillen erfüllt: so stehen ihnen gegenüber Andere, wie, außer dem Markgrafen am Rheine, die drei Kurfürsten von Pfalz, Mainz und Trier, deren opferwilliger Patriotismus uns mit hoher Achtung erfüllt. „Ich darf E. K. M. nicht verschweigen, meldet der Markgraf, daß in allen Vorfällen, wie schwer sie auch sind, der Herr Kurfürst von der Pfalz einen solchen Eifer und solche Assistenz bezeigt, daß es fast nicht zu glauben, auch Niemand es Sr. L. zumuthen dürfte, wenn Sie nicht aus besonderem patriotischem Antriebe für das Gemeinwohl und aus Devotion für E. K. M. sich selbst so sehr und fast aufs äußerste angreifen und sacrificiren wollten. Jedoch kann ich auch nicht unerwähnt lassen, daß die beiden geistlichen Herren Kurfürsten von Mainz und Trier alles leisten, so viel nur von ihnen verlangt wird, und was ihre Kräfte erlauben“ [2]).

Die Seele aller patriotischen Thätigkeit im südwestlichen Deutschland war aber der Markgraf Ludwig selbst. Im Frühling 1701 hatte noch in dem schwäbischen und fränkischen Kreise die Hoffnung des Friedens überwogen, zumal da Max Emanuel von Bayern auf seiner Rückkehr von Brüssel nach München im Interesse Ludwigs XIV. dringend dazu mahnte. Dennoch gelang es dem Markgrafen im Sommer 1701 es dahin zu bringen, daß der schwäbische Kreis ihm das Commando der noch vorhandenen Truppen übergab, ausdrücklich zum Zwecke der Defensive. Es ward in dieser Beziehung als ein großer Vortheil anerkannt, daß durch den Ryswycker Frieden die Festung Philippsburg zurückgegeben war, demnach die Franzosen keinen festen Punct auf dem rechten Rheinufer mehr besaßen. Mit diesen

[1]) Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Theil I, S. 71.
[2]) A. a. O., S. 116.

schwäbischen Kreistruppen, den kaiserlichen und den pfälzischen Regimentern, die dazu gestoßen waren, verwahrte Ludwig von Baden im Jahre 1701 den Rhein, und warf eine Reihe neuer Befestigungen auf, namentlich die Linien am Speyerbache.

Im März des Jahres 1702 einigten sich zu Nördlingen fünf Kreise zur Aufstellung einer bestimmten Mannschaft: der schwäbische 10.000 Mann, der fränkische 8000, der österreichische 16.000, der oberrheinische 3000, der niederrheinische 6500, in Allem reichlich 40.000 Mann. Diese Kreistruppen waren, außer den anderen kaiserlichen, die einzigen deutschen, welche nicht auf Grund besonderer Verträge mit dem Kaiser oder den Seemächten, und demgemäß in der Regel für den Sold der letzteren, gestellt wurden.

So lange jedoch die Kriegserklärung der Großmächte wider Frankreich ausblieb, trugen die Kreise Bedenken durch ihre Truppen die Feindseligkeiten beginnen zu lassen. Daher drängte der Kaiser, gemäß der Verabredung mit Wilhelm III., in den Markgrafen Ludwig von Baden, am Oberrheine offensiv vorzugehen, auch noch vor der Kriegserklärung. Es geschah. Am 20. April überschritt der Markgraf mit einigen kaiserlichen und pfälzischen Regimentern bei Speyer den Rhein, rückte an die Lauter und blokirte Landau, zunächst noch in weitem Umkreise. Die Stadt galt nicht bloß als der Schlüssel gegen das Elsaß und gegen die Saargegend, sondern es befanden sich dort viele französische Artillerie, und überhaupt zahlreiche Kriegsvorräthe aller Art. Inzwischen erfolgte die Kriegserklärung vom 15. Mai. Nachdem Ludwig von Baden sich überzeugt, daß der Rhein auf deutscher Seite aller Orten wohl verwahrt, namentlich auch die Festung Kehl in gutem Stande, rückte er am 16. Juni vor Landau, um die Stadt zu berennen. Der entschiedene Offensivschritt machte den Kreisen Muth: sie ließen ihre Truppen zu dem Markgrafen stoßen [1]).

In der Unkunde der späteren Zeiten hat sich die sonderbare Tradition entwickelt und findet sich oft ausgesprochen, daß die kaiserlichen Feldherren jener Zeit oft gelähmt worden seien durch die Weisungen des Hofkriegsrathes. Ja man hat wohl gar entgegen gestellt,

---

[1]) Der eigene zusammenfassende Bericht des Markgrafen bei Röder Bd. I, S. 74 u. f.

daß die französischen Generale, ungleich freier, nur nach eigener Ueberzeugung handelten. Es haben sich uns dagegen schon manche Fälle dargeboten und werden ferner sich darbieten, die den Beweis liefern, daß das wirkliche Verhältnis geradezu entgegen gesetzt war. Ludwig XIV. vermeinte, von Versailles oder Marly aus die Entschlüsse und Bewegungen seiner Generale leiten zu können und zu müssen. Nicht so verfuhr der Kaiser Leopold. „Da nach dem Tode des Königs von England, schreibt er an den Markgrafen, die Direction des hochwichtigen Krieges nun auf mich allein fällt, und die Seemächte von mir einen ausführlichen Entwurf verlangen, wie der Krieg zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes nach allen Seiten zu führen — ich aber meinerseits in den bekannten Eifer, die reife Erfahrung und das besonnene Urtheil E. L. mein völliges Vertrauen setze: so bitte ich E. L. einen Entwurf abzufassen, in welchem Sie suchen werden, den Ihnen bekannten Ansichten und Grundsätzen des verstorbenen Königs von England so nahe wie immer möglich zu bleiben" [1]).

Der Grundzug liegt in diesen Worten vor. Und so auch ferner. Wie Wilhelm III. verlangt, so legt der Kaiser dem Markgrafen die Offensive am Oberrheine in nachdrücklicher Weise ans Herz. Wie aber die Offensive zu bethätigen, das war die Aufgabe des Feldherrn. Der Kaiser dagegen ertheilt seine Zustimmung zu dem Geschehenen. „E. L. haben gar wohl gethan, sagt er, daß Sie die Truppen gesammelt haben und damit in Feindes Land gegangen sind. Ich billige auch alles, was Sie bisher vorgenommen haben." Der Kaiser meldet dann, daß sein Sohn, der römische König, bis zu Ende Juni vor Landau eintreffen werde. „Sollte aber unterdessen eine günstige Gelegenheit sich darbieten, etwas zu verrichten: so werden Sie sich dieselbe nicht entgehen lassen, sondern nach Ihrem Ermessen handeln" [2]).

Indem nun Ludwig von Baden durch die Unternehmung gegen Landau allen Wünschen und Erwartungen des Kaisers entsprach, sehen wir den ersteren andererseits offen und mit Nachdruck die Mängel geltend machen, die namentlich von kaiserlicher Seite her ihm hindernd in den Weg traten. Das A und das O der Klagen Ludwigs von

---

[1]) Handschreiben des Kaisers vom 19. April, bei Röder Bd. I, S. 61.
[2]) A. a. O. S. 66.

Baden wie des Prinzen Eugen ist dem Kaiser gegenüber immer diejenige über den Mangel an Mitteln. „E. K. M. ist bekannt, meldet Ludwig von Baden, daß ich ziemlich gute Ordnung und scharfe Disciplin halte: das Geheimnis jedoch, Mann und Pferd ohne Essen subsistiren zu machen, habe ich noch nicht erlernen können, und sehe allezeit für meine erste Schuldigkeit an Dero Truppen nicht zu Grunde gehen zu lassen“ [1]). Die Klage Ludwigs von Baden richtet sich noch vom Feldlager vor Landau aus in scharfer Form wider die Verwaltung in Wien. Der Feldherr meldet am 23. Juni, daß er die formelle Pflicht des Berichtes einige Tage zurückgesetzt habe gegen die Realität des Dienstes. Diese Realität sei ihm erwachsen aus dem Mangel vieler nothwendigen Dinge, welchen er nur durch unausgesetzte Sorge und Mühe habe überwinden können. Dies zu glauben, werde dem Kaiser nicht schwer fallen, wenn er erwägen wolle, daß gerade vom kaiserlichen Hofe aus die gemachten Versprechungen nicht erfüllt worden seien, weder in Betreff der Stellung der Mannschaft, noch der übrigen Erfordernisse. Sowohl er selber aus seinem eigenen Lande, als die übrigen Reichsstände der Kreise haben das ihrige geleistet, so daß bereits nichts ermangele, und der gute Erfolg nur noch gehemmt werde durch das Ausbleiben dessen, was von kaiserlicher Seite kommen solle. Bereits habe er die Laufgräben eröffnet, könne aber weder Kanonen, noch Mörser aufführen lassen, weil die der Artillerie Kundigen, die er aus Böhmen erwarte, noch nicht eingetroffen seien. So am 23. Juni [2]).

In denselben Tagen erst entließ der Kaiser seinen Sohn, den römischen König. Es scheint, daß Leopold Besorgnis gehegt habe, im Falle sein Sohn bayerisches Gebiet beträte. Aber Max Emanuel hatte vorher keinen Einspruch erhoben gegen irgendwelchen Durchzug durch die Oberpfalz. Seine Plane, damals noch in Geheimnis gehüllt, sollten nach der anderen Seite hin hervorbrechen. Sie werden bald sich uns offen legen. In der Mitte des Monates Juli traf der römische König vor Landau ein [3]).

Wie Ludwig XIV. überhaupt so lange wie möglich und selbst darüber hinaus fest hielt an der Hoffnung; daß es nicht zu einem all-

[1]) Röder Bd. I, S. 56.
[2]) A. a. O. S. 70.
[3]) A. a. O. S. 64 und 74.

gemeinen Kriege kommen werde, so wies er namentlich den Gedanken eines solchen am Oberrheine noch bis tief in das Jahr 1702 hinein zurück. Der Kaiser, meinte er, werde nur in Italien alles aufbieten: am Rheine vermöge er nichts ohne die Hülfe der Reichskreise, zumal wenn er zugleich in Schach gehalten werde durch die französisch gesinnten Fürsten [1]). Aber wir haben gesehen, wie rasch noch im Monate März die Hoffnung auf Anton Ulrich von Wolfenbüttel zu Boden sank. Demgemäß war auch Sachsen-Gotha, weil isolirt, für Frankreich lahm gelegt. Joseph Clemens von Cöln und Lüttich hatte noch vor dem Ende des Jahres 1701 seinen Verrath ausgeführt; aber bereits vom April 1702 brach über ihn die Vergeltung herein. Max Emanuel allerdings mit den etwa 20,000 Mann, die er für französisches Geld geworben, stand bereit, aber noch lauernd auf die günstige Gelegenheit.

Andererseits machte im Rathe Ludwigs XIV. der alte Chamlay geltend, daß das Kriegstheater am Rheine sich durch die Rückgaben des Ryswycker Friedens völlig geändert habe. Der Besitz von Philippsburg auf dem rechten Rheinufer und der anderen Plätze am linken Ufer, hatten damals den Uebergang für die Franzosen leicht gemacht und demgemäß auch die Subsistenz in Feindes Land, wenigstens für einige Zeit. Dies habe sich nun gewendet. Eben jene Festungen in den Händen der Kaiserlichen machten nun der französischen Armee den Rheinübergang unmöglich, legten ihr die Nothwendigkeit auf im Elsaß zu bleiben, um dasselbe zu vertheidigen. Aber auch dies sei erschwert durch die Rückgabe von Lothringen. Elsaß hange mit Frankreich nur noch in dem einen Winkel zusammen, von der Seite der Freigrafschaft, sei dagegen von Norden und Osten her exponirt. Er rieth dringend an, diese Provinz wohl zu decken, damit sie steuerfähig bleibe [2]).

Ludwig XIV. entschloß sich für alle Fälle 45 Bataillone und 68 Schwadronen am Oberrheine zu halten. Den Befehl darüber erhielt der Marschall Catinat, der noch im April in Straßburg eintraf.

Seine Berichte indessen über die Gefahr einer Offensive von deutscher Seite fanden in Versailles geringen Glauben. Auch der

---

[1]) Pelet: mémoires militaires t. II, p. 286 et suiv.

[2]) A. a. O. p. 755 et suiv. Die Denkschrift ist vom Februar 1702.

Blocus von Landau erregte dort noch keine Besorgnis. Noch am 1. Juni versicherte Ludwig XIV. dem Marschall Catinat, daß er in Deutschland keine größere Truppenbewegung wahr nehme, daß die Reichskreise Bedenken tragen würden, sich in einen Offensiv-Krieg einzulassen, und daß die Macht, welche ohne die Theilnahme derselben der Markgraf von Baden um sich sammeln könne, ihm keine Besorgnis einflöße [1]).

Bei dem Aussprechen dieser Ansichten am 1. Juni kannte Ludwig XIV. indessen noch nicht die moralische Wirkung, welche die Kunde der Kriegserklärung der drei Großmächte, vom 15. Mai, auf die noch Zagenden und Schwankenden ausübte. Die Kreistruppen rückten heran. Von da an nimmt die Correspondenz des Marschalls Catinat mit Versailles in hohem Maße unser Interesse in Anspruch.

Aus dem Lager von Schweighausen meldet Catinat am 16. Juni: „Die Berennung von Landau ist jetzt unzweifelhaft. Die Consequenzen, die der Fall dieser Stadt haben würde, sind Ew. Majestät bekannt. Für den Fall, daß Ew. Majestät den Entsatz beschließen, muß ich geltend machen, daß derselbe nur möglich, wenn von der Armee in den Niederlanden beträchtliche Streitkräfte hierher gezogen werden. Man darf die feindliche Macht ohne die Truppen, welche noch aus Böhmen nachrücken, auf 40,000 Mann veranschlagen. Die unseren betragen ungefähr 21.000. Dazu ist die Stellung der Feinde durchweg vortheilhafter. Ich schlage daher einen Nachschub vor von 30 Bataillonen und 40 Schwadronen" [2]).

Ludwig XIV. berieth darüber mit Chamlay. Der letztere verfaßte ein ausführliches Gutachten, welches in nachdrücklicher Weise den Entsatz für Landau anempfahl, sowohl wegen der militärischen Folgen des Falles dieser Stadt, als der moralischen, nämlich der Einbuße der Reputation, wenn im Angesichte von Frankreich eine Festung von solcher Wichtigkeit hülflos gelassen würde. Chamlay widerrieth den Vorschlag, durch die Belagerung von Kehl eine Diversion zu machen. Denn der Angriff gegen eine Reichsfestung werde dem Kaiser den geeigneten Anlaß geben, das gesammte Reich zur Kriegserklärung aufzufordern [3]).

[1]) Pelet t. II, p. 318.
[2]) A. a. O. p. 325.
[3]) A. a. O. p. 794.

Dessen ungeachtet neigte sich Ludwig XIV. diesem Rathe zu, als dessen Urheber Chamillart anzusehen sein dürfte.

Die Antwort an Catinat ergibt, daß man in Versailles seine Besorgnisse gern als übertrieben ansehen wollte, läßt jedoch klar die Verlegenheit durchblicken, in welche man sich durch seine Meldung versetzt sah. Ludwig XIV. vermeinte sich in den Niederlanden im Siege, und nun stellte man ihm die Zumuthung, die Armee dort so sehr zu schwächen. Andererseits aber stand in Aussicht der Fall von Landau. Der Verdruß darüber gibt sich kund in dem Vorwurfe, daß Catinat nichts vorschlage. Immerhin möge er nicht stark genug sein, dem Markgrafen eine offene Feldschlacht anzubieten; aber er werde im Stande sein die Einnahme von Landau indirect zu hindern. Das nächste Mittel sei eine Diversion auf dem rechten Rheinufer, und Catinat sei stark genug die Festung Kehl anzugreifen [1]).

So am 22. Juni. Catinat antwortete sofort, am 27. Juni.

„Ew. Majestät, schreibt er, sind der Ansicht, daß ich Kehl angreifen solle, indem Sie voraussetzen, daß Kehl eher fallen werde als Landau. Ich darf darauf erwiedern, daß Kehl ein wohl verwahrter Platz, und daß die Jahreszeit zum Angriffe auf Kehl sehr ungünstig, weil der Rhein in Folge der Schneeschmelze in die Zeit seines Wachsthums eintritt. Ich bitte Ew. Majestät überzeugt zu sein, daß ich seit zwei Monaten hier alle Momente des Angriffs wie der Vertheidigung wohl erwogen habe. Ich bitte ferner aussprechen zu dürfen, daß diejenigen, die an Ort und Stelle sind, schärfer sehen als die Entfernten." Catinat schließt mit der Wiederholung seiner früheren Bitte um 30 Bataillone und 40 Schwadronen [2]).

Ludwig XIV. entschloß sich, wie wir früher vernommen haben, von der Armee des Marschalls Boufflers 12 Bataillone und 16 Schwadronen abzuberufen. Er ließ diese Mannschaft sich nicht zu Catinat begeben, sondern überwies das Commando dem Marquis Villars, mit dem Auftrage die Saargegend zu decken, und, nach Erfordern, dem Marschall Catinat die Hand zu bieten. Die Anordnung schließt in sich den Verzicht auf den Entsatz von Landau [3]). Ludwig von Baden

[1]) Pelet t. II, p. 329.
[2]) A. a. O. p. 331.
[3]) A. a. O. p. 332.

belagerte die französische Besatzung von sieben Bataillonen in dieser Stadt, ohne daß Frankreich es wagte ihr Hülfe zu bringen. Der Fall Landaus war demnach nur noch eine Frage der Zeit.

Ludwig XIV. erwog daher bereits die Folgen, welche der Fall dieser Stadt für das Elsaß nach sich ziehen würde. Um sie abzuwenden, meinte er ein besonders geeignetes Mittel zu finden. Der betreffende Befehl wie die Antwort Catinats sind in gleicher Weise merkwürdig.

„Nachdem ich, schreibt der König am 12. Juli, alle Maßregeln, die sich unter diesen Umständen darbieten können, wohl erwogen habe, finde ich keine andere so zweckmäßig wie diejenige der Befestigung von Hagenau, und zwar ohne Verzug." Der König gibt Weisungen über das Geld und die zu beschaffenden Werkzeuge. Dann fährt er fort: „Um diese Arbeit zu sichern, haben Sie sich nach allen Seiten zu verschanzen, und einen Ort dazu auszusuchen, an welchem Sie den ganzen Feldzug hindurch verbleiben können. Das ist der einzige ehrenhafte Entschluß, und welcher uns die Erhaltung von Fort Louis und Nieder-Elsaß sichert. Sie werden die Lebensmittel für Menschen und Pferde mit Bequemlichkeit auf dem Rheine und der Moder herabkommen lassen. Sie werden Ihre Magazine in Hagenau errichten. Ich will also keinen Einwand hören in Betreff der Schwierigkeiten, die sich der Ausführung Ihres Werkes entgegenstellen können, sondern befehle Ihnen Sich in den Stand zu setzen, ihn ohne Verlust eines Augenblickes auszuführen. Der Markgraf von Baden hat, im vorigen Kriege, es verstanden, in dieser Weise sich mit 23,000 Mann in Heilbronn zu decken gegenüber meinem Sohne mit 70,000 Mann." Der König ergeht sich weiter über die Vortheile, welche der Stromlauf der Moder dem Marschall zu seiner Vertheidigung gewähre und schließt, daß, so rar auch das Geld, er den Minister Chamillart angewiesen, die benöthigten Summen flüssig zu machen [1]).

Der Gedanke beschäftigt den König so lebhaft, daß er, noch vor einer Antwort von Catinat, einige Tage später abermals auf die Ausführung dringt [2]). Dann erst kam die Antwort, nicht nach Wunsch.

---

[1]) Pelet t. II, p. 340.

[2]) A. a. O. p. 342.

„Ich glaube nicht, schreibt Catinat am 17. Juli, einen Ungehorsam gegen Ew. Majestät zu begehen, indem ich aufrichtig ausspreche, daß jener Vorschlag unmöglich ist, so daß mit der Ausführung auch nicht einmal begonnen werden darf. Es gibt bei Hagenau keine haltbare Position, noch ein Mittel eine solche zu schaffen. Seit sechs Wochen liegt die Armee ganz nahe bei, und hat alle erreichbaren Lebensmittel aufgezehrt. Die Herbeiführung anderer hieher ist unmöglich. Ew. Majestät sprechen die Ansicht aus, daß ich die Lebensmittel mit Bequemlichkeit auf dem Rheine und auf der Moder herabkommen lassen könne. Das letztere Gewässer trägt in seinem ganzen Laufe kein Fahrzeug, verdient auch nur den Namen eines Baches. Seine Ufer sind niedrig und es ist watbar an unzähligen Stellen. — Angenommen auch, die Armee Ew. Majestät läge hier so wohl verschanzt, daß sie gegen jeden Angriff sicher wäre, besäße dabei einen ausgiebigen Vorrath an Lebensmitteln: so könnte sie doch von jedem Verkehre abgeschnitten und in die Nothlage gebracht werden völlig umzukommen."

„Ew. Majestät messen der Lage der Stadt Hagenau eine Bedeutung bei, welche sie nicht besitzt. Sie trägt für die Bedeckung von Fort Louis nichts aus und dient nicht wie ein Schlagbaum für das Nieder-Elsaß. Unsere Armee dort würde den Feind nicht hindern, selber aber aus vielen Gründen dem Untergange ausgesetzt sein. Ich möchte wünschen, daß der Dauphin den Markgrafen zu Heilbronn in einer solchen Position gefunden hatte."

„Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge im Elsaß ist für den Dienst Ew. Majestät nichts Besseres zu thun, als mit höchster Vorsicht zu wachen, daß die Armee nicht zur Unzeit exponirt werde, sondern so lange wie thunlich, fernab von Straßburg im Felde bestehe, und daß sie, im Falle die Feinde in das Elsaß einrücken, bei der Minderzahl unserer Streitkräfte, sich auf Straßburg zurückziehe, von wo aus sie in die etwa bedrohten Plätze Besatzungen werfen kann, was von einem verschanzten Lager aus nicht thunlich wäre."

„Das, Sire, ist meine Ansicht. Wenn ich anders reden wollte, so würde ich nicht mehr die Ehre haben das Recht der Wahrheit in Ihrem Dienste beanspruchen zu dürfen. Ich merke wohl, daß Ew. Majestät über meine Haltung nicht ohne Besorgnisse sind: ich bin an Ort und Stelle und handele nach bestem Ermessen, und muß

dennoch befürchten, daß dies mir unbedingte, Ihrem Dienste sehr nachtheilige Befehle zuzieht. Ich bitte unterthänigst die Freiheit zu entschuldigen, mit welcher ich zu reden wage: ich unterstehe mich dessen, weil ich mich stütze auf meinen Eifer und meinen guten Willen. Der an mich gelangte Befehl in Betreff der Stadt Hagenau flößt mir keine weitere Unruhe ein, weil die Ausführung unmöglich ist."

„Ew. Majestät haben die Gnade gehabt mir zu sagen, daß Sie das Elsaß nur aus den Karten kennen. Ich darf daher annehmen, daß Sie entscheidende Beschlüsse nur fassen nach genommener Rücksprache mit Anderen. Deshalb wage ich zu bitten, daß derjenige, welcher in Betreff der Stadt Hagenau seinen Rath gegeben, sich hierher auf den Weg mache, um mit eigenen Augen zu schauen. Wir wollen abwarten, ob er hier anwesend festhält an der Meinung, die er sich in der Ferne gebildet" [1]).

Auf diese Darlegung antwortete Ludwig XIV. nicht direct. Er ließ es durch den Kriegsminister Chamillart in einer Weise thun, die ziemlich klar erkennen läßt, daß eben dieser der Berather gewesen war. Chamillart selber charakterisirt den Inhalt seines Schreibens durch die Einleitung: „Wenn es mir verstattet ist mich auszusprechen über eine so delicate Frage, über welche ich nur gemäß dem gesunden Menschenverstande reden kann, den Gott mir gegeben hat, nicht aus Erfahrung" [2]). Die Kritik seiner Vorschläge liegt vollaus in der Antwort Catinats: „Sie legen mir alle Inconvenienzen dar, welche mein dem Könige gemachter Vorschlag nach sich zieht. Ich gebe sie alle zu; denn ich habe sie sämmtlich vorher erwogen. Aber auf die Inconvenienzen anderer Entschlüsse sind Sie Ihrerseits nicht aufmerksam geworden. Verstatten Sie mir die Freiheit Ihnen offen auszusprechen, daß man nur an Ort und Stelle ein Urtheil fällen kann" [3]).

Chamillart war damit abgewiesen, nicht jedoch der König. Auf einen erneuten Bericht Catinats beginnt die Antwort Ludwig XIV., am 2. August, mit den Worten: „Was man Ihnen dort über das künftige Vorhaben des römischen Königs gemeldet hat, ist Alles in sich

---

[1]) Pelet t. II, p. 342 et suiv. Vom 17. Juli.
[2]) A. a. O. p. 347. Vom 22. Juli.
[3]) A. a. O. p. 349. Vom 26. Juli.

unwahrscheinlich". Daß dieser Tadel nicht Andere, sondern den Marschall Catinat selber treffen soll, geht hervor aus den sich daran fügenden Worten: „Das macht mir Verdruß und erweckt seit langem in mir schwere Besorgnisse, die nur dadurch ihr Ende finden können, daß Sie den festen Entschluß fassen, den Absichten der Feinde entgegen zu treten". — Der König schließt mit den Worten: „Wenn Sie Sich dem Feinde so nahe befinden, daß Sie etwas unternehmen können: so haben Sie nicht zu besorgen, daß ich Sie für den Erfolg verantwortlich mache. Ich nehme jeglichen Ausgang auf mich, und gebe Ihnen die Vollmacht, den Feind anzugreifen und mit ihm zu kämpfen, ob stark, ob schwach, wo Sie ihn finden, im Falle Sie es für zweckmäßig erachten. Meine einzige Besorgnis ist, daß Sie durch einen Rückzug dem Feinde das Elsaß und die Saargegend preisgeben" [1]).

Einem so bestimmten Befehle war nicht auszuweichen. Catinat rief den General Villars näher heran, und sammelte um sich was verfügbar war. Dann jedoch eröffnete er am 10. August seinem Kriegsrathe die Lage der Dinge. Die einstimmige Ansicht Aller ging dahin, daß ein Vormarsch auf den Feind keinen Vortheil bringen, dagegen sehr schädlich werden könne, und daß man darum sich auf Straßburg zurückziehen müsse [2]).

Der Feldzug ging zu Ende, ohne daß der Marschall Catinat und sein Heer zu einer weiteren Bethätigung kam. Aber, indem wir so weit gefolgt sind, weniger um die strategischen Bewegungen kennen zu lernen als die moralischen Kräfte, ist es erforderlich noch einen Schritt weiter zu gehen, um zu ersehen, wie der König und Chamillart unter einander sich über das Verhalten des Marschalls Catinat aussprachen.

Wir haben früher vernommen, daß der Minister Chamillart von Ludwig XIV. den Befehl an den Marschall Boufflers erwirkte, sich in die Linien von Lüttich zu begeben, und daß dann Boufflers und sein Generalstab den Befehl für verderblich erklärten und darum nicht befolgten. Der Zeit nach war dieser Vorfall später als jene Differenz zwischen Catinat einerseits und andererseits dem Könige und Chamillart.

---

[1]) Pelet t. II, p. 359.
[2]) A. a. O. p. 361.

Der letztere benutzte sogar, um jenen Befehl an Boufflers zu erwirken, das Verhalten des Marschalls Catinat, oder vielmehr den Verdruß Ludwigs XIV. über dies Verhalten. Chamillart schickt nämlich in den betreffenden Gutachten einen Bericht über den Feldzug im Elsaß voran, in welchem er die Verluste dem Marschall Catinat beimißt, dessen einziges Absehen darauf gerichtet gewesen sei, seine Armee einige Zeit im Felde zu erhalten und sie dann in alle festen Plätze zu verstreuen, um nur nicht der kaiserlichen Armee gegenüber zu treten. Chamillart geht darin noch weiter. „Ew. Majestät, sagt er, waren über diesen Plan so betroffen, daß Sie dem Marschall Catinat die ganze Schmach solcher Entwürfe vorhielten und ihm den bestimmten Befehl gaben, die Stadt Hagenau zu besetzen und zu befestigen. Er gehorchte nicht, sondern hielt fest an seinem ersten Plane, der ihn so sehr verblendet hatte, daß er, auch ungeachtet der Bereitschaft des Marquis Villars zu ihm zu stoßen, ihn dennoch Ew. Majestät gegenüber wiederholte und dann ausführte“ [1]).

Demnach erscheint hier der Marschall Catinat, der eben so wie einige Wochen später der Marschall Boufflers, in voller Uebereinstimmung mit den anderen General-Officieren handelte, wie ein thörichter Mann, der lieber seinem Eigenwillen folgt als den vernünftigen Gründen und Befehlen des Königs.

Das Actenstück ist in besonderer Weise charakteristisch. Es zeigt uns die Meisterschaft des Chamillart den ruhmesdurstigen Ludwig XIV. mit der Schmeichelei zu umstricken, daß alle Nachtheile im Felde entspringen aus dem Ungehorsam der Generale gegen seine Befehle. Denn eben davon hat Chamillart in dieser Darlegung seinen Ausgang genommen mit den Worten: „Wenn man die Befehle befolgt hätte, so würde Landau noch Ew. Majestät gehören“.

In Wirklichkeit lag aber die Sache so, daß im Jahre zuvor der Marschall Villeroy, eben weil er keinen anderen Willen hatte als den Befehl des Königs in Versailles auszuführen, bei Chiari geschlagen war, daß dagegen die Marschälle Catinat und Boufflers im Jahre 1702 ihre Armeen, wenigstens nach ihrer und der ihnen untergebenen Generale Ueberzeugung, vor der Vernichtung bewahrten, weil sie den Muth hatten, unverständig gegebenen Befehlen nicht zu gehorchen.

---

[1]) Pelet t. II, p. 590. Vom 28. September.

Die hauptsächliche Hoffnung Ludwig XIV. sowohl für die Erhaltung von Landau als darüber weit hinaus war von Anfang an weniger auf Catinat gerichtet, als vielmehr auf den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern.

Gemäß dem Vertrage vom 9. März 1701 erhielt Max Emanuel französische Subsidien, die ihn in den Stand setzten ein Heer von etwa 20,000 Mann zu erhalten. Bis tief in das Jahr 1702 saß er in München und harrte seiner Zeit. Aber Ludwig XIV. wünschte seine Bethätigung. Um in dieser Richtung einen Druck auf ihn auszuüben, ließ Ludwig XIV. im Frühling 1702 die Subsidien minder regelmäßig bezahlen. Der König ging dabei von der Ansicht aus, daß der Kurfürst, so oft auch er sich den Anschein gebe mit dem Kaiser ein Abkommen treffen zu wollen, dennoch lieber zu Frankreich halten werde, und daß darum dieser Druck der Zurückhaltung der Gelder den Kurfürsten zum Entschlusse bringen müsse[1]). In diesem Falle rechnete Ludwig XIV. richtig.

Die Persönlichkeit des Kurfürsten tritt hier in den Vordergrund, und zwar liegt eine Zeichnung seines Inneren vor, entworfen von seiner eigenen Hand, in einem Schreiben an den Grafen Berghayck in Brüssel, vom 24. März 1702, also vor dem Beginne des allgemeinen Krieges[2]). Es ist derselbe Kurfürst Max Emanuel, der zwanzig Jahre zuvor, als der Kaiser Leopold in Altötting ihm einen kostbaren Degen verehrte, das Geschenk entgegennahm mit den Worten: „Ich werde ihn führen nur für den Kaiser und das Vaterland". (Bd. II, S. 323.) Anders lauteten seine Worte im März 1702. Drängen wir dieselben zusammen.

„Ihre Gesinnungen für mich, schreibt Max Emanuel dem Grafen Berghayck in Brüssel, so wie diejenigen des Marschalls Boufflers und des Marquis Puysegur schmeicheln in sehr angenehmer Weise meiner Hoffnung, daß es in dieser wichtigen Krisis in meiner Macht steht, den beiden Königen nützliche Dienste zu erweisen, den Stolz des Hauses

[1]) Die Berichte des Schweden Palmquist an Robethon, in den Robethon-Papieren des St.-A. H.

[2]) Das Schreiben ist zum Abdrucke gebracht von C. Höfler im Archive für österreichische Geschichte, Bd. XLIV, zweite Hälfte S. 263 u. f.

Oesterreich niederzuschlagen und das gesammte Reich der despotischen Herrschaft zu entziehen, mit welcher der Kaiser es bedroht. Daß dies Ziel zu erreichen ist nur durch die Erhöhung meines Hauses, hat der allerchristlichste König vom Beginne seiner Regierung an im Auge gehabt. Dies beweisen mir die Verträge, die er mit meinem Vater geschlossen, die Denkschriften, die er mir vor Zeiten durch meine verstorbene Schwester, die Dauphine, zugesendet, endlich die Darlegungen seiner Gesandten bei mir. Ich erhalte dafür gegenwärtig noch reellere Beweise als je zuvor."

„Solchen Gesinnungen auf eine andere Weise zu entsprechen als bisher, ist fortan mein Ziel und mein einziger Ehrgeiz. Zum Belege dessen führe ich an, daß, bevor die Absicht des allerchristlichsten Königs mich auch mit Mannschaft zu verstärken, zu meiner Kunde gelangt war, ich ihm meinen Entschluß eröffnet habe, eine Diversion zu machen. Am 4. dieses Monats habe ich nämlich durch einen Courier dem Grafen Monasterol in Paris einen eigenhändig geschriebenen Entwurf einer Offensiv-Operation gesendet. Er hat darüber mit Torcy und dieser mit dem Könige gesprochen. Man hat dann die Angelegenheit in Betreff der Vermehrung der Mittel für mich an Puysegur zum Berichte verwiesen."

„Allein, um zu Ihnen mit allem Freimuthe zu reden, muß ich Ihnen sagen, daß es nicht ausreicht die Zahl meiner Truppen zu steigern und mir die Mittel für den Unterhalt zu gewähren. Wenn ich mich entschließen soll in den Krieg einzutreten, also den Kaiser und Alle die es mit ihm halten, anzugreifen: so verlange ich andere Sicherheiten für mich."

„Denn man darf sich darüber nicht täuschen wollen: die große Allianz, wie sie genannt wird, ist stark. Sie kennen dagegen die Lage meiner Länder. Sie kennen die Autorität, welche der kaiserliche Name gewährt, und wie sehr man sie geltend zu machen weiß. Der Schrecken vor dem kaiserlichen Namen geht so weit, daß am Reichstage in Regensburg Niemand anders zu reden wagt als unterwürfig und zu seinen Gunsten. Der französische Gesandte Ricous kann aus eigener Anschauung darüber Zeugnis ablegen."

„Die Unternehmung ist daher groß und gefährlich; aber ich ersehne sie mit Leidenschaft. Ueber die Truppen und den Unterhalt derselben werden wir auch bald uns einigen. Allein alle diese Summen,

so beträchtlich sie immer sein mögen, gehören für den Unterhalt der Armee, mit welcher ich in Thätigkeit zu treten habe, und ich muß noch dazu von dem Meinigen zusetzen, bis der Erfolg so weit lacht, daß ich ausreichende Contributionen eintreiben kann. Aber es fragt sich um das Ende der Rechnung. Man beginnt den Krieg, um dadurch zum Frieden zu gelangen, und es handelt sich für mich darum, was ich beim Friedensschlusse haben werde. Kann man mir versprechen, für mich die Eroberungen zu bewahren, auf die ich keinen rechtlichen Anspruch habe? — Das gesammte Reich würde Einspruch einlegen. Würden dagegen die beiden Könige für mich allein den Krieg fortsetzen, um die große Allianz und das Reich zu zwingen, mir Länder abzutreten, die mir nicht gehören?"

„Offen gestanden, sind die Kräfte auf beiden Seiten so beträchtlich, daß man zur Stunde noch über den Ausgang nicht urtheilen kann. Wenn er aber nicht günstig für uns wäre, was wird dann aus mir? — Darum ist es gerecht, daß ich an meine Sicherheit denke, bevor ich etwas unternehme. Denn das Haus Bayern wird nicht dadurch vergrößert, daß ich während des Krieges alle mir dafür bewilligten Summen ausgebe und noch von dem Meinigen zusetze, daß ich alle Gefahr laufe, und endlich im Frieden wieder werde was ich vorher gewesen bin, und selbst auch dies nur im Falle des günstigen Ausganges. Daher muß S. M. sich erklären über die Sicherheiten, die ich verlange, und über meine Entwürfe mich zu vergrößern. Der Graf Monasterol hat meinen letzten Entschluß und meine Vollmacht in Händen, und kann zu jeder Stunde abschließen."

„Ich bemerke jedoch, daß eine allzu frühe Erklärung den Plan durchkreuzen würde. Will man einen entscheidenden Schlag ausführen, so muß man die Sache so einrichten, daß die Feinde die Armee, welche Frankreich mir errichten will, für ihren Plan dieses Feldzuges nicht mit in Anschlag bringen, daß sie mich vielmehr so lange für neutral ansehen, bis ich die Maske fallen lasse, indem ich mich in Marsch setze. Dies wird sie verwirren, ihre Maßregeln durchkreuzen, und ich kann meine Position einnehmen, bevor sie überlegt haben, wie sie mich daran hindern können."

„Glauben Sie dagegen nicht, daß ich durch Drohungen die Reichskreise umstimmen und hindern könnte, ihre Truppen zu denen des Kaisers stoßen zu lassen. Man muß einmarschiren in ihre Länder

und ihnen die Mittel benehmen, ihre Truppen zu unterhalten, oder man muß sie zwingen sich loszusagen. Das ist das einzig richtige Verfahren: von einem anderen wäre nichts zu hoffen."

„Zunächst aber bedarf ich baares Geld und zwar sogleich."

„Ich beschwöre Sie also darnach Ihre Maßregeln zu treffen. Ich glaube, die Sache ist der Mühe werth und ich widme mich ihr mit aller Kraft, so daß sie mich nicht schlafen läßt. Denn ich erkenne, daß dies die einzige Conjunctur ist, die sich mir in meinem Leben noch bietet. Mein Wunsch geht dahin den beiden Königen zu beweisen, daß ich für immer ihr Interesse zu dem meinigen mache. Ich kenne das Ziel des Hauses Oesterreich. Der Hochmuth desselben reizt mich. Die Zeit ist gekommen das Reich zu retten und zu verhindern, daß die Kaiserkrone erblich werde im Hause Oesterreich. Alles dies kann geschehen, wenn die beiden Könige eben so sehr den Sturz des Hauses Oesterreich wünschen, wie ich die Befestigung Sr. Allerchristlichsten Majestät und eine ewige Einigung der Interessen Frankreichs mit denjenigen meines Hauses. Sie ersehen daraus, daß ich mit Leidenschaft wünsche abzuschließen und zu handeln; allein bei aller meiner Lebhaftigkeit und meiner Neigung vermag ich doch nicht etwas zu thun, wenn nicht zuvor der König mir bewilligt, was ich verlangen muß, sowohl für meine eigene Sicherheit als wegen meiner Verpflichtung für meine Nachkommen."

Das Ziel des Kurfürsten Max Emanuel liegt demnach hier vor in seinen eigenen Worten. Er will das Haus Habsburg niederschlagen, das alte Reich zertrümmern, und unter Blut und Brand ein neues gründen, mit ihm als Oberhaupte, als Kaiser von des Königs von Frankreich Gnaden. Das Attentat auf das Recht und die Freiheit nicht bloß des Hauses Habsburg, sondern aller Angehörigen des alten Reiches, hat in der Geschichte desselben vorher kaum einen Präcedenzfall. Der Verrath des Kurfürsten Moritz von Sachsen an dem Kaiser Carl V. erstreckte sich nicht so weit. Eher könnte man den Eroberungsplan des Schwedenkönigs Gustav Adolf in Parallele bringen. Aber der Schwede war ein fremder König, dem Kaiser nicht durch Eid und Pflicht verbunden. Das Unternehmen des Schweden in Deutschland war ein Frevel gegen den Frieden der Völker; aber es kennzeichnet sich nicht von Anfang an als ein Act der Felonie.

In einer Nachschrift entwickelt Max Emanuel den Plan seines Verrathes im Einzelnen.

„Mein Plan ist, sagt er, zu beginnen mit Ulm, diese Stadt durch Ueberraschung zu nehmen. Zu diesem Zwecke treffe ich schon jetzt meine Maßregeln. Zugleich werde ich alle meine Truppen vorrücken lassen, um meine Aufstellung zwischen der Donau und der Iller zu nehmen. Von Ulm aus erlasse ich dann meine Erklärungen. Wenn in Folge derselben sich die Reichskreise nicht von dem Kaiser lossagen, so bin ich in der Position die Dinge weiter zu treiben, um ihnen den Unterhalt ihrer Truppen unmöglich zu machen. Mehr sage ich darüber nicht."

„Wenn die Armee S. Allerchristlichsten Majestät ausreichend der meinigen zur Seite steht: so vermag ich, ohne weitere Vorbereitung, den Krieg nach Oesterreich hinein zu tragen. Denn ich habe nur dem Stromlaufe der Donau zu folgen, an welchem ich Herr bin. Es gibt denselben entlang nur eine einzige Festung, nämlich Ingolstadt, und diese gehört mir. Das ist in kurzen Worten mein Plan. Sie dürfen ihn den Marschall Boufflers und dem Marquis Puysegur mittheilen, jedoch, ich beschwöre Sie darum, nicht weiter. Das Geheimnis der Sache ist gar zu wichtig, und der Posten Ulm ist durchschlagend für den Beginn der Ausführung meines Planes. Torcy hat dem Monasterol gesagt, daß der König mit demselben einverstanden sei."

Vor allen Dingen dringt der Kurfürst Max Emanuel in seinen Kundgebungen vom März 1702 immer wieder auf Geld. Wenn seine Aeußerungen Wahrheit enthalten: so ist es ihm nicht klar geworden, daß die Säumigkeit Ludwigs XIV. in der Zahlung eine planmäßige war, um ihn zum Entschlusse zu treiben. Der Kurfürst mißt sie vielmehr dem vermittelnden Banquier Bombarda bei. Er will zu den 15.000 Mann Truppen, die er bereit stehen hat, 7700 neu werben; aber er meldet, daß er dafür auch nicht Einen Pfennig in Cassa habe. Er verlangt also wenigstens die Hälfte dessen, was diese Neuwerbung kosten würde, sofort durch einen Courier. Nach dem Anschlage von Max Emanuel erforderte der Unterhalt von 10.000 Mann für einen Monat 26.000 Thaler.

Die Thatsachen ergeben, daß zunächst das Bemühen des Kurfürsten um die Geheimhaltung des Planes ihm durchaus gelang.

Zwei Monate nach jenen seinen Erklärungen nach Frankreich hin, im Mai 1702, kommt seine Haltung zwischen dem Kaiser und dem Markgrafen von Baden direct zur Sprache. Die Aeußerungen des Markgrafen thun dar, daß er es nicht erforderlich findet, für den Anmarsch und die Aufstellung der Armee gegen Frankreich den Kurfürsten als hinderlichen oder störenden Factor anzusehen. Darum freilich spricht er noch nicht ein Vertrauen aus. „Was Kurbayern sonst im Schilde führen mag, sagt er am 6. Mai, kann ich nicht sagen, weil mir unbekannt, was den Winter hindurch mit ihm verhandelt worden ist. Dagegen zweifele ich auch gar nicht, daß man gute Fürsorge getroffen haben wird, um ihm gegenüber sicher zu sein, zumal in dieser Zeit, wo alles waffnet" [1]).

Die Voraussetzung des Markgrafen, daß man gute Fürsorge getroffen haben werde, bezieht sich auf den Kaiser. Aber gerade der Kaiser war es, den der Kurfürst Max Emanuel, um seinen Verrath an ihm auszuführen, bis zur gegebenen Stunde vor allen Anderen in der Täuschung erhalten wollte. Wir werden nachher zu ersehen haben, welche Mittel er zu diesem Zwecke aufbot. Es kommt zunächst darauf an, wie Ludwig XIV. den bayerischen Plan aufnahm.

Die Bereitwilligkeit war in Versailles von Anfang an da. Der Plan erhielt demgemäß bestimmtere Gestaltung. Man nahm an, daß die Wegnahme von Ulm das kaiserliche Heer nöthigen werde, die Belagerung von Landau aufzuheben und sich gegen den neuen Feind zurück zu wenden. Demnach würde dann die Last des Krieges auf den Kurfürsten fallen. Daher ging Ludwig XIV. auf seine Bitte ein, ihm für diesen Fall ein Hülfscorps zu schicken, je nach Bedarf bis zu 40 Bataillonen und 50 Schwadronen. Der Plan beschränkte sich dann aber nicht auf die Defensive, sondern gestaltete sich nun in einen Offensivplan gegen Oesterreich, Böhmen, Ungarn und Tyrol. Ludwig XIV. nennt ausdrücklich diese Länder, so daß augenscheinlich ein Vernichtungskrieg gegen die gesammte Herrschaft des Kaiserhauses beabsichtigt wurde [2]).

---

[1]) Röder Bd. I, S. 64. Der Markgraf an den Kaiser, 6. Mai 1702.

[2]) Der französisch-bayerische Vertrag vom 9. März 1701, und die neuen Artikel vom 17. Juni 1702, sind abgedruckt bei Pelet t. III, p. 943 et suiv.

Der schwerste Theil der Aufgabe war einen Punct zur Vereinigung der beiderseitigen Truppen zu finden, weil der Stromlauf des Oberrheines von Breisach an in den Händen der Kaiserlichen war. Ludwig XIV. ersah als die geeignete Stelle die Brücke von Hüningen, verlangte jedoch zu diesem Zwecke einen Vormarsch der Bayern bis dahin, namentlich zur Wegnahme des Forts Friedlingen. Er trug Catinat auf sich darüber mit dem Kurfürsten zu verständigen [1]). Es ist wichtig dies zu bemerken, weil nachher diese Verständigung durchbrochen wurde.

Die betreffenden Befehle Ludwigs XIV. an Catinat sind zu Versailles datirt vom 30. August. Sie drängten zur Eile, weil das nächste Object für den König war, dadurch das schon schwer bedrängte Landau zu retten.

Während im Sommer 1702 die Couriere zwischen München und Versailles beständig unterwegs waren, bot Max Emanuel nach der anderen Seite hin alle Mittel auf, um den Kaiser in der Täuschung zu erhalten, daß von Bayern her nichts zu befürchten sei. Wir haben dies in der Geschichtschreibung über jene Zeit bisher nicht bekannte Lügenspiel mit einigen Strichen zu beleuchten.

Der Kaiser Leopold, um zur Gewisheit zu kommen, sandte im Sommer 1702 abermals den Grafen Schlick nach München. Max Emanuel wich einer bestimmten Erklärung aus. Er wisse noch nicht, sagte er, was von Seiten der Allianz ihm geboten werde. Im August trat er mit positiven Vorschlägen hervor, so jedoch eingerichtet, daß er für die Bewilligung derselben die Garantie der Seemächte verlangte. Er forderte 110.000 Thaler monatlich, Sicherheit für seine ausstehenden Forderungen an Spanien zum Betrage mehrerer Millionen, Ungetheiltheit seiner Armee unter seiner Führung und zwar in Italien. Da gerade an der Verstärkung der Streitkräfte in Italien dem Kaiser wie den Seemächten sehr viel gelegen war: so fanden die Forderungen, ungeachtet ihrer Höhe, zunächst in Wien geneigte Ohren. Die Gesandten der Seemächte berichteten sie nach dem Haag und nach London, und die Grafen Goes und Wratislaw dort erhielten den Auftrag sie zu befürworten [2]).

---

[1]) Pelet t. II, p. 567 et suiv.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 18. August.

Die Königin Anna und der Treasurer Godolphin befanden sich auf dem Lande, und gaben von dort her dem Staats-Secretär Nottingham ihre Ansichten kund. Die Geldfrage der monatlichen Beiträge fand weniger Schwierigkeit als diejenige des Oberbefehls in Italien. Nottingham fragte, wie der Kaiser sich darauf einlassen könne, den Prinzen Eugen dort dem Kurfürsten von Bayern nachsetzen zu wollen. Der Name nämlich des Prinzen Eugen, seit den Tagen von Carpi und Chiari in England ungemein populär, war erst kürzlich, wie sich später genauer ergeben wird, neu verherrlicht durch die Nachricht von Luzzara. Auf jene Frage antwortete Wratislaw: wenn ein Kurfürst des Reiches als Mitbewerber gegen einen Feldmarschall des Kaisers auftrete, so bleibe dem letzteren keine Wahl. Nottingham erwiederte, daß dagegen die Königin und die englische Nation in eine Zurücksetzung des Prinzen Eugen gegen den Kurfürsten von Bayern niemals willigen würden. Zum Beweise legte Nottingham ein Schreiben vor, welches die Königin in dieser Sache an Godolphin gerichtet, und welches der letztere seinem eigenen Briefe beigeschlossen. Das Schreiben der Königin lautet: „Ich bin geneigt, in einen Vertrag mit Bayern miteinzutreten; aber ich werde niemals mich entschließen dem Prinzen Eugen das Commando zu nehmen. Antworten Sie also dem kaiserlichen Minister, daß, wenn man meine Beihülfe verlangt, man dem Prinzen Eugen das Commando belassen muß." — Das Schreiben Godolphins an Nottingham sagte: „Sie wissen besser als ich, wie willig die englische Nation ist, dem Prinzen Eugen beizustehen, weil sie überzeugt ist von seiner Befähigung und Erfahrung. Wenn aber dem Kurfürsten von Bayern das Commando gegeben würde: so wird das Parlament für einen Vertrag mit ihm nicht einen Kreuzer bewilligen. Da aber die Königin aus ihren eigenen Mitteln das Erforderliche nicht beschaffen kann: so ist darauf hin der kaiserliche Minister zu bescheiden." Nottingham fügte hinzu, daß der bereits an Stepney in Wien ergangene Auftrag entsprechend laute. Als Wratislaw noch einen Einwand erhob, entgegnete Nottingham: „Sie haben die Handschrift der Königin gesehen, wissen also, wie sie urtheilt. Aber ich füge noch etwas hinzu. Ungeachtet des bedeutenden Succurses, der von Bayern her durch diesen Vertrag in Aussicht steht, ist doch der Ausgang eines Krieges immer zweifelhaft. Wenn die Waffen der Verbündeten unter dem

Kurfürsten einen Nachtheil erlitten: so würde das Parlament dafür die hiesigen Minister angreifen, die zu dem Vertrage mitgewirkt; ja es könnte sich daran eine Opposition wider die Regierung der Königin entwickeln. Stehen Sie also ab von dieser Forderung" [1]).

Als die beiden Minister in London, am 11. September, diese Unterredung hielten, ahnten sie noch nicht, daß der Gegenstand derselben bereits hinfällig war, daß Max Emanuel bereits, wie er selber im März sich ausgedrückt, die Maske abgezogen und sich durch die Ueberrumpelung der Reichsstadt Ulm, am 8. September, als Feind declarirt hatte.

Etwas anders verlief die Sache in der Republik der Niederlande. So schwer auch bereits die Ausgaben waren: so erschienen doch die Vorschläge des Kurfürsten Max Emanuel so vortheilhaft und so sehr geeignet, den Krieg auf einmal zu wenden, daß Heinsius für dieselben eintrat. Demgemäß erging die Vorlage an die einzelnen souveränen Provinzen. Die Antworten kamen ein, durchweg günstig. Am 11. September trat Goes zu Heinsius mit der Bitte nun abzuschließen. „Die Sache hat sich verändert, erwiederte Heinsius. Wir haben aus Brüssel positive Nachrichten, daß der Kurfürst von Bayern abermals mit Frankreich sich verständigt hat. Viele Umstände bestätigen es. Namentlich hat der König von Frankreich vor acht Tagen vor seinem Hofe ausgesprochen, daß für Landau nun bald ein Entsatz in Aussicht stehe" [2]).

In den nächsten Tagen durcheilte die Länder die Nachricht, daß am 8. September der Kurfürst Max Emanuel die Stadt Ulm überrumpelt habe. Aber es folgte sofort die andere, daß am 9. September der römische König Joseph die Capitulation von Landau bewilligt habe.

Die erstere Nachricht erregte namentlich in London große Sensation. Eben noch hatte der Graf Wratislaw sich so nachdrücklich für den Kurfürsten verwendet. Den eigentlichen Plan des letzteren ahnte man noch nicht. Man sah nicht ab, wie es für ihn möglich sein würde, eine Hülfe von Frankreich her zu erlangen, oder den verbündeten

[1]) Wratislaws Bericht vom 12. September.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 15. September.

Waffen zu widerstehen. Bei Einigen regte sich daher der Argwohn, daß der Kaiser in den Ueberfall von Ulm connivirt habe[1]).

Die eigenen Worte des Kurfürsten Max Emanuel haben uns dargethan, daß sein Plan, der mit Ulm begann, bezweckte den Todesstreich auf die Macht des Kaisers zu führen. Aber diese volle Tragweite des bayerischen Verrathes überschauten damals nur er selbst, Ludwig XIV. und einige wenige andere Franzosen. Die Meinungen Anderer konnten irre werden an dem Umstande, daß an vielen Orten, wie z. B. in London, die Nachrichten von Ulm und Landau mit derselben Post eintrafen[2]). Es konnte demnach den Minder-Kundigen scheinen, als bestehe zwischen den beiden Ereignissen ein Zusammenhang. Und zwar regte sich jener Verdacht wider den Kaiser nicht bloß in London, sondern auch bei einigen Gesandten protestantischer Reichsstände in Regensburg. So thöricht der Verdacht, es mußte Rücksicht darauf genommen werden. Der kaiserliche Principal-Commissär in Regensburg, Cardinal Lamberg, meldete dem römischen Könige Joseph die Sache. Dieser erwiederte mit der nachdrücklichen Versicherung, daß der abgenöthigte Krieg nicht weniger gegen den inneren Reichsfeind als den äußeren geführt werden solle, und sprach das Vertrauen aus, daß die Reichsstände darin zu ihm stehen würden. Er legte die aufgefangene Correspondenz von bayerischer und französischer Seite bei, vor welcher allerdings jeder Zweifel verstummen mußte[2]).

Eine Wirkung des ersten Ereignisses vom 8. September auf das zweite vom 9. September fand allerdings statt, nur nicht im Interesse des Kurfürsten Max Emanuel und seines Gönners in Versailles. Betrachten wir ein jedes der zwei Ereignisse für sich.

Max Emanuel hatte die Ueberrumpelung von Ulm seit dem Monate März vorbereitet. In den Berichten über die That wird irgend welches Einverständnis mit Persönlichkeiten in der Stadt nicht sichtbar. Die sieben Compagnien des schwäbischen Kreises, welche sonst zur Besatzung von Ulm dienten, waren zur Rheinarmee eingerückt: die Stadt, deren Berather sich im tiefen Frieden glaubten, war demnach,

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 27. September.

[2]) Das Schreiben vom 21. September im Theatrum Europæum, Bd. XVI, S. 583.

bis auf die üblichen Thorwachen, völlig wehrlos. Durch das eine dieser Thore, das Gänsethor, pflegten jeden Morgen viele Bauern Lebensmittel zum Verkaufe in die Stadt zu bringen. Auf diesen Umstand bauete der Oberst Pechmann, dem Max Emanuel die Leitung der Sache anvertraut, seinen Plan. Zeitgenossen geben an, daß Pechmann einen besonderen Haß auf die Stadt gehabt, weil er einmal dort wegen Uebermuthes in der Trunkenheit eine starke Zurechtweisung erfahren [1]). Die Kriegeslist des Pechmann bestand darin, daß er und andere Offiziere sich als Bauern und Bäuerinnen verkleideten, und in der Morgenfrühe des 8. September am Gänsethor Einlaß begehrten. Eine bewaffnete Macht folgte in einiger Entfernung. Ein dichter Nebel begünstigte die treulose That. Auf die List folgte sofort die Gewalt. Dennoch setzte sich die Wache, so wie die herbei eilenden Bürger zur Wehr. Pechmann und einige Andere von beiden Seiten fielen. Nachdem indessen die bayerische Mannschaft sich in den Besitz des Thores gesetzt, war ein fernerer Widerstand nicht möglich. Bürgermeister und Rath wichen den Drohungen. Sie hatten nur noch die Zeit ein kurzes Schreiben mit der Bitte um Hülfe durch einen Eilboten an den Markgrafen von Baden zu entsenden. Dann capitulirten sie am selben Tage [2]).

Der Kurfürst Max Emanuel hatte sich mit Gefolge und dem französischen Gesandten Ricous, um den Ausgang zu erwarten, am Abende vorher nach seinem Schlosse Lichtenberg unfern Augsburg begeben. Er hatte für sein Unternehmen das Datum des 8. September gewählt, nicht obwohl, sondern weil es der Tag Mariae Geburt war. Sein weiteres Verhalten entsprach diesem Beginnen, für dessen Bezeichnung die menschliche Sprache kaum einen Ausdruck hat. „Am Morgen des 8. September, so berichtet Ricous an Ludwig XIV., beichtete und communicirte er, und sagte mir, daß er zu Gott recht andächtig um einen günstigen Erfolg gebetet" [3]). Gegen drei Uhr Nachmittags ritt ein Courier auf den Schloßhof ein. Der Kurfürst

---

[1]) Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 704.

[2]) Ausführlicher Bericht an der angegebenen Stelle im Theatrum Europaeum. — Das Schreiben des Rathes bei Röder Bd. I, S. 85.

[3]) Das aufgefangene Schreiben des Ricous im Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 714. Auch für das Folgende.

riß ein Fenster auf, und rief die Frage hinunter, ob alles glücklich abgelaufen. Als der Offizier bejahte, wandte Max Emanuel sich um und rief den im Saale Anwesenden zu: „Ihr Herren, die Stadt Ulm ist unser: meine Leute haben sich ihrer bemächtigt." Bis dahin war die Sache tiefes Geheimnis geblieben. Die Offiziere gaben ihre Freude kund. „Den Ministern, meldet Ricous, konnte ich nicht ins Herz sehen; jedoch bemerkte ich in ihren Gesichtern keinen Ausdruck einer Freude."

Der Weg für Max Emanuel schien gebahnt und völlig offen. Der Graf Arco erhielt Befehl, mit 10.000 Mann auf Hüningen zu marschiren und dort die Franzosen aufzunehmen. Ein Hauptmann, Namens Locatelli, ging als Courier ab an Catinat mit der Bitte um 30 Bataillone und 40 Schwadronen. Max Emanuel drängte auf die höchste Eile, bevor Ludwig von Baden heranmarschire, um die Verbindung zu hindern. Catinat werde um so eher im Stande sein zu willfahren, da ja nun die Kaiserlichen die Belagerung von Landau aufgeben würden. So Ricous im Berichte vom 9. September an Ludwig XIV. [1]).

Aber von dieser Voraussetzung aus begann eine Reihe von Trugschlüssen des Kurfürsten Max Emanuel.

Auch Ludwig XIV. hoffte von der Schilderhebung desselben zunächst für sich die Einstellung der Belagerung von Landau, und hatte, am 30. August von Versailles aus, den Marschall Catinat angewiesen sich der Stadt zu nähern.

Allein Landau war nicht mehr zu entsetzen. König Joseph und der Markgraf Ludwig einigten sich zu Anfang September dahin, daß der Markgraf bei der Beobachtungs-Armee an der Lauter verblieb, Joseph dagegen sich vor Landau begab. Die Annäherung an den Platz ward nachdrücklich fortgesetzt. Nach dem Mittag des 9. September vernahmen die Belagerer den Trommelschlag der Chamade. Es erschienen drei Geiseln aus der Stadt mit dem Erbieten zur Capitulation. In derselben Stunde lief bei dem römischen Könige die Nachricht von Ulm ein. Er gab sofort seine Resolutionen auf die verlangten Bedingungen, und berichtete darüber dem Kaiser mit folgenden

[1]) Im Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 714.

Worten: „Es hätte zwar mit der Garnison in einem oder anderen Puncte genauer können capitulirt werden. Weil ich aber nicht de decoro erachtet, mich mit dergleichen Kleinigkeiten lange aufzuhalten, ferner auch erwogen, daß es besser sei mich alsbald der Stadt zu bemächtigen, zumal da gleichzeitig mit dem Verlangen der Capitulation die Nachricht der bayerischen Ueberrumpelung von Ulm eingelaufen, und endlich, weil der Feind mit einer ansehnlichen Armee in der Nähe stand: so habe ich für rathsam erachtet, mich so geschwind wie möglich des Ortes zu versichern" [1]).

Am nächsten Tage ward den Belagerern ein Thor eingeräumt, das deutsche genannt. Am 12. September zog die Besatzung unter dem General Melac aus, noch 2500 Mann stark.

„Die französische Armee, meldet der König Joseph weiter am 20. September, hat sich auf die Uebergabe von Landau in die Wanzenau zurückgezogen, wo sie sich noch befindet. Es scheint daß der Kurfürst von Bayern vielleicht nicht die rechte Zeit getroffen und auf die Hoffnung gebaut habe, daß es mit Landau noch nicht so weit gekommen."

In Wirklichkeit indessen hatten andere Hindernisse sich entgegen gestellt. Auf die Kunde der Ueberrumpelung von Ulm hatte sofort der kaiserliche Gesandte in der Schweiz, Graf Trautmannsdorf, seine sämmtliche Dienerschaft, bewehrt und beritten, auf die Schweizer Grenze geschickt, mit dem Auftrage, etwaige bayerische und französische Couriere abzufangen. Der Erfolg war ungemein lohnend. Der erste Gefangene war jener noch vom Schlosse Lichtenberg aus entsendete Locatelli, der zweite ein französischer Cabinets-Courier, dann noch zwei Bayern. Die mündlichen Aussagen des Locatelli und die bei ihm gefundenen Depeschen ergaben, daß die Vereinigung am 19. September hätte geschehen sollen. Graf Trautmannsdorf sandte die sämmtlichen Briefschaften ins Hauptquartier [2]).

Der Nachtheil für den Kurfürsten Max Emanuel war dreifach. Catinat erfuhr weder den Marsch Arcos auf Hüningen zu, noch die

[1]) Röder Bd. I, S. 89. — Man vgl. dazu Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, S. 710 u. f.

[2]) Theatrum Europaeum, Theil XVI, S. 713. — Schreiben Fürstenbergs vom 27. September, bei Röder Bd. I, S. 89.

Forderung des Kurfürsten dahin ihm die französische Mannschaft entgegen zu senden: die Vereinigung also der französischen Truppen mit den bayerischen schob sich in die Ferne. Dagegen lagen nun die Plane des Kurfürsten, oder doch der Beginn derselben den Kaiserlichen offen vor. Da endlich weder er von Seiten der Franzosen, noch diese von ihm Genaueres wußten: so keimte das Mistrauen empor, namentlich zwischen ihm und dem Marschall Catinat. Man gab demselben beiderseitig Ausdruck.

Stärker indessen war derjenige des Verdrusses bei Max Emanuel über das Mislingen des Planes der Vereinigung. Im kaiserlichen Hauptquartiere ging die Rede, daß er in seinem Zorne ein Fenster eingeschlagen habe [1]).

Weniger leidenschaftlich, aber besser berechtigt war die Erregung des Kaisers wider den treulosen Mann. Leopold schrieb an den Markgrafen: „So hoch mich die erwünschte Eroberung der berühmten Festung Landau erfreut, welche ich E. L. vorsichtiger Direction, tapferer Anführung und unausgesetzt angewandter Fürsorge und Mühe mehrentheils zuschreibe: so heftig verdrießt und bekümmert mich das unvorhergesehene und frevelmüthige Attentat des Kurfürsten von Bayern wider die Stadt Ulm und die sämmtlichen verbündeten Reichskreise" [2]). Der Kaiser ahnte die Verbindung des Kurfürsten mit Frankreich, nicht die volle Tragweite derselben. Denn nur so ist es zu erklären, daß er sofort in einem Handschreiben den Kurfürsten „freundlich, vetterlich, gnädiglich, auch väterlich ersuchte und mahnte, daß er sich und das Vaterland nicht weiter ins Unglück stürzen, sondern den Beschlüssen des Reichstages fügen möge" [3]). Max Emanuel erwiederte, daß auf seine aufrichtig angebotenen ansehnlichen Vorschläge nicht die geringste reelle Erwiederung erfolgt sei, daß er darum, nicht zu irgend eines Menschen Offension, seine eigene Sicherheit und Satisfaction zu suchen habe. In dem ganzen Wortschwalle der Unwahrheit findet sich als die einzige greifbare Thatsache, daß er eben so wie vorher Ulm, nun auch die Reichsstadt Memmingen wegnehmen wolle.

---

[1]) So Fürstenberg a. a. O.

[2]) Röder Bd. I, S. 86. Vom 19. September.

[3]) Das Schreiben im Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 716, so wie auch die Antwort.

Dies war, nach der Lage der Dinge, nicht zu hindern; aber diese Attentate des bayerischen Kurfürsten auf die Freiheit und das Recht der Schwächeren, so wie die weiteren Plane des Verrathes, wie sie vorlagen in den veröffentlichten Depeschen der gefangenen Couriere, riefen eine allgemeine Entrüstung wach, die ihren Ausdruck fand in den Beschlüssen des Reichstages in Regensburg. Der französische Gesandte Chamois war bereits im Juli in scharfer Weise von dort und dem Reichsboden hinaus gewiesen. Dennoch hatte die Frage der Kriegserklärung des Reiches an Ludwig XIV. sich hingezogen: unter dem Eindrucke der Schilderhebung des Kurfürsten Max Emanuel kam sie zum Abschlusse. Die Differenz über die Ryswycker Clausel wurde durch entgegen kommende Erklärungen von beiden Seiten [1]) einstweilen beigelegt, und dann, gegen den Protest nur der kurbayerischen Stimme, der Reichskrieg wider Frankreich beschlossen, nicht bloß wegen der Angelegenheit der spanischen Erbfolge, sondern auch wegen der zahlreichen Einbrüche Frankreichs in den Ryswycker Friedensschluß, der Besetzung der Gebiete von Köln und Lüttich, der gewaltthätigen Wegführung des Domdechanten Mean. Auch der Beschluß des Reichstages bezeichnet das Testament Carls II. als nichtig. Der Kaiser bestätigte den Beschluß am 6. October. Die Kriegeserklärung des Reiches gegen den König von Frankreich und dessen Helfer ging aus.

Man dürfte nicht sagen, daß der Kurfürst Max Emanuel unter den Deutschen wenigstens seine eigenen bayerischen Unterthanen für sich gehabt habe. Wir haben die Worte vernommen, mit denen der Franzose Ricous das Verhalten der bayerischen Minister auf die Meldung der Einnahme von Ulm gezeichnet hat. Wie die Minister keine Freude hatten an dem eigentlichen Vorgehen des Kurfürsten, so noch viel weniger die bayerischen Landstände. In einem langen Schreiben an den Kurfürsten malen sie die Furcht und Sorge aus, die sich in den letzten Wochen der Gemüther der Unterthanen bemächtigt habe, und bitten ihn lieber fortzufahren in den anfänglichen Intentionen für die Erhaltung des Friedens im römischen Reiche [2]). So tief auch immer die Bitte in loyale Worte eingehüllt wird: sie ist darum nicht

[1]) Die Erklärungen im Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 576 und 580.

[2]) Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 719. Auch für das Folgende.

minder ein moralischer Protest gegen die Plane des Kurfürsten. So am 19. October. Aber gerade der Wortreichthum der ständischen Schrift gab dem Kurfürsten die Gelegenheit, das darin für ihn enthaltene Lob seiner Friedensliebe auch ferner für sich in Anspruch zu nehmen, und den bekümmerten und ängstlich in die Zukunft blickenden Unterthanen zu erwiedern, daß er Ulm und Memmingen sich angeeignet lediglich dem Lande Bayern zum Besten; denn je mehr er dem Feinde entgegen gehe, desto weiter werde die Gefahr von Bayern abgelenkt.

Aufrichtiger als den armen bayerischen Landständen gegenüber, redet Max Emanuel in dem gereizten Briefwechsel, der sich nachher zwischen ihm und Villars über die nicht erfolgte Vereinigung entspann. Der Kurfürst legt zunächst dar, daß seine Macht viel zu schwach, als daß er den Stromlauf der Donau gänzlich habe verlassen dürfen. Ein geringes Corps der kaiserlichen Armee würde sich Bayerns bemächtigen, ihm die Rückkehr in dasselbe versperren können. Dann fährt er fort: „Um ganz offenherzig zu reden, will ich dem Herrn Marschall mein größtes Unglück nicht verbergen, welches Ihnen, als Sie eine nachtheilige Meinung von mir faßten, vielleicht noch ganz unbekannt war. Sie dürfen mir also glauben, daß ohne meine und meiner Truppen Gegenwart ein kleines Corps von Kaiserlichen meine ganze Landmiliz umwerfen würde. Die Geistlichkeit und der Adel, von dessen Mitgliedern ich auch nicht zehn in meiner Armee habe, wünschen nur dies“ [1]).

Nach diesen eigenen Worten des Kurfürsten Max Emanuel dürfte seine geworbene Armee als eine eigentlich bayerische kaum betrachtet werden. In jedem Falle würde es ungerecht sein, den bayerischen Volksstamm als solchen mit verantwortlich machen zu wollen für den Vaterlandsverrath des Landesherrn. Der Frevel war sein; aber über das arme Land kam in Folge dieses Frevels das unendliche Leid.

Obwohl der erste Plan der Vereinigung von französischen mit bayerischen Truppen durch das Abfangen der Couriere und demnach die Unkunde auf französischer Seite mislungen war: so lag doch dem

[1]) Röder Bd. I, S. 109 u. f.

Könige von Frankreich gar zu viel daran, daß die Vereinigung auch so noch geschähe. Deshalb marschirte der Marquis Villars mit den vom Kurfürsten verlangten 30 Bataillonen und 40 Schwadronen nach Hüningen hinauf. Wie sehr der Kurfürst seinerseits die Vereinigung wünschte, ergibt sich aus seinen Worten, die er in Ehingen niederschrieb: „Kommt es zur Vereinigung, so kann ich dem ganzen Reiche Gesetze vorschreiben. Nichts auf der Welt kann mir angenehmer sein und mir mehr Ruhm erwerben als eben dieses." [1]). Allein über Ehingen wagte er sich westwärts nicht hinaus. Der durchschlagende Grund dafür dürfte jener von ihm selber angegebene sein: er wollte sich von Bayern nicht entfernen. Es kam also darauf an, ob Villars wagen würde, von Hüningen aus weiter ostwärts zu dem Kurfürsten zu marschiren.

Es gelang dem Marquis Villars dort, sich des Ortes Neuenburg am rechten Rheinufer zu bemächtigen. Und zwar traf der Vorwurf dafür, gemäß dem Berichte des Markgrafen von Baden an den Kaiser, gerade die eigenen Unterthanen des letzteren im Breisgau, oder richtiger die Obrigkeiten, die, wo alle anderen Reichsstände am Rheine die ihnen auferlegten Arbeiten zur Befestigung ausgeführt, allein darin rückständig waren [2]).

Dort jedoch, nahe dem Schlosse Friedlingen, trat der Markgraf Ludwig von Baden mit ungleich geringerer Macht der überlegenen des Villars von 30 Bataillonen und 40 Schwadronen entgegen, am 14. October 1702.

Die Schlachtberichte beider Feldherren stimmen gar nicht zusammen. Der Bericht des Marquis Villars an Ludwig XIV. meldet einen vollständigen Sieg. Er fügt sogar einige Tage später, am 17. October, noch hinzu: er könne nicht wahrnehmen, daß die feindliche Armee sich in irgend einer Weise wieder formirt habe [3]).

Etwas anders lauten die Aufzeichnungen des Villars in seinen hinterlassenen Papieren. Dort ist die Rede von einem panischen

---

[1]) Theatrum Europaeum, Bd. XVI, S. 723.

[2]) Röder Bd. I, S. 104. — Man vgl. Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IV, S. 501.

[3]) Pelet t. II, p. 412 et suiv.

Schrecken, der unter seine Infanterie gefahren sei, von seiner eigenen Gefahr gefangen zu werden. Aber bei alledem hat er gesiegt [1]).

Ganz anders der Markgraf an den Kaiser. Er meldet, daß in der zweiten Linie seiner Cavallerie Confusion entstanden, daß in Folge derselben die ganze Cavallerie ins Ausreißen gekommen, und daß auch die Infanterie habe weichen müssen. Dann jedoch habe diese sich ermannt und sich, obwohl die Munition verschossen, mit blanker Waffe auf die feindliche Infanterie gestürzt und sie völlig geschlagen.

Die Abweichung der beiden Berichte gipfelt in den beiden folgenden Sätzen:

Villars sagt: Cependant le temps qu'il a fallu pour remettre notre infanterie, a sauvé celle des ennemis.

Der Markgraf sagt: „Viele Offiziere sammelten sich mit einigen hundert Pferden, welche sie mit Mühe zusammen gebracht, zu mir bei der Infanterie. Weil sie aber zu schwach, so habe ich mir nicht getraut, die feindliche Reiterei, welche ungefähr 1000 Schritte davon in der Ebene unbeweglich gehalten, und der Destruction ihrer Infanterie zugesehen, zu attaquiren, und daher, nachdem ich fünf Stunden im Angesichte ihrer Cavallerie stehen geblieben und selbe vor mir zurückmarschiren gesehen, mich begnügen müssen, mit unseren und etlichen eroberten feindlichen Stücken, so viele ich deren bespannen und abführen können, auch zurück zu gehen" [2]).

Neuere Ermittelungen haben ergeben, daß die Armee des Villars bei Friedlingen betrug 12.500 Mann Infanterie und 4000 Mann Cavallerie, also in Allem 16.500 Mann, diejenige des Markgrafen 9500 Mann Infanterie und 4500 Mann Cavallerie, also in Allem 14.000 Mann. Der Verlust der Kaiserlichen war ein Fünftel ihrer Zahl, derjenige der Franzosen ein Sechstel der ihrigen [3]).

Ludwig XIV. ließ ein Sieges-Tedeum singen und schickte dem Villars den Marschallsstab.

Der Kaiser dagegen schrieb an den Markgrafen: „In Betreff des bei Hüningen den Franzosen versetzten Streiches muß ich und

---

[1]) Mémoires de Villars, t. I, p. 115 et suiv. Man vgl. die Note zu p. 117 dort.

[2]) Röder Bd. I, S. 107.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, S. 508.

müssen alle Verbündete der unermüdeten Wachsamkeit und der standhaften Tapferkeit E. L. den Effect zuerkennen, daß die Linie der von dem Feinde mit Kurbayern bezweckten Vereinigung dadurch unterbrochen worden ist. Dafür erstatte ich E. L. den gebührenden Dank" [1]).

In diesen Worten des Kaisers liegt der Schwerpunct des Tages von Friedlingen: die Vereinigung der Franzosen und Bayern war vereitelt.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie dann die Beiden sich zu einander verhalten, der Kurfürst und der neue Marschall. Der Letztere hat nach Versailles hin seinen Sieg proclamirt: er hält daran auch ferner fest. Er meldet dem Könige: „Ew. Majestät dürfen sich überzeugt halten, daß derjenige, welcher an der Vereinigung nicht gezweifelt hat, als die Schwierigkeiten beinahe unüberwindlich erschienen, sie für sehr leicht ansieht nach einer gewonnenen Schlacht, es wäre denn, daß der Kurfürst durchaus keine Neigung dazu besäße, und daß Allen denen, welche in seinem Rathe sitzen, der Kopf verdreht wäre" [2]). Es war aber ja Niemandem mehr daran gelegen, daß die Vereinigung sich vollzöge, als dem Kurfürsten. Er seinerseits schreibt an Villars: „Auf die Nachricht der Schlacht, die Sie gewonnen, freilich mit Ungewisheit, bin ich bis hier nach Ehingen vorgerückt, und würde weiter marschirt sein, wenn nicht alle Nachrichten übereinstimmend mir gemeldet hätten, daß Sie auf das linke Rheinufer zurückgegangen seien" [3]).

Der Gedankenaustausch geht in dieser Weise fort. Er hat geschichtlich keinen weiteren Werth, als daß er den Beweis bringt für die Richtigkeit der Ansicht des Kaisers. Der Kurfürst wie der neue Marschall forderten ein Jeder von dem Andern, daß er zu ihm komme, und dabei blieb Jeder von ihnen an seinem Orte.

Für die Meinung des Marschall Villars, die er wiederholt und nachdrücklich nach Versailles hin kund gab, nämlich daß der Kurfürst Max Emanuel nicht aufrichtig mit Frankreich handele, könnte nun jedoch eine Thatsache sprechen, die dem Villars nicht einmal bekannt

---

[1]) Röder Bd. I, S. 114.
[2]) Pelet t. II, p. 414.
[3]) Röder Bd. I, S. 110.

war. Noch vor dem Treffen von Friedlingen hatte Max Emanuel durch ein eigenhändiges Schreiben an den Cardinal Lamberg wieder mit dem Kaiser anzuknüpfen gesucht [1]). Er stellte sich und sein Heer unter gewissen Bedingungen dem Kaiser zur Verfügung, verlangte dagegen, daß bis zum Entschlusse des Kaisers nicht ein Angriff auf ihn erfolge, sondern nur gegen Villars gerichtet werde.

Die Forderung, die Feindseligkeiten gegen Bayern einstweilen einzustellen, barg in sich die andere, daß die kaiserliche Armee die von Max Emanuel unrechtmäßig eingenommenen Städte preis geben solle. Der römische König Joseph lehnte ab.

Aber es fragte sich, ob das Erbieten des Kurfürsten ernstlich gemeint war. Der Kaiser und seine Räthe hatten daran geringen Glauben. Vielmehr erwogen sie die furchtbare Gefahr dieser Erhebung. Der Kaiser beauftragte seine Gesandten im Haag und London in diesem Sinne zu reden. Da der Krieg in Italien auf ihm allein laste, derjenige am Oberrhein auf ihm und den beiden Kreisen Schwaben und Franken: so sei er der feindlichen Macht, die hier 50.000 Mann betrage, nicht gewachsen, und müsse Hülfe verlangen [2]).

Die Republik Holland hatte, gleich in ihrer ersten Antwort auf die Meldung des Markgrafen über das bayerische Attentat, die Abwehr als eine gemeinsame Sache anerkannt [3]) und sich bereit erklärt thunlichst beizutragen. Um vorher über den Stand der Dinge genaue Kunde einzuziehen, sandte sie den General Dopf zu dem Markgrafen. Der Kaiser drängte nun, daß gemäß dem Berichte desselben eine Hülfe hinauf gesendet werden möge. Die Sache müsse noch in dem Winter erledigt werden.

Andererseits aber kam das letzte Erbieten des Kurfürsten vom October, wie in Wien, so auch im Haag und London zur Erwägung. Im Haag erklärte namentlich auch Marlborough, daß die bayerische Sache in diesem Winter abgethan werden müsse, entweder mit Gewalt

---

[1]) Das Schreiben Lambergs vom 10. October in: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, S. 497.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 15. November.

[3]) Schreiben der Generalstaaten an den Markgrafen, vom 17. October, bei Röder Bd. I, S. 103: Wy zien hetzelve aan als eene gemeene zake.

oder durch Güte. Der letztere Weg sei vorzuziehen [1]). Wesentlich dieselbe Ansicht sprach auch Ludwig von Baden dem römischen Könige aus. Er meinte, daß man dem Kurfürsten Belgien bieten müsse [2]). Die Willigkeit für Max Emanuel etwas zu zahlen, die sich schon früher in London und im Haag kund gegeben, war auch ferner vorhanden. Heinsius indessen stimmte der Ansicht Marlboroughs nur mit starker Beschränkung bei. „Ich kenne den Kurfürsten Max Emanuel, sagte er zu Goes, und bitte daher den Kaiser zu ersuchen, daß er mit ihm nicht anders verhandelt als mit dem Degen in der Faust" [3]).

Nach der Rückkehr Marlboroughs nach England erfolgte von dort aus, im December, eine erneute Mahnung der Königin an die Republik, daß man trachten möge die bayerische Sache gütlich beizulegen. In der Republik jedoch schlug die Ansicht des Rathspensionärs durch. „Wir haben nach London hin erwiedert, sagte er zu Goes, daß man gedenken müsse zu operiren, nicht zu tractiren." Er erneuerte seine Mahnung: der Kaiser möge auf keinen Vergleich eingehen, als welcher den Kurfürsten außer Stande setze ihm zu schaden. Denn er kenne die weitaussehenden Anschläge dieses Herrn [4]).

Allein woher die Mittel zu einem nachdrücklichen Verfahren wider Max Emanuel? Die Königin Anna hielt fest an dem Wunsche eines gütlichen Ausgleiches mit Bayern, ja sie machte diesen Ausgleich zur Bedingung für die in Wien dringend gewünschte Absendung einer Flotte in das Mittelmeer [5]). In der Republik waren Viele geneigt zur Absendung von 14.000 Mann an die Mosel, mit der Vollmacht dem Markgrafen im Nothfalle die Hand zu bieten. Aber die hauptsächliche Stimme in dieser Sache hatte der Graf Athlone. „Er ist ein guter, ehrlicher Mann, meldet Goes, aber nur gar zu gut. Er selber geht mit seinen Gedanken nicht weit, und läßt sich daher durch Andere führen, welche das höchste Staatswohl setzen in die Erhaltung des eigenen Nestes. Daher und weil er als Feldmarschall das vornehmste Votum hat, ist mit weit entlegenen Unternehmungen schwer

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 15. November.
[2]) Röder Bd. I, S. 99 u. f.
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 21. November.
[4]) Desgleichen vom 29. November.
[5]) Wratislaws Bericht vom 22. December.

fortzukommen, namentlich bei dem jetzigen Stande der Republik, wo jede Provinz und jede Stadt souverän, und eine jede in sich selber wichtige Beschlüsse faßt nach der Mehrheit der Stimmen" [1]).

Die Seemächte wünschten also wie der Kaiser, daß die bayerische Sache in dem Winter zu Ende gebracht würde, entweder in Güte oder mit Gewalt. Aber weder von England, noch von Holland geschah etwas Nachdrückliches. Der Kaiser hatte ihre Hülfe angerufen, weil er allein es nicht vermochte. Selbst aber auch, wenn die Zahl seiner Truppen ausgereicht hätte, so erforderte der Zustand derselben für den Winter Ruhe und Schonung. Diesen Zustand schildert der Markgraf von Baden, am 15. December, in düsteren Farben [2]).

„Meine Pflicht und Schuldigkeit, schreibt er, verbindet mich Ew. K. Majestät zu sagen, daß die Regimenter den ganzen Feldzug in solcher Armuth gestanden, daß viele Soldaten dadurch zum Durchgehen bewogen worden, alle aber nur mit größter Noth und beständigen Klagen sich durchgebracht haben. Es ist daher zu besorgen, daß, wenn man nicht bedacht sein wird, eine bessere Bezahlung der Truppen einzurichten, die Armee, ehe man sich dessen vermuthet, völlig zu Grunde gehen dürfte. Besonders sind die Hussaren durchgehends in solcher Armuth und so schlechtem Stande, daß sie unmöglich in der Disciplin erhalten werden können. Ja es ist sogar zu besorgen, daß sie einmal mit einander durchgehen, wie sie denn wirklich schon zu zehn und zwanzig entlaufen. Ferner ist die Infanterie, besonders die Regimenter, die sich schon früher hier befanden, in so traurigem Zustande, daß ich unmöglich es so schlimm beschreiben kann, wie es in Wirklichkeit ist. Ew. K. Majestät können sich versichert halten, daß die meisten Offiziere alles hergeben, bis auf den letzten Heller, um die Soldaten zu erhalten. Aber auch mit ihnen ist es dahin gekommen, daß sie nicht vermögen noch etwas zu thun, so daß sie außer Brot und Wasser nicht das Geringste zu leben haben. Desgleichen sind in den Festungen die Anstalten für die Infanterie so schlecht, daß die wenigsten Soldaten Betten haben, viele nicht einmal Stroh, ferner daß sie, bei ihrer zerrissenen und zerlumpten Montur, auch den höchsten Mangel an Holz

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 28. November.

[2]) Röder Bd. I, S. 119.

leiden, sowohl etwas zu kochen, als sich gegen die Kälte zu schützen. Ich habe für mein Regiment in Breisach für mein eigenes Geld Holz kaufen wollen, es aber nicht bekommen können, und muß also sehen, daß mein Regiment mit den anderen liederlich zu Grunde geht."

„Ich darf endlich nicht unerwähnt lassen, daß wir Kaiserliche zu Fuß uns vor den Verbündeten schämen müssen, mit so schlechtem, ungleichem, unbrauchbarem Obergewehr zu erscheinen. Keine Landmiliz hat es so schlecht. Die beste Art es zu gebrauchen ist noch die, daß wir die Musketen umkehren, und, ohne zu schießen, mit dem Kolben drein schlagen. Ich bitte also, daß, wenn wir in übelem Stande und zerrissener Kleidung wider den Feind gehen sollen, uns wenigstens ein solches Obergewehr verschafft werde, welches wir zu seinem Zwecke gebrauchen können."

Die traurige Klage ist die Wiederholung dessen, was wir so oft schon unter dem Kaiser Leopold vernommen. Weil seine Hand allzu selten strafend auf diejenigen niederfuhr, welche in der Verwaltung seiner Mittel ihn betrogen: so litten seine Soldaten Kummer und Noth.

Um so eher aber erklärt dieser Zustand des Heeres, daß in dem Winter 1702 nichts wider den Kurfürsten von Bayern unternommen wurde.

Und dies allein scheint auch für ihn der Zweck seines neuen Spieles vom October 1702 an gewesen zu sein. Seine Meldung an Villars, daß er, wenn die Vereinigung gelinge, Herr und Meister in Deutschland sein werde, ist um vier Wochen später als jener Antrag an den Cardinal Lamberg, welcher im November und December in Wien, im Haag, in London berathen wurde. Jedenfalls aber wollte Max Emanuel die eine der beiden Parteien betrügen. Auch war der Hof in Versailles nicht ohne Besorgnis, daß der letzte Betrug ihm gelten werde, daß man, wie der Ausdruck lautete, den Wolf nur bei den Ohren halte [1]). Um so regelmäßiger wurden die 100.000 Thaler monatlich diesem Bundesgenossen gezahlt, auf die Gefahr hin, daß Max Emanuel, nachdem er für diese Subsidien den Winter hindurch

---

[1]) Dangeau t. IX, p. 99. — Bericht des Schweden Palmquist vom 12. November in den Robethon-Papieren des St. A. H.: Cependant on n'ose les lui retenir, puisque en ce cas on le perdrait indubitablement.

sein Heer erhalten, im Frühling umschlagen werde. Jedoch ist nach den Aeußerungen des Kurfürsten Max Emanuel vom März 1702, nach den verwegenen Entwürfen, mit welchen er demgemäß sich trug, mit Fug und Grund anzunehmen, daß derjenige Theil, den er betrügen wollte, niemals der König von Frankreich war, daß er vielmehr nur Zeit gewinnen wollte, um im Jahre 1703 zu vollbringen, was im September 1702 ihm nicht nach Wunsch gelungen war.

Das Erbieten des Kurfürsten Max Emanuel im August 1702, mit seinen Truppen nach Italien zu gehen, läßt ersehen, daß nach seiner Ansicht die Dinge dort für den Kaiser nicht glücklich standen. Wir haben den Verlauf zu überblicken seit dem Tage von Cremona, wo der Prinz Eugen zwar die Stadt nicht behalten konnte, dagegen den Marschall Villeroy gefangen mit fortführte.

Die letzte Rede des Königs Wilhelm III. an Wratislaw, vom 2. März 1702, hat uns gezeigt, wie wenig der König mit dem Plane einverstanden war, daß der Prinz Eugen ein Detachement von 12.000 Mann nach Neapel entsende. Der Kaiser ging dabei von dem Gedanken aus, daß er und sein Sohn Carl den Neapolitanern versprochen, ihre Stadt zur Residenz des letzteren als Königs zu erwählen (Band IX, S. 348). Es ist wichtig hinzuweisen auf dies Versprechen und auf die Gesinnung, aus welcher es entkeimte, weil der spätere Verlauf der Dinge sich ganz anders gestaltete. Wir können demnach schon hier sagen, daß die spätere Aenderung nicht von Seiten des Kaisers kam, nicht seiner ursprünglichen Neigung entsprach.

Um jedoch Neapel, bei aller günstigen Gesinnung der Bewohner, mit Sicherheit zu erlangen, bedurfte man einer bewaffneten Macht von 12.000 Mann. Und diese konnte, auch wenn die gewichtigen Einwände des Königs Wilhelm zu Anfang März nicht erfolgt wären, der Prinz Eugen von seiner Armee nicht hergeben. Er gebraucht in einem Schreiben an den Pater Bischoff in Wien den scharfen Ausdruck: „Wenn ich ein Verräther wäre und mit Vorsatz das bereits hier Erlangte wieder aufs Spiel setzen wollte: so würde auch ich dafür sein, das Detachement nach Neapel gleich jetzt abzuschicken, bevor

ich eine Verstärkung empfangen. Es bliebe mir dann hier eine Armee von 18.000 abgematteten, zerrissenen, unbefriedigten Soldaten, gegen welche der Feind, wenn er die Spanier und Piemontesen an sich zieht, noch in diesem Monate März an 80.000 Mann regelmäßiger Truppen in gutem Stande zusammen bringen kann" [1]).

Und von hier aus eröffnet sich uns der Einblick in eine lange Reihe schmerzlicher Klagen des Prinzen Eugen. Diejenigen über den Zustand seines Heeres den Winter hindurch entsprechen wesentlich denen, die wir von dem Markgrafen Ludwig von Baden über seine Truppen vernommen. Aber nun kam die Zeit des neuen Feldzuges heran. Der Prinz meldete unablässig nach Wien die Verstärkungen, die der Feind erhielt, und bat an jedem Posttage flehend und dringend um Nachschub auch für ihn.

Der Nachschub blieb lange aus, und was endlich verheißen wurde, war weit unter den Erwartungen [2]).

Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß zwei wichtige Unterstützungen, auf die der Kaiser für den Prinzen Eugen gerechnet, ihm entgingen, und daß die Gewisheit dieses Entgehens kund wurde erst bei bereits vorgerückter Jahreszeit. Die eine betraf die Sendung einer englisch-holländischen Flotte in das Mittelmeer, die andere ein Corps sächsischer Hülfstruppen.

Der König Wilhelm III. hatte sich der Sendung einer Flotte, auch sogar mit Landungstruppen in das Mittelmeer nicht abgeneigt bewiesen. Demgemäß ließ der Kaiser auch nach dem Tode Wilhelms III. im Haag und in London auf die Ausführung dieses Planes dringen. Wratislaw und Goes fanden indessen nicht mehr die frühere Geneigtheit. Man entzog sich ihren Anfragen. So dauerte es hin bis in den Monat Mai. Erst am 9. Mai eröffnete Marlborough dem Grafen Wratislaw: die Sendung einer Flotte nach Neapel sei definitiv abgeschlagen. Man habe einen anderen Plan entworfen, über den er sich jedoch nicht aussprechen dürfe [3]). Der neue Plan war, wie sich nachher ergeben wird, gerichtet gegen Cadix in Spanien.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 72. Vom 18. März.

[2]) A. a. O. S. 113. Vom 1. Mai.

[3]) Wratislaws Bericht vom 9. Mai.

Der Kaiser verhehlte nicht seinen Unmuth über das lange Hinhalten und den endlichen Abschlag. Er ließ durch Goes und Wratislaw im Haag und in London erwiedern, daß ihm die Nicht-Absendung einer Flotte nach dem Mittelmeere, auf die er habe hoffen dürfen, tief und schwer zu Gemüthe gehe [1]).

Zu dem Ausfalle dieser Hülfe für den Prinzen Eugen kam der andere. Der Kaiser hatte rechtzeitig mit August II. von Sachsen-Polen über die Stellung eines Hülfscorps von 8000 Mann Sachsen abgeschlossen. Sie waren bestimmt für die Armee in Italien. Aber wir haben gesehen, daß gegenüber dem Ansturme Carls XII. von Schweden August II. diese Truppen nicht absandte, sondern sie nach Polen zog, wo sie bei Clissow mit geschlagen wurden.

Aber es ist bemerkenswerth, daß der Prinz Eugen erst drei Tage vor der Schlacht von Clissow, am 17. Juli, und zwar nicht aus Wien, sondern von anderer Seite her die Nachricht erhielt, daß die 8000 Sachsen nicht zu ihm nach Italien kommen würden [2]). Diese Thatsache allein schon beweist, daß im Hofkriegsrathe in Wien nicht der erforderliche Eifer für den Prinzen vorhanden war.

Die Klage darüber geht durch alle Meldungen des Prinzen Eugen vom Jahre 1702. Ja man darf sagen, daß seine Meldungen wesentlich in Klagen bestehen, und zwar in solchen, die nicht einen Glauben an den guten Willen des Hofkriegsrathes bekunden. Er wisse, sagt er, daß man in Wien seine Unternehmungen als Kroatenritte bezeichne. „Der Hofkriegsrath, sagt er, hat mir eine Lection von leeren Speculationen gehalten, durch welche ich lernen sollte, wie mich zu defendiren." Diese Erfahrung, fügt der Prinz hinzu, steife ihn in der schon früher gehegten Ansicht, daß der Kaiser seine Berichte nicht lese [3]).

Die Aeußerung ist sehr beachtenswerth. Indem der Prinz aus der Thatsache, daß vom Hofkriegsrathe aus an ihn irgend eine Mahnung über seine Kriegführung ergeht, den Glauben faßt oder bestärkt wird in dem Glauben, daß der Kaiser seine Berichte nicht lese, ergibt sich, daß eine Mahnung solcher Art etwas Ungewöhnliches war, ein

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 25. Mai.

[2]) Bericht an den Kaiser vom 17. Juli, in dem vorgenannten Werke S. 179.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 109.

Uebergriff, den er als Feldherr sich nicht gefallen lassen wollte. Die Aeußerung ist daher eine directe Widerlegung der später aufgebrachten Tradition, daß die Operationen der kaiserlichen Feldherren abhingen von den Dispositionen des Hofkriegsrathes. Wir haben bei dem Markgrafen Ludwig von Baden eben dieselbe Erfahrung gemacht: die kaiserlichen Feldherren handelten durchaus unabhängig, im geraden Gegensatze zu den französischen Marschällen, wie Villeroy, Catinat, Boufflers, denen der König im Vereine mit Chamillart von Versailles nicht bloß allgemeine Vorschriften gab, sondern bestimmte Befehle über die einzunehmenden Stellungen im fremden Lande, und mehr als einmal Befehle, die sich als unausführbar erwiesen.

Insofern also stand der Prinz Eugen als Heerführer ungleich freier. Die Hemmnisse, die der Hofkriegsrath ihm in den Weg legte, waren anderer Art: es war der Mangel des Nachschubes an Soldaten und Kriegsmitteln. Der Verdacht des Prinzen Eugen, daß seine Berichte dem Kaiser nicht zu Gesichte kämen, führte ihn dahin, daß er in demselben Schreiben vom 24. April einem Mitgliede des Hofkriegsrathes, Namens Locher, ankündigte: er werde nach Wien gehen, um persönlich und mündlich dem Kaiser die Sachlage vorzustellen [1]). Inzwischen jedoch traf der Kaiser andere Verfügungen. Denn bereits acht Tage später, am 1. Mai, ersehen wir aus den eigenen Worten des Prinzen wiederum an denselben Locher, daß ein ausdrücklicher Befehl des Kaisers die Fortsetzung der angefangenen Privat-Correspondenz mit Locher verlange, und zwar ohne Unterbrechung [2]). Angenommen also auch, daß der Präsident des Hofkriegsrathes die Berichte des Prinzen nicht regelmäßig an den Kaiser abgegeben hätte: so war doch Leopold durch Locher und Andere von der Sachlage unterrichtet.

Der Präsident des Hofkriegsrathes war der Graf Mannsfeld. Der Prinz wußte, daß man ihn der Leidenschaftlichkeit gegen denselben beschuldige, und verantwortete sich bei seinen Freunden gelegentlich darüber in einer Weise, welche darthut, daß er sich von Mannsfeld gekränkt fühlte [3]). Die mangelhaften Antworten auf alle seine Fragen

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 110.
[2]) A. a. O. S. 116. Vom 1. Mai.
[3]) A. a. O. S. 171.

und Klagen zeugen allerdings nicht für eine willfährige Gesinnung des Präsidenten, noch für irgend welchen Eifer. Der Prinz meldet am 11. April, daß er noch von dem vorigen Feldzuge her eine Quantität aufgefangener, in Chiffern gesetzter Briefe bewahre, daß er vor Monaten schon angefragt, an wen er sie zum Zwecke der Auflösung zu schicken habe, aber keine Antwort erhalte [1]).

Allein der Kern der Sache ist, ob man den Präsidenten Mannsfeld oder den Hofkriegsrath überhaupt verantwortlich machen dürfe für den Mangel an Nachschub. Diese Frage scheint verneint werden zu müssen. Denn da der Kaiser nicht bloß auf den Hofkriegsrath angewiesen war, da er durch die zahlreichen Correspondenten des Prinzen Eugen, geistliche und weltliche, den Stand der Dinge eben so wohl erfuhr, wie aus den officiellen Berichten; da andererseits dem Kaiser gerade der italienische Krieg ganz besonders am Herzen lag: so bleibt keine andere Annahme übrig, als daß die Mittel, welche der Prinz Eugen verlangte, nicht vorhanden waren, daß man sie, auch mit gutem Willen, seinem Wunsche gemäß nicht beschaffen konnte.

Demgemäß aber wurde die Lage der Dinge für den Prinzen Eugen mit jedem Tage bedenklicher. Wir haben sie zu Ende Mai und Anfang Juni zu vernehmen mit seinen eigenen Worten aus dem Lager von Curtatone [2]).

„Die Nothwendigkeit des Nachschubes steigt von Stunde zu Stunde. Denn ich kann so nicht mehr fort und würde gezwungen sein, mit dem Ende des Feldzuges auch meinen Dienst niederzulegen. Es würde mir nicht länger möglich sein, den Kummer zu ertragen, daß ich Tag und Nacht der Sorge und Gefahr ausgesetzt bin, dem Kaiser, nebst der Reputation seiner Waffen, auch Krone und Scepter, Armee, Land und Leute zu verlieren."

„Ich melde nichts von meiner eigenen Ehre. Denn ich würde sie und meinen letzten Blutstropfen gar gern und mit Freuden zum Opfer bringen, wenn ich dadurch dem Dienste und Interesse des Kaisers auch nur im geringsten nützen könnte. Allein, wenn die Dinge

---

[1]) A. a. O. S. 91.

[2]) A. a. O. S. 143. Ich ziehe die Berichte vom 29. Mai bis 2. Juni zusammen.

gehen wie bisher, und nicht Jemand kommt, der bei Hofe sich der Militärsache mit Eifer annimmt: so muß unfehlbar alles zusammenstürzen. Bereits habe ich hier eine Anzahl Posten verloren, und es ist somit ein Theil dessen eingetreten, was ich seit so vielen Monaten bis auf diese Stunde mit Verwendung von ganzen Ries Papier geschrieben, geschrieen und protestirt habe."

„Der Feind hat alle Plätze, Magazine und andere Vortheile im Rücken. Er hat an Franzosen allein 60.000 Mann, an Spaniern und Piemontesen 15.000. Dazu wird der Herzog von Anjou mit seinem Corps von Neapel her ehestens erwartet. Wenn ich dagegen meinerseits alles zusammen rechne, so habe ich kaum 40.000; denn die bisher angelangten Truppen betragen kaum 5000 Mann. Dazu habe ich keinen festen Platz, kein sicheres Magazin, kein Geld. Aber ich habe ringsherum, links und rechts, außer Modena, Guastalla und Mirandola, heimliche und öffentliche Feinde."

„Das größte Glück zur Zeit für mich ist, daß ich hier einen Posten gefunden, in welchem ich vom Feinde nichts zu fürchten, dagegen über den Po die Communication mit den Erblanden frei habe. Aber ich muß wissen, wie ich daran bin, ob ich denn endlich noch eine Verstärkung zu erwarten habe, um danach meine Maßregeln zu treffen. Ist es denn jemals erhört, daß man mich als commandirenden General hier über ein Vierteljahr ohne positive Nachricht stecken läßt, zu des Kaisers höchstem Undienst, mit der größten Gefahr, unverantwortlicher Weise?"

So der Prinz Eugen im Beginne des Monats Juni. Dem Wesen nach blieb der Stand der Dinge derselbe noch für viele Wochen hindurch.

Es drängt sich daher die Frage heran, weshalb von französischer Seite dieses günstigere Verhältnis gegenüber dem Prinzen Eugen nicht besser ausgenutzt wurde.

Ludwig XIV. hatte anstatt des gefangenen Marschalls Villeroy sofort den Marschall Vendome nach Italien gesendet. Er traf im Hauptquartiere ein bereits am 18. Februar. Er war ein Vetter des Prinzen Eugen, ihre Mütter Schwestern, Nichten des Cardinals Mazarin. Die kriegerische Befähigung Vendomes ist von französischer Seite oft hervorgehoben, namentlich über diejenige des Villeroy gesetzt worden.

Ueberlassen wir die allgemeinen Urtheile solcher Art ihren Urhebern, und halten uns an die Thatsachen und an die Ansichten eines competenten Richters, des Prinzen Eugen.

Wenige Tage nach seiner Ankunft erstattete Vendome einen Bericht, in welchem er es für hochwichtig erklärte etwas zu unternehmen und dem Feinde entgegen zu rücken. Wenn dann dieser seine Stellung aufgebe, wie im französischen Kriegsrathe angenommen werde: so sei die Aufgabe leicht: man habe nur ihn zu verfolgen. Allein wenn er Stand halte, so sei es die Frage, ob schlagen, ob nicht. Sich zurückzuziehen, nachdem man dem Feinde zu Gesichte gekommen, entspreche nicht dem Ruhme der königlichen Waffen. Besser sei es in diesem Falle die Unternehmung nicht zu beginnen. Er erwarte den positiven Befehl des Königs, ob in jenem Falle schlagen, ob nicht [1]).

Wir sehen demnach, daß Vendome, sei es aus Ueberzeugung von der höheren Einsicht Ludwigs XIV., was kaum denkbar, sei es aus der Vorsicht im Falle eines übelen Ausganges gedeckt zu sein, gar nicht einmal selbständig handeln wollte.

Dem Könige dagegen war noch in frischer Erinnerung, was erst einige Monate zuvor, im September 1704, sein stricter Befehl an Villeroy bei Chiari nach sich gezogen. Und es war ja doch derselbe Prinz Eugen, der auch mit geringeren Kräften die Gegner zu schlagen pflegte. Der König war daher dies Mal auf seiner Hut.

„Sie fragen mich, erwiederte er, um einen bestimmten Befehl zum Schlagen, falls der Feind Ihnen Stand hält. Aber ich vermag nicht einen entscheidenden Befehl für die Angelegenheiten in Italien zu geben, wie ich in Betreff derjenigen in Belgien es könnte. Sie müssen einen Theil der Verantwortlichkeit dessen, was Sie thun, auf sich nehmen. Ich habe Sie zum Führer meiner Armee dort gewählt wegen des Vertrauens, das ich auf Grund Ihrer Erfahrung in Sie setze. Denn gemäß derselben darf ich mich überzeugt halten, daß Sie nichts zur Unzeit unternehmen, und immer sich sicher halten. Sie haben daher, ausgenommen wenn ich Ihnen genaue Befehle zugehen lasse, sich durch nichts behindern zu lassen Ihrer eigenen Einsicht zu folgen." Dann aber erörtert Ludwig XIV., daß jener Plan des

[1]) Pelet t. II, p. 178. Vom 25. Februar.

Vorrückens, welchen Vendome vorschlage, ihn von dem Hauptzwecke entferne, nämlich dem Schutze Mantuas. Er schließt mit den Worten: „Die Bewahrung Mantuas ist von solcher Wichtigkeit, daß der Commandant Tessé dafür alles wagen und bis zum Aeußersten sich halten muß. Das ist mein Befehl an ihn" [1]).

Der letzte Theil des königlichen Schreibens läßt erkennen, daß er den Vorschlag Vendomes, auf den Prinzen Eugen anzurücken, nicht gut hieß. Nicht anders auch verstand es Vendome. Er unterließ jene Unternehmung. Er ging nicht offensiv vor, weder im März, noch nachher. Die überlegene französische Macht hielt sich der schwächeren des Prinzen Eugen gegenüber in der Defensive.

Und über diesen Stand der Dinge haben wir das Urtheil des competenten Richters zu vernehmen, des Prinzen Eugen. Vom Anfange April an schildert er seine Lage mit den Worten: „Ich bin thatsächlich der Discretion des Feindes exponirt und kann ihn nicht hindern zu thun, was er thun sollte und mittelst seiner Macht thun könnte, nämlich von beiden Seiten mit gesammtem Schwalle auf mich loszudringen." Der Prinz wiederholt dies noch stärker einige Zeit später. „Hätte der Feind, wie er sollte und konnte, noch im März seine Operationen angefangen: so weiß ich nicht, wie es um die Dinge hier stehen würde, wie ich hätte Widerstand leisten, wohin zu meiner Rettung mich wenden können. Es ist also, wie ich wiederholt gemeldet, unser großes Glück, daß uns der Feind so lange Zeit und Luft gelassen" [2]).

Der Prinz Eugen ward sich darüber nicht klar, daß er, obwohl man von Wien aus ihm nicht genügenden Nachschub sandte, dennoch eine Verstärkung besaß, gewichtig, wirksam. Diese Verstärkung war seine Person, sein Name. Die Wirkung seines Namens hat sich uns gezeigt in dem Schriftwechsel Vendomes und des Königs. Vendome wollte nicht schlagen ohne Befehl, und Ludwig XIV. wollte den Befehl nicht geben, der Eine wie der Andere aus der Furcht geschlagen zu werden. Und darum unterließ Vendome die Offensive, die er, wie der Prinz Eugen schreibt, hätte ergreifen können und sollen. Das

---

[1]) Pelet t. II, p. 182.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 94 und 113.

ist für lange Monate die Charakteristik des Feldzuges von 1702 in Italien.

In diesem Stande blieben die Dinge bis nach der Ankunft Philipps V. im Hauptquartiere Vendomes, im Juli 1702. Wir haben also zunächst dem jungen Könige auf seiner Fahrt zu folgen.

Der Plan der Reise stand zwischen ihm und seinem Großvater schon im Jahre 1701 längst fest. Wir haben vernommen, daß nach der Krankheit Philipps V. auch Marie Louise keinen Einspruch mehr erhob. Aber sie gab ihren Willen kund die Reise mitzumachen [1]). Für längere Zeit war dies wie eine beschlossene Sache. Ludwig XIV. stimmte noch in einem Schreiben vom 23. Januar 1702 diesem Plane bei, und stellte vier Linienschiffe von Toulon zur Verfügung [2]). Allein dann erhob er Bedenken gegen das Mitnehmen der Königin. Das junge Paar kämpfte dagegen. Ludwig XIV. bestand. Im Beginne des Monates März entwickelte er in einem ausführlichen Schreiben eine lange Reihe von Gründen, weshalb die Königin in Spanien bleiben müsse. Der hauptsächliche darunter ist die, wie er sagt, allgemeine Annahme in Madrid, daß die Reise des königlichen Paares den Entschluß ankündigen würde, Spanien dem Hause Oesterreich zu überlassen [3]).

Philipp V. fügte sich dem Befehle des Großvaters, und Louville schrieb für ihn an Ludwig XIV. den betreffenden Brief in der üblichen Redeweise der Franzosen jener Zeit. „Es gibt kein Vergnügen, sagt darin Louville-Philipp V., welches ich nicht willig demjenigen opferte, die Deutschen aus Italien zu jagen. Denn das ist die Sache, die allein mich beschäftigt und völlig in Anspruch nimmt“ [4]).

Eben jenen Grund, welchen Ludwig XIV. wider die Mitnahme der Königin geltend machte, hielten Portocarrero und seine Partei der Reise überhaupt entgegen. Um diese abzuwenden, ließ der Cardinal

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 220.

[2]) Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 81. — Man vgl. dazu Louville t. I, p. 227. — Dangeau t. VIII, p. 298.

[3]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 84.

[4]) A. a. O. p. 90.

die Mittel zum Unterhalte des Hofes in Barcelona nur spärlich verabreichen [1]). Indessen der Gehorsam für den Befehl Ludwigs XIV. gab dem Könige Philipp V. zugleich den festen Stützpunct gegen die Partei Portocarrero. In einem Schreiben an den Cardinal erklärte er, daß er, um den Wünschen der Spanier zu genügen, die Königin in Spanien belassen und nach Madrid zurücksenden wolle. Er forderte regelmäßige Zahlung dessen, was sein Hof bedürfe, und verbat sich jeglichen ferneren Einwand wider seine Reise [2]).

Die Junta der Regentschaft bestand, unter dem Vorsitze der Königin, aus dem Cardinal Portocarrero, Don Manuel d'Arias, dem Marquis Villafranca, den Herzögen Montalto und Medina-Celi. Wichtiger indessen als eine dieser Persönlichkeiten wurde nach und nach die Oberstthofmeisterin, die Prinzessin Orsini. Wir haben aus ihren Worten vernommen, mit welcher Absicht sie nach Spanien gekommen war.

Eine andere Persönlichkeit, die ihrem Range gemäß eine Berücksichtigung erwarten durfte, war der Graf Melgar, Admiral von Castilien. Der Cardinal Portocarrero gab den Franzosen einen neuen Beweis seines beschränkten Blickes, indem er öffentlich aussprach den Admiral ganz für seine Ansichten gewonnen zu haben. Die Franzosen in der Umgebung Philipps V., von Versailles her über die früheren Wandlungen des Admirals besser unterrichtet, riethen ihn unschädlich zu machen durch die Uebertragung der spanischen Botschaft in Paris. Demgemäß ernannte Philipp V. den Admiral zum Botschafter [3]). Der Admiral traf seine Vorbereitungen zur Abreise. Nur war das Ziel derselben, wie sich später ergeben wird, nicht Paris, noch überhaupt Frankreich.

Am 8. April 1702 lichtete das Geschwader Philipps V. in Barcelona die Anker. Acht Tage später landete er im Golfe von Neapel, und zog in die Hauptstadt ein.

Dort war auf den Herzog von Medina-Celi derjenige von Escalona als Statthalter gefolgt. Ein französischer Bericht beschreibt ihn als einen Gelehrten, der sich den Tag über in seine Bibliothek

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 226.

[2]) Das Schreiben bei Lamberty t. II, p. 187. Vom 22. März.

[3]) Louville t. I, p. 234.

verschließe, um Reformen nicht kümmere, vielmehr durch seine Habgier die Lasten des Volkes erschwere [1]). Aber er war gedeckt durch eine französische Besatzung in Neapel. In jedem Falle war die Stimmung in Neapel für Frankreich nicht geneigter geworden. Louville räth in seinem ersten Berichte an Torcy, die Besatzung zu verstärken, weil, wie er sagt, die Neapolitaner Respect haben vor der Kraft. Der Euphemismus läßt den wirklichen Stand der Dinge errathen. Er legt sich uns klarer dar in einem Manifeste, welches unter dem Namen des Herzogs von Castelluccia ausging [2]). „Man hat kein Recht, heißt es darin, uns, die wir uns an der Erhebung vom September 1701 betheiligt, wie Rebellen zu behandeln. Denn zuerst möge man mir sagen: wer ist König von Neapel? Wer hat das Recht, nach Carl II., dessen Linie mit ihm erloschen ist, einen König von Neapel einzusetzen? Wer durfte das Recht des Hauses Habsburg auf das Haus Bourbon übertragen? Wo ist die Belehnung, die dem Acte der Huldigung vorhergehen muß? Der Papst hat sie nicht gegeben. Es stand nicht einem spanischen Statthalter Medina-Celi zu, mittelst einer Cavalcade durch die Stadt Neapel uns einen neuen König zu ernennen. Das Königreich hat noch keinen anerkannten Herrn. Wir Neapolitaner aber wollen als unseren König den Erzherzog Carl, gemäß seinem unanfechtbaren Rechte und entsprechend unserem Interesse. Auf unsere Bitte, die sich stützte auf die Zustimmung der Stände des Königreiches, hat der herrliche, fromme römische Kaiser Leopold, der Träger des Rechtes der Erbfolge im Hause Habsburg, diesen seinen Sohn, den Erzherzog Carl, uns zum Könige bestimmt, und ihm Neapel zur Residenz angewiesen. Es ist unser Interesse, nicht mehr der Habgier eines spanischen Ministers preis gegeben zu sein, der die Privilegien, welche der römische Kaiser Carl V. und seine Nachfolger uns verliehen und bestätigt, nicht kennt, noch achtet, der dagegen dem Volke unerschwingliche Lasten aufbürdet, um unser Geld außer Landes zu senden. Es ist unser Interesse unseren eigenen König zu haben, der diesen Jammer von uns nimmt, der uns nicht Fremden zur Beute sein läßt, der uns einen reichen Handel eröffnet, und für eine gute Rechtspflege Sorge trägt. Darum haben wir die Erhebung vom September

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 239. Bericht an Torcy, vom 24. April.
[2]) Abgedruckt bei Lamberty t. XI, p. 379 et suiv.

unternommen, und wir, die Unternehmer, die wir nach allgemeiner Kenntnis die Mittel zum behaglichen Leben besitzen, bürgen eben dadurch dafür, daß nicht ein Interesse des Eigennutzes uns getrieben, sondern unser Eifer für das Gemeinwohl. Auch war es weder unsere Absicht Blut zu vergießen oder Schaden zuzufügen, noch hätte dies den Intentionen des durchlauchtigen Erzherzogs entsprochen. Vielmehr hatte er uns anempfohlen, jegliches Unrecht wider Gott und den Nächsten zu meiden, die Kirchen zu ehren, die Frauen zu schützen, und zu handeln frei von aller Leidenschaft. In diesem Sinne ward unser Werk unternommen. Es ist mislungen. Aber darum bleibt unsere Hoffnung. Wir werden es wieder unternehmen, so bald sich eine Aussicht des Gelingens bietet."

Diese Schrift war bereits im December 1701 ausgegangen. Während des Aufenthaltes von Philipp V. in Neapel ward eine andere im gleichen Sinne kund. Es verbreitete sich nämlich das Gerücht, daß Philipp V. den Huldigungseid einfordern wollte. Eine Reihe vornehmer Neapolitaner erhob darauf in formeller Weise Protest gegen jeglichen Regierungsact des Herzogs von Anjou, mit nachdrücklicher Hervorhebung, daß Niemand als König von Neapel eine Huldigung verlangen dürfe, der nicht zuvor vom Papste als Oberlehnsherrn die Belehnung empfangen habe [1]).

Hier lag der Stein des Anstoßes für beide Theile. Clemens XI. hatte weder den dringenden Wünschen des Kaisers in Betreff der Belehnung für den Erzherzog Carl nachgegeben, noch zeigte er, obwohl unter dem Drucke der französischen Uebermacht er den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien begrüßen ließ, darum eine Bereitwilligkeit, dem Bourbon die Belehnung mit Neapel und Sicilien zu ertheilen. Er schob hinaus.

Nach der Lage der Dinge aber gereichte bei der Anwesenheit Philipps V. in Neapel dieses Hinausschieben den kaiserlich gesinnten Neapolitanern zu einer festen Stütze. Um dieselbe zu brechen, fand der französische Botschafter in Rom, der Cardinal Janson Forbin, ein besonderes Mittel, entsprechend der gesammten Politik seines Königs in der Angelegenheit der spanischen Erbfolge.

---

[1]) Der Protest bei Lamberty t. II, p. 189. Vom 31. April 1702.

Ludwig XIV. selber zuerst hatte, nach der Abreise seines Enkels nach Spanien, am 8. December 1700, vor seinem Hof in Marly die Behauptung ausgesprochen, daß der Papst Innocenz XII. im Sommer 1700 dem letzten Habsburger in Spanien auf dessen Anfrage den Rath ertheilt habe, den Herzog von Anjou zum Erben zu ernennen. (Man vergleiche Bd. IX, S. 33 u. f.) Wir haben den eigentlichen Hergang in Betreff der Anfrage Carls II. und der Antwort des Papstes Innocenz XII. kennen gelernt zum Jahre 1700. (Band VIII, S. 504 u. f.)

Jene französische, mit den Thatsachen unvereinbare Behauptung vom 8. December 1700 gleich damals, über den engen Kreis des Hofes von Marly hinaus, in die Welt zu schleudern, mag als allzu gewagt erschienen sein. Die Thatsache der Behauptung jedoch ist der erste Ansatz der Tradition, die man zu bilden vorhatte. Im April des Jahres 1702 trat, auf Veranstalten des Cardinals Janson Forbin, in Rom eine Schrift mit der weiter entwickelten Tradition hervor.

Den Anlaß dazu gab das erwähnte Manifest des Herzogs von Castelluccia, welches rechtlich seine feste Basis hatte in der nicht erfolgten Belehnung von Seiten des Papstes. Ueber diese Thatsache war nicht hinwegzukommen. Deshalb suchte man von französischer Seite die Beweisführung jenes Manifestes durch ein Gegenmanifest zu entkräften. In diesem Gegenmanifeste zuerst tritt die von Ludwig XIV. beabsichtigte Tradition formell fertig auf, nämlich das vermeintliche Schreiben Carls II. an den Papst Innocenz XII. mit der Bitte um seinen Rath, und die vermeintliche Antwort von Innocenz XII. zu Gunsten des Herzogs von Anjou, mit dem Beifügen, daß drei noch lebende Cardinäle durch ihr Gutachten diesen Rath gestützt. Das Manifest nannte die drei Namen nicht: den Kundigen in Rom waren sie kein Geheimnis. Aber es blieb dann noch immer die Thatsache, daß Clemens XI., der als Cardinal Albani mit betheiligt war an dem Gutachten, auf Grund dessen Innocenz XII. seinen Rath gegeben haben sollte, nun dem Könige Philipp V. die Belehnung mit Neapel nicht ertheilte. Das französische Gegenmanifest sagte darüber: es existire ein Breve des Papstes Clemens XI. an den Cardinal Cantelmi in Neapel, welches mit klaren Worten besage: die Belehnung sei dem Könige Philipp V. bisher nicht ertheilt aus

geheimen Gründen, nicht aus einem Mangel der Gerechtigkeit seiner Sache. Die Belehnung könne aber insofern als geschehen betrachtet werden, daß der Papst seine Geneigtheit dazu offenbart habe [1]), so daß, wenn sie auch nicht ausdrücklich gegeben, doch stillschweigend bewilligt sei.

Der Plan, so treulos wie verwegen, war augenscheinlich darauf berechnet, daß der Papst Clemens XI., bei seiner dem Cardinal Janson Forbin wohl bekannten Furchtsamkeit, einen offenen Protest, einen Widerspruch nicht wagen werde. Wenn diese Berechnung sich als richtig erwies, wenn Clemens XI. durch Schweigen dem französischen Manifeste seine Zustimmung zu geben schien: so blieb dem neapolitanischen Adel kein Halt mehr übrig. Er konnte sich, gemäß den Erklärungen der eigenen Wortführer, der Forderung, den Huldigungseid für Philipp V. zu leisten, nicht mehr entziehen. Auf den Papst Clemens XI. also kam es an.

Damals hatte sich das Verhältnis zwischen Papst und Kaiser bereits dahin gelockert, daß der Kaiser, am 4. April, dem Botschafter Lamberg die Weisung zusandte: da der Nuntius in Wien keine Audienz mehr erhalte: so solle auch Lamberg einstweilen um eine solche nicht ansuchen [2]). Es war also für Lamberg schwer, den Papst über jene Behauptungen zu befragen. Allein die Beschwerde Lambergs gelangte dennoch an den Papst. Clemens XI. ließ den Abbate Tucci kommen, der zu der kaiserlichen Botschaft in Beziehung stand, gab ihm Einsicht in ein von ihm eigenhändig abgefaßtes Schriftstück und gebot ihm dasselbe abzuschreiben [3]). Es enthielt: „In Betreff dessen, was (in dem französischen Manifeste) über die Ereignisse unter dem vorigen Papstthume berichtet wird, ist etwas Weniges wahr, aber sehr Vieles falsch. Wenn man veröffentlichen dürfte, was Wahres daran ist: so würde in keiner Weise daraus dem Gedächtnisse jenes heiligen Papstes ein Vorwurf erwachsen. Die Ehre und das Gewissen jedoch gebieten zu schweigen, und es möge genügen mit Wahrheit zu sagen, daß weder die Anfrage Carls II., noch die Antwort des Papstes Innocenz XII., so lauteten, wie das Flugblatt angibt".

---

[1]) Mentre S. S. propalavit animum suum.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 4. April.

[3]) Anlage II.

So die Antwort des Papstes Clemens XI. in Betreff seines Vorgängers. Nicht minder jedoch vertheidigt er dann auch sich selbst. Drängen wir seine Worte zusammen.

„Die Behauptung, daß ein päpstliches Schreiben an den Cardinal Cantelmi existire, des Inhalts, daß die Belehnung Philipps V. mit dem Königreiche Neapel unterblieben sei aus geheimen Gründen, nicht wegen eines Rechtsmangels, ist eine Unwahrheit. Um augenscheinlich darzuthun, daß diese Behauptung falsch, genügt es, den Cardinal Cantelmi zu fragen, ob er ein solches Schreiben besitze. Sein Zeugnis wird durchschlagend sein."

Dann erörtert Clemens XI. weiter, wie dies Gerücht entstanden sein könne, und gibt dabei die Richtschnur des Verhaltens von seiner Seite an. Er wie seine Minister pflegten auf die ihnen gemachten Anfragen zu erwiedern, daß er die Belehnung weder dem Könige Philipp V., noch einem Anderen abgeschlagen habe. Denn ein Anderes sei das Abschlagen, ein Anderes das Verschieben der Entscheidung bis nach erfolgter Prüfung der Rechtsgründe. Wenn einer seiner Minister in diesem Sinne an den Cardinal Cantelmi geschrieben: so könne dies nicht aufgefaßt werden wie ein Eröffnen seiner Geneigtheit nach einer Seite hin, sondern lediglich als der Wille, der Gerechtigkeit Genüge zu thun, und in dieser schwierigen Frage zu handeln mit Zustimmung und Rath der Cardinäle. Bis zur Stunde habe der Papst die Belehnung mit Neapel weder ausdrücklich, noch stillschweigend zugesagt. Diejenigen, die aus dem Verbleiben des Nuntius in Neapel eine stillschweigende Bewilligung der Belehnung herleiten wollen, wissen oder bedenken nicht, daß der Nuntius in Neapel eine besondere Stellung habe, abweichend von derjenigen anderer Nuntien, indem ihm als Nuntius des apostolischen Stuhles obliege, die Gerechtsame desselben dort zu wahren.

Der kaiserliche Botschafter machte sofort von diesem päpstlichen Schreiben Gebrauch. Ein neues Flugblatt ging aus, dessen hauptsächliche Kraft in den angeführten eigenen Worten des Papstes Clemens XI. bestand.[1]) Das Flugblatt schließt mit dem Ausdrucke des Abscheues

---

[1]) Der Titel ist: Risposta alla risposta data al Manifesto del Duca di Castelluccia. — Der zweite Theil des päpstlichen Schreibens ist an weniger erheblichen Stellen darin verkürzt. — Es ist sehr merkwürdig, daß in den Mémoires

über die Verwegenheit des Menschen, der es gewagt habe, eine solche Fälschung in die Welt zu bringen.

Dieser verwegene Mensch, der in solcher Weise die Ehre zweier Päpste antastete, eines verstorbenen und des lebenden, und nicht minder diejenige des verstorbenen Königs von Spanien, war der französische Cardinal Janson Forbin. Seine Fälschung hatte damals keinen Erfolg, weil der lebende Papst nicht, wie der Cardinal gehofft haben mag, aus Furcht die Lüge über sich ergehen ließ, sondern dagegen sich aufraffte, und die Nichtigkeit derselben nachwies. Der Zweck Janson Forbins war verfehlt. Die unwahren Beschuldigungen hatten dadurch, daß sie den Widerspruch des Papstes hervorriefen, nur dazu gedient, die Neapolitaner in ihrer abgeneigten Haltung wider Philipp V. zu steifen. Für sich persönlich trug Janson Forbin bei denen, die um seine Urheberschaft wußten, die Schande und den Spott davon.

Und dennoch, obwohl so scharf und nachdrücklich zurückgewiesen, waren weder Janson Forbin, noch Ludwig XIV. Willens, auf diese nützliche Lüge zu verzichten. Die Lüge war nützlich, weil sie das ungeheuere Verbrechen an dem todeskranken Könige Carl II. von Spanien verhüllte, weil sie dagegen das erschlichene Testament, dessen Annahme durch Ludwig XIV. die unendliche Kette namenloser Leiden über die Völker brachte, in den Augen der Franzosen und Spanier erscheinen ließ als conform mit dem Urtheile der höchsten moralischen Macht auf Erden. — Janson Forbin daher, nicht zurückgeschreckt durch die gemachte Erfahrung, übergab dem jungen Könige Philipp V. die Abschriften der betreffenden Briefe, welche, nach seiner Behauptung, der König Carl II. und der Papst Innocenz XII. einander gesendet hatten. Es ist daher sehr möglich und wahrscheinlich, daß Philipp V. und seine Umgebung fortan in dem guten Glauben lebten [1]). Ludwig XIV. dagegen harrte einer anderen günstigeren Gelegenheit, und wir werden erfahren, daß er zwei Jahre später einen anderen seiner Diener, den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, willig erfand, unter seinem Namen der Welt die Fiction zu verkünden.

---

de Louville, der doch Zeuge und Theilnehmer der Vorgänge war, diese nicht erwähnt werden.

[1]) Anlage III.

Hatte der Papst Clemens XI. in dieser Angelegenheit fest gehalten und dadurch seine und seines Vorgängers Ehre bewahrt: so ward doch dadurch das Verhältnis mit dem Kaiser, wie es im ersten Jahre des Papstthumes von Clemens XI. bestanden, nicht hergestellt. Die Nachgiebigkeit des Papstes gegen französische Forderungen zeigte sich namentlich in der Behandlung, welche kaiserlich gesinnte Neapolitaner erfuhren, sowohl in Neapel als auch in Rom. Der Botschafter Lamberg vergleicht die Behandlung, welche namentlich die religiösen Orden in Neapel erlitten, mit der Verfolgung der Christen unter Diocletian. Der Papst ließ geschehen. Ein römisches Gericht, unter dem Einfluße des Cardinals Janson Forbin, wie Lamberg direct zu dem Papste aussprach, verurtheilte den Marchese del Vasto, Feldmarschall des Kaisers, zum Tode. Das Urtheil ward nicht vollzogen, weil der Kaiser in Rom kund thun ließ, daß der Kopf des Marschalls Villeroy ihm für denjenigen del Vastos hafte. Aber eben so wenig fand die Forderung des Kaisers auf Genugthuung für del Vasto bei dem Papste Gehör [1]).

Ganz besonders aber und in der für die allgemeinen Angelegenheiten wichtigsten Weise fand die Furcht des Papstes Clemens XI. ihren Ausdruck in dem Beharren bei dem Vorsatze, zum Zwecke der Friedensvermittelung außerordentliche Nuntien auszusenden. Der Gedanke war, wie wir seiner Zeit gesehen, bei ihm entkeimt aus dem von französischer Seite in ihm erweckten Irrthume, daß Wilhelm III. von England in geheimer Correspondenz mit Ludwig XIV. stehe, und bereit sein würde zum Frieden, wenn Ludwig XIV. sich von dem Prinzen Jacob Stuart lossage und Belgien opfere. Clemens XI. hielt an dieser Meinung bis zum Tode Wilhelms III. Auf die Nachricht desselben sagte er zu Lamberg: „Ihr Herren habt immer verlangt, daß ein außerordentlicher Nuntius einen bestimmten Friedensvorschlag in Wien vorlegen müsse: jetzt kann ich sagen, daß, wenn der Prinz von Oranien länger gelebt hätte, in diesem Jahre der Friede abgeschlossen sein würde". Er erging sich dann weiter in Betrachtungen über die Neigung der Franzosen zu Extremen, und bemerkte,

[1]) Die Angelegenheit del Vastos füllt eine lange Reihe der Berichte des Botschafters Lamberg.

daß sie demgemäß nunmehr minder willig sein würden. Er redete über den Oranier, und zwar von dem Standpuncte der französischen Vorurtheile aus, die ihm einen Eigennutz und eine Herrschsucht beimessen, welche Wilhelm III. nicht besaß. Doch zollte dann Clemens XI. dem Oranier die Anerkennung, daß er ein Mann gewesen sei von großer Begabung, unter dem die Katholiken, wenn nicht das Staatsinteresse ihn nöthigte anders zu verfahren, in voller Freiheit hätten leben können. Er schloß mit der Wiederholung seines Irrthums: er habe sichere Kunde, daß der König von Frankreich mit Wilhelm III. eine geheime Correspondenz unterhalten habe [1]).

Allein, obwohl die Besorgnis des Papstes vor einer besonderen Einigung von Frankreich und England, auf Kosten des von ihm anerkannten Sohnes von Jacob II., nun auch bei ihm nicht mehr bestand, so hielt er dennoch fest an seinem Plane, außerordentliche Nuntien auszusenden. Er stand als geborener Römer ganz unter dem Drucke derselben Hoffnungen und Befürchtungen wie seine Landsleute. Wie diejenigen Edelleute in Rom, welche neapolitanische Lehen besaßen, auf die Kunde der Landung des Philipps von Anjou in Neapel das bis dahin beibehaltene Wappen des Hauses Habsburg von ihren Häusern abnehmen und statt dessen das bourbonische befestigen ließen: so gab sich bei Clemens XI. der verwandte Gedanke kund in den Worten zu Lamberg: er fasse nicht, daß der Kaiser, wo ihm Geld und Kriegesmittel fehlten, dennoch von einer Beilegung nichts hören wolle [2]).

Demgemäß erhielt der Nuntius in Köln den Auftrag, sich als außerordentlicher Nuntius nach Wien zu begeben, wo Davia als ordentlicher Nuntius weilte. Auf die Mittheilung ließ der Botschafter Lamberg dem Papste erwiedern, daß der Kaiser diesen außerordentlichen Nuntius weder annehmen könne noch wolle. Lamberg berichtete dagegen nach Wien, daß die Instruction für Spada entworfen sei von dem Cardinal Janson Forbin. Der Bischof von Raab, der sich in Köln befand, rieth im Namen des Kaisers dem Nuntius ab von dieser Reise.

---

[1]) Lambergs Bericht vom 8. April, entsprechend in Relazione del conte di Lamberg, f. 190b: Aveva scienza sicura che la Francia coltivava con lui segrete corrispondenze.

[2]) A. a. O. f. 205.

Spada beharrte bei seinem Auftrage. Er begab sich nach Passau. Dort mahnte der Cardinal Lamberg, Principal-Commissär des Kaisers am Reichstage: Spada möge den Gedanken einer Reise nach Wien aufgeben. Spada stand nicht ab, sondern richtete von Passau aus ein Schreiben an den Kaiser mit der Ankündigung, daß er sich im Auftrage des Papstes nach Wien begeben werde.

Der Kaiser legte das Schreiben der Conferenz seiner Räthe vor. Sie kamen zu dem Schlusse: der einzige wirkliche Zweck dieser Sendung sei, bei den Seemächten ein Mistrauen wider den Kaiser zu erwecken. Darum sei eine erneuete Protestation zu erheben, nicht jedoch an Spada zu richten, sondern an den ordentlichen Nuntius Davia und direct nach Rom. — Der Kaiser schrieb darunter: „Ich approbire dieses Gutachten in allem, und es soll schleunigst vollzogen werden“ [1]).

Der Botschafter Lamberg, dem der Kaiser damals bereits untersagt hatte, um eine Audienz zu ersuchen, reichte dem Papste eine Denkschrift ein. Er berichtete das Verhalten des Nuntius Spada, der ungeachtet aller Abmahnung dennoch von Passau aus eine solche Absicht kund gethan. Er entwickelte, daß die Bedenken des Kaisers gegen die Aussendung von außerordentlichen Nuntien sich seit dem ersten Kundwerden nicht verringert, sondern vermehrt. Denn erst seitdem seien in Rom die zahlreichen Parteilichkeiten zu Ungunsten des Kaisers und zu Gunsten des Königs von Frankreich geschehen. Er zählte sie auf. „Dies, fuhr er fort, sind eben so viele Verstöße gegen die Autorität des Kaisers. Aber es geschieht noch mehr als das. Niemals hat der apostolische Stuhl einen mehr ergebenen, getreuen, willfährigen Sohn gehabt als den Kaiser. Das Versprechen des Kaisers an die Seemächte, eine Sendung außerordentlicher Nuntien nicht zulassen zu wollen, ist Ew. Heiligkeit kund gethan. Der Kaiser hat dies Versprechen gegeben, um jeglichem Mistrauen seiner Verbündeten zuvorzukommen, und in der eigenen Ueberzeugung, daß von einer solchen Sendung, weil eingerathen aus böswilliger List der Feinde, kein Heil, sondern nur Schaden zu erwarten. Wie daher in Folge der nicht unparteiischen Haltung des päpstlichen Stuhles bereits vorher dem ordentlichen Nuntius die Audienz versagt worden ist: so darf sie einem

[1]) Conferenz-Protokoll vom 8. Juli.

außerordentlichen Nuntius in so hochwichtigen Angelegenheiten noch weniger gewährt werden. Und zwar dies um so mehr, da der Kaiser aus sicherer Quelle weiß, daß die Instruction für den Nuntius Spada verfaßt ist von dem Cardinal Janson Forbin, dessen Trachten nach seiner Gewohnheit nur dahin gerichtet ist, durch Mistrauen und Zwietracht die Verbündeten von dem Kaiser zu trennen. Wenn Ew. Heiligkeit mit gerechtem und unparteilichem Auge als gemeinsamer Vater diese Dinge erwägen: so werden auch Sie anerkennen, daß der Kaiser die Zulassung des außerordentlichen Nuntius, als nachtheilig für das Gemeinwohl und insbesondere für die Sache seines Erzhauses, nicht bewilligen durfte" [1]).

Bereits einige Wochen zuvor hatte Lamberg im Auftrage des Kaisers den Papst Clemens XI. vor dem Cardinal Janson Forbin in der nachdrücklichsten Weise gewarnt. Der Kaiser bat den Papst, unparteilich zurückzublicken auf die Laufbahn des Cardinals: er werde dunkele Flecken auf derselben finden. Der Papst möge die Briefe wieder lesen, welche der Kaiser etwa zwölf Jahre zuvor an den Papst Alexander VIII. gerichtet: die Kenntnis der Handlungen des Janson Forbin werde ihn mit Schauder erfüllen. Treibe der Cardinal die Dinge weiter, so werde der Kaiser die Thatsachen öffentlich machen, und Anderes aus seiner Kunde hinzufügen, was, häßlich an einem Geistlichen und einem Manne von Ehre, den Namen des Cardinals Janson und desjenigen, der ihn in seinem Thun aufrecht halte, dem dauernden Abscheu der Welt preis geben werde [2]).

Daß dennoch diesem Cardinal Janson Forbin eine der ärgsten Handlungen, die er vollbracht, die Fälschung der Briefe Carls II. von Spanien und des Papstes Innocenz XII. im Sommer 1700, bei der

---

[1]) Relazione di Lamberg f. 235.

[2]) Relazione di Lamberg f. 194[b]: Che disappassionamente considerasse la condotta del Cardinale Janson in tutto il suo ministerio, e la trovarebbe macchiata di note, che oscurano il suo stato. Che S. B. facesse una rivista delle lettere Cesaree scritte dodici e più anni sotto al suo Antecessore, ed inorridirebbe in sentire le di lui azioni. Che non la tentassero di vantaggio, altrimente non solo le darebbe fuora, mà vi aggiungerebbe altre notizie, che tiene in suo Cesareo potere, che sendo detestabili in un' Ecclesiastico ed in un uomo di onore, metterebbero alla perpetua esecrazione del Mondo ed il Cardinale Janson e chi sostiene e tollera il di lui male operare.

Nachwelt für lange Zeiten hinaus gelingen würde, konnte im Jahre 1702 der Kaiser nicht ahnen.

Clemens XI. war zu weit gegangen, als daß er den Mahnungen des Kaisers gegenüber zurück konnte. Ueberblicken wir hier noch einmal in kurzen Zügen sein gesammtes Verhalten.

Der Grundgedanke, von welchem er ausging, war durchaus der richtige: er als der Papst, als der gemeinsame Vater der Christenheit, war der berufene Friedensvermittler. Aber die Lösung dieser Aufgabe erforderte vor Allem zwei Eigenschaften: Offenheit und Muth. Anstatt die erstere zu beweisen, suchte Clemens XI. lange Monate hindurch so zu laviren, daß beide Theile ihn für sich günstig glaubten. (Man vgl. Bd. IX, S. 58 und 352.) Zugleich wirkte in ihm die Furcht vor den Waffen des einen oder des anderen Theiles. Seit dem Mislingen der Erhebung in Neapel, im September 1701, überwog die Furcht vor der Uebermacht Frankreichs. Es kam dazu seine aus der Unkenntnis der Thatsachen entspringende Uebereilung, nämlich die Zustimmung zu der französischen Anerkennung des Prinzen Stuart als Jacob III. von England. Es kam ferner dazu die französische Arglist, die ihm die Fiction einer geheimen Unterhandlung der Könige Ludwig XIV. und Wilhelm III. als eine Thatsache vorspiegelte. Indem Clemens XI. darauf einging, verfing er sich in die von der französischen Politik ihm gelegte Schlinge. Um seine Aufgabe als Vermittler zu lösen, drückte er auf den vermeintlich Schwächeren, den Kaiser, und ward sich nicht klar darüber, daß jeder Schritt, den er von da an in dieser Sache that, im Interesse Frankreichs war, und daß er darum den Kaiser von sich hinweg drückte.

Und so blieb es fortan. Der Botschafter Lamberg hatte einige Monate zuvor dem Papste die Mahnung zugerufen: „Wenn die eine oder die andere Macht geneigt wäre, künftighin für die Herstellung des allgemeinen Friedens die Vermittelung des Papstes anzunehmen: so würde der jetzige Plan, außerordentliche Nuntien ohne ein bestimmtes Angebot zu entsenden, dieser Neigung durchaus schädlich sein". Clemens XI. hatte diese Warnung nicht vernehmen wollen. Er hatte den außerordentlichen Nuntius Spada entsendet. Und dann war geschehen, was Clemens XI. nicht für möglich gehalten hatte: der getreueste Sohn der Kirche, der römische Kaiser Leopold, hatte an der Grenze seines Landes diesen Nuntius zurückgewiesen.

Clemens XI. also, in seinem Eifer für die Friedensvermittelung, verlor sie durch seinen Mangel an Offenheit und Muth, durch seine Furcht vor Frankreich, und durch die Täuschungen, in welche die Politik dieser Macht ihn zu verstricken wußte. Die wichtigste dieser Täuschungen war diejenige über das Verhältnis dieser Politik zu dem Hause Stuart und zu England.

Die Nachtheile, die aus diesem Verhalten des Papstes Clemens XI. für die Christenheit erwuchsen, reichen weit hinaus über ihn und die damalige Zeit. Der Papst, kraft seines Amtes als das Haupt der Kirche, ist der von Gott berufene Vertreter des Friedens der Völker, und darum der Vermittler zwischen den Mächtigen der Erde. So im Normalzustande der Christenheit. Der Papst Clemens XI. verlor nicht bloß für sich persönlich die Befähigung diesen Beruf zu bethätigen: die Folge war, daß seine Zeitgenossen sich des Gedankens an diesen Beruf entwöhnten. Bis auf ihn hatten wenigstens die katholischen Fürsten Europas diesen Beruf des päpstlichen Stuhles nicht angezweifelt. Die Nachfolger des Papstes Clemens XI. haben für die Bethätigung dieses ihres Berufes, der dennoch untrennbar ist von ihrem Amte, und dessen Anerkennung darum die christlichen Völker des Erdkreises das Recht haben zu verlangen, keine Willigkeit mehr gefunden.

Dennoch würde die Behauptung, daß der Papst Clemens XI. darum positiv französisch gewesen sei, nicht gerechtfertigt sein. Wir haben seine an Lamberg gerichtete Frage vernommen, ob man denn von ihm glauben könne, daß er die Völker Europas in Eine Heerde unter Einem Hirten verwandelt zu sehen wünsche.

Namentlich aber und vor allen Dingen war Clemens XI. als das Oberhaupt der Kirche nicht Willens, die Uebergriffe Ludwigs XIV. und seiner Diener in die kirchliche Autorität zu gestatten oder auch nur schweigend hinzunehmen. Eben damals, wo sein Verhalten bei Vielen die Besorgnis hervorrief, daß der päpstliche Stuhl der politischen Macht des Hauses Bourbon dienstbar werden könne, richtete er an Ludwig XIV. eine nachdrückliche Mahnung. „Die Uebelstände dort, sagt er, verletzen die Autorität der Kirche, gereichen der Norm der kanonischen Vorschriften zur Verachtung, dem heiligen römischen Stuhle zur Kränkung, und verletzen das ihm von dem Herrn der Kirche verliehene Amt der Schlüssel. Daher vermögen wir ohne Gefahr der

eigenen Seele und ohne die Furcht des göttlichen Zornes nicht länger dabei zu schweigen, sondern wollen nach unseren Kräften erfüllen, was unser oberhirtliches Amt von uns fordert, und was auf unser demüthiges Flehen das Licht der göttlichen Gnade uns zu thun anweist. Darum mahnen wir Dich, daß Du das Uebel hinweg thust vom Hause des Herrn, daß Du, ohne Verzug, das Unrecht durch einen schnellen und hochherzigen Entschluß aufhebst, daß Du der Kirche ihre früheren Würden und die zur Zeit verletzten Rechte wieder herstellst, und daß Du dadurch uns befreiest von der schwer auf uns lastenden Bekümmernis" [1]).

Es würde zu weit führen, weiter auf die Einzelnheiten der Mahnung einzugehen. Es kommt hier nur an auf die Charakteristik des Verhältnisses. Dieses ist, daß da, wo Clemens XI. als das Oberhaupt der Kirche und nur als solches auftritt, seine Rede nicht verschieden ist von derjenigen seiner Vorgänger, nicht verschieden von derjenigen, die mit höchstem Unmuthe Ludwig XIV. so oft von Innocenz XI. vernommen.

Aber wir haben auch aus den Worten Ludwigs XIV. zu seinem Enkel vernommen, welches Ziel in Betreff des päpstlichen Stuhles er fortan sich setzte: die Besetzung desselben nach dem Willen des Hauses Bourbon. Wenn nämlich es diesem gelang, das gesammte spanische Erbe zu behaupten.

Das hauptsächliche Hindernis, welches der dauernden Begründung der bourbonischen Herrschaft über Neapel und Sicilien entgegen stand, war das Hinausschieben der Frage der Belehnung von Seiten des Papstes Clemens XI. Um dieses Hindernis zu überwinden, wurde der Marquis Louville von Neapel aus nach Rom entsendet, in den letzten Tagen des Monats April 1702 [2]).

Louville beobachtete, welche Mittel der französische Botschafter Janson Forbin, und der spanische, Uzeda, anwendeten, um auf den römischen Hof zu wirken. „Sie hatten die eigenthümliche Methode, sagt er, überall und oft an voller Tafel vor ihrer Dienerschaft zu wiederholen: que le pape était un fripon, que les cardinaux

[1]) Das Breve gedruckt bei Lünig: Litterae procerum Europae t. III, p. 797.
[2]) Mémoires de Louville t. I, p. 252.

étaient des marauds, dont leurs souverains feraient bien de secouer enfin le joug." Uzeda besonders, sagt weiter Louville, habe, wenn auch mit mehr Feinheit als Janson Forbin, dennoch solchen Boutaden freien Lauf gelassen. Es galt in Rom für eine Thatsache, daß Uzeda eines Tages dem Papste vor Zeugen ins Gesicht gesagt: er wünsche, daß es in Spanien ein Parlament gäbe, wie dasjenige von Paris, zur Zurechtweisung des Papstes. „Es ist zu bemerken, sagt Louville, daß der Papst über diese Ausfälle sich nicht ärgerte" [1]).

Louville findet in solchen Reden der Botschafter einen Mangel an diplomatischem Geschicke. Aber der Hergang der Dinge hat uns dargethan, daß das Verfahren des Janson Forbin gegenüber Clemens XI. berechnet war auf die eine besondere Eigenschaft des unglücklichen Papstes, auf seine Furcht. Welches andere Urtheil man über solche Reden des Janson Forbin fällen möge: sie dienten nach seiner Ansicht seinem Zwecke.

Daß der Papst Clemens XI. die Brutalität dieses Botschafters nicht tief empfunden haben solle, widerspricht dem menschlichen Gefühle [2]). Die Denkwürdigkeiten Louvilles lassen die Verhandlungen in seinen drei Audienzen bei dem Papste Clemens XI. nicht klar ersehen. Wir haben wenigstens das äußere Verhalten aus einem anderen Berichte eines unterrichteten Zeitgenossen kennen zu lernen [3]).

Clemens XI. empfing den Gesandten mit der vollen ihm eigenen Gewandtheit und Liebenswürdigkeit. Er gab eine warme Zuneigung für Philipp von Anjou kund, nicht jedoch, um darum ihm die Belehnung zu ertheilen. Er hob vielmehr hervor, daß, nachdem er so viel für den jungen König gethan, die Botschafter beider Kronen ihn mishandelten, ihm ungerechte und unmögliche Dinge zumutheten. Der Papst weinte und schluchzte. Louville schied von ihm mit dem Glauben: der Papst sei wohl gesinnt und thue was er könne, Janson Forbin dagegen und Uzeda handelten nicht entsprechend. Janson Forbin erfuhr das Urtheil Louvilles über ihn. Er erwiederte: „Es kommen Leute

---

[1]) A. a. O.: Il est bon de savoir que Clément XI. ne se fâchait d'aucune de ces sorties.

[2]) Die Mémoires de Louville sind nicht von ihm selber so aufgezeichnet, sondern eine Arbeit nach seinen Papieren, publicirt im Jahre 1818 zu Paris.

[3]) Bericht des Grafen Lamberg vom 18. November 1702.

nach Rom in der Meinung in zwei Tagen die Priester zu durchschauen, woran Andere Jahre lang vergeblich arbeiten."

Die Hauptsache war, daß die Geschmeidigkeit Louvilles die Willigkeit zur Belehnung mit Neapel eben so wenig hervorlockte, wie das Pochen und Drohen Janson Forbins sie erzwang. Der Papst verhieß für Philipp V. einen Legatus a latere. Da er ihn als König von Spanien anerkannt hatte, so lag in dieser Verheißung keine Beziehung auf Neapel.

Der Bericht Louvilles indessen befriedigte in Versailles. Torcy erwiederte ihm: „Der Papst hat Wunder für Sie gethan. Reden wir nicht mehr von der Belehnung: wir können ihrer zur Zeit entbehren, und dann werden wir sie erlangen, sobald wir nur Einmal die Deutschen recht geschlagen haben. Meine Sehnsucht, für diesen Fall, ist gerichtet nach Rom. Dort, des bin ich sicher, würden sich für Frankreich und Spanien treffliche Dinge verrichten lassen. Das ist ein Luftschloß, in welchem in meinen Gedanken mich zu ergehen ich nicht ermüde" [1]).

So Torcy am 27. Mai 1702. Ludwig XIV. spricht seinem Enkel Philipp V. dieselben Gedanken aus, wenn auch weniger ausdrücklich. Er hebt hervor, wie wichtig es sei, daß die Unterthanen Philipps sich überzeugen von seinem engen Einverständnisse mit dem Papste. Aber wir haben wiederholt vernommen, was Ludwig XIV. mit einem solchen Einverständnisse bezweckt. Demnach würde der eigentliche Sinn jener Worte Torcys lauten wie folgt: ein Sieg über die Deutschen in Italien bricht zunächst jeden Widerstand des Papstes gegen die Belehnung Philipps V. mit Neapel und Sicilien. Aber darüber hinaus unterwirft er Rom dem Hause Bourbon, macht er das Oberhaupt der Kirche zum Diener der französischen Politik.

Und für wen also kämpfte der Prinz Eugen? War man sich klar darüber in Rom oder in Wien oder bei den katholischen Völkern, daß die höchste menschliche Freiheit auf Erden, die Freiheit der christlichen Kirche, damals ihr Bollwerk weniger fand in der Person des Papstes Clemens XI. in Rom, als in dem kaiserlichen Heerlager in Curtatone, in dem Schwerte des Prinzen Eugen?

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 255. — Man vgl. das Schreiben Ludwigs XIV. in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 99.

Wir haben seine Klagen vernommen aus denselben Tagen, in welchen Torcy von Versailles aus jene hochfahrenden Worte kund gab. Zunächst indessen kam es nicht zu einem Treffen. Dem Prinzen Eugen war bei seiner Minderzahl eine nachdrückliche Offensive unmöglich; Vendome machte von der Ueberlegenheit seiner Macht nicht eher einen Gebrauch, bis Philipp V. zum Heere gestoßen wäre [1]). Und dies verzog sich noch Wochen lang.

Louville fand bei seiner Rückkehr nach Neapel den jungen König wieder in die frühere Lethargie versunken [2]). Um ihn herum haderten die Franzosen und Spanier seines Gefolges über kleine wie über große Dinge. Die Mehrheit des neapolitanischen Adels und des Volkes stand grollend bei Seite nach wie vor. Die neue Herrschaft beruhte nur auf den französischen Waffen. Philipp V. that nichts um sie zu befestigen, oder vielleicht auch konnte er, selbst wenn er den Eifer aufgeboten, zu welchem jedes Schreiben seines Großvaters ihn mahnte, dennoch, in Ermangelung der päpstlichen Belehnung, nichts Nachdrückliches thun. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß sein Besuch in Neapel einer erneuten Erhebung dort vorgebeugt hat; aber darauf beschränkte sich der Erfolg [3]).

Am 2. Juni schiffte sich Philipp V. in Neapel auf französischen Galeeren nach Finale ein. Die Souveräne der Uferstaaten, welche die stärkere Macht der Franzosen mehr fürchteten als die schwächere des Kaisers, brachten ihm ihre Huldigungen entgegen. Von Finale aus machte er sich auf den Weg nach Mailand. In Acqui kam ihm sein Schwiegervater entgegen, der Herzog Victor Amadeus von Savoyen. Die Franzosen pflegten von diesem Fürsten zu sagen, daß sein Herz eben so voll Abgründe sei wie der Boden seines Landes. Immerhin mochte dies nicht unrichtig sein; aber die Erfahrung hat gezeigt, daß auch auf mehr ebenem Boden jener Zeit, in Frankreich

[1]) Pelet t. II, p. 225.

[2]) Louville t. I, p, 255 et suiv.

[3]) Vgl. Louville t. I, p. 280, so wie die Schreiben Ludwigs XIV. an Philipp V. in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 97 et suiv.

wie in Deutschland, fürstliche Charaktere erwuchsen, ähnlich demjenigen des Herzogs von Savoyen. War der schweigsame, unbehülfliche, achtzehnjährige Philipp V., welcher König war auf Befehl seines Großvaters, der Fuchslist seines durchtriebenen Schwiegervaters nicht gewachsen: so war es statt seiner der secundirende Marquis Louville. Der Verdruß des Herzogs über den letzteren fand einen Anlaß zur Klage an einer Aeußerlichkeit. Victor Amadeus verlangte, daß ihm ein Lehnsessel gestellt würde gleich demjenigen des jungen Königs. Dies war wider die Etikette, weil Victor Amadeus nicht ein gekröntes Haupt. Auch in Versailles hatte sich der Dauphin vor seinem Sohne als Könige von Spanien mit einem Sessel ohne Lehne begnügen müssen. Das Verlangen des Herzogs ward nicht bewilligt [1]).

Der Vorgang, nach den Anschauungen späterer Zeit von geringem Werthe, muß dennoch nach dem Maßstabe jener Zeit als gewichtig angesehen werden, als der Beginn einer persönlichen Entfremdung zwischen Victor Amadeus und Philipp V., nur freilich nicht als ein Motiv des späteren Krieges. Daß Victor Amadeus, umringt von der Macht des Hauses Bourbon, nur einer Wendung harrte, die ihm gestatten würde, der großen Allianz wider dieselbe beizutreten, hatte er schon Monate vorher dem Könige Wilhelm III. kund thun lassen. (Vgl. Bd. IX, S. 470.) In denselben Tagen, wo er seinen Schwiegersohn in Acqui verwandtschaftlich begrüßte, warb er aufs neue bei der Königin von England um Subsidien. Da alles Bewilligte schon verwendet war, erklärte sich die Königin bereit, an dem ihr bewilligten Einkommen noch weiter zu sparen und es für Victor Amadeus zu verwenden, wenn nur auch die Republik mitthäte [2]). Und daran zog sich einstweilen noch die Sache hin.

Philipp V. kam im Juni 1702 zu Mailand an im Zustande schwerer Hypochondrie. Indem er sich seinem Ende nahe glaubte, schloß er sich ein und ließ zu sich nur Louville, den Beichtvater und den Arzt. Das Gerücht ging aus, daß er nicht bloß an Einbildung leide. Seine Umgebung fragte in Versailles an um einen besonderen Arzt für ihn. Die Antwort Ludwigs XIV. lautete nicht entsprechend. Er

---

[1]) Louville t. I, p. 282 et suiv.

[2]) Wratislaws Bericht vom 9. Juni.

gebot seinem Enkel sich in das Hauptquartier Vendomes zu verfügen und mit ihm zu Felde zu gehen [1]).

Der Befehl ward in der Umgebung Philipps V. nicht durchweg gern vernommen. Es sei nicht die Aufgabe eines Königs, hieß es, selber ins Feld zu gehen. Auch dürfe er seine geheiligte Person nicht aussetzen. Eines Tages geriethen ein Franzose und ein Spanier darüber in Wortwechsel. Der Franzose machte das Beispiel des Königs von Frankreich geltend, der es seiner Würde nicht zuwider gefunden, persönlich am Feldzuge Theil zu nehmen. „Ja, erwiederte der Spanier, wenn der König von Spanien dem Feinde nicht näher ins Gesicht kommt, als der König von Frankreich gethan, dann sind wir Alle zufrieden." Das Gerücht dieses Wortes lief durch die Stadt, und Louville bemerkt, daß die Franzosen sich dadurch nicht angenehm berührt fühlten. Nicht darauf freilich kam es an, sondern ob das Wort der Wahrheit entsprach. Nun ist es Thatsache, daß Ludwig XIV. sich jedenfalls Einmal, in den Laufgräben vor Lille, im Jahre 1667, im Bereiche feindlicher Kugeln befunden hat. (Man vergleiche Bd. I, S. 171.) Er selbst erledigte die Frage für seinen Enkel mit der allgemein gehaltenen Vorschrift: „Setzen Sie Sich nicht ohne Noth aus; aber hören Sie auch nicht auf furchtsame Rathschläge" [2]).

Inzwischen schmeichelte man sich in Versailles mit der Hoffnung auf den Wiedergewinn eines alten Bundesgenossen. Die Kaiserlichen fingen ein Schreiben des Grafen Marsin im Gefolge Philipps V. auf, in welchem er nach Rom meldet, daß nach den aus Frankreich erhaltenen Nachrichten der Türke in Bewegung sei. „Dies wäre das einzige Mittel, fügt Marsin hinzu, die nach Italien bestimmten kaiserlichen Truppen zurückzuhalten, überhaupt den Kaiser zur Vernunft zu bringen, der, obwohl er sich allergnädigst nennen läßt, einen so ungerechten Krieg erhoben hat und noch dazu auf fremde Kosten" [3]).

Die französische Hoffnung war nicht begründet. Die Türken waren nicht in gleicher Weise verblendet wie das Haus Stuart. Sie hatten in dem langen Kriege zuvor durch ihren Schaden erfahren, in

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 286.

[2]) Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 101. Vom 24. Juli.

[3]) Aufgefangenes Schreiben Marsins vom 19. Juli.

wie weit auf die französische Bundesgenossenschaft zu bauen war, wenn es dem Interesse Ludwigs XIV. entsprach sie zu lösen. Nach dem Frieden von Carlowitz herrschte sogar für eine Reihe von Jahren in Constantinopel eine freundliche Gesinnung für den Kaiser Leopold. Diese Gesinnung gab eben damals, im Sommer 1702, in merkwürdiger Weise ein türkischer Minister in Genua dem Grafen Castelbarco kund. Bei einem Feste im Hause Fieschi, wohin beide geladen waren, vernahm der Türke, daß ein kaiserlicher Gesandter anwesend. Er ließ sich zu Castelbarco führen, legte die Arme kreuzweise über die Brust, und sagte in italienischer Sprache: „Freunde." Castelbarco erwiederte: „Ja gewis, wir sind Freunde." Der Türke fuhr fort: „Ihr Kaiser ist ein großer Kaiser. Gott ist ein gerechter Gott. Wir sind Ihre Freunde." Castelbarco fragte, ob es wahr sei, was die Franzosen prahlend verkündeten, daß der Sultan Krieg wider den Kaiser erheben wolle. Der Türke erwiederte: „Es ist nicht wahr. Gott würde uns strafen, wenn wir das gegebene Wort nicht halten." Und abermals legte er dann die Arme kreuzweise über die Brust und fuhr fort: „Ich habe Frankreich und Spanien gesehen." Dann erhob er die Augen zum Himmel und rief: „Ihr Kaiser wird den Sieg davon tragen." Der Vorgang hatte einen dichten Kreis der Gäste um die Beiden herbei gelockt, und machte auf Alle einen so tiefen Eindruck, daß Castelbarco, gehobenen Muthes, ihnen zurief: „Ich nehme Sie Alle zu Zeugen, daß die Türken erkennen, was viele Christen nicht erkennen wollen" [1]).

Bei manchem der Hörer mochte in Betreff des Feldzuges in Italien allerdings der Zweifel überwiegen. Denn, als in denselben Tagen, um die Mitte Juli, der Marschall Vendome sich endlich in Bewegung setzte, meldete der Prinz Eugen dem Kaiser, am 17. Juli: „Ich kann Ew. Kaiserliche Majestät versichern, daß der Feind, wenn ich nur wenig sage, noch einmal so stark ist als ich" [2]). Man hatte von Wien aus viel Gewicht gelegt auf die Desertion im französischen Heere. Der Prinz Eugen erwiederte: „Die Desertion bei der kaiserlichen Armee ist noch weit stärker als bei dem Feinde, namentlich

[1]) Relazione del Conte di Lamberg fol. 206.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft, S. 177.

unter den Dänen, wo von einem Dragoner-Regimente neulich reichlich vierzig in Einem Haufen, und ein anderes Mal über fünfzig in gleicher Weise fortgeritten sind." „Aehnlich, fährt er fort, ist es bei der Infanterie. Sie gehen nicht bloß einzeln, sondern sogar Corporale führen bis zu acht Mann auf einmal hinweg. Was ich seit Monaten voraus gesagt, nämlich daß die Armee hier zu Grunde gehen werde, wenn nicht Ew. K. Majestät mit Nachdruck zeitige Fürsorge vorkehren lassen würden — das geht nun in Erfüllung" [1]). Er meldet weiter, daß in Folge der Sommerhitze auch Krankheiten einreißen, und setzt das merkwürdige Wort hinzu: „Bei der Armee aber hat man nicht einmal einen Medicum: denn der Eine steht im Feldspital und ist ein schlechtes Subject, um den Anderen sollicitire ich in Wien nun über Jahr und Tag" [2]). Im günstigsten Falle hätte also die Armee zwei Aerzte gehabt.

Die Klagen steigen an. „Wohin ich mich wende, was ich anschaue, und wen ich anhöre, meldet der Prinz Eugen am 24. Juli — Alles besteht in lauter Commentationen, Klagen und Unmuth über das schlechte und elende Tractament. Dem Kaiser scheinbare Wirthschaften vorzumalen, ist keine Kunst, welche darin besteht, daß man der Armee ihren sauer verdienten Liedlohn schmälert." Am Schlusse fügt er hinzu, daß nun auch die meisten und besten Offiziere davon gehen wollen [3]).

Nach den Berichten von Louville an Torcy stand es dagegen bei den Franzosen viel anders. Er meint, nie so schöne und so muntere Truppen gesehen zu haben. Jeder Soldat benehme sich, als betreffe der Krieg mit dem Kaiser ihn persönlich. Die Franzosen seien berauscht vor Freude, den Enkel ihres Königs an ihrer Spitze zu sehen. Man wisse nicht, welcher Truppengattung den Vorzug zu geben, ob der Infanterie, der Cavallerie, den Dragonern. Die Offiziere erschienen ihm vortrefflich, voll Muth und Geschick. Der Feldherr, Vendome, war, nach Louville, seinen Untergebenen an Einsicht weit überlegen, faßte den Krieg in großem Maßstabe auf, besaß Muth und Geist.

[1]) A. a. O. S. 179.
[2]) A. a. O. S. 184.
[3]) A. a. O. S. 188.

Wenn er das Talent der Führung besäße, meint dann Louville, so würde er einer der ersten Feldherren sein; aber es mangele ihm der Sinn für das Detail und die Fähigkeit der Ausführung seiner Gedanken. Dazu sei er unaussprechlich faul, besitze weder Würde, noch Geheimnis. Man wisse acht Tage im voraus, was er thun wolle, und das sei nicht verloren für den Gegner. „Und diesen, fügt Louville hinzu, bezeichne ich Ihnen als einen großen Heerführer“ [1]). Das Verhalten Ludwigs XIV. zu dem Feldzuge in Italien hat dargethan, daß die Meinung, welche Louville in den letzten Worten wie seine Entdeckung verkündet, bei dem Könige seit dem Tage von Chiari in allen Erwägungen voran stand.

Vom 20. Juli an rückte das französische Heer, dreifach getheilt, von Cremona aus vor. Es gelang dem Prinzen Vaudemont, der die Abtheilung zur Linken führte, am 26. Juli bei San Vittoria drei kaiserliche Cavallerie-Regimenter zu überraschen und zu zersprengen.

Die Berichte Vendomes und Philipps von Anjou an Ludwig XIV. erklingen wie Siegesfanfaren. „Die drei Regimenter, meldet der letztere, sollten 4000 Mann betragen. Sie waren nicht so stark, aber nach meiner Schätzung doch 3000.“ Vendome meldet: „Eine Niederlage kann nicht völliger sein. 600 Feinde sind auf dem Platze geblieben, und wir haben 400 Gefangene. Der König von Spanien ist zu Ende der Action eingetroffen, und hat noch die letzten Schüsse vernommen. Es hat nicht an ihm gelegen eher da zu sein; aber die Feinde haben nicht lange genug Stand gehalten, um ihm diese Satisfaction zu gewähren. Niemals haben die Truppen Ew. Majestät sich so tüchtig erwiesen“ [2]).

Das möge genügen.

Die Berichte des Prinzen Eugen an den Kaiser haben bisher dargethan, daß er Unangenehmes nicht verschweigt. In seiner Meldung über San Vittoria tadelt er zuerst die geringe Umsicht der Commandanten, die er rechtzeitig vor der Gefahr gewarnt, in ihrer Position überfallen zu werden. Er meldet, daß die Regimenter sich völlig aufgelöst. Aber zugleich zollt er ihrem Widerstande bis dahin

---

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 295. An Torcy und an Beauvilliers.

[2]) Pelet t. II, p. 238.

seine volle Anerkennung. Diese steigt in seinem zweiten Berichte, nachdem er alle Einzelnheiten vernommen. „Der Bestand der drei Regimenter, sagt er, hat vorher nicht einmal 1500 Mann ausgemacht; der Feind dagegen hat sie angegriffen mit einer ganzen Colonne seiner Armee. Dennoch haben die Unseren die Oberhand bis dahin behalten, daß die feindliche Infanterie herangerückt ist. Unser Verlust beträgt nicht 400 Mann, von denen 270 gefangen sind." Denjenigen des Feindes schätzt der Prinz auf 300 Mann [1]).

Es ist von hohem Interesse zu verfolgen, welche Wirkung dieses Treffen auf den Prinzen Eugen ausübte, nicht niederschlagend, sondern ermuthigend. An demselben Tage, an welchem er, von Borgoforte aus, den letzteren Bericht erstattete, thut er dem Kaiser und dem römischen Könige Joseph kund: „Obwohl der Verlust an Mannschaft bei Vittoria nicht groß, so sind doch die übrigen Conjuncturen so beschaffen, daß ich gezwungen bin einen Entschluß zu fassen. Ich beeile mich die Verschanzung von Borgoforte zu vollenden, und lasse hier dann 5000 Mann mit dem schweren Gepäcke. Die übrigen Truppen ziehe ich alle an mich, und gehe gerade auf den Feind los. Ich muß also die Stellung, in der ich Mantua blokirt halte, aufgeben und sehen, auf welcher Seite des Po ich dem Feinde entgegen gehen kann. Lauft es nun glücklich ab: so ist dem allmächtigen Beistande zu danken. Geht es aber unglücklich: so will ich daran keine Schuld tragen; denn ich habe unabläßig gewarnt" [2]).

Die nächste Folge der Bewegungen des kaiserlichen Heeres war, daß nun auch der Herzog von Modena ein Abkommen mit Vendome suchte und fand. Der Herzog von Mantua ging weiter. Er verkündete in einem Patente seinen Anschluß an die beiden Kronen von Frankreich und Spanien. Demnach sahen sie den Stand der Dinge an als ungünstig für den Prinzen Eugen. Er selbst wiederholt am 14. August: „Ich finde kein anderes Mittel als entweder mich in den Stand zu setzen, mit Gewalt die künftigen Winterquartiere im Mailändischen zu erzwingen, oder sie auf dem neutralen Gebiete des

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV, Supplementheft S. 190 und 194.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. IV. Supplementheft S. 195 u. f. Ich habe die Schreiben an den Kaiser, den römischen König Joseph und an Palm verbunden.

Papstes oder der Republik zu nehmen, oder endlich völlig aus Italien zu weichen." Er hatte den ersteren Entschluß gewählt. Die Probe stand bevor. Er schließt seinen Bericht mit den Worten: „Marschirt der Feind, so ist eine Hauptaction unvermeidlich" [1]).

Bereits am nächsten Tage, den 15. August, gingen diese Worte in Erfüllung. Es erfolgte die Schlacht bei Luzzara. Die französische Macht bestand aus 53 Bataillonen und 101 Schwadronen, die kaiserliche aus 34 Bataillonen, die als schwach bezeichnet werden, und 75 Schwadronen [2]).

Die zahlreichen verschiedenen Berichte über diese Schlacht zu vereinen oder auszugleichen, dürfte eine unlösbare Aufgabe sein. Dies um so mehr, da eine officielle Meldung Vendomes nicht zu existiren scheint [3]). Als der gewichtigste Bericht erscheint derjenige, welchen der Prinz Eugen am folgenden Tage aus dem Feldlager bei Luzzara an die Vertreter des Kaisers bei den Seemächten entsendete. Nachdem der Feldherr zuerst den Tod des Prinzen Commercy beklagt, dessen Tapferkeit weltkundig sei, fährt er fort wie folgt: „Diese denkwürdige Action hat am Abende ungefähr um fünf Uhr mit den Kanonen ihren Anfang genommen, und um etwa sechs Uhr, also eine Stunde darauf, mit dem kleinen Gewehr, zunächst auf unserem rechten Flügel. Das Feuer ward dann so unbeschreiblich, unsere Armee entwickelte eine solche Tapferkeit und einen so unerschrockenen Muth, daß ich mit Grund der Wahrheit sagen muß, die Zeit meines Lebens hindurch keinen Soldaten, ob Offizier, ob Gemeiner, ob zu Pferd, ob zu Fuß, mit einer so entschlossenen Standhaftigkeit fechten gesehen zu haben, wie diese unter meinem Commando stehende kaiserliche Armee zu ihrem unsterblichen Nachruhme gethan hat. Bekannt ist des Feindes Stärke und unsere Schwäche. Dessen ungeachtet hat man unsererseits denselben in seiner vortheilhaften Stellung angegriffen, mit dem Erfolge, daß die Wahlstatt in unserer Gewalt und der Feind über tausend und mehr Schritt zurückgedrängt worden ist" [4]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IV, Supplementheft, S. 212.
[2]) A. a. O. S. 220.
[3]) Pelet t. II, p. 250.
[4]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IV, Supplementheft, S. 213.

Die Berichte von französischer Seite erkennen ein Zurückgedrängt-Sein nicht an. Sie behaupten, daß der größere Verlust in aller Beziehung auf Seiten der Kaiserlichen. Demgemäß ließ Ludwig XIV. das Tedeum singen [1]).

Während der Nacht lagerten die Armeen in der Weite eines Musketenschusses von einander. Doch ward am nächsten Tage das Treffen nicht erneuert. Französische Schriftsteller pflegen dies dem Marschall Vendome zum schweren Vorwurfe zu machen. Anders lautet der Bericht des Prinzen Eugen vom nächsten Tage. „Der Feind, meldet er, hat angefangen sich derartig zu verschanzen, daß es unmöglich ist ihn anzugreifen" [2]). Der Prinz dagegen mußte geschehen lassen, daß die von ihm abgeschnittene kleine Besatzung im Schlosse Luzzara capitulirte. Bereits am dritten Tage nach dem Treffen, am 18. August, kam jedoch der französische Kriegsrath zu dem Beschlusse, daß die Position des kaiserlichen Heeres unangreifbar [3]) und daß es darum gerathener sei abzuziehen, um das schwach befestigte Guastalla zu belagern. Der Prinz Eugen blieb bis in den November auf der Wahlstatt von Luzzara [4]).

Aber liegt darin das Gewicht der Schlacht von Luzzara? Daß, militärisch betrachtet, die Kaiserlichen die Oberhand behalten, nicht jedoch einen entscheidenden Sieg errungen hatten, dürfte kaum angezweifelt werden. Aber in der Lage, in welcher der Prinz Eugen sich befand, war auch das Nicht-Geschlagenwerden moralisch und politisch einem Siege gleich. Und dieser moralische und politische Sieg legte ein schweres Gewicht in die Wage des Kaisers und der Allianz.

Der Prinz Eugen hatte das Treffen gewagt und gewollt auf die Gefahr hin, daß, wenn er unterlag, die Sache des Kaisers in Italien verloren war. Er hatte sich mit Vortheil behauptet und dadurch die Sache des Kaisers in Italien erhalten. Philipp V., der gekommen war mit der Absicht, wie er sagte, die Kaiserlichen aus Italien zu jagen, schiffte sich einige Wochen später wieder nach Spanien ein. Die Kaiserlichen blieben da.

---

[1]) Pelet t. II, p. 249 et suiv. — Dangeau t. VIII, p. 489.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IV, Supplementheft, S. 214.

[3]) Pelet t. II, p. 254.

[4]) Man vgl. die Daten seiner Berichte in dem genannten Werke.

Ein Sieg der Franzosen, hatte vorher Torcy gesagt, würde die päpstliche Belehnung mit Neapel zur Folge haben. Die Belehnung blieb nun aus.

Aber mehr noch als das: ein Sieg der Franzosen würde den furchtsamen Papst Clemens völlig in ihre Arme gescheucht haben. Der Erfolg der kaiserlichen Waffen bei Luzzara, obwohl Clemens XI. nicht dazu beigetragen, schützte das Papstthum gegen die französische Vergewaltigung, errettete den Papst Clemens XI. von der Gefahr, hinabgedrückt zu werden zum Caplane des Hauses Bourbon und als solcher den Religionskrieg predigen zu müssen wider die Gegner desselben. Nicht also um die wenigen Schritte des Bodens ward bei Luzzara gerungen, sondern um die höchsten Güter der Menschheit. Und darum hebt sich der Tag von Luzzara empor zu einem der wichtigsten der europäischen Geschichte.

Diese Tragweite des Erfolges von Luzzara lag dem Auge der Engländer und Holländer fern. Und doch gebührt der ersteren Nation die Anerkennung, daß die moralische und politische Bedeutung des Tages von Luzzara nirgends anderswo so tief und so allgemein empfunden wurde wie dort. Es ist eine in diesem Falle wahrhaft lohnende Pflicht des Historikers, die bisher in Vergessenheit begrabenen Zeugnisse der Vergangenheit wieder ans Tageslicht zu fördern.

Auf die dringenden Bitten des Prinzen Eugen um Verstärkung hatte der Graf Wratislaw in London ersucht, daß England der Republik Holland das Beispiel gebe, die Armee der Seemächte weiter rheinaufwärts zu senden, damit sich dem Kaiser die Möglichkeit eröffne, Truppen nach Italien zu schicken, wo ja doch Frankreich hauptsächlich seine Macht entfalte. Der Staats-Secretär Nottingham erkannte diesen Grund an. Aber die Entscheidung werde bei Marlborough stehen. So am 8. August. Inzwischen verlauteten Gerüchte von der Noth der Kaiserlichen in Italien. Bereits vernahm man in London die Stimmen jacobitischer Tories: da der Kaiser seine Armee in Italien verlasse und demgemäß sein Versprechen nicht halte: so sei auch England nicht mehr gebunden [1]).

Um Mitternacht des 1. September traf der Courier von Luzzara in London ein. Einige Stunden später befand sich Wratislaw auf

[1]) Wratislaws Berichte vom 8. August und 1. September.

dem Wege nach Windsor. Hoffmann ließ sofort den Bericht des Prinzen Eugen, den auch wir vernommen haben, übersetzen und drucken. Am Abende des Tages meldet er die Stimmung der Engländer darüber mit folgenden Worten.

„Es ist nicht zu beschreiben, welche Freude die Engländer haben über den Sieg des Prinzen Eugen. Man darf von ihnen sagen, daß sie ihn ehren und lieben wie den Helden ihrer eigenen Nation. Ihre Augen und ihre Ohren sind gerichtet auf ihn. Was am Oberrhein, was in Flandern, ja was von ihrer eigenen Flotte geschieht — und das will doch wahrlich viel sagen — wird von ihnen mit verhältnismäßig indifferenten Augen angesehen. Dagegen stieg in den letzten Tagen immer mehr die Besorgnis, daß der Prinz, von der feindlichen Uebermacht erdrückt, gezwungen werde Italien zu verlassen. Und danach kann man nun ermessen, welchen Eindruck auf die Menschen hier diese ganz unvermuthete Siegesnachricht macht."

Um Mittag traf die Königin in London ein. Der Einwand, daß auch bereits französische Berichte vorlagen, die den Sieg des Prinzen Eugen bestritten, schlug nicht durch. Die Kanonen des Tower donnerten die Siegeskunde hinaus über die weite Stadt, deren Bewohner eifrig sich bemühten, dem Wunsche der Königin nach Illumination und Freudenfeuern für den Abend zu entsprechen.

„Ich kann mit Wahrheit melden, meldet auch der Graf Wratislaw am Abende dieses Tages, daß in der Vorstellung der Engländer kein Alexander, kein Cäsar dem Prinzen Eugen gleich kommt. Es ist nicht zu glauben, was sie alles treiben und sagen" [1]).

Und eben darum hatte der Erfolg von Luzzara auch für die inneren Zustände von England eine weit reichende Bedeutung.

Einige Wochen nach der Vertagung des Parlamentes war, wie vorauszusehen, die Auflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen erfolgt. Zugleich trafen die Tory-Minister andere Maßregeln. Die Lords-Statthalter der Grafschaften wurden zum großen Theile verändert. Da es von ihnen abhing, die Offiziere der Landmiliz (trainbands)

[1]) Hoffmanns und Wratislaws Berichte vom 1. September.

zu ernennen: so sicherte dies, so wie andere Mittel ihrer Macht, ihnen einen erheblichen Einfluß auf die Wahlen. Dasselbe Verfahren wurde bei den Friedensrichtern in Anwendung gebracht. Dennoch blieb bis tief in den Juli hinein den Whigs die Hoffnung, bei den Wahlen das Gleichgewicht behaupten zu können. Erst der Ausfall der Wahlen in London selbst und den Vorstädten machte das Gegentheil klar. Unter den acht Deputirten von dort war in dem letzten Unterhause nur Einer ein Tory gewesen: bei den Neuwahlen im Juli brachte die Whig-Partei mit Mühe zwei der ihrigen durch. Man durfte demnach mit Sicherheit voraussagen, daß in dem neuen Unterhause die Tories weitaus die Mehrheit haben würden [1]).

Die Tories gingen hoch einher. Wenn die Whigs ihnen gegenüber auf die künftigen Wahlprüfungen hinwiesen: so hielten jene mit Lachen ihre Mehrheit entgegen [2]).

„Obschon nun einige unter den Tories, meldet Hoffmann, dem Prinzen von Wales anhangen und folglich Frankreich heimlich begünstigen: so erkennen doch der größere Theil und namentlich die wohl Begüterten eben so wohl wie die Whigs selbst die große Gefahr, welche von Frankreich her England und das gesammte Europa bedroht, und stimmen darum für die Nothwendigkeit des Krieges."

So der in Bezug auf England parteilose Beobachter. Die Besorgnisse der Whig-Partei gingen darüber weit hinaus. Daß die Tory-Partei darauf ausgehen werde, direct dem Kriege ein Ende zu machen, glaubten allerdings auch die Whigs nicht. Sie wußten, daß bei der Stimmung der englischen Nation wider Frankreich ein Versuch dieser Art keine Aussicht auf Erfolg haben konnte. Die Tory-Minister selber, wie Nottingham, erwiesen sich als kriegseifrig. „Ich erkenne das an, meldet der Graf Wratislaw; dennoch kann ich ihnen darum noch nicht trauen."

Der Kern der Besorgnis der Whigs betraf die Succession. Das Ziel der Tories, meinten sie, sei die Successions-Acte von 1701 wieder aufzuheben und den Prinzen von Wales auf den Thron zu bringen [3]).

---

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns im Juni und Juli.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4. August.

[3]) Desgleichen. Auch für das Folgende, fast wörtlich.

Ein directes Handeln in dieser Richtung jedoch war nicht möglich, weil die bestehenden Gesetze für jeden Versuch solcher Art die Strafe des Hochverraths androheten. Die Whigs waren der Ansicht, daß die Tories zunächst darauf ausgehen würden, die Triennial-Bill abzuschaffen, dann dem Prinzen Georg die Krone für Lebenszeit anzutragen, um dadurch die Königin ganz für sich zu gewinnen. Es sei schon viel erreicht, wenn der hannöverschen Succession noch ein Leben vorgeschoben werde; denn dadurch werde jedenfalls Zeit gewonnen. Die Tories, meinten die Whigs, würden dann einer günstigen Gelegenheit harren, um sich insgesammt für den Prinzen von Wales zu erklären, ihn zu berufen, wenn auch allerdings mit solchen Bedingungen, daß die Hochkirche gesichert würde.

„So lautet, fügt Hoffmann hinzu, der Verdacht der Whigs. Ob er begründet, wird die Zukunft lehren. Allem Anscheine nach sind allerdings die Tories nicht für die Succession des Hauses Hannover eingenommen. Sie fürchten, daß dasselbe sich auf die Whig-Partei stützen würde. Die Angelegenheit stellt eine solche Spaltung der Nation in Aussicht, daß es schon viel ist, wenn es darüber nicht zum Bürgerkriege kommt. Zu wünschen wäre daher die Erfüllung der Hoffnung der Königin auf eigene Descendenz. Ein anderes Mittel zuvorzukommen, ist die nachdrückliche Kriegführung wider Frankreich. Wird diese erreicht, so sichert sie zugleich auch die Successionssache" [1]).

In der That entsprach ja auch diese Ansicht dem Zusatz-Artikel, welcher auf das Verlangen des Parlamentes von England der großen Allianz vom 7. September 1701 beigefügt war. Und demgemäß diente nicht bloß thatsächlich, sondern auch sogar dem völkerrechtlichen Vertrage jener Allianz gemäß, jeder Erfolg der verbündeten Waffen wider Frankreich, auf welchem Schlachtfelde immer er errungen wurde, ob bei Luzzara, ob in Belgien, ob am Rheine, zur Befestigung der durch das Parlament von England festgestellten Succession. Nicht anders auch faßten es die eigentlichen Jacobiten in England. Sie waren französisch. Es zeigt sich nicht, daß jemals ein englischer Jacobit auf den Gedanken gekommen, dem Hause Stuart zu rathen, daß es für

[1]) Ich habe hier zu dem Berichte vom 4. August auch denjenigen vom 18. August gezogen.

sich nichts Besseres thun könne als Frankreich zu verlassen. Die französische Gesinnung äußerte sich bei einigen Jacobiten in London in der rohen Weise, daß sie bei der Siegesfeier über den Fall von Landau dem kaiserlichen Gesandten die Fenster einwarfen. Das herbeieilende Volk schlug dafür den Fanatikern die Glieder entzwei [1]). Nach der ganzen Sachlage konnte daher die Masse der englischen Nation die Jacobiten, weil französisch, nicht ansehen als eine auf englischem Boden berechtigte Partei, sondern nur als feindselig gegen die Wohlfahrt von England.

Die Erfolge des Feldzuges des Sommers 1702 waren in Belgien, am Oberrheine, in Italien durchweg als günstig zu benennen. Es handelte sich noch um die Unternehmungen zur See.

Der Plan der Aussendung einer Flotte war ursprünglich, den Wünschen des Kaisers gemäß, auf das Mittelmeer gerichtet. Im Beginne des Jahres 1702 traf in London der Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt ein, vom Kaiser als Bevollmächtigter nach Spanien entsendet. In Folge der Vorschläge, die er machte, erhielten die in England getroffenen Vorbereitungen eine andere Richtung, nicht jedoch seinen Wünschen entsprechend. Der Landgraf schlug eine Landung in Barcelona vor, wo er der Catalonier sicher zu sein glaubte. Im Rathe des Königs Wilhelm III. wurde ein anderer Plan vorgezogen, den dann auch die Königin Anna festhielt. Es ist sehr merkwürdig, daß Marlborough noch am 9. Mai, wo er dem Grafen Wratislaw die Aussicht auf die Entsendung einer Flotte nach Neapel benahm, dennoch Bedenken trug, das eigentliche Ziel zu nennen, während doch Ludwig XIV. bereits am 24. April die Kunde des Planes besaß. An diesem Tage nämlich wies er seinen Enkel an, Bedacht zu nehmen auf die Sicherung von Cadix, weil dahin ein hauptsächlicher Angriff vorbereitet werde [2]). Die Warnung blieb nicht vergeblich. Anstatt Leganez, dessen kaiserliche Gesinnung nicht unbekannt war, erhielt Villadarias den Oberbefehl in Andalusien.

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 29. September.

[2]) Bericht Wratislaws vom 9. Mai, und Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 95.

Das Commando über die Landungstruppen, die der Flotte beigegeben werden sollten, erhielt der Herzog von Ormond. Er seinerseits weigerte sich ausdrücklich, den Landgrafen Georg auch nur mitzunehmen. Es geschah nicht aus einer persönlichen Abneigung, sondern wegen des höheren Ranges, den der Landgraf beanspruchen würde. Vergeblich machte Wratislaw geltend, daß der Landgraf Träger der kaiserlichen Vollmacht sei, daß darum ein Anderer bei den Spaniern nicht Glauben finden werde. Man redete viel darüber hin und her; aber Ormond blieb bei seiner Weigerung [1]). Es ward daher das Auskunftsmittel getroffen, daß man dem Landgrafen, welcher erklärte, zunächst nach Lissabon gehen zu wollen, eine besondere Fregatte zur Verfügung stellte [2]).

Die Landungstruppen sollten bestehen aus 10 Bataillonen Engländer und 7 Bataillonen Holländer, die letzteren unter dem Commandanten Sparr. Die Flotte bestand aus 30 englischen schweren Kriegsschiffen, 20 holländischen. Das Commando zur See hatte anstatt Pembroke, der zuerst dazu bestimmt war, der Admiral Rooke erhalten, ein Liebling der Tory-Partei.

Mit dem Plane der Entsendung einer Kriegsflotte gegen Cadix verbanden sich zwei andere. Der eine war die spanische Silberflotte abzufangen, welche unter dem Geleite des französischen Admirals Chateau-Renaud von Westindien her erwartet wurde. Der andere war, den König Don Pedro von Portugal zur Lossagung von Frankreich und für die große Allianz zu gewinnen. Das Tory-Ministerium der Königin Anna erfaßte diesen letzten Gedanken mit besonderem Eifer, namentlich um die Vorwürfe abzuwälzen, welche im Jahre zuvor gegen die gesammte Partei erhoben waren, daß ihr Zaudern den König von Portugal in das französische Netz getrieben habe. In der That aber war Don Pedro nicht weiter hinein gegangen, als ihm für damals unausweichlich zu sein schien. Er war dann der französischen Aufforderung, den Prinzen in St. Germain als Jacob III. von England anzuerkennen, dadurch zuvorgekommen, daß er sofort auf die Todeskunde von Jacob II. Trauer anlegte. Er hatte ferner

---

[1]) Wratislaws Berichte im Mai und Juni.

[2]) Wratislaws Bericht vom 27. Juni.

sich beeilt, nach dem Tode Wilhelms III. seine Anerkennung der Königin Anna kund zu geben. Beide Acte legten nicht Zeugnis ab für eine Willfährigkeit für Frankreich. Die Kriegserklärung endlich vom 15. Mai schlug bei ihm durch. Er persönlich war bereit mit den Seemächten und dem Kaiser zu gehen [1]).

Allein noch war die Defensiv-Allianz Portugals mit Frankreich und Spanien da, und es war also die Frage, wie Don Pedro sich mit einigem Scheine davon lösen könne. Der englische Gesandte Methuen kam von Lissabon nach London, und erstattete Bericht über das einzuschlagende Verfahren. Wenn die französische Hülfe für Portugal nicht rechtzeitig zur Stelle: so würde der König Pedro sich zunächst für neutral erklären. Und damit sei die Bahn zu weiterem eröffnet [2]).

Erst gegen das Ende des Monats Juli lichtete die stattliche vereinigte Flotte die Anker. Als sie an der Tajo-Mündung sichtbar wurde, begab sich, auf das Ersuchen Don Pedros, der englische Gesandte Methuen zu dem Admiral Rooke, und verkündete, daß Don Pedro, weil Frankreich statt der verheißenen dreißig Schiffe ihm nur sechs gestellt, sich für neutral erkläre. Die Ankündigung fand, wie verabredet war, von Seiten der verbündeten Mächte keinen Widerspruch [3]).

Inzwischen war in London eine Uebereinkunft in Betreff des Landgrafen Georg getroffen. Wratislaw schlug vor: man möge in Lissabon den Landgrafen auf die Flotte zur Mitfahrt einladen. Dann verbürge sich Wratislaw, daß der Landgraf sich in die Befehle nicht einmischen, auf der Flotte bleiben und nicht eher ans Land gehen würde, bis von Seiten der Spanier der Wunsch verlaute mit einem Bevollmächtigten des Kaisers zu unterhandeln [4]). Der Vorschlag ward angenommen und ausgeführt. Der Staats-Secretär Nottingham erkannte durch ein Schreiben an Ormond den Landgrafen Georg als Bevollmächtigten des Kaisers an. Aber es ist auffallend, daß man nicht dieselbe Weisung auch an den Admiral Rooke ergehen ließ.

---

[1]) Bericht des Grafen Waldstein aus Lissabon vom 27. Juni.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. Juni.
[3]) Wratislaws Bericht vom 5. September.
[4]) Desgleichen vom 22. August.

Der Landgraf hatte inzwiſchen ſeinen Aufenthalt in Liſſabon, vor der Ankunft der Flotte, ſehr wohl benutzt. Er hatte von da aus nach Madrid von ſeiner Anweſenheit und ſeiner Vollmacht Kunde gegeben. Die Geſandten von Frankreich und Spanien ahnten dieſe Thätigkeit, und drängten in die Räthe Don Pedros, daß der Landgraf aufgefordert werde, Liſſabon zu verlaſſen. Der König ſah ſich genöthigt nachzugeben. Der Landgraf ſeinerſeits ſchien gekränkt, und weigerte das ihm dargebotene Geſchenk des Königs anzunehmen. In der Wirklichkeit mochten beide beſſer einverſtanden ſein, als der König einſtweilen noch kund geben durfte [1]).

Der Landgraf begab ſich auf die verbündete Flotte, wo Ormond nun keinen Widerſpruch mehr gegen ihn erhob. Vielmehr meldete der Landgraf einige Tage ſpäter dem Grafen Wratislaw: „Alle Differenzen zwiſchen Ormond und mir ſind beigelegt, und wir ſind beſſere Freunde als je zuvor" [2]).

In den letzten Tagen des Monats Auguſt warf die verbündete Flotte ihre Anker aus im Angeſichte der Stadt Cadix.

Die Unternehmung gegen Cadix im Sommer 1702 iſt in beſonderer Weiſe denkwürdig, nicht wegen hervorragender Eigenſchaften des Charakters und des Muthes, die dabei entwickelt, ſondern wegen der Fülle der Thorheiten, die dabei begangen wurden. Sie hatten ihren ſcharfen Beobachter in dem Landgrafen Georg von Heſſen-Darmſtadt, deſſen dem Kaiſer eingeſendete Berichte darüber der folgenden Darſtellung zu Grunde liegen. Sowohl die Stellung der Mächte zu einander, als namentlich das Verhältnis der Parteien in England verſtatteten damals nicht eine genaue Darlegung nach dieſen Berichten. Dabei verblieb es auch ſpäter. Es fehlt nicht an engliſchen Darſtellungen des Herganges; aber ſie ſtützen ſich nicht auf dieſe Baſis der Berichte eines an Einſicht und Willen den handelnden Perſonen überlegenen Augenzeugen [3]).

[1]) Lamberty t. II, p. 249.

[2]) Schreiben des Landgrafen an Wratislaw vom 6. September.

[3]) Die Berichte des Landgrafen, zunächſt gerichtet an den Grafen Wratislaw in London, und durch ihn an den Kaiſer, im k. k. Archive. In Betreff des Thatſächlichen folge ich ihm faſt wörtlich. Seiner Haupt-Relation, vom 29. September, ſendet der Landgraf die Verſicherung voran, daß er ohne Anſehen der Perſon und ohne Leidenſchaft berichte.

Der Herzog von Ormond war Commandant der Landungstruppen, hatte jedoch nicht den Oberbefehl über das Ganze. Der Admiral Rooke als Führer der Flotte handelte selbständig. Ormond, der hier zum ersten Male eine größere Unternehmung leiten sollte, war wohlgesinnt, aber unentschlossen. Es fehlte ihm die Autorität so sehr, daß er selten wagte, in irgend einer Richtung ohne einen Beschluß des Kriegsrathes etwas zu thun. Daher war die Subordination der Anderen ihm gegenüber gering. „Er versteht nicht zu befehlen, sagt der Landgraf, und ich habe mich oft statt seiner geschämt, wenn ich sehen mußte, wie wenig ihm gehorcht wurde." Der nächste im Befehl war der Generallieutenant Bellasis. „Er hat sein Lebenlang für einen Ignoranten gegolten, sagt der Landgraf, und ich habe ihn als Brigadier in Irland als solchen kennen gelernt, wo er bei Niemandem in Ansehen stand." Es folgte Lord Portmore. „Er ist noch der beste von Allen, sagt der Landgraf, sorgfältig, umsichtig, aber von so wenig selbständigem Charakter, daß immer der Letzte ihn dreht und wendet." Dann Sir Charles Haro. „Er ist, meldet der Landgraf, zuerst Lakai, dann Straßenräuber gewesen. Man gibt ihm Schuld, Geld von Frankreich bekommen zu haben." Der Landgraf zeichnet dann die Brigadiere Hamilton, Seymour. „Der letztere als Sohn seines Vaters bildet sich ein in Allem Recht zu haben, alles zu kritisiren, und ist in Wirklichkeit ein braver Soldat im Kaffeehause." Der Brigadier Floyd bei den Dragonern fand dagegen die volle Anerkennung des Landgrafen. Eben so der holländische Commandant, der Baron Sparr, in Betreff seiner militärischen Befähigung. Aehnlich auch die holländischen Brigadiere.

Zunächst schickte Ormond einen Parlamentär unter weißer Flagge, mit der Ankündigung, daß er gekommen sei, die Stadt Cadix für den Kaiser in Besitz zu nehmen, mit den in solchen Fällen üblichen Versicherungen des Schutzes der Personen und des Eigenthumes. Der Gouverneur Brancaccio lehnte ab. Es handelte sich also um die Anwendung von Gewalt.

Die Stadt liegt auf der Spitze einer Landzunge, die jedoch, weil weiter ostwärts von einem Stromarme durchbrochen, als Insel bezeichnet wird. Ormond und Rooke beriefen den Kriegsrath der General-Offiziere zu Lande und zu Wasser. Der Landgraf ward nicht dazu geladen.

Es handelte sich um den Vorschlag auf der Insel zu landen, um so die auf dem Ende derselben gelegene Stadt Cadix zur Uebergabe zu nöthigen. Für diesen Vorschlag sprach die geschichtliche Erfahrung, weil der Graf Essex zur Zeit der Königin Elisabeth diesen Plan durchgeführt. Aber die Flotte hatte an der Insel entlang im offenen Meere keine Deckung: sie konnte dort nicht weilen. Von diesem Umstande aus bekämpfte der Generalmajor Haro den Vorschlag. Er legte in ausführlicher Rede alle Eventualitäten dar. „Er hat Fragen gestellt, meldet der Landgraf, die Gott allein beantworten kann." Seine Fragen betrafen die Bereitschaft der Flotte für alle Fälle. Die Seeoffiziere suchten dieselben zu bejahen. Aber die kundgegebene Besorgnis des Haro, wenn es nur das war, wirkte ansteckend auf die anderen Landoffiziere: sie fürchteten auf der Insel dem Hungertode preisgegeben zu werden. Vor den immer erneuten Fragen wichen die Seeoffiziere. Auch die Ansicht Ormonds war gewesen, die Stadt einzuschließen und durch die Bedrohung mit einem Bombardement zum Entschlusse zu bringen. Aber er wagte nicht die Sache auf sich zu nehmen. Daher sah der Kriegsrath ab von einer Landung an der Insel Cadix, und beschloß einstimmig, auf der gegenüber liegenden Seite der Bai von Cadix, also zwischen Rotta und dem Fort Catalina zu landen und von da aus die weiteren Maßregeln zu treffen. Im Angesichte also von Cadix beschloß man sich so weit zu entfernen, daß die Stadt zunächst unerreichbar war.

„Der Beschluß ist ähnlich," sagt der Landgraf, wie, wenn Jemand, um von Linz nach Wien zu gelangen, zunächst von Linz an der Donau stromauf nach Regensburg wandert. — Dieser erste Kriegsrath mit seinem Beschlusse war der Ruin der ganzen Unternehmung."

Die Truppen wurden am 31. August bei Rotta gelandet. Sofort regte sich dort bei Offizieren wie bei Soldaten die Lust zum Plündern. Aber der Ort war arm. Das Verbot Ormonds schlug noch durch. Er legte eine Besatzung von 300 Mann hinein. Die Einwohner, die zuerst geflüchtet waren, kehrten wieder und erklärten sich bereitwillig für den Kaiser. Die Truppen marschirten weiter gegen Porto St. Maria. In der Nähe der Stadt ließ sich Ormond durch Bellasys, Haro und Sparr bereden, die ganze Armee, weil vom Marsche ermüdet, in die Stadt zu legen. Der Zweck jener drei war ein

anderer. Sie selber gaben das Beispiel zur Plünderung der unglücklichen Stadt. Die Verbote und Befehle Ormonds verhallten wirkungslos, selbst seine schriftlichen Salvegarden wurden zerrissen. Dasselbe Unheil kam über das arme, am Tage vorher verschonte Rotta. Der grausige Zustand dauerte fünf Tage.

Den dringenden Mahnungen des Landgrafen gelang es endlich, am 6. September die Berufung eines Kriegsrathes zu erlangen. Seine Hoffnung war darauf gerichtet, daß, wenn die Führer sich in eine Unternehmung engagiren ließen, sie dann auch nicht sich weigern würden weiter vorzugehen. Die Hoffnung erfüllte sich in so weit, daß man beschloß das Fort Matagorda anzugreifen. Der Holländer Sparr erbot sich dazu, und marschirte am 8. September mit 2400 Mann über die beiden Gewässer auf Matagorda zu.

Die Hoffnungen des Landgrafen hoben sich wieder. Er wies hin auf die wahrscheinliche Aussicht Porto Real zu nehmen. Mit Hülfe des Generals Sparr und des Obersten Stanhope gelang es ihm, Ormond zu bewegen, daß er den Admiral Rooke durch ein Schreiben ersuchte mit der Flotte gegen Porto Real und Porto Suazo mitzuwirken. Dadurch werde die Möglichkeit gewonnen eine Brücke über den Strom zu legen, und von dieser Seite her sich Cadix zu nähern. Der Seekriegsrath, von Rooke berufen, stimmte zu, und Rooke gab das verlangte Versprechen. So am 9. September. Aber noch hatte der Kriegsrath zu Lande nicht gesprochen. Er verneinte die Möglichkeit der Ausführung, voran Sir Charles Haro. Man begnügte sich nicht damit. Man hob hervor, daß der Herzog von Ormond an die Admiralität geschrieben, ohne vorher den Kriegsrath zu befragen. Um von der Sache wieder abzukommen, stellte man dem Seekriegsrathe neue Fragen, welche der Landgraf als lächerlich bezeichnet, und nahm die Antwort für einen Abschlag auf.

Der Seekriegsrath erbot sich aufs neue eine Landung direct auf der Insel Cadix mit allem Nachdrucke zu unterstützen. Es war der anfängliche Plan, in welchem Ormond mit der Admiralität übereingestimmt. Er wagte nicht den erneuerten Vorschlag dem Kriegsrathe zu Lande vorzulegen.

Der Holländer Sparr, bei seinem Unternehmen gegen Matagorda ohne Unterstützung gelassen, gab es auf, am 15. September.

Bereits vorher war auf der Flotte wie im Landheere die Meinung laut geworden: es sei nunmehr in Spanien doch nichts mehr zu verrichten, und darum müsse man heimkehren. Man hielt dem kaiserlichen Bevollmächtigten vor, daß die Hoffnung auf eine Erhebung der Spanier für den Kaiser sich nicht bewährt habe.

Diese Meinung war nicht richtig. Erst am 16. September trafen zwei Bevollmächtigte der kaiserlichen Partei in Madrid bei dem Landgrafen in Porto Maria ein. Diese Partei war sogar sehr stark. Eine Reihe spanischer Granden und der gesammte Adel in Madrid gehörte ihr an [1]). Die Abgesandten legten dem Landgrafen ein chiffrirtes Schreiben vor, unter welchem jedem Namen ein Kreuz beigefügt war. Der Landgraf kannte diese Weise der Spanier, und bemerkte dem Herzog Ormond, daß er sich demgemäß auf die Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit dieser Kundgebung durchaus verlasse. Die einzige Bitte von Seiten der Spanier war diejenige um die Gewisheit, daß die unter Ormonds Befehle stehenden Truppen in Spanien überwinterten. Sie empfahlen, daß Ormond nach San Lucar an der Mündung des Guadalquivir marschiren möge, daß es leicht sei dorthin Pferde aus der Berberei herüber zu transportiren. Denn der Mangel an Cavallerie war für Ormond ein hauptsächliches Hindernis. — Wenn der englische Befehlshaber diesen Vorschlag nicht billige, so möge er in dem fruchtbaren Gallicien landen, etwa in der vortrefflichen Bucht von Vigo, oder er möge sich an die Ostseite von Spanien begeben, wo Valencia und Arragonien durchaus kaiserlich gesinnt. Der wesentliche Punct für die kaiserlich Gesinnten in Spanien war die Ueberwinterung der verbündeten Truppen in ihrem Lande. Denn ohne eine solche Sicherheit und Zuflucht werde Niemand wagen sich zu erheben.

Der Landgraf Georg erstattete über diese Sachlage sofort Bericht an Ormond, so wie an Rooke. Er fügte hinzu, daß er als Bevollmächtigter des Kaisers für die Aussagen der Spanier eintrete. So am 19. September.

Bereits zwei Tage zuvor war im vollen Kriegsrathe auf dem Schiffe des Admirals Rooke beschlossen, von jeder weiteren Unternehmung

[1]) Die Worte des Landgrafen: Ils ont envoyé des Principaux et des Grands de ce royaume et de toute la noblesse qui réside dans cette cour-là de Madrid.

gegen Cadix abzustehen und die ausgeschifften Truppen wieder einzunehmen. Nun kamen die wiederholten Mittheilungen des Landgrafen. Ormond sprach ihm mündlich seine Geneigtheit aus. Rooke dagegen erwiederte: er habe von dem Staats-Secretär keine Mittheilung über eine kaiserliche Vollmacht des Landgrafen. Ormond trat für den Landgrafen ein, und legte das officielle Schreiben Nottinghams an ihn den Seeleuten vor. Er verlangte gemäß den Mittheilungen des Landgrafen, daß Heer und Flotte den Winter über in Spanien verblieben, wo immer es sein möchte. Der See-Kriegsrath antwortete dem Herzoge mit einem von allen einzelnen Mitgliedern unterzeichneten Beschlusse: da die Instructionen des Admirals von einem kaiserlichen Bevollmächtigten nichts enthielten: so könne auch ein solcher nicht anerkannt, noch weniger eine Vorstellung von ihm angenommen werden. — Der Landgraf erwiederte scharf. „Von meinem Vorschlage, sagte er, hangt alles ab. Allein nach einer solchen Antwort muß ich glauben, daß Niemand jemals hier die Neigung gehabt, das Geringste zu thun, sondern Jeder nur gearbeitet hat, wie er die Schuld auf den Anderen abschieben könne."

Ormond indessen war dennoch geneigt. Auch Rooke schien mündlich willfähriger zu werden. Deshalb drängte der Landgraf in Ormond, noch einmal die Sache schriftlich vorzubringen. Es geschah. Ormond erklärte sich bereit zu jeder erneuten Landung, ob an der Stadt Gibraltar, ob in der Bucht von Vigo, bei Corunna, oder wo immer sonst es sei. So am 26. September. Der See-Kriegsrath erwog die Schwierigkeiten, die an jedem einzelnen der vorgeschlagenen Puncte entgegen treten würden. Dann trat, am 28. September, der volle Kriegsrath zusammen. Der Landgraf nahm nicht Theil daran, wie er auch vier Wochen zuvor an dem ersten nach der Ankunft keinen Antheil genommen. Allein auch dies Mal redete Allen voran Sir Charles Haro. Er zog die Mehrheit nach sich. Sie beschloß die Heimkehr. Der Herzog Ormond und der General Sparr weigerten ihre Unterschrift zu diesem Beschlusse.

Am 29. September lichtete die Flotte die Anker zur Heimkehr.

„Das ist, sagt der Landgraf, das Ende dieser unsäglich kostbaren, aber fruchtlosen und unglückseligen Expedition. Es fehlte zunächst von Hause aus ein bestimmter Plan, und die Instructionen

Rookes thun dar, daß man in London die Sache sehr leicht genommen. Dann war ein großer Uebelstand, daß das Commando zu Wasser und zu Lande nicht auf Eine Persönlichkeit vereinigt war, und zwar auf einen Soldaten, der sein Handwerk versteht, und nicht auf den Herzog Ormond, welcher, obwohl der beste Mensch von der Welt, dennoch das Detail einer Armee nicht kennt, namentlich nicht weiß Disciplin zu erhalten und mit Autorität aufzutreten, sondern in allen Dingen sich der Mehrheit fügt. Dazu noch kamen die Misverständnisse zwischen ihm und dem Admiral Rooke, gehegt und gepflegt durch Sir Charles Haro. Ferner kam dazu der Mangel an Cavallerie. Dieser Mangel bestand und diente als willkommener Einwand gegen jeglichen Vorschlag. Aber er war leicht zu beseitigen, sei es von Portugal aus, oder von Tanger, dessen Gesandte sich dazu erboten."

„Durch diesen Ausgang ist aber nicht blos das kostbare Unternehmen vereitelt, sondern zugleich die Sache des Kaisers in Spanien ruinirt. Alles was geschehen, ist zum Vortheile von Frankreich ausgeschlagen oder vielleicht auch absichtlich dahin dirigirt. Denn, die sich in Madrid oder überhaupt im Königreiche Spanien für kaiserlich erklärt, sind nun verloren. Dies schreit zum Himmel. Und dazu haben die Engländer durch die schmähliche Plünderuug ihren Namen den Spaniern verhaßt gemacht."

Es gelang dennoch dem Landgrafen die Absicht eines neuen Fehlgriffes in dieser Richtung noch rechtzeitig abzuwenden. Er erfuhr, daß, nachdem schon jener Beschluß der Heimkehr gefaßt, die Admiralität noch mit dem Gedanken umgehe, vorher Cadix zu bombardiren. Auf seinen energischen Protest unterblieb die Grausamkeit, die, wenn sie überhaupt einen Zweck hatte, nach seiner Ansicht nur zu Gunsten Frankreichs ausschlagen konnte.

Der Landgraf Georg eilte der heimkehrenden Flotte voraus nach Lissabon, im Anfang October. Dort fand er einen Theil dessen, was die spanischen Bevollmächtigten in Porto Maria gemeldet, bereits bestätigt. Der Admiral von Castilien mit einer Anzahl spanischer Edelleute war in Lissabon angemeldet und wurde täglich erwartet.

Wir haben vernommen, daß die Junta in Madrid diesen spanischen Granden zum Botschafter in Frankreich ernannt hatte. Er nahm an. Er schickte einige Diener nach Paris, um dort eine Wohnung

für ihn auszufinden. Er traf in Madrid große Vorbereitungen, wie es hieß, um in Frankreich mit Pomp aufzutreten. Dann brach er auf mit einem Gefolge von dreihundert Personen, um die Mitte September. Der Weg ging nordwestwärts. Nachdem jedoch eine bedeutende Strecke zurückgelegt war, so daß ein gegen jede Verfolgung genügender Vorsprung gewonnen schien, wendete sich der Zug völlig zur Linken auf Portugal zu. Es gingen Eilboten voraus an den König von Portugal mit der Bitte um ein gastliches Asyl. Im October traf der Admiral von Castilien mit seinem Gefolge in Lissabon ein, ausgerüstet mit erheblichen Mitteln. Denn die Vorbereitungen zu seiner Reise hatten darin bestanden, auf seine ausgedehnten Besitzungen Gelder aufzunehmen. Von Lissabon aus richtete er ein Schreiben an die Königin in Madrid, mit nachdrücklicher Beschwerde über die Verfolgungen, mit denen der Cardinal Portocarrero und Don Manuel d'Arias ihn überhäuft [1]).

Der eigentliche Grund seines Schrittes zeigte sich in den Worten, mit welchen er dem kaiserlichen Gesandten Waldstein in Lissabon entgegen trat: „Ich habe den Degen für das Haus Oesterreich gezogen und die Scheide weggeworfen" [2]).

Der kühne Schritt des Admirals von Castilien hat später oft die Meinung hervorgerufen, daß er auch früher in Madrid immer die kaiserliche Sache vertreten, als der Führer derselben dem Cardinal Portocarrero gegenüber gestanden habe. Die Thatsachen haben uns gezeigt, daß diese Meinung eben so wenig richtig sein würde, wie die entsprechende über die Königin Maria Anna. Sie beide hatten ja zu Zeiten indirect für Frankreich gearbeitet, und waren erbötig gewesen direct für dasselbe einzutreten, wenn nicht Ludwig XIV. andere Mittel vorgezogen hätte.

Um so wichtiger erscheint der offene Uebertritt dieses Mannes auf die kaiserliche Seite. Der Landgraf Georg, indem er von Lissabon aus dem Herzog von Ormond die Sache meldet, fügt hinzu: „Der Admiral von Castilien vermeinte bei seiner Ankunft zu vernehmen, daß unsere Armee im Besitze von Cadix. Es war seine Absicht, sich

[1]) Lamberty t. II. p. 259.
[2]) Bericht vom 27. October.

dahin zu begeben, in der Hoffnung und Erwartung, daß auf seinen Ruf die ganze Provinz Andalusien sich wider die Franzosen erheben werde. Sie ersehen demnach die Bestätigung dessen, was ich nach dem Berichte der an mich gesendeten Spanier in Porto Maria Ihnen und dem Admiral Rooke vorgetragen habe" [1]).

In der That muß dies als Wahrheit angesehen werden. Eine Persönlichkeit wie der Admiral von Castilien handelt nicht aus Ueberzeugung, sondern nach der Zweckmäßigkeit. Indem er im September 1702 so entschieden auf die kaiserliche Seite übertrat, daß ihm, für den Fall der Fortdauer der Herrschaft des Hauses Bourbon in Spanien, die Strafe des Hochverrathes in sicherer Aussicht stand, kann er an die Fortdauer dieser Herrschaft nicht geglaubt haben. Die Unternehmung der Verbündeten gegen Cadix erschien in den Augen des Admirals von Castilien ausreichend, den Thron Philipps V. wieder umzuwerfen. Die zahlreichen Fehler dieser Unternehmung, und namentlich der klägliche Ausgang selbst, befestigten diesen Thron. Die Beschlüsse des vereinigten Kriegsrathes vor Cadix, der erste für den Angriff an verkehrter Stelle, der letzte für die Heimkehr, waren die wichtigsten Erfolge des Jahres 1702 für die Politik Ludwigs XIV.

Unterdessen bot sich der heimkehrenden Flotte noch eine Aussicht etwas zu verrichten. In der Bitte der Spanier, daß die Flotte in einem Hafen Spaniens überwintern möge, war auch die Bucht von Vigo in Gallicien mitgenannt. Der Kriegsrath vor Cadix war darauf nicht eingegangen. Aber nun erhielt während der Heimfahrt der Admiral Rooke eine Meldung, die ihn bewog seine Aufmerksamkeit dennoch auf die Bucht von Vigo zu richten. Der französische Admiral Chateau-Renaud hatte dort mit der spanischen Silberflotte Zuflucht gesucht.

Der Admiral Chateau-Renaud, der mit einer starken französischen Flotte nach Westindien gesegelt war, um von dort aus die spanische Silberflotte heim zu geleiten, hatte anfangs nicht viele Willfährigkeit gefunden. Als seine Bemühungen in Vera Cruz fruchtlos blieben,

[1]) Schreiben des Landgrafen an Ormond vom 9. October.

versuchte er die Sache mit List. Er lud den spanischen Admiral und andere Oberoffiziere auf sein Schiff zu Gaste. Nach der Tafel trat er vor sie mit der Erklärung, daß er von Philipp V. den bestimmten Befehl habe, die spanische Silberflotte zu geleiten. Daher fordere er sie auf ohne Zeitverlust die Effecten einzuladen und sich bereit zu machen. Im Falle der Weigerung nehme er sie in Arrest, und werde sie nach Madrid führen. Auf diese Weise bedroht, gaben die Spanier nach. Chateau-Renaud einigte sich mit dem spanischen Admiral über das Commando, nicht freilich, um die Uebereinkunft zu halten. Sobald man ins offene Meer gekommen, nahm Chateau-Renaud das Commando lediglich an sich [1]).

Im Spätsommer hatte man in London und Amsterdam die Nachricht, daß Chateau-Renaud am 24. Juli von der Havannah abgesegelt, daß seine Flotte bestehe aus 17 reich beladenen Gallionen und etwa 30 Kriegsschiffen. Die letzteren waren in traurigem Zustande. Tausende der Mannschaft waren dem Klima erlegen, die Schiffe selbst wurmzerfressen. Es hieß, daß Chateau-Renaud bis nach Neu-Fundland hinauf segele, um dort von den Fischerschiffen her seine Mannschaft in etwas zu ergänzen. Die Augen aller Betheiligten richteten sich erwartungsvoll nach dem Westen; denn die reiche Ladung gehörte nur zum Theile der spanischen Regierung, das andere Privatpersonen, unter denen viele englische und holländische Kaufleute. Es erfand sich nachher, daß sich auf der Silberflotte registrirte Werthe befunden hatten zum Belaufe von dreißig Millionen spanischer Thaler. Ueber die nichtregistrirten Werthe hatte man nur Vermuthungen. Im Allgemeinen aber stand fest, daß seit undenklichen Zeiten nicht eine so reiche Ladung heim gekommen war [2]).

Nach dem Curse, den Chateau-Renaud eingeschlagen, glaubte man auf die Absicht der Landung in einem französischen Hafen schließen zu müssen. Chateau-Renaud jedoch ersah sich die Bucht von Vigo, und lief dort ein am 27. September, also am selben Tage, wo der See-Kriegsrath vor Cadix die Qualität der Bucht von Vigo in Erwägung zog und sich gegen das Einlaufen in dieselbe und die Ueber-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 29. September.

[2]) Die Berichte Hoffmanns im October und vom 3. November.

winterung dort aussprach. Die Flotte befand sich auf der Heimfahrt, ohne von Chateau-Renaud etwas zu wissen.

In der That hatte dieser seine Maßregeln mit Vorsicht getroffen. Er gab keine Kunde nach Frankreich; erst nach der Ankunft in der Bucht von Vigo entsendete er einen Courier an die Königin in Madrid, und von dort her gelangte die Nachricht am 11. October nach Versailles. Einige Tage später, am 20. October, traf Chateau-Renaud selber dort ein, und meldete dem Könige, daß die gesammte Flotte in der Bucht von Vigo liege, und, nach seiner Ansicht, in voller Sicherheit. Diese Meinung befestigte sich durch seinen Bericht über die getroffenen Anstalten, namentlich den Bau einer Barrikade quer über die Bucht, welche ein etwaiges Einsegeln der feindlichen Flotte unmöglich mache. Man war demnach in Versailles der Ansicht, daß durchaus nichts zu besorgen sei, und erörterte bereits das Verfahren, wie man das feindliche Eigenthum auf der Silberflotte zu ermitteln und demnächst die Gelder zu verwenden habe. Die Erörterungen zogen sich hin bis in den Monat November, wo Nachrichten anderer Art einkamen [1]). Die gesammte Flotte war theils zerstört, theils in die Hände der Gegner gefallen. Es ist, wie so oft im Kriege, merkwürdig, welche kleine Umstände dann wichtige Folgen nach sich ziehen.

Auf der Rückkehr von Cadix entsendete die verbündete Flotte, auf der Höhe von Lagos, eins der Schiffe nach dieser Stadt, um frisches Wasser einzunehmen. Der Capitän desselben, Namens Hardy, hörte den französischen Consul in Lagos rühmen, die Silberflotte sei in Sicherheit, jedoch ohne den Namen des Hafens zu nennen. Um den Namen zu erfahren, blieb Hardy. Unterdessen traf in Lagos ein Courier des kaiserlichen Gesandten Waldstein in Lissabon ein, um den Commandanten der Flotte die Sachlage von Vigo zu melden. Die Flotte war bereits vorbei gesegelt. Aber der Courier wußte auch aus sich jenem in Lagos noch weilenden Capitän Hardy das zu sagen, worauf es für ihn ankam, den Namen der Bucht von Vigo. Hardy eilte der Flotte nach. Es gelang ihm sie auf der Höhe von Vigo einzuholen. Das Meer war jedoch so ungestüm, daß er drei Tage

[1]) Dangeau t. IX, p. 9, 21, 23, 29, 35.

hindurch nicht beim Admiral an Bord kommen konnte. Erst am vierten Tage gelang es ihm Bericht abzustatten [1]).

Obwohl der sofort von Rooke berufene Kriegsrath der Meldung geringen Glauben beimaß, erkannte er doch an, daß die Flotte sich gegen die Bucht von Vigo zu wenden habe. Bei der Annäherung an dieselbe fiel ein dichter Nebel ein. Man schickte, zur näheren Erkundigung, zwei Schaluppen in die Bucht. Sie nahmen ein Fahrzeug, in welchem zwei Geistliche über das Wasser setzen wollten, und brachten diese auf die Flotte. Als die Aussagen derselben jene Nachrichten bestätigten, eröffnete sich für Ormond und Rooke die Hoffnung, die Einbuße an Ehre und Gewinn vor Cadix bei Vigo wieder einzubringen. Nicht dieselbe Gelegenheit bot sich für Bellasis und Haro. Auf den Bericht Ormonds über das Verhalten der beiden in Porto St. Maria hatte die Königin geantwortet mit dem Befehle sie zu verhaften. Ormond verstattete ihnen als Arrestanten bei der Sache zuzuschauen.

Aber auch der französische Commandant hatte Kunde erhalten, was ihm bevorstand. Die Gallionen waren nicht ausgeladen, weil der Transport der Waaren über die Berge zu beschwerlich, der eigentliche Bestimmungsort dagegen Cadix war, wohin Chateau-Renaud sie unversehrt zu bringen hoffte. Eben dies entsprach den Wünschen der betheiligten Kaufleute in London und Amsterdam [2]). Auf die Kunde des Herannahens der Verbündeten wurde noch Vieles landeinwärts gebracht. Zugleich wurden Maßregeln zur Abwehr getroffen. Allein am 12./23. October landete Ormond mit 2000 Mann, bemächtigte sich der Batterie am Eingange des Hafens, und trieb das zahlreich aufgebotene Landvolk in die Flucht. Das Vertrauen für die Sicherheit der Schiffe gründete sich hauptsächlich auf die von Chateau-Renaud bereits vor seiner Abreise angeordnete Barrikade quer über die Bucht, gebildet von Masten, Kabeln, Ketten, durch leere Fässer getragen. Sie wurde zersprengt durch den Stoß eines unter vollen Segeln dagegen fahrenden Kriegsschiffes [3]).

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 11. und 14. November. — Fast ebenso Lamberty t. II, p. 252.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 3. November.

[3]) Meldung des Lord Shannon in Hoffmanns Bericht vom 11. November. — Man vgl. auch Lamberty t. II, p. 252 et suiv.

Im Anblicke dessen warf zuerst der französische Commandant selber Feuer in sein Schiff, aus welchem sofort die Flamme hoch aufschlug. Es war das Signal auch für die anderen Commandanten. Es gelang bei vielen Schiffen, nicht bei allen. Von den 17 Gallionen wurden 9, von den französischen Kriegsschiffen 6 vor den Flammen gerettet.

Der Eindruck des Ereignisses von Vigo durch ganz Europa war mächtiger als alle anderen bisherigen Erfolge des Krieges. Ludwig XIV. ließ den päpstlichen Nuntiüs zu sich laden und sagte ihm, daß er seine Staaten dem Gebete des Papstes empföhle. Clemens XI. beschloß ein Edict zu erneuern, welches Gebete anbefahl für den Frieden und der Eintracht zwischen den christlichen Fürsten und für den Schutz der heiligen katholischen Religion. Die Glocken sollten um sechs Uhr Abends durch ihr Geläute zu diesem Gebete laden. Aber der Cardinal-Vicar erhob den Einwand, daß dies Edict von Innocenz XI. erlassen sei zur Zeit der Türkengefahr für Wien. Damals sei dies Gebet an die Stelle des Ave Maria getreten. Jedermann habe willig entsprochen; das Volk in den Straßen habe sich beim Klange der Glocken auf die Knie geworfen, alle Wagen seien still gestanden, und die Insassen ausgestiegen, um sich mit dem Volke im Gebete zu einigen. Eine solche Einstimmigkeit sei zur Zeit nicht zu erwarten, und darum rathe er, daß die Stunde zum Gebete für die Herstellung des Friedens unter den christlichen Fürsten und für die Erhaltung der katholischen Religion auf acht Uhr des Abends angesetzt werde. Der Papst beschloß demgemäß [1]).

Auch dieser Schritt des Papstes Clemens XI. dürfte nicht als eigentlich französisch angesehen werden. Eben damals fällten die Räthe des Kaisers über ihn das Urtheil: „Der Papst hat keine andere Absicht als diejenige der Vermittelung und trachtet sich den Weg dazu offen zu erhalten. Aber aus Furcht vor dem Cardinal Janson Forbin ist er diesem in Allem zu Willen." Da Drohungen nicht ausführbar, so rieth die Conferenz dem Kaiser, die Dinge in Rom ihren Gang gehen zu lassen. So geschah es [2]).

---

[1]) Bericht aus Rom vom 16. December.

[2]) Conferenz-Protocoll vom 13. December.

Unverkennbar jedoch gab es in Rom eine Partei, welche in Folge des Tages von Vigo sich mit Besorgnissen trug für die katholische Religion. Die Macht Frankreichs zur See, sagte man, sei durch den Verlust so vieler Kriegsschiffe gebrochen: weder Frankreich, noch Spanien würden vermögen, ferner noch als Mächte zur See zu erscheinen, sondern sich darauf beschränken den Krieg zu Wasser zu führen nach Art der Barbaresken. Dagegen seien dadurch Holland und England so sehr empor gestiegen, daß, wenn eines Tages ein König von England erstünde, von gleichem Ehrgeize beseelt wie der König von Frankreich, man zu fürchten habe, daß er alle Akatholiken um sich sammeln und die katholischen Mächte zusammen nicht fähig sein würden ihm zu widerstehen. „Und, wenn das Alles so wäre, erwiederte der Cardinal Grimani: wer trägt die Schuld? Es war ja doch ein Priester der Kirche in Madrid, welcher mehr an seine eigene Weisheit glaubte als an das göttliche Walten, welcher darum vermeinte für den Frieden Europas zu sorgen, indem er mithalf sein Vaterland zu verrathen durch ein erdichtetes Testament, von welchem der gute König Carl II. gar keine Kunde hatte. Möge der König von Frankreich zurückgeben, was er mit Unrecht besitzt; wollen wir aber nicht zweifeln, daß der gerechte Gott Sorge tragen wird für die Sicherheit seiner Kirche“ [1]).

Die besondere Einwirkung des Erfolges von Vigo auf die fernere Kriegführung der großen Allianz wider das Haus Bourbon wird uns vor Augen treten in den englischen Angelegenheiten.

---

[1]) Schreiben Grimanis an den Kaiser vom 9. December.

Neunundzwanzigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1703.

Das Parlament von England, in dessen neugewähltem Unterhause die Tory-Partei weitaus die Mehrheit hatte, war einberufen auf den 20./31. October 1702. Noch bevor dasselbe zusammen trat, erlitt die Whig-Partei einen besonderen schweren Verlust. Es war der Tod des Grafen Sunderland, von dem man erwartet hatte, daß er mit Marlborough und Godolphin das Kleeblatt der eigentlichen Regierung ausmachen würde. Vernehmen wir den Bericht des landkundigen Hoffmann darüber an den Kaiser.

„Gestern, am 9. October, ist der famose Graf Sunderland gestorben. Wie sein Tod, wenn unter den Königen Carl II. oder Jacob II. erfolgt, damals für die Wohlfahrt von Europa ein großes Glück gewesen wäre: so darf man jetzt mit Fug sagen, daß er zu dieser Zeit ein rechtes Unglück ist. Denn, obwohl nicht öffentlich anerkannter Minister, hat er doch seit zehn Jahren bei allen ersprießlichen Beschlüssen hauptsächlich mitgewirkt. Unter dieser neuen Regierung hat namentlich er, bei seinem guten Einverständnisse mit Marlborough und Godolphin, die Kriegserklärung gegen Frankreich durchgesetzt. Die Whigs verlieren an ihm ihre stärkste Stütze und das an Erfahrung reichste und klügste Mitglied ihrer Partei" [1]).

Das Unterhaus wählte einstimmig Robert Harley wieder als Sprecher. Beide Parteien glaubten bei ihm ihre Rechnung zu finden:

[1]) Bericht vom 10. October 1702.

die Whigs, weil er, obwohl aus Abneigung wider die Regierung Wilhelms III. zu den Tories übergegangen, dennoch von Hause aus Presbyterianer war, und sie daher von ihm hofften, daß er für die Thronfolge des Hauses Hannover eintreten und niemals sich mit den Jacobiten einlassen werde. Die scharf ausgeprägten Tories hätten lieber einen der ihrigen gewählt; aber aus Furcht vor einer Spaltung in ihrer Partei, in welcher Harley einen zahlreichen Anhang besaß, bequemten sie sich an [1]).

Beim Zusammentritte des Parlamentes wußte man in London nur erst, daß Chateau-Renaud in der Bucht von Vigo Zuflucht gesucht, und daß die verbündete Flotte auf der Heimfahrt war. Man hatte die Hoffnung, die sich wesentlich auf das sich hinzögernde Ausbleiben stützte, daß vielleicht Ormond und Rooke eine Kunde erhalten hätten und demgemäß etwas gegen Vigo unternehmen würden.

Die Königin erschien im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und verlas ihre Thronrede. Sie bezeichnete darin den Krieg als gerecht und nothwendig, sprach dann die Genugthuung aus über die Beweise der Anhänglichkeit, welche ihr bei einer neulichen Rundreise durch das Land entgegen getragen waren. Darauf wendete sie sich an das Unterhaus mit den Worten: „Ich muß den Wunsch aussprechen, daß Ihr mir die Subsidien bewilligt, welche mich in den Stand setzen, unseren bereits eingegangenen Verträgen und Verbindlichkeiten nachzukommen, so wie auch denjenigen, welche noch erforderlich sind, um unsere Verbündeten zu ermuthigen, und den Krieg da zu betreiben, wo er unsere Feinde am nachdrücklichsten trifft und am wirksamsten dient, die grenzenlose Anmaßung Frankreichs einzudämmen."

Die Königin verlangte weiter eine sorgfältige Prüfung aller Rechnungen. Sie hob hervor, daß die bewilligten Mittel, auch mit dem von ihr gewährten Zuschusse, nicht gereicht hätten. Sie berührte dann das fehlgeschlagene Unternehmen gegen Cadix, über welches genauere Berichte noch nicht vorlägen. Sie hob dagegen die Unordnung und den Unfug der Plünderung von Porto St. Maria hervor. „Dies hat mich bewogen, Anordnung zu treffen für eine strenge Untersuchung."

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 31. October.

Sie hoffte, sagte sie weiter, die Session werde kurz sein; jedoch werde man Mittel finden, die Ausfuhr der Wolle zu hindern, und die Bearbeitung derselben im Lande zu fördern. Sie endete mit den Worten: „Wie ich entschlossen bin die gesetzlich festgestellte Kirche zu vertheidigen und zu behaupten und Euch zu schützen in dem Vollgenusse aller Eurer Rechte und Freiheiten: so baue ich auch auf Eure Sorgfalt für mich. Meine Interessen und die Eurigen sind unzertrennlich, und niemals werde ich es an meinen Bemühungen fehlen lassen, Euch Alle sicher und glücklich zu machen“ [1]).

Die Worte: den Krieg da zu betreiben, wo er den Feind am nachdrücklichsten treffe, wurden von Vielen auf Italien gedeutet. Auf die Frage Wratislaws erwiederte Nottingham, daß dies allerdings der Intention der Königin entspreche, und daß sie einzelnen Mitgliedern dies auch schon gesagt. Es sei nicht Brauch, bei Reden vom Throne in Einzelnheiten einzugehen, und dazu sei für die Feststellung der letzteren erforderlich die Anwesenheit Marlboroughs [2]). Er war noch nicht eingetroffen, aber auch nicht die Nachricht von Vigo. Der letztere Umstand ist ferner wichtig für den anderen Passus der Thronrede, welcher eine scharfe Untersuchung über die Unordnung von Porto St. Maria in Aussicht stellte. Die Absicht dieser Worte war zu verhüten, daß das Parlament diese Angelegenheit vor sein Forum ziehe [3]). Wir werden sehen, was nach der Kunde von Vigo daraus wurde.

Es kommt zunächst darauf an, wie die wichtigste Persönlichkeit, die Königin Anna, selber ihre Thronrede ansah. Da die Worte nicht wie die frühere eine Schärfe gegen die Whigs enthielten, so zauderte die Gräfin Marlborough von Windsor aus nicht mit ihrer Anerkennung. In ihrer Antwort gebraucht die Königin mit Nachdruck die Worte: „Meine Rede“ [4]). Es ist sehr wohl möglich, daß, wie der König Wilhelm III. alle seine Thronreden selbständig niederschrieb, auch die Königin Anna an der Abfassung der ihrigen einen bedeutenden Antheil hatte. In England galt die Thronrede als die Arbeit des Staats-Secretärs Nottingham. — Aber Lady Marlborough hatte

[1]) Commons Debates t. III, p. 203.
[2]) Wratislaws Bericht vom 3. November.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 3. November.
[4]) Conduct of the Duchess of M. p. 128.

dann neben der Anerkennung ihre eigene Hinneigung zu der Whig-Partei nicht verhehlt. Und darüber sind die Worte der Königin sehr bemerkenswerth. „Ihre Parteilichkeit für die Whigs, erwiederte sie, betrübt mich tief; denn ich möchte wünschen, daß Sie und Ihre arme, unglückliche, getreue Morley auch nicht in der geringsten Sache verschieden dächten. Meine Ansichten darüber gehen nicht aus von Insinuationen der anderen Partei, sondern ich kenne die Grundsätze der Kirche von England und ich kenne diejenigen der Whig-Partei, und darum, nicht aus einem anderen Grunde, urtheile ich über die letztere so wie ich thue. Und auf mein Wort, liebe Missis Freeman, Sie sind bei der Vorstellung, die Sie sich von einem wahren Whig machen, sehr im Irrthum. Denn der Charakter, den Sie ihm beimessen, kommt nicht einem Whig zu, sondern dem Anhänger der Hochkirche. Doch ich will darüber nicht mehr sagen, sondern lediglich um meinetwillen bitten, daß Sie nicht Jenen, für welche Sie eine so große Neigung zu haben scheinen, mehr Anlehnung bieten, als der kirchlichen Partei."

So kurz das Schreiben, so läßt es doch, in Verbindung mit den Gedanken der Thronrede, ziemlich klar erkennen, wie sich die Königin Anna die Dinge zurecht legt und die Widersprüche in ihrer Seele auszugleichen trachtet. Sie trägt die Krone und will sie behalten und will darum den Krieg gegen Frankreich mit allem Nachdrucke führen. Alles dies aber wollen auch die Whigs, und darum müßte die Königin sich stützen zunächst auf die Whig-Partei. Aber die Königin will nicht bloß für sich die Krone behalten: ihr innerster Wunsch ist sie einem eigenen Kinde zu hinterlassen. Das Organ, durch welches allsonntäglich dieser Wunsch durch ganz England seinen Ausdruck findet, empor getragen wird zu Gott, ist die Hochkirche von England. War die Königin schon früher hochkirchlich aus Neigung, so war sie seit ihrer Thronbesteigung eben durch jenen Wunsch mit der Hochkirche auf das innigste verknüpft. Und darum will sie sich stützen auf die Tories, obwohl sie weiß, daß ein sehr großer Theil derselben nur darum für den Krieg wider Frankreich stimmt, weil einerseits die Königin selber, andererseits der Nationalwille es verlangt. Um aber bei sich das Zusammen-Gehen mit den Tories zu rechtfertigen, glorifizirt sie den Eifer derselben, wie ihren eigenen, für die Hochkirche von England. Dieser Eifer ist in ihrer Seele wie ein

Bollwerk gegen die Mahnungen des Gewissens an das Versprechen, welches sie zu Gunsten ihres Bruders dem unglücklichen Vater in St. Germain gegeben, und an welches er, sterbend, sie erinnert. Andererseits ist in der Seele der Königin Anna dieser Eifer für die Hochkirche wie eine Rechtfertigung für ihre Abgeneigtheit gegen das Haus Hannover, dessen kirchliches Bekenntnis in ihren Augen ähnlich erschien wie dasjenige des Königs Wilhelm, auf jeden Fall als ein fremdländisches.

Es fragt sich um die Aufnahme der Thronrede in den beiden Häusern des Parlamentes.

Das Oberhaus entwarf sofort eine Adresse, welche wesentlich bestand in Glückwünschen zu den Erfolgen des Kriegsjahres 1702. Auffallend war darin, weil ungewöhnlich, daß für die Armee in den Niederlanden der Graf Marlborough als Commandant genannt wurde. Es war ein Schachzug der Whig-Partei, berechnet auf die Vorliebe der Königin für die Familie Marlborough. Nachdem der Herzog von Somerset den Antrag gestellt, wagten die Tories, aus Besorgnis zu misfallen, ihrerseits nicht sich zu widersetzen [1]).

Die Adresse des Unterhauses zog sich einige Tage länger hin. Sie gab in Umschreibung die Thronrede wieder, jedoch mit einigen Anwendungen. Indem sie die Erfolge Marlboroughs verherrlichte, fügte sie hinzu: „welche in augenscheinlicher Weise die alte Ehre und den Ruhm der englischen Nation hergestellt haben". Dagegen sträubte sich die Whig-Partei, weil der letzte Ausdruck einen Schatten auf das Gedächtnis des Königs Wilhelm zu werfen schien. Sie beantragte statt des Wortes: hergestellt (retrieved) zu setzen: behauptet (maintained). Die Tories, welche den ersten Ausdruck beibehalten wollten, waren 184, die Whigs 84, und somit war das Verhältnis der Parteien constatirt [2]).

Dies Constatiren war die hauptsächliche Absicht der Whigs bei ihrem Antrage gewesen, um danach zu ermessen, ob eine Aenderung fernerer Stellen der Adresse in ihrer Macht stehen würde. Denn gleich der nächste Absatz kündigte ihnen nicht viel Gutes an. Er

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. November.

[2]) Desgleichen vom 10. November. Auch für das Folgende.

entsprach zuerst allen Wünschen der Königin in der Anerkennung ihres Eifers für die Hochkirche, für welche sie, wie die Adresse sagt, großen Gefahren ausgesetzt gewesen sei. Es folgte der Wunsch, daß unter der Regierung der Königin die Hochkirche völlig in die ihr gebührenden Rechte und Freiheiten wieder eingesetzt werde. „Und dies, sagte weiter die Adresse, kann nur dadurch geschehen, daß denjenigen Personen die Macht genommen werde, welche dargethan haben, daß es an ihrem Willen die Hochkirche zu zerstören nicht mangele."

Die Whigs faßten diese Worte auf als die Bitte der Tories, daß die Königin auch diejenigen Whigs, die etwa noch sich in Aemtern befänden, entlassen möge. „So mag es auch gemeint sein," fügt Hoffmann hinzu.

Die Tories hatten die Mehrheit und darum war ihr Votum dasjenige des Unterhauses von England. Die Königin nahm die Adresse mit lebhaftem Ausdrucke der Genugthuung entgegen.

Erst dann, am 31. October/11. November, traf die Nachricht von Vigo ein. Die Tory-Partei hatte geschwiegen über das Fehlschlagen der Unternehmung gegen Cadix: der Erfolg von Vigo schwoll in ihren Augen hinaus über die Wirklichkeit. Das sei mehr, hieß es, als die Einnahme von Cadix gewesen sein würde. Da Ormond und Rooke der Tory-Partei angehörten, so erschien der Erfolg als derjenige der Partei selbst. Bereits drei Tage nach der Ankunft der Kunde ward im Unterhause die Anklage von 1701 wider die vier Lords wieder angeregt. Die Mehrheit gelangte zu dem Beschlusse: es sei dem Unterhause in der Anklagesache wider verschiedene Lords, dem Oberhause eingereicht im dreizehnten Jahre der Regierung des Königs Wilhelm III., kein Recht widerfahren. Es waren 181 gegen 84 Stimmen. — Es ward jedoch sofort die Ansicht ausgesprochen, daß das Unterhaus sich begnügen werde mit diesem Beschlusse. Denn der Hauptzweck, nämlich der Whig-Mehrheit im Oberhause zu zeigen, daß man nun im Stande sei die Sache durchzuführen, wie man es unter der vorigen Regierung nicht gekonnt, sei mit dem Beschlusse selbst erreicht. Man urtheilte sogar, daß die Tory-Minister selber, wenn etwa einige Mitglieder des Unterhauses die Sache weiter treiben wollten, sie daran hindern würden. Und unzweifelhaft stehe dies in der Macht der Regierung. — Thatsache jedenfalls ist, daß in diesem Beschlusse

des Unterhauses vom 3./14. November jener leidige Zankapfel beider Häuser begraben wurde [1]).

Dagegen hatte der Erfolg von Vigo eine ganz besondere Bedeutung für den ferneren Gang des Krieges wider Frankreich. Wenige Tage vor dem Eintreffen der Nachricht hatte die Königin Anna in ihrer Thronrede angedeutet, daß der nachdrücklichste Angriff dahin gerichtet werden solle, wo der Feind am ehesten zu verwunden, und man hatte dies allgemein auf Italien gedeutet. Die Nachricht von Vigo gab einer anderen im englischen Cabinete auch schon vorher vorhandenen Strömung das Uebergewicht. Diese verlangte den nachdrücklichen Angriff auf Spanien selbst vermöge eines Bündnisses mit Portugal. Wir haben diese Angelegenheit im Zusammenhange zu überblicken.

Dom Pedro von Portugal hatte seine Geneigtheit zu der großen Allianz zu treten, den Sommer 1702 hindurch bereits in verschiedener Weise kund gegeben; aber er verlangte dafür etwas. Es leuchtete bald herdurch, daß er einige Stücke von Spanien fordern würde. Der Gesandte Waldstein in Lissabon war darauf nicht instruirt. Er verhielt sich ablehnend, zum großen Verdrusse des englischen Gesandten Methuen, der mit dem größten Eifer ein Bündnis mit Portugal betrieb. Die Stellung beider Gesandten zu einander schloß eine principielle Frage in sich. Wir haben diese Differenz in der authentischen Form jener Zeit zu vernehmen.

Der Graf Wratislaw meldet am 26. September: „Ich habe einen Bericht Methuens gelesen, in welchem er sich beschwert, daß der Graf Waldstein nicht geneigt sei, dem Könige von Portugal für den Beitritt zur großen Allianz vortheilhafte Bedingungen zu machen. Die englischen Minister sind darüber sehr verstimmt. Sie sprechen mir den Argwohn aus, daß E. K. M. das spanische Königreich nicht achten, sondern gedenken sich lediglich mit Italien zu begnügen. Dies laufe aber dem Interesse der Seemächte durchaus zuwider, stehe ferner auch nicht im Einklange mit meinen Versicherungen, daß E. K. M. alles anwenden würden, um den König von Portugal zur Allianz herüber zu ziehen."

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. November.

Von den Seemächten also geht der Gedanke des Angriffes auf spanischem Boden aus, den sie damals bereits bethätigten durch die Unternehmung gegen Cadix. Die Grundansicht auf kaiserlicher Seite dagegen legt sich uns dar in den Worten des Grafen Wratislaw wie folgt.

„Meine principielle Ansicht über den Krieg läßt sich kurz zusammen drängen. Wie die Spanier durch den Theilungsvertrag, welcher ihrer Monarchie die italienischen Länder entzog, bewogen sind, sich mit dem Ganzen an Frankreich hinzugeben: so werden sie bereit sein, unter die Herrschaft des Erzhauses zurückzukehren, sobald sie sehen, daß die italienischen Länder ihnen durch Waffenmacht genommen sind. So lange dies nicht geschehen, hat man auf einen durchschlagenden Erfolg nicht zu hoffen. Die nicht ruhende Antipathie der Spanier wider die Franzosen, die ererbte Anhänglichkeit an das Erzhaus, sind zwar wichtige, nicht jedoch durchschlagende Factoren. Der entscheidende ist die Eigenliebe der Spanier für die Erhaltung ihrer Monarchie. Deshalb wäre der Krieg in Italien mit allen Kräften zu betreiben, zu Wasser und zu Lande. Ich habe diese meine Ansicht auch dem Grafen Nottingham entwickelt und gebeten, daß man doch für das nächste Jahr auf Spanien nicht gedenken wolle" [1]).

Diese Ansicht fand volle Zustimmung im Rathe des Kaisers. Man fügte noch hinzu, daß der Kaiser den Einmarsch in Italien, den Krieg dort unternommen habe auf den Rath und das Andringen des Königs Wilhelm III., daß der Kaiser, dort und am Rheine verwickelt, nicht vermöge, auch nur Ein Regiment nach Spanien zu senden, daß dagegen den Seemächten allein die Eroberung Spaniens schwerlich gelingen werde.

Diese Einwände schlugen im Rathe der Königin Anna nicht durch. Ein Angriff auf Spanien selbst mit der Hülfe Portugals leuchtete dort mehr und mehr als zweckmäßig ein. Aber es entwickelte sich daraus ein neuer Gedanke. Es mußte den Spaniern die Meinung benommen werden, daß Portugal oder die Seemächte an ihnen eine Eroberung machen wollten. Dies konnte nur dadurch geschehen, daß den Spaniern der rechtmäßige König gegenüber trat. Der Staats-

[1]) Wratislaws Bericht vom 17. October.

Secretär Nottingham legte daher dem kaiserlichen Gesandten die Fragen vor: „Wenn Portugal sich für uns erklärt, wenn die Anstalten getroffen werden, Spanien mit starker Macht anzugreifen: wird dann der Kaiser sich entschließen können, seinen zweiten Sohn, den Erzherzog Carl, nach Portugal zu senden? Würde es möglich sein, für eine solche Expedition einige Truppen katholischer Religion zu erhalten?" — Wratislaw erwiederte: „Auf diese Fragen eine bestimmte Antwort zu geben ist schwer. Der Kaiser hat den Neapolitanern gegenüber sich engagirt, den Erzherzog dahin zu senden. Wenn einmal Italien gewonnen, so wird er kein Bedenken tragen ihn auch nach Spanien gehen zu lassen." — Nottingham bestand nicht weiter auf eine positive Antwort: dagegen hob er die zweite Frage hervor. Wratislaw erwiederte: „Sobald der Krieg in Italien zu Ende, werden die Streitkräfte des Kaisers nach Spanien verfügbar sein" [1]).

Es ist die erste officielle Erwähnung des Vorhabens der Seemächte, den Erzherzog Carl nach Spanien zu führen. Wir bemerken, daß sie der Zeit nach vor die Thronrede der Königin fällt, also vor jene Hindeutung auf den Krieg in Italien, daß demnach im Cabinet der Königin ein Entschluß den Krieg in Spanien vorzuziehen, noch nicht gefaßt war.

Der Kaiser lobte jene Antwort Wratislaws vom 24. October 1702. Auch er gab den ausdrücklichen Bescheid: sobald die Lombardei und Neapel reducirt, trage er kein Bedenken, den Erzherzog nach Spanien zu entsenden. So am 14. November [2]).

Allein inzwischen traf in England die Nachricht von Vigo ein. Sie gab im englischen Cabinet den Entwürfen auf Spanien das Uebergewicht. Noch bevor jene Antwort des Kaisers eingetroffen war, stellte Godolphin, am 10./21. November 1702, dem Grafen Wratislaw die Alternative zwischen einem nachdrücklichen Angriffe entweder in Spanien oder in Italien, so jedoch daß er die Vorliebe für den ersteren Plan klar zu erkennen gab. In diesem Falle, fügte er hinzu, sei durchaus nöthig die Allianz mit Portugal [3]). In derselben Richtung ward der Gesandte Stepney in Wien instruirt, und gab großen Eifer kund [4]).

[1]) Bericht vom 24. October.
[2]) Kaiserliches Rescript vom 14. November.
[3]) Wratislaws Bericht vom 21. November.
[4]) Seine Denkschrift vom 1. December.

Vom Standpuncte des Kaisers und seiner Räthe aus, welche die Reduction Italiens für die nächste Aufgabe erachteten, bedurfte man der Hülfe Portugals nicht, und war um so eher geneigt diese Hülfe zu entbehren, weil Portugal dafür einen schweren Lohn verlangen würde, nämlich Abtretungen in Gallicien und Estremadura. Um dieser Zumuthung zu entgehen, schlug man von kaiserlicher Seite vor, daß Portugal einstweilen bei seiner Neutralität beharren möge. Gerade das aber war es, was die englische Politik nicht wollte, weil sie darin eine Gefahr für den englischen Handel erblickte. „Wenn Portugal neutral bliebe, erwiederte Stepney, so würde es den gesammten europäischen Handel an sich ziehen können. Dies dürfen die Seemächte nicht gestatten. Mag daher immer auch der Kaiser die Gewinnung von Portugal nicht für so nöthig ansehen: so würde man dennoch besser thun, um der Seemächte willen an Portugal etwas von demjenigen abzulassen, was man noch nicht hat. Denn wenn der Kaiser nichts anbietet, so erhebt sich die Gefahr, daß England und Holland mit den Verhandlungen fortfahren und mehr anbieten, als dem Kaiser genehm" [1]).

Stepney und der Holländer Hamel Bruininx bestimmten dann die Forderungen Portugals näher dahin, daß es einen Theil des spanischen Estremadura und einen Hafen in Gallicien verlange.

In den wiederholten langen Berathungen der kaiserlichen Minister behielt dennoch die Ansicht in Betreff Italiens die Oberhand. Die Conferenz entwickelte ausführlich ihre Gründe. Der Kaiser Leopold gab seine Zustimmung. Es sei zuerst, sagte er, bei den Seemächten auf die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer anzutragen. Wenn sie dennoch bei ihrem Plane in Betreff Spaniens beharrten: so sei doch wenigstens um die Absendung einiger Kriegsschiffe ins adriatische Meer zu ersuchen, damit die Verbindung mit der Armee in Italien offen bleibe. — Dann aber tritt ein neuer Gedanke auf. Wegen der portugiesischen Allianz, fügt der Kaiser hinzu, sei das Gutachten des Admirals von Castilien zu vernehmen [2]).

Er war, wie wir vernommen haben, im October auf portugiesischem Boden eingetroffen. Wie immer er bis dahin geschwankt,

[1]) Conferenz-Protokoll vom 14. November.

[2]) Desgleichen vom 20. December.

durch diesen Schritt hatte er seine Existenz an die kaiserliche Sache geknüpft. Und darum durfte auch der Kaiser in dieser wichtigen Angelegenheit ihm Vertrauen beweisen. Da aber der Admiral von Castilien der Natur der Dinge gemäß zunächst an den Wiedergewinn des Königreiches Spanien dachte: so läßt sich schon daraus vermuthen, daß sein Gutachten die Wünsche Dom Pedros von Portugal befürworten werde. In diesem Sinne wird im Laufe des Kriegsjahres 1703 das Gutachten uns vor Augen treten.

Wenden wir dagegen unsere Blicke zurück nach England, so muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß der Plan den Erzherzog Carl nach Spanien zu senden, im Jahre 1702 von dort ausgegangen, von dort her an den Kaiser gelangt ist, daß dieser Plan nicht von Anfang an die Zustimmung des Kaisers fand, daß Leopold vielmehr nur zögernd, schrittweise dem Andringen nachgab. Und zwar ging der Plan aus von der Tory-Partei, die allein im Jahre 1702 im Rathe der Königin Anna vertreten war.

Ja es liegt sogar die Ansicht von Zeitgenossen vor, daß dieser Plan ausgedacht sei von der Friedenspartei unter den Tories, in der Erwartung, der Kaiser werde auf den Vorschlag nicht eingehen, und werde durch seine Weigerung einen Anlaß bieten, ganz andere Maßregeln zu ergreifen [1]). — Jedenfalls ist es gewiß, wie sich später ergeben wird, daß der Hof in Versailles bis zuletzt zweifelte, ob der Kaiser sich wirklich darauf einlassen werde.

Wir werden um neun Jahre später uns den Ursprung des Planes von der Tory-Partei aus gegenwärtig zu halten haben. Die Erfolge des Jahres 1702 kamen in England dieser Partei zu gute, die an dem Kriege überhaupt das geringere Verdienst hatte. Aber sie schien nun eben so kriegseifrig wie die Königin. Bereits in den ersten Tagen wurde der Antrag gestellt, dem Wunsche der Thronrede auf nachdrückliche Kriegführung zu entsprechen. Das Unterhaus bewilligte

---

[1]) Finalbericht des venetianischen Botschafters in London, Alois Mocenigo, vom Jahre 1706, im venetianischen Archive. Die Worte sind: Fù prestata la dichiaratione dell' Arciduca a nome delle due Nationi marittime con pensiero di quelli, che desideranno la pace, che Cesare non vi aderisce, ed havere da ciò un pretesto di prender nuove misure. Ma la corte di Vienna si piegò alla necessità.

am 6./17. November, das von der Regierung verlangte Landheer zu 40.000 Mann für den nächsten Feldzug, und zwar einstimmig: die Whigs und ein Theil der Tories aus Princip, die jacobitischen Tories, weil sie der Forderung der Königin gegenüber und bei dem kundbaren Eifer der Nation für den Krieg nicht anders konnten [1]).

Die Königin suchte diesem Nationalwillen Ausdruck zu geben, indem sie am 12./23. November zur Feier der Siege ein Tedeum in der St. Paulskirche halten ließ. Dies erregte, weil ungewöhnlich, ein besonderes Aufsehen. Man hob hervor, daß seit den Tagen der Königin Elisabeth ein solches Tedeum nicht gehalten war. Richtiger war es zu sagen: seit der Verbannung der katholischen Religion aus England, weil sich im anglicanischen Cultus ein Ersatz für das Tedeum der katholischen Kirche bis dahin nicht fand [2]).

Einen besonderen Eifer bewies die Tory-Partei für die Verherrlichung des Admirals Rooke, welcher bezeichnet wurde als ihr Idol. Nur mischte sich bei den Kundigen in der ersten Zeit in die Freude über ihn die Besorgnis, daß von Seiten des Landgrafen Georg eine Klage über das Verhalten bei Cadix wider ihn erhoben würde. Diese Besorgnis stieg dahin, daß der Staats-Secretär Nottingham bei dem Gesandten Wratislaw dringend verlangte [3]): der Landgraf möge schweigen. Denn im anderen Falle sei es der Königin und der Tory-Partei nicht möglich, für das Interesse des Kaisers einzutreten. „Aus diesem Beispiele, fügt Wratislaw seinem Berichte hinzu, mögen E. K. M. ersehen, wie weit in diesem Lande das Privatinteresse dem öffentlichen vorgezogen wird." — Der Landgraf Georg pflog Rath darüber mit Wratislaw und Hoffmann. Sie beide waren der Ansicht: da geschehene Dinge nicht zu ändern und irgend welche Pflicht, unaufgefordert zu reden, dem Landgrafen nicht obliege: so möge er dem Wunsche der englischen Minister sich fügen. Der Rath entsprach dem eigenen Interesse des Landgrafen, der bereits sich mit dem Plane trug, mit einem englischen Corps von 6000 Mann Gibraltar einzunehmen. Die drei Kaiserlichen einigten sich dahin, daß die eigentliche

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. November.

[2]) Wratislaws Bericht vom 24. November.

[3]) Desgleichen vom 21. November. Er machte vehemente Instanz.

Pflicht wegen Cadix zu reden, dem Herzoge von Ormond zufalle, weil seine Reputation an dem Miserfolge direct betheiligt war. Aber sie sahen voraus, daß die Tory-Minister Mittel finden würden, auch Ormond schweigend zu halten [1]).

In der That gelang nicht bloß dieses. Die Königin hatte in ihrer Thronrede eine scharfe Untersuchung über die Unordnung und den Unfug von Porto St. Maria verheißen. Zu diesem Zwecke war ein Kriegsgericht niedergesetzt. Aber es fand sich kein Ankläger. Der Grund war, daß mehr oder minder fast alle Generale und Offiziere mitschuldig waren, und folglich keiner den andern anklagen wollte. Auch Ormond, der nicht betheiligt war, hüllte sich in Schweigen. Der Admiral Rooke hatte zwar die Specification dessen eingereicht, was die Einzelnen dort auf die Flotte gebracht; doch ward auch dies nicht als ein Zeugnis betrachtet. Das Kriegsgericht suchte die Sache auf den Landgrafen Georg abzulenken, ihn als Ankläger heranzuziehen. Ein Beisitzer des Kriegsgerichtes forderte daher im Namen desselben den Gesandten Wratislaw auf, die betreffenden Briefe einzuliefern. Wratislaw erwiederte: „Bevor ich mich über die Sache äußere, verlange ich von Ihnen zu wissen, wer Sie oder das Kriegsgericht autorisirt hat, mir als kaiserlichem Gesandten eine Zumuthung solcher Art zu stellen" [2]).

Daß in Wirklichkeit das Kriegsgericht nicht ohne Autorisation gehandelt hatte, ergab sich einige Tage später. Der Staats-Secretär Nottingham trat zu dem Gesandten, und ersuchte im Namen der Königin, Wratislaw möge eine Anklage wegen des Unfuges zu Porto St. Maria eingeben. „Zuerst, erwiederte der Gesandte, erbitte ich mir dies Ansuchen schriftlich." „Ich erkenne die Absicht, fügte er hinzu: man will den Landgrafen Georg als Zeugen hinein verwickeln. Eben das aber will ich nicht" [3]). Nottingham kam mit seinem Ansuchen nicht wieder.

Die Absicht Wratislaws gelang. Eben so aber auch auf der anderen Seite das Bestreben, daß aus der ganzen Untersuchung nichts

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. November.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 12. und 22. December.

[3]) Wratislaws Bericht vom 19. December.

kommen solle. Obwohl die notorischen Excesse von Porto St. Maria im September den Unwillen aller Wohldenkenden erregt, und die Königin in ihrer Thronrede eine scharfe Untersuchung in Aussicht gestellt hatte, schleppte diese sich lange hin, und endete im nächsten Jahre damit, daß Haro freigesprochen und nur Bellasis cassirt wurde [1]).

Da die Erinnerung an Cadix wie erloschen erschien, hatte das Unterhaus freie Hand seinen Dank für Vigo darzubringen. Es entsendete an Ormond, wie nachher auch an Marlborough für seinen Feldzug, eine Deputation. Der Admiral Rooke dagegen als Mitglied des Unterhauses empfing dort auf seinem Sitze den einstimmig votirten Dank aus dem Munde des Sprechers. Die volltönende Beredtsamkeit, welche Sir Robert Harley über den Erfolg von Vigo entwickelte, ließ nicht erkennen, daß dieser Erfolg, so gewichtig immer er sein mochte, dem Admiral Rooke ähnlich zugefallen war wie eine reife Frucht, die der Wind vom Baume schüttelt. Die Antwort Rookes hielt sich in diesem Sinne, war darum ungleich bescheidener [2]). Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß doch auch der Capitän Hardy, dem in erster Linie das Verdienst von Vigo gebührte, nicht leer ausging. Er erhielt den Ritterschlag und eine namhafte Geldsumme [3]).

Das Zusammengehen der Tory-Mehrheit im Unterhause mit der Königin, so wie umgekehrt, gab sich kund in verschiedener Weise. Ein Mitglied des Unterhauses, Sir John Packington, erhob eine Anklage gegen den Bischof von Worcester wegen unerlaubter Bemühungen gegen seine Wahl. Das Unterhaus fand die Anklage begründet, nannte das Verfahren des Bischofs böswillig, unchristlich, willkürlich, und ersuchte die Königin durch eine Adresse, ihn seines Amtes als Almosenier zu entlassen. Das Oberhaus jedoch nahm sich rasch seines Mitgliedes an, und beschloß eine Gegenadresse an die Königin. Denn das Richteramt über eine solche Anklage gebührte dem Oberhause. Die Tories vom Unterhause dagegen sagten: sie hätten

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. März 1703.

[2]) Commons Debates vol. III, p. 244.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 22. December 1702.

nicht anders handeln können; denn eine Anklage des Bischofs vor dem Oberhause würde erfolglos geblieben sein [1]).

Nach dem Zeugnisse Unbetheiligter war der Bischof einer der gelehrtesten Männer in England, friedlich, wohlgesinnt. Er wünschte nicht, daß es um seinetwillen zu einer Differenz beider Häuser komme. Er bot daher an aus sich zu verzichten. Allein nachdem das Oberhaus die Sache zu seiner eigenen gemacht, verfing dies nicht mehr. Es kam auf die Königin an [2]).

Das Oberhaus eilte mit seiner Adresse zuvor. Die Königin erwiederte sogleich: „Ich erkenne an, daß jedem Pair und Lord des Parlamentes, und in der That einem jeden Menschen Raum und Gelegenheit gegeben werden muß, über die wider ihn erhobenen Anklagen vernommen zu werden, bevor er bestraft werden darf. Es ist an mich noch keine Klage gegen den Bischof von Worcester gekommen; aber ich betrachte es als mein unzweifelhaftes Recht, jeglichen Diener meiner Person beizubehalten oder zu entlassen, je nachdem ich es für geeignet finde."

Nach dieser Antwort berieth das Oberhaus sofort eine Dankadresse, mit der hinzugefügten Versicherung, daß es ihnen fern gelegen habe, das von der Königin betonte Recht über ihre Diener in Zweifel ziehen zu wollen.

Inzwischen gelangte die Adresse des Unterhauses gegen den Bischof von Worcester nach Kensington. Die Königin erwiederte: „Es thut mir leid, daß sich ein Anlaß zu dieser Adresse gegen den Bischof von Worcester ergeben hat. Ich werde die Anordnung treffen, daß er nicht länger die Stelle als Almosenier behält, sondern werde einem Anderen dies Amt übertragen".

Während die Lords ihre Dankadresse für die erste Antwort der Königin beriethen, gelangte an sie die Nachricht der zweiten. Sie stellten die Berathung ein.

Sie faßten dagegen eine Resolution, ohne Widerspruch, lautend: „Die geistlichen und weltlichen Lords, im Parlament versammelt,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. December.

[2]) Desgleichen vom 5. December. Auch für das Folgende. Der eigentliche Zusammenhang wird in Lords Debates vol. II, p. 45 und Commons Debates vol. III, p. 209 nicht klar.

beschließen und erklären hiermit, daß kein Mitglied ihres Hauses irgend welche Strafe erleiden darf in Folge eines Verfahrens des Unterhauses, es geschehe denn gemäß den bekannten und alt hergebrachten Regeln und Methoden des Parlamentes."

Daß der moralische Nachtheil der Sache die Königin traf, ergibt sich schon aus dem Umstande, daß die Tories im Oberhause dieser letzten Resolution nicht widersprochen hatten. Man vernahm von Mitgliedern des Oberhauses die Rede, daß die Königin den letzten Beschluß hätte vermeiden können, wenn sie, auch bei thatsächlichem Willfahren für das Unterhaus, auf die Adresse desselben wenigstens principiell dieselbe Antwort hätte geben wollen wie auf diejenige des Oberhauses. Die Stimmung war beiderseitig eine sehr verbitterte [1]). Die zwei im Hofdienste noch übrigen Whigs, der Obersthofmeister Herzog von Devonshire und der Oberstallmeister Herzog von Somerset, boten ihre Entlassung an. Die Königin ging nicht darauf ein.

Das Unterhaus bewies seinen Dank thatsächlich für den Prinzen Georg von Dänemark. Ein Mitglied, Namens Sir Roger Martins, nahm den alten Plan wieder auf, den Prinzen als König auszurufen [2]). Der Antrag, der namentlich bei der Stimmung des Oberhauses als undurchführbar erscheinen mochte, ward beseitigt. Dagegen ward für ihn im Falle daß er die Königin überlebe, ein Jahrgeld von 100.000 Pfund Sterling beantragt. Der Protest der Whigs, daß die Königin als Prinzessin nur die Hälfte gehabt und reichlich damit ausgekommen sei, verhallte. Dennoch verlangten sie die Abstimmung. Sie ergab das Verhältnis von 240 dafür, und 31 dagegen [3]).

Der Hauptschlag, den die Tory-Partei gegen die Whigs zu führen gedachte, im Sinne ihrer Antworts-Adresse auf die Thronrede, bestand in der Einbringung einer Bill wider die gelegentliche Conformität mit dem Cultus der Hochkirche. (Bill against occasional conformity.) Die Antragsteller waren Bromley und der damals noch sehr jugendliche St. John, später bekannt unter dem Namen Viscount Bolingbroke, eine Persönlichkeit von ungemeiner Begabung. Der Antrag ging aus von dem Lobe der Duldung. Dann fuhr er

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. December.
[2]) Die Kurfürstin Sophie an Leibniz Bd. VIII, S. 407.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 12. December.

fort: „Die Gesetze bestimmen, daß zur Uebernahme eines jeglichen Amtes erforderlich ist die Theilnahme am Sacramente des Abendmahles nach der Lehre und dem Ritus der Hochkirche von England. Allein verschiedene Personen, welche von der gesetzlich festgestellten Kirche abweichen, vereinigen sich doch mit den Mitgliedern derselben zur Communion, um dadurch sich zu Aemtern und Bestallungen befähigt zu machen, und kehren dann nachher zu Conventikeln und Versammlungen zurück, deren Cultus mit der Liturgie und der Lehre der Hochkirche nicht übereinstimmt. Dies ist wider die Absicht und den Sinn des bestehenden Gesetzes. Wenn daher irgend Jemand, nachdem er in ein Amt eingetreten, noch wieder an solchen außerkirchlichen Versammlungen Antheil nimmt, so soll er eine einmalige Buße von einhundert Pfund Sterling verbrochen haben, und dazu fünf Pfund Sterling für jeden Tag, welchen er nach begangener That noch im Amte verbringt" [1]).

In etwas herber Weise und doch dem Wesen nach nicht unrichtig hat die damalige Gräfin Marlborough diese Bill wider die gelegentliche Anbequemung kritisirt. „Der Zweck der Bill, sagt sie, war nicht bloß die gelegentlichen Conformisten von allen Aemtern auszuschließen, sondern auch die beständigen Conformisten, welche nur nicht es über sich vermochten den hochkirchlichen Unverstand hinunter zu schlingen, daß man die Religion durch Verfolgung befördern dürfe. Denn da die Tories die völlige Hingebung der Königin an die Hochkirche kannten: so bezeichneten sie ihr diese Bill als den Prüfstein, an welchem sie Freund und Feind unterscheiden könnte, und bezweifelten nicht, daß sie zu den letzteren alle diejenigen rechnen würde, die sich einem so frommen Plane widersetzten" [2]).

Es ist die immer sich erneuernde Wiederholung des einen Satzes: man redet von Frömmigkeit und versteht darunter die eigene Herrschaft.

Man wird nicht verneinen können, daß formell das Recht auf Seiten der Tories war, in so weit durch die gelegentliche Anbequemung positive Gesetze in nicht ehrlicher Weise umgangen wurden. Aber doch auch nur von dem Standpuncte dieser Gesetzgebung aus. Eben diese selber jedoch war ein Uebergriff. Sie war ein Ausfluß des Zustandes,

[1]) Commons Debates vol. III, p. 212.

[2]) Conduct of the Duchess of M. p. 140.

der durch Heinrich VIII. in England geschaffen, durch die Königin Elisabeth sein letztes Gepräge erhalten hatte, des Zustandes des Caesareopapismus. Ob die Freiheit der Kirche beschränkt wird durch ein weltliches Oberhaupt allein, oder durch ein solches im Vereine mit einer parlamentarischen Versammlung, ist für das Wesen der Dinge gleichbedeutend: der Zustand in Folge der Lossagung von Rom, die Errichtung und das Fortbestehen einer Nationalkirche, ist der Zustand des Caesareopapismus, der unberechtigten Herrschaft der weltlichen Gewalt über die Kirche und kirchliche Dinge. Wie die Tories den Whigs den Vorwurf machten, daß sie positive Gesetze umgingen: so hätten die Whigs das Recht gehabt zu erwiedern, daß die Basis jener Gesetze eine falsche, daß das Recht des Staates Gesetze zu geben, sich über die Gewissen nicht erstrecke. Aber freilich, dieser Einwand von dem Boden des Rechtes und der Freiheit der Kirche aus, lag in dem damaligen England den Whigs eben so fern wie den Tories. Nicht das fundamentale Princip aller wahren kirchlichen Freiheit konnten die Whigs als ihren Schild entgegen halten, sondern sie suchten sich zu helfen auf andere Weise.

Die Whig-Partei im Unterhause vermochte, bei ihrer Minderheit, die Annahme der Bill nicht zu hindern. Diese gelangte an das Oberhaus. Die Königin war erst Willens gewesen, durch ihre Anwesenheit im Oberhause die Tory-Partei moralisch zu verstärken. Jedoch stand sie davon ab, und schickte nur ihren Gemahl, den Prinzen Georg, der, obwohl als Lutheraner durch die Bill mitbetroffen, dennoch den Auftrag hatte für dieselbe zu stimmen. Ueberhaupt hatte der Hof das Aeußerste aufgeboten, und der Kampf war daher lange und hartnäckig. Die Whig-Partei ging nicht darauf aus die Bill als solche zu verwerfen, sondern sie durch neue Anträge zu durchlöchern. Der hauptsächliche derselben war, daß die Bill sich nicht weiter erstrecken dürfe als die Test-Acte. Dadurch wurden zwar die hohen Aemter den Dissenters unerreichbar, es fielen dagegen die schweren Geldstrafen. Der Antrag erlangte endlich die Mehrheit, nämlich 50 gegen 47 Stimmen. Unter den ersteren waren der Erzbischof von Canterbury und sieben andere Bischöfe der Hochkirche [1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. December.

So der Ausgang der ersten Lesung am 4./15. December. Der Kampf erneuerte sich bei der zweiten am 8./19., und währte acht Stunden lang, heftiger noch als das erste Mal, weil es zu persönlichen Angriffen kam, namentlich gegen den Staats-Secretär Nottingham. Die Geldstrafen wurden abermals verworfen, und überhaupt so viele Aenderungen eingebracht, daß das Unterhaus schwer darein willigen würde. Und eben dies war der Zweck [1]).

In den nächsten Tagen jedoch stieg im Oberhause eine besondere Besorgnis auf. Es war noch in frischer Erinnerung, daß das Unterhaus einige Jahre zuvor, um dem Oberhause den Widerspruch gegen eine Bill abzuschneiden, diese mit einer Geldbill verbunden hatte, weil über eine Geldbill mitzureden dem Oberhause nicht zustand. Um einer abermaligen List solcher Art zuvorzukommen, verwahrte sich das Oberhaus vor der dritten Lesung durch einen eigenen Beschluß gegen ein solches Verbinden (tacking) [2]). Dann begann die Debatte mit erneuter Heftigkeit, so sehr daß die Lords Leeds und Halifax gegenseitig Familienangelegenheiten zur Sprache brachten. Der Sohn des Herzogs von Leeds, Marquis Caermarthen, schickte darauf dem Lord Halifax eine Forderung. Auf die Nachricht ließ das Oberhaus, weil Caermarthen nicht zu finden, wenigstens Halifax mit Hausarrest belegen. Die Zahl der Abstimmenden blieb dieselbe [3]).

Demnach hatte sich die Bill im Oberhause vielfach anders gestaltet als im Unterhause. Es kam daher auf die Conferenzen an, ob ein Ausgleich gefunden werden könne. In den Conferenzen ward eine Fülle von Gelehrsamkeit und Parteigeist entwickelt; aber die Mitglieder blieben beiderseitig bei ihrer Meinung [4]). Die letzte dieser Conferenzen zog sich hin bis gegen elf Uhr Abends; dennoch fanden die rückkehrenden Mitglieder das Oberhaus noch versammelt, und darin auch den Prinzen-Gemahl, der ungeachtet seines asthmatischen Zustandes den ganzen Tag und den Abend bis dahin ausgehalten hatte. Dennoch fruchtete es nicht. Das Oberhaus beschloß mit zwei Stimmen

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. December.

[2]) Desgleichen vom 22. December. — Vgl. Commons Debates vol. III, p. 211. Der Beschluß hier jedoch der Zeit nach nicht richtig.

[3]) Derselbe Bericht Hoffmanns.

[4]) Das Protocoll in Commons Debates vol. III, p. 217.

Mehrheit, bei seinen Aenderungen der Bill zu beharren [1]). Da voraussichtlich die Mehrheit im Unterhause nicht nachgeben würde: so fiel damit die Bill. Es war freilich darum nicht die Absicht der Tories die Sache überhaupt fallen zu lassen. Wir werden sie um ein Jahr später ihren Versuch erneuern sehen.

Die Kunde dieses Beschlusses erregte bei den Tories im Unterhause heftigen Verdruß. Der Ritter Seymour suchte demselben Ausdruck zu geben. Man hatte eben vorher die Absendung einer Bill beschlossen, welche zum Zwecke des Krieges das Malz besteuerte. Seymour erhob sich und sagte: da die Königin gleich anderen Souveränen ihr Parlament entlassen würde, so bald es die verlangten Subsidien bewilligt habe: so beantrage er die Geldbill nicht eher abzusenden, als bis das Unterhaus wegen jener streitigen Bill vom Oberhause Satisfaction erhalten habe. Allein Seymour schoß darin über das Ziel hinaus. Einige Mitglieder der eigenen Partei widersprachen dem Antrage, unter ihnen sogar How, der seit längerer Zeit schon seinem Eifer Zügel angelegt und bereits einige Male mit den Whigs votirt hatte. Den Ausschlag indessen gab die Aeußerung des Sprechers Harley, daß, nachdem die Absendung der Bill einmal beschlossen, er sie nicht wieder in Frage stellen dürfe [2]).

Es dürfte fraglich sein, ob der Antrag Seymours lediglich dem Verdrusse über das Oberhaus entstammte, oder ob nicht darunter ein tieferer Plan sich verbarg. Wir vernehmen von den kaiserlichen Gesandten unablässig die Klage, daß die Führer der Tory-Partei, unter denen Seymour im Unterhause, Rochester im Oberhause hervorragen, indirect sich bemühen, die der Bethätigung der Allianz entsprechenden Beschlüsse zu hindern. In der That war ja die Gesinnung derjenigen Fraction der Tories, welche kurzweg als die Partei Rochester bezeichnet wird, nicht eine andere geworden als im letzten Jahre des Königs Wilhelm. Sie suchte zu hindern, wo und wie sie unter dem Scheine der Formen es vermochte, und, je nach den Umständen, sich Handhaben zu schaffen für die Zukunft. Dies Bestreben machte sich geltend in Betreff aller Angelegenheiten sowohl nach innen als nach außen.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Januar 1703.

[2]) Derselbe Bericht.

Verfolgen wir dasselbe weiter zunächst in Betreff der englischen Angelegenheiten.

Die Mehrheit des Unterhauses hatte in die Bill der Dotation für den Prinzen Georg, im Falle er die Königin überlebte, die Clausel eingebracht, daß der Prinz ausgenommen sein solle von der Bestimmung der Successions-Acte von 1701, welche die nicht eingeborenen Engländer von öffentlichen Aemtern ausschloß. Die Whigs faßten den Verdacht, daß die Absicht bei dieser Clausel sei, in die Successions-Acte ein Loch zu machen. Denn die Erfahrung lehre, daß wenn eine Bill einmal in irgend einer Weise corrigirt, so pflege dies öfter zu geschehen, und könne zur völligen Durchlöcherung führen. Die Whig-Lords Somerset und Devonshire stellten dies der Königin vor, und wiesen darauf hin, daß die Whig-Mehrheit im Oberhause diese Clausel nicht votiren werde. Daher möge die Königin ihren Einfluß dahin geltend machen, daß im Unterhause die Clausel getilgt werde [1]).

Die Clausel war um so auffallender, da die ausdrückliche Ausnahme des Prinzen Georg in sich schloß, daß die von Wilhelm III. zu Pairs von England ernannten geborenen Ausländer, wie der Herzog von Schonburg, die Grafen Portland, Albemarle, Rochefort und Andere, nach dem In-Kraft-Treten der Successions-Acte, aufhören würden, englische Pairs zu sein. Die Ungerechtigkeit eines Satzes, aus welchem eine solche Folgerung gezogen werden konnte, lag vor Augen.

Die Königin verwandte jedoch nicht ihren Einfluß bei dem Unterhause in dem von Devonshire und Somerset gewünschten Sinne. Die Bill, wie das Unterhaus sie beschlossen, gelangte an das Oberhaus. Die Whig-Mehrheit dort fügte eine Explication hinzu, durch welche nicht bloß der Prinz Georg von Dänemark, sondern die sämmtlichen unter der vorigen Regierung ernannten Pairs von der Anwendung der Successions-Acte auf sie ausgenommen wurden. Mit diesem Zusatze ausgestattet kam die Bill zurück an das Unterhaus. Der Zusatz ward dort verworfen. Abermals also gelangte die Sache an das Oberhaus. Dies Mal erlangte die Bill auch ohne dem Zusatz die Mehrheit Einer Stimme. Der Grund war, daß Schonburg und

[1]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 1. Januar 1703, unabhängig von einander.

Feversham, ungeachtet daß auch sie fremde Pairs, die also durch jene Bill mit betroffen wurden, dem Hofe zuliebe für dieselbe gestimmt hatten. „Sie lassen sich durch die Sache nicht weiter anfechten, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, weil der Erfahrung gemäß sich die Gesetze hier fast eben so oft ändern wie das Wetter" [1]).

Es mochte hinzukommen die Erwägung, daß die ganze Bill nur eventuell war, und daß, bei dem schweren asthmatischen Leiden des Prinzen Georg, das Ueberleben seinerseits sehr wenig wahrscheinlich war.

Der Kern aber dieser Angelegenheit ist, daß die Führer der Tory-Partei, da sie direct die Successions-Acte nicht umstürzen konnten, sie auf Umwegen zu durchlöchern suchten.

Derselbe Gegensatz beider Parteien zeigt sich in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten.

Der kaiserliche Gesandte Wratislaw erhob wiederholt Beschwerden über den Ritter Seymour, der im Unterhause Invectiven wider den Kaiser vorbringe. Seymour hatte gesagt: der Kaiser stehe sich selber im Lichte. Er habe den Krieg in Italien völlig vernachlässigt, und verlange die spanische Monarchie vollständig, ohne etwas dafür beizutragen, noch auch nur einen Fußbreit Landes an Portugal abzutreten, oder irgend welche Concession an Bayern zu machen. „Die Reden entsprechen ja überhaupt nicht der Wahrheit, sagte Wratislaw; aber sie können dennoch nur von Jemandem geführt werden, der aus seiner amtlichen Stellung weiß, daß jene Angelegenheiten in Frage stehen." Nottingham vermochte nicht seinen Freund Seymour zu vertheidigen. Er wich aus mit der Antwort, daß die Sache ihm nicht bekannt: die Nachricht müsse von Seiten der Whigs dem Gesandten zugekommen sein. Wratislaw erwiederte, daß er sich einstweilen mit dieser Mahnung begnüge, jedoch Anderes sich vorbehalte. Denn derartige Reden seien darauf berechnet, einen übelen Eindruck zu machen [2]).

Seymour indessen war immer nur eine einzelne Persönlichkeit. Das Trachten Anderer mit ihm zeigte sich einige Tage später in auffälliger Weise.

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 26., 30. Januar und 2. Februar.

[2]) Wratislaws und Hoffmanns Berichte vom 17. Januar 1703.

Die Generalstaaten hatten, mit dem Beirathe Marlboroughs, eine Vermehrung ihrer Streitkräfte beschlossen, wenn England ein Gleiches thue. Sie entsendeten deshalb an die Königin eine Denkschrift, vom 20. December. Die Königin gab sie an das Unterhaus. Nach langer Verhandlung wurde die Verstärkung der Armee um 10.000 Mann auf englische Kosten bewilligt, aber mit der Bedingung: die Königin wolle bei den Generalstaaten darauf bestehen, daß sofort aller brieflicher und Geldverkehr mit Frankreich und Spanien aufhöre, und daß England zur Stellung der 10.000 Mann nicht eher verpflichtet sei, als vom Tage jenes Aufhörens an. Diese Bedingung erschien als durchaus erforderlich; denn die Kaufleute hatten dargethan, daß die Bezahlung der französischen Armeen, sowohl in Italien als am Rheine und in Belgien, erfolge durch holländische und Londoner Wechselbriefe. Diese Thatsache war unanfechtbar. Allein sie hatte stattgefunden auch im vorigen Kriege. Dennoch war das Verbot der Correspondenz nicht erfolgt, und es war vorauszusehen, daß es auch dies Mal auf viele Schwierigkeiten stoßen würde, um so mehr, da über eine so wichtige Angelegenheit jede Provinz der Republik kraft ihrer Souveränetät zu beschließen hatte. Eben darum stieg der Verdacht der Whigs gegen die Urheber dieser Bedingung empor. Die Namen derselben: Seymour, How, Hedges, Finch, schienen darzuthun, daß, außer Marlborough und Godolphin, die sämmtlichen Minister mit ihnen einverstanden waren. Der Haupteinwand der Whigs war: „Seit zwei Monaten wissen wir, daß der Antrag auf die Vermehrung der Truppen für uns in Aussicht war. Wenn nun der Bestand der Correspondenz mit Spanien und Frankreich ein Hindernis dagegen war: warum hat man dies nicht früher ausgesprochen? Das Verknüpfen zweier an sich getrennter Sachen beweist die Absicht der Verschleppung." Es gelang den Whigs einige Tories zu sich herüber zu ziehen, so daß die Mehrheit der Tories geringer war als sonst, 190 zu 123 [1]).

Wir vernehmen über die ganze Angelegenheit die Ansicht eines kundigen Beobachters. „Man sieht nun, sagt Hoffmann, warum die Tories gleich zu Anfang so sehr geeilt die Subsidien zu bewilligen. Nicht um des Gemeinwohles willen haben sie es gethan, sondern um

[1]) Hoffmanns Berichte vom 16. und 19. Januar.

dadurch die Forderung, die Zahl der Truppen zu vermehren, im voraus zu vereiteln. Welchen Verdacht dies Verfahren der Tory-Partei bei den Whigs erweckt, ist der Feder nicht wohl anzuvertrauen" [1]).

So Hoffmann. Die Ergänzung des Gedankens dürfte indessen nicht schwer sein: der eine Theil der Tory-Partei, unter der Führung von Rochester im Oberhause, von Seymour im Unterhause, beabsichtigte den Frieden mit Frankreich herbeizuführen und dann die Rückkehr des Prinzen Jacob Stuart.

Der Regel nach verhalten sich das Unterhaus und das Oberhaus zu einander wie Tories und Whigs. Es kommt also auf die Stellung der Königin Anna zu den beiden Parteien an.

Wir haben gesehen, daß sie bei der Bill wider die gelegentliche Anbequemung an die Hochkirche völlig mit den Tories ging. Es hätte damals bei ihr gestanden, dem Zwiespalte der Parteien ein Ende zu machen, und den Tories zum Siege zu verhelfen. Das Mittel, damals viel erwogen, bestand in der Ernennung einiger neuen Pairs, durch welche die Tory-Partei auch im Oberhause die Mehrheit erhalten würde. Da bei der Bill wider die gelegentliche Anbequemung an die Hochkirche die Mehrheit der Whigs nur drei Stimmen betragen hatte: so würde eine Anzahl von etwa sechs neuen Pairs völlig ausgereicht haben. Allein es ist kaum anzunehmen, daß nicht auch die Königin Anna die Gefahr durchschaut habe, die in diesem Falle ihr von ihren Freunden drohete. Es stand zu besorgen, daß in diesem Falle die Tory-Partei, in dem Bewußtsein ihrer Macht, überwältigend auftreten, daß die extreme Richtung in ihr die Oberhand behalten, und in Betreff des Krieges und der Succession Beschlüsse fassen würde, welche über die Wünsche der Königin weit hinausgingen. Denn Anna wollte nicht abdanken oder nicht genöthigt werden abzudanken. Sie wollte für ihr Leben die Krone behalten, und, um sie zu behalten, wollte sie, gemäß der weitaus überwiegenden Strömung der englischen Nation, den Krieg wider das Haus Bourbon. Sie war dem Gedächtnisse des Königs Wilhelm so sehr abgeneigt, daß die Tories es wagen durften, jeden Anlaß zu benutzen, um einen Schatten auf sein Andenken zu werfen. Aber, um die Krone zu behalten, trat sie voll und ganz ein

[1]) Hoffmanns Berichte vom 16. und 19. Januar.

in die Richtung der Politik nach außen, die er geschaffen. Sie wollte bei sich nicht die Thronfolge des Hauses Hannover in England; aber, um selber die Krone zu behalten, mußte sie thatsächlich die Principien vertreten, welche die Krone nach ihr dem Hause Hannover zusprachen. Denn ihr eigenes Recht war nicht stärker und besser begründet als dasjenige der Prinzessin Sophie. Es war vielmehr genau dasselbe. Wir haben zum Jahre 1702 die bündigen Sätze des Schotten Marchmont vernommen (S. 62), und in der That können, zur Klarstellung des Verhältnisses, diese Gedanken nicht oft genug wiederholt werden. Wenn der Prinz Jacob in St. Germain ein Recht hatte: so war dies Recht nicht das zweite, sondern das erste. Ob in diesem Falle das Recht der zweiten Person, nämlich der Schwester Anna, oder das Recht der dem Blute nach sechsundfünfzigsten Person, nämlich der Kurfürstin in Hannover, dem Rechte der ersten Person vorgezogen wurde — war ein gradueller, nicht ein specifischer Unterschied, also dem Wesen nach einerlei. In diesem Falle war die Königin Anna die Usurpatorin eines fremden Rechtes, des Rechtes ihres Bruders. Wir haben aus ihrem Schreiben über ihre Thronrede an Lady Marlborough ersehen, daß sie die in ihrer Seele widerstreitenden Gedanken zu vereinbaren, die Kluft zwischen denselben zu überbrücken suchte durch ihren Eifer für die Hochkirche. In dieser Beziehung auf England Tory, handelte die Königin Anna nach außen als Whig. Dieser Dualismus in ihrer Seele ist, wir müssen es immer wiederholen, eins der wichtigsten geschichtlichen Momente jener Zeit, nicht bloß für sie persönlich, nicht bloß für England, sondern für das gesammte Europa. „Denn das ganze Hauptwerk dieser Allianz, sagt der Graf Wratislaw, beruht einzig und allein auf dem guten Willen der englischen Nation“ [1]).

Ob die Königin Anna sich selber über diese ihre Position klar wurde, dürfte schwer zu sagen sein. Jedenfalls unterblieb eine Ernennung neuer Pairs damals, wo sie der Sache der Allianz hätte gefährlich werden können, nämlich während der Session des Parlamentes im Winter 1702 auf 1703.

Es erfolgte dagegen eine Veränderung der Richtung von einem Puncte aus, der zu Anfang selbst nur wenigen der handelnden Personen

[1]) Wratislaws Bericht vom 19. Januar.

zur vollen Kunde gekommen, oder als besonders wichtig erschienen sein mag. Der Punct betrifft das Ehepaar Marlborough.

Noch bevor der Feldherr vom Festlande heimgekehrt war, beschloß die Königin Anna, sogleich auf die erste Adresse des Oberhauses, welche mit den Erfolgen des Feldzuges in den Niederlanden ihn namentlich hervorhob, ihn zum englischen Herzog zu ernennen. Die Königin gab ihren Entschluß sofort der geliebten Freundin kund. „Ich weiß, fügte sie hinzu, meine liebe Missis Freeman legt nicht großen Werth auf solche Dinge; auch bin ich selber damit nicht befriedigt, weil die Sache nicht genug meine Werthschätzung für Mr. Freeman ausdrückt. Es gibt nichts, was jemals darzuthun vermöchte, wie sehr ich Ihnen ergeben bin“ [1]).

Missis Freeman war allerdings mit dem neuen Titel nicht einverstanden, nicht jedoch um des Titels willen an sich. Wir erfahren ihr Bedenken aus der Antwort Marlboroughs an sie auf die Mittheilung der Absicht der Königin. „Ich stimme mit Dir völlig überein, sagt er, daß wir nicht einen höheren Titel wünschen dürfen, bis wir ein größeres Vermögen haben“ [2]). Zugleich machte Missis Freeman den Freund Godolphin zum Vertrauten ihrer Bedenken. Er erwiederte: „Ich habe Missis Morley gebeten, bei Ihrer nächsten Begegnung nicht anders von Ihnen zu scheiden, als bis entweder Sie ihrem Wunsche sich gefügt, oder Missis Morley sich herbeigelassen hat Ihre Besorgnisse hinweg zu nehmen.“

Diese Besorgnisse wurden hinweg genommen; denn bereits am Tage der Ankunft Marlboroughs in London, am 28. November/9. December, eröffnete die Königin dem geheimen Rathe: „Ich bin so erfreut über die eminenten Dienste, welche der Graf Marlborough dem Gemeinwohl und mir selbst erwiesen, sowohl in der Führung der Armee als in Betreff des gegenseitigen Vertrauens zwischen mir und den Generalstaaten, daß ich Willens bin ihn zum Herzog zu ernennen.“ Die Worte über das Vertrauen zwischen der Königin und den Generalstaaten enthielten einen Seitenhieb auf die Whigs, weil man in

---

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 304. Auch für das nächst Folgende.

[2]) Coxe's Marlborough vol. I, p. 152.

England ihnen Schuld gab, daß sie in Holland ein Mistrauen gegen die Tory-Regierung der Königin zu erregen suchten [1]).

Es ist nicht unwichtig hier auf einen besonderen englischen Charakterzug jener Zeit aufmerksam zu machen. Sicherlich bedurfte es nicht der Aeußerungen von englischen Whigs nach Holland hin, um dort ein Mistrauen wider die Aufrichtigkeit der Tory-Partei zu erregen. Die Holländer, eben so wie die kaiserlichen Gesandten, hatten dieses Mistrauen aus sich selber, aus ihren eigenen Wahrnehmungen, und machten unter einander darüber kein Hehl. Aber die Engländer, vermöge ihrer Neigung alle Dinge der Welt in englischen Rahmen zu fassen, sahen auch fremde Urtheile über England an als erwachsen auf englischem Boden und von England aus nach auswärts mitgetheilt. Wir werden diesen Charakterzug der Engländer zur Zeit der Königin Anna noch oftmals wiederkehren sehen, besonders bemerkenswerth in den Jahren 1705/6 und 1711/12.

Am nächsten Tage ward die Ernennung Marlboroughs zum Herzoge verkündet. Er behielt, wider die Gewohnheit, aber auf seine Bitte, auch als Herzog den Namen Marlborough, weil er unter diesem Namen der Welt bekannt geworden [2]). Wenige Tage später erfolgte eine Botschaft der Königin an das Unterhaus. Sie hob darin die Verdienste Marlboroughs ähnlich hervor wie in ihrer Anrede an den geheimen Rath, und fügte hinzu, daß sie darum ihm und seinen männlichen Erben den Herzogstitel, so wie, für ihre eigene Lebenszeit, ihm zur anständigen Behauptung dieses Titels ein Jahreseinkommen von 5000 Pfund Sterling beigelegt habe. Wenn es in ihrer Macht gestanden, sagte weiter die Königin, so würde sie das Einkommen in derselben Weise verliehen haben wie den Titel; aber sie glaube hoffen zu dürfen, daß das Unterhaus die Mittel finden werde, diesen begründeten Wunsch zu erfüllen [3]).

Es handelt sich für die geschichtliche Betrachtung hier nicht um die Frage einer Bewilligung von 5000 Pfund Sterling, sondern die Angelegenheit erhielt, wie sich bald ergeben wird, eine weitere Bedeutung.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. December.

[2]) Derselbe Bericht.

[3]) Commons Debates vol. III, p. 210.

Das Unterhaus vernahm die Botschaft mit staunendem Schweigen. Dies dauerte an, so daß der Sprecher nach einer Weile sich erhob und rundum blickte, ob Jemand das Wort ergreifen wolle. Dann öffneten sich die Schleusen, und eine Fluth von Reden strömte hervor. „Ich habe ein Hofamt, sagte eins der Mitglieder; aber ich habe es nicht in der Absicht angenommen, daß mein Mund wie zugenäht sein sollte, wenn in diesem Hause Dinge vorgebracht werden, die ich als unheilbringend für mein Vaterland ansehe." Die Redner zählten auf, welche Beträge das Ehepaar Marlborough von verschiedenen Aemtern bereits bezieht. Sie berechneten dies Einkommen auf jährlich 30.000 Pfund Sterling. Nach wiederholten Berathungen kam die Mehrheit des Unterhauses zu dem Beschlusse, ein neues Einkommen von 5000 Pfund Sterling für den Herzog von Marlborough nicht zu bewilligen.

Vernehmen wir darüber die Ansichten nicht betheiligter Augenzeugen.

Hoffmann berichtet: „Sowohl viele Tories, wie die Whigs haben dagegen gestimmt. Marlborough hat bei den letzteren vorher durch seine Freunde zu wirken gesucht. Sie haben ihm rundaus erwiedert, daß sie von ihm nichts als schöne Worte erhalten. Dies ist wahr; denn allen seinen Credit bei der Königin macht er für die Tories geltend. Daß aber auch Tories dagegen gestimmt, hat den Hof aufs höchste befremdet. Es ist die erste Bitte, welche die Königin zu Gunsten einer Privatperson an das Unterhaus richtet. Sie hat sich dadurch exponirt und an den Tag gegeben, daß sie eben so wohl wie der König Wilhelm ihre Günstlinge hat. Marlborough, der auch vorher schon im Rufe stand eigennützig zu sein, hat sich in der Volksmeinung einen unersetzlichen Schaden gethan. Es scheint, daß er von einem Theile der Tories hintergangen worden ist, daß sie ihm alle Vertröstung gegeben, um ihn aufs Glatteis zu führen und dann bloß zu stellen" [1]).

Bestimmter noch drückt sich der Graf Wratislaw aus. „Auch ich habe gemeint, sagt er, daß die Dotation für Marlborough keine Schwierigkeit finden würde; aber der Ausgang hat es anders gezeigt. Ich erkenne, daß Marlborough von Rochester betrogen und absichtlich dem Odium der Nation preis gegeben ist; denn diejenigen Tories,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. December.

die mit Rochester halten, haben sich widersetzt und vereinigt mit den Whigs die Oberhand behalten. Marlborough empfindet es schwer. Und in der That, wenn wenige Tage, nachdem beide Häuser des Parlamentes ihm ihre Glückwünsche dargebracht, das Unterhaus in solcher Weise, wie geschehen, seine Privatangelegenheiten bespricht: so hat er ein Recht zu besorgen, daß es künftig damit ihm noch übeler ergehen könne" [1]).

Wir sehen demnach den Kampf zwischen Rochester und Marlborough näher kommen. Jeder von ihnen hatte bei der Königin Anna einen besonderen Vortheil: Rochester, ihr Oheim, stand als Hoch-Tory voran, entsprach daher in seiner kirchlichen Gesinnung völlig derjenigen der Königin Anna; aber bei dem Erfolge, den er und seine Partei im Unterhause über Marlborough davon getragen, hatte auch die Königin Anna persönlich ihren Mitantheil an der Niederlage.

Die Adresse des Unterhauses war allerdings darauf berechnet, den Stachel des Abschlages für die Königin thunlichst abzustumpfen. Sie wiederholte zunächst das Lob des Herzogs Marlborough in aller Beziehung mit den Ausdrücken der Königin. Sie hüllte dann den Abschlag ein in die Besorgnis, einen Präcedenzfall zu schaffen für künftige Veräußerungen des Kroneinkommens. „Denn dieses, sagt die Adresse, nachdem es durch die exorbitanten Vergabungen unter der vorigen Regierung so sehr reducirt war, ist ja neulich durch Ew. Majestät unvergleichliche Gnade und Güte wieder festgestellt und gesichert" [2]).

Die Adresse schloß mit dem Ausdrucke der Freude darüber, daß der einzige Weg die Gunst der Königin zu erlangen, bestehe in dem Verdienste für das Gemeinwohl, und mit der Versicherung, daß jede Belohnung des Verdienstes von Seiten der Königin ihrem Volke zur Satisfaction gereiche.

Die Antwort der Königin faßte nur diese letzten beiden Gedanken auf und wiederholte sie.

Am selben Tage jedoch schrieb sie an das Ehepaar Marlborough wie folgt: „Ich kann nicht ruhig sein, ohne etwas zu thun, um wieder gut zu machen, was im Parlamente so böswillig gehindert ist, und

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 26. December.

[2]) Commons Debates vol. III, p. 211.

darum wünsche ich, daß meine liebe Missis Freeman und Mr. Freeman so freundlich sein wollen, aus meiner Schatulle 2000 Pfund Sterling jährlich anzunehmen, außer den 5000 Pfund Sterling. Dies kann keinen Neid erwecken; denn Niemand braucht es zu wissen. Nicht als ob ich verleugnen wollte, was ich den Personen gebe, die sich verdient machen, namentlich da, wo es unmöglich ist die Verdienste ganz zu belohnen; aber von Ihrem Belieben hangt es ab die Sache geheim zu halten oder nicht. Ich bitte nur, daß meine liebe Missis Freeman mir niemals darauf antwortet, sondern lediglich den Wunsch Ihrer armen, unglücklichen, getreuen Morley erfüllt, welche Sie zärtlich liebt und Ihnen mit der aufrichtigsten Wärme zugethan ist" [1]).

Am selben Tage ließ der Obersthofmeister die Kundmachung ergehen, daß die Königin Anna dasselbe Motto erwählt, dessen sich auch die Königin Elisabeth bedient, nämlich: Semper eadem, und daß darum Jeder, der ein Recht habe sich des königlichen Wappens zu bedienen, gehalten sei diese Unterschrift beizufügen [2]).

So glaubte es damals die Königin Anna von sich, und so durfte, nach ihren Versicherungen, auch das Ehepaar Marlborough von ihr glauben.

Das Ehepaar lehnte in respectvollen, jedoch bestimmten Ausdrücken die neue Großmuth der Königin ab. Jedoch auch auf das Ehepaar Marlborough paßte nicht jenes Motto der Königin. Wir werden bei der späteren Wandlung der Dinge, im Jahre 1711, vernehmen, daß Lady Marlborough die 2000 Pfund Sterling verlangte nicht bloß für das laufende Jahr, sondern nachträglich auch für die gesammten verflossenen neun Jahre.

Zunächst war für Marlborough wichtig der Ausdruck in dem Schreiben der Königin, daß ihr Wunsch im Parlamente in so böswilliger Weise verhindert worden sei. Das Wort bewies, daß die Lage der Dinge günstig war, Rochester zu heben. Und an diesem Puncte griff das persönliche Interesse ein in das allgemeine, erlangte die Feindschaft zwischen Marlborough und Rochester ihr Gewicht für die europäische Allianz wider das Haus Bourbon.

---

[1]) Coxe's Marlborough t. I, p. 154.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5. Januar 1703.

Denn, aus welchen Motiven immer Marlborough handeln mochte, er erfreute sich damals der vollen Anerkennung wie in der Hofburg in Wien, so namentlich auch bei dem Grafen Wratislaw, der in London an Ort und Stelle die Dinge überwachte. Der Kaiser hatte schon einige Monate vorher gefragt, in welcher Weise er dem Marlborough eine Gnade erweisen könne. Wratislaw rieth ab von einem Geldgeschenke, da im Verhältnisse zu der Opulenz englischer Großen die Mittel des Kaisers zu beschränkt. Am Ende des Feldzuges dagegen schlug er vor, einen kostbaren Degen zu senden. Die Thaten Marlboroughs im Felde lagen aller Welt vor Augen: über seine Leistungen im Rathe erfuhr der Kaiser die sichere Nachricht allein durch Wratislaw. Auf eine Denkschrift desselben, vom 9./20. December 1702, über die schwere Last des Krieges in Italien, entschloß sich die Königin, nach einer langen und stürmischen Sitzung ihres Cabinets, zu einer Subsidie von 100.000 Pfund Sterling für den Kaiser. Wratislaw meldet es heim mit den Worten: „Und ich darf bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen für Marlborough das gebührende Lob auszusprechen, nämlich daß dieser Erfolg hauptsächlich seinem Eifer und seiner guten Gesinnung für die gemeinsame Sache beizumessen ist“ [1]).

Ein Uebergewicht Marlboroughs im Rathe der Königin war demnach gleichbedeutend mit dem thatkräftigen Eintreten Englands für die Allianz; ein Uebergewicht Rochesters würde das Gegentheil nach sich gezogen haben.

Die Stelle, welche Rochester und seine Partei für ihn erstrebten, war diejenige des Treasurers, die Godolphin inne hatte. Von Seiten jener Partei erging an den letzteren die Forderung, sich darüber auszusprechen, ob er die unter ihm stehenden Whigs entfernen wolle. Er erwiederte, daß er lieber selber auf sein Amt verzichten als Persönlichkeiten entlassen wolle, auf die er bauen dürfe. In der That scheint Godolphin den Verzicht auf sein Amt ernstlich erwogen zu haben [2]).

Marlborough erkannte, daß der Weg über Godolphin zu ihm gehe, und daß darum die Nothwendigkeit zu handeln für ihn gekommen

[1]) Wratislaws Bericht vom 10. Januar 1703.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. Februar.

sei. Er entschloß sich [1]). Er ermuthigte zuerst seinen Freund Godolphin zum Beharren. Dann begab er sich zu der Königin, und legte ihr die Nothwendigkeit dar, Rochester zu entfernen, weil die Autorität, die er über einen großen Theil der Tories ausübe, dem Interesse der Königin nicht entspreche. Die Königin ging ein. Sie ließ durch den Staats-Secretär Nottingham dem Grafen Rochester bedeuten, daß sein Amt als Lord-Statthalter von Irland seine Gegenwart an Ort und Stelle erfordere, damit er dort das Parlament abhalte. Rochester, der nicht durchschaut zu haben scheint, daß sich die Königin durch sein und seiner Partei Verhalten in der Dotationssache für Marlborough persönlich gekränkt fühlte, eilte zu ihr, um seine Einwände darzulegen, und schloß damit, daß er lieber das Amt in Irland aufgeben würde, als die Führung seiner Partei im englischen Parlamente. Zu seiner Ueberraschung nahm ihn die Königin gleich beim Worte, und acceptirte den Verzicht auf das Amt. Bereits am nächsten Tage verlautete, daß, anstatt Rochesters, sein Schwiegersohn Ormond, zum Lord-Statthalter von Irland ernannt, sich dahin begeben werde [2]).

Einige Tage noch dauerte die Hoffnung der Fraction Rochester, daß die Königin ihrem Oheim das Amt des Treasurers übertragen werde. Aber Godolphin saß fest.

„Die Entfernung der Person Rochesters von den Geschäften, meldet Hoffmann, wird nicht angesehen als diejenige eines Privat-Lords, sondern als diejenige des Hauptes der bei den Tories dominirenden Fraction" [3]). Eben darum erregte sie Zweifel und Ungewißheit in der ganzen Partei.

Zugleich kam über die Tories eine Niederlage anderer Art. Das Unterhaus hatte Lord Halifax, Secretär der Schatzkammer, der Nachlässigkeit und des Vertrauensbruches im Amte angeklagt. Das Oberhaus sprach ihn frei, und zwar in solcher Weise, daß der kaiserliche Gesandte seinem Berichte hinzufügt: „Die Tories im Unterhause stehen selber beschämt, daß sie das Gesetz, auf Grund dessen sie den

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 16. Februar: Es hat viele Mühe gekostet, bis Marlborough den Entschluß gefaßt, den Rochester zu heben.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. Februar.

[3]) Desgleichen.

Lord Halifax für schuldig erklärt wissen wollten, nicht einmal begriffen haben“ [1]).

In den Reihen der Tories gab sich Schwanken kund. „Die Königin, meldet Hoffmann, hat sich darum wenig zu kümmern; denn sie ist durch die gemäßigten Tories immer Herrin des Unterhauses, und kann, auch wenn diese ihren Wünschen nicht entsprechen würden, ohne Besorgnis das Parlament auflösen und ein neues berufen. Denn, nachdem die Nation einen so starken Verdacht gefaßt, daß die Tories sich dem Prinzen in St. Germain zuneigen, würden sie in einem neuen Parlamente schwerlich die Mehrheit haben“ [2]).

Die Folgen dieses Schwankens in der Tory-Partei machten sehr bald sich geltend.

Einige Tage zuvor hatte das Unterhaus, also die in demselben überwiegende Tory-Partei, dem Oberhause eine Bill zugeschickt, durch welche zu Gunsten derjenigen, die bis dahin die Abschwörung des Prinzen in St. Germain nicht geleistet, der Termin dieses Eides weiter hinausgeschoben wurde. Das Oberhaus, also die dort überwiegende Whig-Partei, fügte der Bill einen Zusatz ein, welcher die Abschwörung auch den Mitgliedern des Parlamentes von Irland, so wie allen dortigen Angestellten in Civil und Militär auferlegte. Der Zusatz erklärte ferner diejenigen, welche sich unterstehen würden, gegen die Successions-Acte von 1701 zu reden, zu schreiben, oder eine Aenderung darin vorzuschlagen, des Hochverrathes schuldig. — Der Zusatz war darauf berechnet zu dienen als Prüfstein für die Mitglieder des Unterhauses. „Die Tories dort, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, können diesen Zusatz nicht verwerfen, ohne sich der jacobitischen Gesinnung noch mehr verdächtig zu machen, als sie es bereits sind“ [3]).

So am 4./15. Februar. Dann erfolgte jene Entlassung Rochesters, und demgemäß die Unsicherheit, das Schwanken in der Tory-Partei.

Am 14./25. Februar gelangte die Bill mit jenem Zusatze im Unterhause zur Verhandlung. Der Ausgang derselben ward mit hoher

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. Februar.

[2]) Desgleichen.

[3]) Desgleichen vom 16. Februar.

Spannung erwartet. Denn jene Ansicht, daß die Verwerfung des Zusatzes gleichbedeutend sein würde mit der Erklärung jacobitischer Gesinnung, hatte sich inzwischen allgemeiner und klarer herausgestellt. Die Fraction Rochester suchte daher der dornigen Frage auszuweichen. Sie wendete sich gegen einen anderen, minder erheblichen Satz in der Bill, und bot gegen denselben allen Nachdruck auf, in der Hoffnung, daß die Verwerfung desselben die gesammte Bill zu Falle bringen würde. Es kam zur Abstimmung zunächst über den von der äußersten Tory-Partei besonders angegriffenen Satz. Die Tory-Partei spaltete sich. Die Gemäßigten, unter ihnen auch der Sprecher Harley, stimmten mit den Whigs für die Beibehaltung des angegriffenen Satzes. Die Mehrheit für denselben betrug eine einzige Stimme, nämlich 118 zu 117. Und dennoch war der Sieg entscheidend. Der rechte Flügel der Tory-Partei wagte nicht mehr, gegen den gesammten wichtigen Zusatz aufzutreten. Die Bill ging durch, wie das Oberhaus sie umgeformt hatte [1]).

Die Entscheidung war von weit reichenden Folgen. Man dürfte nicht sagen, daß damit die Whig-Strömung im englischen Parlamente die Oberhand gewonnen hätte. Aber die Tory-Partei im Unterhause hatte sich zerspalten. „Fortan, meldet Hoffmann, steht es in der Macht des Hofes, durch die Begünstigung der gemäßigten Tories die Dinge so völlig im Gleichgewichte zu erhalten, daß eine Violenz nicht zu besorgen ist."

Es liegt hier die Frage nahe, wie sich der Hof in Hannover gegenüber diesen Schwankungen in England verhielt.

Im Laufe des Jahres 1702 erstarb nach und nach das Gerücht, daß eine Einladung der präsumtiven Thronerbin, der Kurfürstin Sophie, nach England bevorstehe. „Man denkt in England nicht mehr an mich," schrieb die Kurfürstin bereits am 24. September 1702 an ihre Nichte und Vertraute, die Raugräfin-Louise von Degenfeld [2]). Dieses Urtheil schien sich bestätigen zu müssen, als auch in

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. Februar.

[2]) Gr. Schonburg-Degenfeld'sches Archiv in Eybach.

dem neuen Parlamente der Königin Anna im Winter 1702/3 sich keine Stimme erhob, um, im Sinne des doppelten Versprechens des Königs Wilhelm an das kurfürstliche Haus in Hannover, eine reelle Bekräftigung der Successions-Acte zu verlangen. Die Angelegenheit der Succession ward dort in Erinnerung gehalten nur durch die Besuche und durch die Correspondenzen der Engländer.

An den ersteren fehlte es nie. Im Februar 1703 befanden sich in Hannover, außer dem ständigen Gesandten Cresset, und dem außerordentlichen, Lord Winchelsea, der nur als Träger eines Complimentes der Königin gekommen war, etwa zwanzig vornehme Engländer. Einer unter ihnen entwarf von den sämmtlichen Persönlichkeiten eine nicht durchweg schmeichelhafte Charakteristik [1]). Daß diese jedoch in mancher Beziehung zutreffend gewesen sein muß, beweist die kurze Angabe über den mitanwesenden Addison: „Er ist ein sehr guter, und was noch mehr außerordentlich, ein sehr bescheidener Dichter." Addison zog mehr als einer der Anderen die Aufmerksamkeit der Kurfürstin auf sich; doch vermochte selbst ihre Gewandtheit nicht, den stillen Mann ins Reden zu bringen. Geradezu lästig ward ihr der noch junge, aber schwerfällige Lord Winchelsea, das Haupt der alten, angesehenen Familie Nottingham. „Er ist eine gute Creatur, sagt jene Charakteristik, weder großer Politiker, noch guter Tänzer. Er bedürfte einer Anleitung sowohl für seinen Kopf wie für seine Füße." — Allein die Sache hatte noch eine andere Seite. Die Anwesenheit der vornehmen Engländer bereitete der Kurfürstin unvermeidliche Ausgaben. Dies um so mehr, da nach der Weise jener Zeit den Gesandten beim Abschiede kostbare Geschenke gereicht zu werden pflegten. Das Compliment, welches Lord Winchelsea überbrachte, hatte die Kurfürstin mit Diamanten zu bezahlen [2]). Aber an die Mittel ihres Witthums von 40.000 Thalern jährlich wurden auch von anderen Seiten Ansprüche erhoben. Ihre Söhne, die Prinzen Maximilian und Christian, die in der kaiserlichen Armee Dienste genommen, hatten sich allerdings, obwohl widerstrebend, unter das Hausgesetz der Primogenitur gefügt, und empfingen ihre Apanagen von dem ältesten Bruder, dem Kurfürsten

[1]) Abgedruckt in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 5.
[2]) A. a. O. p. 16.

Georg Ludwig. Aber daneben nahmen sie auch gern ihre Zuflucht zu der milden Hand der Mutter, die, obwohl ihre Söhne der Heimat fern blieben, dennoch ihnen ihre volle Liebe bewahrte. Dazu endlich kam, daß die Kurfürstin durch die Anforderungen, welche der Brauch jener Zeiten ihr zu Gunsten englischer Gesandten auferlegte, sich beengt fühlte in ihrer Neigung zur Wohlthätigkeit. Sie drückt sich einmal darüber zu Leibniz mit den Worten aus: „Ich habe von der englischen Succession nur Kosten, keinen Vortheil."

Von Seiten mehrerer Engländer trat an die Kurfürstin namentlich der Wunsch heran, daß sie einen englischen Caplan annehmen möge. Sie erwiederte darauf durch ihre Nichte in Frankfurt dem dortigen Residenten Davenant: „Er ist nicht der Einzige, der mir diesen Vorschlag gemacht hat. Wenn ich ihn ausführte, so würde sich getreu das Wort des Herrn erfüllen: wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen — denn über diese Zahl hinaus würden wir es nicht bringen. In Holland unterhält die Königin an mehreren Orten Geistliche der Hochkirche. Wenn der Eifer Ihrer Majestät sich bis nach Hannover erstreckte, und beitragen wollte die hier geplante reformirte Kirche fertig zu bauen: so würden wir sie die englische Kirche nennen, und dann das Buch of common prayer in beiden Sprachen lesen. Kann der Herr Davenant uns das verschaffen, so soll er für einen großen Heiligen gelten" [1]).

Es mischt sich hier, wie so häufig bei der Kurfürstin, Scherz und Ernst. Die Verehrung für das Buch of common prayer war seit ihrer Jugend mit ihrem Leben verwachsen.

Daß die Kurfürstin die eigentliche Gesinnung der Königin Anna durchfühlte, kann nicht zweifelhaft sein. Dazu gelangten an sie manche directe Aeußerungen, daß ein Verkehr mit Hannover am Hofe in Kensington nicht zur Empfehlung gereiche. Einer der Ersten, der demgemäß die Beziehungen mit Hannover abbrach, war derselbe George Stepney, der zur Zeit Wilhelms III. seine Loyalität so sehr freigebig in Betreff seiner eigenen Lebensjahre ausgesprochen hatte, damals englischer Gesandter in Wien [2]).

[1]) Schreiben der Kurfürstin an die Raugräfin Louise, vom 5. Juli. Eybacher Archiv.

[2]) Die Werke von Leibniz, Bd. VIII, Einleitung, S. LXVI.

Andere Correspondenzen dagegen knüpften sich an. Sie alle, sowohl diejenigen mit Engländern als über England, prägen nach wie vor den einen Charakterzug des Verhaltens von Hannover aus, sich weder in die englischen, noch in die schottischen Angelegenheiten in irgend einer Weise einzumischen. Als jener wichtige vorberührte Kampf der Parteien im englischen Parlamente die Aufmerksamkeit Europas gespannt hielt, äußerte sich die Kurfürstin in einem Briefe an die Raugräfin Louise, vom 20. Februar: „Mein Schnupfen und Husten macht mir mehr Unruhe als die Angelegenheiten in England" [1]).

Allein da von dort aus auch gar nichts geschah, was hätte dienen können, im Falle des Todes der Königin Anna die Thronfolge in der gesetzlich festgestellten Weise zu verwirklichen, so ließ sich die Kurfürstin Sophie bewegen, selber einen Schritt in dieser Richtung zu thun. Am 4. Juni 1703 zeichnete sie drei Vollmachten für den Gesandten des kurfürstlichen Hauses in England, Freiherrn von Schütz. Er ward darin autorisirt, im Falle des Todes der Königin Anna, bis zur persönlichen Ueberkunft der Kurfürstin ihre Rechte zu vertreten. Die eine der Vollmachten betraf England im Allgemeinen; die zweite für den Fall, daß der Prätendent eine Unternehmung wagte; die dritte betraf Schottland [2]).

Die Frage, ob Vollmachten solcher Art im Falle des Ereignisses eine praktische Bedeutung erlangen konnten, würde müßig sein, weil zwei Jahre später vom englischen Parlamente aus die erforderlichen Bestimmungen getroffen und von der Königin sanctionirt wurden, die im August 1714 zur Anwendung kamen. Es genügt die Thatsache angegeben zu haben, daß jene Vollmachten existirten.

Die Hoffnungen der Whig-Partei dort waren unterdessen im Steigen. Diejenigen im Oberhause entwarfen den Plan, von dem heftigen Vorgehen des Unterhauses gegen Halifax her den Anlaß zu nehmen, um die Differenz darüber zwischen beiden Häusern zum offenen

---

[1]) Gr. Schonburg-Degenfeld'sches Archiv in Eybach.

[2]) Die Actenstücke in den Robethon-Papieren des historischen Vereins für Niedersachsen in Hannover.

Bruche zu bringen. Sie hofften dadurch die Königin in die Nothwendigkeit zu setzen das Parlament aufzulösen und ein neues zu berufen. Deshalb verlangte das Oberhaus über die Sache des Lords Halifax eine Conferenz mit dem Unterhause. Die Tories jedoch dort durchschaueten den Plan. Die Conferenz ward bewilligt; aber in derselben traten die Tories mit einer bisher in dieser Session an ihnen ungewohnten Bescheidenheit auf. Sie zogen zurück und entwanden dadurch dem Oberhause die bereits als sicher gehoffte Gelegenheit [1]).

Die Königin drängte unterdessen auf den Schluß der Session. Bei diesem Anlasse bemerken wir einen großen Unterschied in dem Verhalten des Parlamentes von demjenigen in den Zeiten Wilhelms III. Wie oft und schwer hatte der König geklagt, daß das Zaudern des Parlamentes die Geschäfte zu beenden, ihn in England zurück halte und es ihm unmöglich mache, rechtzeitig den Feldzug zu beginnen! Auf jene Aufforderung der Königin Anna erwiederte das Unterhaus sofort durch eine Adresse, daß die Geschäfte erledigt seien. Am nächsten Tage, dem 27. Februar/10. März, erschien die Königin im Parlamente, sanctionirte eine lange Reihe Bills und und verlas dann ihre Thronrede. Diese war durchweht von dem Geiste des Anglicaners Nottingham.

Nachdem die Königin darin ihren Dank für die bewilligten Mittel ausgesprochen, wandte sie sich zum Lobe der englischen Hochkirche. „Ich wünsche und erwarte von Euch, sagte sie, daß Ihr Euch angelegen sein lasset, je in Eurer Heimatsgegend die Ruhe und den Frieden meiner Unterthanen zu erhalten und zu bewahren. Ich hoffe, daß diejenigen meiner Unterthanen, welche das Unglück haben von der englischen Kirche abzuweichen, ihre Sicherheit und Befriedigung finden durch die Duldungsacte, welche ich entschlossen bin aufrecht zu halten. Alle diejenigen dagegen, welche das Glück und den Vortheil haben der Kirche von England anzugehören, wollen betrachten, daß ich darin meine Erziehung empfangen habe, und bereit gewesen bin für ihre Erhaltung große Gefahren auszustehen. Darum dürfen sie sicher sein, daß ich meine beständige Sorgfalt immer darauf richten werde, diese Kirche wie sie durch das Gesetz festgestellt ist, und jedes, auch das

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. März.

geringste, Mitglied derselben bei allen ihren gebührenden Rechten und Privilegien zu erhalten. Und bei jeder Gelegenheit einer Beförderung zu geistlichen Würden werde ich mein besonderes Augenmerk auf diejenigen richten, welche sich auszeichnen und hervorragen durch ihre Frömmigkeit, Gelehrsamkeit und beständigen Eifer für die Kirche, damit ich sowohl dadurch als durch andere geeignet erscheinende Mittel, sie sicher befestigt auf die Nachwelt bringen kann" [1]).

Die Rede schloß mit einer Mahnung gegen schlechte Erzeugnisse der Literatur, und mit dem Versprechen der Königin ihren Antheil an den gemachten Prisen für den öffentlichen Dienst abzutreten.

Es ward von allen Seiten bemerkt, daß die Thronrede auch nicht mit Einem Worte die festgesetzte Thronfolge berührt hatte [2]). Dagegen, sagte man, habe die Königin die Ruhe und die Einigkeit der Unterthanen empfohlen, und doch habe eben sie alles gethan, was sie vermocht, um die Bill wider die gelegentliche Anbequemung an die Hochkirche durchzusetzen, eine Bill, die, wenn das Oberhaus nicht dagegen eingetreten wäre, die englische Nation in zwei Parteien zerspalten hätte, Verfolger und Verfolgte. Besonderen Anstoß erregte bei den Whigs die Stelle, in welcher die Königin von den eigenen Gefahren sprach, denen sie ausgesetzt gewesen sei. Denn worin bestanden diese Gefahren? — Die Untersuchung der Papiere Wilhelms III. hatte ja doch die Gerüchte von einem Plane die damalige Prinzessin Anna bei Seite zu setzen, als nichtig dargethan.

Wratislaw kommt in seinen Betrachtungen zu dem Ergebnisse, daß der einzige Zweck der Minister bei dieser Thronrede sein könne, die englische Nation in sich zu spalten.

Aehnlich sieht Hoffmann die Sache an. „Es hangt, sagt er, alles von dem Feldzuge ab. Ist er unglücklich, so werden diejenigen, die nicht für den Krieg gewesen, die Gelegenheit nicht versäumen, um Frankreich den Frieden anzubieten, um es dadurch in den Stand zu setzen, den Prinzen in St. Germain hier auf den Thron zu bringen."

Die weiteren Schritte der Königin nahmen solche Besorgnisse nicht hinweg. Sie hatte es unterlassen während der Session neue

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 277.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 13. März.

Pairs zu ernennen; aber es geschah gleich nachher. Mit Erstaunen und Befremden vernahmen die Whigs die Namen Gower, Finch, Granville und Seymour. War der letztere als Sohn des Führers im Unterhause schon durch den Namen gekennzeichnet: so ward die Tory-Richtung in ihm übertroffen durch diejenige in Granville als dem einzigen, der wider die Successions-Acte von 1701 im Parlamente protestirt hatte. Es ward den vier Tories nur ein einziger Whig beigesellt, Hervey, und zwar, wie die Herzogin von Marlborough erzählt, auf ihren Betrieb, gegen den Widerspruch der Tories, der so weit ging, daß jene vier zuerst Bedenken trugen, die Pairschaft anzunehmen, wenn Hervey mit ihnen dieselbe erlangen sollte [1]). Ferner ernannte die Königin zwei Herzöge: den Grafen Rutland, dessen Verdienst in seinem Reichthume bestand, und den Marquis Normanby, den vertrauten Freund des früheren französischen Botschafters Tallard. Normanby als Herzog von Buckingham wird noch oft im Laufe der Zeit uns vor Augen treten [2]).

Wratislaw und Hoffmann sprechen beide ihren Verdruß über Marlborough aus, der, nach ihrer Ansicht, dies abermalige parteiische Vorgehen der Königin zu hindern vermocht hätte. Indessen Marlboroughs Gedanken wurden damals zum vollen in Anspruch genommen durch die Krankheit und den Tod seines einzigen Sohnes, der, sechszehnjährig, zu Cambridge an den Blattern starb. Nach der Rückkehr von dort ließ Marlborough, obwohl er sonst jeden Besuch ablehnte, den Grafen Wratislaw zu sich bitten. „Allein der Tod seines Sohnes, meldet Wratislaw, hat ihn so hart gebeugt, daß nichts Rechtes mit ihm zu reden war." Marlborough sprach nur die Bitte aus, daß Wratislaw auf seiner beabsichtigten Reise nach Wien sich zu ihm ins Hauptquartier begeben wolle, wo sein Gemüth freier sein werde.

Wratislaw sah in der That die Lage der Dinge in England, auch für Marlborough selber, als ungünstig an. „Seine Differenz mit Rochester, meldet Wratislaw, ist eher vermehrt als vermindert. Wenn Marlborough aber meint die Spaltung in der Partei Rochester

---

[1]) Conduct of the D. of Marlborough p. 127.

[2]) Die Berichte Wratislaws und Hoffmanns vom 16. März.

dauernd zu erhalten: so lehrt die Erfahrung, daß die Tories von ihren Grundsätzen niemals anders abtreten als gezwungen" [1]).

Und dennoch hatten sich bei der Königin Anna, trotz aller ihrer Parteilichkeit für die Tories, die Dinge bereits völlig gewendet, man dürfte nicht sagen: zu Gunsten der Whigs, sondern zu Gunsten des Ehepaares Marlborough.

Die Erfahrung, welcher der Graf Rochester mit seiner Statthalterschaft von Irland gemacht, hatte ihn noch nicht überzeugt, daß seine Autorität als Oheim eben so wenig wie sein hochkirchlicher Eifer ausreichten, bei der Königin vergessen zu machen, daß er ihrem öffentlich kund gegebenen Wunsche für das Ehepaar Marlborough entgegen gearbeitet. Da er ungeachtet der Niederlegung jenes Amtes Mitglied des geheimen Rathes blieb, so ließ die Königin ihm, wie früher, jede Sitzung ansagen. Rochester erschien nicht. Nach wiederholter Erfahrung dessen ließ die Königin, am 11./22. März, ihm kund thun, daß er keine Ladung mehr erhalten werde. Am nächsten Tage erschien Rochester in den Vorzimmern der Königin. Was immer er damit beabsichtigt haben mochte: die Königin nahm es für einen Affront [2]).

Es ist nicht erhebend zu sagen, daß Vorfälle solcher Art ihren gewichtigen Einfluß ausüben können auf die Geschicke der Völker. Und dennoch ist es so. Erst von da an, seit diesem Bruche der Königin Anna mit dem anmaßenden Oheim, steht der Herrschaft der drei Persönlichkeiten, des Ehepaares Marlborough und Godolphins, für eine Reihe von Jahren kein Hindernis mehr entgegen.

Noch vor der Vertagung des englischen Parlamentes hatte an mehr als einer Stelle in Europa, im Frühlinge des Jahres 1703, die Kriegesthätigkeit begonnen. Bevor wir indessen auf die Einzelnheiten eingehen, haben wir die Veränderungen ins Auge zu fassen, die, im Laufe des Jahres 1702, in dem gesammten Kriegsplane wider das Haus Bourbon eingetreten waren.

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 20. März.

[2]) Desgleichen vom 23. März. — Man vgl. zu dem Ganzen Conduct of the D. of M. p. 142.

Der sechste Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701 sprach den Seemächten diejenigen Plätze in Westindien zu, deren sie sich mit Waffengewalt bemächtigen würden. Wir haben vernommen, daß Wilhelm III. nachher auf den anderen Gedanken kam, alle etwaigen Eroberungen in Westindien nur für den Kaiser zu machen, und daß er deshalb in Wien und über Wien in Rom die Absendung von Priestern und Ordensmitgliedern nach London verlangte, welche, auf der Flotte der Seemächte hinüber getragen, den Katholiken Westindiens die Bürgschaft geben würden, daß Niemand etwas Feindseliges wider die Religion beabsichtige. Nur hatte der König Wilhelm III. darüber nicht eine öffentliche Erklärung in England beabsichtigt. Die Königin Anna trat in diese Gedanken ein. Ihre Minister jedoch hoben noch stärker hervor, daß man nicht durch eine öffentliche Erklärung den Glauben der Engländer an eigene Eroberungen in Westindien zerstören dürfe [1]). Es war damals die Absicht, daß nach der gehofften Eroberung von Cadix 25 englische und 10 holländische Schiffe nach Jamaika übersegeln sollten. Zum Commandanten des Ganzen ernannte die Königin den Lord Peterborough. Die Ernennung fand in England nicht allgemeinen Beifall. Graf Peterborough, früher Lord Monmouth, erschien als ein Charakter voll Widersprüche, in dessen Leben glänzende Leistungen abwechselten mit sehr dunkelen Flecken. Der Graf Wratislaw faßte die ersteren ins Auge, um so mehr da Peterborough bei jeder Gelegenheit einen regen Eifer für die Sache des Kaisers kund gegeben. Namentlich erschien die wohl bekannte, an Verwegenheit grenzende Kühnheit des Grafen Peterborough für eine Expedition nach Westindien als eine Empfehlung [2]).

Der unglückliche Ausgang der Unternehmung gegen Cadix vereitelte auch die Ausführung des Planes in dieser Weise. Er ward darum noch nicht aufgegeben. Allein bei den Ministern der Königin stieg wieder die Neigung empor, daß, gemäß jenem Wortlaute der großen Allianz, England an etwaigen Erwerbungen dort seinen Antheil haben müsse. Unterdessen trafen die von kaiserlicher Seite für den westindischen Plan deputirten Priester in London ein. Ihre

[1]) Wratislaws Berichte vom 9. Mai und 7. Juli 1702.

[2]) Wratislaws Bericht vom 6. October; derjenige Hoffmanns vom 17. October.

Besorgnisse bewogen Wratislaw, bei den englischen Ministern abermals mit Nachdruck die Sicherstellung der katholischen Religion in Westindien zu fordern. Er stellte das Verlangen, daß der Religionsbestand in den westindischen Ländern der spanischen Krone durchaus unberührt gelassen werde, daß keine Kirche dort zur Ausübung eines nichtkatholischen Gottesdienstes in Anspruch genommen, daß in Kirchen und Klöstern nichts profanirt werde, und daß zur Verhütung alles dessen scharfe Befehle erfolgen sollten [1]).

Marlborough hielt fest an der Ansicht des Königs Wilhelm, daß England besser thun würde in Westindien alles etwa Genommene dem Kaiser zu überlassen. „Allein, fügte er dann hinzu, da die Erklärung des Königs Wilhelm nur mündlich gegeben ist, so folgern die hiesigen Minister, daß diese mündliche Erklärung den sechsten Artikel der Allianz nicht aufhebt, und daß daher England befugt ist, sich an den Artikel zu halten." — „In diesem Falle, erwiederte der Graf Wratislaw, gehen die vom Kaiser deputirten Geistlichen nicht mit. Dann möge man versuchen, ob in Westindien etwas zu erreichen ist ohne die vom verstorbenen Könige mit so weisem Vorbedacht verlangten kaiserlichen Commissarien. Auch handelt es sich hier nicht bloß um ein mündliches, von dem Könige mir persönlich gegebenes Versprechen; sondern Stepney in Wien hat in seinem Auftrage eben dasselbe dort vorgebracht" [2]).

Das Zurückziehen berührte in Wien sehr unangenehm. Der Kaiser gab Wratislaw den Auftrag nochmals hervorzuheben, daß das Erbieten Wilhelms III. durch Stepney in aller Form schriftlich an ihn gelangt sei, daß darum die Ausrede auf ein lediglich mündliches Versprechen des Königs mit der Wahrheit nicht bestehe. Wratislaw möge hervorheben, welch nachtheiligen Eindruck man auf die Spanier mache, wenn man von allen Seiten die Monarchie zerstückeln und nicht einmal ihre Religion unangetastet lassen wolle. Eben dadurch werde man ja arbeiten zu Gunsten des Hauses Bourbon, welches den Spaniern beides verheiße: die Erhaltung ihrer Monarchie und die Sicherheit ihrer Religion [3]).

[1]) Wratislaws Bericht vom 3. November 1702.
[2]) Desgleichen vom 9. Januar 1703.
[3]) Kaiserliches Rescript vom 27. Januar 1703.

Unterdessen traten der Gesandte Wratislaw und der Staats-Secretär Nottingham zur Beredung über die Sache zusammen. Nottingham stellte den Satz auf: „Alles was sich in Westindien zur Wehre setzt, muß, wenn bezwungen, unter die Botmäßigkeit der Seemächte kommen." — „Aber die Religion?" warf Wratislaw ein. — „Meinen Sie, erwiederte Nottingham, daß die Engländer Hunde sind, die der Kirchen entbehren können? Wir verlangen weder Pfarrkirchen, noch Klöster. Wenn wir aber eigene Kirchen bauen wollen, so kann man es uns als Christen wohl gestatten." — „Ihre Worte, entgegnete Wratislaw, belassen mir keinen Zweifel über die eigentliche Absicht" [1]).

Er berief die kaiserlichen Commissarien zu sich, um ihnen zu eröffnen, daß sie sich zur Heimkehr nach Wien bereit machen könnten. Sie waren nicht völlig einverstanden, sondern wendeten ein, daß, ohne sie, die Engländer und Holländer in Westindien gar keine Rücksicht nehmen würden. Wratislaw erwiederte: „Die Expedition nach Westindien wird überhaupt nicht zu Stande kommen."

Denn dies war fortan sein Bemühen. Wie Rochester und Nottingham in so vieler Beziehung dem Ziele der Allianz entgegen wirkten: so hatte auch der westindische Plan unter ihren Händen eine Gestaltung gewonnen, welche, anstatt der großartigen Anlage Wilhelms III. zu entsprechen, die im Vertrauen darauf gesendeten kaiserlichen Commissarien gebrauchen wollte als Werkzeuge für kleine englische Eroberungen. Wratislaw sprach seine Absicht die Sache ganz zu hintertreiben, dem Herzog von Marlborough offen aus. Dieser stimmte zu [2]).

Bereits war das holländische Geschwader für Westindien auf der Rhede von Portsmouth eingetroffen, und dann der Admiral desselben, Almonde, in London, um an Ort und Stelle sich nach der Verzögerung zu erkundigen. Der Graf Wratislaw reichte der Königin eine Denkschrift ein, enthaltend eine nachdrückliche Mahnung an das Versprechen Wilhelms III., daß die Bevölkerung in Westindien dem Kaiser schwören solle [3]). Das Tory-Ministerium der Königin Anna gab auf diese Denkschrift keine Antwort, und Wratislaw verlangte auch keine. Demnach ward der große Plan Wilhelms III., der doch,

[1]) Wratislaws Bericht vom 16. Januar.
[2]) Desgleichen.
[3]) Desgleichen. Vom 27. Januar.

weil auch Heinsius und Marlborough ihm zugestimmt, nach ihrer Ueberzeugung dem Interesse der Seemächte entsprochen haben muß, der Vergessenheit überliefert.

Im Jahre 1703 kostete es dem Kaiser um so weniger Ueberwindung von dem westindischen Plane abzustehen, weil sich die Aussicht erhob, daß, im Falle der Verwirklichung eines anderen Planes der Seemächte, Westindien dem Beispiele Spaniens folgen werde [1]).

Die andere hochwichtige Aenderung nämlich, welche der Kriegesplan Wilhelms III. durch die Tory-Minister der Königin Anna erfuhr, war diejenige des Angriffes direct auf das Königreich Spanien vermittelst eines Bündnisses mit Portugal.

Wir haben beobachtet, wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1702 dieser Plan im Rathe der Königin Anna eine festere Gestaltung erlangt hatte, und daß die Wünsche, die Forderungen, daß der Kaiser darauf eingehen möge, immer dringender wurden. Wir haben dagegen auf kaiserlicher Seite nur geringe Willfährigkeit wahrgenommen. Der Kaiser und sein Gesandter in London stellen Italien voran, weil bei dem National-Vorurtheile der Spanier, daß die Monarchie ein untrennbares Ganzes ausmache, der Wiedergewinn der spanischen Länder in Italien auch das eigentliche Königreich nach sich ziehen werde. Sie hoben hervor, daß der Kaiser den Krieg in Italien unternommen habe auf Anrathen und Andringen des Königs Wilhelm. Wir haben gesehen, daß diese Erwiederungen in London nicht durchschlugen, daß eine Neutralität Portugals, wie der Kaiser sie für zweckmäßig hielt, dem englischen Interesse nicht entsprach, sondern daß man die Theilnahme Portugals am Kriege verlangte. Portugal aber stellte schwere Bedingungen. Von den Forderungen der Engländer gedrängt, beschloß der Kaiser endlich das Gutachten des Admirals von Castilien zu vernehmen. So zu Ende des Jahres 1702. Bis dieses Gutachten von Lissabon her eintraf, vergingen noch eine Reihe von Monaten.

Unterdessen ward das Andringen von England aus auf den Kaiser stärker. Am 10. Januar 1703 trat Nottingham in dieser

[1]) Kaiserliches Rescript an Wratislaw vom 24. Februar.

Angelegenheit abermals zu Wratislaw. „Die Königin, sagt er, spricht ihre Klage aus, daß am kaiserlichen Hofe die Angelegenheit der portugiesischen Allianz so kühl behandelt wird. Aus dem Verhalten des Kaiserhofes muß man fast vermuthen, daß er selbst eine Theilung vor hat, daß er sich mit Italien begnügen will und an Spanien nicht gedenkt. Ich weiß, daß in Wien immer hervorgehoben wird: man dürfe die spanische Monarchie nicht zerstückeln. Dies Argument würde ich gelten lassen, wenn der Kaiser wirklich im Besitze der spanischen Monarchie wäre. Da aber nicht der Kaiser, sondern ein französischer Prinz die spanische Monarchie inne hat: so könnte man viel eher sagen, daß Portugal sich in den Besitz eines geringen Theiles setzen will, um dem Kaiser das Ganze zu verschaffen. Und da es gewis ist, daß man ohne Portugal gegen Spanien nichts ausrichten wird: so möge doch der Kaiser erwägen, ob er, um nicht einen geringen Theil zu opfern, das Ganze fahren lassen will. Die günstige Gelegenheit die ganze spanische Monarchie zu erlangen, liegt vor Augen: es steht bei dem Kaiser sie zu ergreifen."

So der Staats-Secretär Nottingham, zugleich hervorragendes Mitglied der Tory-Partei, am 10. Januar 1703.

Nach der Erwägung der erneuten dringenden Vorstellungen, die in ähnlicher Weise von Holland aus einliefen, legte die Conferenz der Räthe in Wien dem Kaiser ihr Gutachten vor, daß auf die Allianz mit Portugal eingegangen werden müsse [1]).

Bereits um die Mitte Februar befand sich ein portugiesischer Entwurf für die Allianz in London. Die Forderungen waren maßlos. Portugal verlangte Abtretungen nicht bloß in Estremadura und Gallicien, sondern auch in Castilien und Leon. Die letzteren wies nicht bloß Wratislaw zurück, sondern auch Nottingham. Dann verlangte ein Artikel die Herüberkunft des Erzherzogs Carl auf der verbündeten Flotte. Auch Nottingham, obwohl er bereits einige Monate früher den Gedanken angeregt, hielt die Forderung für unzeitig, so lange man nicht einen festen Posten in Spanien besitze. Und dennoch liegt in dieser Forderung officiell der Kern der hauptsächlichsten Aenderung des bisherigen Kriegsplanes. Denn einer der folgenden Artikel verlangte

[1]) Conferenz-Protocoll vom 26. Januar.

die Cession der gesammten spanischen Monarchie von Seiten des Kaisers an den Erzherzog Carl [1]).

Es ist von besonderer Wichtigkeit den Ursprung dieser Forderung an den Kaiser klar zu stellen und hervorzuheben. Der Gedanke der Cession der gesammten Monarchie an den Erzherzog Carl geht also aus von Portugal, wird aber dann von den Tory-Ministern der Königin Anna aufgenommen und mit Nachdruck gegenüber dem Kaiser vertreten. Als der eigentliche Träger des Gedankens in England galt den Eingeweihten der Marquis Normanby, den die Königin eben damals zum Herzoge von Buckingham ernannt. — So der Ursprung des Planes im Jahre 1703. Acht Jahre später, wo abermals die Leitung der Geschäfte an die Tory-Partei in England kommt, erstrebt sie, um zum Frieden mit Frankreich zu gelangen, das Gegentheil dessen, was sie im Jahre 1703 gefordert hat. Es klingt dabei vielleicht sehr auffallend, ist aber darum nicht minder wahr, daß im Jahre 1711 die Vorgänge von 1703, der Ursprung jenes Planes der Cession an den Erzherzog Carl, sowie seiner Sendung nach Spanien und der zu diesem Zwecke auf den Kaiser Leopold geübte Druck, bei der Tory-Partei in England bereits völlig vergessen erscheint. Um so weniger ist in den zahlreichen Büchern späterer Zeiten und am wenigsten bei Bolingbroke, dem hauptsächlichen Unterhändler und nachher literarischen Vertheidiger des Friedensschlusses von Utrecht, der Ursprung des Planes auf Spanien von 1703, in klares Licht gestellt. Indem Bolingbroke den Plan der Eroberung Spaniens bespricht, versichert er sogar: „England ward allmählich in diese Entwürfe hineingezogen; denn ich erinnere mich nicht, daß das Parlament sich vor dem Jahre 1706 in irgend einer Weise dahin ausgesprochen, daß der Krieg bis zur Entthronung Philipps V. fortgesetzt werden solle" [2]). Diese Worte von Seiten eines Parlaments-Mitgliedes, welches alles selbst mit durchlebt hatte, sind mit starken Irrthümern durchsetzt. Denn die Ankündigung den Krieg bis dahin fortführen zu wollen, daß die spanische Monarchie nicht bloß dem Hause Bourbon entrissen,

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 16. Februar. Auch für das Folgende.

[2]) Bolingbroke's letters on the study and use of history. Vol. II, p. 64. (London edition 1752.)

sondern auch dem Hause Habsburg zurück gestellt werde, findet sich auf englischer Seite zum ersten Male in der Thronrede der Königin vom 9. November 1703, und wird darauf wörtlich wiederholt in der Adresse des Unterhauses vom 11. November 1703, also um zwei Tage später [1]).

Namentlich aber haben bisher schon die Thatsachen gezeigt, daß England nicht allmählich in die Entwürfe hineingezogen worden ist, sondern daß die Initiative derselben dem Kaiser gegenüber von England herstammt, daß darum durchaus das Gegentheil der Worte Bolingbrokes sich als wahr erweist. Wie der Kaiser Leopold durchaus nicht von Anfang an willfährig auf die portugiesisch-englische Forderung der Sendung des Erzherzogs Carl eingegangen ist: so werden auch die weiter folgenden Thatsachen, indem sie zeigen, daß und warum der Kaiser dem Andringen nachgegeben hat, zugleich auch bestätigen, daß es auch ferner nur mit Bedenken und Zaudern geschehen ist. Um diese geschichtliche Wahrheit völlig klar zu stellen, liegt es uns ob, zunächst das Werden des Planes von 1703 in den Hauptzügen klar und bestimmt kennen zu lernen.

In Betreff jener Forderung Portugals, daß der Kaiser seinem zweiten Sohne Carl die gesammte spanische Monarchie abtreten möge, erwiederte Wratislaw dem Staats-Secretär Nottingham: „Ich halte es für besser diese Frage der Cession der gesammten Monarchie in der Allianz mit Portugal eben so zu vermeiden, wie es in dem Vertrage der großen Allianz geschehen ist. Denn man könnte dadurch in ein Labyrinth von Verwickelungen gerathen. Was außerhalb des spanischen Festlandes liegt, geht den König von Portugal nicht an, und es wäre vielmehr wider sein eigenes Interesse, wenn die spanische Monarchie ganz beisammen bliebe. So hat er auch selber bei seinem Beitritte zu dem früheren Theilungsvertrage sich ausgesprochen. Andererseits ist, auch wenn der Kaiser die Absicht hat, dem Erzherzog Carl die gesammte Monarchie zu überlassen, es dennoch jetzt nicht an der Zeit sich darüber zu erklären."

Daß der Kaiser seinem Sohne Carl auf jeden Fall die italienischen Länder Neapel und Sicilien zudachte, haben uns die früheren

[1]) Commons Debates vol. III, p. 280.

Kundgebungen dahin gezeigt. Nicht also von dort her entstammte die geringe Neigung auf den portugiesisch-englischen Plan der gesammten spanischen Monarchie einzugehen, sondern von Mailand, welches der Kaiser seinem Sohne Joseph, oder der von diesem noch gehofften deutschen Linie zu erhalten strebte. Das Wesentliche ist die aus der Darlegung Wratislaws sich ergebende Wahrnehmung, daß irgendwelche Entscheidung bisher in Wien darüber nicht getroffen war.

Aber die Wage senkte sich dort in den ersten Monaten des Jahres 1703 mehr zu Gunsten des Planes Portugals und der Seemächte. Der König Dom Pedro spannte seine Forderungen etwas ab. Dagegen hielt er fest an der in seinen Augen hauptsächlichen Bedingung, nämlich der schleunigen Herüberkunft des Erzherzogs Carl. Nottingham berichtete dem kaiserlichen Gesandten die englische Antwort darauf in folgender Weise: „Die Seemächte wünschen dies eben so sehr wie Portugal. Sie anerkennen aber auch die Gründe des Kaisers dagegen, und wollen von ihm nichts Unbilliges oder Unmögliches verlangen. Der König von Portugal kann zufrieden sein, wenn der Kaiser sich anheischig macht, den Erzherzog im künftigen Herbste nach Spanien zu senden. Damit jedoch der König von Portugal sieht, daß man bereit ist, seinen Wünschen zu entsprechen, wird der Kaiser, sobald Portugal die Allianz unterzeichnet hat, den Erzherzog Carl zum Könige von Spanien erklären und als solchen behandeln". So am 2. März [1]).

Der Graf Wratislaw erhob keinen Einwand. „Ich habe dazu keinen Grund, fügt er seinem Berichte hinzu, weil man von Seiten Englands mir nicht im geringsten zumuthet, daß Ew. K. Majestät mit Geld oder Mannschaft zu dem Plane beitragen sollen." Nur erwiederte er, daß, wenn die Ernennung von Seiten des Kaisers erfolge, es den Seemächten und überhaupt allen Bundesgenossen obliege, sofort den Erzherzog als König Carl III. von Spanien anzuerkennen. Nach einigen Einwendungen erwiederte Nottingham, daß die Königin keine Schwierigkeiten machen würde.

Es könnte auffallend erscheinen, daß Nottingham so leicht die Einwände gegen die Anerkennung fallen ließ, da ja doch sowohl die Republik als Wilhelm III. den Herzog von Anjou als Philipp V. von

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 2. März.

Spanien anerkannt hatten. Auch war in der Republik der Widerspruch gegen die kaiserliche Forderung ungleich lebhafter. Aber der Graf Goes hielt entgegen: nachdem die Seemächte Philipp V. anerkannt, seien sie berechtigt von dem Hause Bourbon her die Anerkennung der Königin Anna zu erwarten. Da nun aber anstatt dessen das Haus Bourbon einen König Jacob III. anerkenne, von welchem England nichts wissen wolle: so seien die Seemächte ihrerseits befugt, auch die Anerkennung Philipps V. zurückzunehmen [1]).

Diese Beweisführung erhielt in denselben Tagen noch mehr Gewicht durch eine augenfällige Thatsache der Nicht-Anerkennung der Königin Anna auf französischer Seite. Der Marschall Boufflers schickte an Lord Cutts, der bis zur Ankunft Marlboroughs das Commando der Engländer hatte, einen Trompeter mit dem Auftrage das Cartell zwischen den kriegführenden Mächten zu regeln. In dem Auftrage war die Benennung der Königin vermieden: es war nur die Rede von den Truppen von England. Entrüstet fuhr Lord Cutts auf: er sei Generallieutenant der Königin von England, und nicht der Truppen von England [2]).

Der Vorfall zeigte, daß Frankreich mit Vorbedacht die Anerkennung der Königin Anna umgehen wollte, und drängte daher um so mehr die Seemächte dahin auch ihrerseits die volle Feindseligkeit aufzubieten und thatsächlich von der Anerkennung Philipps V. zurückzutreten. Den Ausschlag dafür bei Heinsius gab die Kunde, daß Portugal, welches ebenfalls Anjou anerkannt hatte, bereit sei sich durch den Allianz-Vertrag davon zu lösen.

War auch immer bei dem Plane dieser Allianz mit Portugal England die führende Macht: so bewies man doch in der Republik denselben Eifer. Und da nicht anzunehmen, daß beide Mächte nur aus Großmuth oder Sympathie für die Sache des Kaisers so handelten: so müssen die reellen Vortheile, welche die Staatsmänner der Seemächte von der Sache erwarteten, nach ihrer Ueberzeugung den Interessen der Seemächte so sehr entsprochen haben, daß sie darum so bedeutende Opfer brachten, wie die Subsidien für Portugal und die eigene Ausrüstung erforderten.

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 27. April.

[2]) Desgleichen.

Da auch Stepney in Wien gar keine Anforderungen machte, weder von Geld noch von Mannschaft: so kam der Kaiser Leopold zu dem Entschlusse, indem er auf den portugiesischen Plan einging, die Sache völlig in die Hände der Königin zu geben. Es mochte dazu erheblich beitragen, daß der Staats-Secretär Hedges dem Grafen Wratislaw kund gethan: die Königin beklage sich über den Mangel an Vertrauen von Seiten des Kaisers. Es scheine fast, als lege der Kaiser den Ansichten des Admirals von Castilien mehr Gewicht bei als denen der Königin [1]). Darauf schrieb der Kaiser direct an die Königin wie folgt: „Um jeden Zweifel abzuschneiden, sei es an meiner Bereitwilligkeit die Sache zu fördern, sei es an meinem vollen Vertrauen in Ew. Durchlaucht, vermag ich keinen klareren Beweis meiner aufrichtigen Gesinnung zu geben, als indem ich Ihrer Umsicht, Ihrer Rechtschaffenheit und Ihrer Zuneigung für mich und die Meinigen die ganze Angelegenheit mit Portugal anheim stelle, in der Hoffnung, daß dem Königreiche Spanien möglichst geringe Opfer zugemuthet werden" [2]).

Das Schreiben ist nicht ein Handbrief des Kaisers, sondern aus der Reichskanzlei erflossen, nur mit seiner Unterschrift, und darum bleibt wie zu den Zeiten Wilhelms III. die officielle Titulatur: Ew. Durchlaucht (Serenitas Vestra). In den eigentlichen Handbriefen gab der Kaiser, seit dem Jahre 1690, dem Könige Wilhelm III. und demgemäß auch der Königin Anna den Titel der Majestät (Bd. V, S. 343).

Das Schreiben des Kaisers kam zur günstigen Stunde für Portugal. Dom Pedro hatte unter den ihm zu bewilligenden Cessionen auch die Stadt Badajoz verlangt. Wratislaw in London sträubte sich. Die Hingabe von Badajoz, sagte er, würde Spanien für Portugal offen legen. Es kam zu scharfen Erörterungen. Die Königin ließ dem Gesandten vorhalten, daß das Haus Bourbon dem Könige von Portugal gleichsam carta bianca anbiete: Wratislaw möge nicht um einer Stadt willen die hochwichtige Allianz sich zerschlagen lassen. Inzwischen traf jenes kaiserliche Schreiben ein. Die Stadt Badajoz ward für Portugal bewilligt.

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 30. Januar.

[2]) Kaiserliches Schreiben vom 12. März.

Aber der König Dom Pedro bestand darauf, daß die sofortige Ueberkunft des Erzherzogs die erste Bedingung sei. Wratislaw entgegnete: der Kaiser habe nur die zwei Söhne, auf denen sein Haus beruhe, Joseph und Carl. Der letztere dürfe, bei seiner blutreichen Constitution, sich nicht den Gefahren einer Reise im Sommer nach Spanien aussetzen. Die Worte deuten an, daß in Wien bis dahin für die Reise des Erzherzogs nur erst der Weg über Italien in Betracht gezogen wurde. Dazu, meinte Wratislaw, entspreche es dem Decorum, daß die Erklärung Portugals vorangehe [1]).

Indessen die durch das Schreiben des Kaisers vom 12. März der Königin Anna ertheilte Vollmacht schritt hinweg über jeglichen Einwand der kaiserlichen Gesandten, Goes im Haag, Wratislaw in London, Waldstein in Lissabon. Der Allianz-Vertrag kam in Lissabon zum Abschlusse [2]). In demselben ward bestimmt, daß der Erzherzog Carl mit den Hülfstruppen der Seemächte in Portugal landen werde, daß erst vom Tage der Landung an der König von Portugal sich feindlich wider das Haus Bourbon zu erklären habe, und zugleich den Erzherzog Carl als König Carl III. von Spanien anerkennen und behandeln wolle. Der Vertrag ward am 16. Mai unterzeichnet von den Gesandten der drei verbündeten Großmächte, Waldstein, Methuen, Schonenberg. Es handelte sich dann um die Ratification in Wien, in London und in der Republik, wie um die Ausführung.

Es tritt hier zunächst die Frage heran, ob die Lage der Dinge in Spanien für einen solchen Plan einige Aussicht bot.

Nach dem misglückten Feldzuge in Italien im Jahre 1702 machte sich Philipp V. im October wieder auf den Weg nach Madrid. In Mailand stieß zu ihm der Cardinal d'Estrees, welcher fortan als französischer Botschafter bei ihm weilen sollte. Zur Stütze des Botschafters verblieb bei Philipp V. der Marquis Louville wie bisher. Dazu kam noch der Abbé d'Estrees, ein Neffe des Cardinals [3]).

Nach kurzer Seefahrt von Genua aus zog Philipp V. vor in Antibes auszusteigen, und von da aus den Landweg einzuschlagen. In

---

[1]) Bericht des Grafen Wratislaw vom 10. April.

[2]) Der Vertrag bei Lamberty t. II, p. 501.

[3]) Mémoires de Louville t. I, p. 347. Schreiben Torcys vom 5. October.

Antibes gab ihm der Bischof Fleury, der spätere Cardinal, den Rath, sich vor der Prinzessin Orsini zu hüten. „Sie steht im Rufe, sagte Fleury, das durchtriebenste Weib unter den jetzt Lebenden zu sein“ [1]). Die Mahnung konnte keinen Erfolg haben. Die Prinzessin Orsini als Oberstthofmeisterin der vierzehnjährigen Königin von Spanien hatte diese völlig in ihrer Gewalt, und Philipp V. hatte, nach seiner Rückkehr nach Madrid, keinen Willen als denjenigen seiner Frau. Jene drei Franzosen sollten nach ihren Vollmachten und Instructionen freien Zutritt zu dem Könige haben. Aber die Prinzessin Orsini fand in ihrer Stellung ein leichtes Mittel sie dennoch fern zu halten. Jener freie Zutritt erstreckte sich nicht auf die Königin. Vielmehr war diese umgeben von dem Zaune der spanischen Etikette. Die drei Franzosen sahen sich daher ausgeschlossen durch die auf ihre Anmeldung täglich erneuete Antwort: „Der König befindet sich in den Gemächern der Königin“ [2]).

In der Wirklichkeit waren König und Königin ein Kinderpaar. Die sechszigjährige Orsini dagegen verdiente durchaus die von Fleury ihr gegebene Bezeichnung. Sie bediente sich für die Geschäfte ihres Secretärs und Freundes Aubigny und des Franzosen Orry.

Jene drei waren indessen noch nicht machtlos. Es erwuchs bei ihnen der Verdacht, das die Prinzessin Orsini handele im Auftrage des Herzogs Victor Amadeus, der, obwohl sein Bruch mit Ludwig XIV. erst im Herbste erfolgte, bereits viele Monate vorher mit Mistrauen betrachtet wurde. Sie waren der Ansicht, daß seine Politik darauf ausgehe, zwischen Spanien und den Seemächten den Frieden herzustellen, und zwar durch die Abtretung von Belgien und daß die Prinzessin Orsini dem Herzoge Victor Amadeus zu diesem Zwecke diene. Als das einzige Mittel den König Philipp V. aus seiner Sclaverei zu erretten, erschien dem Marquis Louville die Abberufung jener Person. Am 27. Januar meldete er diesen Rath dem Herzog von Beauvilliers in Versailles. Das Wort schlug ein. Bereits am 9. Februar erfolgte ein Schreiben Ludwigs XIV. an die Prinzessin Orsini: da er aus ihren Berichten ersehe, daß sie mit seinem Botschafter, dem

[1]) Mémoires de Louville t. I, p. 369.

[2]) A. a. O. p. 375.

Cardinal d'Eſtrees, nicht in guten Beziehungen ſtehe, ſo habe er nicht die Abſicht, ſie neuen Verlegenheiten auszuſetzen, ſondern bewillige ihr die Erlaubnis, nach Verſailles zu kommen und von allen Sachen Rechenſchaft abzulegen [1]).

In entſprechender Weiſe ſchrieb Ludwig XIV. an ſeinen Enkel. Er ſtellt ihm die Ausſicht ihn preiszugeben, wenn Philipp V. den Cardinal d'Eſtrees nicht zu ſich laſſe, ihn nicht höre. „Es iſt nicht gerecht, ſagt Ludwig XIV., daß meine Unterthanen ſich zu Grunde richten, um Spanien zu erhalten, wenn dieſes nichts leiſtet. Sie haben zu wählen: entweder die Fortdauer meiner Hülfe, oder die Hingabe an den eigennützigen Rath derer, die auf Ihr Verderben ſinnen" [2]).

Damit ſchien die Sache entſchieden. Sie war es nicht. Die Siegesfreude jener drei Franzoſen in Madrid war von kurzer Dauer.

Auch die Orſini hatte in Verſailles mächtige Freunde: die Frau von Maintenon, den Herzog von Harcourt, den Miniſter Chamillart. Da die Königin von Spanien den König beherrſche, ſagten dieſe: ſo ſei die nächſte Aufgabe ſich mit der erſteren gut zu ſtellen. Darum dürfe man ihr die geliebte Oberſthofmeiſterin nicht nehmen. Es genüge, ſie beide geſchreckt zu haben, und dieſer Schrecken laſſe ſich benutzen, eine Ausſöhnung mit dem Cardinal d'Eſtrees zu bewirken [3]).

Dieſer Rath erweichte den Zorn Ludwigs XIV. Bereits am 7. März geſtattete er das Verbleiben der Orſini in ihrer Stellung, unter der Bedingung, daß ſein Botſchafter d'Eſtrees als der Mann ſeines Vertrauens behandelt werde.

Der Wechſel war der Beginn des völligen Sieges der Orſini. Einige Wochen ſpäter verlangte Philipp V. die Abberufung des Cardinals d'Eſtrees. Ludwig XIV. bewilligte [4]).

Bei einem Anlaſſe ähnlicher Art äußerte der Cardinal Portocarrero: die Schwäche Carls II. für die Königin Maria Anna ſei für nichts zu achten im Vergleiche mit derjenigen Philipps V. für die Prinzeſſin Orſini [5]).

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 111.
[2]) A. a. O. p. 109.
[3]) Louville t. II, p. 29.
[4]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 132.
[5]) Louville t. II, p. 88.

Die Stimmung, die im Anblicke dieser Vorgänge bei den Spaniern aufwuchs, legt Louville von Madrid aus, im Mai, dem Herzoge von Beauvilliers dar mit folgenden Worten: „Die Granden von Spanien grollen der Prinzessin Orsini. Eine solche Misstimmung war vor einem Jahre gering anzuschlagen. Heute ist sie es nicht mehr, weil der Augenschein zeigt, daß die Dinge hier schlecht von statten gehen, ferner weil der Admiral von Castilien ein Beispiel gegeben, und weil Europa gegen uns in Waffen steht. Man sollte uns unverzüglich Truppen zusenden, und die Dinge so ordnen, daß die Spanier in Belgien dienen, die Belgier und Italiener in Spanien. Die Gefahr ist dringend. Wenn Sie wüßten, wie sehr hier der katholische König verachtet wird, welche Unordnung herrscht sowohl bei den Truppen, als in den oberen Rathscollegien und in der Verwaltung: so würden Sie mir beistimmen. Das Uebel darf nicht noch höher ansteigen. Mit zehn Bataillonen, wenn sie nur einige Entschlossenheit besitzen — denn die Leibwache des Königs hat bereits keine Pferde mehr — könnte man die Regierung in Madrid stürzen und König und Königin aus dem Retiro wegführen" [1]).

„Ist es Ihnen dort denn bekannt, daß, während Sie sich auf die Neutralität von Portugal verlassen, hier darüber sonderbare Gerüchte gehen? Was wird aus uns, wenn die Feinde eine starke Ausrüstung daran wagen? Sie würden den König hier gefangen nehmen und nach England abführen. Wollen Sie das nicht, so müssen Sie von dort aus uns ausreichend helfen. Die Gemüther hier entfremden sich uns sichtlich. Bei den Berathungen zeigen sich nur noch zwei Parteien: die eine will den König, aber nicht die Franzosen; die andere will weder den König, noch die Franzosen. Daher komme ich zurück auf meine erste Ansicht, daß man entweder die Spanier sich selber überlassen müsse, ohne sich in ihre Angelegenheiten einzumischen — oder daß man sich einmischen müsse, ohne ihnen etwas zu überlassen. Gegen den letzteren Satz wird man nicht einwenden wollen, daß ja Madame Orsini sich zur Zeit in alles mengt, nichts den Spaniern überläßt, und daß darum die Dinge nicht besser gehen. Denn sie ist von Frankreich aus nicht autorisirt in solcher Weise

[1]) Louville t. II, p. 71. Auch für das Folgende.

aufzutreten, und ich habe nie behauptet, daß man ein solches Weib regieren lassen solle."

„In welcher Weise gegen Frankreich gearbeitet wird, ersehen Sie daraus, daß Urraca, der Vertraute des Cardinals Portocarrero, und Ribas, der frühere Ubilla, dem Cardinal vorgestellt haben: die hier anwesenden Franzosen seien die Blutegel Spaniens. Ich meinerseits habe nachgewiesen, daß die sämmtlichen Kosten für sie sich auf 17,000 Pistolen belaufen. Der Cardinal d'Estrees dagegen legte dar, daß die Kosten der Erhaltung Spaniens sich für Frankreich belaufen auf jährlich einhundert Millionen und 50,000 Mann. Das Ergebnis dieses Vergleiches war die Erklärung des Cardinals Portocarrero: er werde jenen Betrag gern zahlen, auch wenn er hundertfach höher wäre."

Aber war darum Portocarrero anderer Gesinnung als die anderen Spanier?

„Wir haben ihn gebeten, fährt Louville fort, dem Könige eine Denkschrift zu Gunsten der Franzosen einzureichen. Er versprach es. Als wir die Arbeit lasen, ergab es sich, daß der Verfasser das Gegentheil bewiesen hatte dessen was er beweisen wollte. Denn, mit Ausnahme des Abbé d'Estrees, meiner, und einiger Anderer, die wir mit dem Könige nach Spanien gekommen sind, wurden sämmtliche Franzosen ziemlich klar als überflüssig dargestellt."

Wenn aber dem für Frankreich freundlich gesinnten Cardinale Portocarrero sich ein solcher Nachweis ohne seine Absicht in die Feder drängte: wie stand es dann, dürfen wir fragen, um die anderen Spanier?

Wir haben von Ludwig XIV. selber seinem Enkel gegenüber das Wort vernommen, daß er ihn fallen lassen könne. Der Staats-Secretär Torcy erörterte wiederholt diesen Gedanken. „Spanien, sagte er, hat uns seine Feinde vermacht, und welche Feinde? Wir schützen die Grenzen Spaniens in Flandern und in Italien. Und nun sollen wir, nach zweijähriger Dauer eines solchen Zustandes, auch noch Spanien selber verwahren! Und dies sollen wir thun zum Danke dafür, daß die Spanier uns verabscheuen, daß sie auf unseren Rath nicht hören, daß sie die eigenen Kräfte vergeuden mit einer kindischen Unvernunft, die man weder begreifen noch verzeihen kann. Die spanische Last ist für uns zu schwer" [1]).

[1]) Louville t. II, p. 77 und 89.

Aber Ludwig XIV. hatte nun einmal die spanische Last seinem Königreiche aufgebürdet, und hatte damals, als ihm dies gelungen war, gemeint, seine Lebensaufgabe erfüllt zu haben. Der Eifer, mit welchem damals die Spanier den Herzog von Anjou aufgenommen, schien ja dies bestätigen zu müssen. Anders stellten sich die Dinge dem Auge des Louville nach mehrjähriger Anwesenheit in Madrid dar. „Der große Irrthum der französischen Minister, sagt er, bestand darin zu meinen, daß der Eifer, mit welchem die Spanier einen französischen Prinzen aufnahmen, um dadurch die Zerstückelung ihrer Monarchie zu verhüten, eben so viel bedeutete wie eine vollständige Einigung in Ansichten und Interessen. Weiter erstreckte sich dann jener Irrthum dahin, von jener allgemeinen Idee aus zu schließen, daß sie, die französischen Minister, geeignet sein würden, dieses Land zu regieren. Die Sache liegt anders. Die Spanier, das heißt diejenigen, welche mit den politischen Angelegenheiten zu thun haben, und besonders die Granden, haben in einem französischen Prinzen nur einen Nothbehelf gesehen, von welchem sie Gebrauch machen könnten, um nach innen hin ihre Autorität zu steigern, und nach außen hin alle Kräfte Frankreichs, ohne eigenes Zuthun, für sich zu verwenden. Noch ein anderer Irrthum bestand darin, zu meinen, daß die spanische Nation nach dem Muster der Granden geformt sei, wo doch die Verschiedenheit ganz augenfällig hervortritt. Denn das Volk hat keine Geltung, als welche es unter den schwachen Königen sich angemaßt hat. Wenn man um diese vermeintliche Geltung sich nicht gekümmert hätte, wenn man dagegen mit Hülfe fremder Truppen, die königliche Autorität befestigt — wenn man den Handel mit Indien beschützt hätte, den jetzt die verschiedenen Collegien lähmen — ferner, wenn man das Volk erleichtert, die Weltgeistlichkeit und den niederen Adel gehoben, endlich den Kriegesdienst zu Ehren gebracht hätte: so würden wir zur Zeit ungleich weiter sein" [1]).

Dagegen ward es den kundigen Personen in Madrid im Laufe des Sommers 1703 mehr und mehr zur Gewisheit, daß von Portugal her eine Gefahr drohe. Man wußte von häufigen Zusammenkünften in Madrid bei den Grafen Aguilar, Leganez, Palma, Medina Celi,

[1]) Louville t. II, p. 102.

Wir kennen die drei ersteren als kaiserlich gesinnt. Die Franzosen in Madrid hatten sogar ziemlich genaue Kunde von den Absichten des Herzogs Victor Amadeus, bereits im August [1]).

Auch die eigenen Aeußerungen Ludwigs XIV. an seinen Enkel Philipp V. zeigen, daß die wachsende Spannung zwischen den Spaniern und Franzosen in Madrid ihm kein Geheimnis war. Indem er gemäß dem Wunsche Philipps V., oder richtiger der leitenden Persönlichkeit, der Prinzessin Orsini, den Cardinal d'Estrees abberief, beließ er den Neffen, Abbé d'Estrees, in Madrid, jedoch mit der Weisung nicht in das Despacho einzutreten, d. h. keinen sichtlichen Antheil zu nehmen an dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten. Ludwig XIV. gebot seinem Enkel dies Departement nur mit geborenen Spaniern zu besetzen. Denn dann werde man in Madrid nicht mehr die Franzosen für alle Uebel verantwortlich machen, nicht mehr den allgemeinen Haß gegen sie lenken [2]). Der König warnt ausdrücklich den Abbé d'Estrees. „Die inneren Feinde Spaniens, sagt er, gehen darauf aus Sie zu Grunde zu richten, und nicht bloß Sie, sondern Alle diejenigen, welche ich nach Spanien schicken würde. Die Eifersucht darüber, daß meine Botschafter in den geheimsten Rath des katholischen Königs Zugang haben, ist die hauptsächliche Ursache der Feindseligkeit der Vornehmen der Nation wider Sie" [3]). Nur auf die dringende Bitte Philipps V. gestattete dann dennoch Ludwig XIV. den Eintritt des Abbé d'Estrees ins Despacho.

Fassen wir die Sache zusammen, so ergibt sich vom Jahre 1701 bis 1703 ein bedeutender Umschwung in Spanien. Damals meinten die Spanier ihre Unabhängigkeit von Frankreich gewahrt, wenn nur ihr König nicht französische Lakaien hätte. Im Jahre 1703 war die volle National-Eifersucht wieder da, und zugleich das Gefühl der Demüthigung im Anblicke des kindischen und würdelosen Gebahrens im Buen Retiro. Das Königthum Philipps V. in Spanien stand auf schwachen Füßen, verschieden freilich nach den verschiedenen Ländern. Ueber Catalonien, das am meisten kaiserlich gesinnte Land, vernehmen

---

[1]) Louville t. II, p. 105.
[2]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 132.
[3]) A. a. O. p. 134.

wir, im Juli 1703, die Meldung des Louville aus Madrid an den Staats-Secretär Torcy: „Catalonien ist bereit sich zu erheben beim bloßen Namen des Landgrafen Georg, des früheren Statthalters“ [1]).

Es war demnach ein Glück für das Königthum Philipps V., daß der Plan, der im Jahre 1703 gegen ihn ausgesonnen wurde, nicht auch damals gleich zur Ausführung gelangen konnte.

So geheim auch die Angelegenheit des Bündnisses in Lissabon betrieben wurde, so ward in Versailles doch sehr bald bemerkt, daß etwas abgemacht werde. Der Gesandte Rouillé baute auf die französische Gesinnung des Ministers Cadaval [2]). Aber die Berichte Rouillés befriedigten den König von Frankreich nicht. Er entsendete nach Lissabon den Marquis Chateauneuf, der früher in Constantinopel lange Jahre mit günstigem Erfolge wider den Frieden mit dem Kaiser gearbeitet. Dom Pedro, der mit Frankreich noch nicht gebrochen, konnte den Botschafter nicht abweisen. Chateauneuf betheuerte die freundschaftlichen Gesinnungen des Königs von Frankreich. Er beklagte es, wenn der König von Portugal sich einlassen würde in Bündnisse mit anderen Mächten, die theils bei ihrer Entfernung, theils bei ihrer geringen Macht, nicht im Stande sein würden für Portugal eine nachdrückliche Hülfe zu leisten. Er bot ein französisches Bündnis an, für den Fall daß Spanien darauf ausgehen würde, die alten Ansprüche an Portugal wieder zu erheben. Dom Pedro antwortete auf die Rede in höflichen Ausdrücken, die nichts enthielten. Dann ließ er den holländischen Gesandten Schonenberg kommen, theilte ihm die Unterredung mit und gebot ihm sie heim zu berichten, so wie zugleich die erneute Zusage, daß er an dem Bündnisse vom 16. Mai festhalten werde [3]). Erst im Laufe des Monats Juli gelangte nach Versailles die sichere Kunde, daß das Bündnis mit den Seemächten wirklich abgeschlossen sei [4]).

Jenes französische Angebot dagegen, Portugal gegen etwaige Ansprüche Spaniens sicher zu stellen, ist sehr bemerkenswerth. Denn die Aeußerungen Portocarreros im Jahre zuvor auf die Kunde der Allianz zwischen dem Hause Bourbon und Dom Pedro von Portugal, haben

[1]) Mémoires de Louville t. II, p. 92.
[2]) Dangeau t. IX, p. 176.
[3]) Lamberty t. II, p. 513.
[4]) Dangeau t. IX, p. 235.

uns dargethan, daß die Erinnerung an den Verlust der einst spanischen Provinz Portugal noch nicht untergegangen war, und daß, im Falle der Befestigung des Thrones von Philipp V. in Spanien, der König Dom Pedro diese Partei in Spanien zu fürchten hatte. Es ist daher mit Recht anzunehmen, daß diese Besorgnis unter den Motiven Dom Pedros zu Gunsten der Seemächte ein schweres Gewicht ausübte.

Und dabei drängt sich uns in auffallender Weise die Beobachtung auf, wie die einstige, damals schlau berechnete Untreue Ludwigs XIV. wider das Haus Habsburg in Spanien, vom Jahre 1703 an zurückschlug wider ihn selbst und zu Gunsten der deutschen Linie desselben Hauses.

In dem pyrenäischen Frieden von 1659 hatte Ludwig XIV. gelobt und beschworen, Portugal nicht weiter gegen Spanien zu unterstützen. Er selbst hat einige Jahre später für seinen Sohn den Dauphin aufgezeichnet, daß und warum er dieses Wort gebrochen, und wie er durch verschiedene Mittel Portugal zur Fortsetzung des Krieges wider Spanien angefeuert und unterstützt habe [1]). (Man sehe Bd. I, S. 56 u. f.) Es war ihm gelungen. Ermattet und erschöpft, sah Spanien im Jahre 1668 sich gezwungen, die Unabhängigkeit Portugals anzuerkennen. Ludwig XIV. hatte so gehandelt im Interesse seines damaligen Planes, Spanien wehrlos zu machen, damit es wehrlos ihm zur Beute werde. Aber nach dem Tode des letzten Habsburgers war ihm noch mehr gelungen als die einst geplante Besitzergreifung Spaniens. Unter scheinbaren Rechtsformen, mit der Acclamation vieler Spanier, wenigstens zu Anfang, saß sein Enkel Philipp V. auf dem Throne dieses Königreiches. Und nun stieg eine besondere Gefahr für diesen Besitz gerade von dem Lande her auf, welches zu einem bedeutenden Theile französischen Waffen und französischem Gelde seine Selbständigkeit verdankte. Die Frucht der einstigen Treulosigkeit Ludwigs XIV. gegen Spanien kam also nicht ihm zu gute, nicht dem Hause Bourbon, nicht Frankreich, sondern der großen Allianz wider ihn, wider das Haus Bourbon, wider Frankreich.

Während Ludwig XIV. vergeblich sich bemühete, den Plan zu zersetzen, der von Portugal aus das neue Königthum seines Enkels in

[1]) Oeuvres de Louis XIV t. I, p. 66.

Spanien mit schweren Angriffen bedrohete, waren die Urheber des Planes noch nicht einmal sicher, ob denn auch die gewichtigste Persönlichkeit, der römische Kaiser Leopold, in den Plan völlig miteintreten, die Bedingungen desselben auf sich nehmen würde. Er hatte allerdings der Königin von England gegenüber im Allgemeinen bereits eingewilligt. Aber es kam nun noch ein neuer Antrieb hinzu. Der Kaiser hatte schon Monate vorher kund gegeben, daß das Gutachten des Admirals von Castilien bei ihm Gewicht haben würde. Nach der Unterzeichnung des Vertrages legte daher der Admiral von Castilien in einer Denkschrift für den Kaiser die Gründe dar, welche nach seiner Ansicht für die sofortige Annahme des Vertrages sprachen [1]).

Der Einwand, sagte er, daß der Erzherzog Carl noch keinen Hafen in Spanien als sein Eigenthum besitze, wo er mit Sicherheit landen könne, falle hinweg durch den Beitritt des Königs von Portugal zu der Allianz, der die Häfen dieses Königreiches ihm eröffne und für ihn in Waffen gerüstet dastehe. Aber zugleich sei es der feste Entschluß des Königs von Portugal, nicht in Action zu treten vor der Ankunft des Erzherzogs. Wenn dagegen der Erzherzog nicht noch im Laufe des Jahres erscheine: so sei zu befürchten, daß die Neigung der patriotischen Spanier für ihn erkalte. Dies um so mehr, da die französische Partei sich bemühe ihnen einzureden, daß der Kaiser nur die Länder der spanischen Krone in Italien zu erlangen suche, ohne sich um die Gesammtheit der Monarchie zu kümmern. Der Eindruck dieser französischen Behauptung werde verstärkt, je nachdem der Aufbruch des Erzherzogs sich hinzögere. Ferner auch stehe zu besorgen, daß bei einem Zaudern dieser Art der König von Portugal sich von dem Vertrage wieder lossage, unter dem Vorwande, daß die eine von ihm gestellte wesentliche Bedingung nicht erfüllt werde. Denn in ähnlicher Weise habe ja Dom Pedro sich auch von dem Vertrage mit Frankreich gelöst. Um so eher aber sei eine Neigung solcher Art zu besorgen, wenn etwa in Spanien selber eine Umwälzung stattfinde, wenn die Spanier, um nur des französischen Joches ledig zu werden, es vorziehen sich in den Schutz des Königs von Portugal zu begeben, der, an der Spitze eines Heeres von 30,000 Mann, dann eine

[1]) Lamberty t. II, p. 510.

erwünschte Gelegenheit zur eigenen Vergrößerung finden werde. Und sicherlich würde Frankreich, wenn es selber Spanien doch nicht behaupten könne, eher geneigt sein es dem Könige von Portugal zu belassen als dem Kaiserhause.

„Auch die anderen Einwände, sagt ferner der Admiral von Castilien, die gegen die schleunige Ueberkunft des Erzherzogs geltend gemacht werden, sprechen eher dafür. Das Erzhaus, sagt man, habe nur die zwei männlichen Sprossen: wer bürge dafür, daß es im nächsten Jahre mehr haben werde? Eben darum aber sollte der Erzherzog baldmöglichst kommen, von seinem Königreiche Besitz nehmen und dann sich verheirathen. Das Klima von Spanien ist nicht unfruchtbarer als dasjenige von Wien."

„Man sagt ferner: zuerst müsse Italien gesichert werden: Italien werde Spanien nach sich ziehen. (Man vergleiche S. 212.) Aber dies ist allzu fein ausgedacht. Vielmehr ist in Spanien der Thron der Monarchie. Dies Land ist der Stamm des Baumes, und wer den Stamm besitzt, der hat auch die Aeste und die Zweige. Der Besitz dieses Königreiches stärkt die kaiserlich gesinnte Partei in Neapel und Sicilien mehr als die Sendung einer zahlreichen Armee dahin es vermöchte."

„Ferner fällt ins Gewicht das Verhalten der Seemächte. Sowohl für die Sicherheit ihres Handels, als für die Ruhe und den Frieden daheim erachten sie es als ihre Aufgabe, das Uebergewicht der Macht des Hauses Bourbon zu brechen. Zu diesem Zwecke bieten sie mit vollen Händen ihre Geldmittel dar, um das Erzhaus Oesterreich empor zu heben. Wenn sie nun die wesentliche Bedingung, die Ernennung des Erzherzogs Carl zum Könige von Spanien, nicht erhalten: so ist zu besorgen, daß sie auf andere Weise dem Sturme zu entweichen versuchen, welcher sie bedroht eben wegen ihres Eifers für die Größe des Hauses Oesterreich. An dem schleunigen Aufbruche des Erzherzogs Carl hangt daher der Fortbestand des Bundes, welcher als nothwendig erscheint, um Europa zu befreien von der Last der Furcht vor der von Frankreich seit langem erstrebten Universal-Monarchie. Dieser Gedanke allein müßte gewichtig genug sein, um alle gegen die Abreise des Erzherzogs vorgebrachten Einwände aufzuheben. Denn, wenn man nicht Gebrauch macht von der günstigen Disposition, in der sich die

Mächte befinden, um dem Kaiser und seinem Erzhause alle die Kronen zu bewahren, für welche der Besitz des spanischen Königreiches die Entscheidung gibt: so bringt man sich in die Gefahr alles zu verlieren."

„Endlich aber kann der Erzherzog, ohne Gefahr für seine Person, sich einen unsterblichen Ruhm erwerben. Denn die Nachwelt wird mit Bewunderung sehen, daß er mit dem Degen in der Hand sich die Eroberung seines eigenen Königreiches sichert. Wenn dagegen, was Gott verhüte, ein so großes Unternehmen nur darum zerginge, weil der Erzherzog nicht einmal den Versuch hat machen wollen: so würde die Gegenwart mit Staunen sehen und der Nachwelt verkünden, daß dieser Prinz die spanische Monarchie verloren, weil er nicht den Entschluß gewagt sie widerstandslos in Besitz zu nehmen, selbst da wo ihm die Mittel zur Eroberung bereit zur Hand lagen."

„Gegen solide Gründe solcher Art wird man nicht den Einwand machen wollen, daß die Mittel nicht ausreichen, den Erzherzog für die Reise mit dem Aufwande auszustatten, welcher der Würde seines Ranges gebührt. Die Jahreszeit, die Nothwendigkeit seiner baldigen Anwesenheit in Portugal, gestatten nicht den Aufschub für die Beschaffung eines prächtigen Gefolges. Wenn er ohne dasselbe vor dem Volke erscheint, das sehnsüchtig seiner harrt: so wird er eben dadurch es überzeugen, daß, in seiner Ungeduld es von dem Joche der Fremdherrschaft zu befreien, er sich hinweg gesetzt hat über die Formen einer langwierigen Kostspieligkeit. Er bedarf für die Sicherheit seiner Person nicht einmal des Geleites deutscher Truppen. Diejenigen seiner Verbündeten, die bereit stehen auf seinen Befehl, sind dabei so sehr betheiligt, daß der Erzherzog sie ansehen kann gleichwie die seinigen. Sobald dagegen die spanischen Truppen, die man mit Zwang und Drang ausgehoben hat, die Ankunft des Erzherzogs in Portugal erfahren, werden sie herbeieilen, um sich unter seine Fahnen und Standarten zu stellen. Kurz von der baldigen Abreise des Erzherzogs hangt der Erfolg des Krieges ab, der mit so gutem Grunde und mit so schweren Kosten zu dem Zwecke unternommen worden ist, daß in Europa Ruhe und Friede hergestellt werde."

Dieselben Gründe und ähnliche wurden von Stepney und Hamel Bruininx in Wien, so wie in London und im Haag den kaiserlichen Gesandten gegenüber geltend gemacht. Portugal formulirte seine zwei

Bedingungen: Verzicht des Kaisers Leopold und des römischen Königs Joseph auf die spanische Monarchie zu Gunsten des Erzherzogs Carl, und schleunige Ueberkunft des letzteren. Jeder Einwand werde die Sache erschweren [1]).

Der Portugiese in London bestand namentlich darauf, daß der König von Portugal sich nicht vor der Ankunft des Erzherzogs öffentlich erklären könne. „Es geht aller Orten das Gerücht, sagte er, daß der Kaiser nur Italien im Auge habe. Wenn demnach der König Dom Pedro vor der Ankunft des Erzherzogs in Spanien einrückte: so würde Frankreich in Spanien das Gerücht ausbreiten, daß die Seemächte den König von Portugal auf den spanischen Thron setzen wollen. Dann könnte es geschehen, daß die Abneigung gegen Portugal dem Königthume des Herzogs von Anjou zur Stütze würde."

Die englischen Minister erklärten sich mit diesen zwei Bedingungen von Seiten Portugals und der Begründung derselben durchaus einverstanden. Nottingham wiederholte vor dem Residenten Hoffmann dieselbe Beweisführung als seine eigenen Gedanken. Dann trat der englische Gesichtspunct mit ein. „Von Seiten der Seemächte, sagte Nottingham, wird man nicht so thöricht sein, an Portugal so viel baares Geld und so viele Truppen hinzugeben, wie der Allianz-Vertrag bestimmt, wenn wir nicht zuvor der Resolution des Kaisers versichert sind. Da die Kriegsoperationen im September ihren Anfang nehmen sollen: so müßte der Erzherzog Carl ja nicht später als im Juli sich in Holland einfinden. Die Zeit ist jetzt gekommen, wo man die größte Hoffnung hegen darf, die ganze spanische Monarchie wieder zu erlangen. Macht man sich diese Gelegenheit nicht zu nutze, so ist es fortan unnöthig an die Fortführung des Krieges noch zu denken. Dies zumal, da die einseitige Idee am Hofe zu Wien in Betreff Italiens, keinen Erfolg haben, wohl aber Ursache werden kann, daß man im Haschen nach dem Theile das Ganze verliert" [2]).

Der Staats-Secretär Nottingham kam täglich auf dieselben Gedanken zurück. Einige Tage nach jener Rede trat er zu Hoffmann mit den Worten: „Im Auftrage der Königin habe ich Ihnen kund

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. Mai.

[2]) Desgleichen vom 4. Juni.

zu thun, daß die Errettung von ganz Europa nunmehr abhangt von der sofortigen Resolution des Kaisers und demgemäß der schleunigen Entsendung des Erzherzogs Carl. Kann sich der Kaiser dazu nicht verstehen: so sehe ich nichts Anderes voraus als den völligen Untergang" [1]).

Die Worte des Staats-Secretärs Nottingham bezogen sich auf die allgemeine Sache der Verbündeten wider Frankreich. Aber sie dürfen in besonderer Weise angewendet werden auf die damalige Lage des Kaisers. Bevor wir also dem weiteren Verlaufe des Bündnisses mit Portugal nachgehen, liegt es uns ob, die allgemeine Lage, nämlich den Gang des Krieges auf dem europäischen Festlande im Jahre 1703 ins Auge zu fassen. Eine Reihe von Schauplätzen desselben fordert nacheinander unsere Aufmerksamkeit, mit schwankendem Glücke, im Ganzen jedoch überwiegend zu Gunsten Ludwigs XIV. und seiner Anhänger.

Beginnen wir mit dem Norden.

Entscheidend für den Gang der Dinge dort ist vor Allem die Persönlichkeit Carls XII. Die Einnahme der Feste Nöteburg, des späteren Schlüsselburg, durch die Russen übte auf den jungen Schwedenkönig nicht die Einwirkung ihn aus Polen abzurufen. Sein Haß gegen den Czaren Peter war vielleicht nicht geringer als gegen den König August II. Sein Botschafter Lilienroth mußte den Seemächten gegenüber erklären, daß Carl XII. sich auf kein Angebot einer Vermittelung einlassen wolle als unter der Bedingung, daß der Czar dabei nicht genannt würde; denn mit dem Czaren wolle er keinen Frieden [2]). Da nun aber dennoch Carl XII. den Czaren an der Ostseeküste immer weiter um sich greifen ließ, ohne ihm mit vollen Nachdrucke entgegen zu treten: so ist dies Verhalten erklärlich einerseits nur durch die Geringschätzung, die Carl XII. diesem Feinde gegenüber hegte. Nach der Aussage des sächsischen Gesandten Gersdorf äußerte sich Carl XII. häufig, daß 10,000 Schweden genügen würden, der gesammten russischen Macht Widerstand zu leisten [3]). Das Wort erscheint wie ein Ausfluß

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8. Juni.
[2]) Lamberty t. II, p. 656.
[3]) A. a. O. p. 662.

des Siegesbewußtseins von Narwa, und in so weit dürfte dieser Sieg für den jungen Schwedenkönig nachtheiliger geworden sein als für den Czaren Peter. Andererseits aber wollte Carl XII. erst seinen Plan gegenüber dem Könige August völlig durchführen, um dann, wie er einst sich ausgedrückt, auch mit dem Anderen zu sprechen.

Der erstere Plan war nach wie vor derjenige den König August zu entthronen und nur auf diese Bedingung hin Frieden zu schließen. Die Abmahnung des treuen, alten Oxenstjerna hatte der junge König nicht vernehmen wollen. Carl XII. ging seinen Weg allein, umgeben nur von Dienern, die an seinem Willen nicht zu rütteln wagten, die lediglich beflissen waren zur Durchführung desselben beizutragen.

August II. dagegen wäre nun so gern des Krieges ledig gewesen, den er im Uebermuthe der Rechtsverachtung von 1700 begonnen. Im Einverständnisse mit seinen polnischen Räthen[1]) lag er dem Kaiser und den Seemächten mit der Bitte an, ihm den Frieden zu vermitteln. Er malte die Vortheile aus, welche der großen Allianz wider Frankreich daraus erwachsen würden. Er bot seinen Beitritt an. Er war bereit 24,000 Mann zu stellen. In Wien, in London, im Haag war man mit dem Wunsche Augusts II. völlig einverstanden. Man brachte dort nicht bloß die sächsischen Truppen in Anschlag, die durch einen Frieden im Norden verfügbar würden, sondern auch die schwedischen. Die Mächte wünschten, wie die Generalstaaten sich ausdrückten, daß die Streitkräfte, welche in Polen einander gegenseitig aufrieben, verwendet würden für die allgemeine Freiheit wider Frankreich. In diesem Sinne wurden die Gesandten Sinzendorf, Robinson, Haersolt instruirt[2]). Aber Carl XII. wußte auszuweichen. Er weilte im Feldlager. Dort ließ er keinen fremden Gesandten vor, nahm ihre Schreiben nicht an. Er war nicht französisch gesinnt; aber thatsächlich leistete er durch die Zähigkeit, mit welcher er an jenem Vorsatze festhielt, für Ludwig XIV. die Dienste eines Bundesgenossen.

Wie daher der Friede im Norden den Mächten der Allianz erwünscht erschien, so nicht dem Könige von Frankreich. Er suchte wie immer möglich die Zerrüttung, den Unfrieden in Polen zu schüren.

---

[1]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 863.

[2]) Lamberty t. II, p. 664.

Als der König August endlich, wie wir gegen das Ende des Jahres 1702 vernommen, gegen die beiden französischen Gesandten sein Hausrecht zur Anwendung brachte, gab eben dies für Versailles wieder eine neue Handhabe. Der Minister Torcy wandte sich beschwerend an den Cardinal-Primas Radziejowski.

Der hochbegabte Prälat hatte fünf Jahre zuvor an der Spitze derjenigen Partei gestanden, die den französischen Prinzen Conti zum Könige von Polen ausrief. Auch im Jahre 1703 bezeichnete ihn der Rathspensionär Heinsius nach den Angaben seiner geheimen Correspondenz als französisch gesinnt [1]). Wie immer dem sei, die Beschwerde des Torcy fand bei dem Cardinal Gehör. Er machte sie sich zu eigen gegenüber dem Könige August in Ausdrücken, die den beginnenden Spalt ankündigten. Der König in seiner Antwort suchte den Ehrgeiz des Cardinals zu hecheln, welcher vermeine ihm gegenüber die Republik Polen zu vertreten. Er warnte ihn vor der Spaltung, vor den Gefahren, welche daraus für den Urheber entspringen [2]). Aber eben diese Spaltung stand nicht mehr bevor, sondern war bereits längst vorhanden.

Denn wie einerseits in der verblendeten Hartnäckigkeit Carls XII., so lag andererseits gerade in jener Spaltung das Unglück Polens. Carl XII. betheuerte, daß er nur gegen den König, nicht gegen Polen seinen Krieg führe. Aber er stand auf dem Boden der Republik, erhielt auf und von diesem Boden seine Truppen, betrachtete und behandelte jede Weigerung und jeden Widerstand in kriegerischer Weise. Er versicherte, daß Schweden und Polen das eine gemeinsame Interesse wider Rußland hätten, daß er einen engen Bund beider Mächte wider Rußland wolle. Allein, indem er zuvor die Entthronung des Königs August verlangte, muthete er der polnischen Nation eine Demüthigung zu, welche ihre moralische Kraft schwer schädigen mußte. So geringen moralischen Werth die Persönlichkeit Augusts II. besaß: er war der anerkannte König. Carl XII. mochte immer in seinem Sinne seine Forderung damit rechtfertigen, daß der König August eben so treulos wie gegen ihn auch gegen die Polen gehandelt hatte. Aber nicht zuerst

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 23. Januar.

[2]) Die Schreiben bei Lamberty t. II, p. 687.

von den Polen her, oder wenigstens nicht von einer überwiegenden Partei kam der Wunsch der Absetzung, sondern die Forderung ward an sie gestellt von einem fremden Herrscher, der mit Heeresmacht im Lande stand. Die Anklagen, welche Carl XII. gegen August II. erhob und erheben ließ [1]), so begründet viele derselben sind, rechtfertigen nicht die Forderung der Entthronung, welche, wie dem Völkerrechte überhaupt zuwider, besonders feindselig war gegen die Ehre der Polen, und zwar gegen die Ehre der gesammten Nation. Insofern betraf der Krieg Carls XII. nicht den König allein und seine sächsischen Truppen, sondern Polen mit. Indem aber die Polen nicht zu dem Entschlusse kommen konnten, sich einmüthig wider die Forderung zu erheben, war vorauszusehen, daß über die Getheilten, Zerspaltenen, Schwankenden der stärkere, feste Wille zuletzt den Sieg davon tragen müsse. Nur freilich nicht zum Heile der Polen, noch auch rückwirkend der Schweden. Wie Carl XII. damals selbst, ohne es zu beabsichtigen, negativ zu Gunsten Ludwigs XIV. wirkte, so trug er, indem er durch die Ausnutzung der Spaltung unter den Polen ihre moralische Kraft lähmte, auch für die Zukunft erheblich bei, den Zustand der inneren Auflösung zu beschleunigen, durch welchen die Polen sich in die Gefahr brachten, hinabzusinken zum Theilungsobjecte für die rechtlose Begehrlichkeit der Nachbarn. Carl XII. arbeitete also, und zwar dies durchaus wider seinen Willen, zu Gunsten derjenigen Macht, die er wo möglich noch intensiver haßte als seinen Vetter August II. von Polen, derjenigen des Czaren von Rußland.

Eben die Stellung des Czaren zu Polen ist von besonderer Wichtigkeit. Carl XII. pflegte in jeder Kundgebung an die Polen den Czaren als den gemeinsamen Feind der Schweden und der Polen zu bezeichnen. Der Czar dagegen und der König August nannten Schweden den gemeinsamen Feind Rußlands und Polens [2]). Die Ansichten der Polen darüber waren getheilt. Hat die Erfahrung späterer Zeiten dargethan, daß das Urtheil Carls XII. principiell richtiger war: so war im Jahre 1703 in Polen die Erinnerung an die Gewalt und

---

[1]) Z. B. in der Schrift Cati Irenaei epistola ad amicum bei Lamberty t. II, p. 690.

[2]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 859.

das Unrecht des Schwedenkönigs Carl Gustav noch nicht erloschen, und die Zahl derjenigen Polen, die in dem Auftreten Carls XII. die Bethätigung einer freundschaftlichen Gesinnung erblickten, wie er es verlangte, war sicherlich sehr gering.

Für den König August II. war es ein besonderer Nachtheil, daß der einflußreiche Cardinal-Primas Radziejowski nicht mit ihm zusammen ging. Im Januar 1703 forderte Carl XII. den Cardinal auf, die Anstalten zu treffen, daß die polnische Nation, mit welcher er keinen Krieg habe, ohne Zwang und Furcht ihre Ansicht kund geben könne [1]). Er ließ in der Republik verkünden, daß das Gerede, als habe er eine Vermittelung der kaiserlichen, englischen, holländischen Gesandten angenommen, nur von denjenigen stamme, welche den Frieden und das Vertrauen zwischen ihm und der Republik zu untergraben trachteten. Er erklärte sich bereit im Bunde mit der Republik Polen wider den gemeinsamen Feind zu ziehen, ihm die Länder wieder zu entreißen, die er der Republik genommen; aber vorher sei die schwerere Last zu heben, der Quell des inneren Unfriedens in der Republik zu verstopfen [2]).

Die Schweden lobten zugleich aller Orten den Cardinal-Primas. In seiner Hand allein stehe es, sagten sie, den inneren Frieden Polens herzustellen. Der Cardinal dagegen redete von dem unbesiegten Löwen des Nordens. August II. forderte den Cardinal auf, zu ihm nach Marienburg zu kommen, um dort mit ihm die Mittel der Rettung zu berathschlagen. So am 25. Februar [3]). Der Cardinal erwiederte: er dürfe seine Stellung in Warschau ohne Gefahr für die Stadt nicht verlassen. Er meinte damals wahrzunehmen, daß der Schwede in dem letzten Briefe an ihn milder rede [4]).

Der Cardinal ging weiter vor. Es gebe, erklärte er, für die traurig zerrütteten Verhältnisse kein anderes Heilmittel als durch die Polen selbst. Darum berief er, um, wie er sagte, sein Gewissen zu entlasten, und kraft der Autorität, welche seine Würde ihm verleihe, alle Senatoren nach Warschau. Die erste Ladung fand geringe Folge. Der Cardinal erneuerte sie, und setzte die Zeit an auf den 16. April.

[1]) Schreiben Carls XII. vom 24. Januar 1703 bei Lamberty t. II, p. 701.
[2]) Lamberty t. II, p. 705. Vom 13. Februar 1703.
[3]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 871.
[4]) A. a. O. p. 875.

Um ihn sammelten sich die Senatoren aus den Familien der Leczinski, Potocki, Sapieha, sämmtlich dem Schwedenkönige geneigt [1]). Die letztere Familie stand dazu in enger Verbindung mit dem Könige von Frankreich [2]).

Aber auch August II. hielt fest an dem Plane seiner Versammlung in Marienburg, und setzte sie an auf den 16. März. Zu ihm stand namentlich der Kronfeldherr Lubomirski, und hielt aus, ungeachtet daß Carl XII. dafür seine Güter verwüsten ließ. Er forderte die ihm untergebenen Offiziere und Soldaten zu einem neuen Eide auf, in welchem der Schutz der katholischen Religion vorantrat, dann derjenige des Königs August [3]). Aber freilich, diese Kronarmee, bestehend aus 3000 Mann [4]), war kein Bollwerk gegen den Schwedenkönig. Ein Verlaß war für den König August nur auf seine sächsischen Truppen. Mit denselben erfüllte er die Stadt Thorn, die er zu seinem Waffenplatze machte. Unzweifelhaft war dies gegen die Bedingungen seiner Wahl. Aber die Polen, die sich beeiferten ihn dafür anzuklagen, waren minder eifrig dem Schwedenkönige vorzuwerfen, daß er, der sich ihren Freund nannte, mit größerer Macht in ihrem Lande stand.

Die von dem Könige August nach Marienburg berufene Versammlung von Senatoren trat am bestimmten Tage zusammen, dem 16. März. Ihre Beschlüsse fielen aus im Sinne des Königs August. Sie erklärten die von dem Cardinal nach Warschau berufene Versammlung für illegal, bezeichneten die Anhänger der Schweden als Feinde des Vaterlandes, und verlangten das allgemeine Aufgebot. Sie entsandten Botschafter an den König von Schweden, der sich in Praga befand. Er erwiederte: er habe seinen Willen dem Cardinal-Primas kund gethan, und darüber zuerst würden sich die Reichsstände von Polen auszusprechen haben [5]).

Diese Kundgebung des schwedischen Willens enthielt eine scharfe und nachdrückliche Verwerfung alles dessen was in Marienburg beschlossen war. Carl XII. hob hervor, daß der Rath, der darin

---

[1]) Lamberty t. II, p. 708.
[2]) So Heinsius im Berichte des Grafen Goes vom 23. Januar.
[3]) Der Wortlaut bei Lamberty t. II, p. 707.
[4]) Nordberg Bd. I, S. 436.
[5]) Lamberty t. II, p. 710.

gegeben werde, zum Bündnisse mit dem Moskowiter, dem bittersten Feinde sowohl Polens als Schwedens, für beide Länder das Verderben verkünde. Er beharre bei seiner Ueberzeugung; das Heil der Länder Polen und Schweden sei so unzertrennlich verbunden, daß, wenn das eine erschüttert werde, auch das andere nicht bestehen könne, und darum wünsche er eine solche Erneuerung der Freundschaft, welche beiden Nationen ihre Sicherheit verbürge. Alle Zwietracht zwischen ihnen habe nur daher ihren Ursprung genommen, daß die Könige von Polen, nach dem Erlöschen des Hauses Wasa, ihr besonderes Interesse verfolgt, welches nicht zusammenfalle mit demjenigen der Republik Polen, und dennoch die letztere in dasselbe hinein verwickelt haben. Dieser Stein des Anstoßes müsse gehoben werden. Carl XII. sprach nicht ausdrücklich die Entthronung Augusts II. aus. Er erklärte, nicht sein volles Recht gebrauchen zu wollen, auch Rücksicht zu nehmen auf den gegenwärtigen Zustand von Europa und die Wünsche der befreundeten Mächte. Darum sei er bereitwillig zu vernehmen, was die von dem Cardinal-Primas berufene Versammlung unter seiner Leitung beschließen würde. So am 16./27. April [1]).

Es war zunächst von großer Wichtigkeit, daß die auf Seiten des Königs August II. stehenden Senatoren, welche das allgemeine Aufgebot beschlossen hatten, diesen Beschluß thatsächlich sofort wieder fallen ließen. Als Grund wird angegeben, daß die Großen des Reiches für sich selber Besorgnisse hegten, wenn einmal der niedere Adel in Waffen stünde [2]).

Ungeachtet des guten Willens des Kronfeldherrn Lubomirski durfte dennoch August II. sich sicher nur auf die wenigen sächsischen Truppen verlassen. Sie standen bei Pultusk. Es war nicht die Absicht des Königs August ein Treffen zu wagen. Aber nachdem Carl XII. in Praga jene Antwort gegeben, brach er in Eilmärschen von da auf, überraschte die kleine sächsische Armee unter dem General Steinau bei Pultusk und schlug sie in Trümmer, am 21. April/2. Mai [3]).

Mit besonderer Freude ward das alles in Versailles vernommen. Eben damals erhielt der neue schwedische Gesandte, Kronstrom, seine

[1]) Lamberty t. II, p. 713.
[2]) A. a. O. p. 715. — Nordberg Bd. I, S. 416.
[3]) Ausführlich bei Nordberg Bd. I, S. 416 u. f.

erste Audienz. Ludwig XIV. redete zu ihm in starken Ausdrücken der Freude über die Erfolge Carls XII., der, noch nicht einundzwanzig Jahre alt, bereits vier Schlachten gewonnen habe. Der Hof von Versailles war der Ansicht, daß man nicht mit größerer Artigkeit, Höflichkeit und Würde reden könne, als der König dem Schweden Kronstrom gegenüber entwickelt habe [1]).

Für Carl XII., der nicht französisch sein wollte, ging auch aus diesem Lobe Ludwigs XIV. nicht die mahnende Frage hervor, ob er nicht dennoch thatsächlich das sei, was er nach seiner Absicht nicht sein wollte: ein Diener und Beförderer der Politik Ludwigs XIV. Carl XII. beharrte auf seinem eigenen Wege.

Inzwischen erfolgte die Antwort des Cardinal-Primas im Namen der Warschauer Versammlung an den König von Schweden. Der letztere hatte in der Kundgebung seines Willens das Wort der Entthronung nicht ausgesprochen. Der Cardinal sprach es aus, nicht jedoch, um es sich zu eigen zu machen. Die That, wie das Wort der Entthronung, sagte er, sei in der Geschichte Polens unerhört. Nach der allgemeinen Uebereinstimmung der Reichsstände sei sie unstatthaft. Dagegen wolle Polen sich verbürgen, daß der König fortan den erneuerten Frieden von Oliva genau beobachte [2]).

Allein was immer sonst von polnischer Seite dargeboten wurde: der Schwedenkönig wollte sich mit nichts befriedigen als mit der Erfüllung jener seiner Forderung. Er ließ durch den Grafen Piper erwiedern: er habe gerechte Ursache eine solche Antwort zu erwarten, welche dem von ihm gemachten Vorschlage direct entspreche. Für die Herstellung einer sicheren und dauernden Freundschaft zwischen Schweden und Polen sei ein anderes Mittel nicht zu finden [3]).

Und weiter ging dann der Siegeslauf des Schweden. Er marschirte auf die von August II. zu seiner Burg ersehene Stadt Thorn, um sie zu belagern. Der Cardinal-Primas mahnte ab; denn Thorn, obwohl eine sächsische Besatzung darin, sei eine Stadt der Republik Polen, nicht des Königs, und verdiene daher als unschuldig eine billige

---

[1]) Dangeau t. IX, p. 203.
[2]) Lamberty t. II, p. 718.
[3]) A. a. O. p. 719.

Rücksicht. Er bat: der König von Schweden wolle nicht durch eine neue Verbitterung der Gemüther das Friedenswerk schwerer machen [1]).

Carl XII. beharrte. Er zweifele nicht an der Friedensliebe der Republik Polen, sagte er; aber einen Weg dahin zu gelangen, erblicke er nicht, so lange nicht die Republik sich klarer darüber ausspreche. Und dieses Mistrauen müsse von Jedem als berechtigt anerkannt werden, welcher den Charakter seines Feindes und dessen geheimes und inniges Bündnis mit dem Czaren durchschaue. Deshalb möge die Republik sich bestimmter erklären. So lange die Stadt Thorn seine Feinde in sich schließe, stehe es ihm zu sie nicht zu behandeln wie eine Stadt der Republik, sondern wie den Schlupfwinkel fremder Truppen, welchen der Feind zur festen Burg seiner Herrschaft zu machen trachte, darum gleich schädlich für die Republik wie für ihn [2]).

In derselben Weise antwortete Carl XII. anderen Mitgliedern der Warschauer Versammlung, die sich bittend an ihn gewandt. Wenn der von ihm angegebene Weg, sagte er, ihre Zustimmung nicht finde: so habe er das Recht von ihnen her einen Vorschlag zu erwarten, der nicht minder als der seinige dem Zwecke entspreche.

Der Cardinal und jene Senatoren hatten ihm Bitten gestellt in der Hoffnung eine geneigtere Antwort zu erlangen, die sie dem Reichstage vorlegen könnten. Dieser sollte am 17. Juni in Lublin zusammentreten.

Carl XII. hob, wie wir gesehen, in allen diesen Antworten beständig hervor, daß der König August im geheimen Bündnisse mit dem Czaren beharre. Nicht bloß dieses entsprach der Wahrheit, sondern der Czar ließ in Anlaß des Reichstages eine Erklärung in diesem Sinne an die Republik Polen ergehen. „Wir haben uns, sagt er darin, nach reiflicher Erwägung zur Intervention entschlossen, um zu vollbringen, was Gott und alle Rechtschaffenen billigen werden. Diese Pflicht erwächst uns im besonderen aus dem Amte, zu welchem wir auf Erden berufen sind, so wie schon im Allgemeinen aus der Obliegenheit, durch welche jeder christliche Fürst vor Gott und der menschlichen Gesellschaft verbunden ist, Gewalt und Unrecht abzuwehren, und die bösen Absichten

---

[1]) Lamberty t. II, p. 713. Vom 7. Juni.
[2]) A. a. O. p. 724. Vom 8. Juni.

im Zaume zu halten, welche die Bande der menschlichen Gesellschaft zu zerreißen, den öffentlichen Frieden der Christenheit zu zerstören drohen — damit Recht und Gerechtigkeit bestehe, die Unschuldigen Schutz finden, insbesondere aber die gemeinsame Sache der Könige und Fürsten aufrecht erhalten werde" [1]).

Die Worte des Czaren entsprechen den Ideen des Christenthumes: nur sind sie zur Basis des von ihm gegründeten Staatswesens nicht geworden.

Peter I. forderte weiter die Republik auf, sich mit ihm zu vereinen, um dem Schweden, der seit zweihundert Jahren gegen Polen und Rußland Uebergriffe zu machen suche, Liefland wieder zu entreißen. Die Behauptung, daß man dem Könige August nicht trauen dürfe, werde nichtig durch die Bürgschaft sowohl des Czaren als anderer Mächte für ihn. Denn es sei allen Mächten in gleicher Weise daran gelegen, daß das ungeheuerliche Wort der Entthronung nicht zur Wahrheit werde, und darum seien sie bereit mit Rüstungen zu Lande und zu Wasser dagegen einzutreten. — So volltönend das klang, konnte es den Polen kaum verborgen sein, daß August II. auf irgend welche Hülfe, auch von dem Czaren selbst, nicht zu rechnen habe. In einem anderen Schreiben an den Cardinal-Primas trug der Czar seinen Beistand zur Vermittelung an, in der Hoffnung, wie er sagte, daß die Polen insgesammt vorziehen würden den früheren inneren Frieden wieder zu erringen, als ferner noch einen Leichenhügel der ihrigen nach dem anderen aufthürmen zu lassen [2]). Dagegen drohte er für jeglichen Widerstand gegen den König August mit seiner Rache.

Wie der Czar die polnischen Reichsstände aufforderte zur Freundschaft mit ihm und zur Feindschaft wider Schweden: so ließ Carl XII. beim Herannahen des Reichstages eine Schrift ausgehen, welche in eindringlichen Worten den Haß wider Rußland predigte. Gerade darum, sagte die Schrift, habe der König August jeglichen Anspruch auf ein Vertrauen in sein Wort verwirkt, weil er ohne Vorwissen der Republik Polen mit ihrem ältesten und erbittertsten Feinde ein Bündnis geschlossen habe. Daß er jetzt verspreche, sich dem Beschlusse des Reichs-

[1]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 875. — Lamberty t. II, p. 727. — Man vgl. Theatrum Europaeum Theil XVI^{b}, S. 374.

[2]) Lamberty t. II, p. 730.

tages in Allem zu fügen, komme lediglich daher, weil er, völlig machtlos, zur Zeit eine andere Hoffnung nicht erblicke. Wenn dagegen die Polen durch die neuen Versprechungen sich täuschen lassen, ihn auf dem Throne befestigen: so heißen sie damit gut, was er früher wider sie gethan, so bekräftigen sie sein Bündnis mit dem Czaren, so geben sie ihm den Anlaß sie zum Kriege wider Schweden zu führen. Der König von Schweden dagegen verlangt nichts als ein guter Freund der Polen zu sein. Besser aber doch ist es einen guten Nachbar durch ein correctes Verfahren auch für die Zukunft sich freundlich gesinnt zu erhalten, als durch ein incorrectes sich zum Feinde zu machen. Der König von Schweden würde vielleicht auf den Krieg gefaßt sein. Aber Gott möge dies abwenden; denn die Last der Leiden, die dann hereinbrächen, sei mit Worten nicht auszusprechen [1]).

Es fragte sich also, nach welcher Seite hin die Entscheidung des Reichstages von Lublin sich neigen werde.

Der Kanzler Zaluski eröffnete, am 19. Juni, den Reichstag zu Lublin mit einer zur Eintracht mahnenden Rede, die, rhetorisch betrachtet, ein Meisterstück genannt werden dürfte. Der Zustand, den er malt, ist schreckenerregend. „Niemals, ruft er aus, ist in den Jahrbüchern des Königreiches Polen und des Großherzogthumes Lithauen eine Zeit verzeichnet, wo die Herzen ihrer Bewohner durch die Zwietracht so sehr von einander getrennt waren. Nur auf sich und den eigenen Vortheil ist ein Jeder bedacht, Keiner für das Gemeinwohl. Ich glaube nicht, daß auf dem ganzen Erdkreise eine Republik existirt, welche weniger sich der Liebe und Anhänglichkeit ihrer Söhne und Bürger erfreut als Polen." Zaluski beantragte, daß bei der Dringlichkeit der Geschäfte nicht die Landboten räumlich getrennt vom Senate berathen möchten, sondern in Einer Versammlung geeinigt [2]).

Leuchtet aus der Rede Zaluskis wenigstens die Erkenntnis des hauptsächlichen Uebels hervor: so ward dasselbe dadurch bethätigt, daß die Abgeordneten der Woiwodschaften Posen und Kalisch auf dem Reichstage nicht zugelassen wurden. Sie kehrten grollend heim, und der Groll trug bald für die Gesammtheit bittere Früchte [3]).

[1]) Lamberty t. II, p. 732.

[2]) Die Rede Zaluskis in Lünig: Orationes procerum etc. t. III, p. 456.

[3]) Nordberg Theil I, S. 431.

Der König August II. ließ dem Reichstage eine Vorlage zugehen, bestehend in der Frage, was dem Wohle der lithauisch-polnischen Republik mehr entspreche, ein Bündnis mit Rußland oder mit Schweden. Die Vorlage erörtert die Frage in sechszehn contradictorischen Sätzen, deren letzter mit den Worten schließt: „Es gereicht also zur größeren Ehre Gottes, zum Gedeihen der katholischen Religion, zum Ruhme des Königs und des Reiches, daß die Freundschaft mit Rußland vorgezogen und auf diesem ehrenhaften Wege der Friede und die Ruhe hergestellt werde" [1]).

Es fällt auf, daß in Polen eine Hoffnung für die römisch-katholische Kirche von Rußland her ausgesprochen werden konnte in demselben Jahre 1703, in welchem der Czar Peter, indem er die bis dahin bestehende Synode der griechischen Kirche in Rußland abschaffte, und sich selber zum Haupte derselben erklärte, durch diese Vereinigung der kirchlichen und der weltlichen Gewalt in seiner Person, die Basis der kirchlichen Freiheit und Unabhängigkeit aufhob. Aber Peter I. zog noch nicht sogleich praktisch die Consequenzen, deren das furchtbare System dieses Cäsareopapismus fähig war. Er erließ eben damals ein Patent, welches allen christlichen Religionsgenossen, die nach Rußland kommen würden, die Freiheit des Cultus, der Kirchen, und eine eigene Justizpflege zusicherte [2]).

Die ersten Tage hindurch rann die Strömung im Reichstage zu Lublin durchaus zu Gunsten des Königs August. Dann erschien der Cardinal-Primas. Es erhob sich ein Sturm der Königlichen wider ihn. Er indessen leistete den Eid für den König August II., und seine Anhänger folgten seinem Beispiele. Nachdem dann der Cardinal mehrere Tage hindurch eine Fülle der Anklagen schweigend über sich hatte ergehen lassen, nahm er das Wort. Die Gewandtheit und der Nachdruck seiner Rede wird als so überlegen dargestellt, daß in Betreff seiner Person eine völlige Umstimmung erfolgte, so daß seine Widersacher sich in seine Lobredner wandelten [3]). Der Cardinal-Primas ward der Führer des Reichstages. Demgemäß fielen die

---

[1]) Lamberty t. II, p. 734.

[2]) Wichmann: Chronologische Uebersicht der russischen Geschichte S. 44.

[3]) Lamberty t. II, p. 736.

Beschlüsse aus, weder im Sinne der Vorlage des Königs August II., noch auch der Forderung Carls XII. Man wolle, hieß es darin, den Bestand der Kronarmee für Polen und Litthauen auf 48,000 Mann bringen. Man wolle dem Schwedenkönige sechs Wochen Zeit lassen sich zu erklären, ob Freund ob Feind. Weigere er sich eines vernünftigen Friedens: so habe der König von Polen freie Hand zu Allianzen. Auch nur von einer Entthronung zu reden, solle untersagt sein. Die Mitglieder des Reichstages verbanden sich dem Könige August durch einen neuen Eid. Zugleich jedoch beschlossen sie, dem Schwedenkönige für die Bewahrung des zu schließenden Friedens eine Reihe von Garantien zu bieten. August II. beschwor, was der Reichstag von ihm verlangte [1]).

Der Cardinal-Primas hoffte von dieser Grundlage aus den Frieden zu erreichen. Er that dies dem Schwedenkönige kund. Es fehle nichts mehr, schrieb er, sofort die Verhandlung über die Einzelnheiten zu beginnen, als die Zustimmung Carls XII. [2])

Diese erfolgte nicht. Der Schwedenkönig, aus dem Lager von Thorn, erwiederte dem Cardinal: in dieser Angelegenheit sei die höchste Vorsicht geboten. Ausführlicher legte der Graf Piper den polnischen Commissarien die schwedischen Bedenken dar. Selbst wenn Polen auch allen erlittenen Schaden ersetze: welche Sicherheit gewähre man für die Zukunft? Immerhin möge der König von Polen in Lublin einen feierlichen Eid geschworen haben, nichts Feindseliges gegen Schweden zu unternehmen; allein die Erfahrung der Vergangenheit zeige, wie wenig er sich kümmere um Eid und Versprechen. Die Beschlüsse des Reichstages von Lublin gewähren dem Könige von Schweden keine Sicherheit [3]).

Durch die Beschlüsse und Erbietungen des Reichstages jedoch waren die Dinge an einen Punct gebracht, an welchem auch die Gesandten der Bundesmächte glaubten ihre Stimme geltend machen zu dürfen. Sinzendorf, Robinson, Haersolt, richteten an den Grafen Piper ein gemeinschaftliches Schreiben. Da der Artikel der Sicherheit,

---

[1]) Lamberty t. II, p. 737.
[2]) A. a. O. p. 739. Vom 18. Juli.
[3]) A. a. O. p. 741. Vom 31. Juli.

welche der König von Schweden von der Republik Polen fordere, als der Prüfstein erklärt worden sei, als derjenige Punct, über welchen der König Auskunft verlange, bevor er sich auf eine Verhandlung einlassen wolle: so thun die drei Gesandten die Garantien kund, zu welchen Polen sich erbiete. Sie ersuchen, daß der Graf Piper mit ihnen oder einem von ihnen darüber in mündliche Verhandlung eintrete. „Kurz, schreiben sie, wir wagen uns dahin auszusprechen, daß es für alle Dinge ein Mittel gibt, wenn man es aufrichtig will. Wir haben ein volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Erklärungen des Königs von Schweden, indem wir uns mit der Hoffnung schmeicheln, er werde endlich darüber solche Resolutionen fassen, welche die gesammte Welt überzeugen müssen, daß es sich hier nicht um Vorwände und Ausflüchte handelt, sondern wirklich um die Frage der Sicherheit, und daß lediglich um dieser Frage willen sich die hiesige Verwirrung so lange hinzieht, die nicht bloß den beiden Königreichen zum schweren Nachtheile gereicht, sondern zugleich auch dem übrigen Europa." So am 12. August 1703 [1]). Carl XII. ging auf den Wunsch der Vertreter der Bundesmächte nicht ein.

Daß auch damals bei diesem Verhalten des jungen Schwedenkönigs nicht irgend welche positive Hinneigung zu Frankreich mitwirkte, ergibt sich daraus, daß sein Botschafter Lilienroth in denselben Tagen im Haag einen Bundesvertrag mit den Seemächten abschloß, durch welchen er sich, sobald der Friede im Norden zu Stande gekommen, zur Stellung von 10,000 Mann für die große Allianz verpflichtete. Ein geheimer Artikel betraf den Beitritt Carls XII. zu der großen Allianz. Die Willigkeit beiderseits wurde darin ausgesprochen: die Verwirklichung solle noch von ferneren Verhandlungen abhangen [2]).

Zeigte in so weit der Schwedenkönig den Wünschen der Mächte der großen Allianz sich willfährig: so hielt er fest an seinem Vorsatze in Betreff des Königs August II. Auch damals wagte der Graf Piper ihm Vorstellungen zu machen, hinzuweisen auf die Wünsche der Genossen der großen Allianz, so wie besonders auf die eigene Gefahr für Schweden, wo der Czar sich in den Ostseeländern einer Festung nach

---

[1]) Lamberty t. II, p. 743.

[2]) A. a. O. p. 676. Vom 5./16. August.

der anderen bemächtige [1]). Im Mai 1703 war die überraschende Kunde erschollen, daß der Czar Peter an der Newa auf dem Boden des Königs von Schweden den Grundstein einer neuen Stadt gelegt, die ihm weitgehende Aussichten eröffne, darum St. Petersburg genannt. Den König Carl XII. störte das alles nicht. Der Plan seiner Rache an August II. bewegte sich in dem Kreislaufe der Gedanken: August II. hat beständig Eid und Treue gebrochen: deshalb gibt es gegen die Wiederholung des Eidbruches keine andere Sicherheit als seine Entthronung. — Es ist merkwürdig, daß die Gedanken Carls XII. über die Absicht dieses Actes nicht hinausgingen, daß er sich nicht die Frage vorlegte, ob denn die Entthronung seinem Zwecke entsprechen, ob nicht August II., selbst wenn er dahin gebracht werden konnte, sich in die Entthronung zu fügen, seine Hand wieder nach der Krone ausstrecken würde, sobald der unmittelbare schwedische Druck auf ihn aufhörte. So ist es ja später geschehen. Aber daß es so geschehen könne und nach aller Wahrscheinlichkeit geschehen müsse, lag auch im Jahre 1703 nicht hinaus über den menschlichen Gesichtskreis. Carl XII., der eine Sicherheit für sich verlangte, jagte mit seinem Plane der Entthronung einem Schattenbilde nach, welches ihm keine Realität gewährte und für welches er zu eigenem und fremdem Schaden im Osten und im Westen eine lange Reihe wirklicher Vortheile, zunächst und vor allen Dingen den Frieden zwischen Schweden und Polen, zum Opfer brachte.

Dagegen ist es sehr merkwürdig, daß seine Weigerung, sich auf die Beschlüsse von Lublin einzulassen, nicht etwa ein einmüthiges Einstehen der Polen für dieselben nach sich zog, sondern Verwirrung und Auflösung in ihre Reihen trug. Eben darauf hatte Carl XII. augenscheinlich gerechnet. Die Abgeordneten der Woiwodschaften Posen und Kalisch, die im Reichstage zu Lublin nicht zugelassen waren, erregten durch ihren Bericht die Gemüther des Adels daheim. Unter diesen Umständen, hieß es, müsse man auf seine eigene Sicherheit bedacht sein und sich durch eine Conföderation dazu in den Stand setzen. Das Wort zündete. Bereits an dem Tage, an welchem die Versammlung in Lublin zu Ende ging, kam in Skroda die Conföderation zu Stande. Der Wortlaut der Urkunde derselben trug keine Feindseligkeit wider

[1]) Nordberg Bd. I, S. 429.

den König August zur Schau; aber thatsächlich setzte sich die Conföderation sogleich mit dem Schwedenkönige in Verbindung [1]).

Während die Bevollmächtigten des Reichstages von Lublin dem Schwedenkönige ihre Friedensvorschläge machten, griff jene Conföderation um sich. Carl XII. seinerseits autorisirte sie durch ein Ausschreiben vom 11. September, welches die Beschlüsse des Reichstages von Lublin als feindlich wider ihn bezeichnete [2]). Einen stärkeren Keil noch trieb er ein, indem er vom 5. September an die Stadt Thorn, die er bis dahin nur umschlossen gehalten, mit Nachdruck berannte. Am 4. October capitulirte die Besatzung, und damit schien den Polen gegenüber abermals der Beweis erbracht, daß es vergeblich sei dem jungen Schwedenkönige Widerstand leisten zu wollen. Die Furcht vor ihm diente zum Bindemittel der Conföderation, nicht, um sich ihm zu widersetzen, sondern, um sich vor seinem Willen zu beugen. Die Conföderation durfte bald geradezu als schwedisch betrachtet werden, namentlich als Carl XII. im Herbste den überaus gewandten und fähigen General Rheinschild nach Groß-Polen entsendete und durch denselben öffentlich dafür wirken ließ. August II. klammerte sich abermals an den Czaren Peter um Hülfe.

Sie schlossen am 1./12. October einen geheimen Allianz-Vertrag, durch welchen der Czar Subsidien und Hülfstruppen zusicherte [3]). Darin ward festgesetzt, daß man, um den Uebelgesinnten keine Gelegenheit zu geben, die Plane zu durchkreuzen, einen anderen Vertrag vom selben Datum simuliren und in die Welt ausgehen lassen wolle.

Wir erblicken also eine Nachahmung des französisch-englischen Dover-Vertrages von 1670. Auch haben die handelnden Personen, der Czar Peter und August II. mit Ludwig XIV. und Carl II. eine gewisse Aehnlichkeit.

Es fragte sich, ob die Hülfe des Czaren dem Könige August II. noch viel nützen könne. In den letzten Monaten des Jahres 1703 rückte das dem Könige August II. seit langem angedrohete Geschick näher und näher heran, und eben damit zog sich, zum indirecten

---

[1]) Nordberg Bd. I, S. 438.

[2]) A. a. O. S. 453.

[3]) Der wirkliche Allianz-Vertrag in dem Werke: Patkuls Berichte an das Czarische Cabinet Bd. I, S. 56 u. f. Im 6. Artikel jene Feststellung.

Vortheile des Czaren Peter im Osten, des Königs Ludwig XIV. im Westen, der Krieg Carls XII. in Polen unabsehbar in die Länge.

Näher noch wirkte zu Gunsten des Hauses Bourbon die in Ungarn sich erhebende Empörung des Franz Rakoczy. Der Plan derselben datirte schon vom Jahre 1700. Wir haben (Bd. IX, S. 65 u. f.) vernommen, wie er damals scheiterte, und daß Rakoczy, anstatt sich zum Herrn von Siebenbürgen zu machen, nach Wiener-Neustadt in Haft gebracht wurde.

Ludwig XIV. und sein Gesandter du Heron in Warschau verzichteten darum nicht auf die Absicht, dem Kaiser in Ungarn ein Feuer anzuzünden. Emerich Tököly, der Wegweiser der Türken vor Wien im Jahre 1683, lebte noch zu Nicomedien in Bithynien. Dahin erging an ihn, im December 1701, die Ladung Ludwigs XIV. die Waffen wider zu ergreifen [1]). Tököly ging nicht darauf ein. Seine Frau, die Mutter des Franz Rakoczy, starb einige Monate später im Exile, Tököly selber, erst siebenundvierzigjährig, im Jahre 1705 [2]).

Du Heron dagegen hielt für den zu erregenden Brand fest an Franz Rakoczy. Wir haben vernommen, daß, ungeachtet der notorischen Beweise, die Gewissenhaftigkeit des Kaisers Leopold es nicht über sich gewann, ihm als Hochverräther den Prozeß zu machen. Die Gewissenhaftigkeit des Kaisers schlug aus zum unendlichen Jammer für seine Völker, und zum schweren Nachtheile für seine Sache in Europa.

Denn, während er des Rakoczy schonte, gelang es der Frau desselben, durch Geschenke an den Hüter des Gefängnisses, ihm die Flucht zu ermöglichen. Rakoczy entkam. Dann erst, nach seinem Entweichen, hemmte der Kaiser den Prozeß nicht mehr. Am 30. April 1703 ward über Franz Rakoczy das Todesurtheil gesprochen und mit den Gründen für dasselbe veröffentlicht [3]). Aber bereits befand sich Franz Rakoczy sicher auf polnischem Gebiete.

---

[1]) Fiedler: Actenstücke zur Geschichte Franz Rakoczys. Bd. II, S. 552. (Bd. XVII der Fontes rerum austr.)

[2]) A. a. O. S. 465.

[3]) Abgedruckt in Rink: Leopolds des Großen u. s. w. S. 1025 u. f.

„Dort, sagte er später, im Jahre 1713, zu Ludwig XIV., erleichterten mir die Wohlthaten Ew. Majestät das Unglück meines Exiles, und einerseits meine Dankbarkeit, andererseits die Seufzer der ungarischen Nation bewogen mich den Krieg zu beginnen, ohne Waffen, ohne Truppen, ohne Geld" [1]).

Diese Seufzer der ungarischen Nation, welche Rakoczy in einem bombastischen Manifeste der Welt verkündete, betrafen gar viel und mancherlei, namentlich aber den Druck des Steuerwesens.

Legen wir dagegen, um eine sichere Basis des Urtheils über die Erhebung des Rakoczy zu haben, die Ansicht eines Nicht-Oesterreichers zu Grunde, der eine Reihe von Jahren hindurch den Verlauf der Dinge in nächster Nähe beobachtete, des venetianischen Botschafters Dolfin [2]).

„Das mit allen Vorzügen der Natur ausgestattete Ungarn, sagt Dolfin, wird bewohnt von einem sehr unglücklichen Volke. Es scheint, daß sich dort mit dem Blute zugleich vererbt die Neigung zum Tumulte und zur Auflehnung. Von Stolz erfüllt hassen sie die Knechtschaft. Mit Gewalt haben sie sich Privilegien ertrotzt, welche die Souveränetät aufheben, und welche, indem der Regierende sie nicht beobachten kann, ohne seiner Autorität und seiner Würde Abbruch zu thun, Gründe herleihen für die Indolenz und Vorwände für die Rebellion. Es reicht hin anzuführen, daß der König Andreas ihnen die Bewilligung verliehen hat, sich in Waffen gegen ihren Souverän zu erheben, wenn er den Privilegien zuwider handelt."

„Nachdem Ungarn den Türken wieder entrissen war, sahen die Verständigen vorher, daß ohne die Stütze der Waffen der Besitz nicht bloß unfruchtbar bleiben würde, sondern nachtheilig. In der That bezeugt es die Erfahrung, daß zur Zähmung der Halsstarrigkeit dort das Eisen erforderlich ist, nicht die Milde. Das Volk, des Jammers müde, würde den Frieden vorziehen; aber die Häupter im eigenen Interesse wünschen den Krieg und bethören mit dem süßen Namen der Freiheit die Geringeren, während diese in Wirklichkeit eine barbarische Knechtschaft erleiden."

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 495.

[2]) Fontes rerum austriacarum Bd. XII, S. 17. Vom Jahre 1708.

Damit jedoch kann der furchtbare Druck des Steuerwesens nicht verneint werden. Eben derselbe Dolfin erzählt, wenn auch nur als Gerücht, daß, um die Steuern zu entrichten, Väter sich genöthigt sahen, ihre Kinder den Türken zu verkaufen. Wie überhaupt die Unordnung in der Verwaltung, sowohl bei der Einnahme wie bei der Ausgabe, die dunkele Schattenseite der Regierung des Kaisers Leopold I. ausmacht: so fügte sich den Ungarn gegenüber zu dem Drucke des Systemes noch die Art und Weise der Ausführung. Die Erhebung geschah durch die Beamten deutscher oder slavischer Nationalität. Eben denselben gehörten ja auch die den Ungarn unleidlichen Besatzungen an, die indessen der Mehrzahl nach seit dem Beginne des Krieges von 1701 herausgezogen waren.

Von England und Holland aus waren nach der Weise der damaligen Zeit nicht Wenige geneigt, auch an kirchliche Beschwerden der Ungarn zu glauben. Es ist dagegen namentlich hervorzuheben, daß die Häupter des Aufstandes, Franz Rakoczy und Bercseny, selber katholisch waren. Dennoch dürfte es nicht überflüssig sein, diesen Punct zu erörtern.

Die Gesandten der protestantischen Mächte reichten am 8. Februar 1703 dem Kaiser eine Schrift ein, in welcher sie die schon früher erhobenen Verwendungen zu Gunsten der Protestanten in den österreichischen Erblanden wiederholen, und namentlich sich über den Cardinal Kolonitsch in Ungarn beklagen [1]). Der Graf Wratislaw von London aus bat, diese Beschwerden in Betracht zu ziehen. Die Conferenz der Minister berichtete dem Kaiser: „Beschwerden dieser Art sind nicht bloß in Schlesien erhoben, sondern auch in großer Menge gegen einige Magnaten in Ungarn, welche ihre Unterthanen zwingen katholisch zu werden, oder im anderen Falle sie von ihren Gütern verstoßen und verjagen. Nun haben zwar fremde Mächte nicht das Recht sich in die Regierung der kaiserlichen Länder einzumischen; allein es sind die Umstände der Weltlage zu berücksichtigen, daß die protestantischen Mächte viel stärker in Waffen sind als die katholischen, und daß E. K. Majestät der Hülfe jener dringend bedürfen. Darum

[1]) Lünig: Literae procerum etc. t. III, p. 867. — Ein Beispiel eines Verbotes solcher Art durch den Palatin Paul Esterhazy in Vesprim eben dort p. 802.

wäre es besser, daß solche Aenderungen unterblieben. Denn es könnte nichts gefährlicher sein, als wenn zu einer Zeit, wo Ungarn fast von allen Besatzungen entblößt, wo dagegen viele Unzufriedene sich dort befinden, und wo vermuthlich auch noch die entflohenen Rebellen dort ihren Anhang haben, durch den unbesonnenen Eifer irgend eines Grundherrn uns eine Empörung erwüchse. Auch sind Viele der Ansicht: es liege vor Allem der katholischen Religion in Deutschland daran, daß der Krieg gegen Frankreich wohl ausgeführt werde, und das Erzhaus als die einzige oder doch die vornehmste Säule der katholischen Religion in Macht und Ansehen erhalten bleibe. Wird daher dies erreicht, so wird es auch um die Religion wohl stehen. Eben darum darf den Bundesgenossen kein Anlaß zum Mißvergnügen gegeben, sondern die Beschwerden müssen untersucht werden." Demgemäß überwies der Kaiser die Beschwerden an die böhmische Hofkanzlei [1]).

Der Vorgang thut dar, daß man in Wien in Betreff einer möglichen Empörung in Ungarn nicht, wie oft angenommen worden ist, ohne Sorge war. Allein den hauptsächlichen Quell der Unzufriedenheit, den Druck der Steuerlast und die noch mehr drückende Weise der Erhebung zu beseitigen, war um so schwerer, je höher gerade in den Jahren 1702 und 1703 die Anforderungen an die Mittel des Kaisers stiegen. Die Last ward nicht verringert, sondern gesteigert; dagegen, wider den Rath namentlich des getreuen Grafen Erdödy, des Vorstandes der ungarischen Finanzkanzlei, fast alle Truppen herausgezogen.

Ludwig XIV. ließ dem Franz Rakoczy 25,000 Livres zahlen, um damit den Anfang zu machen. Einige Tolpatschen, die unter der Führung eines Hauptmannes Adam in Oberungarn das Räuberhandwerk betrieben, boten dem in Polen weilenden Rakoczy ihre Dienste an [2]). Er sandte ihnen Geld und Fahnen, so wie das Versprechen, daß er sich zu ihnen begeben werde. Die Haufen mehrten sich. Es ward später dem Commandanten in Oberungarn, Nigrelli, zum Vorwurfe gemacht, daß er nicht sogleich genügende Maßregeln getroffen.

---

[1]) Conferenz-Protocoll vom 23. Februar.

[2]) Fiedler Bd. II, S. 461. Dieser zusammenfassende Bericht an Ludwig XIV., wahrscheinlich von Desalleurs, im Jahre 1705, ist von besonderer Wichtigkeit.

Jedoch entsendete er den Grafen Karoly. Es gelang diesem, die im Comitate Marmaroſch lagernden Insurgenten, die dort des Rakoczy harrten, zu überfallen, zu ſchlagen, zu zerſprengen, am 10. Juni [1]). Damals war nach der Anſicht Karolys alles beendigt, wenn in Wien den gutgeſinnten Comitaten nur einige Erleichterungen gemacht würden, z. B. in Betreff des Salzes. Seine Vorſchläge fanden in Wien kein Gehör. Einerſeits ſah man dort die Aufſtändiſchen lediglich als Raubgeſindel an [2]). Andererſeits, was wichtiger ſein mochte, ſchien von demjenigen, was bereits als Einkommen in Ausſicht genommen war, nichts entbehrt werden zu können, um ſo weniger, da, wie ſich bald ergeben wird, das Vorhandene weitaus nicht zulänglich war. In Folge deſſen gereichte die Niederlage den Aufſtändiſchen nicht einmal zum Nachtheile, ſondern ward vielmehr der Anlaß, von welchem aus der Strom ſich ein völlig neues Bett wühlte. Karoly ſelber, erbittert und gereizt, trat zu den Inſurgenten über. Rakoczy, mit ihm Bercſeny, erſchienen auf ungariſchem Boden. Sie erließen Proclamationen für die Freiheit Ungarns. Der Aufſtand nahm ein nationales Gepräge an, mehr freilich nach auswärts als nach innen. Eine reguläre Macht zum Widerſtande fand ſich nicht vor. In wenigen Monaten war faſt das ganze Oberungarn bis auf die feſten Plätze in den Händen der Inſurgenten.

Es kommt alſo darauf an, hier zum Beginne den Charakter dieſer Erhebung klar zu ſtellen, und zwar nach den eigenen Ausſagen der Betheiligten.

Bereits am 22. September ſchrieb Franz Rakoczy an den König von Frankreich: „Da mein Beginnen unter den Auſpicien eines ſo großen Königs, und die Gerechtigkeit meiner Sache mir nur Glück verhießen: ſo melde ich jetzt mit unausſprechlicher Freude, daß, wie vorher meine Hoffnung ſich verwirklichte, eine Erleichterung meines Exiles zu finden, ich nun Ew. Majeſtät die Beweiſe der Anhänglichkeit und des Eifers für Ihren Dienſt darbieten kann. Es hat Gott gefallen meine Waffen zu ſegnen, und mich die dafür gewünſchten

---

[1]) Wagner t. II, p. 740.

[2]) Prinz Eugen an Starhemberg, 6. Juni, in Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V. Supplementheft S. 74: Les voleurs en Hongrie.

Gelegenheiten finden zu lassen. Ich kann daher Ew. Majestät mit allem Ihrer geheiligten Person schuldigen Respecte versichern, daß ich das gesammte Land bis zur Donau in mein Interesse gebracht, daß ich dreimal die Rascier, einmal die Siebenbürgen geschlagen habe, daß ich im Besitze bin von einer Reihe fester Plätze, und die anderen umschlossen halte. Ich habe bisher keinen Widerstand gefunden, der mich hindern könnte, meinem Vaterlande sein volles Glück zu verschaffen, wenn erst die Hülfe Ew. Majestät anlangt, gemäß dem Entwurfe, den Ew. Majestät Ihre Minister eingereicht haben. Die schnelle Ausführung desselben ist um so nothwendiger, da nur sie mich in den Stand setzen wird, den künftigen Maßregeln der Feinde entgegen zu treten, das Heerwesen zu ordnen, die Plätze zu befestigen, und die Disciplin zurückzuführen, die durch die Natur der Erhebung an sich gelockert ist" [1]).

Diese letzten Worte streifen die Peripherie des Wesens der Dinge. Aber Ludwig XIV. empfing auch andere Berichte, die ihm einen tieferen Einblick in dieses Wesen gestatteten. Und wie damals ihm, so auch der Nachwelt. Ein Bericht je von der einen oder der anderen streitenden Seite könnte als parteiisch angefochten werden; weniger dagegen derjenige eines französischen Gesandten, der, seinem Souveräne gegenüber zur Wahrheit verpflichtet, durch mehrjährigen Aufenthalt im Heerlager des Rakoczy im Stande war, diese Wahrheit aus eigener Anschauung zu kennen.

Der Bericht des Gesandten [2]) ist aus dem Jahre 1705, also nach zweijähriger Dauer des Aufstandes. Beachten wir demnach die Qualität des Heeres von Rakoczy. Der Gesandte zählt die einzelnen Truppentheile auf. Er berechnet die Gesammtzahl auf etwa 48,000 Mann. „Aber, fügt er dann hinzu, unter diesen Truppen sind nur die Carabiniers, die Tolpatschen, die Deutschen und zwei Compagnien Jäger einigermaßen disciplinirt und mit den erforderlichen Waffen versehen, so daß man nur auf 1400 Mann Cavallerie und 5380 Mann Infanterie rechnen kann. Die Uebrigen sind nur geeignet, der Armee das Brot wegzuessen und Unordnung zu verursachen."

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 437.
[2]) A. a. O. S. 457 u. f.

So war die Macht Rakoczys beschaffen im Jahre 1705, nachdem er zwei Jahre hindurch im eigenen Interesse bemüht gewesen war, sie zu disciplíniren. Von da her darf und muß man einen Rückschluß machen auf die Qualität seiner Mannschaft im Jahre 1703. Er selber nannte diese Haufen die Armee der Freiheit. Der Gedanke, daß noch zwei Jahre nach dem Beginne, nach einer Reihe von Kämpfen, bei regelmäßiger Zahlung von 30,000 Livres monatlich von Seiten Ludwigs XIV., diese Armee zu sechs Siebenteln aus undisciplinirten Haufen bestand, läßt das furchtbare Wesen derjenigen Freiheit ahnen, welche Rakoczy von Anfang an über sein unglückliches Vaterland gebracht hatte.

Der Bericht dieses Franzosen ist aus dem Jahre 1705. Wir werden an der Hand desselben in dem genannten Jahre auf die moralische Qualität dieser Art von Armee näher einzugehen haben.

Das wichtigste Kampfesmittel dieser Armee der Freiheit war die Brandlegung, sei es um durch die Bedrohung mit derselben die Landesangehörigen in das eigene Lager zu scheuchen, sei es um den Gegnern Schrecken einzujagen. Dies Mittel ergibt sich aus den eigenen Worten des Rakoczy. Er meldet nämlich am 8. November 1706 dem Könige Ludwig: er wünsche nicht genöthigt zu sein, zurückzukehren zu dem gewaltsamen Mittel überall zu brennen. „Dies würde mit der Zeit nur eine weite Einöde schaffen, in der wir selbst zu Grunde gehen müßten“ [1]).

Es kommt wesentlich an auf die Persönlichkeit dieses Franz Rakoczy. Wir haben dafür den sicheren Anhalt an den Meldungen des französischen Gesandten Desalleurs für Ludwig XIV.

Der Fürst, wie Franz Rakoczy sich nennen ließ, besaß, nach dem Urtheile des Gesandten, eine ungewöhnliche Befähigung. Damals etwa dreißig Jahre alt, hoch gewachsen, stattlicher Haltung, freundlichen und gewinnenden Benehmens, erfreute sich Rakoczy dazu der Vortheile einer ungewöhnlichen Ausbildung. So das Urtheil des Franzosen. Man darf hinzusetzen, daß die zahlreichen, von Rakoczy selbst verfaßten Instructionen für seine Agenten an den verschiedenen Höfen Europas Zeugnis ablegen für eine genaue Kenntnis des Verschlungen-Seins der

[1]) Fiedler Bd. II, S. 472.

politischen Fäden, und für einen erstaunlichen Scharfsinn. Er wußte, sagt weiter der Gesandte, sich schriftlich und mündlich in sechs Sprachen auszudrücken. Er war arbeitsam, wohlthätig, hielt als Katholik darauf, genau seine kirchlichen Pflichten zu erfüllen. Er machte den Eindruck frei zu sein von den Leidenschaften seines Alters.

Erscheint das Urtheil, namentlich die letzten Worte, vielleicht zu günstig: so ist zu erwägen, daß der eigentlich schwarze Punct in dem Charakter Rakoczys, sein maßloser Ehrgeiz, dem Franzosen nicht als Fehler erschien, weil ja dieser Fehler der Politik Ludwigs XIV. die Handhabe bot, an welcher sie den Rakoczy faßte, um ihn zu ihrem Dienste zu verwenden.

Wir haben den Jubel vernommen, mit welchem Rakoczy das Gelingen seines ersten Raubzuges — denn der Name eines Feldzuges dürfte für die Thaten von 1703 zu ehrenhaft sein — seinem Gönner in Versailles meldet. Wir hören dann denselben Rakoczy, um reichlich zwanzig Jahre später, von seinem Exile in Rodosto am Marmarameere seine Klagen nach Frankreich entsenden. „Sie sehen aus meiner Geschichte, schreibt er an einen Franzosen, wie oft und in wie vielfacher Weise man in meiner Person die Ehre Frankreichs besudelt hat. Sie sehen, bis zu welchem Stande ich herab gebracht bin, und in welcher Erschlaffung ich mich bereit machen muß auf das Ende dieses traurigen Lebens, wie auf das einzige Mittel meine Leiden zu beschließen, und denen die höchste Freude zu bereiten, welche mir so oft gesagt und wieder gesagt haben, daß Frankreich das Spital der Fürsten ist, die es zu Grunde gerichtet hat" [1]).

Die Worte deuten an, daß Rakoczy damals sich in ähnlicher Weise betrachtet sehen möchte, wie etwa das Haus Stuart. Er hatte dazu kein Recht. Selbst wenn die Verblendung in dem Vertrauen auf Frankreich in beiden Fällen die gleiche wäre: so war doch ein großer Unterschied in dem Streben an sich. Das Haus Stuart wollte mit Frankreichs Hülfe wieder gewinnen, was es, freilich durch eigene Schuld, verloren hatte. Rakoczy, als Unterthan geboren und dieser Stellung rechtlich nie entnommen, wollte mit Frankreichs Hülfe und zum Dienste für Frankreich Fürstenthümer und Kronen nehmen, die

[1]) Fiedler Bd. II, S. 538. Vom Jahre 1724.

nicht sein waren. Das Haus Stuart ließ sich täuschen, und beging von dieser Täuschung aus die Fülle der Thorheiten zu eigenem Schaden: Rakoczy wandelte die Bahn des Hochverrathes, des Hinopferns seiner Mitunterthanen für seinen Ehrgeiz und für fremdes Geld.

Auch nicht einmal mit dem spanischen Cardinal Portocarrero steht Franz Rakoczy auf gleicher moralischer Höhe. Portocarrero hatte an seinem todeskranken Könige das unsagbare Verbrechen verübt, ihn moralisch zu nöthigen zur Unterzeichnung eines Testamentes, welches weder dem Willen des Königs, noch dem Rechte entsprach. Aber Portocarrero hoffte dadurch sein Vaterland vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Rakoczy dagegen wollte für sich nehmen, was nicht sein war, und begann zu diesem Zwecke einen Krieg, dessen Wucht, wie immer der Ausgang war, zunächst lastete auf seinem eigenen Vaterlande.

Rakoczy war endlich an intellectueller Begabung den thörichten Mitgliedern des unglücklichen Hauses Stuart, wie dem beschränkten Cardinal Portocarrero, weitaus überlegen. Er konnte und er mußte sogar wissen, was bei der Hingabe in den Dienst der Politik Ludwigs XIV. seiner harrte. Er hatte vor sich das Schicksal seines Großvaters von mütterlicher Seite, des Grafen Zrinyi. Er konnte wissen, daß Ludwig XIV. durch sein Gold diesen zur Empörung verleitet, und dann, nachdem sie mislungen, dem Kaiser zu dem Ausgange des Hochverräthers seinen Glückwunsch dargebracht hatte. Er konnte wissen, welche Reden im Jahre 1701 der Gesandte Villars in Wien im Namen seines Königs über die eigenen Plane des Rakoczy laut und offen vor aller Welt geführt hatte. Und wenn auch, was kaum denkbar, Rakoczy dies nicht wußte: so mußte er wissen, was sein Landsmann, der Magyar Vetes, der ihm eine Reihe von Jahren als Agent bei Ludwig XIV. diente, ihm von Paris aus mehr als einmal mahnend zurief: die Politik Ludwigs XIV. verfolge kein anderes Ziel, als die aufständischen Ungarn unversöhnlich für immer mit ihrem Könige zu entzweien, und zu diesem Zwecke sie immer weiter vorwärts zu drängen. — Wir werden im Laufe der Zeit wiederholt die dringende, flehende Mahnung und Warnung des Vetes vernehmen, und werden sehen, daß Rakoczy sie nicht hört und nicht hören will, sondern fortschreitet, im Dienste der Politik Ludwigs XIV., von Verbrechen zu Verbrechen.

Darum hatte unter allen denen, welche der Politik Ludwigs XIV. sich selber und das eigene Lebensglück zum Opfer gebracht, Rakoczy später vielleicht das geringste Recht zur Klage. Er selber hatte es so gewollt.

Innerhalb aber der Zeit, welche verfloß von jenem ersten Jubelrufe Rakoczys an, im September 1703, bis zu dem Tage, wo die französische Politik ihn hinausstieß aus dem Asyle ihres Bodens und ihn in die Türkei verwies, liegt eine unsägliche Kette der Leiden zunächst für das Vaterland Rakoczys, das unglückliche Ungarn, und zugleich für die gesammte kaiserliche Monarchie. Und eben dadurch leistete Rakoczy für die Zwecke Ludwigs XIV. wichtige Dienste. Bei dem Betreten des französischen Bodens und in seiner ersten Audienz vor Ludwig XIV., am 27. April 1713, durfte Rakoczy sagen: „Vor der Ueberlegenheit der Feinde hat die ungarische Nation die Frucht ihrer Mühen eingebüßt. Dagegen schmeicheln mir die Feinde Ew. Majestät in angenehmer Weise, indem sie mir vorwerfen, daß durch den Abgang der Truppen, die mir folgten, ferner durch den Abgang derjenigen, die ich durch die meinigen in Schach hielt und hinderte ihnen zu dienen, ferner durch den Abgang der Lebensmittel, die ich ihnen entzog, des Geldes, welches ich ihnen nahm, endlich durch die beständigen Einbrüche der Meinigen in die kaiserlichen Erblande — daß durch alles dies ich viel beigetragen habe, ihre Plane gegen Frankreich und Spanien zu durchkreuzen“ [1]). Ein anderes Mal wirft Rakoczy die Frage auf, ob das Haus Bourbon Spanien würde haben behalten können, wenn der Kaiser, anstatt im Jahre 1703 seinen Sohn Carl machtlos den Seemächten anzuvertrauen, ihm die Truppen hätte mitgeben dürfen, welche gegen Rakoczy und welche unter ihm standen. Nach der Ansicht von Rakoczy verdankte also ihm das Haus Bourbon, daß es Spanien behielt.

So war der Ausgang. Von dem Beginne im Jahre 1703 bis dahin erblicken wir eine lange Reihe von Jahren hindurch eine Kriegführung der grausamsten Art. Kehren wir zurück zu dem Beginne.

Ludwig XIV. vernahm gern den Jubelruf seines neuen Dieners, vom 22. September 1703. Nicht freilich sandte er ihm Mannschaft,

[1]) Fiedler Bd. II, S. 496. Vom 27. April 1713.

aber sofort Geld durch Wechsel auf Danzig. Er beglückwünschte Rakoczy zu seinen Erfolgen, und spornte ihn an zu weiteren Thaten [1]).

Es ist beachtenswerth, daß nach den Mittheilungen, die dem Rathspensionär Heinsius durch seine geheime Correspondenz zuflossen, einer der Canäle der französischen Subventionen für Rakoczy der Cardinal-Primas von Polen war. Dieser zusammen mit dem Palatin von Bels, schossen dem Rakoczy 30,000 Thaler vor, welche der König von Frankreich innerhalb dreier Monate ihnen mit Zinsen zurückzuzahlen versprach [2]).

Der Brand der Empörung wälzte sich weiter westwärts. Es würde zu weit führen in die Einzelnheiten dessen einzugehen. Es kommt vielmehr hauptsächlich darauf an, in dem Fortgange der Dinge den Rückschlag zu beobachten, welchen die Rebellion auf die Sache des Kaisers im Westen und dadurch auf die Ziele der gesammten Allianz ausübte. Wir werden mehr als einmal Gelegenheit haben dies zu ersehen aus des Kaisers eigenen Worten.

Wenden wir daher unsere Blicke nach dem Kriegsschauplatze am Rheine und in Bayern.

Die Schlacht von Friedlingen hatte, ungeachtet der Siegesprahlerei des neuen Marschalls Villars, die Hoffnung auf eine Vereinigung von französischen Truppen mit dem Kurfürsten Max Emanuel für das Jahr 1702 vereitelt. Von Wien her erklang der Mahnruf des Kaisers durch das bayerische Land, getreu zum Reiche zu halten und den Dienst der Feinde desselben zu verlassen. Der Ausschuß der bayerischen Landstände in München entsandte am 22. November 1702 eine abermalige flehende Bitte an den Kurfürsten, abzulassen von dem betretenen Wege. Sie halten ihm das Beispiel seines Bruders von Köln vor, der nicht mit Feinden umgeben gewesen sei wie Bayern, sondern der, mit der Hülfe Frankreichs in nächster Nähe, dennoch nicht vermocht habe, seine Länder gegen die einbrechende Fluth der Feinde

[1]) Man sehe bei Fiedler Bd. II, S. 549 u. f. das Verzeichnis der Actenstücke mit kurzer Inhaltsangabe.

[2]) Die Berichte des Grafen Goes vom 21. August und 4. September.

zu schützen. Bayern dagegen habe von den entfernten Franzosen keine Hülfe zu erwarten. Sie bitten daher den Kurfürsten auf das dringendste, sich und das Land durch eine, wie sie sagen, sanftmüthige Resolution zu bewahren [1]).

Die nächste Wirkung dieses Schreibens war, daß Max Emanuel, der bei der Stimmung des Adels und der Geistlichkeit in Bayern, wie er sie selber den Franzosen geschildert (S. 142), seines eigenen Landes sich nicht ganz sicher fühlen konnte, sich zurück nach Osten wandte, um vor allen Dingen in Bayern selbst festen Fuß zu behalten. Um die Stimmung der Bayern seinem Unternehmen geneigter zu machen, hielt er ihnen den Vorwand vor, der, namentlich seit dem sechszehnten Jahrhunderte, unzähligen Treubrüchen und Verräthereien, bald nach der einen Seite, bald nach der anderen, zur Fahne hat dienen müssen. In seiner Aufforderung an die Stifter und Klöster, ihn bei seinem Unternehmen zu unterstützen, welches die Ruhe und den Frieden bezwecke, sagte er, daß es sich handele um ihre eigene Erhaltung, ja um diejenige der katholischen Religion selber. Die Redeweise des im Beginne wohlwollend klingenden Erlasses steigerte sich zum Schlusse dahin, daß eine Ausflucht, Entschuldigung oder Weigerung nicht geduldet werden solle [2]).

So lächerlich dieses unwahre Vorgeben dem Kaiser Leopold gegenüber erscheint: so ist doch bei der unwissenden Menge ein solcher Ruf selten ganz vergeblich. Die Reichsstände in Schwaben und Franken, welche von dem Kurfürsten Max Emanuel Unrecht und Gewalt erlitten, waren der Mehrzahl nach protestantisch, und es ist nicht zu verkennen, daß auch dort, namentlich in Ulm, während der Zeit dieser Unruhen die Begriffe bayerisch und katholisch gar oft verwechselt wurden [3]).

Das Zurückwenden des Kurfürsten Max Emanuel nach Bayern rief in Ludwig XIV. die Besorgnis hervor, daß der sehr nützliche

---

[1]) Das Actenstück abgedruckt bei Aquilinius: Ausführliche Historie des jetzigen bayerischen Krieges S. 295.

[2]) Aquilinius S. 342. Erlaß vom 12. Januar 1703. — Auch im Theatrum Europaeum Theil XVI, S. 200.

[3]) Man vgl. die Schrift: Das unter churbayer- und französischer Gewalt hart gedrückte u. s. w. Schwaben. Freiburg 1705.

Diener durch ein Abkommen mit dem Kaiser ihm aus der Hand gehen könne. Bereits im December 1702 erwog daher der König den Plan ihm zu Hülfe zu kommen durch ein Corps der Armee Vendomes, welches in Tirol einzubrechen habe. Der Gedanke war damals unausführbar wegen der Schwäche der Armee Vendomes, welcher klagte, daß er von dreißig Schwadronen Cavallerie nicht 1000 Mann beritten stellen könne [1]).

Wir haben die Ansicht Marlboroughs und demgemäß der Königin Anna vernommen, daß der bayerische Krieg in dem Winter beendet werden müsse, sei es durch Güte oder durch Gewalt, daß jedoch der erstere Weg vorzuziehen sei. England war bereit dafür zu zahlen, eben so auch die Republik; jedoch ward bei Heinsius der Wunsch überwogen durch den Zweifel. Er kannte ja aus langer Erfahrung den Kurfürsten Max Emanuel: darum enthielt jede seiner Aeußerungen nach Wien hin die Mahnung ihm nie zu trauen.

Max Emanuel seinerseits überbot sich damals in Falschheit. Er bat im December 1702 abermals den Marschall Villars zur Hülfe herbei [2]). Er schickte dann zu Neujahr 1703 einen Courier mit Glückwünschen nach Wien, nicht bloß an die Mitglieder des Kaiserhauses, sondern auch an die Minister [3]).

Die Forderungen, die er inzwischen vor den Verbündeten in den mit ihm angestellten Unterhandlungen erhob, waren maßlos. Er verlangte monatlich 100,000 Thaler in harten Species für seine Armee, für sich selber die beiden Königreiche Neapel und Sicilien gegen die Abtretung seines Erblandes Bayern. Er behauptete, an Spanien eine Forderung von sechs Millionen zu haben, und verlangte zur Deckung derselben als Pfand einen Theil von Vorder-Oesterreich und einen Theil von Tirol, und zwar dieses Pfand vorweg, bevor er einen Zug gethan. Er forderte endlich, daß, mit Ausnahme von Mailand und Belgien, die übrige spanische Monarchie dem Herzoge von Anjou verbleiben müsse [4]).

---

[1]) Pelet t. III, p. 793 et suiv.

[2]) Mémoires de Villars, t. I, p. 123.

[3]) Theatrum Europaeum, Theil XVI[b], S. 198. — Lamberty t. XII, p. 441.

[4]) Kaiserliches Rescript, vom 25. Februar, an den Grafen Wratislaw.

Die Forderungen sind augenscheinlich so eingerichtet, daß der Kaiser über kaum eine derselben allein entscheiden konnte, über fast alle mit den Verbündeten in Verkehr treten mußte. Um so sicherer gewann Max Emanuel Zeit. Während er in Wien jene Vorschläge machen ließ, unterhandelte der Graf Monasterol für ihn in Paris, und that von da aus, am 4. Januar 1703, dem Kurfürsten kund, daß die beiden Kronen für das Festhalten des Kurfürsten ihm die spanischen Niederlande anböten. Monasterol verkündete weiter die Meinung des Hofes von Versailles, daß es um den Kaiser nun bald geschehen sein werde; denn auch der Türke waffne zu Wasser und zu Lande. Wenn der Kurfürst diese Gelegenheit aus den Händen lasse: so werde er auf die Erhöhung seines Hauses für immer verzichten müssen. Einstweilen schicke man ihm Geld [1]).

Eine der Ausfertigungen dieses Schreibens wurde aufgefangen. Man mußte demgemäß in London, im Haag, in Wien erkennen, daß mit Max Emanuel zu einem gütlichen Abkommen zu gelangen, nicht möglich war. Die kaiserlichen Räthe legten in ihrem Protokoll vom 26. Januar 1703 dem Kaiser den Stand der Sache dar. Demgemäß entschied der Kaiser: es sei mit Bayern nicht mehr zu tractiren, sondern die Operationen zu beschleunigen. Er gebot den Gesandten im Haag und in London dieses kund zu thun. „Wie die Forderungen des Kurfürsten, sagt der Kaiser, schon vorher exorbitant und gefährlich: so ist jetzt um so weniger darauf zu denken, weil sein Hochmuth und seine Begehrlichkeit durch die täglich erneuten Versprechungen französischer Hülfe immer mehr anwachsen, und andererseits der bloße Schein und die Meinung einer Unterhandlung mit Bayern, die nur Zeitverlust sein würde, uns bei den Reichsfürsten großen Nachtheil bringt. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als in Gottes Namen es auf die Waffen ankommen zu lassen. Wir hätten uns getraut dies mit göttlicher Hülfe bald auszurichten, wenn man von Seiten der Verbündeten nur einige Truppen den Rhein heraufrücken ließe, oder uns mit einer erklecklichen Geldhülfe an die Hand ginge. Auch vermögen wir nicht zu fassen, warum man, um den Kurfürsten gütlich zu gewinnen, große Summen beizutragen Willens war, nun aber,

[1]) Lamberty t. II, p. 336.

da eine Beilegung nicht mehr zu hoffen, zaudert, uns für die Reduction des Kurfürsten irgend welche Hülfe zu leisten" [1]).

Allein Max Emanuel war rascher im Handeln. An der Donau war nur eine einzige Stadt nicht in seinen Händen, Neuburg, welche dem Kurfürsten von der Pfalz gehörte, damals Witwensitz der Mutter desselben, einer Schwester des Kaisers. Während Max Emanuel dem Reichstage in Regensburg seine friedlichen Gesinnungen betheuerte, marschirte er mit acht Regimentern von Ingolstadt aus vor Neuburg. Es war am 1. Februar. Als der Commandant die Uebergabe weigerte, ließ Max Emanuel Bomben einwerfen. Nach wenigen Tagen sah die Besatzung sich genöthigt, sich auf Discretion zu ergeben. Max Emanuel feierte den Gewinn, wie im Jahre zuvor denjenigen von Ulm, durch ein Tedeum. So gering die Stadt an sich, so war doch der Besitz dem Kurfürsten wichtig, weil dadurch alle Uebergänge über die Donau, von Ulm bis an die österreichische Grenze, in seinen Händen waren [2]).

Zum ersten Male sehen wir dann gleichzeitig mit diesem Ueberfalle von Neuburg, aber noch vor der Kunde desselben, in London einen Gedanken auftauchen, dessen Ausführung um reichlich ein Jahr später dem ganzen Kriege eine andere Wendung gab. Der kaiserliche Gesandte Wratislaw legte dem Herzog von Marlborough dar, am 2. Februar 1703, daß statt einer Belagerung von Bonn, welche die Republik Holland wünschte, es zweckmäßiger sein würde, mit starker Macht bis nach Bayern hinauf zu marschiren und zuerst dem Unwesen des Kurfürsten dort ein Ende zu machen. Marlborough war nicht abgeneigt; jedoch erwiederte er, der Beschluß könne nur im Haag gefaßt werden [3]).

Wratislaw ließ darum nicht ab. Auf die weitere Kunde, daß der Kurfürst Max Emanuel sich der Stadt Neuburg an der Donau bemächtigt, daß der Marschall Villars am rechten Rheinufer die Stellung des Markgrafen von Baden in Offenburg bedrohe, trat er abermals zu Marlborough. „Welche Erfolge immer, sagte er, Sie in Belgien erringen mögen: sie wiegen das Uebel nicht auf, welches der allgemeinen Sache aus einer Verbindung der Bayern und Franzosen in

[1]) Kaiserliches Rescript vom 26. Januar.

[2]) Aquilinius: Ausführliche Historie des bayerischen Krieges S. 363. — Lamberty t. XII, p. 447.

[3]) Wratislaws Bericht vom 2. Februar.

Süddeutschland erwachsen kann. Vielmehr setzen Sie sich der Gefahr aus, daß Ihre Widersacher in England von Ihnen sagen, Sie opferten Ihrem Ehrgeize in Belgien das römische Reich und die ganze gemeine Sache. Denn das Uebel dort kann von unendlichen Consequenzen sein. Ich schlage Ihnen nicht vor, daß Sie Ihren Vortheil in Belgien zum Opfer bringen, aber Sie würden mit einer Ueberlegenheit von 20,000 Mann über die Franzosen Ihrer Erfolge dort eben so sicher sein wie mit einer solchen von 40,000" [1]).

Marlborough erwiederte: „Ich danke Ihnen für Ihre Aufrichtigkeit, und versichere Ihnen, daß ich jederzeit dem Gemeinwohl mein eigenes Interesse nachsetzen werde. Auch ich beherzige das bayerische Unwesen zum vollen und halte die Consequenzen für unabsehbar. Ich hätte gern im Herbste gleich nach der Einnahme von Lüttich ein Corps nach Oberdeutschland entsendet; aber Sie kennen ja die Irresolution der Holländer. Ich werde die Angelegenheit mit scharfer Aufmerksamkeit im Auge behalten".

Wir sehen, daß zwischen den beiden Männern im Februar 1703 ein eigener Zug Marlboroughs nach Süddeutschland noch nicht zur Sprache kommt, und doch liegt in ihren Unterredungen der Keim des Gedankens bereits vor.

Aber auch in der Republik Holland ward die bayerische Gefahr beherzigt. Der Vorschlag, den Marlborough gleich nach der Einnahme von Lüttich gemacht, ward auf die Kunde des bayerischen Gewaltstreiches gegen Neuburg lebhaft erwogen. Man war bis dahin der Bitte des kaiserlichen Gesandten Goes ausgewichen mit dem Einwande, daß eine Hülfe von Seiten der Republik die Reichsstände noch fauler machen werde, als sie es so schon seien. Wenn sie sähen, sagte man, daß sie für solche Fälle sich auf die Seemächte verlassen könnten: so würden sie noch weniger thun als bisher [2]). Auf die Nachrichten von den neuen Bewegungen der Bayern und Franzosen jedoch, im Februar, beschlossen die Führer der Republik, achtzehn Bataillone an den Oberrhein zu entsenden. Der Marsch indessen war lang: erst im April konnten diese Truppen bei dem Markgrafen von Baden eintreffen.

[1]) Wratislaws Bericht vom 27. Februar. Auch für das Folgende.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 2. Januar.

Indem die Generalstaaten dem Kaiser die Entsendung kund thaten und zugleich die bayerische Gefahr für die allgemeine Sache zum vollen anerkannten, verhehlten sie nicht den Vorwurf, daß durch die Säumnisse von Wien her allzu viele Zeit bereits verloren sei. „Wir entsenden unsere Truppen, sagen sie, deren wir doch selbst bedürfen. Denn wir haben das ganze weite Gebiet zu schützen, vom Ocean bis an die Mosel, von der Stadt Sluis im Westen bis Coblenz im Osten. Wir senden sie, um unsere Rücksicht für Ew. K. Majestät, unsere Bereitwilligkeit für Ihre Wünsche dadurch zu bethätigen. Aber wir sehen zugleich mit Schmerz, daß, während wir auf eigene Gefahr unsere Streitkräfte so zertheilen, viele und mächtige Fürsten und Stände des Reiches, denen die Gefahr noch fern, zaudern, den bedrängten Kreisen Franken und Schwaben Hülfe zu bringen. Wir bitten Ew. K. Majestät auf das eindringlichste, alles aufzubieten, damit nun ohne Verzug nachdrücklich gegen den Kurfürsten vorgegangen werde, und namentlich auch die Reichsstände abermals anzumahnen, daß sie ihr eigenes Vaterland nicht den Feinden zur Beute werden lassen." So die Generalstaaten am 22. Februar [1]).

Es blieb nicht bei der einmaligen Mahnung. Vier Wochen später erneuerte der Gesandte Hamel-Bruininx sie in nachdrücklicher Weise. „Der Kaiser, heißt es darin, kann nicht häufig und nicht stark genug die Reichsstände an ihre Pflicht ermahnen, ihr Contingent gemäß dem Beschlusse des Reichstages zu stellen" [2]).

Dieser Beschluß, vom 17. November 1702, bestimmte den Kriegesfuß der Reichsarmee auf 120,000 Mann. Es war beinahe, nicht völlig, dieselbe Zahl, welche die Republik Holland wirklich unterhielt. Wie dagegen die Reichsstände ihrer Pflicht nachkamen, zeigt jene Klage. Aber es kann nicht genug wiederholt werden, daß die Klage darüber den eigentlichen Punct treffen muß, an welchem die Schuld lag, daß es so war. Nicht dem Institute des Reiches als solchem gebührt der Vorwurf, sondern den Menschen, aus welchen dasselbe damals bestand, also zunächst den Häuptern, den Fürsten. An diese richtete wie die Republik Holland, so auch die Königin Anna von England

[1]) Lamberty t. II, p. 333. Aehnlich auch an den römischen König Joseph.
[2]) Schreiben vom 21. März.

ihre eindringlichen Vorstellungen. Sie hielt ihnen vor, daß England 50,000 Mann Landtruppen unterhalte, dazu eine Flotte, die jährlich zwei Millionen Pfund Sterling erfordere. Sie meldete, mit Freuden vernommen zu haben, daß das Reich eine Armee von 120,000 Mann beschlossen, aber zugleich mit Bedauern, wie wenig für die Ausführung dieses Beschlusses geschehe [1]).

Es ist oft gesagt worden, daß die Truppen in dem langen Kriege wider Frankreich vorwiegend aus Deutschen bestanden. Die Thatsache mag richtig sein; aber doch nur in der Form, daß die Reichsfürsten ihre Truppen an die Großmächte verhandelten, an den Kaiser und die Seemächte, lieber aber an die letzteren, weil sie von dort her der Zahlung sicherer waren. Es ist die folgerechte Entwickelung des Söldnerthumes. Im sechszehnten Jahrhunderte und noch bis tief in das siebenzehnte hinein, stand der einzelne Landsknecht auf sich, huldigte für sich persönlich dem Spruche: Ibi fas, ubi maxima merces. In dem Fortgange des dreißigjährigen Krieges, und besonders gegenüber der Eigenmacht und der Willkür Wallensteins, hatten sich die Dinge dahin entwickelt, daß jeder Reichsfürst eine stehende Truppe unterhielt. Dieser Zustand, so wie das Recht zu Bündnissen mit auswärtigen Mächten hatte, vermöge der Politik des Hauses Bourbon, im westfälischen Frieden die reichsrechtliche Sanction erhalten. Fortan bildet sich die Sache weiter dahin aus, daß nicht mehr die einzelnen Söldner jenem Spruche folgen, sondern dieser oder jener Reichsfürst, der über eine stehende Truppe gebietet. Diese Reichsfürsten selber treten als die Erzsöldner auf, die nicht mehr ihre eigene Person, sondern die hauptsächlich aus ihren eigenen Unterthanen geworbenen Heere an den Meistbietenden verdingen. Dieses Söldnerthum erreicht seine Höhe im damaligen Kriege um die Erbfolge in Spanien, und zwar thatsächlich in der Persönlichkeit des Kurfürsten Max Emanuel. Jedoch auch nur thatsächlich erreicht dies System seine Höhe in Max Emanuel.

Die Jahre vorher haben uns gezeigt, daß August II. von Sachsen-Polen oder Friedrich I. von Brandenburg-Preußen moralisch nicht auf einer höheren Stufe standen. Wir haben das Schwanken des letzteren im Jahre 1702 beobachtet, bis er aus dem Gange der Dinge die

[1]) Lünig: Literae procerum Europae etc. t. III, p. 886. Vom 7. Mai 1703.

Meinung gewann, daß die Seemächte eher zahlungsfähig bleiben würden als Frankreich. Aber wie wenig sicher doch auf ihn zu bauen war, gab sich bei wiederholten Anlässen kund, namentlich in Betreff der oranischen Erbschaft. Es würde zu weit führen, den Einzelnheiten der Ansprüche und des Verfahrens, um sie durchzusetzen, hier noch weiter nachzugehen. Heben wir nur einen Fall hervor, der die Stellung charakterisirt.

Die Generalstaaten wünschten die Differenz zwischen der Prinzessin-Witwe von Nassau und dem Könige von Preußen über das oranische Erbe friedlich beizulegen. Da das Testament Wilhelms III. den Sohn der Prinzessin zum Universal-Erben ernannte: so war jeder Schritt von dem Standpuncte des Testamentes hinweg eine Concession an den König. Die Prinzessin-Witwe erklärte sich jedoch, Ende Januar 1703, zum Vergleiche bereit. Desgleichen der König, so jedoch, daß er inzwischen fortfuhr, sich in den Besitz des ihm Erreichbaren zu setzen. Die Prinzessin wandte sich dagegen an das zuständige Gericht, den Hof von Holland im Haag. Das Gericht erkannte, daß zur Sicherheit der Prinzessin der oranische Palast im Haag, der alte Hof genannt, mit Beschlag zu belegen sei, und lud den König von Preußen vor, persönlich oder durch einen Bevollmächtigten vor dem Hofe von Holland sein Recht nachzuweisen. Der Gerichtsbote nagelte diese Vorladung an das Thor der Grenzstadt Woerden [1]).

Angenommen, daß darin Unrecht geschehen war, so fiel dasselbe einem Gerichtshofe in Holland zur Last, nicht jedoch der Republik, oder gar der großen Allianz. Nicht so jedoch faßte es der neue König. Sein Gesandter Schmettau sagte im Haag: die Nachricht der Vorladung habe den König so erregt, daß er zuerst seine Truppen habe abberufen wollen. Hernach habe er sich eines Anderen besonnen [2]). — Schmettau und sein König, der ihm diese Reden aufgetragen, mochten sich selber nicht darüber klar sein, daß aus jedem dieser Worte im Vergleiche zu dem Anlasse das Söldnerthum hervorblickte, und wiederum auch sogar aus der Nicht-Ausführung des angeblichen Vorsatzes. Auf die Mitglieder der Regierung im Haag hatte die Rede die Wirkung,

---

[1]) Lamberty t. II, p. 367.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 20. März.

daß diejenigen, welche vorher über den Schritt des Gerichtshofes bestürzt waren, sich nun damit einverstanden erklärten [1]).

Führen wir die Sache noch mit einigen Strichen weiter.

Schmettau gab dann bei den Ständen von Holland und bei den Generalstaaten heftige Denkschriften ein, so wie einen Handbrief des Königs Friedrich, in welchem er erklärte, daß das Gericht mit dieser Citation die Absicht gehabt habe ihn zu beleidigen [2]). Schmettau erwartete, daß demgemäß die Stände von Holland durch einen Act der Souveränetät die Ladung cassiren würden [3]). Es geschah nicht. Dagegen sandten die Stände die Schriftstücke an das Gericht und verlangten eine Darlegung des Sachverhaltes. Das Gericht suchte das Verfahren als überhaupt formell richtig nachzuweisen. Auch habe es, indem es in einer Rechtssache den König von Preußen wie einen Privatmann behandelt, kein Unrecht gethan, weil eben dasselbe Verfahren auch gegen andere Souveräne beobachtet werde, und namentlich habe der im Haag befindliche Hof von Brabant den König Wilhelm III. von England in derselben Weise persönlich vorgeladen. Das Gericht wies daher jeglichen Vorwurf des Gesandten Schmettau zurück.

Es erfolgte dann noch ein langer Schriftenwechsel hin und wider, welcher den Rückzug des neuen Königs ziemlich verdeckte. Jedoch erhielt Schmettau den Befehl, dem Rathspensionär mündlich die Meinung des Königs bestimmter zu eröffnen. Da er wahrnehme, ließ Friedrich I. sagen, daß die Generalstaaten nicht Willens seien etwas zu seinen Gunsten zu thun, weder in der Sache des oranischen Erbes, noch sonst: so sehe er sich genöthigt, so ungern er es thue, auf andere Maßregeln zu sinnen, um das Interesse seines Hauses besser vertreten zu können. Auf diese Worte hielt der Rathspensionär mit aller Besonnenheit an sich, um nicht durch eine Antwort zu viel oder zu wenig zu sagen. Als jedoch Schmettau mit ähnlichen Reden fortfuhr, sah sich Heinsius genöthigt in der entsprechenden Weise zu antworten. Wenn der König von Preußen glaube, sagte er, daß die Republik ihm und seinem Interesse nicht nützlich sei: so möge er die Maßregeln

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 20. März.

[2]) Die Schriftstücke sämmtlich bei Lamberty t. II, p. 368 et suiv.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 23. März.

treffen, die er als dafür geeigneter erachte. „Wir haben ja freilich, schloß er, bereits mit zwei mächtigen Königen zu thun: in diesem Falle jedoch, wann noch der dritte sich hinzu gesellte, läge es uns ob zu sehen, wie wir auch mit dem dritten uns auseinander setzten“ [1]).

Die Unterredung, im Vereine mit der Thatsache, daß Friedrich I. dennoch fortfuhr, das Gold der Seemächte und des Kaisers demjenigen des Hauses Bourbon vorzuziehen, wiederholt den Beweis, daß die Gesinnung des Königs Friedrich I. sich zusammen drängt in den alten Wahlspruch des Söldnerthumes: Ibi fas, ubi maxima merces.

Indem aber nicht bloß Friedrich I., sondern auch viele andere deutsche Reichsfürsten dieser Gesinnung gemäß handelten: so erklärt es sich, daß sie, auch ungeachtet der eindringlichen Mahnung der Seemächte, den Reichsbeschluß vom November 1702 nicht ausführten, nicht ein Reichsheer von 120,000 Mann stellten, sondern lieber ihre Truppen dem Kaiser oder den Seemächten verdingten.

August II. von Sachsen-Polen dagegen ward durch die Gefahr und Noth, in die der Ansturm des jungen Schwedenkönigs ihn brachte, zu dem Kaiser hingescheucht. Um sich den Kaiser geneigt zu erhalten und sich dessen Fürsprache bei Carl XII. für den Frieden zu sichern, ließ August II. von Sachsen-Polen im Beginne des Jahres 1703 die 8000 Mann marschiren, die er vertragsmäßig das Jahr zuvor bereits hatte stellen sollen. Dies war für die ersten Monate des Jahres 1703 die einzige Hülfe, welche der Kaiser und die bedroheten Kreise Franken und Schwaben von den übrigen Reichsständen erhielten.

Es kam also darauf an, was der Kaiser und die beiden Kreise gegen den bayerischen Kurfürsten und Frankreich aufzubieten vermochten.

Der Markgraf Ludwig von Baden beginnt das neue Jahr 1703 mit den Worten: „Mein Aerger, daß gegen zwei solche Feinde wie Frankreich und Bayern nicht ein genugsamer Widerstand geschieht, wird überboten durch die Verwunderung, wie bei so übelen Anstalten und dem Mangel alles Nothwendigen noch so viel wie bisher wider Beide hat geleistet werden können. Ich muß bekennen, daß Gott mehr als ich und alle, die sich hier befinden, zur Sache gethan hat“ [2]).

---

[1]) Lamberty t. II, p. 402. — Man vgl. ebendort t. XII, p. 298.

[2]) Röder: Markgraf Ludwig von Baden. Bd. I, S. 123. Vom 5. Januar.

Ludwig von Baden war sogar der Ansicht, daß die geringeren Stände im schwäbischen Kreise bereits kriegesmüde und kleinmüthig seien. Er hätte lieber gesehen, daß es gelungen wäre mit Bayern gütlich abzukommen. Da nun dies nicht geschehen und darum der Weg der Gewalt betreten werden müsse: so verhehlt der Markgraf dem Kaiser nicht, daß nicht zu hoffen stehe, er werde mit einer Armee von Rekruten, noch dazu mit allem Nothwendigen übel ausgestattet, den Kurfürsten durch Feldschlachten bezwingen. „Ich sehe daher, schließt der Markgraf, um ihn von seinem Fluge abzuhalten, kein anderes Mittel übrig, als ihm die Flügel zu stutzen, nämlich ihm die Mittel zu fernerer Kriegführung zu benehmen durch die Verwüstung seines Landes." „Ich muß bekennen, fügt er dann hinzu, daß dieses Verfahren etwas violent, und wünsche daher, daß Gott der Allmächtige eher alles zum Besseren wende. Wenn es aber nicht anders sein kann, so sehe ich keinen anderen Weg" [1]).

Die Worte verkünden für das arme Bayerland das Unheil der nächsten Jahre.

Es ist dagegen ein merkwürdiger Zug sowohl bei dem Markgrafen als dem Prinzen Eugen, wie wir im Jahre zuvor in Italien gesehen, daß der Eine wie der Andere mehr leistet, als er in Aussicht stellt. Der Fortgang der Dinge wird darthun, daß es nicht an dem Markgrafen von Baden lag, wenn Max Emanuel sich noch über das Jahr 1703 hinaus behauptete.

Während die Aufgabe des Markgrafen von Baden darin bestand den Oberrhein zu decken, also einem abermaligen Versuche der Franzosen zur Vereinigung mit dem Kurfürsten Max Emanuel entgegen zu treten, sollte die Offensive gegen Bayern von zwei Seiten aus erfolgen: vom Norden her durch kaiserliche Truppen unter dem General Styrum und fränkische unter den Markgrafen von Baireuth und Anspach; von Ober-Oesterreich her durch ein kaiserliches Corps unter dem General Schlick. Zu Anfang Februar begab der letztere sich nach Linz.

Sein Corps bestand zunächst aus zehn Bataillonen, gebildet aus Land-Rekruten, unter die man einige Bataillone alter, aus Italien

[1]) Röder Bd. I, S. 125. Vom 5. Januar 1703.

zurückgekehrter Mannschaft vertheilt hatte. Dazu wurden andere Truppen gefügt, namentlich von den kursächsischen Hülfsvölkern. Es scheint, daß der Kaiser auf dies so zusammengewürfelte Corps einige Hoffnung gesetzt habe [1]). Diejenige des commandirenden Generals Schlick war gering. Er meldet von Linz aus vertraulich dem Markgrafen: „So lange ich in unsere Angelegenheiten eingeblickt, habe ich keine gute Ordnung wahrgenommen; aber niemals habe ich darin eine solche Unordnung, eine solche Unwissenheit gesehen wie zur Zeit. Es herrscht Muthlosigkeit, Verzweiflung, Stumpfsinn gegen Ehre und Reputation. Um die Dinge zu verbessern, oder unter dem Vorwande es zu wollen, häuft man Irrthum auf Irrthum. So will man nun von hier aus die Aggressive beginnen, Hals über Kopf, ohne Regel, ohne Plan, ohne Hoffnung, obwohl ich in Wien so oft gepredigt habe, was man auch ohne besonderen Scharfblick erfassen kann, nämlich, daß der erste Schritt gleichbedeutend ist mit der halben Entscheidung" [2]).

Eine Siegesverheißung liegt augenscheinlich nicht in diesen Worten. Dem Kurfürsten jedoch erschien die von Ober-Oesterreich her ihm drohende Gefahr als die größere: er zog, zu Anfang März, mit der stärkeren Hälfte seines Heeres auf Schärding zu. Es gelang ihm den General Schlick so zu täuschen, daß dieser aus Besorgnis vor einem Angriffe auf Passau, wider den Rath des Generals Schulenburg [3]), der die Sachsen führte, die Mehrzahl seiner Infanterie dahin abmarschiren ließ. Die kaiserliche Cavallerie stand in und um Schärding. Auf das Herannahen der Bayern nicht gefaßt, wurde sie überrascht und in wiederholten Angriffen geschlagen. Der Beginn also fiel sehr zum Nachtheile der Kaiserlichen aus [4]).

Umgekehrt war im Norden, bei Dietfurt an der Altmühl, der Ausgang der ersten Action in ähnlicher Weise gegen den Kurfürsten. In Folge dessen nahm der Markgraf von Baireuth die Stadt Neumark. Dagegen fiel dort bei Schmidtmühl, einige Tage später, am

---

[1]) Röder Bd. I, S. 127.

[2]) Ebendort S. 128. Schreiben Schlicks vom 15. Februar.

[3]) Schulenburg hat über manche Kriegsereignisse damaliger Zeit seine Ansichten in Briefen an Leibniz ausgesprochen, die ich besitze.

[4]) Ausführlich nach bayerischen Berichten im Theatrum Europaeum Theil XVI^{b}, S. 201 u. f.

5. April, der Markgraf von Anspach. Styrum ward bis unter die Kanonen von Nürnberg gedrängt [1]).

Diese Kämpfe hin und wieder brachten schwere Verluste, keine Entscheidung. Wichtiger war, was am Rheine vorfiel.

Der Plan der Vereinigung eines französischen Corps mit dem Heere des Kurfürsten Max Emanuel ward beiderseitig festgehalten. Noch im tiefen Winter brach der Marschall Villars von Paris wieder auf zu seinem Corps am Oberrhein, in Hüningen und Neuburg. Dort erhielt er die Nachricht, daß dem Kurfürsten der Ueberfall jenes anderen Neuburg an der Donau gelungen war. Er erwiederte auf die Meldung mit einer Fluth hohler Redensarten, die den Kurfürsten feierten als den Zerstörer und Austheiler des Reiches; aber zugleich brach er auf mit 50 Bataillonen und 80 Schwadronen, am rechten Rheinufer stromabwärts, am 12. Februar [2]). Der Markgraf Ludwig hatte die Stellung von Offenburg inne, in welcher er höchstens 7000 Mann zusammenbringen konnte. Er zog sich vor der Uebermacht auf Stollhofen zurück, und gab dadurch auch sein eigenes Land preis. Der Bericht des Villars liest sich wie derjenige eines Siegeszuges. Der Markgraf dagegen sagt: „Es ist nichts gewisser, als daß, wenn der Feind mit mehr Resolution vorgedrungen wäre, alles hätte über den Haufen gehen müssen. Nunmehr aber hoffe ich in diesem Posten die fernere Invasion zu sistiren" [3]).

Bestimmter noch als der Markgraf sagt ein Zeitgenosse: es habe bei der Uebermacht des Villars damals in seiner Hand gelegen, die geringen Truppen des Markgrafen zu überwältigen, sich mit dem Kurfürsten von Bayern zu vereinigen und dadurch ihn in den Stand zu setzen, dem Kaiser und dem Reiche Gesetze vorzuschreiben [4]).

Der Marschall Villars wußte dies nicht, oder wagte es nicht. Seine Absicht war gerichtet auf das feste Kehl, gegenüber Straßburg. Noch vor dem Ende des Monats Februar eröffnete er die Laufgräben. Das Fort, von Franzosen früher angelegt, um die Rheinbrücke gegen

---

[1]) Lamberty t. XII, p. 457.
[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 133.
[3]) Röder Bd. I, S. 133.
[4]) Aquilinius: Ausführliche Historie u. s. w. S. 448.

einen Angriff von deutscher Seite zu schützen, war nur nach Osten hin geschlossen, nach Straßburg hin dagegen offen, so daß von den Rheininseln aus hineingeschossen werden konnte [1]). So berichtet der Markgraf dem Kaiser. Anders Villars. Er bezeichnet, in seinem Berichte an den Kurfürsten von Bayern, Kehl als den stärksten Platz in Europa [2]). Am 10. März capitulirte Kehl. Der Markgraf hatte, bei der Schwäche seiner Truppen, einen Entsatz nicht gewagt.

So begann der Feldzug mit einem schweren Verluste, und mit der Aussicht auf andere. Denn die Berichte des Markgrafen Ludwig zeichnen die Dinge nicht heller als derjenige, den wir von dem Grafen Schlick vernommen. „Die Schuld liegt nicht an mir, meldet er dem Kaiser am 3. März, sondern an den übelen Anstalten und den wenigen Kräften, die mir in Folge der Dispositionen des kaiserlichen Hofes belassen werden. Dort ist, wenn nicht alles zu Grunde gehen soll, wahrhaftig bald eine nachdrückliche Aenderung erforderlich. Denn damit Ew. K. Majestät recht erkennen, wo es mir fehlt, so erlauben Ew. K. Majestät mir zu sagen, daß, um diesen schweren Krieg auszuführen, Ihnen nicht mehr als Alles abgeht."

„Was zuerst die Cavallerie betrifft, so ist der beste Theil derselben, den kaiserlichen Befehlen gemäß, gegen Bayern geschickt. Der übrige Theil ist nicht recrutirt, nicht versehen mit Kleidern und Stiefeln, noch weniger mit Geld, so daß ich von einem Regimente zu Pferde nur etwa 100 oder 150, von einigen gar nur 60 oder 70 Berittene zählen kann."

„Zu Fuß haben Ew. K. Majestät, außer einigen Compagnien Grenadiere, nicht Einen Mann hier im Felde, sondern alle in Garnisonen vertheilt, und dazu doch an keinem Orte ausreichend. Das Elend und die Noth dieser armen Infanterie ist nicht genug zu beschreiben; aber Ew. K. Majestät können es abnehmen aus dem Zustande der Offiziere, die so verarmt sind, daß sie kaum das Leben zu erhalten vermögen."

---

[1]) Röder Bd. I, S. 130. Der Markgraf an den Kaiser, 14. März.
[2]) Pelet t. I, p. 941.

„Keine einzige Festung ist mit Kanonen, noch Pulver versehen. Die Infanterie darin hat die schlechtesten Gewehre, die man in der Welt finden kann. In Summa, es steht sowohl in den Festungen wie bei den Truppen im Felde so schlecht, daß ich viele Bogen darüber anfüllen könnte. Ich kann nach keiner Seite hin einem etwa bedroheten Orte Hülfe leisten, weil ich, was ich fast Scheu tragen muß zu schreiben, mit Heranziehung aller Kräfte kaum 7000 Mann um mich sammeln kann."

„Die Artillerie besteht in zehn Stücken, und es ist dabei zu bemerken, daß diejenigen, die Ew. K. Majestät gehören, weder Bedienung noch Bespannung haben. Ich habe daher, auf eigene Verantwortung, die Bagagepferde des römischen Königs dafür in Anspruch genommen."

Der Markgraf ergeht sich weiter in der Schilderung. „Mir thut leid, sagt er dann, daß ich Ew. K. Majestät mit solchen Vorstellungen beschwerlich fallen muß. Weil aber in allen Dingen Heilmittel gefunden werden können, so halte ich für eher erträglich, Ew. K. Majestät mit der unverblümten Darstellung der Dinge zu behelligen, als durch Verhüllung der wahren Lage einen Mitantheil der Schuld zu tragen." Und dann folgt das abermalige Versprechen des treuen Mannes: „Inzwischen werde ich halten, so lange ich kann, und weil ich glaube, daß, so lange die bayerische Unruhe nicht gestillt ist, sondern dieser Feind im Inneren des Reiches um sich greift, nach außen nichts mit Nachdruck unternommen werden kann, so werde ich zu verhüten suchen, daß von französischer Seite her ihm die Hand zur Verbindung geboten werde" [1]).

Als der Markgraf auf seine dringenden Vorstellungen nicht einmal eine Antwort von Wien erhielt, trug er kein Bedenken dem Kaiser direct das Heilmittel vorzuschlagen, welches ihm als das allein zweckmäßige erschien. „Lediglich Ew. K. Majestät absolute Autorität, schreibt der Markgraf, vermag, meines Erachtens, dem Uebel noch zu steuern, wenn ihm zu steuern noch die Zeit gelassen ist. Sic volo, sic jubeo, allergnädigster Herr: das ist das einzige Mittel, welches die Angelegenheiten Ew. K. Majestät herstellen kann" [2]).

---

[1]) Röder Bd. I, S. 137 u. f.

[2]) A. a. O. S. 146. Vom 29. März.

Aehnliche Vorstellungen erhob dort mündlich und schriftlich zur selben Zeit ein anderer Mann, der wie Ludwig von Baden und sogar mehr noch als dieser eine feste Säule des Kaiserhauses war, der Prinz Eugen von Savoyen. Vom Sommer des Jahres 1702 an hatte er von Italien her in Aussicht gestellt, daß er nach Wien kommen werde, um dem Kaiser persönlich die Noth seiner Truppen zu schildern. Er führte den Entschluß aus im Januar 1703. Das Commando seiner Armee überließ er dem General Guido von Starhemberg, jedoch nur einstweilen; denn er hoffte von einem Tage zum anderen auf seinen Posten zurückzukehren. Auch Graf Starhemberg war eine jener ehrenwerthen Persönlichkeiten, die nicht bloß durch ihre Begabung als Heerführer hervorleuchten, sondern zugleich auch als rechtschaffene Charaktere. Ja man darf es als eine der größten Segnungen ansehen, die dem Kaiser Leopold widerfuhren, daß eine Reihe solcher Männer sich in seinem Dienste befanden.

Die Berichte des Prinzen Eugen an seinen Unterfeldherrn und Freund Starhemberg über seine Thätigkeit in Wien liegen vor [1]). Gleich der erste beginnt: „Ich kann noch nichts Sonderliches melden, außer daß ich die Sachen hier weit schlechter gefunden, als ich mir jemals eingebildet oder geglaubt hätte".

Der mit diesen Worten angeschlagene Grundton bleibt fortan in allen Briefen derselbe, nur noch immer stärker erklingend. Der Prinz gab seine Darlegungen schriftlich ein. Er brachte sie mündlich vor. Er hielt Conferenzen mit dem Hofkriegsrathe. Er schilderte in beredten Worten die Noth seiner Armee, die dem Kaiser so viele Siege erworben. Sie habe, alles in allem, im Jahre 1701 bestanden aus 54,000 Mann; aber sie habe zwei Jahre hindurch, ohne genügenden Nachschub, dem immer durch frische Truppen erneuten Feinde widerstehen müssen. Nun beginne der dritte Feldzug. Die Armee sei herabgekommen auf etwa 20.000 Mann, sei, ungeachtet ihrer Erfolge, von der Uebermacht der Feinde zusammengedrängt auf einen schmalen Erdwinkel am Po, verarmt, Mangel leidend an allem Nothwendigen, nicht bloß zur Gegenwehr wider den Feind, sondern auch zum Schutze wider Wind und Wetter. — Der Hofkriegsrath vernahm die Rede und

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft.

bestritt sie nicht. Aber die Schlußantwort des Präsidenten war: es sei nichts zu machen: nicht einen Kreuzer könne man in Aussicht stellen [1]).

Einige Tage später gab der Prinz Eugen seinen Unmuth über die Zustände in Wien an Starhemberg kund, mit den Worten: „Ich staune nicht mehr, daß man mir keine Antwort gibt; denn ich kenne nun ja doch die Dinge hier seit drei Monaten. Nach meiner Ansicht steckt noch etwas mehr darunter als Faulheit; aber es läßt sich das nicht schreiben. Ich habe noch gestern, obwohl es nicht der geeignete Tag, mit dem Kaiser darüber geredet, und habe ihn mit den stärksten Ausdrücken gebeten: er wolle doch nicht den völligen Untergang der beklagenswerthen Reste einer Armee zulassen, die, einst so stattlich und so gut, ihm so gewichtige Dienste geleistet. — Er hat es mir versichert, wie schon mehrmals, aber bis dahin ohne Wirkung. Zu den Ministern noch reden zu wollen wäre dasselbe, wie wenn man zu einer Mauer spräche. Beklagt man sich, so klagen sie mit. Hat man ihnen die Sache dargelegt, sagt man ihnen, daß alles verloren sei, so stimmen sie zu. Erwiedert man ihnen, daß es demgemäß die Pflicht sei, auf Heilmittel zu gedenken: so bleiben sie stumm. Entweder ist an diesem Hofe fremdes Geld im Umlaufe, oder die Faulheit und Trägheit ist zum Entsetzen: vielleicht aber beides zusammen".

Die Minister, die der Prinz bei solchen Worten im Auge hatte, waren namentlich zwei: der Graf Mannsfeld als Präsident des Hofkriegsrathes, und der Graf Salaburg als Präsident der Hofkammer, oder, nach der modernen Benennung, der Kriegs- und der Finanzminister [2]). Der römische König Joseph, der völlig mit dem Prinzen Eugen übereinstimmte, meldet dem Markgrafen Ludwig von Baden ausdrücklich: „Die ganze Ursache alles Unglücks und aller Verzögerung der Anstalten sind unsere zwei Präsidenten. Und so lange diese bleiben, sehe ich kein Heil. Meine größte Arbeit ist jetzt, den Kaiser zu überreden mit diesen eine Aenderung zu machen. Es ist Hoffnung dazu da; aber der Erfolg bleibt aus, und wenn es nicht bald geschieht, so ist nachher alles zu spät. Ich werde aber keine Rast noch Ruhe haben, bis die Dinge in einen anderen Stand kommen" [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 16 und 103 u. f.

[2]) Bericht Forstners vom 4. April, bei Röder Bd. I, S. 147.

[3]) Röder Bd. I, S. 152. Vom 18. April.

So gerechtfertigt auch nach solchen Zeugnissen die Klagen gegen jene beiden Persönlichkeiten sein mögen: so dürfte es dennoch fraglich sein, ob mit der Beseitigung derselben das Uebel an der Wurzel gefaßt werden konnte. Die Finanzverwaltung war von Anfang an die schwächste Seite der Regierung des Kaisers Leopold gewesen. Wir haben im Beginne derselben das Urtheil der venetianischen Botschafter vernommen, daß der Kaiser nicht den dritten Theil dessen erhalte, was das Volk bezahle. (Bd. I, S. 93.) Das Uebel lag also nicht so sehr an der einen oder der anderen Persönlichkeit der kaiserlichen Beamten, als an der Gesammtheit der Einrichtungen und des Herkommens bei der Einnahme wie bei der Ausgabe. Das System derselben machte es möglich, daß die Diener des Kaisers zugleich ihn und sein Volk bestahlen und doch dabei straflos blieben. Einen Mitantheil der Schuld trug jedenfalls die Gütigkeit des Kaisers, der es nicht über sich vermochte, sich aufzuraffen zu einem Entschlusse der Strenge und der Schärfe. Jedenfalls aber traf ihn auch nur ein Mitantheil der Schuld. Die Finanzverwirrung hatte nicht mit ihm begonnen, sondern er hatte sie vorgefunden. Auch endete sie nicht mit ihm, sondern dauerte fort unter seinem Nachfolger Joseph. Der Venetianer Dolfin, der die letzten Jahre Leopolds und die ersten Jahre Josephs I. in Wien durchlebte, macht in seiner Schilderung der Finanzzustände nicht einen Unterschied zwischen beiden Regierungen. Er sagt zum Jahre 1708: „Der Wirrwarr in den Finanzsachen kann nicht größer sein. Der Kaiser sollte vierzehn Millionen Gulden ordentlicher Einkünfte haben; aber da diese zum Theile in den Händen der Rebellen, zum Theile durch Anweisungen vorweg genommen sind: so darf er nicht über vier rechnen. Man hilft sich von einem Tage zum anderen mit außerordentlichen Auflagen, welche einen großen Theil der Privateinkünfte verzehren und die Völker zur Dürftigkeit, ja zur Verzweiflung bringen. Dennoch dulden sie, in der Hoffnung, daß es bald besser werden müsse, oder aus Furcht vor den scharfen Executionen“ [1]). Dolfin bespricht dann die schweren Schatzungen, welche Bayern nach der Niederlage des Kurfürsten hatte zahlen müssen, und fährt fort: „Alles das fällt hier wie in einen endlosen Schlund; denn so groß immer der Eifer einzusammeln,

[1]) Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXII, S. 13.

ſo iſt doch die Verſchwendung im Ausgeben noch größer. Man kann ſich die Geldklemme der Hofkammer und des Hofes ſelbſt nicht groß genug denken. Es mangelt an Lohn für die Diener, an Bezahlung für die Handwerker, an Brot für die Soldaten. Dennoch leben Alle, weil es nicht für ein Unrecht gilt ſich ſeinen Lebensunterhalt zu verſchaffen, durch welche Kunſt immer man es vermag. Um den dringenden Bedarf zu decken, verkauft man Stellen, verſpricht man Anwartſchaften, bewilligt man Titel, ſchreitet man zu Veräußerungen, und läßt ſich herbei zu maßloſen Zinſen, die bis zu zwanzig und vierundzwanzig Percent anſteigen. Jegliches Geldangebot erſcheint hier annehmbar unter was immer für Bedingungen."

Die furchtbare Schilderung läßt aus ſich ſelber erkennen, daß ſie ſich nicht beſchränkt auf das Jahr 1708, daß ſie vielmehr einen habituellen Zuſtand zeichnet, und zwar das Grundübel der Monarchie des Hauſes Habsburg, den Krebsſchaden, welcher an dem Lebensmarke fraß, verzehrender, verderblicher ſogar als die Kriege nach außen. Wegen dieſes inneren Zuſtandes entwickelte die weit geſtreckte Monarchie, in welcher die Segnungen der Natur, die Ergiebigkeit des Bodens keinem anderen europäiſchen Lande nachſtanden, eine geringere Fähigkeit der Action nach außen, als jede der drei anderen Großmächte für ſich genommen, geringer als das durch Einen feſten Willen beherrſchte Frankreich, geringer als das durch ſein Parlament überwachte England, geringer endlich als die kleine Republik der Niederlande, die an Flächenraum nicht einmal dem Erzherzogthume Oeſterreich gleich kam. Sie alle drei hatten eins voraus: größere Ehrlichkeit in der Verwaltung.

Aber es iſt zu wiederholen, daß für einen habituellen Zuſtand ſolcher Art nicht Einzelne allein als verantwortlich genannt werden dürfen. Die Geſammtheit, und Jeder darin für ſeinen Antheil an der Geſammtheit, trägt die Schuld.

Der Zuſtand war alſo die chroniſche Krankheit des ganzen Staatsweſens. Nach der Anſicht des Markgrafen Ludwig von Baden, die ſich in jenem ſeinem Rathe an den Kaiſer ausprägt, konnte dieſe Krankheit geheilt werden durch einen feſten Entſchluß des kaiſerlichen Willens, durchgeführt ohne Rückſicht auf Perſonen. Aber war das die Weiſe des Kaiſers Leopold? Er hatte den Entſchluß zu einer durchgreifenden

Strenge nicht über sich gewinnen können, weder in dem Eifer der Jugend, noch in der Vollkraft seiner Mannesjahre: wie viel weniger konnte er dazu sich aufraffen im Alter! Vielmehr war die Unschlüssigkeit, der Mangel an Entschiedenheit des Wollens bei dem Kaiser stärker ausgeprägt als je zuvor. Der Beichtvater Bischoff S. J., eben derselbe, an welchen der Prinz Eugen von Italien aus oft seine Berichte gesendet, war in seinen Augen noch der Einzige, der zuweilen es vermochte, den Kaiser zu einem Entschlusse zu bringen. Der Venetianer Dolfin schildert den Pater Bischoff als einen guten Deutschen, von solcher Befähigung, die er jedem Berather fürstlicher Gewissen wünscht, weil sie ausreiche, zur Erkenntnis der Fehler anzuleiten, nicht jedoch in Staatsgeschäfte sich zu mischen [1]). Auf diesen Mann hoffte der Prinz Eugen für die Erfüllung seiner Bedingung, das Commando in Italien nicht eher wieder zu übernehmen, als bis jene zwei Persönlichkeiten entfernt wären. Seitdem der Prinz dem Kaiser gegenüber diese Erklärung ausgesprochen, verkehrte er darüber nur noch mit dem Pater Bischoff. Dieser ging bei dem Kaiser ein und aus: einen Entschluß in der Sache vermochte er nicht zu erwirken [2]).

Der Markgraf Ludwig von Baden hatte sich nicht begnügt mit seinen schriftlichen Vorstellungen. Er hatte seinen Geheimrath Forstner nach Wien entsendet, um durch diesen seine Sache auch mündlich vertreten zu lassen. Forstner begab sich zu dem Prinzen Eugen. Dieser machte aus seinen schweren Besorgnissen kein Hehl. Es scheine ihm, sagte er, daß alles wandele auf dem Wege des Verderbens für das Kaiserhaus [3]).

Schärfer noch als der Prinz, sprach dann Forstner selber sich in seinem Berichte an den Markgrafen aus. „Der Wirrwarr hier, sagt er, ist so groß, daß man auf kein Heilmittel mehr zu hoffen hat. Ew. Durchlaucht mögen immerhin noch zwanzig und dreißig Berichte einsenden: es wird doch alles in so übelem Stande bleiben wie bisher. Kurz, hier ist alles verloren, und Ew. Durchlaucht haben auf nichts von hier zu rechnen. Man kann den Krieg nicht fortsetzen, und es wird daher bald zu einem schlimmen Frieden kommen."

---

[1]) Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXII, S. 12.

[2]) Röder Bd. I, S. 146. Vom 29. März.

[3]) A. a. O. S. 147. Vom 4. April.

Es ist die Ansicht eines Mannes, der allerdings nicht die Gesammtheit der europäischen Dinge überblickte, dessen Meinung aber dennoch als der Reflex der Entmuthigung in Wien ein besonderes Gewicht beansprucht. Das Urtheil war namentlich auch in Bezug auf den Kaiser nicht richtig. Denn bei aller eigenen Unschlüssigkeit wußte doch Leopold sehr wohl zu schätzen, was ihm ein Mann von festem Willen und von erprobter Treue werth war. Am Tage nach jener Meldung Forstners, daß der Markgraf von Wien her auf nichts zu rechnen habe, zeichnete der Kaiser eine Verschreibung, durch welche er dem Markgrafen zum Ersatze für den Schaden, den er durch die feindliche Besetzung seines Landes an seinem Einkommen erlitten, den Betrag von jährlich 200,000 Gulden anwies [1]).

Diese Erkenntnis und dieses Wohlwollen des Kaisers für die beiden hauptsächlichen Säulen seines Kriegswesens, den Markgrafen von Baden und den Prinzen Eugen, brachte indessen für das Ganze keine Wirkung, so lange nicht ein durchgreifender Entschluß gefaßt, und die beiden Männer, welche für die hauptsächlichsten Vertreter des bisherigen Systemes galten, von ihren Posten entfernt wurden. Nicht bloß mehr Faulheit und Nachlässigkeit legte der Prinz Eugen ihnen und ihren Beamten zur Last, sondern Unwahrheit und Täuschung [2]).

So standen die Dinge im April 1703. Dann kamen die Beschwerden über den Zustand nicht bloß mehr von den eigenen Feldherren, sondern auch von auswärts, von Seiten der Bundesgenossen, zunächst über die Lauheit der Reichsstände. Am 21. März erhoben die Generalstaaten durch Hamel-Bruininx vor dem Kaiser schwere Klage über die Gleichgültigkeit, mit welcher die entfernen Reichsstände der Gefahr der bedroheten Kreise zuschaueten. Nicht oft genug, sagten sie, könne der Kaiser die Reichsstände an ihre Pflicht mahnen, wenigstens die schuldigen Contingente zu stellen [3]). Einige Tage später richteten Stepney und Hamel-Bruininx an den Kaiser eine gemeinsame nachdrückliche Denkschrift. Sie geht aus von dem Ursprunge und dem Zwecke der großen Allianz, überblickt das in den zwei Jahren zuvor

[1]) Röder Bd. I, S. 149. Vom 5. April.
[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 40.
[3]) Röder Bd. I, S. 152. Vom 18. April.

Vollbrachte und zieht dann einen Vergleich zwischen dem Versprochenen für den Feldzug von 1703 und den wirklichen Leistungen. „Die Königin und die Generalstaaten, heißt es darin, haben von Ew. K. Majestät als dem Haupte des Bundes [1]) und dem bei diesem Kriege zunächst Betheiligten ein Aufgebot von Kräften erwartet, wie es so großen Zwecken angemessen sein würde, oder doch wenigstens denen der Verbündeten gleich käme. Aber Ihre Majestät die Königin und Ihre Hochmögenden haben mit lebhaftem Schmerze beobachtet, daß seit einiger Zeit die kaiserlichen Kriegesanstalten, anstatt dem guten Anfange zu entsprechen, nicht bloß in Italien, sondern auch im Reiche, so langsam und so mangelhaft von statten gehen, daß, wenn nicht bald ein völliger Umschwung darin statt findet, es unmöglich sein wird, das erstrebte Ziel zu erreichen."

Die Denkschrift hebt dann Einzelnheiten hervor. Sie verweist darauf, daß die Königin von England versprochen, eine Flotte ins Mittelmeer zu senden, sobald der Prinz Eugen in Italien in den Stand gesetzt sei, offensiv zu agiren. Dann habe man allerdings von Wien aus einen Plan vorgelegt, gar prächtig auf dem Papiere; aber es sei darauf thatsächlich nichts weiter erfolgt. — Demnach kam auch von außen her an den Kaiser die Anklage seiner Minister auf Täuschung.

Die Denkschrift der Seemächte traf auf denselben Tag, an welchem, wie wir vernommen, der römische König Joseph dem Markgrafen Ludwig das Versprechen gab, nicht zu ruhen, bis er die Entfernung jener zwei Persönlichkeiten durchsetze. Dennoch vergingen noch Wochen, bis der Kaiser zu dem Entschlusse kam, den mit Anderen sein eigener Sohn bei ihm dringend befürwortete. Inzwischen mußte der Markgraf von Baden sich helfen, so gut er es nach der Lage der Dinge vermochte.

Der Marschall Villars war nach der Einnahme von Kehl über den Rhein zurückgegangen, weil ihm die noch winterliche Jahreszeit

[1]) Come dal Capo della Lega, in der Denkschrift vom 18. April. Die dem Kaiser Leopold eingereichten Denkschriften der verbündeten Mächte sind entweder in lateinischer oder italienischer Sprache.

einen Marsch nach Osten zur Vereinigung mit dem Kurfürsten von Bayern nicht zu gestatten schien, und weil er dagegen seinen Truppen eine Ruhe und Erholung gönnen wollte. Das entsprach nicht dem Plane Ludwigs XIV., welcher gerade auf die bayerische Sache das hauptsächliche Gewicht legte. Zugleich drängte der Gesandte des Kurfürsten um Hülfe. Er hob hervor, daß Max Emanuel alles wage zu Gunsten der beiden Kronen, daß bis dahin seine Erhebung sie vor dem Unterliegen bewahrt [1]). Ob der Bayer Malknecht mit diesen Worten den Mund etwas voll genommen habe, wird sich an denjenigen Ludwigs XIV. ergeben. Malknecht versicherte dem Kurfürsten, daß der König ihn achte und liebe, daß jedoch Andere entgegen arbeiten.

Achtung und Liebe als politische Factoren dürften in der Seele Ludwigs XIV. eben so geringes Gewicht ausgeübt haben, wie in derjenigen Max Emanuels. Sie beide rechneten anders.

Ludwig XIV. wußte um die beständigen Unterhandlungen oder das Erbieten zu denselben von Seiten des Kurfürsten Max Emanuel. Er mußte fürchten, daß dieser, sobald einmal der reelle, von Seiten des Kaisers und der Seemächte gebotene Vortheil in seinen Augen den von Frankreich her gehofften, in jedem Falle noch nebelhaften überwiege, der Kurfürst sich zu einem gütlichen Abkommen mit dem Kaiser geneigt zeigen und demgemäß auch seine Truppen zur Verfügung wider Frankreich stellen werde.

Das Ergebnis dieser Erwägungen gibt er in nachdrücklicher Weise dem Marschall Villars kund. „Ich kann Ihnen nicht genug aussprechen, schrieb der König, daß lediglich von Ihrer Vereinigung mit dem Kurfürsten der Erfolg des Krieges abhangt, daß die Fortführung desselben außerordentlich schwierig wird, wenn diese Vereinigung nicht geschieht, und wenn ich dadurch einen Verbündeten verliere, der durch die Diversion, die er zu machen im Stande ist, einen Frieden erzwingen kann, eben so ruhmvoll für mich, wie vortheilhaft für ihn." Villars erhielt daher den Befehl, sofort auf das rechte Rheinufer zurückzukehren, am 16. März. Seine Einwendungen lassen ersehen, daß auch seine Armee an vielen nothwendigen Dingen Mangel litt, daß die Zahl der Offiziere nicht genügte, daß die Soldaten weder mit

[1]) Qui jusqu'à présent les (les deux couronnes) a garanti de leur ruine.

Kleidung, noch mit Waffen ausreichend versehen waren. In seinen Briefen an den Minister Chamillart spottet er der Hofleute, die auf den Terrassen von Marly und Versailles ihm die Kriegesregeln dictiren. Aber nicht darum handelte es sich für Ludwig XIV. Er erneuerte in nachdrücklicher Weise seinen Befehl. „Alle Bedenken, sagt er, werden aufgewogen durch die Aussicht auf die Unmöglichkeit, den Kurfürsten von Bayern für uns zu erhalten, wenn er nicht Hülfe erhält, sei es durch eine Diversion, sei es durch die Vereinigung mit ihm“ [1]).

Diese letzten Worte beließen dem Marschall Villars dennoch eine Wahl. Er hielt einen Marsch durch die Schluchten des Schwarzwaldes noch für sehr schwierig. Er verabredete mit dem Marschall Tallard, der mit einer geringen Armee am linken Rheinufer stand, den Plan, ihm zur Stütze zu dienen, je nachdem er den Markgrafen von Baden angreifen oder weiter ostwärts marschiren würde. Vom 8. bis zum 10. April überschritt Villars den Rhein. Der Markgraf Ludwig von Baden, bei welchem unterdessen die holländische Verstärkung eingetroffen war, lag verschanzt in den Linien von Stollhofen und Oberbühl.

Jener Befehl Ludwigs XIV. an Villars zeigt uns, welches Gewicht er legte auf den bayerischen Krieg, so sehr, daß in seinen Augen diese Stelle zur entscheidenden wurde. Wenn es gelang, dem Kaiser eine solche Niederlage beizubringen, daß er in jeden Frieden willigen mußte: so erlitt auch die große Allianz dadurch den Todesstoß, und dann kam das Geschick, von der überlegenen Macht Frankreichs niedergeworfen zu werden, der Reihe nach an Einen nach dem Anderen, an die Republik Holland und an England. So der Plan Ludwigs XIV. als das Fundament jenes Befehles. Und dieser Plan bleibt fortan über ein Jahr lang derselbe, bis er im August 1704 bei Höchstädt und Blindheim zerschlagen wird. Bis es aber dahin kam, oder bis den Seemächten die Erkenntnis aufging, daß es sich in Bayern um das Schicksal Europas handelte, vergeht noch lange, lange Zeit.

Es tritt uns in dieser Verwickelung einer derjenigen Fälle im Völkerleben vor Augen, in welchen der einheitliche Wille eines Einzigen

---

[1]) Pelet: Mémoires militaires t. III, p. 530 et suiv. — Weniger vollständig in Mémoires de Villars t. I, p. 157.

sich den Erwägungen Vieler überlegen erweist, auch sogar dann, wenn unter den Vielen nicht wenige persönlich jenen Einzigen an Kenntnis und Urtheil überragen. Der Einzige, an seinem Orte allein Entscheidende, nach bestimmtem, festem Plane Handelnde, ist Ludwig XIV.: die Staatsmänner und Feldherren des Kaisers, der Republik, Englands, divergiren noch für lange, nicht zum wenigsten je nach dem Interesse, welches sie vertreten. Nur der Graf Wratislaw hat bereits im Februar 1703, wie wir gesehen, seine richtige Erkenntnis der Sachlage dem Herzog Marlborough gegenüber ausgesprochen; aber wir werden über ein volles Jahr vergehen sehen, bis er auch nur bei diesem sie zur Geltung bringt.

Auf die Kunde des abermaligen französischen Ueberganges über den Rhein, entsendete Ludwig von Baden einen Courier an Marlborough mit dem Rathe, unter diesen Umständen vom Niederrheine aus eine starke Diversion gegen die Mosel zu unternehmen, in der Richtung gegen Dietenhofen und Metz, und zwar noch vor der Belagerung von Bonn. Denn dort in Frankreich seien gar keine Anstalten getroffen: ein Schlag dahin könne und werde die ganze Sachlage ändern. Dazu komme, daß Villars, der, wie man wisse, nicht nach eigener Ueberzeugung, sondern wider seinen Willen, lediglich auf Befehl, über den Rhein gegangen, nun dort, bei aller Ueberlegenheit seiner Macht, in Ungewisheit verharre. Lasse man ihn zum Entschlusse kommen, so sei die Armee des Markgrafen nicht ausreichend, ihm den Weg zu verlegen [1]).

Derselbe Vorschlag gelangte von Wien aus durch Stepney an Marlborough [2]).

Er hatte von England aus unbedingte Vollmacht zu handeln nach seinem Ermessen. Diese ging so weit, daß der Staats-Secretär Nottingham dort auf die ähnliche Vorstellung Hoffmanns erwiederte: die Regierung der Königin mische sich nicht in die Militär-Angelegenheiten, sondern halte genehm, was Marlborough im Vereine mit den Generalstaaten beschließe [3]). Einige Wochen später hebt Marlborough

---

[1]) Röder Bd. I, S. 153. Vom 20. April.

[2]) Murray: the letters and dispatches of Marlborough t. I, p. 92.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 23. März.

ſelber dies ausdrücklich den Generalſtaaten gegenüber hervor, mit den Worten: er habe Vollmacht zu handeln nach Verabredung mit der Republik, und die im engliſchen Solde ſtehenden Truppen überall dahin marſchiren zu laſſen, wo es der gemeinſamen Sache entſpreche, den Krieg mit Nachdruck zu führen und dem Feinde den möglichſt großen Schaden zuzufügen, zum Nutzen und Vortheile der Verbündeten [1]). Demnach ſtand von England aus gegen eine ſolche Diverſion die Moſel aufwärts kein Hindernis im Wege.

Die Belagerung dagegen der Stadt Bonn als die nächſte Aufgabe, war längſt ins Auge gefaßt, und zu Ende März im Haag nochmals in einer Verſammlung der Geſandten beſchloſſen. Marlborough als engliſcher Botſchafter nahm an dieſer Berathung Theil, oder vielmehr, er gab darin den Ausſchlag, und eben er als engliſcher Oberanführer brachte dann den gefaßten Beſchluß an die in einem anſtoßenden Zimmer verſammelten holländiſchen Generale [2]). „Ich habe nicht an ihm bemerken können, meldet einige Tage ſpäter der Graf Goes, daß er vorhat nach der Eroberung von Bonn die Armee weiter an die Moſel, etwa nach Trier zu führen, wie vielfach hier geglaubt wird, ſondern er vermeint etwas Beſſeres damit ausrichten zu können" [3]).

Dies war vor dem Eintreffen jenes Vorſchlages von Seiten des Markgrafen von Baden. Ein dieſem Vorſchlage nahe liegender Gedanke war alſo vorher ſchon im Haag zur Erörterung gekommen, und zwar ſo, daß Marlborough ſich ablehnend dagegen verhielt. Die Botſchaft des Markgrafen, der Rath, die Moſel hinauf zu marſchiren, ſtimmte ihn nicht um. Vielmehr ward zwiſchen ihm und den holländiſchen Generalen der Plan vereinbart, zwei Armeen aufzuſtellen, je an der Maas und in Flandern. Jede der beiden Armeen für ſich, zuſammen 140 Bataillone, war der franzöſiſchen von 60 Bataillonen überlegen [4]). Das eigentliche Ziel, jenes Beſſere alſo, auf welches Marlborough bereits im Haag hingedeutet hatte, war die Belagerung und die Wegnahme von Antwerpen, welche in ſeiner Feld-Correſpondenz

[1]) Murray t. I, p. 110.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 27. März.

[3]) Desgleichen vom 10. April.

[4]) Sinzendorfs Bericht in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 649.

mit den Holländern Coehoorn und Hop, im Sommer 1703, bezeichnet wird als le grand dessein [1]).

Der Vergleich dieses vermeintlich großen Planes mit jenen Worten Ludwigs XIV. an Villars über den Marsch nach Bayern und dessen Zweck zeigt das Absehen des Königs als ungleich umfassender und großartiger. Er begnügte sich in Belgien mit der Defensive, die erleichtert wurde durch den Besitz der vielen festen Plätze, und wendete die Offensive gegen den Kaiser, der, wie er hoffte, durch eine Entscheidungsschlacht zum Frieden gezwungen werden konnte.

Stellen wir daher dem Feldzugsplane der Seemächte die Beurtheilung desselben durch den Markgrafen Ludwig von Baden gegenüber. Er legt sie dar in einem Schreiben an den Grafen Sinzendorf, der als kaiserlicher Bevollmächtigter im Feldlager der Seemächte weilte. „Um Ihnen die Wahrheit auszusprechen, sagt der Markgraf, so erwarte ich von dem sogenannten großen Plane geringe Wirkung, wenigstens für die gemeinsame Sache der Allianz. Es wird gehen wie im vorigen Kriege, wo die schönen Entwürfe von einem Jahre ins andere verschleppt wurden, bis man endlich dahin gelangte, einen übereilten und nachtheiligen Frieden zu schließen. Weil man aber doch das Mögliche thun und daher seinen Rath aussprechen muß, auch bei geringer Aussicht auf Annahme: so wiederhole ich, daß ich es für das nützlichste halte, über Dietenhofen oder welchen anderen Ort man dafür ersehe, in Frankreich einzudringen. Denn ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß Frankreich nur in Frankreich selbst bezwungen werden kann, und daß diese Krone sich um alle diejenigen Operationen, die nicht darauf ausgehen sie ins Herz zu treffen, sehr wenig kümmern wird. Mein Urtheil ist, daß es im Kriege nichts so Nachtheiliges gibt wie das bisherige Verfahren, nämlich, daß man bald von dieser Seite, bald von jener, je hier und da einen festen Platz angreift, sei es im Norden, sei es im Süden, nicht nach einem wohl überlegten, umfassenden Kriegsplane, sondern je nach der wahren oder scheinbaren Leichtigkeit den Ort zu nehmen. Man sollte einen solchen Plan entwerfen, ihn in tiefem Geheimnisse halten, und alle andere Operationen dem einen Hauptzwecke unterordnen, nämlich einen Weg sich zu eröffnen,

[1]) Murray t. I, p. 105, 114, 140.

auf welchem man unfehlbar dahin gelangen würde, den Feind niederzuwerfen. Nun ist es gewis, daß er schon in große Verlegenheit gerathen würde, wenn er auch nur erst in der Ferne eine Arme geradeswegs auf ihn eindringen sehe, mit der Absicht ihn an seiner verwundbarsten Stelle zu treffen. Die Wegnahme dieses oder jenes Platzes bald im Osten, bald im Westen, dient, nach vielen und überflüssigen Ausgaben, zuletzt kaum zu etwas Anderem als zum Berichte für die Zeitungen" [1]).

So das Urtheil eines Mannes, der mitten in den Dingen stand. Aber es ist dagegen die Frage, ob Marlborough planlos handelte, ob nicht auch er nach bestimmten Motiven verfuhr.

Daß Marlborough bei dem Nicht-Eingehen auf die Wünsche von kaiserlicher Seite in den Verdacht egoistischer Beweggründe kommen könne, hatte Wratislaw ihm schon einige Wochen früher noch in London nahe gelegt. Ganz besonders aber dürfte seine Stellung zu der Republik Holland ins Auge zu fassen sein. Diese hatte ihm nicht, wie man später oft angenommen hat, das Commando auch ihrer Truppen übertragen. Im Gegentheile regte sich nicht bloß bei den Generalen, sondern auch bei den Felddeputirten und bei den leitenden Persönlichkeiten im Haag, Eifersucht wider die Engländer und namentlich gegen Marlborough. Wir haben beobachtet, daß zu den Zeiten des Königs Wilhelm III. und eben durch ihn die Republik die leitende Macht war, daß England folgte, und daß durch den Wegfall des Königs, durch die Sendung Marlboroughs als Bevollmächtigten, dies Verhältnis sich wandte, sowohl bei den gemeinsamen Verträgen mit den auswärtigen Mächten, als in der Führung des Krieges. Die Engländer nahmen durchweg die Superiorität in Anspruch [2]). Nun aber lag es vor Augen, daß in dem Landkriege die Streitkräfte im Dienste der Republik an Zahl diejenigen im englischen Dienste weitaus übertrafen. Es erschien unbillig, daß ein englischer General, ungeachtet seines anerkannt höheren Ranges, immer den Ausschlag geben sollte. Hier kam es auf Marlborough persönlich an, auf sein Geschick, thatsächlich die

[1]) Das Schreiben des Markgrafen wurde aufgefangen. Es steht bei Pelet t. III, p. 894.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 1. Mai.

Function auszuüben, die officiell ihm nicht zuerkannt ward, diejenige des Oberfeldherrn.

Die Zeitgenossen und Augenzeugen sind einig in ihrem Urtheile über die erstaunliche Gewandtheit und Glätte, mit welcher Marlborough im persönlichen Verkehre um alle Schärfen und Ecken herumzubiegen wußte. Eben dasselbe stellt sich dar in seiner Correspondenz. In der bändereichen Sammlung seiner Briefe und Depeschen dürfte sich kaum ein einziges Schriftstück finden, in welchem er dem Empfänger nicht eine Verbindlichkeit sagte. Mag er auch den Holländer Coehoorn Anderen gegenüber darstellen als hartköpfig und unlenksam, als den Verderber seines großen Planes: einige Tage später erkundigt er sich bei Coehoorn selber wie ein warmer Freund in Ausdrücken besorgter Theilnahme nach dessen Befinden [1]). Marlborough suchte die holländischen Generale bei gutem Willen für ihn zu erhalten durch sein Entgegenkommen, durch sein Eingehen, wo immer möglich, auf ihre Wünsche.

Diesen Wünschen aber entsprach im Frühlinge 1703 nicht eine Unternehmung im Sinne des Markgrafen von Baden über Dietenhofen nach Frankreich hinein, sondern die Einnahme fester Plätze, welche die Sicherheit der Republik vermehren würden. Denselben Wunsch hatte für sein Land der Kurfürst von der Pfalz. Aus dem Gewebe dieser verhältnismäßig geringeren Interessen ergab sich der Entschluß, zunächst das Große dem Kleinen nachzusetzen. Marlborough und die holländischen Generale erwiederten dem Markgrafen, daß die Ausführung seines Vorschlages sie in Gefahr bringen würde, Mangel an Fourage zu leiden [2]).

Etwas offener antwortet Marlborough dem englischen Gesandten Stepney in Wien über dieselbe Sache. „Ich kann für den Vorschlag nicht stimmen, sagt er, weil wir aus langer Erfahrung wissen, daß wir auf keine Versprechungen von deutscher Seite her uns irgendwie verlassen dürfen, so daß die gesammten Kosten dieser Unternehmung unvermeidlich auf die Holländer fallen würden. Und ich glaube nicht, daß sie sich dazu willig finden lassen" [3]). Die Antwort widerlegt

---

[1]) Man vgl. Murray t. I, p. 157 und 162.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 29. April.

[3]) Murray t. I, p. 94. Vom 9. Mai.

augenscheinlich nicht den Markgrafen, welcher gewünscht hatte, daß die von den Holländern bereits aufgewendeten Kosten mehr dem Gemeinwohle entsprechend angewendet würden.

Marlborough weist weiter die Bitte der Kreise Franken und Schwaben um Geldhülfe zurück. „Sie wollen 16,000 Mann errichten, sagt er, aber die Last, sie zu bezahlen, würde fast völlig auf England und Holland fallen. Ich darf dies nicht vorschlagen, zumal bei dem geringen Vertrauen, welches ich auf einen solchen Vertrag setzen müßte. Wenn die beiden Kreise zur rechten Zeit sich angestrengt hätten: so würde Frankreich nicht so stark dastehen."

Der Tadel kann im Allgemeinen kaum als unberechtigt erscheinen. Und doch traf er hier diejenigen deutschen Länder, die auf eigene Kosten mehr geleistet hatten als irgend eins der anderen. Ueber diese spricht Marlborough ein Urtheil nicht aus. — Andererseits aber lassen jene Worte über Franken und Schwaben ersehen, daß Marlborough einstweilen, im Jahre 1703, sie preis gibt.

Unterdessen zog der Marschall Villars auch das Corps des Marschalls Tallard auf das rechte Rheinufer, so daß die ganze französische Macht dort aus etwa 60 Bataillonen und 90 Schwadronen bestand, in Allem 50,000 Mann. Die Uebermacht schien ausreichend zum Angriffe auf die 16,000 Mann des Markgrafen von Baden auch innerhalb der Linien von Stollhofen und Oberbühl. Am 19. April erfolgte der Angriff, und wurde in den vier folgenden Tagen mehrmals wiederholt. Die Franzosen wurden mit schwerem Verluste zurückgeworfen. In seinem Berichte an den Kaiser zollt der Markgraf sowohl den eigenen Truppen als den Holländern für ihre Standhaftigkeit, ihre Willigkeit, ihren Eifer sein volles Lob, und bittet den Kaiser, sowohl den Commandanten selbst als den Principalen derselben seine Anerkennung auszusprechen. „Denn dadurch, sagt er, ist dieses Werk hier erhalten worden, dessen Verlust unfehlbar den Ruin von ganz Deutschland nach sich gezogen hätte" [1]).

Unter den Truppen in den Linien von Stollhofen befanden sich keine Engländer, noch im englischen Solde stehende Deutsche. Und

[1]) Röder Bd. I, S. 156. Bericht des Markgrafen vom 27. April. — Jene Zahlen bei Röder Bd. I, S. 15.

doch muß hervorgehoben werden, daß, wie in England überhaupt der Krieg wider die Uebermacht Ludwigs XIV. eine Nationalsache war, darum auch jeder Erfolg, wenn auch von Anderen errungen, gerade in England die wärmste Zustimmung fand. Wie dort in den beiden Jahren zuvor der Prinz Eugen gefeiert war: so nun der Markgraf Ludwig von Baden. „Die Freude hier, meldet Hoffmann am 8. Mai, ist unbeschreiblich. Die Gegenwart der Königin hat nicht verhindern können, daß nicht Jedermann in ein öffentliches Frohlocken ausgebrochen ist." — Der Tory Nottingham trat zu Hoffmann mit den Worten: „Jetzt sind wir im Stande einen Frieden zu machen ohne Zertheilung der spanischen Monarchie". — „Ich halte Sie beim Worte," erwiederte der Vertreter des Kaisers [1]).

Die Worte zeigen, daß der immerhin sehr rühmliche Erfolg des Markgrafen von Baden dennoch überschätzt ward. Es ist sehr merkwürdig, daß die Berichte des Marschalls Villars von einem stattgehabten Kampfe gar nicht einmal reden, vielmehr melden, daß Villars, nach dem Beschlusse der Mehrheit seines Kriegsrathes gegen den Angriff auf die Linien von Stollhofen, von seinem Vorschlage habe abstehen müssen [2]). Demnach hat Ludwig XIV. von der erlittenen Schlappe nichts erfahren. Da er im Jahre zuvor die Täuschung des Villars über den Tag von Friedlingen willig hingenommen: so erscheint dies nicht unglaublich. Der Markgraf dagegen, dessen Berichte in aller Beziehung das Gepräge der Gewissenhaftigkeit tragen, meldet dem Kaiser: er vermuthe, daß Villars vor den Linien einige tausend Mann verloren habe [3]). Indessen auch der Verlust einer solchen Zahl hinderte den Marschall Villars nicht, den anderen Befehl Ludwigs XIV. auszuführen, den Marsch zur Vereinigung mit dem Kurfürsten von Bayern anzutreten.

Villars und der Kurfürst hatten sich darüber durch eine auffallende Kriegslist verständigt. Die Rücksicht, welche voraussichtlich der Markgraf von Baden der Bitte des Kurfürsten beweisen würde, eine Sendung Arzeneien von Paris für eine augenkranke Tochter

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8. Mai.

[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 164 et suiv. und Pelet t. III, p. 565 et suiv.

[3]) Röder Bd. I, S. 156.

durchzulassen, ward von den beiden dahin ausgebeutet, daß der Kurfürst an der Farbe und der Anzahl der Medicamente das Datum des Eintreffens von Villars in Villingen erkennen konnte [1]).

Der Markgraf ersah den Sachverhalt aus aufgefangenen Briefen des Villars, und meldet ihn dem Kaiser mit den Worten: „Der Herr Kurfürst von Bayern hat sich eines Verfahrens bedient, das einem solchen Herrn nicht ansteht, und dadurch, weil ich ein ehrlicher Mann und solcher Perfidie incapabel bin, mich ohne Mühe betrogen" [2]).

Villars zog sich auf Offenburg zurück, ließ Tallard auf das linke Rheinufer zurückkehren, und marschirte vom 1. Mai an durch das Thal der Kinzig ostwärts. Seine Armee betrug 48 Bataillone und 60 Schwadronen. Es ist von ungemeinem Interesse, hier die beiderseitigen Berichte zu vergleichen, wie einerseits Villars dem Könige von Frankreich gegenüber das Wagnis dieses Marsches aufbauscht, andererseits der Markgraf seine entgegengesetzte Ansicht dem Kaiser darlegt. „Ich verwundere mich über diesen Zug des Villars ganz und gar nicht, sagt der Markgraf, vielmehr habe ich bei meinem Mangel an Truppen und darum geringer Besetzung der Posten niemals fassen können, warum der Feind dies Unternehmen nicht eher ins Werk gerichtet" [3]). Und doch meint er dann: wenn er nur über vier oder fünf Tausend Mann mehr verfügen könnte: so würde er es gehindert haben. Mit seinen Kräften vermöge er es nicht. Dagegen aber müsse er erfahren, daß die Verbündeten, anstatt eine Diversion an der Mosel zu machen, ihre Kräfte um Bonn fest legen, und dadurch den Franzosen Zeit und Anlaß geben, das Corps des Tallard ihm gegenüber durch alle verfügbaren Truppen von der Mosel her zu verstärken [4]). Auch die Thatsache, daß von französischer Seite ein Entsatz für Bonn nicht versucht wurde, brachte Marlborough und die holländischen Generale vor dieser Stadt nicht auf den Gedanken, daß ihre Beschäftigung vor einem von Frankreich bereits aufgegebenen Posten den Wünschen in Versailles entsprach.

Der Kurfürst war dem Marschall Villars bis Friedlingen entgegen marschirt. „Sein Entzücken über meine Ankunft, meldet Villars,

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 157 und Pelet t. III, p. 552 und 940.
[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 697.
[3]) Röder Bd. I, S. 162.
[4]) A. a. O. S. 163.

war aufrichtig und herzlich. Er ließ seine Artillerie drei Salven geben, rief dabei jedes Mal: es lebe der König, und warf seinen Hut in die Luft, während Freudenthränen ihm über die Backen rollten" [1]). Er versicherte dann dem Marschall, daß er nicht mehr lebe wie früher, daß er vielmehr mit Ernst an seine Angelegenheiten denke. Er suchte auf alle Weise den Marschall von seiner Thätigkeit zu überzeugen. Er verlangte den sofortigen Marsch gegen den kaiserlichen General Styrum. Aber Villars befragte auch den französischen Gesandten Ricous. „Nicht Styrum, erwiederte Ricous, ist in diesem Falle das Object, sondern die Contribution, die zum Betrage von 200,000 Thalern der Kurfürst dem Lande hier auferlegt hat. Wenn Sie darin stehen bleiben, so gelangt diese Contribution an Sie, nicht an den Kurfürsten. Darum verlangt er, daß Sie marschiren." Ricous gab weitere Nachricht über die Anschläge des Kurfürsten und des Grafen Monasterol, die auferlegten Contributionen an sich zu bringen, und bekannte seinerseits, diese seine Kunde einer Einsicht in die nicht für ihn bestimmten Briefe zu verdanken. Die gesammten agirenden Persönlichkeiten waren demnach eine der anderen würdig. Aber Ricous fuhr fort in seinen Berichten: „Sie müssen ferner wissen, sagte er zu Villars, daß der Kurfürst dem Grafen Monasterol vom Spiele her über 700,000 Franken schuldet, dem General Arco 300,000 Thaler, eben so viel dem Bombarda, und daß Jeder von diesen hofft sich bezahlt zu machen von den Contributionen". Ricous bezeichnete ferner den Grafen Arco als denjenigen, der vor Anderen zum Kriege getrieben, in der Hoffnung, dadurch zu seinen 300,000 Thalern zu gelangen. Dem Kurfürsten gegenüber benehme sich Arco, wie Jeder thun müsse, welcher jenen leiten wolle, nämlich fest und schroff. „Ich habe mir das immer gedacht, erwiederte Villars, daß es so sein müsse." — „Gewis, erwiederte Ricous: so vielen Respect, wie immer Sie wollen; aber dabei doch immer hoch von oben herab. Ich, der ich nicht Marschall von Frankreich bin und nicht an der Spitze einer Armee stehe, habe nur diesen Weg als den richtigen erkannt" [2]).

Und eine Persönlichkeit, über welche die Diener eines fremden Königs in solcher Weise urtheilten, wagte es die Hand auszustrecken

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 182.

[2]) A. a. O. p. 189.

nach der römischen Kaiserkrone, nach der Krone, die einst Otto der Große getragen, nach der Krone Leopolds, dem er die Lehnstreue geschworen — und brachte darum über die Völker den unsäglichen Jammer dieses Krieges!

Es handelte sich dann um den ferneren Kriegesplan nach der Vereinigung.

Auch Ludwig XIV. in Versailles neigte sich der Ansicht des Kurfürsten zu, daß der nächste Angriff dem General Styrum am Neckar zu gelten habe, in der Erwartung, daß ein gelungener Schlag gegen Styrum die Neutralität der Kreise Schwaben und Franken zur Folge haben werde. Villars verneinte, und gab zum Beweise dessen den Reichsständen dort das Zeugnis der Treue für den Kaiser [1]). Dem entsprechend meldet der Markgraf von Baden am 6. Mai: „Ich bekenne, daß ich die Standhaftigkeit der Fürsten und Stände im schwäbischen Kreise admirire" [2]). Es ist eines der wenigen Urtheile, in welchen zur Ehre von Schwaben der Marschall Villars und der Markgraf Ludwig übereinstimmen, und daher um so sicherer. Villars machte einen anderen Vorschlag, ungleich weiter greifend, nämlich Passau oder Linz wegzunehmen, und von dort direct auf Wien zu gehen. „Wenn die Dinge in Wien, sagt Villars, noch stehen, wie ich sie bei meiner Anwesenheit dort kennen gelernt habe: so wird die Stadt sich kaum acht Tage halten." Der Kurfürst ging auf den Vorschlag ein, dessen Ausführung, nach der Auffassung des Villars, eine nennenswerthe Schwierigkeit nicht finden werde.

In der That war damals auch bereits Regensburg in bayerischer Gewalt. Eine der unerfreulichsten Seiten des Kampfes vom Jahre 1703 sind in den ersten Monaten die Verhandlungen des Kurfürsten mit dem dort versammelten Reichstage: auf jener Seite die Unwahrheit und Falschheit, auf dieser die Unentschiedenheit des Wollens, das Schwanken, das Zagen. Jedoch wäre es ungerecht, für das letztere den Reichstag selbst, die dort versammelten Personen, verantwortlich zu machen. Sie handelten nicht selbständig, sondern im Auftrage. Nicht sie daher trifft der Vorwurf, sondern die gesammten Reichsstände, von denen sie entsendet waren. Das Spiel der Täuschung mit

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 191.

[2]) Röder Bd. I, S. 163.

der immer wieder neu vorgegebenen Bereitwilligkeit zum Frieden wurde dem Kurfürsten Max Emanuel um so leichter, da man auch, nach allen seinen Gewaltthaten gegen die Schwächeren rund umher, seinen Gesandten, den Freiherrn von Zindt, als stimmführendes Mitglied des Reichstages duldete [1]). Aber seine Gewalt kehrte sich dann auch gegen die Stadt Regensburg selbst. Am 7. April erschien ein bayerisches Corps von 8000 Mann im Angesichte der Stadt, und verlangte die Einräumung der Brückenthore. Der Rath der Stadt fügte sich. Der Reichstag protestirte. Und damit war von dieser Seite her der Widerstand zu Ende. Im August ging Max Emanuel weiter und legte eine bayerische Besatzung in die Stadt. Er müsse dies thun, sagte er, damit nicht seine Feinde von da aus in Bayern einbrächen. Der Reichstag ließ es geschehen. Die Gesandten dort hatten andere Dinge zu thun: diejenigen der protestantischen Fürsten erneuerten immer wieder die kirchlichen Differenzen. Im September wollte der kurfürstlich mainzische Gesandte die Zahlung der für die Festung Philippsburg bereits bewilligten sechs Römermonate endlich zum Austrage bringen. Er erhielt von dem Bevollmächtigten für Magdeburg, also im Auftrage des Königs von Preußen, die Antwort, daß der König sich zu nichts verpflichtet halte, bis nicht zuvor die Religionsbeschwerden in gleicher Weise wie die anderen Angelegenheiten im Reichstage behandelt würden. Am 13. December wurde endlich eine Commission für die kirchlichen Beschwerden niedergesetzt, unter beiderseitigen Klagen über nicht guten Willen. Diese kirchlichen Beschwerden waren aus verschiedenen Gegenden; aber die eigentliche Wurzel für alle war der Zustand in der Pfalz in Folge der Ryswycker Clausel [2]). Wir ersehen abermals daran, wie meisterhaft Ludwig XIV. es verstand, die Schwächen und Leidenschaften seiner Gegner zu ihrer Zertrennung auszubeuten.

Nach der Besetzung von Regensburg befand sich der ganze Stromlauf der Donau von Ulm bis Passau in bayerischen Händen. Demnach stand von den Ufern aus einem Einbruche in Ober-Oesterreich

---

[1]) Die Actenstücke in: Ausführliche Historie des jetzigen bayerischen Krieges beschrieben durch Cäsar Aquilinius S. 398 u. f. — Man vgl. Lamberty t. XII, p. 465.

[2]) Eine fortlaufende Reihe von Berichten des holländischen Gesandten in Regensburg bei Lamberty t. XII, p. 441—486.

ein Hindernis nicht entgegen. Bereits regte sich in Wien lebhafte Besorgnis. „Alle Welt schreit, sagt der Prinz Eugen dort, daß es ein Schrecken ist es anzuhören." Aber auch er selbst sah kein Hindernis mehr gegen einen Einbruch der Bayern und Franzosen in die Erbländer [1]).

Ein Hindernis jedoch erwuchs in der Persönlichkeit des Kurfürsten selbst, der nach allem Unrechte, welches er verübt, dennoch bei jedem neuen Schritte abermals wieder den Kampf in sich durchzumachen hatte. Um ihn herum gab es nicht wenige kaiserlich Gesinnte, die von Anfang an den Treubruch beklagt hatten. Unter ihnen nennt Villars die Kurfürstin, die Tochter Johann Sobieskis. Einen besonderen Eindruck aber übte auf Max Emanuel jegliches Unheil, welches in Folge seines Thuns über sein eigenes Land kam. Als damals Styrum das Schloß Rotenberg bedrohete, meldete der Kurfürst dem Marschall, daß es die nächste Aufgabe sei, dahin Hülfe zu bringen. Sein weiterer Plan war dann gerichtet auf Nürnberg. Damit fiel die Absicht des Zuges gegen Passau, Linz und Wien. Mit tiefem Verdrusse vernahm es Villars. Er ergoß sein Herz, wie er sagt [2]), in seinen Berichten an Ludwig XIV.; aber dieser selbst hatte ihm die Unterordnung unter den Willen des Kurfürsten zur Pflicht gemacht.

Es gelang dem Villars, dem Kurfürsten den Plan auf Nürnberg auszureden. Dagegen kamen die Beiden auf einen anderen ursprünglichen Plan zurück: der Kurfürst solle sich des Landes Tyrol vom Norden her bemächtigen, während der Marschall Vendome von Süden her durch das Trentino ihm die Hand bieten würde. Der Marschall Villars blieb mit dem Hauptcorps zwischen Dillingen und Lauingen an der Donau stehen, um dort dem Markgrafen von Baden entgegen zu treten, welcher, verstärkt durch die langsam eintreffenden Reichscontingente, ostwärts hin aufgebrochen war. Er schlug sein Lager bei Haunsheim auf. Für lange Wochen standen der Markgraf und der Marschall Villars unfern von einander, gegenseitig sich beobachtend.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 65.

[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 199.

Der Kurfürst Max Emanuel brach mit 9000 Bayern und 2500 Franzosen gegen Tyrol auf, im Anfange Juni.

Der erste Angriff galt dem Schlüssel von Tyrol, der Feste Kufstein, die bis dahin für uneinnehmbar gehalten war. Aber gerade das Mittel, welches der Commandant Wolkenstein zur besseren Vertheidigung anwenden wollte, gereichte zum Verderben. Er ließ die Vorstadt niederbrennen. Der Wind, die Flammen anfachend, schlug sie zurück in die Stadt und sogar hinan zum Schlosse auf dem Felsen. Der Brand griff weiter um sich und das Feuer gelangte hinab bis an einige Pulvervorräthe. Die Bewohner der Stadt und die Besatzung flüchteten sich nach Rattenberg. Nachdem jedoch ein einfallender Regen den Brand gelöscht, war der Commandant des Schlosses bereit und willig zur Vertheidigung. Allein es gelang einigen wenigen Bayern, an einer für unersteiglich gehaltenen Stelle am hellen Mittag und dennoch ungesehen, den Felsen und das Schloß zu erklettern. Kufstein fiel in die Hände des Kurfürsten [1]).

Das Schloß Rattenberg, ebenfalls hoch auf einem Felsen am Inn gelegen, galt als die andere Vormauer Tirols. Dennoch capitulirte die Besatzung bereits am zweiten Tage.

Der Fall Kufsteins hatte die Tiroler empor gelärmt. Von Berg zu Berg verkündeten die Flammenzeichen die Gefahr des Landes und riefen zu den Waffen. Aber es fehlte die Einsicht und die Führung. Die Erregung wendete sich zunächst weniger gegen die eingedrungenen Feinde als gegen die kaiserlichen Behörden, die man im Verdachte des Einverständnisses mit dem Feinde hielt. Die Erregung äußerte sich in heftigen Drohungen, hier und da auch in entsprechenden Thaten. Die Furcht der Behörden vor den Bauern war stärker als die vor den Bayern [2]). Sie trugen dem Kurfürsten die Uebergabe der Stadt Innsbruck entgegen. Am 26. Juni, zehn Tage nach dem Ueberschreiten der Grenze, hielt Max Emanuel dort seinen Einzug. Wie im Jahre zuvor in Ulm, ließ er auch in Innsbruck das Tedeum singen. Eine Proclamation verkündete den Tirolern das Glück der

---

[1]) Man sehe die Darstellung in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 435 u. f.

[2]) A. a. O. S. 444.

neuen Regierung und zugleich scharfe Drohungen für den Fall der Unfügsamkeit. Max Emanuel nahm den Titel an: gefürsteter Graf von Tirol, schaffte jedoch, was von den reichen Kunstschätzen des Schlosses Ambras nicht geflüchtet war, hinweg nach München.

Nach einem so glückverheißenden Anfange schien nichts mehr unerreichbar. Villars meldete seinem Könige: „Wenn Ew. Majestät mir Glauben schenken wollen: so wage ich mir zu schmeicheln, daß Sie noch im Laufe dieses Jahres Herr des Reiches sein werden. Wir sind des Landes Tirol bereits wie sicher, und ich darf sagen, einen guten Rath gegeben zu haben". So Villars bereits am 21. Juni, noch vor der Kunde des Falles von Kufstein und Rattenberg. In ähnlicher Weise feierte er den Kurfürsten und bat sich von ihm, bei der demnächstigen Vertheilung der Beute, ein Herzogthum in Böhmen aus [1]).

Allein selten war ein Feldzug so reich an Wechselfällen wie derjenige von 1703 für den bayerischen Kurfürsten. Er stand in Tirol; aber auf wie lange?

Beachten wir zunächst die Rückwirkung auf Wien.

Der Prinz Eugen war dort geblieben, unabläſſig mahnend, schriftlich und mündlich. „Ich rede dringend zu dem Kaiser, sagt er, so oft ich zu ihm gelange, mitunter täglich." Die schriftlichen Eingaben zeigen, daß der Prinz dem Kaiser keine seiner Besorgnisse verhehlte, daß er alles als verloren betrachte, es sei denn, daß Gott durch Wunder für die gerechte Sache einschreite. Offener freilich noch redet der Prinz zu seinem Freunde Starhemberg. Er wirft die Frage auf, ob vielleicht der Kaiser seiner Kronen müde sei. Dann wieder wendet er seinen vollen Unmuth gegen die beiden Präsidenten. „Wenn sie nicht Verräther sind, ruft er, so sind sie die größten Esel, die ich in meinem Leben gekannt habe" [2]). Bereits erwog der Prinz zu Ende Mai den Gedanken dennoch abzureisen; denn es bleibe ihm nichts übrig als das Loos seiner Braven zu theilen. Er hielt an dem Gedanken fest in der ersten Hälfte Juni. Dagegen jedoch trat der Kaiser ein und gebot ihm zu bleiben. Der lang erwogene Entschluß gedieh

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 206.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 72. Vom 30. Mai.

in dem Kaiser zur völligen Reife auf die Nachrichten aus Tirol. Er berief den Prinzen Eugen und eröffnete, daß er ihn zum Präsidenten des Hofkriegsrathes ernenne. „Ich habe dies Amt nicht bloß nicht gesucht, meldet der Prinz, sondern es auch nicht annehmen wollen. Aber der Kaiser und der König haben es mir befohlen. Ich kenne meine geringe Befähigung dafür; aber die Armeen länger in solchen Händen zu belassen wie bisher, wäre ein Verrath an meinem Kaiser. Man hat gemeint, ich würde Bedingungen stellen. Ich habe keine andere erhoben als die Bitte an den Kaiser mich zu stützen bei den Vorschlägen, die ich machen würde für das Wohl seines Dienstes und der Armee. Wenn nicht, so würde ich viel bereitwilliger sein das Amt niederzulegen, als ich gewesen bin es anzunehmen" [1]).

Daß das Unglück in Tirol bei dem Kaiser Leopold den Ausschlag für die Ernennung des Prinzen Eugen gegeben, ist ersichtlich auch aus seiner Mittheilung an den Markgrafen Ludwig von Baden. In demselben Schreiben vom 30. Juni, in welchem er ihm jenes Unglück meldet, kündigt er an, daß die Grafen Salaburg und Mannsfeld auf ihre Aemter verzichtet, daß er den Vorsitz der Hofkammer dem Grafen Gundakar von Starhemberg gegeben, den Vorsitz im Hofkriegsrathe dem Prinzen Eugen von Savoyen [2]).

Man hat auffallender Weise in späterer Zeit behauptet, daß gerade die Ernennung des Prinzen Eugen von Seiten des Markgrafen nicht mit großer Freude begrüßt sei. Die Aeußerungen Beider zu einander geben für diese Vermuthung keinen Anhaltspunct. Der Markgraf trug seinem Vetter die Anerkennung entgegen, daß es auch ihm unmöglich sein würde, in wenigen Tagen wieder gut zu machen, was seit Jahren verdorben, und war darum erbötig Zeit zu lassen. Der Markgraf verhehlte dabei nicht seine Ansicht, daß früher nicht bloß aus Unmöglichkeit Manches unterblieben sei, sondern auch aus Mangel an gutem Willen. Die eigenen Worte des Prinzen haben dargethan, wie sehr er selber dieser Ansicht huldigte, und in ähnlicher Weise, wenn auch minder derb als zu seinem Freunde Starhemberg, sprach er sich darüber dem Markgrafen aus [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 83.

[2]) Röder Bd. I, S. 171.

[3]) Der Prinz an den Markgrafen, 20. Juli, bei Röder Bd. I, S. 184.

Die Aenderung in Wien war ein Anfang zu Besserem, zumal da unabhängig von derselben zugleich auch im Süden eine Wendung der Dinge eintrat.

Auf die Nachricht, daß der Kurfürst Max Emanuel sich gegen Tirol in Marsch setzen wolle, nahm Ludwig XIV. den schon früher gehegten Plan wieder auf, daß der Marschall Vendome von Italien aus ihm die Hand bieten solle. Auch der König malte sich die Dinge ähnlich aus wie Villars. Dies sei das rechte Mittel, meinte er, die Armee des Kaisers in Italien abzuschneiden und damit sie zu vernichten. Dann sei Frankreich des Krieges dort ledig, des kostspieligsten an Menschen und Geld, den es zu führen habe. Dagegen würden der Kurfürst und Villars, vereinigt, den Krieg in die österreichischen Erblande tragen und vor Wien marschiren. So der König in Versailles am 24. Mai [1]). Weniger geneigt war Vendome. Die Ueberlegenheit seiner Armee an Zahl war noch stärker als im Jahre zuvor, der General Guido Starhemberg daher auf die Defensive beschränkt. Er lag verschanzt bei Ostiglia. Dort, erwiederte Vendome, werde er ihn angreifen und schlagen und dann, nach der Einnahme von Ostiglia, auf das Trentino marschiren. Zuerst also zog er gegen Ostiglia.

Und nun trat die Frage heran, ob das von dem Prinzen Eugen seit sechs Monaten in Wien vorher verkündete Unheil in Erfüllung gehen werde. Wir haben seine Worte vom 29. Mai an den Kaiser vernommen, daß er kein Mittel der Rettung mehr erblicke, daß man in jedem Augenblicke der Nachricht eines Unheiles gewärtig sein müsse, „es sei denn, daß Gott der Allmächtige nach der Gerechtigkeit der Waffen Ew. K. Majestät ein Mirakel wirke“ [2]).

Starhemberg und seine schwache, nothleidende Armee hatten zu ringen um mehr als nur um ihre Existenz. Aber sie lagen wohl verschanzt in Ostiglia. Vendome nahte heran, aufwärts am Po entlang. Am 8. Juni begannen die Arbeiten der Annäherung, am Abende des 9. endeten sie, und am Morgen des 10. befand sich die französische

[1]) Pelet t. III, p. 187.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 71.

Armee im eiligen Rückzuge. „Die Ursache dessen, meldet Starhemberg nach Wien, dürfte vielleicht sein, daß der Feind sein Unternehmen viel schwieriger und gefährlicher gefunden, als er sich eingebildet. Denn einestheils haben wir uns also verbaut und postirt, daß unsere braven Soldaten einen Angriff mehr gewünscht als gefürchtet. Andererseits hat uns der hochangewachsene Po die Wohlthat erwiesen, daß wir die Schleußen im Canal haben aufziehen und dadurch die halbe Front vor unserer Linie unter Wasser setzen können, so daß wir ein viel beschränkteres Terrain zu vertheidigen haben“ [1]). Der Bericht Starhembergs erreichte noch nicht die volle Wirklichkeit. Nach demjenigen Vendomes an den König hatte der Strom das halbe Lager unter Wasser gesetzt, so daß die eigene Gefahr den eiligen Rückzug geboten hatte. Das Anschwellen also des Po, der Regen, der ihn zum Anschwellen gebracht, hatte den Rückzug der Franzosen bewirkt. Vendome erhielt zur Antwort den scharfen Tadel Ludwigs XIV. über seinen Mangel an Voraussicht [2]).

Aber damit war die Sache nicht beendet, sondern Starhemberg ging zum Angriffe über. Vendome hatte ein Corps unter Albergotti über Mirandola hinaus detachirt. Es war zu vermuthen, daß dieses Corps von dem Abzuge Vendomes von Ostiglia keine Kunde erhalten. Sofort sammelte Starhemberg Abtheilungen von allen seinen Regimentern um sich, ereilte jenes Corps am 11. Juni und zerschlug es völlig. Die Bedeutung des Erfolges lag nach der Ansicht Starhembergs darin, daß der hauptsächliche Plan des Feindes, ihm die Stellung am Po zu nehmen und ihn einzuschließen, mislungen war [3]).

Die Antwort des Prinzen Eugen auf den Bericht Starhembergs charakterisirt beide Männer. „Obwohl mich der glückliche Streich, schreibt der Prinz, über alle Maßen erfreut, und dies um so mehr, da ich nicht bloß vor dem Kaiser selbst, sondern aller Orten Ihre tapfere Kriegserfahrung und stattliches Verhalten nach aller Billigkeit angerühmt, und bei diesem verwirrten Zustande mein ganzes Vertrauen in Sie gesetzt habe: so muß ich mich doch schämen und es geht

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 686.
[2]) Pelet t. III, p. 213. Vom 17. Juni.
[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 687.

mir tief zu Herzen, daß ich, wann so treffliche Thaten vorgehen, mich hier befinden muß. Nicht daß ich Sie um die Ehre und das Commando beneide, sondern daß ich hier nicht abkommen kann" [1]). Die Anerkennung des Prinzen war im Steigen. Einige Tage später schreibt er abermals an Starhemberg, am 27. Juni: „Die letzt vorgefallene Action gewinnt täglich an Bedeutung. Es ist sehr bescheiden von Ihnen in Ihren Worten so leicht darüber hinweg zu gehen. Dagegen darf man sagen, daß in dieser That das Heil der Armee bestanden hat" [2]).

Nach der Ansicht Starhembergs lag es in seiner Hand seinen Erfolg noch ungleich größer zu machen. Er meldete dem Botschafter Lamberg in Rom, daß er, wenn er den Damm des Po hätte durchstechen wollen, die gesammte feindliche Armee dem Verderben ausgesetzt hätte. Aber der Respect vor dem Kirchenstaate, und das Mitleid mit den vielen tausenden unschuldigen Einwohnern desselben, über welche die Gewässer des Po dasselbe Unheil gebracht haben würden, habe ihn zurückgehalten [3]). — Lamberg unterließ nicht, die Nachricht sofort an den Papst Clemens zu bringen, mit der Bitte, zu vergleichen, wessen Ergebenheit aufrichtiger sei, diejenige des Kaisers und seiner Diener, die keine Vortheile wollten auf Kosten des heiligen Stuhles, oder des Königs von Frankreich, der weder Religion noch Papstthum achte, als da wo es seinem Interesse entspräche es zu thun.

Halten wir uns an die Worte des Prinzen Eugen, daß in jener That Starhembergs das Heil der Armee bestanden hat.

So in Betreff Italiens. Aber die Ereignisse am Po hatten zugleich ihre Bedeutung für Tirol. Der Wunsch und Plan Ludwigs XIV. war der des gleichzeitigen Einbrechens in Tirol, des

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 78. Vom 20. Juni.

[2]) A. a. O. S. 83. — Merkwürdiger Weise heißt es bei Pelet t. III, p. 203: Cet événement, quoique malheureux, n'avait pas une grande influence sur les affaires générales.

[3]) Relazione del conte di Lamberg, 23. giugno: io feci rappresentare a S. S. che il G. Starhemberg mi scriva che tagliando l'argine del Po, era nella sua disposizione a far perire l'armata nemica, mà il rispetto verso lo stato Ecclesiastico, e la pietà verso tanta milliara di sudditi innocenti d'esso stato l'habbino impedito a servirsi di questo gran vantaggio.

Kurfürsten vom Norden her, Vendomes vom Süden. Der Wunsch ward nicht erfüllt. Vendome hatte erst Ostiglia nehmen wollen, um dann auf das Trentino zu marschiren. Aber auch nach dem Mislingen vor Ostiglia zeigte Vendome geringe Neigung zu einem Marsche nach dem Trentino. Er hielt noch fest an der Hoffnung die Kaiserlichen vom Po abzudrängen und dadurch ihnen jede Zufuhr abzuschneiden. Wenn er ein Corps nach dem Trentino absende, meinte er: so sei er nicht mehr stark genug zur Offensive. Dann erhalte sich die kaiserliche Armee in Italien und der Krieg dort dauere endlos [1]).

So Vendome am 14. Juni. Es ist möglich, daß der Verdruß über die erlittene Schlappe dabei mitwirkte. Aber die im Laufe des Monats Juni von Tirol aus einkommenden Nachrichten, oder die erneuten Befehle Ludwigs XIV., stimmten ihn um. Auf die dringende Mahnung des Königs vom 17. Juni erhob er keinen Einwand mehr. Er erwiederte von Nogara aus, am 1. Juli, daß er die Vorbereitungen treffe, um sich am 15. Juli in Marsch zu setzen [2]).

Die Daten sind hier von besonderer Wichtigkeit. Denn wir werden bald ersehen, daß die Aussichten des Gelingens in Tirol nur in den Monaten Juni und Juli da waren, nicht länger. Eben damals aber stieg bei Ludwig XIV. in Versailles wieder ein Zweifel auf. Er erhielt die vermeintlich sichere Kunde, daß Victor Amadeus von Savoyen auf den Abfall von ihm sinne, daß er sich bereits mit den Seemächten geeinigt habe. Am 25. Juni meldete Ludwig XIV. dem Marschall Vendome zunächst seinen Tadel über die vor Ostiglia verlorene Zeit. Die Thatsachen haben uns die Berechtigung dieses Tadels gezeigt, ungleich klarer noch als Ludwig XIV. selbst damals erkennen konnte. Denn nun, am 25. Juni, rührte ein neuer Aufschub von ihm her. Im Hinblicke nämlich auf jene verdächtige Haltung des Herzogs Victor Amadeus, gebot er ihn scharf zu überwachen, und, im Falle der Herzog seine Truppen von der Armee zurückziehen wolle, sie zu entwaffnen und gefangen zu nehmen [3]). Des Marsches gegen Tirol erwähnte das Schreiben nicht. Vendome, der die Gefahr von Seiten des Herzogs

---

[1]) Pelet t. III, p. 206.
[2]) A. a. O. p. 220.
[3]) A. a. O. p. 222.

Victor Amadeus viel geringer ansah, war daher genöthigt um einen erneuten Befehl in Betreff Tirols nachzusuchen und auf Eile zu dringen. Er erhielt den gewünschten Befehl am 15. Juli, und setzte sich in den nächsten Tagen in Marsch [1]). Er war um so eifriger, da er durch Ricous die Nachricht erhalten, daß der Kurfürst ihm bis Brixen entgegen gehen werde. Am 29. Juli betrat Vendome mit 25,000 Mann in Brentonico das Trentino [2]), für den französisch-bayerischen Plan um einen vollen Monat zu spät.

Denn nur die ersten Tage hatten die Tiroler sich schweigend unter das bayerische Joch gefügt. Aber in ihnen glühte der Zorn und der Unmuth über das Unrecht und die Gewalt. Voran trat Martin Sterzinger aus Landeck am Inn. „Der Schwede, rief er, hat seiner Zeit nicht gewagt den Boden unserer Großväter zu betreten: sollen wir, ihre Enkel, uns dem Bayer willig fügen? Wollen wir Leopold, der uns mehr Vater ist als Kaiser, den Fürsten, den Himmel und Erde lieben, verlassen, um dem Bayer zu dienen?“ [3]) Die Worte Sterzingers schlugen ein.

Am 28. Juni rückte ein Corps Bayern und Franzosen von reichlich 300 Mann in Landeck ein, und rastete dort drei Tage. Das Verhalten derselben gegen die Einwohner reifte sofort die Gesinnung zum Entschlusse der That. Am Peter- und Paulfeste versammelten sich die Führer der Bauern im Hause des Gastwirths Linser, während eben dort Offiziere und Soldaten sich erlustigten und tranken. Jene Tiroler beredeten mit unerhörter Kühnheit unter den Augen der Feinde selbst den Plan ihrer Vernichtung [4]). Am 1. Juli brachen die Bayern und Franzosen südwärts auf, ohne Ahnung einer nahen Gefahr. Zur Linken strömte der reißende Inn, zur Rechten stieg steilrecht die Bergwand empor. Erst dann als eine abgeworfene Brücke den Weiterzug unmöglich machte, erkannte man die Gefahr. Aber bereits war sie

[1]) Pelet t. III, p. 231.
[2]) A. a. O. p. 239.
[3]) Wagner t. II, p. 681.
[4]) Albert Jäger: Tirol und der bayerische Einfall von 1703, S. 258.

da, unentrinnbar. Die Kugeln und die Steine der Tiroler fuhren nieder auf den entsetzten Haufen der Bayern und der Franzosen. Das Geschick desselben war: erschlagen, verwundet, gefangen, so daß nicht Einer zurückkehrte.

Es war der Anfang. Zwar nahmen die Bayern noch die Ehrenberger Klause, und der Kurfürst Max Emanuel überstieg den Brenner. Allein eben während seiner Abwesenheit jenseit des Brenner hob sich noch um so mehr der Muth der Bauern am Inn. Im Vereine mit der geringen Anzahl kaiserlicher Soldaten gingen sie zum Angriffe auf die festen Plätze vor. Sie nahmen Hall, dann Rattenberg. Sie bedroheten Innsbruck. Der Kurfürst eilte dahin zurück. Wie die Tiroler nur schwer eines Bayern schonten: so suchte Max Emanuel an Härte diejenigen zu überbieten, die er Rebellen nannte. Das Mittel schlug nicht durch. Der Kurfürst fühlte sich nicht mehr sicher in Innsbruck, und erwog zugleich, daß ihm der Rückweg abgeschnitten werden könnte. Er war noch nicht Willens seine vermeintliche Eroberung aufzugeben, sondern hinterließ Besatzungen im Scharnitzpasse, in der Ehrenberger Klause, in Kufstein. Aber für sich hielt er die Rückkehr für sicherer. Am 25. Juli brach er von Innsbruck aus. Bereits am 28. Juli überschritt er die bayerische Grenze nach Seefeld zu. Seine Invasion in Tirol hatte nicht volle zwei Monate gedauert. Leichter als sie hatte keine je begonnen, schmählicher als sie keine geendet.

Und hier haben wir uns abermals an die Daten zu erinnern. Wir haben vernommen, daß Vendome am 29. Juli das Trentino betrat, also am selben Tage, wo der Kurfürst Max Emanuel sich auf bayerischem Boden bereits wieder sicher fühlte.

Demnach fielen die Schläge gegen Tirol von Nord und Süd nicht gleichzeitig, wie Ludwig XIV. gewollt hatte, sondern nach einander. Und damit stellt sich die Bedeutung des verfehlten Unternehmens von Vendome gegen Ostiglia erst in das volle Licht. Es war nicht bloß in Italien zu Gunsten der Gegner ausgeschlagen, sondern mittelbar auch in Betreff Tirols, welches dadurch die Zeit gewann, sich des einen Feindes zu erwehren nach dem anderen, so wie den besonderen Vortheil, daß der eine Feind nichts Zuverlässiges wußte von dem anderen. Denn eine der wichtigsten Folgen der Erhebung der Tiroler gegen die Bayern war, daß jede directe Meldung des

Kurfürsten an Vendome, so wie Vendomes an den Kurfürsten, aufgefangen wurde, daß sie, nur einige Tagemärsche von einander stehend, im Monate Juli der Eine von dem Anderen nichts wußten, als die Nachrichten, die ihren Weg über Versailles genommen [1]). Dieser Zustand der Ungewisheit dauerte noch den Monat August hindurch. Vendome stand im Trentino. Dort nahm er hier und da einen Ort oder eine Burg, namentlich das feste Arco. Er hatte den besonderen Auftrag, die Besitzungen des Grafen Castelbarco zu plündern und zu zerstören, weil, wie Ludwig XIV. seinem Hofe in Versailles verkündete, Castelbarco dem Kaiser sehr heftige Maßregeln eingerathen hatte [2]). Jedenfalls hatte Castelbarco im Winter 1700/1 den Kaiser dringend gemahnt, in der Besetzung von Mailand den Franzosen zuvorzukommen. Noch früher aber hatte namentlich Castelbarco beigetragen, die Absicht einer sehr heftigen Maßregel eines Anderen zu vereiteln. Von ihm aus war an Wilhelm III. die dringende Warnung vor den Mordplanen des Conte Boselli ergangen [3]).

Die Absicht Vendomes war auf Trient gerichtet. Von einem nah gelegenen Berge betrachtete er sich diese Stadt. Es schien ihm nicht unmöglich eine Strecke oberhalb der Stadt eine Brücke über die Etsch zu schlagen. Wenn dies gelang, so war Trient für den Winter zum französischen Hauptquartiere ersehen [4]).

Mitten in solchen Erwägungen empfing Vendome, am 29. August, den Befehl seines Königs zur Rückkehr, wenn nicht bis zum Ende des Monates eine Nachricht vom Vormarsche des Kurfürsten einträfe. Die Begründung des Befehles bei Ludwig XIV. zeigt, daß er bereits für Villars in Deutschland, für Vaudemont in der Lombardei fürchtete. Die Antwort des Vendome dagegen beweist seine völlige Unkunde in Betreff des Kurfürsten. Er meldet, daß ihm ein französischer Soldat die Nachricht zugebracht: der Kurfürst habe sich aus Tirol zurückgezogen. Vendome hielt den armen Soldaten, der ihm die Wahrheit berichtet, für einen Betrüger, der gewonnen sei ihn zu täuschen, und glaubte um so fester an das Vorrücken des Kurfürsten. Er selber

[1]) Pelet t. III, p. 244.
[2]) Dangeau t. IX, p. 268.
[3]) Lexington Papers p. 258.
[4]) Dangeau t. IX, p. 280 und 288.

stehe im Begriff, sagte er, Trient zu bombardiren. Er bat den König, nur noch vierzehn Tage verweilen zu dürfen [1]).

Die Antwort Ludwigs XIV. traf schon am 11. September bei Vendome ein. Der König wies mit starkem Nachdrucke auf die Gefahren hin, die von dem Umschlagen des Herzogs Victor Amadeus ihm erwachsen würden, und gebot den schleunigen Abmarsch aus Tirol zur Vereinigung mit dem Heere Vaudemonts. Vendome gehorchte und ließ seinen Unmuth an einer Reihe von Dörfern aus, die er niederbrannte, weil sie, wie er sagte, die auferlegte Contribution nicht entrichtet und die Waffen nicht niedergelegt hatten. Seine Invasion im Trentino hatte etwa sechs Wochen gedauert, vom 29. Juli, wo er Brentonico betrat, bis zum 14. September, wo er wieder auszog. Die Art von Ehre, die er sich durch seine Thaten dort erworben, stand auf ziemlich gleicher Ebene mit derjenigen, die seinerseits der Kurfürst Max Emanuel davon trug. Nur kam für Vendome noch hinzu das Misfallen seines Königs. Denn bereits im Abmarsche begriffen, erhielt er noch ein anderes Schreiben desselben, voll nachdrücklichen Tadels über sein Zaudern gleich nach dem ersten Befehle aufzubrechen [2]).

Denn bereits hatten die Dinge sich völlig gewandt. Ludwig XIV., der wenige Wochen zuvor sich der Hoffnung erfreut hatte, den Menschen und Geld verschlingenden Krieg in Italien zu beenden, der gern die hochtrabende Rede des Villars vernommen, dem Kaiser in Wien das Gebot des Friedens vorzuschreiben, sah im Laufe des Monats August und im Anfange September auf beiden Kriegsschauplätzen die Dinge sich zu seinem Nachtheile wenden. In Deutschland befand sich der Marschall Villars in der Enge gegenüber dem Markgrafen, und es scheint, daß eins der Motive für den schleunigen Abzug des Kurfürsten aus Tirol bestanden hat in der Aufforderung des Königs, den Marschall Villars nicht ohne Hülfe zu lassen [3]). In Italien drohte, nach der Ansicht Ludwigs XIV. in Versailles, durch den Herzog Victor Amadeus ein völliger Umschwung zu Ungunsten Frankreichs. Der

[1]) Pelet t. III, p. 259.

[2]) A. a. O. p. 269.

[3]) A. a. O. t. III, p. 259: M. de Bavière ira rejoindre M. de Villars, sur la lettre que M. de Chamillart a écrite à M. de Ricous de la part de V. M.

hauptsächliche Factor für das Eintreten dieser Wendung war die von Niemandem vorausgesehene Erhebung der Tiroler Bauern. Das Gewicht, welches diese Erhebung für die Sache der Allianz, für den Gang des Krieges im Großen in die Wage legte, wog im Jahre 1703 schwerer als die nichts entscheidende Thätigkeit der großen, wohl ausgerüsteten Armee in den Niederlanden. Die Bildnisse der Tyroler Helden gingen durch Europa [1]).

Wir haben daher unsere Blicke dahin zu richten, von wo dem Könige Ludwig XIV. die Besorgnisse aufstiegen, die den Verzicht auf jegliches weitere Vordringen in Tirol bei ihm bewirkten, und zwar der Zeitfolge nach, zuerst auf den Herzog Victor Amadeus von Savoyen.

Ludwig XIV. hatte den Plan verfolgt, den ihm wohl bekannten Herzog an sich zu binden durch die Heirathen der Töchter des Herzogs mit seinen Enkeln. Wie im Jahre 1696 der Verschlag der Heirath der älteren Prinzessin mit dem Herzoge von Bourgogne eins derjenigen Mittel gewesen war, die den Herzog zum Abfalle von der damaligen Allianz wider Frankreich bewogen: so sollte im Jahre 1701 die Heirath der Jüngeren mit dem Herzoge von Anjou als dem neuen Könige von Spanien dazu dienen, den Herzog im voraus von den Gegnern des Hauses Bourbon zu trennen. Aber die Heirathen seiner Töchter nahmen von Victor Amadeus nicht den Druck des Bewußtseins, daß er selber fortan von der Macht des Hauses Bourbon völlig umklammert sein würde, und daß es daher seinem Interesse mehr entsprach, einen Rückhalt zu haben an dem Kaiserhause und dafür einen Lohn zu empfangen. In jedem Falle wollte er die Conjunctur ausnutzen. So jugendlich auch seine Tochter, die neue Königin von Spanien, damals noch war: so hatte sie doch die Wünsche des Vaters in dieser Beziehung völlig begriffen. Ihr unberechenbares Verhalten demgemäß gegenüber dem Gemahle Philipp V. in Madrid, mag dem alten Meister in Versailles, dem in diesem Falle seine üblichen Mittel des Erkaufens oder Bedrohens versagten, oft mehr Sorge bereitet

[1]) Diplomatic Correspondence of Sir Richard Hill t. I, p. 30: the Tyrol-heroes. — Ebendort p. 265.

haben, als mancher wohl überlegte Plan seiner Gegner. Indessen nicht das Thun und Treiben des jungen Königspaares von Madrid fordert hier zunächst unsere Aufmerksamkeit, sondern der Vater Victor Amadeus.

Er hatte von Anfang an den Häuptern der Allianz kund gegeben, daß er nur einer günstigen Gelegenheit harre. (Bd. IX, S. 470.) Ob aufrichtig, ob nicht: die Uebermacht der Franzosen in Italien zwang ihn mit ihnen zu gehen. Im Laufe des Jahres 1703 ließ er in London und in Wien bestimmtere Andeutungen machen, immer im tiefsten Geheimnisse. Der Kaiser entsendete den Grafen Auersperg, die Bedingungen eines Bündnisses mit Victor Amadeus festzustellen. Im Sommer 1703 kam Auersperg, unter fremdem Namen, in Turin an, und seine Anwesenheit dort ward mit aller erdenklichen Vorsicht verheimlicht. Der Herzog persönlich, ohne Begleitung, begab sich zu ihm um elf Uhr Nachts. Auersperg seinerseits entsprach dieser Vorsicht. „Denn, sagt er, wenn meine Anwesenheit hier ruchbar würde: so stünde dem Hause Savoyen schweres Unheil bevor" [1]). Er so wenig wie Victor Amadeus hatten eine Ahnung, daß alle diese Vorsicht bereits überflüssig, daß, wie wir gesehen haben, Ludwig XIV. bereits am 25. Juni dem Marschall Vendome seine Kenntnis der Sache mittheilte, und zwar mit Nachdruck betonend, daß sie von unverdächtiger Stelle ihm zukomme. In Rom ging einige Zeit später das Gerücht, daß eine Freundin des Herzogs Victor Amadeus den Hof von Versailles in Kenntnis gesetzt, und daß der Herzog, endlich darüber zur Klarheit gekommen, die Dame hinausgewiesen habe [2]). — Jedoch scheint, nach den späteren Berichten des französischen Gesandten in Turin, Phelypeaux, daß auch dieser von Anfang an um die Anwesenheit Auerspergs in Turin gewußt, und jeden Schritt desselben ausgeforscht habe [3]).

Auersperg begann die Verhandlung mit großen Hoffnungen. Er glaubte wahrzunehmen, daß der Herzog Victor Amadeus den aufrichtigen

---

[1]) Hill's Correspondence t. I, p. 10. Vom 14. Juli.

[2]) Lambergs Bericht vom 22. December: Si dice che Madama Arco come favorita del Duca di Savoya habbi la prima informata la corte di Francia di tutti gli andamenti di quel prencipe, e per questo l' habbi esigliata e fatto partire da i suoi stati.

[3]) Der Bericht in den Mémoires de Tessé. t. II, p. 8 et suiv. Man sehe namentlich p. 11.

Willen habe für immer mit dem Kaiser zu gehen. In diesem Sinne berichtete er nach Wien, und dem entsprechend ergingen von da aus die Meldungen nach dem Haag und nach London. Denn das Verhältnis war im Wesentlichen dasselbe wie bei Portugal: von dem Kaiser hing es ab diesen oder jenen Landstrich aus dem spanischen Erbe als Lohn zu bewilligen; auf die Seemächte kam es an, zu diesem Zwecke die Mittel der Kriegführung herzugeben, nämlich Geld zu zahlen. Noch im Juli ernannte die Königin einen Gesandten nach Turin, Sir Richard Hill. Wir haben zu den Zeiten Wilhelms III. wiederholt beobachtet, daß ein Grund seiner geringen Mittheilsamkeit den Engländern gegenüber bestand in der Erfahrung, daß ein Engländer in Betreff der Angelegenheiten auswärtiger Politik allzu leicht geneigt war, seinen Landsleuten nichts zu verschweigen. Im Sommer 1703 ward eine solche Vorsicht nicht beobachtet. Demgemäß ging jene Kunde aus. Während Victor Amadeus in Turin die Vorsicht beobachtete, mit dem kaiserlichen Bevollmächtigten nur bei Nacht zusammen zu kommen, las man bereits im August in den europäischen Zeitungen, daß der neue englische Gesandte sich auf dem Wege nach Turin befinde. Victor Amadeus suchte abzuwenden, indem er auf verschiedenen Wegen dem Gesandten Hill die Bitte zugehen ließ, im Haag zu bleiben. Der Verdacht des Herzogs jedoch, daß durch die Briefe des Hill vom Haag aus, im August 1703, die Sache nach Versailles gelangt sei, ist nicht gerechtfertigt [1]). Wir haben gesehen, daß Ludwig XIV. besser bedient war als durch jene Zeitungen.

Es verging Woche auf Woche, ohne daß man zu einem Abschlusse kam. Victor Amadeus schien geneigt; aber zugleich fürchtete er, und wollte möglichst hohen Preis. Er schien krank vor Erregung [2]). Jegliche Nachricht von den verschiedenen Kriegsschauplätzen übte auf ihn ihre Wirkung, antreibend oder zurückhaltend. Zu Ende August jedoch überwog die Furcht. Am 21. August nämlich hatte Ludwig XIV. den savoyischen Botschafter in sein Cabinet berufen, und, wider die

---

[1]) Eine lange Reihe von Briefen Hill's darüber in Hill's Correspondence t. I, p. 239. Man vergleiche dort p. 51, so wie das merkwürdige Schreiben Auerspergs p. 40, ferner 41 und 42, in Bezug auf das Schreiben della Torres p. 38.

[2]) Auerspergs Bericht vom 18. August, in Hill's Correspondence t. I, p. 24.

Gewohnheit, alle andern Personen abtreten lassen. Die Hofleute beobachteten beim Hervorkommen des Botschafters an ihm einige Bestürzung. Er sei erbötig, sagte er, sich den Hals abschneiden zu lassen, wenn das über seinen Souverän verbreitete Gerücht wahr wäre [1]). Der Bericht dieses Botschafters wirkte dem entsprechend auf den Herzog Victor Amadeus. Auersperg, der den Anlaß nicht kannte, meinte: es sei ein panischer Schrecken über Victor Amadeus gekommen. „Niemals, meldet er, habe ich einen Mann so plötzlich alle Haltung verlieren sehen." Auersperg sah die Sache für abgebrochen an, und bat in Wien, dies nach dem Haag und nach London kund zu thun [2]). Bereits schickte er sich zur Abreise an. Dennoch bewog ihn dann der Herzog noch zu verweilen, und in seinem Palaste in Turin Wohnung zu nehmen. Dort verhandelten sie abermals. „Er möchte nicht gern mit uns abbrechen, meldet Auersperg. Andererseits aber locken ihn die Vorspiegelungen Frankreichs. Er lebt demgemäß in dem Glauben: beiderseitig fühle man so sehr die Nothwendigkeit ihn zu gewinnen, daß er in jedem Falle ein gutes Geschäft machen müsse." Die eigene Neigung trieb ihn mehr zu den Verbündeten; aber für Frankreich sprach die Furcht, daß es zuschlagen könne, bevor er dagegen eine Deckung habe [3]).

Während noch Victor Amadeus den Monat September hindurch nach beiden Seiten hin seine freundschaftliche Gesinnung betheuerte, faßte Ludwig XIV. bereits am 12. September den Entschluß des Zuschlagens. Die Sache verzögerte sich nur dadurch, daß Vendome und Vaudemont ihre Macht nicht für ausreichend hielten, den weitgehenden Befehl des Königs sofort auszuführen, und zugleich gegen die kaiserliche Armee gedeckt zu sein. Vendome traf zunächst die Vorbereitungen, um die piemontesischen Truppen zu entwaffnen [4]).

Nach einem langen Marsche, der am 15. September bei Riva, am nördlichen Ufer des Gardasees begann, überschritt Vendome am 28. September den Po, und bezog das Lager von San Benedetto. Er vertheilte die Truppen so, daß die piemontesischen sich nach allen Seiten zwischen die französischen eingeschlossen befanden. Dennoch hatten nach

[1]) Dangeau t. IX, p. 273.
[2]) Auerspergs Bericht vom 25. August in Hill's Correspondence t. I, p. 31.
[3]) A. a. O. p. 37. Auerspergs Bericht vom 8. September.
[4]) Pelet t. III, p. 270 et suiv.

seiner Ansicht die Offiziere des Herzogs keine Ahnung dessen was ihnen bevorstand [1]).

Am Morgen des 29. September ließ Vendome, unter dem Vorwande Revue halten zu wollen, die Truppen ins Gewehr treten. Zugleich berief er einen Kriegsrath, zu welchem er die höheren piemontesischen Offiziere zuzog. Dort legte er, gemäß der Weisung des Königs, das Verhalten des Herzogs Victor Amadeus dar, und bezeichnete es als Perfidie, welche ihm die Nothwendigkeit auferlege zuvorzukommen. Nachdem dann Vendome den bisher bewiesenen Eifer der piemontesischen Truppen anerkannt, eröffnete er, daß er bei dieser Lage der Dinge den Befehl habe sie zu entwaffnen und als kriegsgefangen zu behandeln, so jedoch, daß den Offizieren der Degen und die Pferde und den Soldaten ihr persönliches Eigenthum verbliebe. Da die Anstalten so getroffen waren, daß jeder Widerstand unmöglich erscheinen mußte: so fügten sich die piemontesischen Offiziere schweigend in das Geschick und eben so die Mannschaft. Die Zahl der Dienstfähigen betrug 2400 Mann. Etwa Eintausend lagen krank.

Nach dem Urtheile kundiger Zeitgenossen dürfte es fraglich sein, ob der Herzog Victor Amadeus bis dahin einen Entschluß gefaßt hatte. Der Prinz Eugen versichert dem Grafen Starhemberg in jedem Briefe, daß die Sache ungewis. Selbst die Kunde des Schrittes der Entwaffnung ist in seinen Augen noch nicht durchschlagend. „Wir hier in Wien, schreibt er an Starhemberg, am 18. October, wissen noch nichts von Turin. Wenn der Vertrag mit dem Herzog zu Stande käme: so würden wir ihn den Franzosen verdanken, und die Sache wäre mithin eins der Mirakel des Hauses Oesterreich. Denn ich bin fest überzeugt, daß der Herzog mit dem Entschlusse, zu uns überzutreten, nicht fertig war. Er erhob täglich neue Ansprüche, und forderte Dinge, die man ihm nicht bewilligen konnte, und dies noch sogar dann, als man ihm alles Verlangte zugestanden und Auersperg noch dazu seine Instructionen weit überschritten hatte. Demnach war die Sache vor diesem neuen Schritte von Seiten Frankreichs entfernter als am ersten Tage der Verhandlung" [2]).

---

[1]) Pelet t. II, p. 278. Auch für das Folgende.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft, S. 185.

Zugleich jedoch gab der Prinz Eugen, auf Befehl des Kaisers, dem Grafen Starhemberg die Vollmacht, im Falle des Abſchluſſes, dem Herzoge Victor Amadeus ohne weitere Anfrage jede verlangte Hülfe zu gewähren.

Ludwig XIV. war inzwiſchen nicht ſtehen geblieben bei dem Acte der Entwaffnung. Er hatte noch einen anderen hinzugefügt, den äußerſten, den er thun konnte.

Nach der Entwaffnung der Truppen entſendete der Marſchall Vendome einen Offizier mit einem Schreiben Ludwigs XIV. an den Herzog Victor Amadeus. Das Schreiben lautet: „Monsieur. Puisque la religion, l'honneur, l'intérêt, l'alliance et votre propre signature ne sont rien entre nous, j'envoie mon cousin le duc de Vendôme à la tête de mes armées pour vous expliquer mes intentions. Il ne vous donnera que vingt-quatre heures pour vous déterminer. Louis“ [1]).

Victor Amadeus gab keine ſchriftliche, ſondern nur die mündliche Antwort: „Les airs de hauteur et de mépris dont on a usé à mon égard, joints à l'affront qu'on vient de faire à mes troupes, m'ont déterminé à prendre des mesures qui me mettent à couvert de toute insulte. Mon parti est pris, les menaces ne m'étonnent point. Je n'ai point d'autres explications à donner, ni d'autres propositions à entendre“.

Moraliſch wogen die beiden Perſönlichkeiten, die hier in ſo ſcharfer Weiſe auf einander trafen, etwa gleichwerthig. Vergleichen wir aber die beiderſeitigen Aeußerungen hier mit dem vorangeführten Schreiben des Prinzen Eugen an Starhemberg: ſo ergibt ſich, daß Ludwig XIV. ſelber dasjenige gethan, was der Prinz Eugen von ihm hoffte, nämlich, daß er den noch ſchwankenden Herzog Victor Amadeus den Verbündeten in die Arme getrieben hatte. Jene hochfahrenden Worte Ludwigs XIV., die dem Herzoge nur die Wahl beließen zwiſchen der moraliſchen Selbſtvernichtung oder dem Kampfe, enthalten daher eine

---

[1]) Lamberty t. II, p. 564 gibt das Billet Ludwigs XIV. mit einigem Zweifel an der Echtheit. Aber es findet ſich auch in den Oeuvres de Louis XIV. t. VI, p. 135. Ferner in den Mémoires de Tessé t. II, p. 4. Ferner bei La Lande: histoire de Charles VI. t. I, p. 417.

der größten Thorheiten, zu denen der Hochmuth den König Ludwig XIV. verlockt hat.

Daß es dem Herzoge Victor Amadeus mit seinem Kampfe Ernst war, fühlten sofort die Franzosen innerhalb seines Machtbereiches, namentlich der Botschafter Phelypeaux, der wie ein Gefangener behandelt wurde. Er verfaßte später einen langen Bericht an den König über alle ihm widerfahrenen Verletzungen des Völkerrechtes [1]). Diese sind demgemäß unzweifelhaft. Eben so gewis aber ist, daß, wenn der Bericht Phelypeaux der Wahrheit völlig entspricht, sein Eifer, den Herzog Victor Amadeus anzuklagen, in Versailles als eine der wirksamsten Triebfedern gedient hatte, Ludwig XIV. zu jenem politischen Fehlgriffe wider den Herzog zu verleiten. Ja selbst auch nachher noch klangen die Aeußerungen des Phelypeaux wie darauf berechnet, den Herzog Victor Amadeus zu reizen. Auf die Ankündigung des Hausarrestes erwiederte der französische Botschafter: „Son Altesse Royale n'a pas tant de raison de s'assurer de ma personne, que le roi en a eue de faire désarmer ses troupes. Devoit-Elle douter qu'étant à la solde du roi, ce monarque ne fût le maître de sa personne, de ses troupes, de ses états?" Victor Amadeus hob bei seinen Beschwerden vor den anderen Mächten besonders diese frechen Worte hervor [2]).

Einstweilen freilich gingen die Worte von beiden Seiten, sowohl des Königs als des Herzogs, über das Maß der Thatsachen hinaus. Der Letztere hatte nicht, wie er sagte, die Maßregeln getroffen, die ihn sicherstellen würden. In der Hoffnung sich immer theuerer auszubringen, hatte er bis dahin gezaudert, seine Allianzen abzuschließen. Erst das französische Vorgehen wider ihn brachte die Willigkeit zur Reife. Aber diese Basis, von welcher aus er Hülfe verlangen durfte, war erst noch zu schaffen: zunächst hatte er nur seinen Nothruf zu entsenden.

Die Worte des Prinzen Eugen an Starhemberg haben dargethan, daß die Bereitwilligkeit auf den Nothruf zu hören, in Wien vorhanden war, bevor noch dieser dahin gelangte. Victor Amadeus

---

[1]) Der Bericht in den Mémoires de Tessé t. II, p. 8 et suiv.

[2]) Lamberty t. II, p. 565.

ersuchte den Grafen Starhemberg, am 8. October, mindestens zwei- bis dreitausend Reiter in aller Eile nach Piemont abzusenden [1]). Starhemberg konnte nur 1200 entbehren. Das Commando derselben erhielt der Marchese Visconti, ein geborener Piemontese. Es gelang ihm, nach unsäglichen Mühsalen und harten Verlusten, mit noch 800 Mann am 26. November in Carignano einzutreffen. Dort empfing der Herzog Victor Amadeus die muthige Schaar, um ihnen seine volle Anerkennung für ihre bewundernswürdige Ausdauer auszusprechen [2]).

Inzwischen entwickelte Victor Amadeus nach allen Seiten den regsten Eifer. Bereits am 7. October erging seine Kriegserklärung wider Frankreich. Am 25. October kam der Allianz-Vertrag zum Abschlusse, zunächst mit dem Kaiser, so daß dieser das Reich und die Seemächte zum Beitritte auffordern würde. Der Kaiser versprach dem Herzoge 20,000 Mann zur Hülfe zu senden, und im Namen der Seemächte, daß dem Herzoge die Mittel zum Unterhalte eines eigenen Heeres gezahlt werden sollten [3]). Victor Amadeus entsendete zugleich Handschreiben an die Königin von England und an die Generalstaaten. Er legte den Hergang der Dinge dar. Er betheuerte, wie leid es ihm thue, nicht bereits längst auf sein eigenes Interesse bedacht gewesen zu sein. Er versicherte, daß er nun alle Truppen sammele, die ihm noch geblieben, daß er die Milizen aufgerufen, die Waldenser bewaffne. Aber Vendome nahe heran mit der schrecklichen Drohung, sein Land zu verheeren. Er sei verloren, wenn nicht die Königin und die Generalstaaten ihn retteten. Bereits habe er den Erzherzog Carl als König von Spanien anerkannt. Aber man möge ihm antworten ohne Zeitverlust. „Er schreit um Hülfe, meldet der für Turin bestimmte Gesandte Hill an Nottingham, als stünde sein Haus in Flammen" [4]).

Aber jedes seiner Worte fiel, namentlich in London, auf einen günstigen Boden. Die Forderungen des Herzogs waren ungleich höher als in dem vorigen Kriege. Damals hatten sich die Subsidien für ihn vertheilt auf Spanien, England, die Republik. Er verlangte nun

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 221.
[2]) A. a. O. S. 236.
[3]) Der Vertrag bei Lamberty t. II, p. 547.
[4]) Hill's Correspondence t. I, p. 274.

denselben Betrag von den beiden Seemächten, 100,000 Kronen vorab, und dann monatlich 80,000 Kronen, für die er ein Heer von 15,000 Mann errichten werde. Die Königin Anna war willig für zwei Drittel, und zwar sofort zu zahlen, wenn nur auch die Republik ein Drittel zahlen wolle [1]). Dabei hafteten die Blicke der Engländer nicht an Piemont, beschränkten sich nicht auf den Plan der Vertheidigung. Sie sannen auf eine Offensive von Piemont aus gegen Frankreich. Hill erhielt den Auftrag, dem Herzog Victor Amadeus anzukündigen, daß im nächsten Frühlinge eine mächtige Flotte im Mittelmeere erscheinen werde. Zugleich gedachte man in England und Holland die Erhebung in den Cevennen zu unterstützen mit Geld und mit Waffen.

Es war für Ludwig XIV. ein ungeheuerer Umschwung. Bis tief in das Jahr 1703 hinein, hatte er sich mit der Hoffnung getragen, daß der verzehrende Schlund des Krieges in Italien nun endlich sich schließen werde. Es war anders gekommen. Bis dahin wurde dieser kostbare Krieg, bei allen Opfern, die er forderte, wenigstens auf fremdem Boden geführt. Nun drohten die Flammen herüberzuschlagen auf den eigenen Boden Frankreichs.

Denn auch die Drohung Ludwigs XIV., vom 3. October, gegen den Herzog Victor Amadeus ging über das Maß der Thatsachen hinaus. Er wollte allerdings sofort das Land Piemont besetzen lassen. Vendomes Absicht erstreckte sich noch weiter: er wollte Turin belagern. Alle anderen Mittel, meinte er, seien unzulänglich: dort müsse man dem Herzoge Victor Amadeus den Todesstreich versetzen [2]). Zunächst ernannte Ludwig XIV. den Marschall Tessé zum Commandanten im Dauphiné, mit dem Befehle, nach Savoyen vorzudringen, dies Land zu besetzen und von da aus dem Marschall Vendome hülfreiche Hand zu bieten [3]). Da jedoch dann der Prinz Vaudemont damals erkrankte, so erhielt Tessé an seiner Statt das Commando in der Lombardei, La Feuillade dasjenige in Savoyen. Sie sollten die Unternehmung Vendomes gegen Turin unterstützen. Aber

---

[1]) Hill's Correspondence t, I, p. 64.
[2]) Pelet t. III, p. 293.
[3]) Mémoires de Tessé t. II, p. 99.

der Winter stand bevor. Und dann fragte es sich, ob nicht der Kaiser ein Wort mit dareinreden werde. Der Vertrag vom 25. October verhieß dem Herzog Victor Amadeus eine kaiserliche Armee von 20,000 Mann. Demgemäß verlangte er eine stärkere Hülfe als diejenige des Corps von Visconti. Der Prinz Eugen erwiederte ihm, am 3. November, daß dem Kaiser die Erhaltung des Herzogs am Herzen liege gleich der eigenen [1]). Die Frage war nur, was man leisten konnte.

Es war dem Prinzen Eugen, bei aller rastlosen Anstrengung, dennoch auch nach Monaten seiner Amtsthätigkeit noch nicht gelungen, in dem vorgefundenen Chaos der Kriegsverwaltung eine Ordnung zu schaffen. Er selber zeichnet, am 3. October, dem Grafen Starhemberg die Lage der Dinge mit den folgenden Worten: „E. E. können unmöglich glauben, noch sich vorstellen, welche große Confusion hier im Ministerium herrscht, und in welche Unordnung die Dinge gerathen sind, seitdem ich Sie in Italien verlassen habe. Ja, ich kann versichern, daß, wenn ich nicht selbst hier wäre und alles mit eigenen Augen sähe, kein Mensch es mich glauben machen könnte. Denn, wenn die ganze Monarchie auf der äußersten Spitze stünde und wirklich zu Grunde gehen sollte, man aber mit nur fünfzigtausend Gulden oder noch weniger in der Eile aufhelfen könnte: so versichere ich E. E., daß man es müßte geschehen lassen und daß ich nicht zu steuern wüßte" [2]).

Dessen ungeachtet ist, wenn auch die Einzelnheiten dem Blicke entschwinden, unverkennbar, daß im Jahre 1703, seitdem der Prinz Eugen die Kriegsverwaltung übernommen, der Stand der kaiserlichen Armee in Italien sich gehoben hatte. Sie war im Herbste, ungeachtet der Verluste des Feldzuges, an Zahl stärker als im Frühlinge, in Allem fast 40,000 Mann. Eben so hatte, obwohl die Klagen nicht verstummten, dennoch der Zustand sich gebessert [3]).

Bereits im November ward es klar, daß Vendome seinen Plan einer unmittelbaren Bedrohung von Turin nicht mehr auszuführen vermöge, daß er zunächst bedacht sei auf die Winterquartiere. Aber er vertagte nur seinen Plan auf den Beginn der besseren Jahreszeit.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, Supplementheft S. 142.

[2]) A. a. O. S. 126.

[3]) A. a. O. S. 239. Die Bemerkungen dort sind durchaus zutreffend.

Darum ließ Victor Amadeus nicht ab, durch fast tägliche Couriere in Wien um Hülfe zu mahnen. Die Ausführbarkeit dessen wurde dem Feldzeugmeister Starhemberg anheim gestellt. Seine Armee stand in dem Winkel zwischen dem Po und der Secchia, in beständiger Gefahr, dort durch das Abschneiden der Zufuhr zu Grunde zu gehen. Darum war in Starhemberg seit Monaten der Wunsch lebendig, durch einen kühnen Schritt sich aus dieser bedrängten Lage zu befreien. Im Anfange December kam er zum Entschlusse, den er dem Prinzen Eugen kund gab mit den folgenden Worten: „Ich berufe für morgen die Generale zu einem Kriegsrathe. Es muß etwas gethan werden. Als Ergebnis alles meines Nachsinnens über unsere Lage kann ich Ew. Durchlaucht nur sagen: Aut Caesar, aut nihil. Bleiben wir noch länger hier, so gehen wir unfehlbar vor Hunger zu Grunde; marschiren wir, so setzen wir alles aufs Spiel. Ich glaube aber, es ist besser alles zu wagen, als elendiglich unterzugehen. In wenigen Tagen muß der Entschluß gefaßt sein: Aut vincere, aut mori!“ [1])

Der Kriegsrath der Generale stimmte zu. Man verständigte sich mit dem Herzog Victor Amadeus über das Entgegenkommen von seiner Seite. Man suchte zugleich den Marschall Vendome über den eigentlichen Plan des Marsches nach Piemont zu täuschen, und die Correspondenz desselben mit Ludwig XIV. läßt ersehen, daß diese Täuschung gelang [2]). „Es gibt keinen günstigeren Augenblick unsere Vereinigung zu vollziehen, meldet der Herzog Victor Amadeus dem Grafen Starhemberg, am 14. December; denn wir werden den Feind niemals wieder so schwach und so verstreut finden, als gerade jetzt“ [3]). Am Weihnachtsfeste brach Starhemberg von Revere auf mit 14,000 Mann. Unmittelbar vorher schrieb er an den Prinzen Eugen: „In diesem Augenblicke besteige ich das Pferd. Ich werde trachten, die Linien der Feinde zwischen Carpi und Bastiglia zu durchbrechen. Morgen wird man wissen, welches Ende der gute Gott unserem Unternehmen verliehen. Ich gehe ein großes Spiel zu spielen: an Sr. Kaiserlichen Majestät wird es sein, den Einsatz zu bezahlen“ [4]).

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 246.
[2]) Pelet t. III, p. 329 et suiv.
[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 266.
[4]) A. a. O. S. 268.

Vendome erhielt in Benedetto die Kunde dieses Aufbruches. Die Macht, die er um sich sammeln konnte, war zu gering zu einem Entgegenstellen. Er konnte dann nur noch folgen. Am 30. December berichtete Starhemberg aus seinem Lager bei Parma dem Prinzen Eugen den bisherigen Verlauf. „Wir sind, meldet er, durch die feindlichen Posten gerückt. Der Herzog von Vendome war mit dem größeren Theile seiner Truppen dort. Wenn unsere Armee besser organisirt und unser Fuhrwesen geeigneter eingerichtet wäre: so würden wir drei Märsche über den Feind gewonnen haben. Der gütige Gott hat uns durch das schöne Wetter und die Unachtsamkeit unserer Feinde sehr begünstigt. Wir sind sehr spät hier angelangt und haben viele Marode und Nachzügler. Die Feinde folgen uns und werden schon sichtbar jenseit der Enza, drei Meilen von hier. Ich weiß nicht, ob es ihre ganze Armee ist. Wenn sie sich nähern, müssen wir uns schlagen, was wir so gut thun wollen, wie wir können. Der Herzog von Parma will nichts davon wissen, uns Geld zu leihen oder zu geben. Das ist eine Sache, über welche ich ihm, wenn unser Geschick entschieden sein wird, mit größerem Nachdrucke Rechenschaft abfordern werde. Es ist mir nicht möglich zu berichten, was vorgeht. Wir marschiren und arbeiten Tag und Nacht, haben keine Verbindung im Rücken, und ich muß mich auch zur Besorgung dieses Schreibens eines heimlichen Freundes bedienen" [1]).

In den ersten Tagen des Januar 1704 wurde die Witterung ungünstig, mit Regen und Schnee. Das Fort Stradella mit spanischer Besatzung mußte genommen werden. In Folge dieses Zeitverlustes kam der Marschall Vendome wieder näher. Sein Bruder, der Großprior Vendome, hielt mit 8000 Mann die Ufer der Bormida besetzt. Zugleich aber rückte auch der Herzog Victor Amadeus heran. Der Uebergang über die Bormida war daher die Frage der Entscheidung.

Am 11. Januar begann Starhemberg den Uebergang aufwärts von der Stellung des Großpriors. Der Marschall Vendome hatte an diesem Morgen zuerst die Orba zu überschreiten, deren Gewässer, in Folge des Thauwetters hoch angeschwollen, den Brückenschlag um einige Stunden verzögerten. Die Mehrheit des kaiserlichen Heeres

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 273.

hatte daher bereits die Brücke der Bormida überschritten, als am Nachmittage der Marschall Vendome mit starker Macht der Nachhut zu Gesichte kam. Es entbrannte ein harter Kampf, in welchem die kaiserlichen Generale Solari und Liechtenstein fielen, überhaupt beide Parteien schwere Verluste erlitten [1]). Aber die Hauptsache war entschieden: Starhemberg stand jenseit der Bormida.

Bereits am nächsten Tage, dem 12. Januar, berührte man sich mit der piemontesischen Vorhut. Am Abende des 13. begrüßten Starhemberg und der Herzog Victor Amadeus einander auf der Landstraße von Canelli. Das große Wagnis war gelungen: 12,000 Mann erprobter kaiserlicher Truppen standen bereit zum Schutze Piemonts, und zur Offensive von dort aus gegen Frankreich. Es war die Folge des Hochmuthes von Ludwig XIV. am 3. October.

Der ruhmvollen That entsprach die Anerkennung des Kaisers. „Wir sind zwar, wie Du selbst meldest, schrieb der Kaiser an Starhemberg, vor Allem schuldig, der starken Hand Gottes diesen erwünschten Ausschlag zuzuerkennen, und dafür unseren demüthigsten Dank abzustatten; weil aber Deiner Prudenz, tapferen und wachsamen Anführung aller andere Ruhm zukommt und gebührt, und auch die übrigen Generale und Offiziere sammt und sonders wegen ihrer dabei erwiesenen Standhaftigkeit und Herzhaftigkeit besonderes Lob verdient und erworben haben: also thun wir Dir zuvörderst deshalb unsere gnädigstgefällige Gnaden-Erkenntlichkeit bezeigen und zu mehrer Bekräftigung unseres gnädigst hierunter habenden Vergnügens, Dich zu der Würde unseres Feldmarschalls hiermit erheben und erklären, sodann Dir aufgeben, daß Du auch alle Uebrigen, unsere Generale und andere Offiziere, welche an diesem glorioſen Succeß einen Antheil haben, nach Verhältnis ihrer Stellen unseres gnädigsten Willens und kaiserlicher Gnaden versichern mögest" [2]).

Mit festerem Vertrauen, als am Schlusse eines der beiden Jahre zuvor, durften die Verbündeten dem Feldzuge in Italien für das Jahr 1704 entgegensehen. Minder günstig standen zur selben Zeit die Dinge

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 279. — Man vgl. Pelet t. III, p. 349.

[2]) A. a. O. S. 282.

in Deutschland. Wir haben die Ereignisse in Italien verfolgt von dem misglückten Angriffe auf Tirol an, im Sommer 1703. Von demselben Ausgangspuncte, von dem nicht ehrenvollen Rückzuge des Kurfürsten Max Emanuel aus Tirol an, haben wir sie zu verfolgen in Deutschland.

Wir haben den Marschall Villars verlassen in seinem befestigten Lager zwischen Dillingen und Lauingen, während der Kurfürst Max Emanuel gegen Tirol zog. Der Markgraf Ludwig von Baden lagerte bei Haunsheim. Seine Macht reichte im Juli zu einem Angriffe auf die Verschanzungen von Villars nicht aus. Der letztere dagegen trug einen Vortheil davon in dem Reitergefecht von Munderkingen, in welchem der Herzog Christian, einer der Söhne der Kurfürstin Sophie, in der Donau das Leben ließ. Das Gefecht übte auf den Gang der Dinge im Großen keinen Einfluß. Im Juli und August rückten dem Markgrafen Verstärkungen zu. Die Generalstaaten bewilligten, daß er die holländischen Bataillone unter Goor von Stollhofen her an sich zog. Im August trafen die Preußen ein, welche der König Friedrich I., gemäß dem Vertrage über seine Krone, zu stellen hatte. So stattlich die letzteren Truppen sich ausnahmen: so lästig wurden sie dem Markgrafen durch ihre Ansprüche. Der Commandant Leopold von Dessau weigerte sich, einen anderen Befehl anzunehmen, als von dem Markgrafen selbst. Dazu zeigte er eine Instruction vor, welche ihm zur Pflicht machte, zu Ende August zur Rückkehr aufzubrechen, ohne alle Rücksicht, wenn nicht bis dahin von Seiten des Kaisers die vertragsmäßigen Subsidien von 100,000 Thalern gezahlt wären [1]). Wir sehen demnach, wie auch sogar die Weise der einzelnen Söldner des sechszehnten Jahrhunderts, auf einen Befehl zum Angriffe zu antworten mit dem Rufe: Erst Geld — von dem neuen Könige Friedrich in großem Maßstabe nachgeahmt wird. Die Zahlung von Seiten des Kaisers erfolgte, zugleich aber auch die Entscheidung, daß unter Offizieren vom gleichen Range den kaiserlichen der Vorzug gebühre [2]).

---

[1]) Röder Bd. I, S. 189.

[2]) A. a. O. S. 195.

Ludwig XIV. hatte unterdessen auch das Corps des Marschalls Tallard am Rheine verstärkt, und seinen Enkel, den Herzog von Bourgogne, dahin entsendet. Sie faßten zuerst die Belagerung von Breisach ins Auge. Ludwig von Baden war darüber nicht unzufrieden, weil der etwaige Fall von Breisach nicht etwa den Feinden erst einen Rheinübergang schaffe, sondern zu den bereits vorhandenen nur noch einen neuen hinzufüge, so daß auch der etwaige Erfolg keinen neuen Nachtheil bringe. Breisach aber, fest und stark, der beste Platz, den er je gesehen, habe eine Besatzung von 4000 kriegsgeübten Soldaten. Der Markgraf gebot dem Commandanten Arco, sich bis auf den letzten Mann zu wehren, und der Kaiser erließ auch seinerseits die gleiche Mahnung, so wie diejenige zur Verträglichkeit an die Grafen Arco und Marsigli in Breisach [1]).

Als Ludwig von Baden sich in der zweiten Hälfte des Monats August genügend verstärkt sah, entwarf er einen umfassenden Plan. Er kündigt ihn dem Kaiser an mit den Worten: „Der Monat September dürfte seltsame Händel bringen. Gott gebe Alles zu Ew. Kaiserlichen Majestät Besten und mir das Glück, mich Dero Gnaden würdig zu machen!“ [2]) Er theilte seine Armee. Die stärkere Hälfte beließ er unter Styrum im Lager von Haunsheim, mit dem Auftrage, den Marschall Villars zu beobachten und, nach Umständen, anzugreifen. Mit der anderen Hälfte marschirte er gegen Ulm zu, überschritt die Donau und wandte sich südwärts. Sein nächster Zweck war die Verbindung mit Tirol herzustellen, und dann sich der wichtigen Reichsstadt Augsburg zu versichern.

Der Marschall Villars hatte die Absicht des Markgrafen bei dessen Aufbruche sofort durchschaut. Welche Urtheile man nach dem späteren Gange der Dinge auch über den Markgrafen fällen mag: die Besorgnis des Marschalls vor ihm ist ein eben so starker Beweis für die Richtigkeit der Entwürfe des Markgrafen, wie seine eigene Zuversicht. Villars sah nach der Rückkehr des Kurfürsten aus Tirol die Dinge sich für die bayerisch-französische Sache dort täglich trüber gestalten. Der Kurfürst blieb in München. Unterdessen drangen von

---

[1]) Röder Bd. I, S. 192 und 198.

[2]) A. a. O. S. 191.

Tirol, von Ober-Oesterreich aus, die Kaiserlichen in Bayern ein und hausten, wie zuvor die Bayern in Tirol. Villars indessen war der Ansicht, daß für Frankreich die Umgebung des Kurfürsten noch gefährlicher sei als die Kaiserlichen. Er meldete dem Könige, daß die Unfälle des Kurfürsten in Tirol nicht denkbar seien ohne Verrath. Max Emanuel sei in völliger Unordnung von dort zurückgekommen, ohne andere Beute als das im Schlosse Ambras erlangte Porzellan und ein bronzenes Pferd. Schuld daran trügen die Generale und Minister, denen Villars einen Lohn wünscht, entsprechend ihrem Verdienste. Er hebt ferner hervor, daß namentlich die Kurfürstin nicht ablasse mit ihren Bitten, dem Bunde mit Frankreich zu entsagen [1]).

Zunächst daher drängte Villars in den Kurfürsten, sich wieder zum Heere zu begeben. Er malte die Gefahr aus, die aus dem Plane des Markgrafen auf Augsburg erwachse. Im Besitze dieser Stadt würden die beiden Armeen des Markgrafen die französisch-bayerische einschließen und erdrücken. Darum möge der Kurfürst zuvorkommen, so lange es noch Zeit, möge selber sich der Stadt Augsburg bemächtigen.

Der Kurfürst gab endlich den dringenden Mahnungen des Marschalls nach und begab sich auf den Weg. Er gebrauchte, wie Villars behauptet, für die Reise von München bis zum Hauptquartiere acht Tage. Villars drängte in ihn zum Marsche auf Augsburg. Der Kurfürst willigte zögernd ein. Aber der Oberbefehl stand nun bei ihm.

Es ist hier von besonderem Interesse, die beiden entgegengesetzten Berichte zu vergleichen: denjenigen des Markgrafen an den Kaiser, denjenigen des Marschalls an Ludwig XIV. Der erstere ist vom 7. September, der andere vom 8.

Der Markgraf meldet [2]): „Ich bin am 5. mit der Armee vor Augsburg angelangt. Es war wohl die höchste Zeit in Eilmärschen heranzukommen, ohne Rücksicht auf den Verlust einigen Gepäckes; denn die feindliche Armee war gleichzeitig eingetroffen und hatte die Stadt bereits aufgefordert, Besatzung einzunehmen. Auch war die Furcht bei den Bürgern so sehr gestiegen, daß sie, wenn mein Succurs noch einen halben Tag sich verzögert hätte, aus Furcht vor einem

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 236.

[2]) Röder Bd. I, S. 201. Ich verändere nur in etwas die Satzbildung.

Bombardement sich ergeben haben würden. Aber der mahnende Zuspruch des Grafen Fugger, meine von Zeit zu Zeit einkommenden Couriere, durch die ich den Entsatz zusicherte, haben die Bürger in ihrer kaiserlich getreuen Gesinnung erhalten und die letzten Stunden uns gewonnen. In welchen Aengsten diese armen Leute gestanden, die gleichzeitig zwei einander feindliche Armeen auf sie anrücken sahen, und von beiden Seiten her, im Falle einer Weigerung Truppen einzunehmen, eines Bombardements gewärtig sein mußten, ist leicht zu ermessen. Dennoch überwog die Treue für Kaiser und Reich, und auf die Vorstellungen meiner Gesandten, des Grafen Latour und des Freiherrn Forstner, willigten sie ein, nicht nur Besatzung einzunehmen, sondern auch durch das Abgeben einiger Schüsse nach der anderen Seite sich feindlich zu erklären. Zu diesem günstigen Ausgange darf ich Ew. Majestät mit Fug Glück wünschen. Denn die Armee Ew. Majestät steht nun am Lech und hat die Mittel zu ihrer Subsistenz aus der Stadt. Die Vorräthe in Augsburg sind so bedeutend, die Stadt so reich, theils an sich, theils durch die hineingeflüchteten Güter, daß nach allgemeiner Meinung der Kurfürst von dem Besitze allein noch viele Jahre hätte Krieg führen können. Der Feind ist nun abgezogen, zurück in sein Lager. Dem General Styrum haben dort diese Tage nur 7000 Mann gegenüber gestanden, und ich bin stündlich gewärtig, daß mir von dorther eine Hülfe geboten werde." Diese Erwartung des Markgrafen erfüllte sich freilich nicht.

Wir haben dem Berichte des Markgrafen denjenigen des Marschalls Villars vom nächsten Tage gegenüber zu stellen.

„Der Kurfürst hat mit einer Hartnäckigkeit, die man in unserer ganzen Armee als Perfidie betrachtet, als der Obere, mich gehindert, meine Vorschläge wider den Markgrafen auszuführen, und hat endlich den Marsch gegen Augsburg so langsam ins Werk gesetzt, daß der Feind uns dort um einen vollen Tag zuvorgekommen ist. Kaum gewahrte dieser Fürst, daß die feindliche Armee von der Stadt Besitz nahm, als seine Bestürzung und Niedergeschlagenheit wuchsen im selben Verhältnisse mit der Gefahr seiner Länder. Jedermann hielt seinen Schmerz für erheuchelt und glaubte, daß er, heimlich bereits mit dem Kaiser ausgesöhnt, nachdem er dann von mir so lebhaft zu einer durchaus nothwendigen Unternehmung gedrängt war, nur nach

einem Vorwande verlangte, der ihn zu zwingen schien, die Partei zu wechseln."

„Ich gehe nicht so weit zu sagen, daß auch ich denselben Gedanken hatte; aber, da es vor Augen liegt, daß, im Falle seines Wechsels, die Armee Ew. Majestät rettungslos verloren wäre, so glaubte ich der Sache auf den Grund zu kommen, wenn ich seinen Muth durch den Hinweis auf einen großen Plan zu beleben suchte. Daher trat ich vor ihn mit der Frage: Wollen Sie uns unseren Feinden überliefern, oder bei der Partei des Königs beharren? — Er betheuerte, daß er sein Leben hingeben würde, um mir das Letztere zu beweisen. So fassen wir denn, rief ich ihm zu, einen großen Entschluß, der nur unter uns beiden bleiben darf."

Dieser große Entschluß sollte sein, die Armee zu theilen, mit der einen Hälfte den Lech zu vertheidigen, mit der anderen auf Wien zu marschiren. Der Kurfürst rief, mit Thränen in den Augen: das sei eine Eingebung des heiligen Geistes. Villars indessen endete seinen Bericht an den König mit der Bitte um seine Abberufung.

Der Kurfürst Max Emanuel ließ am nächsten Tage jenen Vorschlag des Marsches auf Wien wieder fallen. Er machte einen abermaligen Versuch gegen Augsburg hin, der fruchtlos blieb. Die Unruhe, die Erbitterung, die Sorge in den Gemüthern der Franzosen war im Steigen. Villars gab ihr, am 10. September, abermals sehr lebhaften Ausdruck [1]). „Die Soldaten und fast alle Offiziere, sagt er, halten sich für verrathen." „Aber auch wenn ich das nicht glaube, fügt er hinzu, bin ich in einer sehr schwierigen Lage. Nimmt der Markgraf Ulm, zieht er dort, am Ausflusse der Iller, den General Styrum an sich: so ist mir jegliche Verbindung mit der Armee am Rheine abgeschnitten." Die Berichte des Villars klingen wie hoffnungslos; denn, obwohl er den Gedanken an ein Einverständniß des Kurfürsten Max Emanuel mit den Kaiserlichen zurückweisen will, so ist dennoch eben dieser Gedanke immer wieder wach und läßt ihn nicht zur Ruhe kommen.

Die Berichte des Markgrafen zeigen von einem solchen Einverständnisse, oder auch nur dem Versuche ein solches anzubahnen, keine Spur.

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 248.

Die Augen von ganz Europa richteten sich seit dem Beginne September auf die Donaustrecke, wo der Lech in sie einmündet; denn unvermeidlich standen dort wichtige Ereignisse bevor. Wir haben daher die Urtheile über diese Lage der Dinge von den hauptsächlichen Orten her kennen zu lernen, von Wien und von Versailles.

Am Tage vor dem Eintreffen bei Augsburg hatte der Markgraf seinen Plan dem Prinzen Eugen entwickelt. Dieser antwortete mit einer Rundschau über die Gesammtheit der Angelegenheiten des Kaisers [1]).

„Sie dürfen gewis sein, schreibt der Prinz, daß der Kaiser und der König, denen ich Ihre Entwürfe mitgetheilt, alle ihre Hoffnungen nur auf Sie setzen. Denn in Italien, im Reiche, in Ungarn, in den Erbländern — überall stehen die Dinge so, daß, wenn nicht von einer Seite her uns Luft gemacht wird, es uns nicht möglich ist Athem zu schöpfen. Diese Seite kann aber nur die Ihrige sein; denn die Armee in Italien ist geradezu außer Stande zu handeln. Auf den Befehl Ihrer Majestäten theile ich Ihnen ganz offen mit, daß wir uns nach Osten hin mit einer Hoffnung nicht zu schmeicheln haben. Es ist fast sicher, daß uns ein abermaliger Türkenkrieg bevorsteht. Die Friedenspartei mit dem alten Sultan Mustafa ist durch eine Revolte gestürzt. Die beiden Armeen haben sich in Adrianopel vereinigt. Rabutin und alle Grenzoffiziere glauben an den Krieg noch in diesem Jahre. Sie sind der Ansicht, daß jene beiden Armeen direct auf uns anmarschiren werden, und schließen dies namentlich aus dem beständigen Verkehre mit den Rebellen in Ungarn. Ich für meinen Theil, der ich doch auch ein wenig die Art der Türken zu kennen glaube, bin der Ansicht, daß sie warten werden bis zum Frühlinge. Möglicher Weise sind indessen alle diese Schlüsse vergeblich, da ja in Betreff solcher Völker etwas Zuverlässiges nicht vorherzusehen ist."

Die Besorgnis des Prinzen Eugen vor einem Einbruche der Türken ist bekanntlich nicht in Erfüllung gegangen. Auch theilte man an vielen Orten nicht diese Ansicht, weder als Furcht, noch als Hoffnung. Der Prinz Eugen schrieb seine Besorgnis nieder am 9. September. Wir haben den Bericht des Rebellenführers Rakoczy an Ludwig XIV. vernommen, vom 22. September. (S. 289.) Der

[1]) Röder Bd. I, S. 203.

Bericht hebt alle für die Sache der Rebellen günstigen Momente hervor: von einer Erhebung der Türken schweigt er. — Dagegen war dasselbe Gerücht auch nach Rom gelangt. Der Cardinal Janson Forbin beeilte sich, es in einer Weise zu verbreiten, welche allen denen, die sich des Jahres 1683 erinnerten und der damaligen Theilnahme der Römer, unter der Führung des Papstes Innocenz XI., mit dem bedroheten Wien, zum Aergernisse gereichte. Aber der Graf Lamberg erhielt zugleich andere Berichte aus Constantinopel, die von einem solchen Gerüchte nichts meldeten, vielmehr den Bestand des Friedens versicherten. Er beeilte sich, sie nach Wien zu senden [1]).

Wie indessen immer dem sein mochte, in Wien hegte man diese Besorgnis. Ob gegründet, ob nicht gegründet, muß sie daher mit erwähnt werden als ein moralischer Factor der Dinge im Jahre 1703. Denn aus eben demselben Grunde hatte der Kaiser schon zwei Tage vorher an den Markgrafen einen Courier entsendet [2]), dessen Botschaft wesentlich jener Mahnung des Prinzen Eugen an den Markgrafen entsprach. Das Schreiben des Prinzen nämlich fährt fort: „Was aber unbedingt sicher, das ist, daß wir den ungarischen Wirrwarr vor dem Winter beenden müssen; denn, wenn nicht, so gibt es dagegen kein Heilmittel mehr. Bis zur Stunde treibt Rakoczy was er will. Vor zwei Monaten sind Dispositionen getroffen neue Werbungen anzustellen, die jetzt vollendet sein würden. Aber ich habe nicht Einen Gulden, und alles bleibt stecken. Alle Welt schreit daher gegen mich, daß ich nicht gewollt habe. Ich ziehe auch nicht die beiden Regimenter Cavallerie weg, die unter Reventlow an der oberen Donau stehen, bis die Dinge dort eine andere Gestalt gewonnen haben. Denn ich lebe der Ueberzeugung, daß, damit Sie um so leichter Ihren Plan durchsetzen, der Kurfürst von mehreren Seiten in Schrecken gesetzt werden muß, und daß, wenn wir an allen Orten zugleich Widerstand leisten wollen, wir es an keinem Orte vermögen. Darum haben wir zunächst unser Augenmerk auf den Kurfürsten zu richten, um nachher im Stande zu sein, auch nach anderen Richtungen zu wirken. Ich lasse daher zur Zeit alle Welt nach Belieben schreien. Der Kaiser, der mir befohlen

[1]) Relazione del conte di Lamberg, 22 settembre.
[2]) Röder Bd. I, S. 200.

hat, Ihnen alle diese Einzelnheiten ausführlich zu schreiben, und darüber genau eben so urtheilt, zweifelt nicht, daß Sie besonders den Zustand von Ungarn in Betracht ziehen werden. Das ganze Land ist im Aufruhre. Nicht Ein fester Platz ist im Stande. Nicht in Einem derselben kann der Commandant sicher schlafen. Eben so wenig aber vermögen es die, welche erwägen, daß die gesammte Monarchie abhangt von einer solchen Grenze, und daß weder Proviant vorhanden, noch Munition, noch Artillerie, und gar keine Truppen. Alle unsere Hoffnung beruht daher auf Ihnen. Die uns gestellte Aufgabe ist unseres Gleichen würdig: zuerst nämlich den Kurfürsten und den Villars zur Ruhe zu bringen. Wenn nicht, so sehen Sie besser als ich die Folgen hier voraus."

Und dann folgt eine Schilderung, die uns zeigt, welche schlimmen geheimen Feinde die Monarchie Leopolds I. in sich selber barg.

„Sehr Wenige sinnen hier auf die rechten Heilmittel, Viele dagegen auf Verwirrung. Die Letzteren wollen nicht, daß die Dinge in einen besseren Zustand gelangen, sondern vielmehr, daß alles so schlimm werde, wie man es sich nur vorstellen kann. In der Erkenntnis, daß sie auf die Kriegssachen nicht einwirken können, weil man sie ihnen nicht mittheilt, trachten sie dahin, alle Mittel zu hindern, welche von der Finanzverwaltung vorgeschlagen werden, um Geld herbeizuschaffen. Das ist in kurzen Worten der Stand der Dinge hier. Alle Welt glaubt, daß Verrath darunter steckt. Ich für mich erweise solchen Leuten nicht diese Ehre: nach meiner Ueberzeugung besteht alles das in Unwissenheit, Faulheit, Böswilligkeit und einer Habgier, welche sie fähig macht noch etwas mehr zu verkaufen, wenn sie es nämlich hätten, als ihren Herrn. Der Kaiser durchschaut alles, und es mangelt ihm nur der Entschluß zu strafen."

„Sie sehen aus dieser meiner Schilderung das volle Vertrauen, welches ich in Ihre Freundschaft setze, und ich werde diese ferner pflegen, so viel ich es nur vermag. Daher, bitte ich, trachten Sie uns zu helfen. Das Vertrauen des Kaisers beruht auf Ihnen. Darum hat er mir befohlen, diesen Courier an Sie zu entsenden, und Ihnen für die ungarischen und türkischen Angelegenheiten das Geheimnis anzuempfehlen, damit der Feind sie so spät wie möglich erfahre. Die Nachrichten aus Tirol haben Sie ja aus erster Hand."

„Die Ufer des Lech sind vortrefflich geeignet zu einer Entscheidungsschlacht."

Jedes Wort zeichnet die Zuversicht, mit welcher der Kaiser und der Prinz Eugen den ferneren Schritten des Markgrafen entgegenblickten.

Anders Ludwig XIV., damals in Fontainebleau. Das letzte Schreiben des Marschalls Villars, vom 10. September, schien keine Hoffnung auf eine günstige Wendung der Dinge dort übrig zu belassen. „Es ist nicht möglich, antwortet der König dem Marschall, das Land des Kurfürsten zu decken. Ich gebe ihm daher den Rath, daß er in dieser äußersten Noth trachten möge, lieber zu irgend einem Abkommen mit dem Kaiser zu gelangen, als seine Länder zu verlieren, und daß er in diesem Abkommen die sichere Rückkehr meiner Armee in das Elsaß ausbedinge. Können Sie den Kurfürsten dahin vermögen, daß er dem Kaiser nicht seine gesammten Truppen wider mich zur Verfügung stellt, sondern lediglich sein Reichs-Contingent: so werden Sie mir einen neuen Dienst erweisen" [1]).

Das Schreiben, abgefaßt in Fontainebleau am 25. September, gelangte nicht zur Verwendung; denn bereits waren andere Nachrichten auf dem Wege. Die Auffassung der Dinge jedoch, wie sie in dem Schreiben Ludwigs XIV. sich kund gibt, stimmt überein mit der Ansicht einiger Mitglieder des Kriegsrathes bei Villars. Sie riethen, in den Kurfürsten zu dringen, daß er sich zum Vertrage mit dem Kaiser erbiete, mit der Bedingung des freien Abzuges für die französische Armee [2]).

Es kam anders. Der Markgraf von Baden stand, mit dem Rücken an die Stadt Augsburg gelehnt, in fester Stellung, aber, nach seiner Ansicht, nicht vermögend, mit seinen 15,000 Mann der überlegenen Macht der Feinde zu einem Treffen entgegen zu gehen. „Ich habe das Meinige gethan, schreibt er dem Kaiser, Augsburg erreicht und dadurch auch den Anderen zum Handeln Raum geschaffen" [3]). So am 10. September. Er hatte erwartet, daß der Feldmarschall

---

[1]) Pelet t. III, p. 965.
[2]) A. a. O. p. 665.
[3]) Röder Bd. I, S. 206.

Styrum, auch ohne ausdrücklichen Befehl, die Gelegenheit des zweimaligen Marsches des Feindes gegen Augsburg hin benutzen werde, um mit seinen 18,000 Mann aus dem Lager bei Haunsheim hervorzubrechen, einen Uebergang über die Donau zu suchen und dann zu ihm zu marschiren. Es geschah nicht.

Und zwar tritt hier das persönliche Verhältnis des Markgrafen und Styrums zu einander in den Vordergrund. Als der Markgraf aus dem Lager zu seinem Zuge südwärts aufbrach, hatte er dem Feldmarschall Styrum das Geheimnis seines Planes auf Augsburg nicht mitgetheilt. Im Verdrusse darüber wollte nun Styrum aus sich nichts unternehmen. Auf die ihm gemachten Vorschläge erwiederte er, daß er besorgen müsse, die Plane des Markgrafen zu durchkreuzen: er könne nicht anders handeln als auf bestimmten Befehl. Und somit verstrich ein Tag nach dem andern ungenützt. Mit schwerer Sorge berichtete der General Schulenburg aus dem Lager von Haunsheim diesen Zustand der Dinge dem Prinzen Eugen, und wünschte ihn herbei [1]).

Diesem Principe, oder, sagen wir es richtiger, diesem Eigensinne gemäß, unternahm Styrum nichts aus sich, sondern fragte vielmehr erst an, wie er sich zu verhalten habe. Die Antwort des Markgrafen vom 12. zeigt bereits einigen Unmuth, daß Styrum noch nicht gehandelt, und räth, den Uebergang über die Donau unterhalb Dillingen zu versuchen [2]). Es erfolgte Antwort und Gegenantwort, aus welcher die beiderseitig gereizte Stimmung klar zu Tage tritt [3]).

Die Weisung des Markgrafen an Styrum war lediglich ein Rath. Als der Feldmarschall den untergebenen Generalen die Absicht des Aufbruches stromabwärts mittheilte, erhob Schulenburg Einwendungen. Styrum wies sie zurück mit der Berufung auf den Befehl des Markgrafen. Schulenburg erwiederte, daß es jedenfalls erforderlich, vorher die Gegend zu recognosciren, und erbot sich dazu. Styrum lehnte ab [4]).

Nicht am 17. September, wie Styrum dem Markgrafen gemeldet, sondern erst am 18. brach er aus dem Lager bei Haunsheim

---

[1]) Denkwürdigkeiten des Generals Schulenburg. Bd. I, S. 125.
[2]) Röder Bd. I, S. 206.
[3]) A. a. O. S. 212.
[4]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 129.

auf, und marschirte am linken Ufer der Donau stromabwärts, bis Schwenningen bei Höchstädt. Schulenburg erhob Einwendungen gegen die Wahl des nach keiner Seite hin gedeckten Lagerplatzes. Styrum wies sie zurück. Nach dem Marsche des 18. ließ er am 19. Rasttag halten.

So still der Aufbruch gehalten war, so erhielt der Marschall Villars in Dillingen doch bereits am Morgen des 18. die Kunde. Er faßte sofort den Entschluß bei Donauwörth den Strom zu überschreiten, dem Heere unter Styrum entgegen zu gehen und es anzugreifen. Er eilte zum Kurfürsten Max Emanuel. Dieser erhob Einwendungen. Villars jedoch bestand. Das einzige Mittel die Armee seines Königs zu retten, sagte er, sei ein Treffen: er werde sich die Gelegenheit dazu nicht entgehen lassen. Der Kurfürst willigte endlich ein. Der General d'Usson sollte mit einem kleineren Corps von Dillingen aus marschiren, der Kurfürst und Villars mit der Hauptmacht über die Brücke von Donauwörth. Der Markgraf hatte in seinem Befehle vom 12. den General Styrum auf diese Stadt hingewiesen, die „an sich ein liederliches Ding, wegen ihrer Lage bei diesen Umständen für uns sehr nützlich sein kann". Das Umgekehrte traf ein. Während Styrum am 19. bei Schwenningen unfern Höchstädt rastete, stellten der Kurfürst und Villars den Plan fest, von Donauwörth aus am nächsten Morgen ihn zu überfallen. Sie trugen Sorge, daß von der Stadt aus keine Kunde an die Kaiserlichen gelangte [1]).

Der General d'Usson, der aus dem Lager bei Dillingen von Westen her angreifen sollte, kam an dem Morgen des 20. September zu früh an. Er ward mit erheblichem Verluste zurückgeworfen. Aber während man noch sich dieses Erfolges freute, brach von der Seite von Donauwörth her die französisch-bayerische Hauptmacht auf die Nicht-Vorbereiteten ein. Ungeachtet des tapferen Widerstandes Einzelner, wie Schulenburgs, Palffys, Leopolds von Dessau, ward die kaiserliche Armee mit schwerem Verluste nach Nürnberg hin abgedrängt.

Die Ansicht des Kaisers über den Vorgang, am 16. October für den Markgrafen niedergeschrieben, lautet wie folgt: „Es ist richtig,

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 258, und die entsprechenden Berichte bei Pelet t. III, p. 667 et suiv.

daß die Niederlage Styrums täglich größer erscheint. Ich kann dabei nicht unerwähnt lassen, daß darüber sehr glaubwürdige und vielfältige Berichte einlaufen, welche nicht allein einstimmig den großen Verlust melden, sondern auch darin einig sind, daß alles aus mangelnder Vorsicht und aus Fahrlässigkeit geschehen, da man weder eine Kundschaft eingezogen, noch Streifparteien ausgesendet hatte, so daß die verbündete Armee sich von der feindlichen fast im Bette habe überfallen lassen. Dazu hat der Graf Styrum vorher einen unnützen Rasttag halten lassen. Das sind Umstände, die für diese eben so schädliche, als dem gemeinen Rufe nach schändliche Action scharfe Nachforschung und ein Kriegsrecht erforderlich machen" [1]).

Villars berichtete seinem Könige, daß die Gegner mehr als 5000 Mann todt auf dem Schlachtfelde gelassen, und daß die Zahl der Gefangenen 7000 übersteige [2]). Er entsendete an den Markgrafen einen Trompeter mit der Meldung: hoffentlich werde der Markgraf es ihm nicht übel nehmen, daß er die Armee des Grafen Styrum so übel tractirt habe: er versichere auf Cavaliersparole, daß er 33 Geschütze und 2000 Wagen erbeutet, und daß er 4800 Gefangene mit sich führe. Der Markgraf, indem er in seinem Berichte an den Kaiser bemerkt, daß er eine solche Meldung für einen Marschall von Frankreich sehr einfältig finde, zweifelte nur die Zahl der Wagen an, nicht die anderen Zahlen [3]). In Wirklichkeit jedoch betrug der Gesammtverlust an Todten, Gefangenen, Verwundeten etwa 4500 Mann [4]), also etwa ein Viertel der gesammten Armee. Nicht jedoch der Verlust dieser Anzahl war der schwerste Nachtheil, sondern daß auch die Uebrigen zunächst nicht zu verwenden waren. Das Treffen bei Höchstädt war nicht eine Entscheidungsschlacht im großen Stile, aber doch ausreichend, die eben noch bereits fast aufgegebene französisch-bayerische Sache zur überlegenen zu machen.

Und dazu kamen für den Kaiser andere trübe Nachrichten von Osten und von Westen. Vernehmen wir, wie er selber dem Markgrafen

---

[1]) Röder Bd. I, S. 239.
[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 263.
[3]) Röder Bd. I, S. 229.
[4]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V. S. 559.

seine Auffassung der Dinge kund thut, am 4. October [1]). „Ich nehme den unglücklichen Ausgang des Treffens als ein Geschick von der Hand des Allerhöchsten an, vertröste mich aber auch, daß seine Güte vermittelst der umsichtigen Führung E. L., und der übrigen Generalität eifrigen Beistandes, meinen und des Reiches gerechten Waffen anderweitigen Segen väterlich widerfahren lassen werde. Freilich ersehe ich zu meinem tiefen Leidwesen, daß die patriotische Absicht E. L., mit dem Feinde bald zu einer Entscheidung zu kommen, wider Ihren Willen und gegen meine Hoffnung sich noch weit hinausziehen werde. Die Noth von Ungarn her dringt dagegen täglich mehr an. Die Rebellen haben sich nun an die Donau gezogen, und trachten herüberzusetzen, um auch die diesseitigen bisher noch treu gebliebenen Comitate in ihren Aufruhr und ihre Treulosigkeit mit hinein zu verwickeln. Die unvermeidliche Folge würde sein, daß dies Raubgesindel auch hierher bis an meine Residenz streifend durchbräche, und nach seiner Gewohnheit alles mit Raub und Plünderung, mit Feuer und Schwert heimsuchte und verheerte. Daher kann ich in meiner Pflicht als Landesfürst diesem Elende und dem bevorstehenden allgemeinen Verderben nicht länger mehr zusehen, kann dem Bitten und Flehen meiner um Hülfe und Rettung schreienden Unterthanen mich nicht mehr entziehen, sondern muß darauf sinnen, woher immer die Mittel zu nehmen, um diesem androhenden Unheile nach bestem Vermögen zu steuern. Ich bitte auch E. L. dies Alles nochmals zu überlegen. Aber wie ich schon neulich gemeldet, bin ich durch die Noth gezwungen, die beiden Regimenter Schlick und Latour nach Ungarn zu rufen. Denn ich würde sonst dem anschwellenden Haufen der Rebellen nicht hundert Mann deutscher oder regelmäßiger Truppen entgegenstellen können, und müßte also ohne diese Hülfe dem verderblichen Muthwillen derselben allen freien Lauf und Streif bis hierher und im ganzen Lande umher gestatten."

„Da nun aber E. L. sehr wohl ersehen, daß dies nicht ausreichen wird, dem anwachsenden Uebel hinlänglich zu steuern: so werden Sie auch daraus schließen, wie unumgänglich nothwendig es ist, daß dieses bayerische Unwesen ehestens zu Ende gebracht und gedämpft

[1]) Röder Bd. I, S. 231.

werde. Ich weiß zwar wohl, daß E. L. es an nichts ermangeln lassen, alles zu thun und vorzukehren, was immer möglich zum Zwecke dienen könnte; allein die Dinge liegen nun einmal derartig, daß, wo man nicht mit Sicherheit auf das Ziel lossteuern kann, man endlich etwas wagen muß."

Wir sehen hier von Seiten des Kaisers klar und unverhüllt an den Markgrafen die Forderung herantreten, eine Entscheidungsschlacht zu wagen.

Es ist merkwürdig, daß am selben Tage, an welchem der Kaiser in Wien diese Forderung stellte, dem 4. October, der Markgraf im Feldlager bei Augsburg die zahlreichen Mängel entwickelte, die bei seinem Heere einer offensiven Kriegführung entgegen standen. Unverkennbar wirkt in dieser Schilderung von Seiten des Markgrafen mit der Unmuth über die Fahrlässigkeit Styrums und über deren Folgen, die ihn um die Ueberlegenheit seiner Position gebracht.

Aber dann gelangte an ihn jene Forderung des Kaisers. Es ist augenscheinlich, daß sie ihn verletzt, weil darin der Zweifel liege: er werde nicht jede Gelegenheit suchen, mit dem Feinde in ein Gefecht zu gerathen. Er beruft sich dafür auf seine Vergangenheit. Er sei, sagt er, in jedem Treffen an Truppenzahl der Schwächere gewesen, bei Friedlingen, wie in den Linien von Bühl und Stollhofen. Aber daß er nun, nach dem unglückseligen Treffen bei Höchstädt, wo er noch dazu eine Besatzung in Augsburg belassen müsse, mit 9000 Mann gegen wenigstens 26,000 Mann nicht schlagen und dadurch alles aufs Spiel setzen wolle, sei wahr und von ihm nicht zu bereuen. „Auch werden, fügt er hinzu, die unüberlegten Reden und voreiligen Urtheile, die an Dero Hof gegen mich verbreitet und in alle Welt hinausgeschrieben werden, mich nie hindern das zu thun, was ich meinem Gewissen und der Vernunft gemäß befinde. Ew. K. Majestät aber bitte ich versichert zu leben, daß man Dero Interesse nicht mehr zu Herzen nehmen kann, als es von mir geschieht" [1]).

Mag immer bei jener Forderung des Kaisers an den Markgrafen die Meinung am Hofe in Wien über die Unthätigkeit des letzteren mitgewirkt haben, Leopold erwiederte, daß er sein einziges Vertrauen in

[1]) Röder Bd. I, S. 247.

die Besonnenheit, die Umsicht und den Nachdruck des Markgrafen setze. „Daher, fügt er hinzu, E. L. sich an dergleichen Reden nicht zu kehren haben, sondern nur fortfahren wollen dasjenige zu thun, was Sie zu meinen und der gemeinen Sache Diensten für gut ansehen und befinden werden" [1]).

Aber auch der Markgraf war durchaus nicht Willens jene Forderung nicht zu erfüllen. Die Berichte über das Treffen bei Höchstädt ergaben, daß unter den Generalen, die dort bei mangelhafter Oberleitung dennoch ihre Pflicht erfüllt, voran gestanden war Schulenburg. Wenige Tage nach der Schlacht berief der Markgraf ihn mit dem sächsischen Corps zu sich. Schulenburg marschirte im weiten Bogen über die Oberdonau und gelangte am 18. October zu dem Markgrafen, der sich, nach Hinterlassung einer Besatzung in Augsburg, bis Kempten südwärts gezogen hatte [2]). So durch 5000 Mann verstärkt, bot der Markgraf der französisch-bayerischen Macht wiederholt ein Treffen an [3]). Villars war geneigt, nicht der Kurfürst. Es lag ihm alles daran, nur sein eigenes Land zu beschützen. Deshalb hielt er sich in seinem verschanzten Lager bei Memmingen.

Das Verhältnis der beiden zu einander ward seit den Septembertagen immer gespannter. Der Kurfürst, ehrgeizig wie er war, und durch den Ehrgeiz zum Friedensbrecher und Rebell geworden, konnte doch niemals in sich die andere Richtung seiner Gedanken zum Schweigen bringen, wie viel besser es für ihn sein würde, im friedlichen Besitze seines Landes als Reichsfürst seinen Neigungen zu leben. Auf den Vorhalt des Villars, daß ja der König für den Fall des Unglücks ihm Belgien und reiche Pensionen biete, erwiederte der Kurfürst aus seiner Lebenserfahrung: Quant aux pensions, croyez-moi, mon cher Maréchal, un Prince dont on a reçu des services, et qui n'est plus utile, ressemble à une vieille maîtresse qu'on voit avec peine et qu'on paye à regret [4]). — Villars erkannte diesen Einwand an. Andererseits aber war das Bewußtsein der persönlichen Ueberlegenheit über den Kurfürsten in ihm stark ausgeprägt, und er

[1]) Röder Bd. I, S. 260.
[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 131.
[3]) Röder Bd. I, S. 249 und 251.
[4]) Mémoires de Villars t. I, p. 271.

gab sich geringe Mühe es zu verhehlen. Er selbst berichtet, daß eines Tages bei seinen Worten der Kurfürst, mit Zornesröthe im Gesichte, ihm zugerufen habe: „Ich habe mit einem General gedient, wie dem Herzog Carl von Lothringen; aber so etwas hat dieser mir niemals geboten".

Im October erhielt Villars die erbetene Abberufung. Im Besitze derselben, trat er zu dem Kurfürsten mit dem erneuten Vorschlage eines Angriffes auf den Markgrafen. „Marschiren wir noch diese Nacht, rief er. Wir schlagen ihn sicher, oder drängen ihn hinaus nach Tirol oder in die Schweiz." Der Kurfürst weigerte sich. Da der Markgraf seinerseits denselben Wunsch des Schlagens hatte: so bleibt die Frage offen, wer von beiden die Dinge richtiger abwog, der Kurfürst oder Villars. Als der erstere nicht nachgab, erwiederte Villars, daß er am nächsten Morgen zur Heimkehr aufbrechen werde. Es geschah. Als sein Ersatzmann kam der Marschall Marsin, dem Ludwig XIV. mehr Glätte und Gewandtheit in der Behandlung des Kurfürsten zutraute [1]).

Die Abreise des Marschalls Villars benahm dem Markgrafen die Hoffnung, durch ein Treffen die Dinge wieder zu Gunsten des Kaisers zu wenden. Dagegen kam vom Westen her im Laufe des Jahres 1703 noch mehr als eine Unglücksbotschaft.

Noch vor dem Treffen bei Höchstädt war die Kunde eingelaufen, daß der Graf Arco in Breisach, ungeachtet seiner Befehle sich bis auf den letzten Mann zu halten, capitulirt habe. Der Markgraf wiederholte in seinem Berichte darüber an den Kaiser, daß er eine Festung so stark wie Breisach nicht kenne, und beantragte ein Kriegsgericht [2]). Auf die Zustimmung des Kaisers trat das Kriegsgericht, unter dem Vorsitze des Generals Thüngen, während des Winters in Bregenz zusammen. Es fällte über den Grafen Arço das Todesurtheil, über Marsigli und mehrere andere den Verlust der militärischen Ehren. Die Strafen wurden auf dem Markte zu Bregenz vollzogen.

---

[1]) Mémoires de Villars t. I, p. 287.

[2]) Röder Bd. I, S. 210. Vom 14. September.

Nach dem Falle von Breisach rückte der Marschall Tallard vor Landau. Der Commandant Friesen war ein anderer Mann als Arco, und der Markgraf sprach dem Kaiser wiederholt sein volles Vertrauen auf Friesen aus [1]). Allein es war klar, daß der Markgraf von Baden, auf der Grenze von Schwaben und Bayern durch den Kurfürsten Max Emanuel festgehalten, einen Entsatz für Landau nicht zu bringen vermochte. Ein solcher konnte nur kommen vom Niederrheine her, von Seiten der Armee der Seemächte, oder der in ihrem Solde stehenden deutschen Truppen. Landau war demnach der Punct, zu Gunsten dessen die Streitkräfte der Verbündeten vom Norden und vom Osten her zusammen zu wirken hatten. Wir haben daher zunächst den Feldzug in den Niederlanden ins Auge zu fassen.

Wir erinnern uns, daß weder Marlborough noch die holländischen Generale willig waren für den Vorschlag des Markgrafen, an der Mosel aufwärts eine Diversion zu machen. Auch der Fall von Bonn, bereits am 16. Mai, brachte darin nicht eine Aenderung hervor. Marlborough war vielmehr, wie er an Coehoorn schreibt, mit Herz und Seele für den Plan eines Angriffes auf Antwerpen [2]). Nach dem Falle von Bonn zogen daher Marlborough und Ouwerkerke sich westwärts, zum Zwecke der Vereinigung mit den anderen holländischen Truppen in Nordbrabant. Zu Ende Juni, als sie bereits bei Beringen in der Campine standen, machte der Marschall Boufflers mit überlegener Macht einen Angriff auf ein bei Ekeren isolirt stehendes holländisches Corps. Es geschah das Merkwürdige, daß der commandirende General Obdam von seinen Truppen abgeschnitten und versprengt, dagegen der Angriff mit schwerem Verluste der Franzosen abgeschlagen wurde [3]).

Indessen auch die Holländer hatten viel eingebüßt. Aber ihr erster Gedanke war den Verlust zu ersetzen. Als die Nachricht von

---

[1]) Röder Bd. I, S. 250. Vom 1. November.

[2]) Murray t. I, p. 119. Vom 20. Juni.

[3]) Man vgl. den Bericht Hops und die Glückwünsche Marlboroughs bei Murray t. I, p. 129 sqq.

Ekeren einlief, lud Heinsius sofort die Deputirten der Generalstaaten und des Staatsraths zu sich. Sie blieben bis Mitternacht zusammen. Am anderen Morgen enteilten die Gesandten Salich nach Münster, Lintelo nach Berlin, um dort so bald wie möglich so viele neue Truppen zu erhandeln, als zum Ersatze erforderlich, nämlich um der französischen Macht überlegen zu bleiben [1]).

Erblicken wir demnach in der Republik einen großen Eifer, wo es sich darum handelte, die Wehrkraft in dem bisherigen Stande zu erhalten: so war die Neigung, diese Wehrkraft zu einer Offensive zu verwenden, ungleich geringer. Im Anfange Juli wurden die holländischen Generale nach Bergen op Zoom berufen, um den ferneren Kriegsplan festzustellen. Marlborough war nicht mitgeladen, gab daher dem Felddeputirten Hop schriftlich seine Ansicht für den sogenannten großen Plan kund [2]). Die holländischen Generale erwogen die Sache. Ihr Conclusum ging an den Staatsrath im Haag. Dort wurde es abermals beredet. Der Staatsrath beschloß, die Angelegenheit wieder auf die Generale zu remittiren, mit der Aufforderung, das Thunliche und Nützliche vorzuschlagen. Für Wochen lang blieb die Frage in diesem Kreislaufe. Die große Schwierigkeit der Lösung lag darin, daß der Feind zwischen der englisch-holländischen Armee und Antwerpen stand, und zwar innerhalb der von ihm aufgeworfenen Walllinien [3]). Es galt also einen Angriff auf diese Linien. Marlborough war geneigt, die Holländer konnten sich dazu nicht entschließen. Marlborough maß die Schuld hauptsächlich der Hartnäckigkeit des Ingenieur-Generals Coehoorn bei [4]). Die englisch-holländische Armee zog sich im August wieder an die Maas zurück, und setzte sich die Belagerung der kleinen Stadt Huy zur Aufgabe.

Inzwischen hatte man von kaiserlicher Seite nicht abgelassen, bei Marlborough und den Leitern der Republik zu mahnen an den Vorschlag einer Diversion die Mosel hinauf. Nach dem Vereiteln des Planes auf Antwerpen zeigte Marlborough sich geneigter und gab nun selber

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 3. Juli.
[2]) Murray t. I, p. 134.
[3]) Die Berichte des Grafen Goes vom 14., 17., 20. Juli.
[4]) Murray t. I, p. 157. An Stepney, 14. August.

in Wien den Weg an, wie zu Gunsten jenes Vorschlages für den nächsten Feldzug im Haag zu wirken sei. Er beauftragte Stepney, in Wien zu sagen, daß er es dem Gemeinwohl entsprechend finde, für den Winter ein Corps an die Mosel zu senden, welches Trarbach wieder nehmen und Trier besetzen werde, um von dort aus frühzeitig den Feldzug an der Mosel zu beginnen. Gehe man in Wien auf den Plan ein: so möge man Jemanden beauftragen, im Haag diesen Vorschlag geltend zu machen. Marlborough nannte dafür den Grafen Sinzendorf, der als kaiserlicher Bevollmächtigter im Hauptquartiere weilte, und der, nach dem Urtheile Marlboroughs, durch seinen Eifer für die allgemeine Sache und durch seine Eigenschaften sich bei den Verbündeten die allgemeine Anerkennung erworben hatte. Dann fügte Marlborough hinzu: „Da ich ohne Eitelkeit sagen darf, daß es für Sinzendorf wie für jeden Anderen schwer sein würde, nach meiner Ueberfahrt nach England die Sache im Haag durchzubringen: so ist es um so nöthiger die Instruction sofort auszufertigen, da ich nicht im Stande sein werde, nach meiner Rückkehr von der Armee länger als acht bis zehn Tage im Haag zu verweilen" [1]).

So Marlborough am 11. August. Daß sein Fingerzeig in Wien sofort beachtet wurde, ergibt ein kaiserliches Rescript an den Grafen Goes im Haag, vom 24. August. Er weist den Gesandten an, bei den Leitern der Republik den Gedanken geltend zu machen: der unfruchtbare Verlauf dieses Feldzuges thue überzeugend dar, wie viel besser es gewesen wäre, die von dem Markgrafen Ludwig von Baden vorgeschlagene Expedition die Mosel hinauf vorzunehmen, als den stärksten Andrang gegen die Schelde zu richten. Einige Tage später erfolgte der Auftrag an Goes im Haag, mit Sinzendorf und Marlborough den Plan des letzteren für eine Expedition an der Mosel bei den Generalstaaten zu befürworten [2]).

Der Vorschlag einer Expedition an der Mosel hinauf ist der Keim, aus welchem sich später bei Marlborough der Plan des entscheidenden Feldzuges von 1704 entwickelt. Wir haben früher beobachtet, daß der Gedanke zuerst von Wratislaw zu Marlborough

---

[1]) Murray t. I, p. 157.

[2]) Kaiserliche Rescripte vom 24. August und 7. September.

ausgesprochen ist, und werden auch später Wratislaw als den hauptsächlichen Träger dieses Planes auftreten sehen.

Indessen gab Marlborough auch noch für den Feldzug von 1703 die Hoffnung nicht auf, die Leiter der Republik zum Beschlusse einer größeren Unternehmung zu bewegen. Noch während der Belagerung von Huy sammelten sich um ihn im Hauptquartiere zu Val Notre Dame, am 24. August, die holländischen Felddeputirten und die sämmtlichen Generale. Im Haag wünschte man, nach dem Falle von Huy, die Belagerung von Limburg. Die nicht-holländischen Generale dagegen stimmten für einen Angriff auf die französischen Linien zwischen der Mehaigne und Leeuwe. Bei der Beschaffenheit des Bodens dort könne die ganze verbündete Armee zur Verwendung kommen. Der Feind werde voraussichtlich nicht Stand halten: geschehe es dennoch, so habe man bei der Ueberlegenheit der verbündeten Streitkräfte den längst gewünschten Anlaß zu einem Treffen mit Freuden zu begrüßen. „Wir haben auch in Erwägung zu ziehen, schließt das Gutachten der Generale, daß die Macht des Feindes sowohl in Italien wie im Reiche überlegen, daß sie nur hier schwächer ist als diejenige der Verbündeten. Darum richten sich die Augen von allen Seiten her auf uns, und man würde Anlaß nehmen, und nicht ohne Grund, unser Verhalten zu tadeln, wenn wir nicht alles aufböten, was in unseren Kräften steht, um die Bundesgenossen dadurch zu entlasten, daß wir den Feind zwingen hierher Hülfe zu ziehen. Dies kann aber nur geschehen durch ein nachdrückliches Vorgehen von unserer Seite." Das Gutachten wurde, außer von Marlborough, von den englischen, dänischen, braunschweig-lüneburgischen und hessischen Generalen unterzeichnet [1]).

Am folgenden Tage capitulirte die Besatzung von Huy. Marlborough übersendete den Generalstaaten mit seinem Glückwunsche das Gutachten des Kriegsrathes vom 24. August, und fügte noch seine besonderen Gründe hinzu. „Ich nehme mir die Freiheit zu bemerken, sagt er, daß, auch wenn die Feinde ihre Linien vertheidigen wollten, was sie meines Erachtens nicht thun werden, dennoch sowohl die Güte unserer Truppen, der Eifer, den sie beweisen zum Schlagen zu gelangen, als andererseits die geringere Qualität der des Krieges noch

[1]) Das Gutachten bei Murray t. I, p. 166.

nicht gewohnten Gegner, für mich gewichtige Gründe abgeben. Da ferner der Feind Mittel gefunden, fast überall anderswo als hier die Oberhand zu erhalten: so erwarten die Bundesgenossen mit Recht, daß von unserer Seite etwas Nachdrückliches geschehe, dessen Rückwirkung auch ihnen zu gute kommen und die Feinde nöthigen würde, sich aus dem Reiche zurückzuziehen. Ich kann endlich auch Ew. Hochmögenden versichern, daß man in England dergleichen erwartet, wie ohne Zweifel auch in Holland, wo man davon den größten Vortheil ziehen würde. Ja, ich darf sogar sagen, daß in Bezug auf England es sehr nothwendig ist, etwas zu unternehmen, weil nach allem Anscheine man dort in diesem Winter sehr ungehalten sein wird, wenn bei einer solchen Ueberlegenheit von unserer Seite der Feldzug ohne eine nennenswerthe That vorüberginge. Uebrigens kann ich nicht unterlassen, Ew. Hochmögenden zu bemerken, daß die anderen Generale dafür halten, es gewinne den Anschein, als seien wir verpflichtet hier auf der Defensive zu bleiben, und diejenigen, welche ihnen beipflichten, müssen einräumen, daß die Feinde im nächsten Jahre um so viel stärker sein werden, daß wir nicht dieselbe Ueberlegenheit zu hoffen haben. Demgemäß wäre dann nicht mehr daran zu denken, den Krieg gegen die beiden Kronen auf belgischem Boden zu führen. Deshalb vertraue ich darauf, daß die Hochmögenden Herren, nach reifer Erwägung aller Gründe für und wider, uns zustimmen werden. Der Erfolg würde für Ihre Waffen sehr ruhmvoll sein und könnte uns, noch vor dem Ende dieses Feldzuges, sehr weit führen, wenn man nur ohne Zeitverlust zu Werke ginge" [1]).

Die Leiter der Republik schoben auch dies Mal die Entscheidung zurück auf die Felddeputirten und Generale. Diese waren einem Angriffe auf die Linien in Brabant abgeneigt. Bereits am 6. September befand sich das Hauptquartier in St. Tron. Von dort aus wendete sich Marlborough nochmals an die Generalstaaten. Der Ort, von welchem aus er schrieb, zeigte an, daß er mit seinem Vorschlage nicht durchgedrungen war. Er versicherte nochmals, daß derselbe nicht bloß ausführbar, sondern auch aussichtsvoll gewesen sei, und wünschte, daß die Unterlassung keine nachtheiligen Folgen haben möge. „Aber, fuhr

[1]) Murray t. I, p. 167.

er dann fort, es ist nun vorbei, und, da nach dieser Seite hin Anderes nicht mehr ausführbar, so habe ich meinen Rath gegeben, Limburg zu belagern. Da meine Gegenwart dort nützlicher sein wird als hier: so begebe ich mich auf den Weg dahin. Einstweilen bitte ich Ew. Hochmögenden, den Vorschlag der Sendung eines Detachements an die Mosel zu erwägen, damit, wenn der Beschluß erfolgt, die Truppen gleich nach der Einnahme von Limburg sich in Marsch setzen können" [1]).

Wir erkennen die merkwürdige Zähigkeit dieses Mannes, die an keinem Misgeschicke, an keinem Mangel fremder Einsicht noch auch guten Willens erlahmt, sondern mit gleicher Unverdrossenheit auf einen lieb gewordenen Plan verzichtet, um sofort einen anderen aufzunehmen. Die Correspondenz Marlboroughs mit den hauptsächlichen holländischen Felddeputirten, Geldermalsen und Hop, zeigt von seiner Seite niemals eine Empfindlichkeit, stets dagegen eine ob wahre, ob vorgebliche, Deferenz vor ihrem Urtheile. Er legte dem Ersteren damals einen Entwurf zur Reform der Disciplin im holländischen Heere vor, der volles Vertrauen auf Geldermalsen voraussetzt [2]).

Die Generalstaaten zogen jenen Plan in Erwägung. Sie forderten die Gutachten der Felddeputirten und der Generale. Von den fünf Felddeputirten stimmten zwei dafür und drei dagegen. Die letzteren gingen weiter. Sie fragten, wozu die zwölf Bataillone unter Goor an der Donau? Besser sei es, sie heimzurufen. Auch die Mehrzahl der Generale war gegen einen Zug an die Mosel. Die Berathungen für und wider zogen sich hin, eine Woche und länger [3]).

„Es ist zu bedauern, fügt der Graf Goes seinem Berichte hinzu, daß alle wichtigen Angelegenheiten hier so confus verhandelt werden. Und dennoch geht es bei der jetzigen Verfassung der Republik nicht anders. Es sind noch mehr Confusionen zu erwarten, wenn nicht etwa die göttliche Providenz es so fügt, daß, wozu bis jetzt keine Apparenz, ein rechtes Haupt die Leitung der Kriegessachen übernimmt. Denn jeder Bürgermeister und jeder Schöff will hier das Handwerk verstehen und seine Stimme darüber abgeben, wie Europa eingerichtet

---

[1]) Murray t. I, p. 173.
[2]) A. a. O. p. 198.
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 21. September.

werden müsse. Dem gegenüber getrauen sich die Sachverständigen nicht entschieden durchzusprechen."

Es ist die Schattenseite der Republik. Ihr gegenüber steht als die Lichtseite die Opferwilligkeit der Holländer für ihre Erhaltung. Während viele Reichsfürsten nur die geringen Contingente stellten, nicht wenige auch nicht einmal diese, oder sie mit unter die Soldtruppen rechneten, für welche sie von den Seemächten oder vom Kaiser Geld nahmen, mit der oft wiederholten Drohung, namentlich von Seiten des neuen Königs von Preußen, sie abzuberufen, wenn nicht pünctlich gezahlt werde — unterhielt die Republik der Niederlande 126,000 Mann.

Die Frage der Sendung einer Hülfe den Rhein hinauf ward dringend durch die Nachricht der Umschließung von Landau im October. Marlborough befand sich in Düsseldorf. Er konnte den Gedanken nicht fassen, daß Tallard tief im Herbste diese schwierige Belagerung vornehmen werde; aber auf die Meldung des Markgrafen von Baden und im Einverständnisse mit dem Kurfürsten von der Pfalz schrieb er an die Generalstaaten die Bitte, die Felddeputirten dahin zu instruiren, daß, sofort nach seiner Rückkehr zur Armee, er mit ihnen die Entsendung eines Corps unter dem Erbprinzen von Hessen rheinaufwärts beschließen könne. „Denn die Erhaltung der Stadt Landau, schloß er, ist von höchster Wichtigkeit" [1]).

Die Generalstaaten erkannten dies an und faßten demgemäß ihren Beschluß. Marlborough eilte ins Feldlager bei Alderbeesten zurück, und stellte mit den Felddeputirten den Plan fest, daß der Erbprinz von Hessen mit einem Corps von 12,000 Mann rheinaufwärts marschiren solle. Er meldete nach Wien, daß er selber bereitwillig diesen Zug unternehmen würde, wenn ihn nicht die bevorstehende Sitzung des Parlamentes nach England riefe [2]).

Der Erbprinz von Hessen-Cassel setzte sich in Marsch. Am 13. November traf er bei Speier ein, wo der Graf von Nassau-Weilburg aus den Linien von Stollhofen zu ihm stieß. Sie verabredeten den Angriff auf das Belagerungsheer für den 16. November. Aber sie

---

[1]) Murray t. I, p. 199. Vom 16. October.

[2]) A. a. O. p. 201. Vom 22. October.

wußten nicht, daß der Marschall Tallard, über ihre Bewegungen unterrichtet, das Corps Pracontals aus Lothringen her in Eilmärschen zu sich beschieden hatte. Tallard selber brach mit dem Heere vor Landau auf, vereinigte sich mit Pracontal und zog auf Speier, mit der Absicht, die Verbündeten dort am 15. November anzugreifen. Es war der Tag des heiligen Leopold, den der Graf Nassau-Weilburg festlich zu begehen gedachte. Statt dessen ward er überrascht durch den unerwarteten Angriff. Der linke Flügel der Verbündeten, unter dem Grafen Nassau-Weilburg, ward völlig geworfen und aufgelöst, der rechte, unter dem Erbprinzen von Hessen-Cassel, hielt Stand. Aber die Schlacht ward verloren. Die Einbuße der Verbündeten an Todten, Verwundeten und Gefangenen betrug 6000 Mann [1]).

Der Marschall Tallard berichtete in der Weise, die den französischen Marschällen jener Zeit charakteristisch zu sein scheint: „Niemals hat man eine blutigere Schlacht, niemals einen völligeren Sieg gesehen".

Anders der Erbprinz von Hessen, an dessen Besonnenheit und Umsicht sich der französische Siegeslauf gebrochen hatte. Die Bescheidenheit seines Berichtes an die Generalstaaten ward ergänzt durch denjenigen des Felddeputirten Almelo, welcher darlegte, daß der Erbprinz nicht bloß als Feldherr gehandelt, sondern zugleich als Soldat im Handgemenge um sein eigenes Leben gekämpft hatte. Die Generalstaaten erwiederten in ihrem Schreiben an den Erbprinzen: „Das Unglück, das Ew. Durchlaucht widerfahren, hindert uns nicht, unsere volle Zufriedenheit über Ihre Haltung bei diesem Anlasse kund zu geben, so wie über die Bravour der Truppen unter Ihrer Führung und nach Ihrem Beispiele. Wir versichern Ew. Durchlaucht, daß unsere Achtung vor Ihnen und die gute Meinung, die wir von den Truppen unter Ihrem Befehle immer gehabt, nicht verringert, sondern vielmehr sehr gestiegen ist" [2]).

Aber die nächste Folge war die, daß der Graf Friesen in Landau, fortan ohne Hoffnung eines Entsatzes, capituliren mußte. Er erhielt, am 18. November, freien Abzug unter denselben Bedingungen, wie

---

[1]) Lamberty t. II, p. 641.

[2]) A. a. O. t. I, p. 642.

ein Jahr zuvor der französische General Melac [1]). Der Markgraf Ludwig von Baden berichtet darüber dem Kaiser: „Es nimmt mich Wunder, daß der General Friesen noch einen so ehrenvollen Accord erlangt, da er doch die Sache aufs äußerste hatte kommen lassen. Er hat sich in der Vertheidigung der Stadt so ausgezeichnet, wie es nicht leicht erhört worden und in wenigstens einem Jahrhunderte nicht geschehen ist" [2]).

Das Unglück des Jahres 1703 für den Kaiser war mit dem Falle von Landau nicht erschöpft. Auf die Nachrichten von Speier und Landau erwiedert er dem Markgrafen durch einen besonderen Courier: „Ich will E. L. zu Ihrer Nachricht und zu Ihrer Erwägung nichts verbergen, und melde daher, daß das Unwesen der ungarischen Rebellion immer höher und gefährlicher anschwillt. Das zusammengerottete Raubgesindel streift nicht mehr parteienweise, sondern steht im Felde, zwanzigtausend und mehr Mann stark. Es hangt von seiner Willkür ab, nicht allein über die Grenzen meiner deutschen Erbländer einzudringen, sondern auch an den hiesigen Vorstädten ihren Muthwillen mit Feuer und Schwert zu verüben. Denn das geringe Corps unter dem Grafen Schlick ist allzu schwach, um den Einbruch der leicht beweglichen Schaaren abhalten zu können. Auch sonst ermangelt vielfach die nöthige Gegenwehr. Deshalb habe ich mich bewogen gefunden, aus Tirol und von Passau mehrere Truppen herunter zu ziehen. Ich begreife gar wohl, daß dies dem Feinde abermals Gelegenheit und Muth wider Tirol, Passau und Ober-Oesterreich geben wird. Aber ich kann nicht anders der unmittelbar hier vor Augen schwebenden Gefahr widerstehen. Ich lege aufgefangene Briefe bei, aus denen sich ergibt, daß die Rebellen mit Frankreich und Bayern im Einverständnisse sind und den Plan einer Vereinigung verhandeln" [3]).

So die Aussichten des Kaisers nach der ungarischen Seite. Auch nach der bayerischen wurden sie nicht günstiger. Der Markgraf von

---

[1]) Bericht Friesens bei Röder Bd. I, S. 274.
[2]) A. a. O. S. 273.
[3]) A. a. O. S. 276. Vom 10. December.

Baden hatte es im September als einen besonderen Gewinn betrachtet, daß die Reichsstadt Augsburg kaiserliche Besatzung einnahm. Aber nachdem er sich weiter aufwärts gezogen, an den oberen Lech und die Iller bis zum Bodensee hinauf, um die Verbindung mit Tirol offen zu halten, und dann dort sein Heer in die Winterquartiere verlegt hatte, gelang es dem Kurfürsten Max Emanuel und Marsin die Stadt Augsburg völlig einzuschließen. Die Belagerung begann am 3. December. Die Besatzung bestand aus 7000 Mann. Dazu durfte der Commandant Bibra zählen auf die Bürgerschaft, die von der Rache des Kurfürsten für sich nicht viel Gutes zu erwarten hatten. Aber dem Markgrafen Ludwig von Baden lag mehr an der Erhaltung der Besatzung, als an derjenigen der Reichsstadt. Er schickte dem Commandanten den Befehl, es nicht auf das Aeußerste ankommen zu lassen. Der Befehl ward von dem Kurfürsten aufgefangen, und dann seinerseits durch einen Trompeter an Bibra eingeschickt. Die Capitulation erfolgte. Am 16. December zog Max Emanuel in Augsburg ein, und fortan lag seine Hand schwer auf der unglücklichen Stadt [1]).

Diese in den letzten Monaten des Jahres 1703 so rasch nach einander erfolgenden Schläge riefen namentlich im Haag den Unmuth wider die Lauheit der Reichsstände wach. Heinsius lud die Gesandten der verbündeten Mächte zusammen und redete zu ihnen im Namen der Republik mit eindringlicher Mahnung [2]). „Die Hochmögenden, sagte er, sehen den Krieg der großen Allianz wider Frankreich an als einen solchen, der durchaus über das Geschick von ganz Europa entscheiden muß: ob Freiheit, ob Sklaverei. Auch zweifeln sie nicht, daß von Allen, denen das Gemeinwohl am Herzen liegt, der Krieg in derselben Weise betrachtet werden muß. Denn nachdem Frankreich sich in den Besitz der spanischen Monarchie gesetzt hat, wird es, wenn es sich darin befestigen kann, eine solche Ueberlegenheit und eine im Vergleiche zu allen anderen Fürsten Europas so überragende Macht erlangen, daß Keiner von ihnen noch im Stande sein wird sich zu widersetzen. Vielmehr wird der König von Frankreich Allen das Gesetz vorschreiben und sie unter sein Joch beugen, ohne daß man, nach menschlicher

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. V, S. 590 u. f.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 11. December, und Lamberty t. II, p. 647.

Ansicht, in irgend einer Weise es zu hindern vermöchte. Um daher mit vereinten Kräften entgegen zu treten, bevor Frankreich und Spanien völlig zusammenwachsen, haben der Kaiser, die Königin von England und die Generalstaaten den Vertrag der großen Allianz geschlossen, welchem nachher andere Mächte beigetreten sind, und auf Grund dessen auch das Reich sich am Kriege betheiligt hat. Kraft dieses Vertrages ist ein jeder der hohen Verbündeten für sich selber und für die Anderen verpflichtet, für den Zweck der Allianz das Aeußerste aufzubieten, damit wir insgesammt der übergroßen Macht Frankreichs entgegen treten, es hindern, daß es nicht sich Spanien völlig zu eigen mache, und damit wir einen guten, sicheren und soliden Frieden erlangen. Die Generalstaaten haben zu diesem Zwecke alle ihre Kräfte angestrengt, und noch darüber hinaus. Die südliche Grenze war früher gedeckt durch das vorliegende Belgien. Seitdem dasselbe in Feindeshand, hat die Republik mit außerordentlichen Kosten die eigene Grenze in den Stand der Vertheidigung gesetzt. Sie hat dann ihre Truppen vermehrt bis hinauf zu einer Zahl, wie in keinem Kriege je zuvor. Sie hat einen großen Theil dieser Truppen nur zu sehr lästigen Bedingungen, für außerordentlich hohe Summen erlangen können. Die Republik hat ferner sich verpflichtet, kostspielige Kriegsflotten in das Meer zu senden, sowohl um es zu sichern, als um das Gemeinwohl zu fördern. Nach allen diesen Richtungen hat die Republik, vom Beginne an, sowohl für ihre eigene Erhaltung als für das Gemeinwohl mehr gethan als ihre Kräfte verstatteten. Dennoch hat die Republik, gemeinsam mit der Königin von England, in dem nun abgelaufenen Jahre neue Verträge abgeschlossen, welche, zum Zwecke der Erhaltung der allgemeinen Freiheit, ihr neue Lasten aufbürden. Die Republik hat ferner alles gethan, was man von guten und getreuen Bundesgenossen erwarten durfte. Denn sie hat in ihrem Eifer für die allgemeine Sache einen ansehnlichen Theil ihrer Truppen den Rhein hinauf und sogar bis an die Donau marschiren lassen."

„Demgemäß durfte die Republik mit Recht erwarten, daß auch von Seiten der hohen Verbündeten, und besonders von Kaiser und Reich„ die Sache mit gleichem Eifer angegriffen würde; denn der Kaiser und das Reich sind in gleicher Weise betheiligt, und sogar, nach der Vereinigung der Franzosen mit dem Kurfürsten von Bayern, noch

viel mehr. Die Generalstaaten haben es nicht an ihren Mahnungen fehlen lassen, wann und wo immer eine Gelegenheit dafür sich ihnen bot. Diese Mahnungen haben nicht den Erfolg gehabt, den sie hätten haben müssen. Zwar haben einige Fürsten und Reichskreise, die dem Feinde zunächst bloßgestellt, einen lobenswerthen Eifer gezeigt, zum Theile sogar sich angestrengt über ihre Kräfte."

„Dagegen sind die kaiserlichen Truppen seit dem vorigen Feldzuge nicht recrutirt, und daher um die Hälfte schwächer als sie sein sollten, und zugleich durchaus mangelhaft ausgestattet. Die Reichsarmee ist gar nicht im Felde erschienen; denn einige Fürsten und Kreise haben ihr Contingent nicht gestellt, andere nur zum Theile, und dazu so spät und mit so beschränkten Befehlen, daß sie den erforderlichen Dienst nicht leisten konnten. Die Festungen des Reiches sind mit dem Nothwendigen für eine gute Vertheidigung nicht versehen. Die Vorstellungen der Generalstaaten darüber sind wirkungslos verhallt. Der Reichstag in Regensburg hatte wenigstens beschlossen, Philippsburg in den erforderlichen Stand zu setzen, und zu diesem Zwecke einige Römermonate bewilligt. Bis zur Stunde ist von allem dem nichts erfolgt."

„Dieser Mangel an pflichtmäßiger Leistung, diese Unordnung von Seiten der Reichsstände tragen die Schuld an den erlittenen Nachtheilen. Die wichtigen Plätze Kehl, Breisach, und vor wenigen Tagen auch noch Landau, sind verloren. Das Reich ist dadurch in die höchste Gefahr gebracht, und darum ist es mehr als jemals Zeit zu erwachen. Die Generalstaaten kennen die Entschuldigungen, die man vorbringt; aber sie wissen auch zu unterscheiden zwischen Gründen und Vorwänden. Sie haben noch einen besonderen Grund zur Beschwerde. Während sie ihre Truppen in das Reich hinaufgeschickt und dadurch für die Erhaltung desselben mehr gethan als viele Stände des Reiches, ist es geschehen, daß diese, eben darauf sich verlassend, völlig zurück geblieben sind. Darf man denn einem Bundesgenossen die Zumuthung stellen, daß er Schweiß und Blut seiner Völker für die Erhaltung eines fremden Landes verwende, welches nicht selber zu diesem Zwecke die äußersten Anstrengungen macht? Die Generalstaaten haben ihre Truppen bis an die Donau geschickt; aber sie können sie dort nicht belassen, können nicht ihre Truppen verstreuen von der Donau bis

an den Canal. Deutschland muß selber für seine Erhaltung sorgen." Und dann folgen die im Laufe des Jahres 1703 wiederholt sowohl von den Generalstaaten, als von der Königin von England ausgesprochenen Mahnungen, daß jeder Reichsfürst wenigstens sein schuldiges Contingent stelle und im Stande erhalte.

Auf die Rede des Rathspensionärs versprachen die Gesandten in nachdrücklicher Weise heimwärts zu schreiben. Die Generalstaaten begnügten sich damit nicht. Sie erwogen den Vorschlag, eine besondere Deputation an die Reichsfürsten zu entsenden und sie an ihre Pflicht zu mahnen. Allein da Eile Noth thue, erließen sie sofort ein eindringliches Circularschreiben.

Ob dies etwas wirken würde, war die Frage der Zukunft. Näher heran trat zunächst die Besorgnis, daß die Generalstaaten ihre Drohung zur Wahrheit machen, das holländische Corps unter dem General Goor aus Schwaben abberufen würden. Diese Besorgnis stieg, als die wiederholten Differenzen zwischen dem Markgrafen Ludwig von Baden und dem General Goor dahin führten, daß der Erstere diesem den Degen abfordern und Arrest ansagen ließ. Die beiderseitigen Berichte über den Anlaß liegen vor [1]), sind jedoch kaum vereinbar. Dagegen läßt sich mit Sicherheit sagen, daß der einzelne Anlaß nur die bereits seit langer Zeit gehegte gegenseitige Misstimmung zum Ausbruche brachte. Der Markgraf gebraucht in seinem Berichte an den Kaiser sogar den Ausdruck: er habe sich nicht länger wie ein Schellenbub tractiren lassen wollen. Die Generalstaaten jedoch waren sehr erregt. Sie entsandten an den General Goor einen Courier mit dem Befehle der Rückkehr. Es gelang indessen dem kaiserlichen Gesandten Goes, sie zur Rücknahme dieses Befehles zu bewegen. Unterdessen traf auch der Graf Wratislaw auf seiner Rückreise von Wien nach England im Haag ein. Er zog den Rathspensionär in das Geheimnis seines Auftrages, in England einen Zug der Hauptarmee an die Donau durchzusetzen. Heinsius persönlich ging auf den Gedanken ein, der jedoch, weil der von den Generalstaaten mit Sicherheit zu erwartende Widerspruch nur durch den Anstoß der Sache von England her zu überwinden war, am wenigsten im Haag verlauten durfte. Das

[1]) Röder Bd. I, S. 266 und 278.

Eintreten des Rathspensionärs für den großen Plan gibt sich nur dadurch zu erkennen, daß er bei den Generalstaaten das Verbleiben des Corps unter dem General Goor in Schwaben erwirkte. Es gelang weiter der geneigten Gesinnung auf beiden Seiten, eine Form des Ausgleiches zu finden, mit welcher der Markgraf und der General Goor sich einverstanden erklärten [1]).

Der Gang des Feldzuges an den verschiedenen Orten hat uns gezeigt, daß die Worte des englischen Staats-Secretärs Nottingham (S. 268) vom Juni des Jahres 1703 sich in den folgenden Monaten noch ungleich mehr bestätigten. Um so mehr also mußte der von Portugal aus vorgeschlagene Plan der Sendung des Erzherzogs Carl als des neuen spanischen Königs einleuchtend erscheinen, nicht bloß mehr in London und im Haag, sondern auch in Wien. Ja, bereits im Laufe des Monats Juni zweifelte man in Kensington nicht mehr, daß der Kaiser eingehen werde. Stepney in Wien erhielt noch im Laufe des Monates den Auftrag, zu verlangen, daß in der Ausfertigung der Ratification der Name der Königin, vermöge des althergebrachten Ranges der Krone von England, demjenigen des Königs Dom Pedro von Portugal vorgesetzt werde [2]).

Um dem Kaiser jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der Seemächte zu benehmen, ging dann die Königin Anna noch einen erheblichen Schritt weiter. Sie schlug der Republik Holland vor, dem Vertrage der großen Allianz vom 7. September 1701 einen Zusatz-Artikel beizufügen, kraft dessen dem Erzherzoge Carl als künftigem Könige von Spanien die völlige Monarchie zugesprochen werde. Die Generalstaaten erwiederten zunächst: sie besorgten, daß ein solcher Artikel mit den Wünschen des Kaisers nicht einmal ganz übereinstimme: im anderen Falle würden sie einen Widerspruch nicht erheben [3]). Wir werden diesem Artikel wieder begegnen.

Die Seemächte gingen in der Angelegenheit des Bündnisses mit Portugal wesentlich zusammen. Allein in England hing die Ratification

[1]) Lamberty t. II, p. 652.
[2]) Anlage I.
[3]) Anlage II.

lediglich von der Königin mit ihren Ministern ab. In der Republik der Niederlande dagegen handelte es sich um die Zustimmung jeder einzelnen der sieben souveränen Provinzen. Der Vertrag bestimmte für Portugal, außer den Subsidien an Geld, 12,000 Mann Hülfstruppen. Daß jede der beiden Seemächte den dritten Theil davon auf sich nehmen würde, stand von Anfang an fest. Aber es handelte sich dann um das letzte Drittel. Auf einen Anwurf des Rathspensionärs, ob der Kaiser dies Drittel auf sich nehmen würde, antwortete der Gesandte Goes mit unbedingter Ablehnung [1]).

Der portugiesische Vertrag vom 16. Mai wurde an die souveränen Provinzen entsendet, und war dort mehrere Wochen hindurch, im Juni und Juli, der Gegenstand lebhafter Berathungen.

Der Geschäftsgang in der Republik war nicht mehr wie zu den Zeiten des Königs Wilhelm III. Damals hatte die Berufung auf seine Autorität jeden Vorschlag leicht durchgedrückt, und der Rathspensionär Heinsius, indem er sich durch diese Autorität gedeckt fühlte, nahm sich bereitwillig mancher Dinge an, auch wenn sie nicht zunächst ihm oblagen. Dies war nun anders geworden. Heinsius zog den Kreis seiner Geschäfte enger, lehnte namentlich diejenigen ab, aus denen ihm ein Haß erwachsen konnte. Die fremden Gesandten hatten daher häufiger sich an die sieben Deputirten für die geheimen Angelegenheiten zu wenden. Von diesen trat Keiner selbständig auf: sie nahmen alles nur zum Berichte an und entsendeten die etwa ihnen überlieferten Denkschriften an die souveränen Provinzen. Dort wurden sie auf den Landtagen verhandelt. Nun aber mußten alle Beschlüsse über die Angelegenheiten auswärtiger Politik einstimmig gefaßt werden. Demnach vermochte ein einziger Deputirter einer kleinen Stadt, ob aus Unkenntnis, ob aus Eigenwillen, wichtige Beschlüsse zu hindern, ohne daß der eigentliche Grund des Hindernisses den fremden Gesandten der Regel nach auch nur zur Kunde kam. Lediglich durch einen Zufall erfuhr einmal der kaiserliche Gesandte Graf Goes, daß in den Ständen von Holland ein von ihm gewünschter Beschluß zweimal gescheitert sei an dem Widerspruche des Deputirten der kleinen Stadt Schiedam, und voraussichtlich auch zum dritten Male daran scheitern werde. Der

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 8. Juni.

Gesandte begab sich zu diesem Deputirten. „Ich gab ihm so gute Worte, meldet er, daß er endlich sein Votum für die Sache versprach." Aber dies geschah in der nächsten und wichtigsten Provinz, in Holland. Wenn in einer der anderen Provinzen ein Beschluß wegen eines solchen Widerspruches nicht zu Stande kam: so verlautete darüber auch nicht einmal eine Kunde [1]).

Eine Angelegenheit solcher Art, die von allen souveränen Provinzen beschlossen werden mußte, war namentlich die vom englischen Parlamente aus verlangte Einstellung alles Briefverkehres mit Frankreich. Der Nachweis, daß diese Macht die Mittel zum Unterhalte selbst der Armee in Italien durch Wechselbriefe auf London und Amsterdam übersende, war so einleuchtend und durchschlagend, daß auch die Deputirten von Amsterdam ihren Widerspruch gegen die verlangte Maßregel fallen ließen. Am 11. April ward die Uebereinkunft getroffen, daß vom 1. Juni an alle Correspondenz mit Frankreich und Spanien aufhören solle [2]).

Hatte die Republik in dieser Sache der Forderung Englands entsprochen: so gab es manche andere Puncte, bei denen man nur durch jedesmalige Compromisse zum Ausgleiche gelangen konnte. Die Regierung der Königin Anna pflegte principiell die Forderung zu erheben, daß die Republik dasselbe zu leisten habe was England. In Betreff der 12,000 Mann für Portugal war jede der Mächte zu einem Drittel bereit. Allein, da der Kaiser principiell das letzte geweigert, so lag in der Vertheilung desselben auf die Seemächte ein Stein des Anstoßes.

Heinsius verfolgte das in wichtigen Fällen übliche Verfahren, den Allianz-Vertrag mit Portugal zuerst an die Stände von Holland zu bringen. Nachdem die Ratification dort beschlossen war, legte der Rathspensionär die Mittheilung dessen den Generalstaaten vor, mit der Bitte im gleichen Sinne auch die anderen Provinzen anzumahnen. Friesland, Overyssel und Groningen folgten sofort. Auch an Seeland zweifelte man nicht. Nur die zwei kleinen Provinzen Utrecht und Geldern zogen die Sache lange Wochen hin [3]).

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 16. März.
[2]) Desgleichen. Vom 17. April.
[3]) Desgleichen. Vom 30. Juli.

Das Entgegen-Kommen der Königin von England, namentlich ihr Erbieten, dem Vertrage der großen Allianz einen Zusatz-Artikel beizufügen, welcher dem Erzherzoge Carl die gesammte spanische Monarchie verbürge, beförderte unterdessen in Wien die Sache. Der Kaiser konnte, der Lage der Dinge gemäß, seine ausdrückliche Zustimmung erst dann geben, wenn beide Seemächte ratificirt hatten. Daß sie aber dann erfolgen werde, lag in London und im Haag bereits im Juli unzweifelhaft vor. Am Hofe von Versailles trug man sich noch bis zu Ende Juli mit der Hoffnung, daß das Kaiserpaar, weil der römische König Joseph söhnelos, den Erzherzog Carl nicht würde ziehen lassen [1]).

Man erörterte in Wien und im Haag bereits den Weg, den der Erzherzog zu nehmen habe. Der Kaiser zog die Reise über Italien vor, ohne jedoch sich entschieden auszusprechen. Er sei bereit, sagte er, den Rath der Seemächte darüber zu vernehmen. In London ward jede weitere Erörterung abgeschnitten durch die Erwiederung: der König von Portugal werde den Erzherzog nicht aufnehmen ohne die Hülfstruppen, und die Hülfstruppen nicht ohne den Erzherzog. Darum müsse auch der Weg für beide derselbe sein, für den Erzherzog also von Holland aus über den Ocean. Dazu auch sei diese Fahrt sicherer. Im Mittelmeere würde dem Erzherzog ein Seegefecht in Aussicht stehen, nicht im Oceane, wo es eine nennenswerthe französische Flotte nicht mehr gebe. Die Königin ließ zugleich nachdrücklich hervorheben, daß es ihr fester Entschluß sei, der Allianz den Zusatz-Artikel beizufügen, und daß sie in diesem Sinne auch bei der Republik alles aufbieten werde. Der Kaiser möge sich darauf völlig verlassen. Die Königin drängte daher, daß der Kaiser spätestens zu Ende August den Erzherzog von Wien entsende [2]).

Unterdessen aber schwebte die Frage des einen Drittels der Kosten. Die Deputirten der Generalstaaten luden, am 31. Juli, die Gesandten Goes und Stanhope in ihre Sitzung. Auf das Befragen der Holländer erwiederte Goes nochmals, daß der Kaiser nicht vermöge einen Beitrag zu geben. Nach langen Hin- und Widerreden erklärte Stanhope, daß die Königin von England bereit sei, die Hälfte aller Kosten

---

[1]) Dangeau t. IX, p. 255.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. Juli. Man vgl. Anlage II.

zu tragen, gegen das Versprechen des künftigen Ersatzes. Dagegen erwarte die Königin, daß die Republik die andere Hälfte übernehme. Die Holländer lehnten ab: nur zu einem Drittel wolle sich die Republik verpflichten. England müsse zwei Drittel tragen [1]).

Im Laufe des Monats August trafen von den anderen souveränen Provinzen der Republik die Zustimmungen zur Ratification des Vertrages ein. Am längsten sträubte sich die Bürgerschaft von Utrecht.

Unterdessen war der Gedanke des von England vorgeschlagenen Zusatz-Artikels zu der Allianz in London, im Haag, in Wien vielfach erörtert. Nach diesen Besprechungen reichte Stanhope im Haag einen Entwurf ein, der sowohl die große Allianz vom 7. September 1701, als diejenige der Seemächte mit Portugal, vom 16. Mai 1703, ergänzen sollte [2]). Nach der letzteren sollte der Kaiser einige spanische Gebietstheile an Portugal abtreten: nach der ersteren sollten niemals die Königreiche Frankreich und Spanien vereinigt werden, oder auch nur Einen Herrn haben. Der Entwurf des Zusatz-Artikels besagte: „Der Kaiser, die Königin von England und die Generalstaaten der vereinigten Niederlande haben beschlossen, sich bestimmter über ihre einhellige und beständige Meinung in Betreff der gesammten spanischen Monarchie auszusprechen, und sich auf das engste zur unverletzlichen Ausführung derselben zu verbünden. Sie erklären also, setzen fest und versprechen heilig, daß sie zu keiner Zeit mit dem gegenwärtigen allerchristlichsten Könige oder seinem Nachfolger, noch dem Herzoge von Anjou, noch überhaupt einem Mitgliede des Hauses Bourbon oder dessen Anhängern, einen Frieden eingehen wollen, so lange irgend ein Mitglied des Hauses Bourbon im Besitze eines der Länder verbleibt, welche einst der König Carl II. von Spanien, gottseligen Andenkens, besessen hat oder rechtlich hätte besitzen sollen. Dagegen wird ihr Absehen vor allen Dingen dahin gerichtet sein, daß alle und jede Königreiche, Provinzen und Gegenden, wo immer gelegen, und das gesammte Recht, welches der genannte mächtige Fürst, König Carl II. von Spanien, gehabt und besessen hat, nachdem sie durch die Waffen der Verbündeten dem Hause Bourbon und dessen Anhängern wieder

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 31. Juli.

[2]) Anlage III.

abgerungen, dem Hause Oesterreich zurückgegeben, oder durch den Friedensschluß, ohne Verzug und ohne jeglichen Vorwand, wieder erstattet werden sollen, mit beständigem und allseitigem Ausschlusse des Hauses Bourbon und aller Anhänger desselben, namentlich des Kurfürsten von Bayern."

Dann aber enthielt der Zusatz-Artikel eine andere wichtige Bestimmung: er bekräftigte abermals den sechsten Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701, nach welchem die von England oder Holland in Westindien genommenen Plätze ihnen verbleiben sollten. Dasselbe galt von den Cessionen des Kaisers an den König von Portugal und den Herzog von Savoyen.

Stanhope fügte hinzu, daß dieser von der Königin von England vorgeschlagene Zusatz-Artikel, sobald die Republik ihn angenommen, nach Wien gesendet werden solle.

Der Rathspensionär Heinsius äußerte sich darüber zu dem kaiserlichen Gesandten mit den Worten: „Ich stimme dem Zusatz-Artikel bei; aber ich frage Sie im Vertrauen, ob man bei der jetzigen Weise der Kriegführung einen Erfolg davon hoffen kann." Der Gesandte erwiederte, daß es dem Kaiser bei diesem Artikel wesentlich um die Beruhigung der Anhänger seines Hauses in Italien zu thun sei. Den Ausgang der Dinge müsse man Gott anheim stellen [1]).

Ein anderer Holländer sprach dem Gesandten Goes sein Mistrauen aus über die von England her vorgenommenen Aenderungen an dem ursprünglichen Entwurfe. „Der Vorschlag des Artikels, sagte er, ist von englischer Seite ausgegangen. Der Zweck dabei war, den Beschluß der Abreise des Erzherzogs zu befördern. Nun, wo dieser Beschluß gefaßt ist, machen sie Aenderungen. Zweifeln Sie daher an der guten Intention" [2]).

Die Warnung ist in Rücksicht auf den späteren Gang der Dinge von 1711 an bis zum Utrechter Friedensschlusse sehr merkwürdig. Und dennoch dürfte sie für 1703 in den Thatsachen nicht begründet sein. Denn diese bürgen dafür, daß es damals wirklich die Intention der Königin Anna und ihrer Räthe war, dem von ihnen vorgeschlagenen

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 7. August.
[2]) Desgleichen vom 24. August.

Artikel zu entsprechen. Hedges sagte zu Hoffmann: er hoffe, daß die Aenderungen in dem Artikel die Abreise des Erzherzogs nicht verzögern würden, da ja der Kaiser sich auf das Wort und Versprechen der Königin verlassen könne [1]).

Der Kaiser entsendete am 24. August seine Erklärung, daß der Erzherzog aufbrechen werde, sobald der Vertrag mit Portugal ratificirt, England und Holland sich über die 12,000 Mann Hülfstruppen für Portugal verglichen, und der Zusatz-Artikel unterzeichnet sei. Die Nachricht traf im Haag ein am 5. September. Die Zustimmungen aller sieben Provinzen waren da, und demgemäß wurde die Ratification des Vertrages vom 16. Mai ausgefertigt. Dagegen beharrte die Republik bei dem Beschlusse, nur das eine Drittel der 12,000 Mann Hülfstruppen zu tragen. Goes überbrachte die Mittheilung an die Engländer Stanhope und Hill, welcher letztere, als Gesandter nach Turin bestimmt, das Ergebnis der Berathungen im Haag abwartete. Der Graf Goes stellte ihnen vor, daß, wenn sie nicht noch eine andere Vollmacht besäßen, der Vertrag vom 16. Mai nicht zur Ausführung kommen könne. Hill führte in langer Rede aus, wie viel der englischen Nation an der Ausführung des Vertrages liege, so daß, auch wenn die Republik über ein Drittel hinaus nicht beitragen wolle, England dennoch festhalten werde. Die portugiesische Sache müsse gestützt werden, und wenn man darüber 20,000 Mann aus den Niederlanden wegziehen müsse. Nur möge der Erzherzog aufbrechen, je eher, desto lieber [2]).

Auf die Nachricht des wirklichen Aufbruches erfolgte die Bestätigung der Worte Hills. Der Staats-Secretär Nottingham that durch ein Schreiben vom 16./27. September dem Portugiesen Pacheco kund, daß England bereit sei, zwei Drittel der Hülfstruppen für Portugal zu übernehmen [3]).

Nicht jedoch wurde der Zusatz-Artikel in der zuletzt von England vorgeschlagenen Fassung angenommen, und zwar nicht von dem Kaiser. Denn der Artikel, so günstig er sonst für das Kaiserhaus war,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. August.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 7. September.

[3]) Die Berichte Hoffmanns und des Grafen Goes vom 28. September.

bekräftigte, entgegen dem Versprechen von Wilhelm III., daß alles in Westindien Eroberte dem Kaiser zurückgegeben werden solle, den sechsten Artikel des Vertrages der Allianz vom 7. September 1701, nach welchem etwaige Eroberungen in Westindien den Seemächten verbleiben würden. Wir haben seiner Zeit die Unterredungen zwischen Wratislaw und Nottingham darüber vernommen. Wratislaw hatte im Sinne des Kaisers geredet: er wollte nicht die Katholiken Amerikas unter die Herrschaft der Engländer und Holländer kommen lassen. Im September 1703 kam die Sache nochmals zwischen Nottingham und Hoffmann zur Erörterung. Der letztere hob hervor, daß der König Wilhelm III. nur darum auf jenen Artikel verzichtet, weil derselbe ihm unausführbar erschien. Eine Eroberung und Behauptung von Westindien würde ja mehr Menschenleben kosten als ganz England enthalte. Nicht der Besitz jener Gegenden liege im Interesse der Seemächte, sondern der Handel mit ihnen. — „Auch ich glaube, entgegnete Nottingham, daß England keine Versuche der Eroberungen dort machen wird. Aber wir können um der englischen Nation willen von dem sechsten Artikel der Allianz nicht abstehen“ [1]).

Demgemäß, da in diesem Puncte weder der eine Theil, noch der andere nachgeben wollte, ward der Zusatz-Artikel nicht unterzeichnet, sondern blieb Entwurf.

Es bedarf nicht der Ausführung, wie wichtig es im Jahre 1711 und ferner für die Politik des Ministeriums Oxford-Bolingbroke geworden ist, daß dieser Artikel nicht formell ausgefertigt war. Daß jedoch im Jahre 1703 bei den Leitern der Politik von England darum nicht die Absicht obwaltete, den formellen Mangel später in solcher Weise auszunutzen, wie es durch den Utrechter Frieden geschehen ist, ergibt sich sowohl aus der Sachlage, als auch, wie wir bald ersehen werden, aus den ausdrücklichen Worten der Königin Anna.

In England erfaßte man nicht, warum der Kaiser nicht eifriger zugriffe. Er habe doch, meinte man, kein anderes Mittel übrig die spanische Monarchie für sein Haus zu erlangen, als den portugiesischen Vertrag; dennoch müsse er, dem man keine andere Leistung zumuthe, als auch seinen zweiten Sohn zum Könige zu ernennen, vorwärts

[1]) Die Berichte Hoffmanns im August und September.

gedrängt werden von Seiten der Seemächte, die ohne directen eigenen Vortheil reiche Opfer an Blut und Geld zu bringen sich erböten [1]).

In der Wirklichkeit indessen war das Eingehen des Kaisers auf die Vorschläge der Seemächte eine sehr große Concession. Sein Plan, wie er oft sich uns dargelegt hat, betraf zunächst Italien, und erst dann, im günstigen Falle, Spanien. Der portugiesische Plan, den die Seemächte sich angeeignet, kehrte die Reihefolge um und stellte Spanien voran. Dazu kam, daß dieser Plan den Kaiser nöthigte, seinen nun siebzehnjährigen Sohn Carl, auf welchem, nach dem damaligen Stande der Dinge, allein noch die Hoffnung der Erhaltung des Stammes beruhete, fremden Händen anzuvertrauen. Indessen, die von ihm gestellten Bedingungen waren von Seiten der Seemächte erfüllt, und somit blieb keine Wahl.

Die Anschauung, von welcher aus die Eltern in die Sendung ihres Sohnes willigten, prägt sich aus in den Worten der Mutter, der Kaiserin Eleonore, an den Landgrafen Georg: „Es ist ein sacrificium für das Gemeinwohl. Gott gebe, daß alles zum glücklichen Ende kommen möge!" [2])

Auch wußte man dies sogar in Madrid. Der Präsident von Castilien that den Entschluß des Kaisers den Gouverneuren der Provinzen kund mit den Worten: „Die dringenden Aufforderungen der Engländer, der Holländer und vor allem der Portugiesen haben den Kaiser bewogen, den Erzherzog zu unserem Könige zu erklären" [3]).

Der römische Kaiser Leopold I. bestimmte den 12. September 1703 zur Proclamation des Königs Carl III. von Spanien. Der Tag scheint gewählt als der zwanzigjährige Gedächtnistag der Befreiung Wiens von den Türken [4]).

Der feierliche Act fand statt in dem in der Vorstadt Wieden gelegenen Schlosse Favorita, dem späteren Theresianum. Nachdem die

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 31. August und 14. September.

[2]) Schreiben vom 28. October, bei Künzel: Landgraf Georg S. 292.

[3]) Lamberty t. XII, p. 491: Las apretadas instanzias de Ingleses y Olandeses y sobre todo Portugueses, han obligado al Emperador a hazer declarar el Archiduque Rey nostros.

[4]) Die Darstellung ausführlich im Theatrum Europaeum Band XVI^{b}, S. 189 u. f.

Räthe der Krone versammelt, trat der Kaiser unter sie, begleitet von seinen beiden Söhnen, dem römischen Könige Joseph, damals fünfundzwanzig Jahre alt, dem Erzherzoge Carl, fast achtzehnjährig. Ueber den letzteren hatte die Natur das Vollmaß ihrer Gaben ausgeschüttet. Er war hoch gewachsen, einnehmenden Aussehens, bräunlich, von würdiger Haltung, dabei wohlwollend, klaren Blickes, unermüdlich, aufmerksam, von unschuldigen Sitten [1]).

Der Kaiser legte in kurzer Anrede dar, daß nach dem Absterben des Königs Carl II. von Spanien die Erbfolge in dieser Monarchie rechtmäßig ihm gebühre; daß er jedoch Bedenken getragen sie mit seinen Erbländern zu vereinigen, und darum sie seinem erstgeborenen Sohne, dem römischen Könige Joseph, habe überweisen wollen; daß dann sie beide sich geeinigt, alle ihre Rechte auf den jüngeren Sohn, den Erzherzog Carl, zu übertragen. Demgemäß proclamire er diesen als König Carl III. von Spanien. Der römische König Joseph erwiederte dem Vater im gleichen Sinne. Dann wandte sich der neue König Carl III. in dankender Anrede an den Vater und den Bruder. Die Cessions-Acte wurde verlesen. Der Kaiser überreichte sie dem Cardinal Kolonitsch, und trat mit dem römischen Könige an den Tisch, auf welchem ein Crucifix stand, mit brennenden Lichtern umgeben, um die Cession zu beschwören. Der neue König von Spanien dagegen leistete den Eid, die Statuten, Rechte, Privilegien der Spanier gemäß dem Herkommen im Hause Habsburg, getreulich zu beobachten.

Es ist ein Vorgang in der europäischen Geschichte, der nicht seines Gleichen hat: ein Kaiser, noch lebenskräftig, in der Mitte zweier Söhne, beide Könige, die dem hoffenden Auge erscheinen mochten wie eine Erneuerung der Ahnherren, des einstigen herrlichen Brüderpaares Carl V. und Ferdinand I. Die Ahnung, daß dennoch in jenen beiden blühenden Prinzen der Mannsstamm des Hauses erlöschen werde, lag am 12. September 1703 noch fern.

Dem feierlichen Acte folgten die üblichen Festlichkeiten. Am nächsten Tage erließ der Kaiser seine Handschreiben an die Königin von England und die Generalstaaten. Er hebt der ersteren gegenüber

---

[1]) Bericht des Venetianers Dolfin in Fontes rerum Austriacarum. Bd. XXII, S. 5.

hervor, daß er hauptsächlich auf ihren Rath gehandelt, nach seiner Erfahrung, daß die Königin nicht bloß mit Umsicht guten Rath fasse und Anderen ertheile, sondern auch ihr Wort mit unverbrüchlicher Treue halte. Der Kaiser hofft, die Königin werde es sich gefallen lassen, daß er seinen Sohn ihr wie einer anderen Mutter ganz und gar übergebe, mit der Versicherung, daß Carl sich sein Lebenlang werde angelegen sein lassen, die Königin mit tiefem kindlichen Respecte zu verehren [1]). — Wir werden die Antwort der Königin später vernehmen.

Der frommen Weise des Vaters Leopold gemäß, der an wichtigen Wendepuncten seines Lebens nach Mariazell in Steiermark zu wallfahrten pflegte, begab sich dahin auch der junge König Carl III. Nach der Rückkehr besuchten die Brüder noch einmal den Prater, die Stätte der jugendlichen Freuden. Der 19. September war der Tag des Abschiedes. Er ward um so schwerer, da gerade im Falle des glücklichen Ausganges, den man wünschen mußte, die Nicht-Wiederkehr sicher war. Am Nachmittage fuhren die Wagen am Schlosse Favorita vor. Der Kaiser entließ seinen Sohn mit der Mahnung so zu regieren, daß Land und Leute sich jederzeit der österreichischen Clemenz, Sanftmuth und Gottesfurcht zu erfreuen hätten. Der römische König und die drei Schwestern umdrängten den Bruder bis an den Wagen: von den Fenstern oben hernieder schaute das Elternpaar zum letzten Male auf den scheidenden Liebling. Die Fahrt ging vorüber an der Dreifaltigkeits-Säule auf dem Graben. Im Angesichte derselben erhob sich der König Carl, zog den Hut, und verbeugte sich dreimal.

Damit den Reichsständen, deren Länder der Zug berührte, alle Kosten erspart würden, war verkündet worden, daß die Reise incognito geschehe. Das Gefolge bestand freilich aus 163 Personen mit reichlich 200 Pferden und 47 Wagen. Am 4. October traf der Zug in Leipzig ein. Nach der Weise der Zeit, welcher gemäß den Bewohnern der Städte von der einstigen Wehrhaftigkeit noch das Schaugepränge der Waffen geblieben war, stand die Bürgerschaft im Gewehre. Von dort an, wo durch Thüringen, Niedersachsen, Westfalen die Territorien vieler Fürsten durchmessen werden mußten, eilten diese an den Grenzorten zur Begrüßung herbei. Am 16. October traf der junge König

[1]) Das Schreiben im Theatrum Europaeum, Theil XVI[b], S. 193.

in Düsseldorf ein, der Residenz seines Vetters, des Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz, welcher den jungen König empfing mit dem Aufgebote aller seiner Pracht, mit einem Aufwande von Kosten, die, nach dem Urtheile Vieler, zweckmäßiger für die Kriegsanstalten am Rheine ausgegeben wären. Nach Düsseldorf hatte auch die Königin Anna den Herzog von Marlborough zur Begrüßung entgegen gesendet. Es ward beobachtet, daß die Audienz sehr lange währte. Zum Abschiede überreichte der junge König im Namen seines Vaters dem Feldherrn einen reich mit Diamanten besetzten Degen. Der Bericht Marlboroughs über die Persönlichkeit des jungen Königs rief bei den Ministern in England beifällige Verwunderung hervor [1]).

Ueberhaupt aber war die Stimmung in England, namentlich bei der Königin Anna persönlich, dem Kaiserhause sehr günstig. Jene Stelle in dem Schreiben des Kaisers vom 13. September, daß er seinen Sohn ihr übergebe wie einer anderen Mutter, scheint auf die Königin, die in so reichlichem Maße den Elternschmerz um den Verlust ihrer Kinder erfahren, eine ganz besondere Wirkung geübt zu haben [2]). Sie befand sich damals in Bath. Dahin ließ sie sich Entwürfe zur Antwort in lateinischer und französischer Sprache kommen. „Alles an ihr, meldet Hoffmann, bekundet Willfährigkeit, Liebe, Eifer." Die Worte entsprechen der Wahrheit. Es war genug bekannt, daß dem Kaiser Leopold es unlieb war, französisch geschriebene Briefe zu empfangen. Die Königin Anna, der lateinischen Sprache unkundig, verstand sich dazu einen Brief in dieser Sprache abzuschreiben, dessen Inhalt dem Kaiser erfreulicher gewesen sein mag, als jene Höflichkeit. Der Brief lautet wie folgt [3]).

„Da es Ew. K. Majestät gefallen hat, Ihren Sohn, den König von Spanien, uns wie einer anderen Mutter völlig in unsere Hände zu geben und anzuempfehlen, so übernehmen wir gern die damit uns auferlegte Pflicht, und versprechen, daß wir ihn mit wahrhaft mütterlicher Sorgfalt und Mühe geleiten, und mit aller That und allem

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. October.

[2]) Desgleichen vom 16. October: Es hat der Königin über alle Maßen wohl gefallen.

[3]) Anlage IV.

unſerem Vermögen ihm zur Seite ſtehen werden, bis daß er des vollen und ruhigen Beſitzes der ſpaniſchen Monarchie ſich erfreue. Und wir hoffen, er werde unter dem göttlichen Walten ſich darin ſo befeſtigen, daß ſie ihm und ſeinen Nachkommen für immer ſicher verbleibe."

Entſprechend lautete das Handſchreiben an den König Carl III. von Spanien, welches Marlborough bei deſſen Ankunft im Haag zu übergeben hatte, dies jedoch in franzöſiſcher Sprache [1]).

„Mein Herr Bruder. Mit vielem Vergnügen habe ich vernommen, daß Sie zum Könige von Spanien erklärt ſind und ſich auf dem Wege dahin befinden. Ich wünſche Ihnen Glück dazu aus vollem Herzen und würde mich freuen, wenn dieſe Ihnen gebührende Krone für Sie eben ſo glückbringend ſein würde, wie für den ruhmvollſten Ihrer Vorfahren. Um Ihnen deſto klarer zu beweiſen, wie ſehr ich Ihrem Hauſe zugethan bin und wie ſehr ich Ihre Perſon hochſchätze und welchen Antheil ich an allem nehme was Ihre Ehre und Ihr Intereſſe betrifft, habe ich beſchloſſen alle Macht meiner Waffen aufzubieten, um beizutragen zur Aufrechthaltung und zum Glücke Ihrer Regierung."

So die Königin Anna im Jahre 1703. Sie dachte oder ahnte damals nicht, daß eine Zeit kommen würde, in welcher jede Erinnerung an den Inhalt dieſer beiden Briefe ſpurlos bei ihr erſtorben war.

Die Antwort Carls III. war in ſolcher Weiſe gehalten, daß, wenn man beiderſeitig den gegebenen Verſprechungen getreu verblieb, der Bund des Hauſes Habsburg mit der Königin Anna feſt geſichert erſchien. Carl III. ging indeſſen noch weiter. Der Kaiſer hatte in ſeinem Schreiben vom 13. September an die Königin geſagt: „Mein Sohn möchte gern ſo wohl ſein als mein Vertrauen, welches wir in E. D. ſetzen, wie nicht minder unſere große Erkenntlichkeit mündlich verſichern. Weil aber die gegenwärtige Beſchaffenheit der allgemeinen Sache ihn eiligſt an ſeinen Beſtimmungsort ruft, ſo wird er nicht unterlaſſen, nach ſeinem Eintreffen dort dies auf eine andere Weiſe zu vollbringen". Dieſer Eile ward nun von Seiten der Republik Holland nicht entſprochen. Vom 3. November an befand ſich Carl III. im Haag, bereit zur Abfahrt. Aber die Ausrüſtung der Flotte und

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. II, p. 538.

der Mannschaft war noch nicht fertig. Ein Tag und eine Woche nach der anderen verging. Unter diesen Umständen kam der junge König auf den von seinem Vater bereits angedeuteten Gedanken zurück. Er gab den Wunsch kund, die Königin von England begrüßen zu dürfen. Es erfolgte sofort eine Einladung nach Windsor [1]).

Aber der Monat November ging bereits zu Ende. Der junge König wohnte in dem alten oder oranischen Hofe, den der König von Preußen zu diesem Zwecke angeboten. Die Kosten des täglichen Unterhaltes deckte die Republik. Auch so jedoch überstiegen die Ausgaben für die zahlreichen und kostbaren Geschenke die Reisemittel, die in Wien hatten verfügbar gemacht werden können. Für diesen Fall indessen waren Kleinodien mitgegeben. Der Fürst Anton Liechtenstein und die Grafen Goes und Wratislaw einigten sich dahin, sie bei einem Juden in Amsterdam zu versetzen [2]). So kostspielig demnach der längere Aufenthalt, so war er der Sache des jungen Königs eher förderlich als schädlich. Denn der Eindruck, den seine Persönlichkeit, sein Auftreten auf die Holländer machte, war durchaus vortheilhaft. Ja man ging sogar so weit ihn in dieser Beziehung mit Wilhelm III. gleich oder höher zu stellen. „Obwohl es weltkundig ist, meldet Goes, wie sehr der verstorbene König von England von den Holländern geliebt worden ist: so gesteht doch Jeder, daß ihre Zuneigung und Hochachtung für den König von Spanien stärker ist. Die vortreffliche Haltung Sr. Majestät in allem Thun und Lassen, seine große und ungeheuchelte Gottesfurcht, seine liebreiche Würde haben ihm bei den Fremden allgemeines Lob erworben." — Eine ähnliche Anerkennung zollte man der exemplarischen Ordnung des Fürsten von Liechtenstein [3]).

Zu Anfang December drängte der englische Admiral Rooke auf die Abfahrt. Carl III. und sein Gefolge stiegen in Helvoetsluis an Bord. Aber der zuvor günstige Wind hielt nicht an, und nach mehreren Tagen vergeblichen Harrens sah sich Carl III. genöthigt wieder auszusteigen. Die Stände von Holland beeilten sich ihn zur Rückkehr nach dem Haag einzuladen.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. November.

[2]) Die Berichte von Goes und Wratislaw im November und December.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 4. December.

Es war zur guten Stunde; denn in der Nacht vom Freitag dem 7. auf Samstag den 8. December brauste ein Südweststurm auf, dessen Gleichen man seit Menschengedenken nicht erlebt hatte. Das Unwetter währte sechs Stunden, von ein Uhr Nachts bis Morgens sieben Uhr. Die heftigsten Wirkungen desselben scheint England erfahren zu haben. Unter den 150,000 Häusern, aus denen damals die Stadt London bestand, war auch nicht Eins unbeschädigt geblieben. Aber der Nachtheil zu Lande war nicht zu vergleichen mit demjenigen zur See. Die Schiffe waren zu hunderten von ihren Ankern hinweg getrieben, viele von ihnen auf Sandbänke geworfen und dort gescheitert. Auf der Goodwinsbank allein waren vier große englische Kriegsschiffe mit der gesammten Mannschaft zu Grunde gegangen. Drei Tage nach dem Sturme hatte man bereits die Kunde von dem Verluste von acht Kriegsschiffen mit fast zweitausend Seeleuten. Um so viel größer war die Einbuße der Handelsflotte [1]).

Bis die vielfachen Schäden der Ausrüstung hergestellt wurden, mußten daher abermals Wochen vergehen. Der König Carl III. von Spanien blieb auch noch den Monat December 1703 hindurch im Haag. Dennoch schritt unterdessen seine Sache vorwärts, und zwar namentlich im Parlamente von England.

Die Wendung der Dinge, die durch die Ernennung des Erzherzogs Carl zum Könige von Spanien angekündigt wurde, setzte namentlich den Papst Clemens XI. in Verlegenheit. Er hatte im Beginne des Jahres 1701, wo ein Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie für das Haus Habsburg undenkbar erschien, den Herzog von Anjou als König Philipp V. von Spanien anerkannt. Eben dasselbe hatten aber auch die beiden Seemächte gethan. Nun hatten im Jahre 1703 die beiden Seemächte völlig umgeschwenkt. Sie hatten dem Kaiser die Bitte, ja sogar die Forderung gestellt, daß er alle seine Rechte an die spanische Monarchie dem Erzherzoge Carl abtrete, und ihn als König Carl III. proclamire. Der Kaiser hatte dem Wunsche nachgegeben, hatte Carl III. proclamirt. Er kündigte

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. December.

nun dem Papste Clemens XI. die geschehene Thatsache an, und erwartete eine Antwort. Der Papst suchte durch Schweigen über die Sache hinwegzukommen. Aber der Botschafter Lamberg in Rom drängte. Er schickte den Grafen Mattei an den Papst persönlich. Clemens XI., das Schreiben in der Hand behaltend, erwiederte sogleich: „Wir haben immer vermieden, Sr. K. Majestät einen Anstoß zu geben. Und da wir nicht eine Antwort geben wollen durch ein Breve, welches nichts enthält, wie etwa der Doge von Venedig es kann — und da wir zur Zeit keine andere Antwort geben können als eine solche, die misfallen würde: so halten wir für besser unsere Antwort hinauszuschieben, bis daß sie mehr zur Befriedigung Sr. K. Majestät gereichen kann" [1]).

Es ist schwer abzusehen, wie nach jenem Schritte von 1701, bei der Sachlage zu Ende des Jahres 1703, wo Philipp V. im Besitze der Monarchie war, Carl III. nur erst den Anspruch erhob, ohne noch einen Fußbreit Landes in Spanien sein zu nennen, dem Papste eine andere Antwort möglich war. Hatte Clemens XI. einen politischen Fehler begangen, so lag dieser Fehler in der Anerkennung Philipps V. vom Februar 1701. Aber damals hatte man ihm diesen politischen Fehler nicht so hoch angerechnet. England und Holland als lediglich politische Mächte, im Kriege mit dem Hause Bourbon, konnten sich eher von der Anerkennung Philipps V. lossagen, und sich für dies Zurücktreten darauf berufen, daß das Haus Bourbon seinerseits auch die Königin Anna nicht anerkenne. Ein solcher Grund fehlte dem Papste Clemens XI. Er war nicht im Kriege mit dem Hause Bourbon. Er war neutral, oder wollte es doch sein. Er wollte abwarten. Daher seine ausweichende Antwort.

Und dennoch lag es in der Consequenz der Dinge, daß dieses Ausweichen in Wien nicht gefallen konnte, daß es die schon bestehende Kluft zwischen dem Kaiserhause und dem Papste nur noch erweiterte. Und mehr noch als das. Da der Papst Clemens XI. einen König Philipp V. von Spanien anerkannte, nicht einen König Carl III. von Spanien: so ließ sich vor dem großen Haufen, der überall dem Scheine folgt, um so leichter noch als früher die Behauptung aufstellen, daß

[1]) Lambergs Bericht vom 8. December.

der Papſt zuſammengehe mit dem Hauſe Bourbon, daß die Sache des Hauſes Bourbon die katholiſche Sache ſei, diejenige des Hauſes Habsburg die proteſtantiſche. Dieſer Irrthum ließ ſich dann je auf beiden Seiten verwerthen, wie es zweckmäßig erſchien. Und ſo iſt es damals leider oft geſchehen.

Actenſtücke und kritiſche Bemerkungen.

Achtundzwanzigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 30.

K. k. Archiv. Anglica. Schreiben des Paters Menegatti S. J. vom 21. März 1702.

Exc^me^ Comes.

Cum verum sit, relictum Jacobi Regis defuncti filium praetendere, se esse Walliae principem, nihilque asseratur, jure an injuria hoc faciat praetendatque, existimo absque injuria ulla Jacobi Regis posse praetensum Walliae principem compellari: maxime cum usitatissimum sit ut, quando inter duos controversia de aliqua dignitate aut jure oriatur, una parte eam dignitatem sibi competere asserente, altera id negante, asserens dicatur dignitatem, de qua contenditur, Praetendere. Controvertitur autem inter Britannos et defuncti Jacobi Regis filium, an ille Princeps sit Walliae, Britannis negantibus, Gallis et Jacobi filio asserentibus et praetendentibus illi hanc dignitatem competere. Quare jure merito Jacobi Filius Praetensus Walliae Princeps compellari tenui meo judicio potest. Cum praescindatur idne re ipsa sit quod praetendit, an id absque fundamento praetendat. Haec tamen omnia limatissimo Exc ^a^ Vestrae judicio submitto etc.

Franciscus Menegatti.

Anlage II. Zu S. 163.

K. k. Archiv. Relazione del conte di Lamberg fol. 156.

Il Papa fece chiamare l'Abbate Tucci e gli ordinò di copiare un foglio scritto di suo pugno, in cui s'ispiegava contra la riposta

del Manifesto del Duca della Castelluccia, come il Papa defonto e lui da Cardinale e poi da Pontefice avevano inteso di operare circa la Investitura di Napoli, e eccone il tenore.

„Di quello che si narra seguito nel passato Pontificato, vi è „qualche piccola cosa di vero, ma vi è moltissimo di falso. Se „potesse parlarsi di quello che vi è di vero, non potrebbe riprender„dersi in conto alcuno la memoria di quel santo Pontefice; l'onore, „però, e la coscienzia obligano a tacere, e che basti dire con verità, „che nè l' instanza di Carlo Secondo, nè la risposta d' Innocenzo XII „furono tali quali si dicono del foglio."

„Oh che bella mensogna è quella che si dice di una carta „Pontificia scritta al Cardinale Cantelmi, in cui si suppone leggersi, „che la Investitura del Regno di Napoli non è stata concessa a „Filippo V. per riguardi occulti, non per mancanza di giustizia! „Per rendere manifesto quanto ciò sia falso, non accade cercare „altro testimonio, che l' istesso cardinale Cantelmi sentasi da lui, „se egli ha avuto tale carta. Questo certamente è un testimonio „al quale i parziali di Filippo V non possono dare eccezione. Mà „perche rare volte si fabbricano bugre senza qualche fondamento „di vero o di verisimile, ho voluto cercare, se questa grossa falsità „potesse per avventura avere qualche appoggio di verità, ed ho „trovato, che in occasione del tumulto di Napoli gli Francesi e „Spagnuoli, per fare reo il Papa secondo il loro costume di tutti „i mali che succedevano, scrissero e dissero essersi pubblicato in „quell' occasione da i loro Avversari, che Sua Santità haveva „conosciuto non competere alcun diritto a Filippo quinto, e che „perciò gl' haveva assolutamente negata l' Investitura. A questa „proposizione tanto il Papa, quanto i suoi Ministri, per soddisfare „alla verità, risposero, che non si poteva dire negata l' Investitura „a Filippo quinto, nè ad altri, mentre altro è il negarla, altro è „il differire a concederla, per esaminare prima le ragioni di chi „la pretende. In questi termini parlò il Papa e parlorono i di lui „Ministri ed in quest' istessi, se alcuno di loro avesse scritto al „cardinale Cantelmi ed ad altri, non può esser ripreso, ne quindi „può inferirsi che il Papa abbia propalato altro suo animo, che di „far la giustizia, e di voler concedere l' Investitura a chi sarà „assistito dalla ragione, dichiarandosi, secondo la pratica de i suoi „Antecessori di volere procedere in questa gravissima deliberazione „de consensu et consilio Cardinalium. E questa è la solita

„risposta di Sua Santità a tutte le instanze per l' Investitura, che „ha ricevute e riceve dall' una e dall' altra parte. Certamente „non pare che, avendo proceduto e procedendo Sua Beatitudine in „tale forma, possa dirsi, che abbia sin' ora conceduta l'Investitura „ò espressamente, ò tacitamente. Si diduce una tacita concessione „della Investitura dal tenersi il Nunzio in Napoli, quasi che non „si sappia da tutti che il Nunzio di Napoli non è Nunzio come „gli altri appreso un Principe determinato, mà è Ministro della „Sede Apostolica in quel Regno per esercitio della giurisdizione e „per la Collettoria delli Spogli."

Der kaiserliche Botschafter Lamberg setzt hinzu: Ecco i precisi sensi del Papa espressi a Ministri Cesarei in Roma e dallo stesso scritti anche ne medesimi termini al Nunzio Apostolico, residente in Vienna, per riferirli all' Imperatore, acciò che dalle false supposizione dell' indegno Autore non fosse per dubitarsi dell' Integrità Pontificia, et il glorioso Clemente XI, per non soffrir macchia all' onor suo, ne fara sempre ad ogn' uno la testimonianza.

E chi leggendo questo foglio non s' inorridirà nel sentire, che vi sia stato uomo cosi impudentemente temerario, ch' habbia osato di dare alle stampe una tanto abominevole falsità?

Anlage III. Zu S. 165.

Die Erzählung bei Voltaire, Siècle de Louis XIV. p. 191, weist zurück auf Janson Forbin. Von diesem habe Ludwig XIV. die Nachricht des Verhaltens von Innocenz XII. im Jahre 1700 empfangen. Flassan, in der histoire de la diplomatie française t. IV, p. 207, behauptet sogar, daß der Eifer und das Geschick des Cardinals Janson Forbin den Papst Innocenz XII. zu dem vermeintlichen Schreiben an Carl II. bewogen habe. Wir begnügen uns die Thatsache hervorzuheben, daß bei diesen früheren Historikern immer Janson Forbin als die Seele der Sache erscheint. — Voltaire gibt sogar einen Theil des Briefes, den der Papst Innocenz XII. am 16. Juli geschrieben haben soll, wörtlich an. Leider sagt Voltaire nicht, wann Janson Forbin den Brief eingeschickt habe. Neuerdings sind nun aber beide angebliche Schreiben vom Jahre 1700 vollständig veröffentlicht, dasjenige Carls II. vom 13. Juni 1700 und die Antwort des Papstes Innocenz XII., datirt vom 6. Juli 1700,

nämlich bei Hippeau: avénement des Bourbons au trône d'Espagne t. II, p. 227 et suiv. Dem Herausgeber ist augenscheinlich kein Zweifel an der Echtheit aufgestiegen.

Ein Zweifel aber hätte ihm aufsteigen müssen, wenn er auch nur die betreffende französische Geschichtsliteratur gekannt hätte. Denn in dem Werke von Capefigue: Louis XIV., son gouvernement etc. t. IV, p. 160 findet sich das Schreiben Carls II. an Innocenz XII. theils in französischer Uebersetzung, theils im Auszuge, und zwar, wie Capefigue sagt, gemäß dem Originale in den Archiven von Simancas. Capefigue gibt sogar die Oertlichkeit im Archive an mit BB 66, so daß danach seine subjective Wahrhaftigkeit nicht anzufechten sein dürfte. In seinem Auszuge des Briefes sagt er: Il (Charles II) ne dissimule pas que ses affections de roi, ses tendresses de famille et ses traditions de race le portent de maintenir son testament en faveur de l'archiduc etc. Ein Gedanke solcher Art findet sich nicht in dem von Hippeau veröffentlichten angeblichen Schreiben Carls II. — Aber auch die anderen Anführungen bei Capefigue entsprechen dem Briefe bei Hippeau so wenig, daß nur die Alternative übrig bleibt: wenn das Schreiben bei Capefigue echt ist, so ist dasjenige bei Hippeau ein Falsum.

Herr Capefigue gibt als den Fundort des von ihm gegebenen Briefes an das Archiv von Simancas; Herr Hippeau nennt für seinen Brief das Archiv des affaires étrangères in Paris, ebenfalls mit genauer Ortsangabe: vol. LXXIX, p. 127. Und zwar fügt er dann zu einem anderen Schreiben, welches jedoch derselben Kategorie angehört, die Note hinzu: Cette lettre ainsi que celle écrite par le roi (Charles II) au pape Innocent XII, a été transmise au roi (Philippe V) d'Espagne en 1702, le 13 juin, par le cardinal de Janson. Die Worte stammen augenscheinlich nicht von Herrn Hippeau, sondern sind die Wiedergabe einer von ihm vorgefundenen Archival-Note. Sie ergießen, freilich ohne die Absicht des Herrn Hippeau, über die ganze Sache ein helleres Licht.

Denn wir haben im Texte vernommen, daß der Papst Clemens XI. in dem Aufsatze, den er durch den Abbate Tucci abschreiben ließ, die Echtheit beider in dem französischen Manifeste vom April 1702, der Arbeit des Cardinals Janson Forbin, veröffentlichten Briefe verneint. Die von Herrn Hippeau kundgemachte Archival-Note, in Verbindung mit der Thatsache jener Publication bei Capefigue, setzt uns in den Stand, den Beweis der Unechtheit auch von dieser Seite her zu bringen, unabhängig von der Erklärung des Papstes Clemens XI., und zugleich den Fälscher zu überführen.

Der Papst hatte in jener Erklärung gesagt, daß Pflicht und Ehre ihm verböten, den Wortlaut der Schreiben des Königs Carl II. und des Papstes Innocenz XII. bekannt zu geben. Aber es hätte im Interesse der Rechtfertigung seiner selbst und seines Vorgängers gelegen, durch den Wortlaut der Schreiben die Fälschung in dem französischen Manifeste zur vollen Evidenz zu bringen. Wenn also der Papst Clemens XI. die Mittheilung da unterließ, wo sein eigenes Interesse es zu fordern schien: so darf mit Sicherheit gesagt werden, daß eine andere Mittheilung nicht erfolgt ist, daß die Originale jedem Anderen unzugänglich waren, vor Allen dem Cardinal Janson Forbin nach jenem Manifeste. Demnach kann der letztere eine Kunde des echten Schreibens von Carl II. an Innocenz XII. nicht besessen haben.

Von hier an tritt die Archival-Note in die Beweiskette mit ein.

Wenn demnach Janson Forbin dem Könige Philipp V. eine Kunde des Schreibens von Carl II. an Innocenz XII. verschaffen wollte: so hatte er ihn zu verweisen an das Archiv in Spanien, wo er die Minute des Originals finden würde.

Nicht dies geschieht, sondern Janson Forbin überreicht oder überschickt an Philipp V., am 13. Juni 1702, das vermeintliche Schreiben Carls II. vom 13. Juni 1700. Aber der Inhalt dieses bei Herrn Hippeau abgedruckten Schreibens ist unvereinbar erstens mit der Charakteristik, welche die kaiserlichen Minister bei der Berathung über das echte Schreiben gegeben haben (Bd. VIII, S. 504), und zweitens mit dem Original-Concepte im Archive von Simancas, gemäß der Publication desselben bei Herrn Capefigue.

Mit anderen Worten: das von dem Cardinal Janson Forbin am 13. Juni 1702 dem Könige Philipp überreichte Schreiben ist ein Falsum, und der Fälscher ist Janson Forbin.

Diese Beweisführung umfaßt allerdings die vermeintliche Antwort des Papstes Innocenz XII. nicht mit. Allein ihr gegenüber steht die für sich völlig ausreichende Verneinung des Papstes Clemens XI. Ihr gegenüber steht ferner der wirkliche Hergang der Dinge, wie er auf Grund der unmittelbaren Berichte Lambergs sich in Bd. VIII, S. 506 u. f. dargestellt findet. In Betreff des vermeintlichen Schreibens von Carl II. muß der genannte Hergang als die dritte Beweiskette der Unechtheit gelten.

Aber gehen wir weiter.

Nicht also das wirkliche Schreiben Carls II. vom 13. Juni 1700 überreichte Janson Forbin am 13. Juni 1702, sondern sein Falsum, wie es dem Plane des französischen Gegenmanifestes wider dasjenige von

Castelluccia entsprach. Die Lüge dieses Gegenmanifestes war durch die Erklärungen des Papstes Clemens XI., so wie durch die Kundmachung derselben von Seiten der kaiserlichen Botschaft niedergeschlagen. Aber Janson Forbin gab den Plan nicht auf. Er suchte der Lüge eine Basis für spätere Zeiten zu schaffen. Es geschah durch die Fiction von Schriftstücken, die in der Wirklichkeit niemals existirt hatten.

Der Einblick in die gesammte europäische Geschichts-Literatur über jene Zeit beweist, daß durch die Potenzirung der Lüge dem Cardinal Janson Forbin das Bubenstück bisher gelungen ist.

Die Sache wird uns wieder vor Augen treten zum Jahre 1704, wo der Kurfürst Max Emanuel von Bayern als Träger der Fiction verwendet wird.

Zu dem Gelingen in derjenigen Form, in welcher sie in dem von Janson Forbin ausgegangenen Manifeste von 1702 erscheint, hat namentlich beigetragen das Werk des Italieners Ottieri über jene Zeit. Der Titel dieses Werkes lautet: Istoria delle guerre avvenute in Europa etc., scritta dal conte e marchese F. M. Ottieri. In Roma 1728. Dieser Schriftsteller nennt für seine Angaben keine Quelle. Die Prüfung dagegen der betreffenden Stelle bei ihm ergibt, daß er das französische Gegenmanifest gegen dasjenige von Castelluccia und die Antwort von kaiserlicher Seite in wenig geschickter Weise zu vereinigen gesucht hat. Nach der Darstellung bei Ottieri fällt daher auf den armen unglücklichen König Carl II. von Spanien der Vorwurf der Doppelzüngigkeit, daß er durch seinen Botschafter Moles in Wien seine getreue Gesinnung für das Erzhaus betheuert, und gleichzeitig die Entscheidung über das Erbe seiner Königreiche unbedingt dem Papste Innocenz XII. anheim gibt, der dann den Herzog von Anjou ernennt. Das erstere ist Thatsache, das letztere ist die Fiction des Cardinals Janson Forbin. Diejenigen Schriftsteller also, welche sich auf Ottieri berufen, können dies nur dem Namen nach thun: in der Wirklichkeit folgen sie, wie Ottieri selber, dem Cardinal Janson Forbin.

Es gibt indessen noch ein anderes, scheinbar auf sich selber ruhendes Zeugnis. Es findet sich nämlich in den Mémoires et lettres du maréchal de Tessé, Paris 1806, t. I, p. 178 et suiv., eine Denkschrift, welche Tessé abgefaßt hat gemäß den Mittheilungen des Herzogs von Uzeda, des spanischen Botschafters in Rom, im Jahre 1700 u. f.

Mit diesen Mittheilungen Uzedas stehen im Widerspruche seine Aussagen im Sommer 1700 selbst, wie wir sie aus den Berichten des Grafen Lamberg kennen. (Bd. VIII dieses Werkes, S. 506.) Uzeda hat also

entweder dem Grafen Lamberg, oder dem Marschall Tessé die Unwahrheit gesagt.

Nun ist aber der Auftrag, welchen Uzeda nach den Mittheilungen an Tessé, von Carl II. zu Gunsten des Hauses Bourbon empfangen und im Sommer 1700 in Rom ausgeführt haben will, durchaus unvereinbar mit dem wirklichen Carl II., über dessen abgeneigte Gesinnung wider das Haus Bourbon der Gesandte Blecourt noch im September 1700 Klage führt. (Vgl. Bd. VIII, S. 547.) Demnach hat Uzeda den Marschall Tessé angelogen.

Es fragt sich dann, wie Uzeda auf solche Unwahrheiten kommen konnte.

Seine Unwahrheit stimmt zu derjenigen des Cardinals Janson Forbin. Und nun beachte man, wie sich, nach dem Berichte Louvilles (S. 173 dieses Bandes), Uzeda zu dem Papste Clemens XI. verhält. Er zeigt sich darin als einen Schüler Janson Forbins. Wie er gelehrig war in der einen Schlechtigkeit, so in der anderen.

Die Charakterlosigkeit des Uzeda ergibt sich aus den Thatsachen, daß er im Sommer 1700 in Rom dem Grafen Lamberg seine Treue für das Kaiserhaus betheuerte, im November 1700 zu dem Hause Bourbon überging, im Jahre 1711 wieder kaiserlich wurde.

Daß Uzeda mitarbeitete für die Fiction des Cardinals Janson Forbin, wußte der kaiserliche Botschafter Graf Lamberg positiv am 25. Februar 1705. Sein Bericht darüber liegt mir vor. Was Uzeda damals in Rom erzählte, entspricht ziemlich jener Denkschrift bei Tessé, nur daß er die Zeiten verwechselte und den vermeintlichen Rath des Papstes Innocenz XII. an Carl II. schon im Mai 1700 abgehen ließ.

Die Denkschrift des Tessé also, von ihm in aufrichtigem Glauben niedergeschrieben, führt zurück auf dieselbe Quelle der Fiction, den Cardinal Janson Forbin.

Neunundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 385.

K. k. Archiv. Anglica. Schreiben des englischen Gesandten Stepney in Wien an den Grafen Kaunitz, d. d. 28. Juni 1703.

S. M. la Reine a lieu d'espérer de l'équité et de l'amitié de S. M. I. que, connoissant le rang que le royaume d'Angleterre a eu de tout temps devant celuy de Portugal, Elle ne fera pas la moindre difficulté de conserver à la Reine la préférence qui luy est dûe.

Anlage II. Zu S. 385.

Da diese bisher sehr wenig bekannte Angelegenheit eines solchen Zusatz-Artikels sich in so schneidigem Widerspruche mit der auswärtigen Politik der Königin und der Tory-Partei von 1711 an befindet, und da der intellectuelle Leiter dieser Politik von 1711 an, Bolingbroke, sich dafür auf den Wortlaut des Vertrages von 1701 berufen hat, so halte ich es für erforderlich, den englischen Ursprung des Vorschlages vom Juni 1703 durch den Wortlaut einiger Berichte darüber darzuthun. Es folgt aus dem ersten derselben, daß die Sache schon in einem vorangegangenen Berichte zur Sprache gekommen ist. Dieser fand sich jedoch im k. k. Archive nicht vor, sondern als der erste der hier folgende.

K. k. Archiv. Hollandica. Bericht des Grafen Goes, Haag, am 3. Juli 1703.

Wegen des bewußten Additional-Artikels, so England allhier proponirt hat, und kraft dessen J. D. der Erzherzog als künftiger König von Spanien die völlige spanische Monarchie haben solle, ist dem Stanhope die Antwort gegeben worden: man besorge, daß E. K. M. selbst solcher nicht allerdings gefallen möchte, sonst wäre man dem nicht zuwider gewesen. Ich weiß nicht woher. Wenn nicht, so wäre es gut, wenn E. K. M. mir einen Befehl gäben.

Ferner die folgenden zwei Berichte.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Residenten Hoffmann vom 27. Juli 1703.

Die von der Königin gethane Erklärung betreffend, der großen Allianz einen Artikel beirücken zu lassen, kraft dessen ohne völlige Recuperirung der spanischen Monarchie für E. K. M. ad Erzhaus von den Alliirten kein Friede noch Stillstand eingegangen werden solle, versichern die Minister positiv, daß es der Königin Resolution sei, und daß J. M. alles anwenden werden, um die Generalstaaten auch dazu zu portiren und daß E. K. M. sich um so mehr darauf verlassen können, als das hiesige Interesse, sonderlich die Handlung nach Italien und der Türkei solches selbst absolute requirirt.

Desselben Bericht vom 31. Juli.

(Der Staats-Secretär Hedges eröffnete mir:) Was den Punct beträfe, daß man von hiesiger und holländischer Seite keinen Frieden noch Stillstand eingehen werde, ehe und bevor E. K. M. allerdurchlauchtigstes

Erzhaus in der völligen Poſſeſſion der ſpaniſchen Monarchie ſei, ſo hätte J. M. die Königin ſolches von ſelbſt proponirt, und würde ſolchem folglich auch Genüge thun. Es ſei aber nöthig, daß E. K. M. dero eigene Inſtantien mit ſelbigen von der Königin bei den Generalſtaaten machen laſſe, um dieſe auch dazu zu diſponiren.

Anlage III. Zu S. 389.

K. k. Archiv. Hollandica. Beilage zum Berichte des Grafen Goes vom 28. Auguſt 1703.

Quandoquidem ex foedere inter Sacram Caesaream Majestatem, Serenissimam Reginam Magnae Britanniae, Ordines Generales Uniti Belgii, et Serenissimum Portugalliae Regem, nuper concluso, loca quaedam ad Monarchiam Hispanicam pertinentia a Sacra Caesarea Majestate, Sacrae Regiae Majestati Lusitaniae cessa sint, cumque eiusdem foederis articulo 21mo conventum sit, ne pax aut induciae cum Rege Christianissimo fiant, quamdiu ejusdem ex Delphino Nepos, aut alius quispiam ex familia Borbonica Princeps, in Hispania remanebit, et cum foedere amicitiae Hagae Comitis die 7mo mensis Septembris anno 1701 inter Imperatorem, Guilielmum tertium Regem, et Ordines Generales Uniti Belgii inito, conventum sit, ne de pace ullatenus agatur, donec sufficienter cautum sit, ne Regna Galliae et Hispaniae umquam uniantur, aut sub idem Imperium veniant, et ne una eademque persona Regnorum amborum Rex sit, Sacrae Caesareae Majestati, Regiae Majestati Magnae Britanniae, et Ordinibus Generalibus Uniti Belgii visum est hisce apertius declarare, quae ipsorum concors et constans de reliqua omni Monarchia Hispanica mens sit, sese arctissimo modo ad inviolabilem ejusdem executionem adstringentes: declarant igitur, statuunt sancteque promittunt, se nullam ullo unquam tempore pacem cum Rege Christianissimo qui nunc est, aut imposterum futurus est, aut cum duce Andegavensi, aut alio quovis e familia Borbonica Principe, eorumque adhaerentibus aut vicem gerentibus, causamque inde habentibus, facturos, quovis e familia Borbonica Principe in possessione partis cujusvis Regnorum, Provinciarum, Regionum, et locorum ubicumque sitorum, manente, quae Potentissimus nuper Princeps Carolus 2^{dus} Hispaniarum Rex pientissimae memoriae habuit et possedit, aut habere et possidere potuisset; verum imprimis provisum erit, quod omnia et singula Regna, Provinciae,

Regiones, et loca, ubicunque sita, et universum jus quod praefatus potentissimus Princeps Carolus 2^dus^ Hispaniarum Rex habuit aut possedit, aut habere et possidere potuisset, foederatorum armis a Domo Borbonica, eorum adhaerentibus, vicem gerentibus, aut causam inde habentibus, recuperata, inclitae Domui Austriacae reddentur, aut Eidem per pacem, absque ulla mora, aut quovis retentionis vel tergiversationis praetextu restituentur, iisque deinceps libere relinquentur, familia Borbonica, eorum adhaerentibus, vicem gerentibus, aut causam inde habentibus perpetuo et ubique exclusis; nominatim autem omnes omni tempore Electoris Bavariae praetensiones excludentur, siquidem Ille injusti belli praetextu, quo non solum foederatorum progressus tardare, verum et destruere inique conatur, partem aliquam Monarchiae Hispanicae obtinere praesumat, sanctionibus, dispositionibus, aut contractibus quibusvis in contrarium, non obstantibus, quae omnibus hisce cassa et nulla declarantur: excipientur autem ab hac restitutione illae terrae et urbes ditionis Hispanicae in Indiis Occidentalibus, quae armis Reginae et Ordinum Generalium aut opibus eorum durante hoc bello occupabuntur, quae terrae et loca ita capta penes captores remanebunt secundum articulum 6^tum^ foederis praefati Hagae comitis conclusi; excipientur pariter ab hac restitutione omnia illa oppida, urbes et castella cum eorum dependentiis, et omnes illae Regiones, quae Lusitaniae Regi, vi secretorum articulorum foederis supradicti cum illo conclusi, conceduntur, quae quidem oppida, urbes, castella et regiones Regi Lusitaniae secundum praefatos articulos secretos in perpetuum manebunt. Foedus autem supradictum inter Sacram Caesaream Majestatem, Sacram Suam Regiam Majestatem, et Ordines Generales Hagae Comitis conclusum, in aliis omnibus suis articulis et clausulis integrum et illibatum semper manebit, atque haec explicatio seu nova conventio pro ejusdem parte et ampliore accessione reputabitur, et eandem vim obtinebit, ac si ab initio ibidem his ipsis verbis inserta fuisset; reservabitur etiam Serenissimae Domui Sabaudiae jus, quod in successionem Hispanicam post Augustissimam Domum Austriacam, exclusa familia Borbonica, eidem competit, dummodo ad eum finem facilius assequendum arma et consilia sua confoederatis sine mora jungat; reservato illi ulterius, modo hoc fiat, omni alio jure in Terras, Regiones, et loca illa quae ab Imperatore vi foederis inter Sacram Caesaream Majestatem et Ducem praefatum initi ipsi concedentur. Ministri Imperatoris,

Reginae Magnae Britanniae et Ordinum Generalium sufficienti ad id facultate instructi spondent, declarationem hanc seu novam conventionem solemniter ratam habituram iri a Sacra Caesarea Majestate Serenissima Regina Magnae Britanniae, et Ordinibus Generalibus, intra spatium quatuor septimanarum etc.

Anlage IV. Zu S. 396.

K. k. Archiv. Anglica. Handſchreiben der Königin Anna von England an den römiſchen Kaiſer Leopold, vom 23. October 1703.

Extractus.

Officium quod nobis tribuere visum est Caes^{ae} V^{rae} M^{ti}, cum filium suum Hispaniarum Regem in manus nostras velut alteri Matri totum quasi tradere et commendare ipsi placeat, libenter amplectimur, spondentes, nos cum cura et studio vere materno, quantum in nobis situm est, prosecuturas, eumque omni opere opibusque nostris adjuturas, usque dum plena et quieta Monarchiae Hispanicae possessione fruatur, in qua, divino favente Numine, ita eum stabiliendum propediem speramus, ut ea ipsi atque ipsius posteris secura omnino reddatur.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

Albergotti, französischer General 336.

Allianz, die große, vom 7. September 1701, 18, 282. Man sehe auch Zusatz-Artikel.

Allianz, die piemontesische, von 1703, 350 u. f.

Allianz, die portugiesische, vom 16. Mai 1703, S. 256 u. f., das Gutachten des Admirals von Castilien für dieselbe 265 u. f.; 385 u. f.

Ambras, Schloß 333.

Amsterdam 387.

Anna, Königin von England. Ihr Vorschlag an Jacob II. die Krone für sich anzunehmen gegen das Versprechen sie zurück zu erstatten 1 u. f. Ihr Verhalten auf die Todesnachricht Jacobs II. S. 2 u. f. Erwägungen bei der Krankheit Wilhelms III. S. 3 u. f. Ihre Hoffnung auf eigene Descendenz 6. Sie versichert ihr Eintreten in die Verpflichtungen Wilhelms III. S. 9. Ihre erste Thronrede 10 u. f. Ihre Gunst für die Familie Marlborough und der Keim der Differenz 13 u. f. Ihre Wünsche für den Gemahl 13 und 17.

Ihre Popularität im Steigen 35 u. f. Sie cedirt 100,000 Pfund Sterling für den Krieg 36 (vgl. S. 51). Ihr Verhalten auf die Adresse des John How 37. Sie ernennt eine Reihe von Tories 38 u. f.; macht den Gemahl zum Generalissimus 40; wird gekrönt 41; ernennt wieder eine Reihe von Tories 42.

Ihr Verhalten gegenüber dem Hause Hannover 45 u. f. Sie will nicht ein Mitglied desselben nach England einladen 50 u. f.; hat gegen das Haus Hannover den Verdacht, daß es eine Usurpation beabsichtigt habe 52 u. f. Sie läßt den Namen der Kurfürstin Sophie ins Kirchengebet aufnehmen, trifft jedoch keine weitere Anordnung für die Ausführung der Successions-Acte 54. Sie ernennt Godolphin zum Treasurer 56; ist für eine Reihe von Jahren nicht in Verbindung mit St. Germain 57; erklärt sich in der Thronrede zur Vertagung des Parlamentes für die Hochkirche 58 u. f.;

berufft das Parlament von Schottland, ohne die Frage der Thronfolge zu erwähnen 61.

Sie ist geneigt mit dem Kurfürsten Max Emanuel zu unterhandeln 134 u. f., so wie 147 u. f. Sie läßt den Sieg von Luzzara verkünden 185.

Ihre Thronrede am 20. October/1. November 1702 S. 206. Sie spricht ihre Ansicht über die Parteien vertraulich der Gräfin Marlborough aus 208; neigt sich, in Folge des Ereignisses von Vigo, dem Plane zu, Spanien von Portugal aus anzugreifen 211. In ihrem Cabinet erwächst der Gedanke der Ernennung des Erzherzogs Carl zum Könige von Spanien 212 u. f. Sie läßt in der Paulskirche ein Tedeum halten 216; läßt die Untersuchung wegen der Plünderung von Porto Maria nicht mit Nachdruck betreiben 216 u. f. Sie entläßt den Bischof von Worcester 219; ist für die Bill gegen die gelegentliche Conformität 222; will nicht, nach dem Wunsche der Whigs, für die Integrität der Successions-Acte eintreten 225. Ihre Stellung zu den Parteien 228. Sie will Marlborough zum Duke ernennen 230; verlangt vom Unterhause eine Dotation für den Herzog von Marlborough 231; wird verstimmt durch den Abschlag 232; gibt den Betrag und mehr aus ihrem Eigenen 234; nimmt das Motto der Königin Elisabeth an 234; entläßt Rochester aus seinem Amte und bringt dadurch die Tories in Verwirrung 236 u. f. Ihre Thronrede vom 27. Februar/10. März 1703 ist sehr hochkirchlich 242. Ungünstiges Urtheil darüber 243. Sie ernennt verschiedene Tories zu Pairs 244; bricht dagegen, zu Gunsten des Ehepaares Marlborough, mit dem Grafen Rochester 245.

Sie tritt persönlich ein in die Gedanken Wilhelms III. in Betreff Westindiens 246; wird von Frankreich nicht als Königin anerkannt 254. Sie beschwert sich über die geringen Leistungen des Reiches 302 und 316; ist günstig gesinnt für den Herzog Victor Amadeus 350 u. f.; dringt in Wien auf die Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien, und schlägt deshalb einen Zusatz-Artikel zur großen Allianz vor 385 u. f.; nimmt die Hälfte der Kosten der portugiesischen Allianz auf sich 388, und dann zwei Drittel derselben 390; verspricht dem Kaiser Leopold, seinen Sohn Carl wie eine andere Mutter zu behandeln 396.

Anspach, Markgraf von, 306, 308.

Anton Ulrich, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg in Wolfenbüttel, 45 u. f.

Antwerpen 321, 372 u. f.

Arco, Graf, bayerischer General, 138, 328.

Arco, Graf, kaiserlicher General, 357, 371.

Arco, Schloß, 341.

Argyle, das Haus, 60.

Athlone, Graf, 21, 71, 72, 147.

Auersperg, Graf, kaiserlicher Gesandter in Turin, 344 u. f.

Augsburg, Stadt, 358 u. f., 364 u. f., 381.

August II., König von Polen und Kurfürst von Sachsen. Er wird im Jahre 1702 bedrängt von Carl XII. S. 94 u. f.; zieht die dem Kaiser versprochenen 8000 Mann nach Polen 104; wird von Carl XII. bei Clissow geschlagen 105; beruft die Magnaten nach Sendomir 108; läßt den französischen Gesandten du Heron mit Gewalt hinausführen 112.

Er bittet um die Vermittelung des Kaisers und der Seemächte bei Carl XII. S. 270 u. f. Seine Differenz mit dem Cardinal Radziejowski 271. Er beruft eine Versammlung nach Marienburg 274. Seine Vorlage an den Reichstag in Lublin 280. Er schließt mit dem Czaren Peter eine geheime Allianz 284; sendet 8000 Mann dem Kaiser zu Hülfe 305.

B.

Badajoz 255.
Baireuth, Markgraf von, 306.
Barré, französischer Geschäftsträger im Haag, 19, 26.
Bellasis, englischer General, 192 u. f., 202.
Bercseny, Graf, 287, 289.
Berghayck, Graf, 127 u. f.
Berwick, Herzog von. Ueber Boufflers 71; über die Felddeputirten der Republik der Niederlande 75; über den Feldzug von 1702 S. 77 und 81; über die Unterhandlungen Friedrichs I. mit Frankreich 90 u. f., so wie 92 u. f.
Bibra, Commandant von Augsburg, 381.
Bischoff, Pater, S. J., 150 und 315.
Blainville, Commandant in Kaiserswerth, 70 u. f.
Blaspiel, preußischer Unterhändler mit Frankreich, 91.
Bolingbroke 220. Unwahrheit seines Berichtes über den Ursprung des Planes, Spanien für den Erzherzog zu erobern 251 u. f.; 392.
Bonn, 80, 320, 327, 372.
Bormida 354 u. f.
Boufflers, Marschall, commandirt 1702 in den Niederlanden 69 u. f.; drängt Athlone auf Nymegen 71; wird von Marlborough zurückgedrängt 76; weicht dem Befehle Ludwigs XIV. in Betreff Lüttichs aus 78; über die Unterhandlungen mit Friedrich I. S. 91.
Bourgogne, Herzog von, 70 u. f., 77, 80.
Brancaccio, Gouverneur von Cadix, 192.
Breisach 133, 357, 371.
Bromley 220.
Brüssel, Stimmung der Stadt gegen die französische Herrschaft 79 u. f.

C.

Cadix, der Plan der Einnahme von, 188 u. f., 191 u. f.
Cantelmi, Cardinal, 162 u. f.
Carl, Erzherzog. Sein Auge gerichtet auf Neapel 150. Er wird von den Neapolitanern gewünscht 160. Der Gedanke seines Königthumes in Spanien stammt aus dem englischen Cabinet 213. Dasselbe wird von Portugal dringend gewünscht 250; vom Admiral von Castilien befürwortet 265 u. f., von England nachdrücklich verlangt 385 u. f. Er wird als König Carl III. proclamirt 394; wallfahrtet nach Mariazell 395. Seine Reise 395 u. f. Er erbietet sich, die Königin Anna zu besuchen und wird von ihr eingeladen 397 u. f. Sein Aufenthalt in Holland seiner Sache nicht ungünstig 398.

Carl XII., König von Schweden. Er hält fest an dem Vorsatze August II. zu entthronen 95; geht nicht ein auf den Rath von Benedict Oxenstjerna 96 bis 101 und 114; zieht durch Polen nach Warschau 102; hält Unterredungen mit Radziejowski und Lescinski 103 und 104; schlägt August II. bei Clissow 105; versagt den Gesandten fremder Mächte den Zutritt ins Feldlager 107; kommt durch den Sieg seinem Ziele nicht näher 107; weist die Vorstellungen des Grafen Piper gegen seinen Plan zurück 108; läßt durch seinen Eigensinn wider August II. dem Czaren Peter freie Hand 109 und 113 (vgl. 272); arbeitet indirect für Ludwig XIV. S. 109 und 112. Seine Persönlichkeit 110. Er lehnt die Erbietungen der polnischen Reichsstände in Krakau ab 111; stürzt mit dem Pferde 111. Er treibt mittelbar die Polen dem Könige August II. zu 113. Der Vorwurf für ihn den Rath Oxenstjernas misachtet zu haben 114.

Seine Geringschätzung des Czaren Peter im Jahre 1703 S. 269 u. f. Er will zuerst seinen Plan gegen August II. ausführen 270 u. f.; arbeitet dennoch, indem er Polen zerrüttet, indirect für den Czaren Peter 272; sucht den Cardinal Radziejowski zu sich zu ziehen 273; schlägt die Armee Augusts II. bei Pultusk 275; will sich nicht anders als mit der Entthronung Augusts II. begnügen 276; will die Stadt Thorn belagern 276; fordert die Polen zur Feindschaft gegen Rußland auf 278; stimmt den Beschlüssen des Reichstages von Lublin nicht zu 281 und 283 u. f.; geht auf den Vorschlag der Bundesmächte nicht ein 282; jagt mit seiner Absicht der Entthronung einem Schattenbilde nach 283; nimmt die Stadt Thorn ein 284.

Carlile, Graf, 52 u. f.

Castelbarco, Graf, 178, 341.

Castelluccia, Herzog von. Manifest desselben 160 u. f.

Castilien, Admiral von, zum Botschafter nach Frankreich ernannt 159; begibt sich nach Lissabon 197 u. f. Die Motive für ihn 198 u. f.; 214. Sein Gutachten für den Allianz-Vertrag mit Portugal und die Herüberkunft Carls III. S. 265 u. f.

Catinat, Marschall, commandirt, 1702, am Oberrheine 119. Seine Correspondenz mit Ludwig XIV. und Chamillart über die vorzunehmenden Maßregeln 120 u. f. Er wird beurtheilt von Ludwig XIV. und Chamillart 125. Weitere Befehle an ihn 133. Er ist in Unkunde über die Schritte von Max Emanuel 138 u. f.

Chamillart, französischer Minister der Finanzen und des Krieges. Charakteristik desselben 69 und 78. Sein Rath in Betreff des Oberrheines von Catinat zurückgewiesen 121 und 124. Sein Urtheil über den Marschall 125, um Ludwig XIV. zu schmeicheln 126; 258.

Chamlay 119 u. f.

Chamois, französischer Gesandter in Regensburg, 141.

Chateauneuf, französischer Gesandter in Lissabon, 263.

Chateau-Renaud, Admiral, 189 u. f.; sucht mit der spanischen Silberflotte Zuflucht in der Bucht von Vigo 199 u. f.

Christian, Prinz, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, 239, 356.

Clemens XI., Papst, schiebt die Frage der Belehnung mit Neapel hinaus 161 (vgl. 173); verneint die Wahrheit der von Janson Forbin in die Welt

gesetzten Behauptung 163; ist nachgiebig gegen andere französische Forderungen 166; beharrt in seinem Irrthume über eine stattgehabte Correspondenz zwischen Wilhelm III. und Ludwig XIV. S. 166 u. f.; hält fest an seinem Plane der Aussendung außerordentlicher Nuntien 167. Sein Standpunct in der ganzen Sache 170. Die Consequenzen seines Irrthumes 171. Als Oberhaupt der Kirche duldet er nicht die Uebergriffe Ludwigs XIV. S. 171. Er ertheilt nicht die Belehnung mit Neapel für Philipp V. S. 173. Die Bedeutung der Schlacht von Luzzara für ihn 184. Sein Verhalten nach dem Ereignisse von Vigo 203.

Er weicht der Forderung aus, Carl III. von Spanien anzuerkennen 399 u. f.

Cliffow, Schlacht bei, 105.
Coehoorn 324, 373.
Commercy, Prinz, 182.
Conföderation, polnische, von Skroda, 283.
Conformität, die gelegentliche. Bill gegen dieselbe 220 u. f.
Cressset, englischer Gesandter in Hannover, 239.
Cutts, Lord, 77, 254.

D.

Davia, päpstlicher Nuntius in Wien, 167.
Devonshire, Herzog von, 38, 56, 220, 225.
Dietfurt, Treffen bei, 307.
Dolfin, venetianischer Botschafter in Wien, über Ungarn 286 u. f.; über die Finanz-Verwaltung unter den Kaisern Leopold I. und Joseph I. S. 313 u. f.
Douglas 60.
Dykvelt 24.

E.

Ekeren, Treffen bei, 372.
Eleonore, Kaiserin, über die Entsendung ihres Sohnes Carl nach Spanien 393.
Elisabeth, Königin von England, 9, 13, 216, 234.
Escalona, Herzog von, spanischer Statthalter in Neapel, 159.
Estrees, d', Abbé, 262 u. f.
Estrees, d', Cardinal, 256 u. f.
Eugen, Prinz von Savoyen, kaiserlicher Feldmarschall. Seine Popularität in England 134 und 184 u. f. Er kann nicht ein Detachement nach Neapel entsenden 150; klagt über den Zustand seiner Armee 151 u. f.; erhält weder die Unterstützung einer Flotte, noch der 8000 Mann Sachsen 151 u. f.; mistraut dem Hofkriegsrathe 152 u. f. Sein Bericht über seine schwierige Lage im Anfange Juni 1702 S. 154 u. f. Diese wird jedoch von französischer Seite nicht ausgenutzt 155 u. f. Sein Urtheil über diese Lage der Dinge 157.

Seine und seiner Armee Bedeutung für die Freiheit der christlichen Kirche 174. Sein Bericht über den Zustand seiner Armee im Juli 1702 S. 178 u. f.; über das Treffen von San Vittoria 180. Er faßt den

Entschluß eines Haupttreffens 181; berichtet über die Schlacht von Luzzara 182; Bedeutung des Treffens 183 u. f.

Er erhebt, im Januar 1703, vor dem Kaiser dringende Mahnungen 311. Seine Bedingungen gegen die abermalige Uebernahme des Commandos 315. Er redet dringend zu dem Kaiser 333; wird zum Präsidenten des Hofkriegsrathes ernannt 334; beglückwünscht Guido Starhemberg 336 u. f. Sein Urtheil über Victor Amadeus 347 u. f. Er sichert diesem Herzoge Hülfe zu 348 und 352; zeichnet die Lage der Dinge in Wien 352 und abermals ausführlich 361 u. f. Sein Vertrauen auf den Markgrafen Ludwig von Baden 363.

F.

Favorita, Schloß, 393 u. f.

Felddeputirte der Republik der Niederlande 73, 75 u. f.; 373, 375 u. f.

Forstner 315 u. f.

Franken, der Kreis, 18, 116, 296, 325.

Friedlingen 133; Treffen dort 143 u. f.; 327.

Friedrich I., König in Preußen, erhebt Ansprüche auf den Nachlaß Wilhelms III. S. 85 u. f. Seine für die Bundesmächte bedenkliche Haltung 87 u. f. Seine Forderungen steigen 88 u. f. Er steht in Unterhandlung mit Frankreich 90 u. f.; ist mit sich selber nicht einig, welchen Theil er täuschen will 93; wird mit seiner Begehrlichkeit zurückgewiesen 94.

Sein Verhalten in der Sache des oranischen Erbes, im Beginne des Jahres 1703, S. 303 u. f. Das Söldnerthum in ihm 303 und 356.

Friesen, Commandant von Landau, 372 u. f., 379.

Friso, Prinz von Nassau, von Wilhelm III. durch Testament zum Erben eingesetzt 85 u. f.

G.

Geldermalsen, 82, 377.

Generalstaaten der Republik der Niederlande. Ihr Verhalten auf die Todesnachricht von Wilhelm III. S. 19 u. f. Sie wollen weder einen Erbstatthalter noch General-Capitain 20 u. f.; empfangen Marlborough als Botschafter 24; übergeben die französische Denkschrift, die sie vom Kriege abmahnt, den Gesandten der verbündeten Mächte 27 u. f. Ihre Kriegserklärung an Frankreich 64 u. f.

Von Wilhelm III. zu Vollstreckern seines Testamentes eingesetzt, können sie dasselbe dem Könige Friedrich I. gegenüber nicht durchführen 86 u. f. Sie sehen die bayerische Sache an als eine gemeinsame der Allianz 146.

Sie schlagen der Königin von England eine Vermehrung der Streitkräfte vor 227; senden, im Februar 1703, Hülfe an den Oberrhein 300; klagen über die geringen Leistungen des Reiches 301; wünschen die Differenz über das oranische Erbe gütlich beizulegen 303; senden an den Kaiser erneute Beschwerden über die geringen Leistungen des Reiches 316; suchen den Verlust von Ekeren zu ersetzen 373; sind nicht geneigt zu einem Angriffe auf die französischen Linien 375 u. f.; entsenden Entsatz für Landau 379;

erkennen die Leistungen des Erbprinzen von Hessen an 379. Ihre nachdrückliche Klage über die geringen Leistungen der Reichsfürsten 381 u. f. Sie wollen Goor abberufen 384. Ihr Verhalten zu dem Plane der portugiesischen Allianz 385 u. f. Das Verbot der Correspondenz mit Frankreich 387. Das Verhalten der einzelnen souveränen Provinzen in der Sache der portugiesischen Allianz 387.

Georg, Landgraf zu Hessen-Darmstadt, kaiserlicher Bevollmächtigter für Spanien, 188. Er findet Schwierigkeiten in England 189 u. f.; berichtet über die Unternehmung gegen Cadix 191 u. f.; kritisirt die Persönlichkeiten 192, und den Beschluß des Kriegsrathes 193; hat Verbindung mit kaiserlich gesinnten Spaniern 195. Sein Urtheil über das Mislingen der Unternehmung gegen Cadix 196 u. f. Er will in Betreff der Plünderung von Porto Maria keine Anklage in England erheben 216.

Georg, Prinz von Dänemark, Gemahl der Königin Anna, 13 und 17, 32, 40, 72, 220, 225 u. f.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg, 3, 46, 50.

Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, 4.

Germain, St., 2 u. f., 44, 56 u. f., 66 u. f., 237.

Gloceſter, Herzog von, 2, 7.

Godolphin. Er wird von Marlborough wieder herangezogen 15. Unterredung beider mit Wratislaw 17 u. f. Er wird zum Treasurer ernannt 43 und 56. Sein englisches Urtheil über die Forderung des Kurfürsten Max Emanuel gegenüber dem Prinzen Eugen 134. Er vertritt, im November 1702, den Gedanken eines Angriffes von Portugal aus auf Spanien 213; wird im Amte des Treasurers durch Rocheſter gefährdet 235; behält dasselbe 236.

Goes, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag, 19, 21. Seine Kritik der französischen Denkschrift in Anlaß des Todes von Wilhelm III. S. 27 u. f. Er erhält die Ermächtigung, das Wort praetensus zu princeps Walliae zuzulassen 30; fordert dafür den Beschluß der Kriegserklärung 32; weist die Begehrlichkeit Friedrichs I. zurück 94, 254. Er verlangt die Sendung einer Hülfe an den Oberrhein 300. Er charakterisirt die Regierung der Republik 377 und 386.

Goor, holländischer General, 356, 384.

Gower 244.

Granville 244.

Grimani, Cardinal, 204.

H.

Haersolt, holländischer Gesandter bei Carl XII., 281.

Hagenau 122 u. f.

Halifax, Lord, 236.

Hamel Bruininx, holländischer Gesandter in Wien, 212, 316.

Hamilton, Herzog von, 60.

Hannover, das Haus, 4, 45 u. f., 229.

Hardy, Capitän, erkundet den Aufenthalt der Silberflotte 201.

Harley, Sir Robert, Sprecher des Unterhauses, 205, 224.

Haro, Sir, Charles, wirkt nachtheilig auf das Unternehmen gegen Cadix 192 u. f. und 202.
Hedges, Staats-Secretär, 42, 391.
Heinsius, Rathspensionär der Stände von Holland, redet im Namen derselben zu den Generalstaaten 19 u. f.; ist die bewegende Kraft in der Republik 24; antwortet auf die französische Denkschrift des Barré 28; berath mit Goes und Marlborough die Frage der Kriegserklärung 29 u. f.; erlangt den Beschluß der Stände von Holland für die Kriegserklärung 33; wird in Anspruch genommen durch die Frage des oranischen Erbes 87 u. f.; antwortet auf die Begehrlichkeit des Königs Friedrich I. S. 94.
Er ist nicht abgeneigt gegen Unterhandlungen mit Max Emanuel 135; hat jedoch Mistrauen 147 und 297; antwortet nachdrücklich auf die Drohungen des preußischen Gesandten Schmettau 304; redet, nach der Schlacht von Ekeren, für die Verstärkung des Heeres 373; redet eindringlich zu den Gesandten der verbündeten Mächte 381; kennt schon 1703 die Aufforderung an Marlborough zu einem Zuge an die Donau 384; erwirkt deshalb das Verbleiben des Generals Goor am Oberrheine 385; tritt in der Republik nicht auf wie zu den Zeiten Wilhelms III. S. 386. Sein Verfahren bei den Ständen von Holland 387. Er ist für den Zusatz-Artikel zur portugiesischen Allianz 390.
Heron, du, französischer Gesandter in Polen, 112, 285.
Hessen-Cassel, Erbprinz von, 378 u. f.
Hill, Sir Richard, zum englischen Gesandten nach Turin ernannt, 345, 351, 391.
Hobbes 49.
Hochkirche von England 4 u. f., 58 u. f., 208, 220 u. f. 240.
Höchstädt, Schlacht bei, 366.
Hof von Holland, Gerichtshof, 303 u. f.
Hoffmann, kaiserlicher Resident in England, über die Freude der Engländer wegen Luzzara 185; über die Neuwahlen 186; über die Nicht-Gewährung der Dotation für Marlborough 232; über die Spaltung in der Tory-Partei 238; über die Thronrede im März 1703 S. 243.
Hofkriegsrath in Wien 152 u. f., 311 u. f., 331.
Holland, Stände von, geben ihr Votum für den Krieg 33; wollen nicht den Prinzen Georg als General-Capitain 41. Ihre Souveränetät 386 u. f. Sie votiren für die portugiesische Allianz 387.
How, John, 36, 39, 224.
Hüningen 133, 143.
Huy 375.

J.

Inn 339 u. f.
Innsbruck 332 u. f.
Jacob II. S. 1 u. f.,
Jacob III. s. Prätendent.
Jacobiten 7. u. f., 44, 57, 59, 184, 187.
Janson Forbin, Cardinal und Botschafter in Rom, 26. Er bringt die Fiction eines Rathes von Innocenz XII. an Carl II. für ein Testament zu Gunsten des

Herzogs von Anjou öffentlich vor 161 u. f.; gibt, obwohl zurückgewiesen, den Plan dieser Lüge nicht auf 165. Seine Charakteristik von Seiten des Kaisers 169. Sein Auftreten gegenüber dem Papste Clemens XI. S. 172 u. f. Er hofft auf eine Erhebung der Türken 362.

Jersey, Lord, 38.

Johann Wilhelm, Kurfürst von der Pfalz, 396.

John, St., s. Bolingbroke.

Joseph, römischer König, vom Kaiser zu Ludwig von Baden entsendet 114; 117 u. f., 135. Er widerlegt den Verdacht einer Connivenz mit Max Emanuel 136; bewilligt für Landau die Capitulation 138 u. f. Ueber die Verwaltung der kaiserlichen Mittel 312 u. f. Er cedirt sein Erbrecht an Spanien seinem Bruder Carl 394.

Junta der spanischen Regentschaft 159.

K.

Kaiserswerth 70 u. f.

Karoly, Graf, 289.

Kensington 8.

Kleve 87 u. f.

Klinkowström 110.

Kolonitsch, Cardinal, 394.

Königsmark, Maria Aurora von, 95.

Krakau 107, 110.

Kriegserklärung gegen Frankreich wird berathen 27 u. f. und beschlossen 33. Form der Verkündigung 63 u. f. Inhalt der Manifeste 64 u. f.

Kufstein 332.

L.

Lamberg, Cardinal, 136, 168.

Lamberg, Graf, kaiserlicher Botschafter in Rom, verlangt und erhält eine Kundgebung des Papstes auf das Manifest Janson Forbins 163; erhebt bei Clemens XI. abermalige Vorstellungen gegen die Sendung eines außerordentlichen Nuntius nach Wien 168; warnt vor Janson Forbin 169; meldet dem Papste das Verhalten Guido Starhembergs 337.

Landau 116 u. f., 135, 138, 372, 379.

Leibniz über die Haltung der Kurfürstin Sophie gegenüber der Aussicht auf die Thronfolge in England 47 u. f. und 55 u. f.

Leopold I., römischer Kaiser. Er bewilligt das Wort praetensus zu princeps Walliae 30 u. f. Seine Anerkennung für Marlborough 84. Er sendet seinen Sohn Joseph zu Ludwig von Baden am Oberrhein 114. Seine Correspondenz mit dem Letzteren 115 u. f. Sein Verhalten diesem, so wie überhaupt seinen Feldherrn gegenüber 117. Er traut nicht dem Kurfürsten Max Emanuel 118; kennt jedoch im Sommer 1702 nicht dessen Plane 132 u. f.; geräth in den Verdacht der Connivenz mit Max Emanuel 136; spricht sich aus über den Verrath dieses Kurfürsten 140; beurtheilt das Treffen von Friedlingen 144; zweifelt an der Ehrlichkeit der neuen Erbietungen Max Emanuels 146.

Er hält zunächst auf Italien das Auge gerichtet 150; verlangt vergeblich die versprochene Absendung einer Flotte ins Mittelmeer 151 u. f.; hat ausreichende Kunde der schwierigen Lage des Prinzen Eugen in Italien 153. Das Verhältnis zwischen ihm und Papst Clemens XI. getrübt 165. Er läßt den außerordentlichen Nuntius Spada an der Grenze zurückweisen 168 u. f.; läßt Clemens XI. vor Janson Forbin warnen 169; wird durch das Verhalten des Papstes weiter von ihm hinweg gedrängt 170; urtheilt jedoch nicht feindselig über den Papst 203.

Seine und seiner Minister Absichten bleiben mehr auf Italien als auf Spanien gerichtet 212. Er hat seinen Sohn Carl zunächst zum Könige von Neapel bestimmt 213; beharrt dabei gegenüber dem Andringen der Seemächte 214; verlangt das Gutachten des Admirals von Castilien 214. Seine geringe Neigung für den Plan der Seemächte den Tories und dem Hofe von Versailles bekannt 215. Er ist sehr geneigt für Marlborough 235; wird unangenehm berührt durch das Zurückziehen des englischen Cabinets von dem Versprechen Wilhelms III. in Betreff Westindiens 247 u. f.

Er wird von den Seemächten gedrängt, auf die Allianz mit Portugal einzugehen 249; erhält aus der Conferenz seiner Minister einen Rath in diesem Sinne 250; ist nicht geneigt, dem Erzherzoge Carl die gesammte spanische Monarchie zu cediren, weil er Mailand für Joseph und dessen Linie behalten will 253; gibt die Angelegenheit der portugiesischen Allianz völlig in die Hände der Königin Anna 255; geht dadurch hinweg über die Bedenken seiner Gesandten 256; erhält das Gutachten des Admirals von Castilien für die Allianz mit Portugal 265 u. f.; wird von allen Verbündeten zu dieser Allianz gedrängt 268.

Er verschont 1701 den Franz Rakoczy und läßt erst nach dessen Flucht ihm das Urtheil sprechen 285. Die Frage des Religionsdruckes unter ihm in Ungarn 287 u. f.

Er entscheidet, daß mit Bayern nicht mehr zu tractiren sei, im Januar 1703, S. 298. Er vernimmt die dringenden Vorstellungen seiner Feldherren Ludwig von Baden und des Prinzen Eugen 310 u. f.; faßt nicht den Entschluß energisch durchzugreifen 313 u. f.; ist wohlwollend für jene beiden 316; ernennt, auf die Nachrichten aus Tirol, den Prinzen Eugen zum Präsidenten des Hofkriegsrathes 334; wird geliebt von den Tirolern 339; ist bereit zur Hülfe für Victor Amadeus 349 u. f.; erkennt die Leistung des Zuges von Starhemberg an 355; fürchtet einen Einbruch der Türken 362; setzt sein Vertrauen auf den Markgrafen Ludwig 363; urtheilt über das Treffen bei Höchstädt 366 u. f.

Seine trübe Schilderung vom 4. October 1703 S. 368 u. f. Er spricht dem Markgrafen Ludwig abermals sein Vertrauen aus 370; wünscht eine Diversion an der Mosel 373. Ueber seine Lage im December 1703 S. 380.

Er kann sich, im Sommer 1703, dem Andringen der Seemächte auf Entsendung des Erzherzogs Carl nach Spanien nicht mehr entziehen 385 und 388 u. f.; übernimmt keinen Beitrag der Kosten für die portugiesische Allianz 388; geht nicht ein auf den Zusatz-Artikel zu derselben 391; proclamirt den Erzherzog Carl als König Carl III. von Spanien 393; meldet

es der Königin und den Generalstaaten 395; verlangt die Anerkennung Carls III. vom Papste Clemens XI. S. 399 u. f.
Leopold von Anhalt-Dessau 356, 366.
Lescinsky, polnischer Kronschatzmeister, 103 u. f., 274.
Liechtenstein, Fürst Anton, 398 u. f.
Liechtenstein, kaiserlicher General, 355.
Lilienroth, schwedischer Botschafter im Haag, 19, 26, 269, 282.
Locatelli 138.
Locher 153.
Lockhart, schottischer Jacobit, 63.
Louville, Marquis, Secretär Philipps V., S. 158, 160. Seine Mission an Clemens XI. S. 172 u. f.; 176. Er berichtet über die französische Armee in Italien 179; über den Zustand am Hofe in Madrid 256 u. f.; über die französische Macht in Spanien 258 u. f.; über die inneren Zustände in Spanien selbst 261.
Lublin, Reichstag von, 277, 279 u. f.
Lubomirsky, Fürst, 105, 274.
Ludwig, Markgraf von Baden, kaiserlicher Feldherr. Er commandirt am Oberrheine 114. Sein Urtheil über die rheinischen Kurfürsten 115. Er ist die Seele der Thätigkeit im Südwesten des Reiches 115; belagert Landau 116; handelt als Feldherr nach freiem Ermessen 117; legt dem Kaiser nachdrücklich die Mängel der Kriegsverwaltung dar 117 u. f.; kennt nicht die Plane des Kurfürsten Max Emanuel 132; vereitelt durch die Schlacht bei Friedlingen den Plan des Villars 143 u. f.; schildert den Zustand seiner Armee, im December 1702, S. 148.

Er beginnt das Jahr 1703 mit einer entsprechenden Schilderung 305 u. f. und 309 u. f.; bittet den Kaiser um energisches Einschreiten 310. Er verlangt vergeblich eine Diversion Marlboroughs an der Mosel 320; kritisirt dessen Plan 322; schlägt einen Angriff des Villars auf die Linien von Stollhofen ab 325; wird in England gepriesen 326; wird durch eine unwürdige Kriegslist von Max Emanuel getäuscht 327. Seine Ansicht über den Zug des Marschalls Villars 327. Er trägt dem Prinzen Eugen sein Vertrauen entgegen 334; zieht Verstärkung an sich gegenüber Villars 356; entwirft einen umfassenden Plan 357. Sein Bericht vom 7. September verglichen mit demjenigen des Villars vom 8. September 358.

Er steht mit dem Feldmarschall Styrum nicht auf gutem Fuße 364 u. f. Sein Verhalten nach der Schlacht bei Höchstädt 369 u. f. Er zieht Schulenburg mit den Sachsen an sich 370. Ueber die Capitulation von Landau 380. Seine Differenz mit dem Holländer Goor 384.
Ludwig XIV., König von Frankreich. Er erhält die Todesnachricht Wilhelms III. S. 25; macht noch einen Versuch, die Republik der Niederlande vom Kriege abzuhalten 26 u. f.; ist in dem großen Kriege von 1702 an wesentlich defensiv 68 u. f.; ernennt Chamillart auch zum Kriegsminister 69; leitet von Versailles aus seine Heerführer 70 u. f.; schwächt die Armee des Marschalls Boufflers 73; verlangt die Behauptung Gelderns 76. Sein Befehl an Boufflers in Betreff Lüttichs 78.

Er hat einen Bundesgenossen an dem Eigensinne Carls XII. S. 112; zweifelt an einer deutschen Offensive am Oberrheine 119 u. f. Seine Correspondenz mit dem Marschall Catinat 120 u. f. Er gibt das Commando des Corps, das er an den Oberrhein sendet, an Villars 121. Neue Befehle an Catinat 122, die dieser ablehnt 123. Seine Misstimmung über Catinat 124 u. f.

Er sucht Max Emanuel vorwärts zu drängen 127; sagt ihm ein Hülfscorps zu 132 u. f.; hofft dafür die Erhaltung Landaus 138; feiert einen Sieg von Friedlingen 144; gibt nicht dem Marschall Vendome den Befehl zum Angriffe auf den Prinzen Eugen 155 u. f.

Mit Philipp V. über die Reise nach Italien einverstanden, zieht er für die Königin Marie Louise die Erlaubnis zurück 158. Er läßt seine Fiction eines Rathes von Innocenz XII. an Carl II. für ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou durch Janson Forbin öffentlich machen 162 u. f.; gibt, obwohl damit sogleich zurückgewiesen, den Plan dieser Lüge nicht auf 165. Er erfindet den Papst Clemens XI. in geistlichen Dingen als Oberhaupt der Kirche 171; macht einen erneuten Versuch, die Belehnung mit Neapel für Philipp V. zu erlangen 172 u. f.; hofft auf die Herrschaft über Rom 174.

Er befiehlt Philipp V. zur Armee zu gehen 176; läßt, wegen des vermeintlichen Sieges von Luzzara, das Tedeum singen 183.

Der wichtigste Erfolg für ihn im Jahre 1702 ist das Mislingen des Unternehmens der Gegner wider Cadix 199. Er empfängt den Bericht über das Einlaufen der Silberflotte in die Bucht von Vigo 201; empfindet tief den Schlag der Zerstörung und Wegnahme dieser Flotte 203.

Er will die Prinzessin Orsini abberufen 257 u. f.; erwägt die Frage, ob er Philipp V. fallen lassen könne 258 u. f.; erkennt den Umschwung der Dinge in Spanien 262. Sein einstiger Treubruch gegen Philipp IV. von Spanien zu Gunsten Portugals schlägt 1703 zurück wider ihn 264.

Er sucht den Unfrieden in Polen zu schüren 270; lobt Carl XII. S. 276; zahlt dem Rakoczy die Mittel zum Beginn der Rebellion in Ungarn 286 und 288 und 295. Sein Verhalten gegenüber der ungarischen Rebellion überhaupt, Rakoczy und früher Zrinyi 292 u. f.

Er will durch Tirol dem Kurfürsten Max Emanuel Hülfe senden 297; ertheilt dem Marschall Villars den Befehl zur Vereinigung mit Max Emanuel 318. Seine Berechnung dabei 319. Sein Vortheil in der einheitlichen Leitung des Ganzen von seiner Seite 320. Er erfährt nicht die Schlappe des Marschalls Villars vor Stollhofen 326. Sein Plan nach der Vereinigung von Villars und Max Emanuel 329. Er befiehlt dem Marschall Vendome auch von seiner Seite in Tirol einzubrechen 335 und 338; befiehlt die Rückkehr 341. Seine Motive 342 u. f.

Ungewis über den Herzog Victor Amadeus, schüchtert er dessen Gesandten ein 345; läßt durch Vendome die Piemontesen entwaffnen 346 u. f. Sein Schreiben an Victor Amadeus 348. Er selber treibt den letzteren in die große Allianz 348. Der Umschwung zu seinem Nachtheil 351. Er räth Max Emanuel, am 25. September, zu einem gütlichen Abkommen mit dem Kaiser 364.

Luzzara, Schlacht bei, 182. Bedeutung derselben 183 u. f.

M.

Maine, du, Herzog, 77, 79.
Maintenon, Frau von, 69, 258.
Mancheſter 42.
Mannsfeld, Graf, Präſident des Hofkriegsrathes in Wien, 153, 312 u. f., 334.
Mantua, Herzog von, 181.
Marchemont, Graf, Kanzler von Schottland 61, regt die Frage der Erbfolge an 62.
Mariazell 395.
Marie Beatrice ſchreibt an die Prinzeſſin Anna 2 u. f.
Marie Louiſe, Gemahlin Philipps V., 158 u. f.
Marlborough, Lady Sarah. Sie kennt nicht das eigentliche Geheimnis der Königin Anna 6 und 13. Keim ihrer Differenz mit der Königin 13 u. f. Sie lobt die Thronrede der Königin vom November 1702 S. 207; kritiſirt die Bill against Occasional Conformity 221. Ihr Bedenken gegen den Herzogstitel 230. Sie erhält das gewünſchte Geld und mehr von der Königin 234; erwirkt die Ernennung eines Whig zum Pair 244.
Marlborough, Lord John, erſter Rath der neuen Königin Anna 8 und 10 und 13. Sein Programm 14. Er bildet mit Godolphin und Sunderland ein Triumvirat 16; führt Godolphin zu Wratislaw 17 u. f. Als engliſcher Botſchafter nach dem Haag 21. Seine Unterredung mit dem Grafen Goes 22. Durch ihn wird England die führende Macht 23. Er tritt im Haag mit dem Gepränge eines Botſchafters auf 24; antwortet auf die franzöſiſche Denkſchrift des Barré 28; verlangt die kaiſerliche Erklärung über den Zuſatz-Artikel 29; beantragt nicht direct die Ernennung des Prinzen Georg zum General-Capitain 32.

Er kehrt nach England zurück 34; äußert ſich über die Adreſſe des John How 37; übt ſeine Geltung bei der Königin nur in entſcheidenden Fragen aus 40 und 42; ſetzt im Cabinet durch, daß England als Principal-Macht den Krieg erklärt 43. Hoffnung auf ihn in St. Germain 44. Er läßt Godolphin zum Treaſurer ernennen 56; iſt nicht betheiligt bei der Thronrede zur Vertagung 58.

Er erhält im Haag das Commando auch der Holländer 72; wird in ſeinen Operationen gehindert durch die Beſorgniſſe im Haag 74. Seine Aeußerung darüber 75. Er nimmt Lüttich 81; wird gefangen und entlaſſen 82; im Haag mit Jubel empfangen 84.

Seine Anſicht über Max Emanuel 146. Er wird zum Herzog von Marlborough ernannt 230 u. f.; in Anlaß der für ihn verlangten Dotation im Unterhauſe ungünſtig beurtheilt 232; erkennt aus dem Verhalten der Königin, daß er ſeinen Widerſacher Rocheſter heben kann 234; ſteht in hohem Anſehen bei den Mächten der Allianz 235; wird gebeugt durch den Verluſt ſeines einzigen Sohnes 244.

Er geht, im Februar 1703, auf den Vorſchlag Wratislaws zu einem Zuge an die Donau nicht ein 299; entſpricht nicht dem Wunſche Ludwigs von Baden für eine Diverſion an der Moſel 320; vermeint Beſſeres auszurichten gegen Antwerpen 321 und 372. Sein Handeln wird bedingt durch ſeine Stellung zu der Republik 323. Seine Geſchmeidigkeit 324. Sein Urtheil über die Leiſtungen von deutſcher Seite 325.

Er kann den Plan auf Antwerpen nicht ausführen 373; ist für das nächste Jahr einem Plane auf die Mosel mehr geneigt 373; kann die holländischen Generale zu einem Angriffe auf die französischen Linien nicht bewegen 375; verlangt von den Generalstaaten den Entsatz von Landau 378; begrüßt den König Carl III. S. 396.
Marsigli, Graf, 357, 371.
Marsin 177, 371.
Matagorda 194.
Maximilian, Prinz, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, 239.
Maximilian Emanuel, Kurfürst von Bayern. Er verhält sich, bis in den Sommer 1702 hinein, abwartend 118 und 127; zeichnet sich selber in einem Briefe an Berghayk 127 u. f. Sein eigentliches Ziel 130. Er verlangt vor allen Dingen von Frankreich Geld 131; sucht, im Sommer 1702, die verbündeten Mächte in der Täuschung zu erhalten 133; läßt die Reichsstadt Ulm überrumpeln 136 u. f. Der Plan der Vereinigung mit einem französischen Corps zunächst vereitelt 138 u. f. Seine Antwort an den Kaiser 140. Sein Unternehmen von den bayerischen Landständen nicht gebilligt 141. Sein Briefwechsel mit Villars 142 und 145. Er unterhandelt aufs neue mit dem Kaiser und den Seemächten 146 u. f.; erregt auch in Versailles Mistrauen 149.
Er hört nicht auf die Abmahnung seiner Landstände 295; sucht seine Sache als diejenige der Religion hinzustellen 296; unterhandelt im Winter 1702/3 S. 297 u. f.; nimmt Neuburg an der Donau 299; täuscht den Markgrafen durch eine unwürdige Kriegslist 326; vereinigt sich mit Villars 327. Seine und seiner Umgebung moralische Qualität 328.
Er besetzt Regensburg 329; trägt Bedenken in Oesterreich einzubrechen 331; will sich des Landes Tirol bemächtigen 331 u. f.; muß aus Tirol abziehen 340 u. f.; geräth in Verdacht bei Villars und den Franzosen 357 u. f.; siegt mit Villars bei Höchstädt 366 u. f.; steht auch nachher gespannt mit Villars 370 u. f.; erlangt die Stadt Augsburg, im December 1703, S. 381.
Medina Celi, Herzog von, 159 u. f.
Mehaigne 81.
Melac, französischer Commandant in Landau, 139.
Melgar, Graf, s. Admiral von Castilien.
Memmingen, Reichsstadt, 140 u. f.
Menegatti, S. J., über die Zulassung des Wortes praetensus zu princeps Walliae 30.
Methuen, englischer Gesandter in Lissabon, 190, 211.
Modena, Herzog von, 181.
Monasterol, Graf, 128 u. f., 298, 328.
Mörner, schwedischer General, 105.
Munderkingen, Treffen bei, 356.

N.

Nassau, Prinzessin von, fordert das oranische Erbe für ihren Sohn Friso 85 u. f.; 303 u. f.
Nassau-Saarbrück, Prinz von, 20, 71, 72.

Nassau-Weilburg 378.
Neapel widerwillig gegen die französische Herrschaft 159 u. f.
Normanby, Marquis, erhält das Geheim-Siegel 39; wird zum Herzog von Buckingham ernannt 244.
Nottingham, Graf, Staats-Secretär, 42, 134, 190, 213, 243. Er spricht sich zu Wratislaw aus über die englischen Absichten in Betreff Westindiens 248, und in derselben Weise zu Hoffmann 392. Er drängt, daß der Kaiser sich auf die Allianz mit Portugal einlasse 250 und 253 und 268; erklärt, daß England zwei Drittel der Kosten der portugiesischen Allianz auf sich nehme 391.
Nymegen 71.

O.

Obdam, holländischer General, 72, 82, 372.
Oberhaus s. Parlament.
Occasional Conformity, Bill gegen dieselbe, 220 u. f.
Ormond, Herzog von, Commandant der Landtruppen gegen Cadix, 189 u. f. Er erkennt den Landgrafen Georg als kaiserlichen Bevollmächtigten an 190 u. f.; wird charakterisirt vom Landgrafen Georg 192 u. f.; findet unter den See-Officieren Widerspruch gegen die Vorschläge des Landgrafen Georg 196; beschließt mit Rooke, die Silberflotte in der Bucht von Vigo zu nehmen 202; wird Statthalter in Irland 236.
Orry 257.
Orsini, Prinzessin, Obersthofmeisterin der Königin von Spanien, 257 u. f.
Ostiglia 335 u. f.
Oxenstjerna, Graf Benedict. Umfassendes Gutachten desselben für Carl XII. S. 96 u. f.

P.

Palffy, Graf, 367.
Palmquist, schwedischer Gesandter in Paris, 109.
Parlament von England bleibt gesetzlich beim Tode Wilhelms III. versammelt 9; vermeidet, sich über die Geburt des Prätendenten auszusprechen 29; über die Frage der Union mit Schottland 60 u. f. Die Adressen desselben im November 1702. S. 209. Oberhaus und Unterhaus stehen zu einander wie Whigs und Tories 210 und 228.

Unterhaus feiert die Sieger des Feldzuges von 1702 S. 218; ersucht die Königin um die Entlassung des Bischofs von Worcester 218. Oberhaus sucht vergeblich einzuschreiten 218.

Die Bill against Occasional Conformity im Unterhause 220 u. f., im Oberhause 222.

Unterhaus beschließt eine Aenderung in der Successions-Acte 225.

Unterhaus beschließt das Aufhören aller Correspondenz mit Frankreich und Spanien 227. Eigentliche Absicht der Tories dabei 228.

Unterhaus lehnt die von der Königin verlangte Dotation für Marlborough ab 232, und bewirkt dadurch die Entfremdung der Königin von Rochester, dem Haupte der äußersten Tories, 235. Das Schwanken der Tories zieht einen Erfolg der Whig-Partei auch im Unterhause nach sich 238.

Parlament von Schottland im Sommer 1702 S. 61 u. f.
Pedro, König von Portugal, 189 u. f. Er verlangt für seinen Beitritt zur großen Allianz Abtretungen in Spanien 211 u. f. Seine Forderungen maßlos 250. Er läßt etwas ab, hält aber fest an der Forderung der Ueberkunft des Erzherzogs Carl 253; erhält die Stadt Badajoz bewilligt 255; sucht den Franzosen die Aenderung seiner Politik zu verhehlen 263; wird vom Admiral von Castilien beurtheilt 265 u. f.
Peter, Czar von Moscovien, 109, 113. Er bringt an der Newa vor 114; wird gering geschätzt von Carl XII. S. 269 u. f. Seine Stellung zu Polen 272. Er declarirt sein Bündnis mit August II. S. 277; zieht damals noch nicht die vollen Consequenzen seines Cäsareopapismus 280; gründet St. Petersburg 283; schließt abermals eine Allianz mit August II. S. 384.
Peterborough, Lord, 246.
Phelypeaux, französischer Gesandter in Turin, 344 u. f., 349.
Philipp V., König von Spanien, Herzog von Anjou. Er lehnt die Einwände der Spanier gegen seine Reise nach Italien ab 158; wird von Ludwig XIV. und Janson Forbin in dem guten Glauben an den Rath von Innocenz XII. für das Testament Carls II. erhalten 165; ist in Lethargie versunken 175; trifft mit Victor Amadeus in Acqui zusammen 175; erhält in Mailand den Befehl Ludwigs XIV., zur Armee zu gehen 176. Seine Umgebung hofft auf die Türken 177. Er wird von den Seemächten nicht mehr als König anerkannt 254 und 400. Lage der Dinge in Madrid bei seiner Rückkehr 256. Seine Schwäche 257.
Piper, Graf, Minister Carls XII., 103, 105. Er erhebt bei Carl XII. Vorstellungen gegen den Plan der Entthronung 108; antwortet auf die Beschlüsse des Reichstages von Lublin 281.
Po 337.
Polen, die Reichsstände von. Ihr Verhalten gegenüber Carl XII. S. 101 u. f. Der Zustand im Jahre 1703 S. 271 u. f.
Portland, Graf, 85.
Portmore, Lord, 192.
Porto St. Maria 193 u. f.
Portocarrero, Cardinal, ist gegen die Reise Philipps V. nach Italien 158. Sein Urtheil über die Schwäche Philipps V. S. 258 u. f.
Prätendent 12, 29, 43 u. f., 56 u. f., 59, 62 u. f., 66 und 67, 166 u. f., 186, 237, 243.
Pultusk, Schlacht bei, 275.
Puysegur 79.

Q.

Queensberry, Herzog von, königlicher Commissär im schottischen Parlamente 61 u. f.

R.

Radziejowski, Cardinal-Primas von Polen, hat wiederholte Unterredungen mit Carl XII. S. 103 und 104. Seine Differenz mit August II. zu Gunsten

Frankreichs 271 u. f. Er beruft die Senatoren nach Warſchau 273; erklärt ſich gegen die Entthronung 276. Sein Auftreten in Lublin 280. Er ſteht der Rebellion des Rakoczy nicht fern 295.

Rakoczy, Franz. Vom Kaiſer Leopold verſchont, entkommt er aus der Gefangenſchaft 285. Der Beginn ſeiner Rebellion 286 und 288. Die Frage der Religion in dieſer Beziehung 287 u. f. Er berichtet an Ludwig XIV. den Fortgang ſeiner Sache 289 u. f. Seine Perſönlichkeit 291 u. f. Seine Dienſte für Ludwig XIV. S. 294.

Rattenberg 332.

Regensburg, der Reichstag in, 141, 301, 329 u. f.

Ricous, franzöſiſcher Geſandter bei Max Emanuel, 137 u. f. Sein Bericht über Max Emanuel und deſſen Umgebung 328.

Robinſon, engliſcher Geſandter bei Carl XII., S. 281.

Rocheſter, Graf, Führer der äußerſten Tory-Partei. Er wird Lord-Statthalter von Irland 15; iſt gegen den Krieg 34 und 43; wird nicht zum Treaſurer ernannt 56. Sein Einfluß auf die Thronrede am 25. Mai/5. Juni 1702 S. 58; 224, 228.

Er ſpielt Marlborough einen Streich 232. Die Bedeutung der Rivalität der beiden Männer 235. Er legt die Statthalterſchaft von Irland nieder 236; zerfällt mit der Königin 245.

Roermonde 77 u. f.

Rooke, Admiral, Commandant der Flotte gegen Cadix 189. Sein Verhalten dort 193 u. f. Er und Ormond nehmen die Silberflotte in der Bucht von Vigo 202 u. f. Er wird von der Tory-Partei gefeiert 216 u. f.

Rotta 193.

Rouillé, franzöſiſcher Geſandter in Liſſabon, 263.

Rudolf Auguſt, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg in Wolfenbüttel, 45 u. f.

S.

Salaburg, Graf, Präſident der Hofkammer in Wien, 312 u. f., 334.

Sanci 89.

Sapieha 274.

Schärding 307.

Schleinitz, preußiſcher Unterhändler mit Frankreich, 91 u. f.

Schlick, Graf, 133. Ueber die Zuſtände in der kaiſerlichen Verwaltung 307; erleidet Verluſt bei Schärding 307.

Schmettau, preußiſcher Geſandter im Haag, fordert für Friedrich I. das Erbe Wilhelms III. S. 85 u. f.; verlangt die Stadt Geldern 94. Seine Drohungen im Haag im Beginne 1703 S. 303 u. f.

Schonenberg, holländiſcher Geſandter in Liſſabon, 263.

Schulenburg, ſächſiſcher General, 105, 306, 307.

Schütz, Freiherr von, Geſandter für Celle und Hannover in London, 45, 50, 241.

Schwaben, Kreis, 18, 116, 296, 325, 329.

Seymour, Tory, der ältere, 31, 36, 38, 224, 226, 228.

Seymour, der jüngere, 192, 244.

Silberflotte, die spanische, 199 u. f.
Sinzendorf, kaiserlicher Gesandter bei Carl XII., 281.
Skroda, Conföderation von, 283.
Solari, kaiserlicher General, 355.
Somerset, Herzog von, Whig, 37, 56, 209, 220, 225.
Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg. Ihr Verhalten gegenüber der Angelegenheit der Thronfolge in England 46 u. f., so wie 55. Ihr Name ins Kirchengebet der Hochkirche aufgenommen 54.
Der Gedanke einer Einladung an sie nach England sinkt unter 238. Sie hat von der Aussicht auf die englische Thronfolge nur Kosten, keinen Vortheil 239; hat keine englische Capelle 240; fühlt die ihr abgeneigte Gesinnung der Königin Anna durch 240; mengt sich nicht in die Angelegenheiten Englands 241; gibt jedoch dem Gesandten Schütz Vollmacht, eventuell ihr Recht zu vertreten 241.
Sophie Charlotte, Königin in Preußen, stellt die Philosophie des Toland auf die Probe 48 u. f.
Spada, Cardinal, außerordentlicher Nuntius nach Wien, in Passau zurückgewiesen 167.
Spanheim, Ezechiel von, preußischer Botschafter in London, 48 u. f., 85.
Sparr, holländischer General, 192.
Speier, Schlacht bei, 378.
Spencer, Lord, s. Sunderland.
Stanhope 388.
Starhemberg, Graf Guido. Seine Correspondenz mit dem Prinzen Eugen 333 u. f. Er wehrt Vendome von Ostiglia ab 335; schlägt Albergotti 336; nutzt seinen Vortheil, in Rücksicht auf die Unterthanen des Papstes, nicht aus 337; entsendet Visconti nach Piemont 350; unternimmt selber den Marsch dahin 353 u. f.; erhält die Anerkennung des Kaisers 355.
Starhemberg, Graf Gundaker, 334.
Stenbock, schwedischer General, 105.
Stephanswerth 77 u. f.
Stepney, englischer Gesandter in Wien, 31, 213 u. f., 240, 247, 316, 385.
Sterzinger 339 u. f.
Stollhofen, Linien von, 325.
Styrum, kaiserlicher Feldmarschall, 306 u. f., 357 u. f. Er ist mit dem Markgrafen Ludwig nicht in Eintracht 365; wird bei Höchstädt von Villars geschlagen 366 u. f.
Successions-Acte, die englische, 225, 237, 239, 244.
Sunderland, Graf, der ältere, 10, 15 u. f., stirbt 205. Urtheil über ihn 265.
Sunderland, Graf, der jüngere, 15, 36.

T.

Tallard, französischer General, besetzt Bonn 80 und Trarbach 81; belagert Landau 372; schlägt die Entsatz-Armee 379.
Thorn 274.

Thüngen, kaiserlicher General, 371.
Tirol 332 u. f., 337 u. f.
Tököly 285.
Toland, John, der Freidenker, 46 u. f. Er besteht mit seiner Philosophie nicht die Probe 48 u. f.
Torcy, französischer Staats-Secretär, über den Tod Wilhelms III. S. 25; über den französischen Plan gegen Rom 174. Er sieht Spanien wie eine Last für Frankreich an 260 u. f.
Tory-Partei in Gunst bei der Königin Anna 14. Der Cultus der Partei vor der Person der Königin 36. Sie hat den Zusatz-Artikel zu der großen Allianz bewirkt 44; ist in Betreff der Thronfolge getheilt 57.
Sie erlangt bei den Neuwahlen im Sommer 1702 die Oberhand 186; entspricht im Unterhause dem Eifer der Königin für die Hochkirche 210. Die Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien entspringt aus dieser Partei 215 und 251. Sie feiert den Admiral Rooke 216; sucht einen Hauptschlag auf die Whigs zu führen durch die Bill against Occasional Conformity 220 u. f. Ihre Führer suchen die Beschlüsse für die Bethätigung der Allianz zu lähmen 224 und 226; trachten in der Succession-Acte Aenderungen zu machen 225. Das eigentliche Ziel der Partei 228. Sie erleidet durch die Entfernung Rochesters eine schwere Niederlage 236. Mehrere aus der Partei werden zu Pairs ernannt 244. — Man vgl. Parlament.
Trarbach 81.
Trautmannsdorf, Graf, kaiserlicher Gesandter in der Schweiz, 139.
Trentino 338 u. f.
Türken. Die französischen Hoffnungen auf einen Einbruch derselben nicht begründet 177 u. f. so wie 361 u. f.

U.

Ulm, Reichsstadt. Plan des Kurfürsten Max Emanuel gegen die Stadt 131 und 135 u. f.; 296.
Ungarn beurtheilt von dem Venetianer Dolfin 286 u. f.
Union, Frage der, zwischen England und Schottland 10 u. f., 25, 60 u. f.
Unterhaus s. Parlament.
Usson, französischer General, 366.
Uzeda, Herzog von, spanischer Botschafter in Rom, 172 u. f.

V.

Vasto, Marchese del, 166.
Vaudemont, Prinz, Statthalter von Mailand 180.
Vendome, Marschall, wagt nicht den Prinzen Eugen anzugreifen 155 u. f.; zieht gegen ihn, im Juli 1702, S. 178; berichtet über das Treffen von San Vittoria 180; wird bei Luzzara zurückgedrängt 182.
Er wird, im Juni 1703, durch das Austreten des Po am Angriffe auf Ostiglia gehindert 335 u. f.; ist unlustig zum Angriffe auf Tirol 338;

betritt Tirol am 29. Juli 339; kehrt vor Trient um 341; entwaffnet die Piemonteſen 346 u. f.; will Turin belagern 351; kann den Zug Starhembergs nicht vereiteln 353 u. f.

Venloo, Belagerung und Einnahme 76 u. f., 82, 93 u. f.

Vernon, engliſcher Staats-Secretär, 31, 42.

Victor Amadeus, Herzog von Savoyen und Piemont, hat eine Zuſammenkunft mit Philipp V. in Acqui 175 u. f.

Seine Stellung im Jahre 1703 S. 343. Er verhandelt über den Uebertritt zur Allianz 344. Die Entwaffnung ſeiner Truppen 347. Seine Antwort an Ludwig XIV. S. 348. Er findet bei den Mächten der Allianz Entgegen-Kommen 349 u. f.; empfängt Starhemberg 355.

Vigo, Bucht von, 195, 199 u. f.

Villadarias, Gouverneur von Andaluſien, 188.

Villars, Marſchall, marſchirt dem Kurfürſten Max Emanuel zu Hülfe 142. Der Plan mislingt bei Friedlingen 143. Er hält feſt an ſeinem Vorgeben des Sieges 145.

Er überſchreitet, im Februar 1703, den Rhein und nimmt Kehl 308; erhält von Ludwig XIV. den Befehl zur Vereinigung mit Max Emanuel 318; wird an den Linien von Stollhofen zurückgeſchlagen 325; berichtet über die Vereinigung mit Max Emanuel 327 u. f. Seine Verabredung mit Max Emanuel 331. Er preiſt die Erfolge in Tirol 333; ſteht dem Markgrafen Ludwig gegenüber 356 u. f.; faßt Mistrauen wider Max Emanuel 357 u. f. Vergleich ſeines Berichtes an Ludwig XIV. vom 8. September mit demjenigen des Markgrafen 358 u. f.

Er ſchlägt die kaiſerliche Armee unter Styrum bei Höchſtädt 366 u. f.; ſteht auch nachher geſpannt mit Max Emanuel 370 u. f.; wird abberufen 371.

Visconti, kaiſerlicher General, 350.

Vittoria, San, Treffen bei, 180.

Vitzthum von Eichſtädt 95.

W.

Waldſtein, Graf, kaiſerlicher Geſandter in Liſſabon, 198, 201, 211.

Wales, Prinz von, ſ. Prätendent.

Weſtindien, Plan auf, wird aufgegeben 246 u. f.

Wharton, Lord, 38.

Whig-Partei iſt nicht zufrieden mit der erſten Thronrede der Königin 11; iſt erregt durch die Adreſſe des John How 36 u. f., ſo wie durch die Ernennung von Tories 38 u. f.; vertheidigt das Andenken Wilhelms III. S. 36 und 52; tritt geſchloſſen ein für die hannöverſche Thronfolge 57; wird ſehr verſtimmt durch die Thronrede vom 25. Mai/5. Juni 58 u. f.

Sie befürchtet, bei der Mehrheit der Tories im Unterhauſe, eine Aenderung des Geſetzes über die Thronfolge 186; verliert den Berather Sunderland den ältern 205. Ihr Standpunct gegenüber der Bill wider Occasional Conformity 221 u. f. Sie will keine Aenderung der Succeſſions-Acte zulaſſen 225; ſteigt empor in Folge der Entlaſſung Rocheſters 236 u. f. — Vgl. auch Parlament.

Wilhelm III. In Folge seines Wegfalls ist nicht mehr Holland, sondern England die führende Macht 23. Die Beisetzung der Leiche 38. Er wird von einem Theile der Tories feindseliger Absichten gegen die frühere Prinzessin Anna zu Gunsten des Hauses Hannover beschuldigt 52. Differenz über seinen Nachlaß 84 u. f. Er wird irrig beurtheilt von Clemens XI. S. 167.

Winchelsea, Lord, 239.

Woiwodschaften Posen und Kalisch 279, 283.

Worcester, Bischof von, 218 u. f.

Wratislaw, Graf, kaiserlicher Gesandter in London. Sein Urtheil über die neue Königin Anna 8. Unterredung mit Marlborough und Godolphin, am 24. März, 16 u. f. Er ist in Verlegenheit über den Zusatz praetensus zu princeps Walliae 31 u. f.; 37, 39. Er beurtheilt die Thronrede der Königin 59.

Er unterhandelt in London für den Kurfürsten Max Emanuel 134 u. f.; meldet die Freude der Engländer über den Erfolg des Prinzen Eugen bei Luzzara 185; bemüht sich um die Anerkennung des Landgrafen Georg als kaiserlichen Bevollmächtigten 189 u. f.

Er stimmt principiell mehr für den Angriff auf Italien als auf Spanien 212 u. f.; will nicht den Landgrafen Georg in englische Händel verwickelt sehen 216 u. f.; schreibt die Nicht-Gewährung der Dotation für Marlborough dem Grafen Rochester zu 232. Seine Anerkennung für Marlborough 235.

Er urtheilt ungünstig über die Thronrede, im März 1703, S. 243; gibt, gegenüber der Absicht der englischen Minister in Betreff der Religion in Westindien, den Plan dahin auf 247 u. f.; antwortet auf die englische Forderung, daß der Kaiser seinem Sohne Carl die spanische Monarchie cediren soll 252; hebt nach Wien hin hervor, daß man in Betreff der Kosten keine Forderung an ihn stelle 253; weicht dennoch nur zögernd 256.

Er fordert, im Februar 1703, Marlborough auf zu einem Zuge an die Donau 299; hat, zu Ende 1703, den Auftrag, einen solchen Zug zu bewirken 384.

Z.

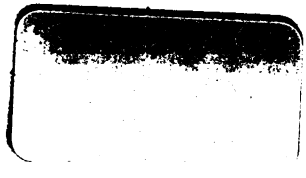
Zaluski, polnischer Kanzler, auf dem Reichstage in Lublin 279.

Zindt, bayerischer Gesandter in Regensburg, 330 u. f.

Zrinyi 293.

Zusatz-Artikel zu der großen Allianz in Betreff des Prätendenten 3 u. f.; 18, 20, 29 u. f., 33, 43.

Zusatz-Artikel zu der großen Allianz in Betreff des Erzherzogs Carl als König Carl III. von Spanien 385 und 389 u. f.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.

DEC 8 - 1948